

4. Diskursanalyse der Nationalbewegungen

In der Darstellung der Geschichte des nationalen Konflikts in den beiden Untersuchungsregionen Katalonien und im Baskenland konnte die Entwicklung des Zentrum-Peripherie-Konflikts dargestellt und dessen Transformation bis zur jüngsten Vergangenheit im demokratischen Spanien und im Staat der Autonomien rekonstruiert werden. Zudem wurde ein Einblick in die politisch-ideologische Fragmentierung des politischen Feldes der beiden Regionen, sowie in die dortigen politischen Machtverhältnisse vermittelt. Im folgenden Abschnitt werden die programmatischen Diskurse der beiden Nationalbewegungen seit dem Eintritt Spaniens in die *EG* in den Blick genommen. Fokussiert auf die im Forschungsdesign näher erläuterten Forschungsfragen und Themenstellungen, werden die Diagnosen und Positionierungen der unterschiedlichen politischen Akteure und ideologischen Strömungen der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen analysiert. Hierzu sind in bestimmten Fällen diejenigen nicht-nationalistischen Zwischengruppen und -parteien hinzuzufügen, die enge politische Bündnisse mit Teilen der Nationalbewegung eingegangen sind oder mit diesen auch zusammen die Regionalregierung gestellt haben, wie z.B. die *EB-IU* im baskischen Fall sowie der *PSC* und der *PSUC* im katalanischen.

Zunächst soll die Diskussion der Einwanderung analysiert und der Frage nachgegangen werden, wie die Akteure des peripheren Nationalismus auf die in Spanien seit den 2000er Jahren rapide angewachsene Einwanderung reagieren (4.1). Im Anschluss daran sollen die im peripheren Nationalismus vertretenen europapolitischen Perspektiven analysiert werden, unter besonderer Berücksichtigung der Frage, wie das Projekt der nationalen Emanzipation im Rahmen der europäischen Politik vorgestellt wird (4.2). Darauf folgt die Untersuchung der politökonomischen Perspektiven der Nationalbewegungen. In diesem Abschnitt sollen die Einschätzungen bezüglich der ökonomischen Entwicklungsaussichten der Regionen, nicht zuletzt im Kontext der Globalisierung, analysiert werden (4.3). Schließlich soll auf die Einschätzung der kulturellen Dimension der Globalisierung und die formulierten Mög-

lichkeiten des Umgangs mit der nationalen Identität im Kontext der Globalisierung ein Blick geworfen werden (4.4).

Die einzelnen Kapitel sind dergestalt strukturiert, dass die beiden Regionen getrennt voneinander analysiert werden, zunächst die baskische und dann die katalanische. Von dieser Darstellungsweise wird im dritten Unterkapitel zu den politökonomischen Perspektiven und Visionen abgewichen (4.3). Dort liegen die Positionierungen der verwandten politischen Spektren in der katalanischen und baskischen Region so nahe beieinander, dass ihre gemeinsame Behandlung plausibel erscheint. Insofern werden die moderaten, bürgerlichen Flügel der beiden Nationalbewegungen ebenso gemeinsam behandelt wie auch die Kapitalvertreter der beiden Regionen und das linke Spektrum der beiden Nationalbewegungen. Die von den restlichen Kapiteln abweichende Darstellungsweise soll ermöglichen, die unterstellte Herausbildung regionaler, wettbewerbsorientierter Wachstumsallianzen besser herauszuarbeiten und systematisch zu analysieren.

4.1 DIE THEMATISIERUNG DER EINWANDERUNG IM MINORITÄREN NATIONALISMUS

4.1.1 Die Thematisierung der Einwanderung in ‚Nationen ohne Staat‘

Die Zunahme der internationalen Zuwanderung in die beiden Untersuchungsregionen hat erneut die Aufmerksamkeit der Nationalbewegungen auf den sozialen Tatbestand der Einwanderung und die damit einhergehende Herausforderung für die nationale Identität Kataloniens und des Baskenlands gelenkt. Der Kern des nationalistischen Diskurses besteht in Bestimmungen über das ‚Innen‘ und ‚Außen‘ der politischen Gemeinschaft der Nation und somit darüber, wer dazugehört und wer nicht. In der Auseinandersetzung mit der Einwanderung werden die Definitionen und Selbstbilder der Nationen aktualisiert, repräsentiert doch die Einwanderungsbevölkerung per se das ‚Außen‘ und das ‚Andere‘ des Nationalen. Die Nationalbewegungen sehen sich mit ihrem Projekt der Behauptung der nationalen Identität angesichts der Einwanderung vor eine doppelte Herausforderung gestellt: Zum einen sollen die eigene Kultur und Identität der jeweiligen ‚Nation ohne Staat‘ (Katalonien, Baskenland) gegenüber der Kultur der Mehrheitsgesellschaft des übergreifenden (spanischen) Nationalstaats verteidigt werden. Zum anderen soll eine Behauptung der nationalen Identitätsmerkmale gegenüber der Einwanderungsbevölkerung erfolgen, die es zu integrieren gilt. Die Untersuchung der Positionierungen gegenüber dem Phänomen der Einwanderung und der vorgeschlagenen Integrationskonzepte kann der Veranschaulichung des nationalen Selbstverständnisses in den ‚Nationen ohne Staat‘ und in den Nationalbewegungen dienen, da die Fragen nach der Einwanderung und der Integration der Einwanderer im Verhältnis zum nationalen Selbstverständnis und Selbstbild beantwortet werden. Es soll im folgenden Abschnitt zudem untersucht werden, wie mit der inneren kulturellen Heterogenität und Diversität umgegangen wird und welcher Stellenwert ethnischen Begründungsmustern in der Konstruktion der Nationalität beigemessen wird. Bilden sich zivile, post-ethnizistische oder gar kosmopolitische Begründungsmuster der nationalen Gemeinschaft und Bürgerschaft heraus oder verhärten sich klassische ethnische Konzeptualisierungen? Welche Rolle spielen Überlegungen des Multikulturalismus und Vorstellungen von der Hybridisierung der nationalen Kultur in den nationalen Konzeptionen der minoritären ‚Nationen ohne Staat‘? Bevor die gegenwärtigen Einwanderungsdiskurse der beiden Nationalbewegungen untersucht werden (4.1.3), sollen zunächst noch die Geschichte der Einwanderung in die beiden Regionen und deren Thematisierung im Nationalismus dargestellt werden (4.1.2).

4.1.2 Einwanderungsdiskurse in der Geschichte der baskischen und katalanischen Nationalbewegung

Schon im 19. Jahrhundert war das Phänomen der massenhaften Einwanderung ein bedeutender Faktor der Veränderung und Modernisierung der baskischen und katalanischen Gesellschaften. Im Verlauf der Industrialisierung der beiden Regionen im 19. Jahrhundert nahmen beide Regionen einen massiven Zustrom von meist armen Landarbeitern aus den südlichen Regionen Spaniens auf. Diese Einwanderungsbewegungen stellen einen Teil der Geschichte Kataloniens und des Baskenlandes dar. Beide Regionen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie seit langer Zeit ‚Aufnahmegesellschaften‘ von Migrationsströmen aus dem restlichen Spanien sind, die Bevölkerungen der beiden Regionen setzen sich dementsprechend durch heterogene Bevölkerungsgruppen zusammen. Als solche Einwanderungsländer verfügen beide Regionen über eine entsprechende kulturelle und sprachliche Diversität. Die Einwanderung, die im Baskenland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und in Katalonien in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts große Ausmaße annahm, ging mit der Produktion prononcierter Fremd- und Selbstbildern und der Politisierung kollektiver Stereotype einher. Es entstanden stereotype Bilder vom ‚Einwanderer‘, die als Negativfolie in der Konstruktion des eigenen nationalen Selbstbildes eine große Rolle spielten.

4.1.2.1 Geschichte des Einwanderungsdiskurses in der baskischen Nationalbewegung

Die Reflexion der Einwanderung ist seit der Begründung des baskischen Nationalismus durch Sabino Arana ein wesentlicher Bestandteil des nationalistischen Diskurses. Die massenhafte Zuwanderung von Arbeitskräften aus den armen Regionen Spaniens war nicht zuletzt der Anlass, der zur Konzipierung des frühen baskischen Nationalismus führte. Dieser ist nämlich als Reaktion auf die Entfremdungserfahrungen in der Moderne und auf die dynamische Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entstanden. Die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stattfindenden Transformationen haben die Fundamente der traditionellen baskischen Gesellschaft, die religiös geprägt und ethnisch relativ homogen war, stark erschüttert: eine schwierige Basis für das Zusammenleben von Autochthonen und Zugewanderten (vgl. Blanco Fernández de Valderama 1994: 47). Es entsteht zu dieser Zeit das kollektive Bewusstsein vom Verlust der eigenen Identität, das in der Lehre Aranas seinen politischen Ausdruck findet.

Der massiven Zuwanderungsbevölkerung kam in der Begründung des baskischen Nationalismus durch Arana als ‚Negativfolie‘ und Fremdbild ein zentraler Stellenwert zu. Diese wurde in den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts als Bedrohung des Baskenlandes wahrgenommen und dargestellt. Die Eigenart der

Basken werde bedroht durch den massenhaften Zuzug von Immigranten aus Restspanien, so die ideologische Losung des frühen baskischen Nationalismus. Arana prägt die Wortschöpfung des „maketo“ zur Bezeichnung der Zuwanderer aus Spanien. Ein Neologismus, der Anfang des 20. Jahrhunderts im Baskenland zur geläufigen abwertenden Bezeichnung für die Einwanderer werden sollte. Die Anwesenheit der zugewanderten Proletarier, die im sich dynamisch entwickelnden Baskenland in ihren eigenen Vierteln und in ärmlichen Verhältnissen lebten, werden in Aranas Nationalismuskonzeption als Bedrohung der nationalen Einheit und der baskischen Rasse wahrgenommen. Die Xenophobie Aranas drückt sich in dem argwöhnischen und verächtlichen Blick auf die fremde Kultur der *maketos* aus: Der *maketo* werde in Bilbao als unverschämter, gotteslästerlicher Schlägertyp gefürchtet und verachtet (Arana, zit.n. Juaristi 1997: 160). Im Fremdbild des *maketo* vermischen sich biologischer und sozialer Rassismus, da er sowohl die biologische Andersartigkeit der ‚Spanier‘ als auch den ungläubigen und aufmüpfigen Proletarier repräsentiert, dem zudem noch eine Nähe zum Delinquentenmilieu zugeschrieben wird. Der *maketo* war der Repräsentant des *armen* Einwanderers, der in der nachholenden Entwicklung des baskischen Kapitalismus brutal ausgebeutet wurde. Die wohlhabenden Einwandererschichten aus Europa, die sich im Zuge der internationalen Verflechtung der baskischen Ökonomie im Baskenland angesiedelt hatten und die mit der neuen baskischen Wirtschaftsbourgeoisie enge geschäftliche und familiäre Beziehungen eingingen, fielen nicht unter die Kategorie des *maketo*.

Die baskische Nation stellte für Arana eine rassistische Kategorie dar. Analog zu den damals europaweit zirkulierenden Versionen des biologischen Rassendiskurses ging auch der frühe baskische Nationalismus davon aus, dass jede Rasse für sich als Gemeinschaft leben, sich nicht mit anderen Rassen vermischen und über eigene politische Strukturen verfügen solle. Jede Rasse, die keinen eigenen Staat hat, sei deshalb unweigerlich zum Verfall verdammt, da sie im Kontakt mit dem ‚Besatzervolk‘ geschwächt würde. Dieses rassistische Weltbild bedingt neben fremdenfeindlichen Einstellungen auch eine nationalistische Reinheitspolitik, die Arana selbst propagierte: „Es ist notwendig, den *maketo* in all den Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens zu isolieren“ (Arana, zit.n. Jauréguiberry 2007: 259).

Um die Vermischung der Rassen effektiv bekämpfen zu können, hat Arana Mechanismen zur Verhinderung der Verbindung von Basken und *maketos* vorgeschlagen, so z.B. das Verbot von „Mischehen“ (vgl. Juaristi 1997: 160). Die Integration in die baskische Nation sei für die *maketos* aus biologischen Gründen nicht möglich, selbst der Erwerb des *Euskera*, das nach Arana von der Existenz der baskischen Eigenheit zeugt, könne dem *maketo* nicht dazu verhelfen, Teil der baskischen Bevölkerung zu werden. Der Erwerb der baskischen Sprache durch die Zuwanderer würde nur zum weiteren Verfall der baskischen Sprache führen: „Von der Existenz von 100 *maketos*, die kein *Euskera* sprechen, kann ein großer Schaden für die Hei-

mat ausgehen. Aber ein noch größerer Schaden kann schon von nur *einem* maketo ausgehen, der Euskera sprechen kann.“ (vgl. Arana 1897: 1307)

Arana hat zudem Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Reinheit des *Euskera* vorgeschlagen. Sein „sprachpolitisches Wiederherstellungsprogramm“ sah die lexikalische Reinigung von allen kastilischen oder sonstigen fremdsprachigen Einflüssen vor (vgl. Eser 2011b: 106 ff.). Der baskischen Sprache kommt im frühen aranistischen Nationalismus deswegen eine so bedeutende Funktion zu, da sie die unüberwindbaren ethnischen Grenzen markiert. Arana spricht den Unterschied zum katalanischen Nationalismus an:

„For the Catalans it would be a great glory if the Spanish government appointed Catalan as the official language of all Spain; on the contrary, if it were to do the same with Euskera, it would be for us the final blow of unavoidable death dealt from the most refined diplomacy.“ (Arana, zit.n. Conversi 1990: 59)

Das Nationenkonzept des frühen baskischen Nationalismus ist biologisch-rassistisch gestrickt. Eine Integrationsmöglichkeit besteht für die Zuwanderer selbst durch kulturelle und sprachliche Assimilation nicht. Es gelte, die baskische Rasse in ihrer Reinheit zu erhalten. Der ‚antimaketismo‘ des Nationalismus aranistischer Prägung ist durch die Verachtung aller fremdländischen Elemente gekennzeichnet. Spanien und die Spanier haben Schuld an der Degenerierung der traditionellen baskischen Lebensweise (vgl. Blanco Fernández de Valderama 1994: 48).

Die im baskischen Nationalismus entworfenen Selbstbilder der baskischen Nation und die Thematisierungen der Einwanderung haben sich im 20. Jahrhundert ausdifferenziert und in unterschiedlichen ideologischen Varianten weiterentwickelt. Elías Gallastegui, Ideologe und Parteifunktionär des *PNV*, hat in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts eine bedeutende Neuinterpretation des baskischen Nationalismus entwickelt, indem er das Feinbild des Nationalismus neu definierte. Der Feind, der das baskische Volk bedroht, sei nun nicht mehr der Einwanderer an sich, sondern all diejenigen Kräfte, die an dem Prozess der „Denationalisierung“ des baskischen Volkes mitarbeiteten (vgl. Juaristi 1997: 240). Die *maketos*, die sich mit dem baskischen Kampf für die Unabhängigkeit identifizieren, können in dieser neuen Lesart sehr wohl Teil der baskischen Gemeinschaft werden. Gallasteguis Neukonzeptualisierung des Nationalismus – in der die baskische Nation als die Gemeinschaft der sich mit dem Baskenland identifizierenden Personen definiert wird – hat als Weiterentwicklung der nationalen Ideologie eine Öffnung des baskischen Nationalismus gegenüber den *maketos* eingeleitet. Diesen steht nun die Teilnahme am nationalistischen Projekt prinzipiell offen. Wenn sie bereit sind, sich für das Baskenland aufzuopfern, erhalten die *maketos* einen neuen Status und werden als Basken anerkannt – eine programmatische Entwicklung von der objektivistischen, essentialistischen Bestimmung der Nation (Teil der Nation sei derjenige, der die Kri-

terien der Rassezugehörigkeit erfüllt) zur subjektiv-voluntaristischen, der zufolge derjenige Teil der Nation ist, der sich mit dem Kampf für die Unabhängigkeit der Nation identifiziert.

Nach der Diskreditierung des Rassebegriffs durch die Verbrechen des Nationalsozialismus – 1945 erklärte die *UNO* die „Ära rassistischer Systeme als überwunden“ (vgl. Geulen 2007: 106) – wird auch im baskischen Nationalismus der Begriff der baskischen Rasse kaum mehr verwendet und durch einen ethnischen Begriff ersetzt, in dem der Schwerpunkt auf die sprachliche und kulturelle Eigenheit der Basken gelegt wird. Das Werk *Vasconia* von Federico Krutwig, das später das Umfeld der *ETA* inspirieren sollte, steht emblematisch für das Umdenken im baskischen Nationalismus und die Bewegung hin zu kulturalistischen Konzeption der Nation. Die baskische Sprache, deren Verwendung im Frankismus unter Strafe gestellt war, wurde nun zum zentralen Referenzpunkt der nationalen Ideologie. In Opposition zur Bestimmung der geschlossenen baskischen Nation bei Arana formuliert Krutwig ein relativ offenes Nationenkonzept. Ein Schwarzer, der im Kongo geboren wurde und seit seiner Kindheit Baskisch gelernt habe, sei mehr Baske als der Sohn baskischstämmiger Eltern, der die baskische Sprache nicht beherrsche (vgl. Krutwig, zit.n. Díez Medrano 1999: 174).

Seit Beginn der 60er Jahre kommt es im Umfeld der noch unbekannten, studentisch geprägten *ETA* zur Reformulierung des Konzepts der baskischen Nation. Die Reflexion auf die baskische Streikbewegung in den Jahren 1962/1963 leitete eine Neupositionierung gegenüber den eingewanderten Arbeitern bei den jungen radikalen Nationalisten ein, was in folgender Proklamation seinen Niederschlag fand:

„Es leben in Euskadi tausende von Arbeitern, die aus Spanien gekommen sind, das macht uns in keinster Weise rassistisch. Es ist einfach: die aktuellen Bewohner von Euskadi, seien sie ethnisch gesehen Basken oder nicht, stellen für uns die künftigen Bürger des Baskenlands dar.“ (vgl. *Zutik* Nr. 18)

Diese Neubestimmung bricht mit dem zentralen Ideologem des aranistischen Nationalismus der objektiven Bestimmtheit des eng gezogenen Kreises der baskischen Rasse/Nation. Anstatt die Einwanderer zurückzuweisen und sie für alle Übel verantwortlich zu machen, sei es die Aufgabe der Nationalisten, ihre Integration in die baskische Gesellschaft und Kultur mit allen Mitteln zu fördern (vgl. *Zutik*, Nr. 31). Die Einwanderer seien ebenfalls wie das baskische Volk Opfer der kapitalistischen Strukturen und der frankistischen Unterdrückung. Der politische Kampf der *ETA* finde auf zwei Ebenen statt und richte sich gegen die nationale und die kapitalistische Unterdrückung. Die Integration der Einwanderer sei mit dem nationalen und sozialen Befreiungskampf vereinbar. Der revolutionäre Kampf im Baskenland mache „aus dem eingewanderten Arbeiter einen Mitstreiter für den Kampf der nationalen Befreiung“ (ebd.).

Diese Strategie des *revolutionären Nationalismus* war in der Mitte der 1960er Jahre in der ETA hegemonial. Es war die Phase der Vorherrschaft der so genannten ‚Arbeiterorientierung‘, in der auch, als Grundlagensynthese von Nationalismus und Marxismus, das politische Konzept des „Pueblo Trabajador Vasco“ (PTV, „baskisches Arbeitervolk“) geprägt wurde. Es stellt eine klassentheoretische Reformulierung des Nationenbegriffs dar, die das politische Subjekt der ‚baskischen Revolution‘ benennt. Diesem gehörten all jene an, die im Baskenland ihren Lebensunterhalt verdienten und sich mit den baskischen Bestrebungen identifizierten. Das Konzept des PTV war ‚notwendigerweise doppeldeutig‘: während die Großbourgeoisie ausgeschlossen war, wurden die Schichten der Kleinunternehmer und Selbständigen, die einen bedeutenden Teil der nationalistischen Gemeinschaften ausmachten, als Teil des PTV angesehen (vgl. Sullivan 1988: 55). Die Integration der Einwanderer in die baskische Gemeinschaft und ins Subjekt der baskischen Befreiung war allerdings zweideutig. Zwar war die Integrationsperspektive im Konzept des PTV durchaus angedacht, eine allzu offene Interpretation des Nationenkonzepts wurde jedoch vom kulturnationalistischen Flügel kritisiert, der die Priorität in der Bewahrung der baskischen Kultur und Sprache sah. Aus diesem ideologischen Spektrum, das der Annäherung der ETA an marxistische Positionen sehr skeptisch gegenüberstand und diese als ‚españolistische‘ Tendenzen kritisierte, wurde die Priorität des politischen Ziels der übergreifenden Klassensolidarität unter den Arbeitern kritisiert. Die ETA solle sich, so José Luis Álvarez Emparanza (*Txillardegis*), der Anführer des kulturnationalistischen Flügels, auf den Kampf gegen die ethnische und sprachliche Unterdrückung konzentrieren (vgl. ebd.: 49 ff.). In diesem ideologischen Milieu wurde die Einwanderung auch weiterhin in der Matrix des ethnischen Nationalismus wahrgenommen. Im künftigen, unabhängigen Baskenland sollte, so die Vorstellungen *Txillardegis*, ein gegen die Einwanderer gerichteter Chauvinismus ebenso verboten sein wie das ‚imperialistische Verhalten‘ der Einwanderer. Dieses läge dann vor, wenn die Einwanderer an der spanischen Kultur und Sprache festhielten oder spanische Parteien unterstützten (vgl. ebd.: 50).

In der frühen Entwicklungsphase der ETA finden sich neben den offenen Nationenkonzepten auch solche, die ein sehr kulturpessimistisches Bild von den Auswirkungen der Einwanderung zeichnen und ihr ablehnend gegenüberstehen, wie z.B. in der frühen programmatischen Schrift *Insurrección en Euskadi* (Aufstand im Baskenland)¹ aus dem Jahr 1964:

„Massive integration is creating new lifestyles, customs (which are) incompatible with our way of being and which will end up by submerging the Basque people, if they do not react

1 *Insurrección en Euskadi* wurde Ende 1963 von Julen Madariaga verfasst und ist 1964 in der Serie „Cuadernos ETA“ („ETA-Hefte“) als Band Nr. 20 erschienen; vgl. Casanova 2007: 46.

[...] The threat of extinction is so great that we Basques only have one path: uniting ourselves and forgetting any differences between us.“ (zit.n. Conversi 1990: 62)

Es ist schon früh eine ideologische Zerrissenheit in der *ETA* festzustellen, die in der Folgezeit immer wieder Spaltungen auslöst. Der kulturnationalistische Flügel um Txillardegui, der angesichts einer drohenden ‚spanischen Unterwanderung‘ der *ETA* eine Festlegung auf die nationale Emanzipation fordert, kann die Phase der ‚Arbeiterorientierung‘ gegen Mitte der 1960er Jahre unterbrechen, was die organisatorische Spaltung nach sich zieht. Dem kulturnationalistischen Flügel steht nun der kommunistische Flügel, die so genannte *ETA-Berri* („neue *ETA*“), gegenüber, der im Kampf um die Befreiung von der sozioökonomischen Unterdrückung die Zusammenarbeit mit spanischen Organisationen und der migrantischen Arbeiterbevölkerung im Baskenland eingehen will. Die Spaltungen wiederholen sich in der weiteren Entwicklung des baskischen Linksnationalismus, oft auch an der eben skizzierten ideologischen Bruchstelle. Der Begriff des *PTV* hat sich in der weiteren Entwicklung zum grundlegenden Konzept des linksnationalistischen Spektrums entwickelt, auch wenn er immer wieder unterschiedlichen Interpretationen unterworfen wurde², nämlich einerseits in der stärkeren Orientierung auf die patriotischen Sektoren der Bourgeoisie und andererseits in der Fokussierung auf die sozialstrukturelle Bestimmung der ‚baskischen Arbeiterbevölkerung‘. Neben der politischen Bestimmung der Nation bleibt die kulturelle Dimension, durch den starken Bezug auf das *Euskera*, auch im Linksnationalismus bedeutend. Die baskische Sprache wird auch hier als der höchste Ausdruck der nationalen Persönlichkeit bewertet (vgl. MacClancy 2007: 109).

Durch die Entstehung der linken Spielart des baskischen Nationalismus wurde die ethnische Konzeptualisierung der baskischen Nationalität aufgeweicht, was innerhalb des gesamten baskischen Nationalismus einen dauerhaften Einfluss auf das zuvor negative Bild der Einwanderer ausgeübt hatte. Die Reformulierung der nationalen Zugehörigkeit durch die *ETA* hat auch Rückwirkungen auf den zuvor rassistischen Bias des *PNV*. Auf dem ersten Parteikongress nach dem Franco-Regime, im März 1977, prägte dieser eine neue Definition der baskischen Identität, die als das grundlegende Zugehörigkeitskriterium zur baskischen Nation weder das Blut noch die Herkunft, sondern den Willen zur Integration, zur kulturellen Assimilierung und zur Partizipation an der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens in all seinen Dimensionen bestimmt (vgl. Jauréguiberry 2007: 260). Diese für den konservativen Nationalismus neuartige Definition der Zugehörigkeit zur baskischen Nation läuft nicht mehr über das ‚Sein‘, die Essenz, sondern über das ‚Sein wollen‘, die Bereitschaft zur Mitarbeit und die Identifikation mit dem Baskenland.

2 Zu den Widersprüchen dieser Neuorientierung und zum wechselhaften Einfluss des marxistischen Denkens in dieser Phase vgl. Elorza 2005: 195 ff.

Trotz dieser Öffnung wurde die Definition des Baskenlands als Einwanderungsland lange Zeit aus der Perspektive des baskischen Nationalismus attackiert, auch durch die nationalistisch gesinnte Historiographie und Sozialwissenschaft. Wie Aranzadi (2000: 126 f.) betont, habe die baskische Anthropologie in den Studien über das baskische Volk und durch die Fokussierung auf die Wesenheiten der als die ‚authentischen Basken‘ vorgestellten ‚baskischen Ureinwohner‘ bewusst den Tatbestand der Einwanderung ausgeblendet. Die ethnisch plurale Zusammensetzung der baskischen Bevölkerung werde, so der weitere Vorwurf Aranzadis, teilweise immer noch von den baskischen Sozial- und Geschichtswissenschaften unterbelichtet oder ignoriert.

4.1.2.2 Geschichte des Einwanderungsdiskurses in der katalanischen Nationalbewegung

Auch im Katalanismus wurde die nationale Identität Kataloniens im späten 19. Jahrhundert rassistisch begründet. Dies geschah ebenso als Abgrenzung zur nicht-katalanischen Einwanderungsbevölkerung, die vom industriellen Boom der katalanischen Industrie aus den armen Regionen des spanischen Südens angezogen wurde. In der Entstehungsphase des Katalanismus, d.h. seit Ende des 19. Jahrhunderts, wurde die Einwanderung nicht als explizites politisches Thema problematisiert. Allerdings sind in dieser Phase bei den Theoretikern des Katalanismus, z.B. bei Valentí Almirall mit seiner Unterscheidung des katalanischen und kastilischen Charakters, durchaus Grundzüge einer rassistischen Begründung der katalanischen Nation zu beobachten. Ebenso gab es Versuche, die arische Herkunft der Katalanen zu beweisen, die sich von den arabisch beeinflussten Kastiliern fundamental und biologisch unterscheiden (vgl. Santamaría 2003). In dieser Frühphase des politischen Denkens des Katalanismus entwickelte sich eine rassistische Weltanschauung, die die Existenz und Anwesenheit anderer Rassen für die Übel in der katalanischen Gesellschaft verantwortlich machte. In diesem ideologischen Kontext sieht auch der Vordenker des Katalanismus, Enric Prat de la Riba, die Katalanen als „historische Rasse“ (vgl. ebd.). Trotz der Entwicklung einer rassistischen Ideologie im Katalanismus war die Problematisierung der Einwanderung bis in die 1920er und 1930er Jahre kein bestimmendes Thema. Lediglich einige skeptische demographische Untersuchungen erwähnten im Zusammenhang mit den geringen katalanischen Geburtenraten die Risiken der Einwanderung. So warnte der Mediziner Puig i Sais 1915 vor der Dekatalanisierung des Landes durch die Einwanderung und schlug vor, die Anzahl der reinrassigen Katalanen zu erhöhen (vgl. ebd.).

Seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts, als es im Zuge der Wirtschaftskrise zur massiven Einwanderung aus Murcia und Almería nach Katalonien kommt, lebt eine intensive politische Debatte über die Einwanderung auf, in der Bedenken wegen der ‚Dekatalanisierung‘ und der Bedrohung der katalanischen Sprache zum Ausdruck kommen. 1934 wird das Manifest *Per la preservació de la raça catalana*

(„Für die Bewahrung der katalanischen Rasse“) veröffentlicht, das auch bekannte Personen wie Pompeu Fabra und Jaume Pi i Sunyer unterschrieben haben. Dort werden die gravierenden Auswirkungen der unkontrollierten Einwanderung betont und Maßnahmen zur Verteidigung der katalanischen Rasse, so z.B. durch die *Societat Catalunya d'Eugénica*, vorgeschlagen (vgl. ebd.). In diesen Debatten lebt die Rassenrhetorik wieder auf, deren radikalste Vertreter die Unvereinbarkeit der katalanischen und spanischen Völker behaupten, die strikt rein gehalten und nicht der Vermischung ausgesetzt werden sollen. Ein berühmter Repräsentant dieser Argumentation ist Pere Màrtir Rosell i Vilar, der als Abgeordneter des radikalen Flügels der ERC im katalanischen Parlament saß. In *La immigració a Catalunya* von Josep Vandellós i Solà, das zur gleichen Zeit erscheint, wird ein Szenario der Unfähigkeit, die neuen Einwanderer zu assimilieren, skizziert und die umfassende ‚Katalanisierung‘, d.h. die Ausbreitung der katalanischen Sprache und Kultur durch die öffentlichen Einrichtungen vorgeschlagen (vgl. Gil Araujo 2009: 233). Das Problem der Assimilation der *nouvinguts* (der „Zugezogenen“) stand in den 30er Jahren, die geprägt waren von sozialen Konflikten, auch im Zusammenhang mit dem aufwieglerischen Geist der Einwanderer. Es wurde, teils euphorisch, jedoch meist die Ablehnung noch vertiefend, festgestellt, dass die zugewanderten Arbeitskräfte aus dem Süden durch eine kämpferische Haltung in arbeits- und sozialpolitischen Fragen gekennzeichnet seien (vgl. Bernecker 1993: 48 ff.).

In den 1930er Jahren breitete sich im Katalanismus die Sorge über die massive Einwanderung und die damit einhergehenden politischen und kulturellen Herausforderungen aus. Selbst im damals entstehenden linken Flügel des Katalanismus wuchs die Skepsis gegenüber der Einwanderung, die oftmals mit einer fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellung verbunden war. So hat der als Vordenker des linken Katalanismus geltende Antoni Rovira i Virgili in seinen Publikationen der 1920er und 1930er Jahre die unüberwindbare Differenz zwischen der katalanischen und spanischen Denkart hervorgehoben und in der Einwanderung einen ‚objektiven Faktor‘ der Dekatalanisierung gesehen, dem mit einer offensiven Assimilationspolitik begegnet werden müsse (vgl. Santamaría 2003). Auch in anderen Spektren der Linken wurden negative Stereotype aus dem Fundus der negativen katalanischen Fremdbilder über die ‚Spanier‘ auf die eingewanderten Arbeiter angewandt. Doch gab es in der Linken auch Ausnahmen, die im Kontrast zu diesen ablehnenden Einstellungen gegenüber der Einwanderung ein Gegenkonzept formulierten, so z.B. der katalanische Sozialist Rafael Campalans. Dieser plädierte schon 1923 in *El socialisme i el problema de Catalunya* für die kulturelle Integration der Einwanderer und definierte die katalanische Nation als die Summe der in Katalonien lebenden Menschen, die der gemeinsame Wille nach einem fortschrittlichen Zusammenleben eint: „To us, the outsiders that come to Catalonia, who we always welcome with open arms [...] they are as Catalan, in our concept of the future of the nation, as we are. We make no difference whatsoever between them and oursel-

ves.“ (Campalans, zit.n. Cardús i Ros 2005: 40) Campalans früh formulierte offene Nationenkonzeption ist durch eine nichtessentialistische Bestimmung der katalanischen Identität charakterisiert, die die Einwanderer als selbstverständliche Akteure der katalanischen Nation umfasst. Sein Konzept blieb jedoch zunächst in der Minderheit. Entgegen dieser Minderheitenauffassung setzte sich in den 1930er Jahren in der katalanischen Politik die Auffassung durch, die Maßnahmen zur Eindämmung der massiven Einwanderungsströme vorsieht und die Assimilation an die katalanische Kultur als zentrales Mittel für das Überleben Kataloniens propagiert (vgl. González-Vilalta 2002: 36).

Die Thematisierung der Einwanderung erfuhr in der zweiten Hälfte der frankistischen Diktatur, der Phase der vertieften Modernisierung und des außerordentlichen wirtschaftlichen Wachstums, eine Renaissance in den politischen Debatten Kataloniens. Zwischen 1950 und 1975 stieg die katalanische Einwohnerzahl von 3.240.000 auf 5.660.000 an, eine Bevölkerungsentwicklung, die von der zweiten großen Einwanderungswelle von mehr als 1.000.000 Zuwanderern aus Spanien getragen wird. Nur 62,3 % der 1970 in Katalonien lebenden Bevölkerung wurde in Katalonien geboren, was eine starke Veränderung der demographischen Struktur Katalonien bedeutete (vgl. Balcells 2004: 212). Die Einwanderung und deren Auswirkungen auf die nationale Identität Kataloniens wurden zunehmend zum Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen im Katalanismus. Es kommt gegen Ende der 50er Jahre zum Wiederaufleben einer lang und intensiv geführten Debatte über die Einwanderung und die nationale Zukunft Kataloniens.

Maßgeblich wurde die Debatte von Jordi Pujol, dem späteren *president* der *Generalitat*, geprägt, der sich seit Ende der 50er Jahre aus der Perspektive des katholischen Katalanismus systematisch mit der Einwanderungsthematik auseinandersetzte. Pujol sah durch die Einwanderungsströme das zentrale Merkmal der katalanischen Identität, die katalanische Sprache, in seiner Existenz bedroht. Pujol fürchtete, dass die Einwanderer die katalanische Identität zerstören könnten:

„Eine Zerstörung, die sich nicht auf die eigentlichen nationalen Kennzeichen wie Sprache, Kultur oder gar die Ökonomie usw. beschränkt, sondern die das gesamte soziale Netz Kataloniens selbst in Gefahr bringt, das Netz, von dem die Einwanderer schon Bestandteil sind.“ (Pujol 1976a: 32)

Dementsprechend sieht die 1958 von Pujol in einem Vortrag mit dem Titel *Per una doctrina d'integració* („Für eine Doktrin der Einwanderung“) vorgeschlagene Neukonzipierung der katalanischen Nationalität die prinzipielle Einbeziehung der Einwanderer vor. „Katalanisch sind all diejenigen, die in Katalonien leben und arbeiten und die Katalonien zu ihrem Land machen wollen“ (ebd.: 41 f.).

Die Reformulierung des Nationenkonzepts durch Pujol bedingt einen Wandel in der Einstellung gegenüber der Einwanderung. Er spricht von Katalonien als

‚Schmelztiegel‘ und akzeptiert den längst schon offensichtlichen, bislang vom Katalanismus aber nur als Problem wahrgenommenen Tatbestand der pluriethnischen Zusammensetzung der katalanischen Bevölkerung. In der Schrift *Immigració i integració* („Einwanderung und Integration“) aus dem Jahre 1959³ betont Pujol, dass Katalonien seit jeher ein Einwanderungsland gewesen sei und dass es das stete Schicksal Kataloniens sei, die neu ankommenden Zuwanderer in die neue katalanische Gemeinschaft zu integrieren. Pujol ist der erste politische Denker des katholischen Nationalismus, der im Hinblick auf die Einwanderungsbevölkerung den Begriff der Integration verwendet und geprägt hat (vgl. Gil Araujo 2009: 234).

Im Zentrum des nationalistischen Denkens Pujols steht der Gedanke, dass für den weiteren Bestand Kataloniens und der katalanischen Identität die Mitarbeit der katalanischen Bevölkerung von großer Bedeutung ist. Durch die Partizipation und die institutionelle Absicherung soll die Kohäsion Kataloniens und dessen nationaler Identität gewährleistet werden. Ein Reproduktionsprozess, den Pujol programmatisch mit der Losung „Fer País“ („Das Land gestalten“) bezeichnet hat: „Wir werden nur dann ein starkes Volk sein, wenn wir unsere Lebensweise, unsere kollektive Mentalität und unser Landesbewusstsein bewahren, wenn wir an diese Faktoren glauben und sie in die Zukunft projizieren können“ (Pujol, zit.n. Caminal 1998: 164). Es sei die Mission Kataloniens, die Einwanderer aufzunehmen und deren Gesamtheit in die ‚neue katalanische Gemeinschaft‘ zu integrieren. Pujol, dessen politischer Diskurs sich primär an das katalanische Klein- und mittlere Bürgertum als der Trägerschicht der katalanischen Identität richtet, plädiert in seinen Schriften für ein umfassendes Verständnis der katalanischen Nation, das auch die Arbeiterklasse und die soziale Schicht der Einwanderer umfasst. Letztere seien kulturell wie auch gesellschaftlich in die katalanische Gesellschaft zu integrieren. Die Katalanisierung der Migranten, d.h. die Verbreitung der katalanischen Sprache und Kultur in den Milieus der Einwanderungsbevölkerung, könne nach Pujol sowohl den Fortbestand der katalanischen Identität wie auch die Integration der meist gering qualifizierten proletarischen Einwandererschichten in die bürgerlich-kapitalistische Ordnung Kataloniens garantieren (vgl. Díez-Medrano 1999: 202). „Integrieren bedeutet, jemanden in eine Umgebung, in eine soziale Struktur, in eine Mentalität, in Möglichkeiten aller Art einzuführen.“ (Pujol 1976a: 85)

Die katalanische Sprache spielt als zentraler Bestandteil der katalanischen Identität für Pujol eine herausragende Rolle bei der Integration der Einwanderer. Das Verschwinden der katalanischen Sprache käme dem Ende Kataloniens als Nation gleich, weshalb die Integration der Einwanderer über die Verbreitung der katalanischen Sprache laufen müsse (vgl. ebd.: 36). Pujol knüpft an die enge Verknüpfung von Sprache und Identität an, die im Katalanismus seit seiner ersten Stunde ein we-

3 Dieser Aufsatz ist mit anderen Schriften aus dieser Zeit 1976 unter dem Titel „La immigració, problema i esperança de Catalunya“ neu veröffentlicht worden.

sentliches Ideologem war. Schon seit der *renaixença* wurde eine enge Beziehung zwischen der nationalen Identität und der katalanischen Sprache hergestellt: „Throughout the intellectual development of the ideas of the *renaixença*, language emerges as the central issue around which the Catalans based their claims to a separate identity.“ (Mar-Molinero 2000: 82) Auch der Vordenker des politischen Katalanismus, Prat de la Riba, hatte die Rolle der Sprache für die Nationenbildung hervorgehoben, als er betonte, dass „die Sprache das machtvollste Instrument zur Nationalisierung und somit zum Erhalt des Lebens der Nationalität“ sei (Prat, zit.n. Conversi 1990: 54).

In dieser Denktradition stehend, stellt für Pujol die katalanische Sprache den festen Kern der Katalanität dar, der auch im Rahmen der multikulturellen und plu-riethnischen Zusammensetzung der katalanischen Bevölkerung bestehen bleiben sollte: „der nicht veränderliche Bestandteil ist die katalanische Sprache [...], der unverrückbare Fels ist immer das Katalanisch“ (Pujol 1976a: 36). Trotz der offenen, zivilbürgerlichen Definition der katalanischen Nation, der zufolge all diejenigen Personen Katalanen sind, die in Katalonien leben und arbeiten und der damit einhergehenden Überwindung des Herkunfts- oder Rassenbezugs in der Definition der katalanischen Nation, gibt es für Pujol einen festen und nicht veränderbaren Bestandteil der katalanischen Identität, nämlich die katalanische Sprache. Ohne deren Besitz könne niemand wirklich als vollwertiger Katalane gelten: „Ein Mensch, der Katalanisch spricht und der mit seinen Kindern Katalanisch spricht, ist ein wahrhaftiger Katalane.“ (ebd.: 83)

Pujols Integrationskonzept verabschiedet sich, fußend auf einer offenen Nationsdefinition, von alten Integrationsvorstellungen, die die totale Akzeptanz und Übernahme der Kultur und Lebensformen des Aufnahmelandes forderten. Er prägt ein neues Verständnis von Integration, das die eigene Lebenswelt der Einwanderer und deren Beitrag zur neu entstehenden katalanischen Gemeinschaft anerkennt. Die Akzeptanz der kulturellen Pluralität Kataloniens, das schon seit mehreren Jahrhunderten als eine Art ‚Schmelztiegel‘ fungierte und immer wieder neue Kulturen integrierte, sind Aspekte, die die Einstellungen im katalanischen Nationalismus gegenüber der Einwanderung nachhaltig verändert haben. Mit der Reformulierung des Nationenkonzepts und der Betonung der katalanischen Sprache übte Pujol nachhaltige Wirkungen auf die ideologische Weiterentwicklung des katalanischen Nationalismus aus. 1964 erschien *Els altres Catalans* von Francisco Candel, das eine große Resonanz in der auflebenden katalanischen Integrationsdebatte fand. Wie Pujol plädierte Candel für eine Synthese der katalanischen Identität und des Respekts vor den kulturellen Werten und Traditionen der Einwanderer. Ausgehend vom positiven Wert der kulturellen Pluralität äußerte Candel die Zuversicht, dass sich spätestens die zweite oder dritte Generation der Einwanderer vollkommen in die katalanische Gesellschaft integrieren werde. Es gelte, die miserablen Lebensbedingungen der armen Einwanderer, die einen Großteil der Industriearbeiterklasse stellt und die in

den Außenbezirken Barcelonas eine relativ isolierte Existenz fristen, zu verbessern (vgl. Balcells 2004: 213).

Die Innovationen in der Einwanderungs- und Integrationsfrage durch Pujol im katholischen Nationalismus, aber auch durch Candel, dessen Werk großen Einfluss auf die späteren linken Spielarten des Katalanismus ausübte, rief heftige Reaktionen aus dem nationalistischen Lager hervor. Die Führungsfigur des klandestinen *Front Nacional de Catalunya* (FNC), Manuel Cruells, vertrat in *Els no Catalans i nosaltres* (1965) die Gegenposition zu den ‚pluralistischen‘ Auffassungen Pujols und Candels. Er kritisierte Candel dafür, die Bedeutung der katalanischen Sprache und die Wichtigkeit ihrer gesellschaftlichen Verbreitung zu unterschätzen. Zudem zog er die Fähigkeit der Einwanderer, sich in die katalanische Gesellschaft zu integrieren, in Zweifel. Es müsse verhindert werden, dass es zur dauerhaften Etablierung einer migrantischen Parallelgesellschaft kommt, die als eigenständige Gemeinschaft in der katalanischen lebt. Eine gelungene Integration setzt die Assimilation bezüglich der katalanischen Sprache und Kultur sowie die Identifikation mit Katalonien durch die Einwanderer voraus: „Sie werden keine Katalanen sein, so lange sie nicht unsere Sprache sprechen und unsere Bedürfnisse zu den ihren machen (...) bis sie sich nicht selbst verletzt fühlen, wenn sie die Angelegenheiten Kataloniens erniedrigt sehen.“ (Cruells, zit.n. Santamaría 2003)

Aus marxistischer und links-humanistischer Perspektive wurde der ‚gemischte Charakter‘ und die sprachliche und kulturelle Pluralität der katalanischen Bevölkerung hervorgehoben (vgl. Balcells 2004: 213 f.). Als renommierter Vertreter dieser ideologischen Strömung hat Antoni Pérez González die Integrationskonzepte des konservativen und liberalen Katalanismus insoweit kritisiert, dass sie lediglich auf die kulturelle Ebene abzielten und keine umfassende gesellschaftliche und ökonomische Integration vorsahen. Pérez artikuliert eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Konzept der ‚nationalen Kultur‘, wie es von den Katalanisten verwendet und absolut gesetzt wurde. Die essentialistischen Vorstellungen von Kultur führten problematische ‚Integrationsvorstellungen‘ mit sich. Das Primat des Kulturellen in den vorgeschlagenen Integrationskonzepten und die Ausbreitung der katalanischen Identität und Kultur verfolgten, so Pérez kritisch, das Ziel, die Migranten den etablierten politischen und gesellschaftlichen Strukturen unterzuordnen, d.h. ihre Integration in die kapitalistischen Strukturen der katalanischen Gesellschaft zu garantieren (vgl. Santamaría 2003).

Diese sozialstrukturell argumentierende Kritik an den moderaten katalanistischen Integrationskonzepten blieb ohne größere Wirkung. Letztlich konnte sich in der kontrovers geführten, spektrrenübergreifenden katalanischen Integrationsdebatte die Ansicht durchsetzen, dass die Multikulturalität und die pluriethnische Zusammensetzung der katalanischen Bevölkerung zu berücksichtigende Tatbestände der katalanischen Realität sind. Der katalanische Nationalismus hat im Kontext dieser Debatten eine inhaltliche Neuausrichtung vorgenommen, für die die Pujol’sche Vi-

sion der kulturellen Integration und Multikulturalität eine bedeutende Rolle spielt: „a new form of Catalan Nationalism that was based on the realistic assessment that, to be viable, any national project would have to win the support of immigrants“ (McRoberts 2001: 131). Die Reformulierung des katalanischen Nationenkonzepts und der entsprechenden Integrationsvorstellungen wurde in der katalanischen Gesellschaft hegemonial. Das nationale Selbstbild Kataloniens als Einwanderungsland hat sich etabliert, und die Einwanderung wird von sämtlichen politischen Akteuren als ein konstitutives Merkmal Kataloniens akzeptiert. Auch die politische Linke Kataloniens ist in den ideologischen Sog der Pujol'schen Integrationsrhetorik geraten und hat, zunächst der *PSUC*, später dann auch der *PSC*, den „kategorischen Imperativ des katalanischen Integrations-/Assimilationsdiskurses“ der katalanistischen Intellektuellen der 1960er Jahre übernommen (vgl. Santamaría 2003). Die Kritiken und politischen Alternativen von Pérez González und anderen haben nicht verhindert, dass national-identitäre Modelle und die Axiome der moderat-katalanistischen Integrationsideologie von der Linken übernommen wurden.

Nach dem Ende des Franco-Regimes und im Kontext des selbstbewussten Strebens nach weit reichenden Autonomierechten hat sich die Einwanderungsdiskussion in der neu entstehenden politischen Landschaft Kataloniens neu entfacht. Das Einwanderungsthema hat sich als ein Gemeinplatz des katalanischen politischen Diskurses etabliert. Einen guten Einblick in den Stand der Debatten in der katalanischen Politik der 1980er Jahre bieten die Debattenbeiträge auf der Tagung der *Fundació Jaume Bofill* mit dem Thema „Immigració i reconstrucció nacional a Catalunya“ aus dem Jahr 1978. Dort wurden die verschiedenen politischen Positionen von den maßgeblichen Politikern der katalanischen Parteien, Joan Raventós (*PSC*), Gregorio López Raimundo (*PSUC*), *ERC* (Heribert Barrera), *CDC* (Jordi Pujol) vorgestellt und diskutiert, wobei diejenigen von Barrera und Pujol die markantesten Positionierungen darstellten.

Barrera, damals Generalsekretär der *ERC* und kurz darauf Präsident des ersten gewählten katalanischen Parlaments, ging von der Existenz zweier differenter Gemeinschaften aus und vertrat aus radikalnationalistischer Perspektive harte Positionen gegenüber der Einwanderungsbevölkerung. Katalonien hätte auch ohne Verluste auf die Einwanderung verzichten können, so Barrera (vgl. *Fundació Jaume Bofill* 1980: 213). Im Gegenteil, ein Entwicklungsweg ohne die massenhafte Einwanderung hätte eine lukrativere und homogene Entwicklung bedeutet, die Katalonien die Probleme wie die Arbeitslosigkeit, die urbane Konzentration in den Metropolstädten, Umweltprobleme und die Wasserknappheit erspart hätte (vgl. ebd.). Barrera wendete sich gegen die offene Konzeption Pujols, der zufolge all diejenigen, die in Katalonien leben und arbeiten, Katalanen seien. Für die *ERC* seien lediglich diejenigen Katalanen, die in Katalonien leben, arbeiten und darüber hinaus auch noch den Willen besitzen und zeigen, Katalanen zu sein. Es sei nicht die Gewohnheit, katalanisch zu sprechen oder die katalanische Kultur zu teilen, die einen Katalanen

auszeichnen. Diese Dinge seien sekundär, was zählt, sei der Wille, Katalane zu sein (vgl. ebd.: 212). Für Barrera stellte die Einwanderung prinzipiell eine Bedrohung der katalanischen Identität und eine mögliche Ursache der Fragmentierung der katalanischen Gesellschaft dar.

Pujol schloss in seinem Beitrag an seine Interpretation der 1950er Jahre an und betonte, dass die Einwanderung eine Quelle der vertieften Fragmentierung und Marginalisierung der katalanischen Kultur darstellen könnte. Dem könnte allerdings durch die Integration der Einwanderer begegnet werden, wobei Integration als aktiver Schritt der Einwanderer zu verstehen sei. In einer derartigen Integration brächten die Einwanderer ihre eigenen kulturellen Werte und Sichtweisen in die neue kollektive katalanische Realität mit ein (vgl. ebd.: 218). Neben der Betonung der Offenheit steht der Hinweis, dass die neue Gesellschaft auch eine *katalanische* bleiben sollte. Der Rumpf dieses Landes sei katalanisch und sollte es auch weiterhin bleiben (vgl. ebd.: 220). Die Beiträge der beiden Linksparteien des *PSC* und des *PSUC* formulierten Gesellschaftsprojekte, die auch die Bedeutung des nationalen Projekts betonten, wobei dieses als Klassenprojekt, als ‚nationales Projekt des Volks der Arbeiter‘ und nicht als kulturelles verstanden wurde (vgl. Gil Araujo 2009: 238).

Die Integrationsdiskussion ist in den folgenden Jahren weiterhin ein zentrales politisches Thema Kataloniens geblieben, wobei sich das integrative Konzept Pujols durchsetzen konnte. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass Pujol von 1980 bis 2003 *president* der katalanischen *Generalitat* war und währenddessen Pujols Vision der Integration popularisiert und zur Grundlage der späteren offiziellen ‚katalanischen Integrationsphilosophie‘ der *Generalitat* wurde. Unter der Hegemonie des Pujolismus hat sich der Migrations- und Integrationsdiskurs Pujols im Katalanismus durchgesetzt, wurde zur Grundlage der regierungsamtlichen Politik und hat auch die programmatischen Diskurse der politischen Opposition beeinflusst. Der Orientierung an der katalanischen Sprache kommt in der politischen Kultur Kataloniens eine hohe politische Priorität zu, Fragen der Sprach- und der Einwanderungspolitik werden eng aufeinander bezogen. Die Rede des *president* Pujol am 1. März 1989 anlässlich eines Treffens mit dem spanischen Präsidenten González drückt die ideologischen Fundamente der Regierungspraxis unter Pujol treffend aus:

„Die Sprache ist ein Indikator dafür, ob die Beziehungen mit der Zentralregierung fortschreiten oder nicht [...] Die absolut zentralen Themen Kataloniens sind die Sprache und die Kultur. Katalonien wird seine historischen Leiden nicht als gelöst einschätzen, solange die Kulturproblematik nicht behoben wurde [...] Katalonien will die Autonomierechte nicht aus politischen oder verwaltungstechnischen Motiven heraus, sondern wegen Identitätsthematiken.“ (Pujol, zit.n. Conversi 1990: 56)

Das Integrationsthema entwickelte sich während der Hegemonie des Pujolismus zu einem bedeutenden und anerkannten gesellschaftspolitischen Thema im politischen Diskurs Kataloniens.

4.1.3 Gegenwärtiger Einwanderungsdiskurs in den Nationalbewegungen

4.1.3.1 Die ‚neue Einwanderung‘ und ihre Problematisierung in Spanien

Maßgeblich für die gegenwärtige Diskussion der Einwanderung ist die ‚dritte Einwanderungswelle‘ nach Katalonien und ins Baskenland, die seit den 1990er Jahren festzustellen ist. Seitdem hat sich Spanien vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland entwickelt. Bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts war Spanien ein klassisches Auswanderungsland, aus dem Arbeitskräfte aufgrund mangelnder Perspektiven massenhaft abgewandert sind. In den 1960er und frühen 1970er Jahren emigrierten mehr als 2 Millionen Spanier in die westlichen europäischen Länder, zumeist nach Frankreich, Deutschland oder in die Schweiz, um dort als ‚Gastarbeiter‘ zu leben (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 79). Die Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre hat die Auswanderungsbewegung negativ beeinflusst, bis sie schließlich in den 1990er Jahren völlig zum Erliegen kam.

Gegen Mitte der 1980er Jahre setzte die Zuwanderung aus lateinamerikanischen Ländern ein, die mit dem Fall des Eisernen Vorhangs durch Einwanderer aus Osteuropa, vornehmlich aus Rumänien, ergänzt wurde. Der Migrationssaldo hatte sich nun zugunsten der Einwanderung umgekehrt. Im Laufe der 1990er Jahre wurde Spanien aufgrund seiner relativ liberalen Einwanderungspolitik und der geographischen Lage an der Südgrenze der *EU* zu einem beliebten Einwanderungsland. Seit den 1990er Jahren kommt es zur deutlichen Zunahme der Einwohnerzahlen, die maßgeblich auf den Anstieg der Einwanderung zurückzuführen sind. Seit Beginn der 1990er Jahre ist der migrantische Bevölkerungsanteil stetig gewachsen. Lebten 1998 noch 637.985 Ausländer in Spanien, was 1,6 % der spanischen Gesamtbevölkerung ausmachte (knapp 40 Millionen), lag der Anteil der ausländischen Bevölkerung (3,7 Millionen) 2005 schon bei 9,2 % der spanischen Gesamtbevölkerung (43 Millionen) (vgl. Bernecker 2006: 352). Andere Statistiken besagen einen Anstieg von gut 700.000 Ausländern im Jahr 1998 (1,8 % von 40 Mio. Gesamtbevölkerung) auf knapp 4 Millionen im Jahr 2007 (8,6 % von 46 Millionen Gesamtbevölkerung) (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 81). Spanien ist seit Jahren das beliebteste Einwanderungsziel in der *EU*.

Die massenhafte Einwanderung hat in den gesellschaftspolitischen Debatten einen lebendigen Einwanderungsdiskurs ausgelöst. Ende der 90er Jahre wurde von einer breiten Mehrheit des spanischen Parlaments gegen die Minderheitenregierung

des *PP* ein Gesetzesvorhaben in Gang gebracht, das das seit 1985 geltende *Ley de Extranjería*, das den neuen Entwicklungen kaum mehr angemessen war, ersetzen sollte. Das neue Gesetz, das *Ley 4/2000*, hob die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen hervor und weitete die sozialen und politischen Rechte der Einwanderer von außerhalb der *EU* aus. Die Ausarbeitung des Gesetzes war von einer breiten gesellschaftlichen Debatte begleitet. Das Thema der Einwanderung geriet ins Zentrum der Öffentlichkeit. Der *PP* kritisierte das Gesetz als zu freizügig und prägte einen alarmistischen Diskurs über die Einwanderung. Seit Ende 1999 hat die Berichterstattung über die Einwanderung in den spanischen Medien stark zugenommen, mit der klaren Tendenz zur negativen Darstellung. Die öffentliche Debatte war, angetrieben von den Medien und von einem populistischen Diskurs der rechten und konservativen Parteien, geprägt von der negativen Einstellung gegenüber der Einwanderung (vgl. Zapata-Barrero 2004: 94 ff.). Am 05.02.2000 kommt es in der südspanischen Kleinstadt El Ejido zu drei Tage andauernden Hetzjagden und Übergriffen auf Einwanderer, die sich dort als Tagelöhner in der Gemüseindustrie verdienen. Als dort eine junge Frau ermordet aufgefunden wurde, breitete sich eine rassistische Stimmung unter den Einwohnern gegenüber der lokalen Migrationsbevölkerung aus. Wohnungen, Autos, Geschäfte und Bars wurden geplündert und verwüstet.

Der *PP* gewann im selben Jahr bei den Parlamentswahlen mit einer Kampagne gegen die Einwanderung die absolute Mehrheit und leitete die Revision des Gesetzes *Ley 4/2000* ein. Es wurde schließlich ein neues Ausländergesetz verabschiedet, das sich gegen die ein Jahr zuvor per Gesetz beschlossene Verbesserung der sozialen Rechte der Einwanderer richtete. In diesem wurde deutlich zwischen ‚legalen‘ und ‚illegalen‘ Migranten unterschieden. Die Anforderungen an ‚Legalisierungswillige‘ wurden verschärft und die Kompetenzen der Behörden, die Flüchtlingsbewegungen zu kontrollieren und zu steuern, ausgebaut. Des Weiteren wurde die Möglichkeit eingeräumt, ‚illegale Ausländer‘ des Landes zu verweisen und die sozialen Rechte der ‚Nichtdokumentierten‘ einzuschränken (vgl. Bernecker 2006: 351). Nach dem Machtwechsel 2004, als der *PSOE* die Wahlen gewann und das Ende der Aznar-Ära besiegelte, unternahm der *PSOE* rasch nach seinem Regierungsantritt 2004 eine Legalisierungskampagne, um das zunehmend innenpolitisch brisante Thema der ‚illegalen Einwanderung‘ zu regulieren. Mit der Legalisierung des Aufenthalts derjenigen, die eine feste Arbeit nachweisen konnten, wollte die *PSOE*-Regierung einen Teil der Schattenwirtschaft und der unregulierten Beschäftigungsverhältnisse bekämpfen, so dass auch mehr Geld in die Steuer- und Rentenkassen floss. Die Regierung zeigte sich zunehmend daran interessiert, die gering qualifizierten, illegalisierten Einwanderer aus Afrika, Lateinamerika, Asien und Osteuropa mit entsprechenden beruflichen Tätigkeiten (Pflegearbeit, Hausangestellte, Bauarbeiter und Landwirtschaftsarbeiter) einzugliedern (vgl. Bernecker 2006: 352).

Es lässt sich somit festhalten, dass zu Beginn des Jahrtausends ein qualitativer Wandel im Einwanderungsdiskurs eingetreten ist: „Starting with the new millenium immigration is finally acknowledged as a social fact and institutionalized through legislative regulations.“ (Kleiner-Liebau 2009: 87) Die Entwicklung der Ereignisse und des Migrationsdiskurses zwischen 2000 und 2001 sind als „Jahr der Einwanderung“ in Erinnerung geblieben (vgl. Zapata-Barrero 2004: 94). Die Ereignisse von El Ejido sind dabei kein Einzelfall geblieben. Auch auf Seiten der Linken ist es zu defensiven Reaktionen gegen die Einwanderung gekommen. So wurde ein ‚neuer Protektionismus‘ gefordert, der die ‚heimische Arbeiterklasse‘ vor der ausländischen Konkurrenz und dem einwanderungsbedingten Lohndruck beschützen sollte (vgl. Verstrynge 2006). Neben dem Anstieg rassistischer Ausschreitungen und der Verschärfung des Einwanderungsdiskurses steht das Jahr 2000 auch für den Anstieg der breiten gesellschaftlichen Wahrnehmung der internationalen Einwanderung nach Spanien. Spanien wird sich zu dieser Zeit bewusst, dass seine künftige Gesellschaft eine multikulturelle sein wird, die sich aus Einwanderern und Spaniern mit Migrationshintergrund zusammensetzt (vgl. Zapata-Barrero 2005: 84). Es kam zu einer gesellschaftlichen Verbreitung des Einwanderungsthemas, wobei im gesellschaftlichen Bewusstsein ein „konfliktreiches Bild über den Prozess der Multikulturalisierung Spaniens“ vorherrschte (Zapata-Barrero 2004: 108).

In den einzelnen AG ist es ebenfalls zum Aufleben der Migrationsdebatte gekommen, wenn auch im Zeichen der ‚regionalen Spezifik‘ der Einwanderung und ihrer Auswirkungen. Jede einzelne AG hat mittlerweile, ausgelöst durch das Fehlen entsprechender Politiken auf nationaler Ebene, eigene Maßnahmen unternommen. Diese einzelnen Anstrengungen haben, auf der Basis unterschiedlicher sozioökonomischer Bedingungen und Migrationsprofile, ein heterogenes Setting an Modellen hervorgebracht, die hinsichtlich der Form, des Inhalts und der beteiligten Akteure variieren (vgl. Diniz Leal Nunes 2009: 178). Die Einwanderung in die beiden Regionen Baskenland und Katalonien unterliegt einer besonderen Dynamik. In beiden Regionen stellt sich die jüngste Einwanderungswelle als ‚neue Einwanderung‘ dar, als dritte Welle, die auf die beiden Wellen der binnenspanischen Migration aus dem 19. und 20. Jahrhundert folgt. Das Neue der jüngsten Einwanderungswelle ist, dass die Einwanderer nun nicht mehr aus Spanien, sondern primär aus dem nichteuropäischen Ausland kommen und einen anderen kulturellen und religiösen Background haben. Die Einwanderungsbevölkerung ist somit durch eine, im Vergleich zur vorigen spanischen Einwanderungsbevölkerung, größere kulturelle Diversität gekennzeichnet. Ein Großteil der neuen Migration aus Nicht-EU-Ländern geht vor allem nach Katalonien. Im Vergleich zu Restspanien kommen nach Katalonien überdurchschnittlich viele Einwanderer: 2005 machten die Einwanderer 7 % der spanischen Bevölkerung aus, während es in Katalonien 9,4 % waren (im Vergleich zu 1,8 % im Jahr 1993) (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 97 ff.). Katalonien gehört mittlerweile neben Madrid, Andalusien und den Kanaren zu den Regionen, die am

meisten nicht-europäische Einwanderer aufgenommen haben. Die ‚neue Einwanderung‘ nach Katalonien hat sich seit 1998 vervierfacht, so dass die Einwanderungsbevölkerung auf 543.000 Menschen angewachsen ist, was 8,81 % der Gesamtbevölkerung ausmacht. Davon kommen 100.000 aus der Ersten Welt und 430.000 aus der Dritten Welt (vgl. Zapata-Barrero 2008: 45 f.). Eine weitere Besonderheit der Einwanderung nach Katalonien ist, dass die Einwanderungsbevölkerung Kataloniens vornehmlich aus Nordafrika, während sie in Gesamtspanien primär aus Europa oder Lateinamerika kommt.

Das Baskenland ist von der ‚neuen Einwanderung‘ nicht in dem Maße betroffen, wie Katalonien oder andere Regionen Spaniens. Hier hat zudem die neue Zuwanderungswelle erst später eingesetzt. Mitte der 1980er Jahre wurde noch mit Besorgnis die Tatsache aufgenommen, dass das Baskenland einen negativen Migrationsaldo aufweist: seit 1981 verließen jährlich mehr Personen das Baskenland als einwanderten. 1988 lag der negative Migrationssaldo bei 10.000, bei einer Bevölkerung von knapp 2 Millionen eine bedenkliche Entwicklung: „Despite the initial doubts and fears that the phenomenon caused in the Basque Country, most social agents have come to realize that the prospects of their society depend centrally on the influx of foreigners into the region.“ (Ibarrola-Armendariz 2010: 103)

2003 erlebte das Baskenland wieder einen Wendepunkt in der Migrationsbilanz. Das erste Mal seit 25 Jahren sind mehr Menschen in das Baskenland ein- statt ausgewandert, der Zuwachs lag bei 2000 Personen (vgl. ebd. f.). Schon in den frühen 90er Jahren wurde deutlich, dass das steigende Kontingent der Einwanderer das negative demographische Wachstum kompensieren würde. So hat, trotz der anfänglichen Zweifel und Ängste, die die Einwanderung in der baskischen Gesellschaft ausgelöst hat, der Großteil der politischen und gesellschaftlichen Akteure zur Kenntnis genommen, dass die künftige Entwicklung der Region stark von der Zuwanderung abhängt und dass diese die ‚einzige Lösung des schwierigen Puzzles‘ der Demographie darstellen würde (vgl. ebd.: 103). Die 1990 beginnende ‚neue Ära der Migration‘ hat das Baskenland zwar verzögert erreicht, jedoch mit einer hohen Geschwindigkeit. Zwischen Mitte der 1990er Jahre und 2008 ließen sich 180.000 Einwanderer im Baskenland registrieren, wobei allein zwischen 2005 und 2008 die Zahl der im Einwohnermeldeamt eingeschriebenen Ausländer um 60% anstieg (vgl. Aierdi 2008: 435 f.).

4.1.3.2 Der jüngste Einwanderungsdiskurs in der baskischen Nationalbewegung

Die baskische Einwanderungsdebatte hat sich, im Vergleich zu Katalonien, erst relativ spät zu einem breiten gesellschaftlichen Diskurs entwickelt, was auch mit dem verspäteten Einsetzen der ‚dritten Einwanderungswelle‘ ins Baskenland zusammenhängt. Auch wenn zu Beginn der 2000er Jahre die neue Einwanderung noch kaum in der Breite wahrgenommen und diskutiert wurde, hat sich durch die spanische

Debatte und die Ausschreitungen in El Ejido und an anderen Orten in Spanien eine verstärkte Sensibilisierung der baskischen Öffentlichkeit für die Einwanderungsthematik eingestellt. Die vom *PNV* angeführte baskische Regierung, getragen von einer Koalition mit der *EA*, dem baskischen Ableger der Linkspartei *EB* und unter partieller Tolerierung durch die *IA*, hat zu Beginn der 2000er Jahre erste Initiativen unternommen, die zur Ausarbeitung von zwei baskischen Einwanderungsplänen führte.

4.1.3.2.1 Die Etablierung der baskischen Integrationspolitik

Die begrenzten Befugnisse der spanischen *AG* zur Regulierung von Einwanderungs- und Nationalitätsfragen, sowie die Neuartigkeit der Einwanderung in den 2000er Jahren haben die baskische Regionalregierung dazu bewegt, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Themen der ‚sozialen Exklusion und Armut‘, Ansätze einer eigenständigen Migrationspolitik zu entwickeln. Der politische Umgang mit der Einwanderung sei, so die offizielle Begründung dieser Schritte, eine Frage der Integration und der Inklusion/Exklusion und keine Frage der Nationalität und Staatsangehörigkeit. Gestützt durch die Erkenntnis, dass die Einwanderung für die demographische Entwicklung des Baskenlands absolut notwendig ist, hat sich, zumindest aus pragmatischen Gründen, eine positive Einstellung gegenüber der Einwanderung eingestellt, die auch in der Regierungspraxis ihren Ausdruck gefunden hat. Im regierungsoffiziellen Diskurs der 2000er Jahre wurde der Topos von der langjährigen Ein- und Auswanderungserfahrung des Baskenlands und der Basken artikuliert. Durch diese jahrhundertlange Erfahrung seien die Basken besonders für den Umgang mit der ‚neuen Einwanderung‘ qualifiziert. So hebt der baskische Regierungsverantwortliche für Erziehung, Ángeles Iztueta, 2002 hervor, dass

„das Baskenland eine lange Geschichte der Abwanderung hat. Wir wurden immer warmherzig in den anderen Ländern empfangen und sollten jetzt, wo die Migrationsströme sich umkehren, ebenso handeln und offen sein.“ (vgl. *El País* vom 04.09.2002)

Die Phase der Initiierung und Entwicklung der baskischen Einwanderungspolitik erfolgte unter der Regie des regionalen Ministers für Soziales, des *Consejero de Vivienda y Asuntos Sociales del Gobierno Vasco*, Javier Madrazo von der Linkspartei *EB*. 2003 wurde der erste Einwanderungsplan, der *I Plan Vasco de Inmigración* (2003-2006), verabschiedet. Das grundlegende Ziel des Plans war es, ein Modell zu entwerfen, das die Integration der ausländischen Migrationsbevölkerung auf gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer und kultureller Ebene gewährleistet und den Zugang zu den grundlegenden sozialen Infrastrukturen (Wohnung, Erziehung, Gesundheit) ermöglicht. Wie in den europäischen Gesellschaften, so sei auch in der baskischen Gesellschaft das Phänomen der Einwanderung aus dem Süden in den Norden eine irreversible soziale Realität geworden, die eine politische Regulation

erfordere (vgl. Eusko Jaurlaritza 2003: 18). Die Grundlage der baskischen Einwanderungspolitik soll in der „extensive[n] Anerkennung der Menschenrechte“ bestehen (vgl. ebd.: 67). Im zweiten Plan, dem *II Plan Vasco de Inmigración* (2007-2009) aus dem Jahr 2007, werden die grundlegenden Bestimmungen des ersten Plans übernommen. Es wird eine Neudefinition der Bürgerschaft in der Form der ‚inkluisiven Bürgerschaft‘ entworfen, die den Bürgerschaftsstatus von der Nationalität ablöst und ihn an den Wohnsitz koppelt (vgl. Eusko Jaurlaritza 2007: 62). Die entsprechenden Maßnahmen zielten auf die gesellschaftliche Integration der Einwanderer auf der Grundlage von Rechten und Pflichten und dem Transfer von Einwandererrechten, die bislang verweigert wurden, ab (vgl. ebd.: 83). Im regierungs-offiziellen Integrationskonzept wird davon ausgegangen, dass die Integration die Anerkennung der Bürgerschaftsrechte voraussetze, eine wahrhafte Integration müsse auf der Anerkennung von Rechten, der Übernahme von Pflichten und der Inklusion der Einwanderer in die Aufnahmegesellschaft erfolgen. Diese volle Integration ermögliche die Aufnahme in die politische Gemeinschaft durch einen neuen Bürgerschaftsstatus, der von der Nationalität abzukoppeln sei (vgl. Eusko Jaurlaritza 2003: 66; Eusko Jaurlaritza 2007: 79). In dieser Konzeption wird auch von der verwaltungstechnischen Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Einwanderung abgesehen, weil jeder Einwanderer von den Bürgerschaftsrechten profitiere.

Obwohl die AG nach Art. 149.1.2 der spanischen Verfassung in Nationalitätsangelegenheiten und in der Regulation der ausländischen Staatsangehörigkeit keine Kompetenzen haben, ist es der baskischen Regionalregierung gelungen, die Einwanderung zum Gegenstand der baskischen Regierungspraxis zu machen. Durch die Einführung der inkluisiven Bürgerschaft wird eine Einstellung gegenüber der Einwanderung zum Ausdruck gebracht, die die nicht-nationalen Einwanderer als Teil der Aufnahmegesellschaft sowie ihren Beitrag zu deren Fortentwicklung anerkennt. Basierend auf dieser Anerkennung haben die Einwanderer die gleichen Rechte und Pflichten wie die autochthonen Bürger. Die baskischen Einwanderungspläne artikulieren eine neuartige, offene Definition des baskischen Bürger-schaftsrechts sowie ein neues Bild davon, was es heutzutage bedeutet, Bask zu sein. Das baskische Integrationsmodell kann insofern als fortschrittlich gelten, vor allem im Vergleich zu anderen spanischen AG. Die Einwanderungspolitik der AG Madrid ist z.B. durch ein differenzialistisches Modell gekennzeichnet, das der ausländischen Bevölkerung besondere Infrastrukturen zur Verfügung stellt und in dem zudem die Vorherrschaft der autochthonen Kultur betont wird, an die sich die Einwanderer zu assimilieren haben (vgl. Diniz Leal Nunes 2009: 178). Auch wenn in der Zeitspanne zwischen Ausarbeitung und Umsetzung der baskischen Einwanderungspolitik negative Einstellungen gegenüber der Einwanderung im Baskenland

zugenommen haben⁴, ist davon auszugehen, dass mit den baskischen Einwanderungsplänen ein Schritt in Richtung einer erfolgreichen Integrationspolitik getan wurde.

4.1.3.2.2 Der Einwanderungsdiskurs im baskischen Linksnationalismus

In der abertalen Linken koexistieren unterschiedliche Vorstellungen, Sensibilitäten und Einschätzungen hinsichtlich der Einwanderung und der Integration der Einwanderer in die baskische Bevölkerung. Diese Ambivalenzen und auch widersprüchliche Positionen existieren schon seit der frühen politisch-ideologischen Ausdifferenzierung der *ETA* in verschiedene Flügel. Der kulturnationalistischen Orientierung, die einen starken Fokus auf die nationale Kultur und die Förderung der baskischen Sprache legt, steht die so genannte ‚Arbeiterorientierung‘ gegenüber, die eine offene Konzeption der baskischen Nation artikuliert und ein über ethnische Grenzen hinausgehendes Bündnis der Arbeiter im Kampf um nationale und soziale Emanzipation propagiert. Diese Spannung zeigt sich nicht nur innerhalb der ‚offiziellen *IA*‘, sondern auch in ihrem Umfeld. Durch die Dominanz des Gewaltkonflikts und der damit einhergehenden straffen Organisation der *IA* nach innen, konnten sich, wie kritische Beobachter festgestellt haben, keine offenen inhaltlichen und programmatischen Debatten entfalten, die grundlegende Innovationen in manchen Sachfragen ermöglicht hätten (vgl. Zallo 2001). Ein Großteil der internen politischen Debatten der 1990er und 2000er Jahre drehte sich um den strategischen Umgang in der Gewaltfrage sowie um mögliche Verhandlungslösungen für den bewaffneten Konflikt, wie z.B. die programmatische Schrift der *IA/Batasuna* *Propuesta de Anoeta* („Vorschlag von Anoeta“) aus dem Jahr 2004 zeigt (vgl. Batasuna 2004). Die Illegalisierung der *Batasuna* und der entsprechenden Nachfolgeparteien verhinderte zudem die programmatische Weiterentwicklung der Partei, auch bzgl. der in den 2000er Jahren auflebenden Einwanderungsfrage. Durch die Loslösung von der *IA* konnten kleinere Abspaltungen eine gewisse politische und ideologische Eigenständigkeit erlangen, wie z.B. die *HB*-Abspaltung *Aralar* oder die kleine Splittergruppe *Zutik*. In diesem Milieu haben programmatische und theoretische Debatten stattgefunden und wurden klare Positionierungen hinsichtlich des neuen Politikums der Einwanderung vorgenommen.

Für die *IA*, die als der informelle Nachfolger der verbotenen Parteien *HB*, *EH* und *Batasuna* gilt, sind die nationale Unabhängigkeit und der Zusammenschluss der baskischen Territorien die Erfüllung eines doppelten Ziels. Sie stellt zum einen die Garantie dafür dar, dass die charakteristische Differenz der nationalen Gemeinschaft nicht verloren geht, und zum anderen ist sie der vollendete politische Ausdruck der nationalen Charakteristika des Baskenlandes (vgl. Ibarra/Maíz 2009:

4 Die Einstellung der baskischen Bevölkerung ist gegenüber der Einwanderung zwar nicht feindlich, aber doch skeptisch, wie jüngste Umfragen ergeben haben (vgl. Ikuspegi 2008).

173). Die *IA* vertritt das programmatische Leitbild eines unabhängigen, sozialistischen und baskischsprachigen *Euskal Herria*, das die Vorstellung einer klar definierten nationalen Kultur und Identität enthält (Batasuna: 3). Die programmatische Entwicklung der *IA* befindet sich seit Ende der 1990er Jahre in einer Umbruchsphase. Im Rahmen der Neugründung der *HB* im so genannten „Batasuna-Prozess“ konnte sich die politisch-ideologische Linie des ehemaligen Parteivorstands durchsetzen (vgl. *El País* vom 05.11.2000). Im verabschiedeten Positionspapier *Bateginez* („Vereint Euch“) wird die traditionell-nationalistische Sichtweise auf die baskische Nation und Identität vertreten, die als Ideologie des „exklusiven Nationalismus“ (vgl. Ibarra/Maíz 2009: 173) kritisiert wurde. Die baskische Nation wird dort als eine durch klar festgelegte, überhistorische Grenzen bestimmte Größe dargestellt. Das baskische Volk sei durch bestimmte Merkmale der sprachlichen, kulturellen und historischen Identität gekennzeichnet, zu deren Aufrechterhaltung – es ist die Rede vom „Überleben“ der baskischen Identitätsmerkmale – die politische Souveränität des Baskenlandes notwendig sei (vgl. ebd.). Wer Basken und Teil der baskischen Nation sein wolle, drücke den impliziten Willen aus, eine von anderen Nationen unterschiedene Sprache und Kultur zu teilen (vgl. ebd.). Seit Mitte der 1990er Jahre hatte sich die abertzale Linke auf das taktische Mittel der „Konstruktion der Nation“ als Kernkomponente der linken, nationalen Strategie berufen. Die Bildung der Nation sei eine „Grundlage von hohem politischen Wert“ und die Voraussetzung für weitere politische Veränderungen (vgl. *IA* 2009: 18). Es gelte, Prioritäten zu setzen und „in Bereiche zu investieren, die die Grundlagen unseres Volkes stärken: Sprache, territoriale und sozioökonomische Organisation, Nationalität und die institutionelle Einheit des Territoriums“ (ebd.). Der Fokus lag seit dieser Zeit auf der Identitätspolitik und der nationalen Rekonstruktion von *Euskal Herria*. Neben der Bestimmung der baskischen Nation durch objektiv vorhandene Charaktermerkmale (Sprache, Geschichte, Territorium, etc.) wird das Baskenland im *Bateginez*-Programm als politischer Akteur definiert. Danach sei *Euskal Herria* nicht nur eine historische und kulturelle Realität, sondern auch ein handelndes politisches Subjekt – eine Definition, die angesichts der inneren Heterogenität und der mangelnden Ausbreitung des baskisch-nationalen Bewusstseins in den sieben baskischen Territorien (vor allem in den französischen Gebieten und in Navarra) keine demokratisch-bürgerschaftliche Plausibilität beanspruchen kann, wie Zallo kritisch anmerkt (vgl. Zallo 2001: 20f.). Es sei ein Wandel in der Bürgerschaftskonzeption der *IA* festzustellen, in der das Konzept des *Pueblo Trabajador Vasco*, dem alle zugehören, die im Baskenland leben und arbeiten (d.h. alle außer den vorübergehend Ansässigen), durch ein subjektives Konzept der Bürgerschaft ersetzt werde, zudem lediglich die ‚guten Basken‘ zu zählen seien, die sich für die nationale Unabhängigkeit einsetzen und zudem *euskaldun*, d.h. der baskischen Sprache mächtig, seien (vgl. ebd.).

In dieser Entwicklung wurde eine ‚hypernationalistische Wende‘ der *IA* kritisiert, in der die Assimilation an die baskische Kultur im Vordergrund steht und die politische Nation als Ergebnis des Handelns des baskisch-nationalen Teils der Bevölkerung verstanden wird. Der nicht-nationalistische Teil der Bevölkerung wird zwar geduldet, ihm kommt aber keine Rolle bei der aktiven Partizipation in der Konstruktion des Baskenlands zu: „Die Rechte derer, die sich spanisch oder französisch fühlen, werden nicht verletzt, weil ihre Sprachen, Verfassungen, Institutionen und Nationalitäten akzeptiert und anerkannt werden.“ (Otegi und andere, zit.n. Zallo 2001: 21)

Die Definition der Nation ist eine Mischung aus primordialem Ethnizismus, demzufolge die baskische Nation durch bestimmte überhistorische Identitätsmerkmale charakterisiert und schon immer auf dem Territorium von *Euskal Herria* angesiedelt ist, und einer voluntaristischen Definition, der zufolge derjenige Baske ist, der sich für die nationale Emanzipation des Baskenlandes einsetzt. Diese Anschauung spiegelt sich auch in den Äußerungen des Spitzenkandidaten der *EH*-Liste für Alava bei den Wahlen 2001, Antton Morcillo, wider, der eine Debatte über den Wahlzensus eingefordert hatte, um die Frage zu klären, wer wahlberechtigt sei. Morcillo fragte, wie es denn sein könne, dass jedweder Bürger quasi über Nacht die baskische Nationalität erhalten kann, sobald er den Ebro überschreitet (zit.n. Ibarra o.J.: 12). Eine ‚nationale Regierung‘ des Baskenlandes sollte den Zensus modifizieren, da im Baskenland Tausende Spanier gemeldet seien, deren Stimmen in Form einer Wahlverfälschung dazu verhelfen, die koloniale Macht zu stützen (vgl. ebd.).

Am Beispiel der *Declaración de Nacionalidad de Euskal Herria* („Erklärung der Nationalität des Baskenlandes“; EHNA) der „*Udalbiltza*“⁵, durch die die *IA* die nationalen Rechte des Baskenlands konkret ausgedrückt sieht (Batasuna 2005: 8), lässt sich die Ambivalenz der Begriffe der Nation und der Bürgerschaft veranschaulichen. Die *Udalbiltza* stellt auf der Basis der öffentlichen Verkündung der baskischen Nationalität dem Antragsteller einen baskischen Ausweis aus. Obwohl die *Udalbiltza*, die von der *IA* als das nationale politische Repräsentationsorgan des Baskenlandes behandelt wird⁶, in der *Carta de los derechos de Euskal Herria* („Charta der Rechte des Baskenlandes“) ein offenes Gemeinschaftskonzept definiert hat, demzufolge alle, die im Baskenland leben, ihre Rechte, Identität und Kultur unabhängig jeglicher Diskriminierung wegen Herkunft, ‚Rasse‘ oder sonstiger

5 Die *Udalbiltza* wurde 1999 im Rahmen des *Paktes von Estella*, in dem sich sämtliche Spektren des baskischen Nationalismus auf eine gemeinsame, koordinierte Strategie verständigten, als Versammlung der gewählten Bürgermeister der baskischen Gebiete, der spanischen und der französischen, gegründet. Nach dem Aufkündigen der Waffenruhe durch die *ETA* im Jahre 2000 hat sich die *Udalbiltza* in zwei Flügel gespalten und in diesen zwei unterschiedlichen Formen fortexistiert.

6 Zur Kritik an diesem Demokratieverständnis: vgl. Zallo 2001.

Umstände garantiert sehen können (Udalbiltza 2002: 5), können nur die Personen den baskischen Ausweis beantragen, die im Baskenland geboren sind oder die baskische Vorfahren nachweisen können. Solche Widersprüche zwischen Offenheit und Geschlossenheit in der Bestimmung der baskischen Bürgerschaftsrechte und Nationalität verstecken sich oft hinter schwammigen Zielvorstellungen, wie z.B. dem Ziel der *Udalbiltza*, das Baskenland als „plurale, offene und würdevolle Gemeinschaft“ zu konstruieren (vgl. ebd.: 10).

Im Kontext der Repressionen und Verbotspolitiken ist es seit Beginn der 2000er Jahre zu einer ideologischen Verkrustung der *IA* gekommen, ihr politischer Diskurs war zu dieser Zeit lediglich ein „Diskurs des Überlebens, ein Diskurs des Widerstands im Angesicht einer dramatischen Situation“ (Ibarra/Maiz 2009: 183). Das Taktieren im Umgang mit der allgegenwärtigen Repression führte dazu, dass politische und ideologische Debatten eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Dennoch konnte die Tendenz beobachtet werden, dass die identitätspolitischen Vorschläge einen flexibleren und pluraleren Charakter angenommen haben (vgl. ebd.: 184). Seit 2004 ist, angestoßen durch die politische Perspektivlosigkeit der illegalisierten *IA*, eine leichte Öffnung des programmatischen Diskurses zu beobachten. Die Betonung der Notwendigkeit politischer Verhandlungen zur Lösung des ‚baskischen Konflikts‘ sowie die Anerkennung der Pluralität der baskischen Gesellschaft gehören zu den Wegmarken der jüngeren ideologischen Entwicklung (vgl. *Tiempo de hoy* vom 27.03.2006).

In den programmatischen Proklamationen der *Propuesta de Anoeta* (2004) und der *Propuesta de marco democrático* („Vorschlag eines demokratischen Rahmens“; 2006), beides Papiere, die in der Illegalität erarbeitet wurden, spielt die Diagnose der Verletzung der ‚demokratischen Rechte‘ des Baskenlandes eine große Rolle. Der Diskurs über die Nation konzentriert sich auf die Behauptung der Rechte des Baskenlands als Subjekt, dessen Anerkennung zu erkämpfen sei. Der baskischen Nation, bestehend aus den sieben baskischen Gebieten, müsse das Recht zugestanden werden, ihr kulturelles, ökonomisches, gesellschaftliches und sprachliches Leben selbst zu bestimmen (Batasuna 2006: 4). *Euskal Herria* könne Nation nicht das Recht auf die Verwendung des *Euskera*, auf ein eigenes Erziehungssystem und auf kulturelle Differenz verweigert werden (vgl. ebd.). Im Programmpapier *Construyendo Euskal Herria desde la izquierda* („Das Baskenland von links her konstruieren“) aus dem Jahre 2005 sind zudem erste Schritte in Richtung einer Aufweichung des essentialistischen Nationenverständnisses festzustellen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Nationen keine unveränderlichen Entitäten seien und dass ihre Entwicklung stets von den sie zusammensetzenden Personen bestimmt werde. Die Nation sei in einem unermüdlichen Kampf gegen soziale Ungerechtigkeiten täglich neu zu entfalten (vgl. Batasuna 2005: 1). Zentral bleibt die Behauptung des persönlichen Rechts der ganzen Bevölkerung, *Euskera* zu lernen und zu sprechen. Die Zukunft der baskischen Sprache wie auch ihr tatsächlicher Gebrauch seien von großer

Bedeutung und stellten eine Verschränkung von individuellen Rechten und kollektiven Notwendigkeiten dar (ebd.: 7). Der zaghaften Betonung der Pluralität und des Respekts vor den unterschiedlichen Sensibilitäten im baskischen Volk (vgl. Batasuna 2004: 7) steht die dogmatische Behauptung des Primats der nationalen Kultur und Sprache entgegen. Diese kulturellen Rechte des als Subjekt verstandenen Baskenlandes sollten politisch abgesichert und umgesetzt werden.

Die *IA* betont die doppelte Migrationsgeschichte des Baskenlandes, aus dem zunächst viele emigrieren mussten und in das später viele eingewandert sind. Die *IA* geht davon aus, dass die Einwanderung eine feste Konstante in der Geschichte und Gegenwart des baskischen Volkes ist, nicht zuletzt besteht die baskische Bevölkerung zu 25% aus Menschen, die außerhalb des Baskenlandes geboren sind (vgl. *IA* 2010a). Dies impliziere die Notwendigkeit der Anpassung der politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Strategien und der verstärkten Anstrengungen im Bereich der Kultur und Erziehung, wie auch der Normalisierung des *Euskera* (vgl. ebd.). Es wird das unbestreitbare Recht des Baskenlandes betont, die Zwecke und politischen, ökonomischen und kulturellen Mittel des Migrationsmanagements festzulegen. Durch den Einsatz dieser Mittel solle der Erhalt der baskischen Nationalität und Identität gewährleistet werden, so dass die eingewanderten Personen sich in die baskische Gesellschaft integrieren und dort gleichberechtigt leben könnten (vgl. Batasuna 2005: 12). Die *IA* fordert das uneingeschränkte Recht *Euskal Herrias* ein, die Bürgerschaft all jenen Personen zuzugestehen, die im Baskenland leben und arbeiten wollen (vgl. *IA* 2010a). Die gesellschaftliche Integration solle dabei durch die Gewährleistung sozialer Rechte und Dienstleistungen ermöglicht werden. Kultur, Sprache und Identität der Einwanderer sollten akzeptiert werden, den Einwanderern seien aber auch zugleich die baskische Kultur und Identität nahe zu bringen (vgl. Batasuna 2005: 13). Es wird die eindeutige Priorität der baskischen Sprache behauptet, denn die gesamte baskische Bevölkerung solle das Recht haben, die nationale Sprache des Baskenlandes, *Euskera*, sprechen und in allen gesellschaftlichen Bereichen benutzen zu können. Das Fernziel der *IA* besteht darin, dass sich, nach einem Prozess der sprachlichen Normalisierung, die gesamte baskische Bevölkerung auf Baskisch ausdrücken kann (ebd.: 19).

In der *IA* herrscht, trotz der immer wieder geäußerten essentialistischen Vorstellungen von der eigenen Kultur und Identität, ein plurales und offenes Selbstbild vor. In ihrer Selbstwahrnehmung schlägt die *IA* „die fortschrittlichste Methode der Welt vor [...], um die baskische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Es reicht, im Baskenland zu leben, zu arbeiten und Baske sein zu wollen“ (Otegi 2008: 182). Die abertzale Linke habe schon im Frankismus mit der ethnizistischen Tradition des baskischen Nationalismus, die auf Rassekriterien basierte, gebrochen, wie die *IA*-Führungsfigur Arnaldo Otegi betont:

„Für uns sind die, die im Senegal oder in Kanada geboren wurden, gleichermaßen Basken. Es reicht aus, dass sie hier leben, arbeiten und Basken sein wollen [...] Es gibt kein Diskriminierungsphänomen. Niemand hat vor sie auszugrenzen oder auszuweisen.“ (ebd.: 184)

Im künftigen unabhängigen *Euskal Herria* werde es keine Grenzzäune geben, allerdings wird eingeräumt, dass die Einwanderung gesteuert werden müsse (vgl. ebd.: 215). Es sei für die IA nicht unbedingt notwendig, Baskisch sprechen zu können, um Baske zu sein. Dennoch fordert sie den Respekt vor der baskischen Sprache und auch eine bereitwillige Haltung ein, die Sprache lernen zu wollen (vgl. ebd.: 183). Diese Äußerung steht jedoch dem programmatischen Ziel der IA, ein *euskaldunes*, d.h. ein baskischsprachiges, Baskenland zu schaffen, entgegen. Das *Euskera* spielt weiterhin eine zentrale Rolle in der Strategie des *nation building* der IA (vgl. IA 2009: 18 f.).

Explizite Thematisierungen der Einwanderung sind rar im programmatischen Diskurs der IA. Generell wird die Einwanderung allerdings im Lichte des nationalpolitischen Dogmas der IA interpretiert, das prinzipiell die Assimilation und ‚kulturelle Auslöschung‘ des baskischen Volkes befürchtet (vgl. IA 2010b: 2). Das nationalpolitische Dogma der IA besteht darin,

„einen unabhängigen baskischen Staat aufbauen, um die Identität unserer Bevölkerung, die Kultur und die Sprache (ein baskisches *Euskal Herria*) zu stärken, ohne daran auf irgendeine Art und Weise behindert zu werden, aber auch um die Rechte, das Wohlergehen und die Freiheit aller im Baskenland lebenden Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.“ (IA 2009: 16)

Die Bezugnahmen auf offene Nationen- und Bürgerschaftskonzeptionen geschehen unter dem nationalpolitischen Primat. Trotz der rhetorischen Offenheit ist davon auszugehen, dass sich das ‚Volk‘, das der anzustrebenden baskischen Staatsgründung zugrunde liegt, letztlich auf den Bevölkerungsteil beschränkt, der das Profil der baskischen Identitätsmerkmale erfüllt und somit, zumindest implizit, noch starke Vorbehalte gegenüber einer inklusiven baskischen Bürgerschaftskonzeption existieren.

Auch *Aralar* sieht in der ‚neuen Einwanderung‘ eine große Herausforderung für die baskischen Integrationsbemühungen. *Aralar* entwirft eine Vision der Integration, die auf den Menschenrechten, der Gleichheit der Geschlechter und der Laizität fußt. Es ist das erklärte integrationspolitische Ziel von *Aralar*, eine baskische Gesellschaft im wechselseitigen Respekt zwischen Autochthonen und Einwanderern zu konstruieren (vgl. Aralar o.J. I: 30). *Aralar* geht davon aus, dass die künftige baskische Gesellschaft eine multikulturelle sein wird. Um gesellschaftlichen Spannungen vorzubeugen, will sich *Aralar* als linke Kraft für die Rechte der Einwanderer einsetzen und fordert eine Politik zu Gunsten des sozialen Wohlergehens der Einwanderer (vgl. ebd.: 31). Ein kluger Umgang mit der Diversität und der Inter-

kulturalität sei gefordert und solle das Zusammenleben bereichern, wobei der Besonderheit des baskischen Falls und den identitären, kulturellen Strukturen des Baskenlandes Rechnung getragen werden solle. Die Rechte werden den Einwanderern nicht von den Autochthonen in Form einer Gefälligkeit zugestanden, sondern gründeten auf der Anerkennung einer vollwertigen Bürgerschaft, die aus dem Wohnsitz und nicht aus der Nationalität hergeleitet wird (vgl. Aralar 2009: 28). Es solle das Konzept einer inklusiven Bürgerschaft umgesetzt werden, eine Bürgerschaft, die nicht als Empfänger sozialer Zuwendungen, sondern als Akteur des gesellschaftlichen und politischen Lebens fungiere. Die umfangreiche Integration der Einwanderungsbevölkerung solle durch die umfangreiche politische Partizipation der Einwanderer ermöglicht werden (ebd.: f.). Im nationalen Konzept von *Aralar* wird Identität als eine plurale Kategorie gedacht: Nur ausgehend von der inneren Pluralität des Baskenlands (hinsichtlich der einzelnen baskischen Gebiete, des Geschlechts, der politischen Meinungen oder der Religionszugehörigkeit) könne die baskische Identität gestärkt werden (vgl. Aralar 2004: 2). Deshalb sei das Projekt der nationalen Konstruktion mit einer demokratischen Vision zu verbinden, die die gesamte baskischen Bevölkerung und deren Pluralität zur Kenntnis nehme (vgl. ebd.: 4).

Ausgehend von dieser Integrationskonzeption wird die herrschende Integrationspolitik des spanischen Staates kritisiert. Ainhoa Beola und Nekane Perez von *Aralar* kritisieren die spanische Migrationspolitik und die Verschärfung des Ausländergesetzes darin. Der Kern der Gleichheitsrhetorik des *Ley de Extranjería* gründet lediglich auf ökonomischen und utilitaristischen Überlegungen, deren eigentlicher Zweck die Gewährleistung eines stockungsfreien Arbeitsmarkts ist (vgl. Beola/Perez 2009). Die spanische Migrationspolitik ist danach durch unmenschliche Grenzkontrollen, die Hierarchisierung von Rechten und die Fortexistenz eines illegalisierten Teils der Migrationsbevölkerung gekennzeichnet (vgl. Aralar 2009: 27). Diesem Ausländerrecht sei eine integrative Einwanderungspolitik entgegenzustellen, die nicht zuletzt angesichts der Verschärfung der Einwanderungskritik die positiven ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung betonen sollte. Die Lebensrealität der Einwanderungsbevölkerung solle umfassend dargestellt werden, um eine Sensibilisierung der baskischen Gesellschaft zu bewirken und mediale Negativassoziationen von Einwanderung und Kriminalität zu vermeiden, ohne jedoch lediglich ein ‚utilitaristisches Bild‘ der ökonomischen Vorteile der Einwanderung zu zeichnen (vgl. ebd.: 25f.). Im Hinblick auf die Wirtschaftskrise 2008 ff. macht *Aralar* darauf aufmerksam, dass den Einwanderern, die als billige Arbeitskräfte unter fragwürdigen Arbeitsbedingungen und der Arbeitslosigkeit am meisten zu leiden hätten, Solidarität entgegengebracht werden solle. Entgegen der herrschenden Integrationspolitik, deren Effekte in der Marginalisierung der Einwanderer, in der Schaffung von Ghettos und der Unterscheidung von Bürgern erster und zweiter Klasse bestehen, sei eine Politik einzuschlagen, die auf die soziale Ko-

häsion abziele und die somit das Zusammenleben fördere (vgl. Aralar 2011). *Aralar* plädiert für ein Gesellschaftsmodell, in dem alle Menschen ausnahmslos einen Platz finden können und Solidarität und Rechtsgleichheit nicht bloß Begriffe, sondern das Instrument für das wechselseitige Verständnis der Kämpfe und Bewegungen sein sollen. Die Forderung nach einer umfassenden sozioökonomischen Integration der Einwanderer umfasst zudem die Bekämpfung des systematischen Ausbaus von Niedriglohnssektoren, in denen zumeist die gering qualifizierte migrantische Bevölkerung Beschäftigung findet. Die klandestine ökonomische Überausbeutung solle reduziert und die gesellschaftliche Integration jenseits sozialer Ungleichbehandlung befördert werden (vgl. Aralar 2009: 29). Das Ziel von *Aralar* ist die Erschaffung eines pluralen *Euskal Herria*, in dem alle leben können, unabhängig ob sie in Goierri, in Cáceres, La Habana oder im Magreb geboren wurden (vgl. Beola/Perez 2009).

Das programmatische Leitbild von *Aralar* sieht die Wiederherstellung von *Euskal Herria* als Volk mit eigener Identität und einem singulären historischen und kulturellen Erbe vor. Dieses solle durch Pluralität und den Respekt vor kulturellen Differenzen gekennzeichnet, aber zugleich als „baskischsprachige Identitätsgemeinschaft“ (Aralar 2004: 2) charakterisiert sein. Die begrüßenswerten Fortschritte in der Integration müssten im Bewusstsein der Bedeutung des wechselseitigen Respekts vor kulturellen Differenzen gemacht werden (vgl. Aralar 2009: 28). Im Zentrum des nationalpolitischen Programmpunkts der Wiederherstellung der nationalen Identität des Baskenlandes steht für *Aralar* die Emanzipation der baskischen Sprache als gleichberechtigte Sprache des sozialen und ökonomischen Lebens (vgl. Aralar 2004: 2). Dementsprechend wird auch der baskischen Sprache ein besonderer Stellenwert in der Regulation der Einwanderung beigemessen. *Euskera* soll Sprache und Werkzeug der Integration und des sozialen Aufstiegs sein. Dies solle jedoch ohne jeglichen Zwang geschehen: „Wir müssen viel Aufmerksamkeit darauf verwenden, dass sie [die Einwanderer; PE] sich als Teil dieser Gesellschaft fühlen“, so *Aralar*-Vertreter auf einer Wahlkampfveranstaltung der Partei anlässlich der Kommunalwahlen im Jahr 2011 (vgl. *Noticias de Alava* vom 19.05.2011). Der Respekt gegenüber den kulturellen Identitäten und das Recht auf deren Fortentwicklung schließe die Verteidigung des *Euskera* und der baskischen Identitätsmerkmale ein. Das Recht, die eigene Identität und kulturelle Differenz zu verteidigen und auszuüben, leite sich aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ab (vgl. ebd.).

Die linksnationalistische Gewerkschaft *LAB* kritisiert sowohl die Integrationspolitik der *EU* als auch die des spanischen Staates. Sie kritisiert, dass das spanische ‚Ausländergesetz‘ von 2003 den Einwanderern ohne Papiere grundlegende politische Rechte wie Menschenrechte versage, nicht zuletzt auch das Versammlungs- und das Streikrecht. Die Reformversuche der *PSOE*-Regierung seit 2004 hätten nichts an den fatalen Wirkungen verändert. Der *PSOE* halte am deregulierten, prekarierten Arbeitsmarkt, der Schutzmaßnahmen abschaffe, fest und bewirke somit,

dass Arbeitslosigkeit und Billiglöhne weiterhin Normalität seien. Die linksabertzale Arbeiterbewegung, so die Einschätzung der *LAB*, sollte die Einwanderungsbevölkerung dazu ermutigen, sich unabhängig von ihrer rechtlichen Situation gewerkschaftlich zu engagieren und am Kampf gegen die Prekarisierung und die Abschaffung der Arbeitsrechte teilzunehmen (vgl. *LAB* 2004). Zudem müsse immer wieder betont werden, dass es nicht die Einwanderer seien, die den Arbeitsmarkt deregulieren.

„Diese Menschen, Männer und Frauen, kommen in ein Land, in dem der Arbeitsmarkt schon seit Jahren durch gewerkschaftsfeindliche Gesetze dereguliert wurde, die zudem die Ausbeutung sowohl der autochthonen wie der eingewanderten Arbeitskräfte verschärft hat.“ (Gómez 2004)

Gegen die einwanderungspolitische Praxis der *EU* und des spanischen Staates, die auf dem Missbrauch von Freiheitsrechten, Grenzkontrollen und der Kriminalisierung fußten, schlägt die *LAB* einen baskischen Rahmen der Selbstbestimmung vor, in dem die eigenständige Verfügung über die Bürgerschaftsrechte sowie die Regulation des Bürgerschafts- und Nationalitätsrechts garantiert seien (vgl. *LAB* 2011a). Das grundlegende Problem sei, dass dem Baskenland die notwendigen Kompetenzen und Mittel versagt seien, eine eigene Einwanderungspolitik zu betreiben. Dementsprechend fordert die *LAB* eigene, baskische Kompetenzen in der Regulation der Einwanderung.

Exkurs: Kontroversen im baskischen Linksnationalismus

Der Einwanderungsdiskurs des linksabertzalen politischen Milieus ist durch die prinzipielle Offenheit gegenüber der Einwanderung gekennzeichnet. Diese drückt sich im Verständnis für die soziale Lage der Einwanderer aus wie auch im politischen Willen, die Verbesserung der sozioökonomischen und materiellen Integration voranzutreiben. Neben dem wohlwollenden Einwanderungsdiskurs finden sich jedoch immer wieder auch gegenläufige Tendenzen im linksabertzalen Milieu, die angesichts der Einwanderungsströme skeptische Einstellungen einnehmen und die baskische Identität und Kultur bedroht sehen. Auch aus ökonomischer Perspektive werden Bedenken formuliert, so z.B. durch den damaligen Generalsekretär der *LAB*, Rafael Díez Usabiaga, der 2005 die Migration als ein Mittel zur verschärften Ausbeutung durch den internationalisierten Kapitalismus und somit als Teil der Strategie des ökonomischen Neoliberalismus dargestellt hatte (vgl. *Noticias de Navarra* vom 07.02.2005). Die Beschäftigung der Migranten in der baskischen Wirtschaft führe zu einem arbeitsrechtlichen Dumping, da sich die miserablen Bedingungen ihrer Beschäftigung auf die Lage der gesamten Arbeiterklasse auswirkten. Zudem müsse verhindert werden, dass die ‚Einwanderungswellen‘ einen bestimmenden Einfluss auf die Identitätsmerkmale von *Euskal Herria* einnähmen, da die

Einwanderung zudem als Schockinstrument gegen die geschwächten nationalen Realitäten und Kulturen, wie die baskische, eingesetzt werde (vgl. ebd.). Díez forderte weit reichende Kompetenzen des Baskenlands in der Einwanderungspolitik und eine baskische Einwanderungsstrategie. Nur eine solche könne verhindern, dass sich die Einwanderung schädlich auf die Identität des Baskenlandes auswirke. Der gewerkschaftliche Kampf zur Verteidigung der Rechte der eingewanderten Arbeiter sei mit der ‚Integration‘ der arbeitenden Einwanderer in die baskische Nation und Kultur unbedingt zu verbinden (vgl. ebd.).

Dieses Statement von Díez ist teilweise euphorisch aufgenommen worden, so z.B. von dem baskischen Philosophen Javier Sádaba, der der linksnationalistischen Bewegung nahe steht (vgl. Sádaba 2005). Sádaba skizzierte, ausgehend von der populären These, dass die Einwanderung das zentrale Problem Europas sei, ein durch extreme Zahlenbeispiele⁷ illustriertes, alarmistisches Bild von der Einwanderung ins Baskenland. Er zeichnete ein Szenario der ‚nationalen Agonie‘, in der die Existenz der baskischen Nation durch die massiven Einwanderungsströme bedroht sei. Die Energie der baskischen Bevölkerung sei erschöpft, sie stehe wehrlos der neuen Herausforderung der Masseneinwanderung gegenüber. Nicht zuletzt stellte Sádaba auch eine Verbindung zwischen Einwanderung und Kriminalität her. Im Gefolge der beiden Positionierungen von Díez und Sádaba entzündete sich im linksnationalistischen Milieu eine Debatte, in der sich die ideologischen Ambivalenzen dieses Milieus hinsichtlich der Einwanderung zeigten. Es wurden im Folgenden die verstärkte Kontrolle und Regulation der Einwanderung durch die baskische Bevölkerung gefordert und skeptische Einstellungen gegenüber der Einwanderung aus kulturalistischer Perspektive artikuliert.

Zudem wurden hinter einer sich offen gebenden Einwanderungsrhetorik immer wieder antispanische Stereotype geäußert. Ein Beispiel für die abwertenden Bilder gegenüber Spanien und den spanischen Einwanderern lässt sich exemplarisch an einem Leitartikel des ehemaligen Chefredakteurs der linksabertalen Tageszeitung *EGIN*, Jabier Salutregi Mentxaka, mit dem Titel „Inmigrantes o invasores“ („Einwanderer oder Invasoren“) aufzeigen (vgl. Mentxaka 2000). Im Kontext der in Spanien auflebenden Einwanderungsdebatte und der Ausschreitungen in El Ejido im Jahr 2000 reproduziert Mentxaka das im baskischen Nationalismus vorherrschende Bild, dass unter dem Dach der baskischen Heimat prinzipiell alle Individuen einen Zufluchtsort finden können, die dort leben wollten. Mentxaka unterscheidet zwischen guten und schlechten Spaniern. Letzterer denke, obwohl er in baskischen Dörfern und Städten wohne, in Spanien zu leben, und versuche seinen baskischen Mitbewohnern seine spanische Kultur und Lebensweise aufzudrücken. Der ‚gute

7 „Was würde passieren, wenn die baskische Bevölkerung von 2,5 Millionen durch unkontrollierte Einwanderungsströmen eine halbe Millionen Einwanderer zu beherbergen hätte?“ (Sádaba 2005).

Spanier‘ hingegen, den es auch im Baskenland zahlreich gebe, höre auf, spanischer Einwanderer zu sein, um Baske zu werden. Er erlerne die baskische Sprache und setze sich für die nationalen Belange des Baskenlands ein, ohne seine zweifelsohne respektwürdigen kulturellen Wurzeln zu vergessen (vgl. ebd.). Mentxaka, der exemplarisch für die Position der kulturnationalistischen Strömung innerhalb der abertzalen Linken steht, reproduziert an dieser Stelle die klassischen Ideologeme des baskischen Nationalismus aranistischer Prägung. Es ist die Rede davon, dass die spanische Einwanderung mit ihrer Identität und Sprache das Ziel verfolge, die baskische Nation aufzulösen oder zu zerstören. Der Beitrag der spanischen Einwanderer im Baskenland habe lediglich darin bestanden, die baskische Ökonomie voranzutreiben, was letztlich aber nur Spanien und der baskischen Großbourgeoisie genutzt habe. Des Weiteren hätten sie mit ihren Organisationen und Gewerkschaften (Mentxaka erwähnt hier unterschiedslos den *PSOE*, *PCE*, die *UGT* und *CCOO* sowie den *PP*) zur ideologischen Stabilisierung des spanischen patriotischen Bewusstseins im Baskenland beigetragen. Die ‚Perversion‘ der Einwanderung habe darin bestanden, dass die unschuldigen Einwohner von den jeweiligen spanischen Regierungen instrumentalisiert und zu ‚Invasoren‘ gemacht wurden, um die imperialistische, spanische Ideologie im Baskenland zu stützen. Im Baskenland gebe es, so die Konklusion Mentxakas, keinen Rassismus und kein Problem der Fremdenfeindlichkeit. Das Problem sei der spanische Nationalismus, der niemals die Andersartigkeit des Baskenlands akzeptiert habe (vgl. ebd.).

Im politischen Milieu der abertzalen Linken werden die migrationspolitischen Debatten widersprüchlich geführt. Der Verhärtung des nationalistischen Selbstbildes in der *IA*, die sich seit der Dominanz des „Bateginez“-Flügels in der Neugründung *Batasuna* und der „hypernationalistischen Wende“ ausgedrückt hat, stehen die Programme offener Versionen des Linksnationalismus, wie sie z.B. *Aralar* oder *Zutik* formuliert haben, gegenüber. Die offizielle *IA* schwankt zwischen einer ethnizistisch geprägten Begründung der baskischen Nation und einer offenen Konzeption, die von den ethnischen Unterschieden absieht. Die kulturnationalistische Rhetorik scheint zu dominieren, wie der wiederholte Bezug auf die unveränderbar vorgestellte baskische Kultur und Identität nahe legt. Die Forderung nach dem Schutz der „kulturellen Rechte“ und der Schaffung und Förderung der „baskischen national-populären Kultur“ (vgl. *Batasuna* 2005: 8f.) legt ein Konzept der Integration der Einwanderer nahe, das die kulturelle Assimilation der Einwanderer an die baskische Kultur implizit einzufordern scheint. Auch die Statements des *LAB*-Generalsekretärs Rafa Díez (2005) sowie dessen Verteidigung durch Sádaba (2005) zeugen von der Persistenz ethnisierender und auch fremdenfeindlicher Argumentationsmuster im linksnationalistischen Diskurs. Trotz der Kontinuität essentialistischer Vorstellungen von der eigenen Kultur und Identität wird immer wieder das plurale und offene Selbstbild artikuliert, das den progressiven Zug der linksabertzalen Nationen- und Integrationskonzeption hervorhebt. Hier artikuliert

sich ein notorisch gutes Gewissen, das die Widersprüche und xenophoben Tendenzen in der baskischen Bevölkerung und im baskischen Nationalismus nicht zur Kenntnis nehmen will. Peio Aierbe von *SOS Arrazakeria* („SOS Rassismus“) sieht darin eine bedenkliche Entwicklung. Neben der übertriebenen Sorge um das ‚Ende der baskischen Nation‘ und die ‚Zerstörung der baskischen Identitätszeichen‘ würden im nationalistischen Diskurs mit der Forderung nach baskischen Kompetenzen in der Migrationspolitik unrealistische Vorstellungen über die Regulationsmöglichkeit der internationalen Migrationsprozesse transportiert (vgl. Aierbe 2005). Der Linksnationalismus unterliege, wenn er dergleichen fordert, einem „Souveränitätsfetisch“.

Auf der anderen Seite finden sich im linksnationalistischen Milieu klare antirasistische Positionen, welche die Bevormundung und Entrechtung des migrantischen Bevölkerungsteils bekämpfen und diesen selbst politisieren wollen. Hier hat sich vor allem die linke Gruppierung *Zutik* hervorgetan, die sich im Rahmen der Gründung von *Batasuna* von der offiziellen *IA* distanziert hat. *Zutik* hat bei den Wahlen zum EP 2004 auf eine Kandidatur in einer linksabertzalen Bündnisliste verzichtet und am Wahltag eine Kampagne für das Stimmrecht ausländischer Bewohner des Baskenlands durchgeführt. Sie rief die baskischen Wähler dazu auf, ihr Wahlrecht an nicht stimmberechtigte Ausländer abzutreten, um so auf die Entrechtung eines Teils der baskischen Bevölkerung, nämlich der Einwanderer, aufmerksam zu machen (vgl. Zurutuza 2004). Angesichts dieser und weiterer Diskriminierungen sei an die Bürgerschaftskonzeption, der egalitären Errungenschaft des Nationalstaats, anzuknüpfen, die es auf sämtliche Bevölkerungsteile auszuweiten gelte (vgl. ebd.).

4.1.3.2.3 Der Einwanderungsdiskurs des moderaten Nationalismus

Die vom *PNV* vertretenen Positionen hinsichtlich der Einwanderung haben ihren Niederschlag gefunden in den beiden baskischen Integrationsplänen, die in den 2000er Jahren beschlossen und neben dem *PNV* auch von der *EA* und vom *EB* getragen wurden. Der Aufenthaltsstatus und die arbeitsrechtliche Situation der Einwanderer sollten danach unter besonderer Berücksichtigung der Würde und des sozialen Schutzes der Einwanderer geregelt werden (vgl. PNV-EA 2005: 75). Wie im *II Plan Vasco de Inmigración* betont wird, solle die Integration der Einwandererbevolkerung durch ein umfangreiches Setting sozial-, erziehungs-, arbeits-, wohnungs- und gesundheitspolitischer Mittel garantiert werden (vgl. Eusko Jaurilaritza 2007). Die unterschiedlichen Kulturen und Werte der Einwandererbevolkerung seien zu respektieren und die multikulturelle Bereicherung der baskischen Bevölkerung zu fördern. Die Integration der nachwachsenden Generationen der Einwandererbevolkerung in die baskische Bevölkerung solle durch ein Erziehungssystem erleichtert werden, das sich der Förderung multilingualer sprachlicher Kompetenzen widme (vgl. PNV-EA 2005: 75 f.).

Der *PNV* schlägt eine auf europäischer Ebene koordinierte Einwanderungspolitik vor. Der *PNV*-Vorsitzende Urkullu fordert ein europäisches Integrationsmodell, das die Grundlage für die gesellschaftliche und kulturelle Integration bilden soll (vgl. Urkullu 2010). Die vorherigen Generationen der Basken hätten im Zeitalter der armutsbedingten Auswanderung nach Lateinamerika die harte Realität der ökonomisch erzwungenen Auswanderung erlebt. Heutzutage sei Europa zum Aufnahmekontinent geworden, der mit der massiven Einwanderung konfrontiert sei und der das zur Verfügung stellen solle, wonach einst die baskischen Vorfahren auf der Suche waren: eine Antwort auf sozioökonomisches Elend (vgl. ebd.). Die europäische Einwanderungspolitik solle sich der Aufgabe der Integration der Einwanderer in die autochthone Arbeitsbevölkerung und der Gleichstellung der Einwanderer in Rechten und Pflichten stellen. Der *PNV* fordert zudem eine bewusste Planung und Regulation der legalen Einwanderungsströme, die die Migrationsströme dorthin lenke, wo Arbeitskräfte benötigt würden (vgl. *PNV* 2009: 16 f.). Die europäische Einwanderungspolitik solle zum einen die illegale Einwanderung bekämpfen, weshalb auch die Agentur *Frontex* und ihre die europäischen Grenzen sichernden Aktivitäten begrüßt werden, zum anderen solle sich die Einwanderungspolitik an den Beschäftigungsperspektiven orientieren, wobei nicht zuletzt die Mobilität der hochqualifizierten Arbeitskräfte zu berücksichtigen sei. Eine koordinierte und solidarische europäische Asylpolitik solle zudem gewährleisten, dass die Lasten und Verantwortlichkeiten zwischen den nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten gerecht verteilt würden (vgl. ebd.).

Die Einwanderungspolitik des *PNV* ist vom multikulturalistischen Credo der wechselseitigen Anerkennung und Verständigung gekennzeichnet. Die Eingliederung der Migranten in die baskische Kultur stellt einen bedeutenden Teil der Integrationspolitik dar. Die Zusammenarbeit mit der migrantischen Bevölkerung sei zu verstärken, so dass das Phänomen der Einwanderung sowohl für die Einwanderer als auch für die Aufnahmeländer einen nützlichen Faktor darstelle (ebd.). Der positive Blick auf die Einwanderung, der die Chancen der Einwanderung und eines multikulturellen Baskenlands hervorhebt und der die offizielle Rhetorik des *PNV* bestimmt, wird immer wieder kontrastiert durch skeptische Äußerungen von Führungspersonen der Partei. So hat sich der langjährige Parteivorsitzende (von 1980 bis 2004), Xabier Arzalluz, immer wieder durch Äußerungen über die Exklusivität der baskischen Nationalität und entsprechend restriktiver Integrationsvorstellungen hervorgetan. Er vertritt die Auffassung, dass die Basken die einzige europäische Ethnie sei, die ein differentes, genetisches Erbe bis in die Gegenwart behalten hat (vgl. *El País* vom 11.01.2004). Die Existenz eines Volkes ist nach Arzalluz durch dessen ‚interne Identität‘ gekennzeichnet: Rasse, Herkunft, Sprache, Gewohnheiten usw. (vgl. ebd.). Arzalluz repräsentiert innerhalb des *PNV* den kulturelnationalistischen Flügel, der durch ein ethnizistisches Weltbild geprägt ist. Biologische Faktoren und das Herkunftsprinzip werden zu bedeutenden Kriterien für die Zugehörig-

keit zur politischen Gemeinschaft gemacht. Spanische Basken, die im künftigen, unabhängigen Baskenland die Sache der baskischen Unabhängigkeit nicht unterstützten, sollten die gleichen Rechte genießen wie die auf Mallorca residierenden Deutschen, so Arzalluz (zit.n. Ibarra o.J.: 11f.). Die Äußerungen von Arzalluz, dass ein baskisches Unabhängigkeitsreferendum ohne die Einwanderungsbevölkerung mehr Aussichten auf Erfolg hat, drückt in ähnlicher Weise die Skepsis gegenüber der politischen Loyalität der Einwanderungsbevölkerung aus (vgl. *El País* vom 26.04.2000).

Die EA hat durch die langjährige enge Zusammenarbeit mit dem PNV kaum abweichende Vorstellungen in der Einwanderungsfrage entwickelt. Als Koalitionspartner der PNV-geführten Regionalregierung hat sie die beiden baskischen Einwanderungspläne mitentwickelt. Die Einwanderung stellt für die EA eine aktuelle Herausforderung der modernen Sozialdemokratie im Kontext der Globalisierung dar. Dieser sei auf der Basis der Grundwerte, der Chancengleichheit und des gesellschaftlichen Fortschritts zu begegnen (vgl. EA 2009: 30). Die Einwanderung sei als sozialer Akteur anzuerkennen, dessen kulturelle und soziale Integration zu fördern sei (vgl. ebd.). Wie der PNV fordert auch die EA ein verstärktes Engagement der EU, die als politisch-regulative Alternative zur rein ökonomischen Globalisierung in der Migrationspolitik in solidarischer Hinsicht aktiv werden soll (vgl. ebd. f.). Der damalige Europaabgeordnete der EA, Mikel Irujo, kritisiert zugleich den repressiven Umgang mit der Einwanderung durch die europäischen Institutionen, aber auch z.B. seitens des italienischen oder französischen Nationalstaats. Er merkt kritisch an, dass die europäischen Staaten eher dazu tendieren, eine ‚Festung Europa‘ zu errichten als die von EA befürwortete Lösung im Rahmen eines „menschlichen und solidarischen Europas“ (vgl. Irujo 2008). Die EA spricht sich gegen die aktuelle europäische Einwanderungspolitik aus, wie sie sich z.B. in der „Rückkehrdirektive“ niederschlägt. Als politische Kraft, die auf die nationale Unabhängigkeit des Baskenlandes abzielt, wolle die EA die volle politische Souveränität in der Regulation der Staatsangehörigkeit, um nicht zuletzt auch die Einwanderer als die am meisten benachteiligte soziale Gruppe durch die Universalisierung der sozialen Absicherungssysteme besser zu stellen. Die EA vertritt eine Vision vom modernen baskischen Wohlfahrtsstaat, der durch eine Politik der Solidarität hinsichtlich der Einwanderung auf umfassende gesellschaftliche Inklusion abziele (vgl. Ziarreta 2006).

4.1.3.2.4 Jüngste Debatten in der baskischen Einwanderungsdiskussion

Die Befürwortung einer inklusiven Bürgerschaft geht bei den Parteien des baskischen Nationalismus in unterschiedlichem Ausmaß mit der differenzialistischen Behauptung der Besonderheit des baskischen Volkes, seiner Kultur und Identität einher. Parteiübergreifend werden positive Einstellungen gegenüber der Einwanderung und progressive Integrationskonzepte propagiert, deren Grundprinzip die Gleichheit sein soll. Der abstrakten Befürwortung der vollständigen Integration auf

der Grundlage der Gleichberechtigung der Einwanderer stehen bei konkreten Fragestellungen jedoch Restriktionen hinsichtlich der offenen Bürgerschaftskonzeptionen gegenüber. Diese werden von Argumentationen gestützt, die die Besonderheit der baskischen Realität, Gemeinschaft, Kultur etc. hervorheben. Teilweise werden sie durch den Bezug auf die Herkunft, teilweise ideologisch begründet. Wo der Bezug auf die Herkunft kaum mehr eine Rolle spielt, ist die subjektive und ideologische Bestimmung der baskischen Nationalität (der zufolge der Basken derjenige ist, der sich für die baskische Sprache oder die Unabhängigkeit des Baskenlands einsetzt) von zunehmender Bedeutung. Diese subjektive, ideologische Bestimmung wird spektrenübergreifend vom *PNV* bis zur *IA* geteilt. Dieser Konstruktion liegt zumeist implizit das konstitutive Feindbild des spanischen Einwanderers, der spanisch spricht, denkt, fühlt und wählt, zu Grunde: eine Konstruktion des ‚Fremden‘ und ‚Außen‘ des Nationalen, die ihre Wurzeln im aranistischen Nationalismus hat. Eine Ausnahme scheint die Auffassung von *Aralar* darzustellen, die sich selbstkritisch mit dem mangelnden Respekt vor der kulturellen und ideologischen Pluralität der baskischen Gesellschaft in der Geschichte des baskischen Nationalismus auseinandersetzt. Nach *Aralar* sollten diese ideologische Pluralität, und somit auch, mögliche abweichende Positionierungen in der ‚nationalen Frage‘, respektiert und verteidigt werden (vgl. *Aralar* 2004: 4). Die erwähnten Restriktionen der ‚inklusiven Bürgerschaftskonzeptionen‘, die die Grenzen einer gleichberechtigten Integration ziehen, werden durch den Verweis auf die mangelnde Vertrautheit der ‚neuen Basken‘ mit der baskischen Realität, auf das wahrscheinliche Wahlverhalten der Einwanderer zugunsten ‚spanischer‘ Parteien oder durch den Bezug auf eine wie auch immer begründete Exklusivität der baskischen politischen Gemeinschaft legitimiert.

Der Bezug auf die Herkunft und die baskische Kultur bzw. Tradition spielt trotz der Popularität der subjektiven Dimension und der ideologischen Selbstverortung in der Definition der baskischen Nationalität weiterhin eine bedeutende Rolle. Im Baskenland ist der Glaube an nationale Essentialien, wie die biologische Besonderheit der Basken, die Singularität der baskischen Sprache oder die primordiale kulturelle Identität, die ihren Ursprung in einer geteilten Vorgeschichte haben, immer noch populär. Hierzu gehört auch der Topos von der langjährigen Ein- und Auswanderungserfahrung der Basken, die sie besonders für den Umgang mit der ‚neuen Einwanderung‘ qualifiziere. Diesem Selbstbild vom baskischen Ein- und Auswanderungsland entspricht die progressive baskische Einwanderungspolitik, wie sie seit Beginn der 2000er Jahre entwickelt wurde und wie sie durch eine inklusive Bürgerschaftskonzeption und die Orientierung am Leitbild der Interkultur gekennzeichnet ist. Vor allem im Vergleich zu den Regularien anderer AG fällt die relative Fortschrittlichkeit der baskischen Einwanderungspolitik auf.

Trotz der relativ progressiven Integrationspolitik hat sich in der baskischen Bevölkerung seit den 2000er Jahren eine zunehmend ablehnende Einstellung gegenüber der Einwanderung eingestellt (vgl. *Ikuspegi* 2008). 56,9 % der Befragten ver-

treten die Auffassung, dass die autochthone Bevölkerung keine Anstrengungen unternehmen solle, Bräuche und Gewohnheiten der Einwanderer kennen zu lernen oder zu übernehmen, während 82,4% meinen, dass sich die Einwanderer bemühen sollen, die baskische Kultur und ihre Traditionen zu übernehmen – ein Anstieg von 3,1% im Vergleich zu 2008 (vgl. Ikuspegi 2008; 2010: 12). Nicht zuletzt im Kontext der Wirtschaftskrise 2008 ff. ist das Misstrauen gegenüber der ‚neuen Einwanderung‘ gestiegen. Im Vergleich zu früheren Untersuchungen sei eine Abnahme der Toleranz gegenüber der Einwanderung festzustellen, wie Xavier Aideri, Direktor des Meinungsforschungsinstituts *Ikuspegi*, betont (vgl. *El País* vom 17.06.2009). Es gewinne die Auffassung an Einfluss, dass die Integration der Einwanderer durch kulturelle Assimilation geschehen solle. Dennoch werde mehrheitlich keine Bedrohung der kulturellen Identität durch die Einwanderung wahrgenommen. Wie *SOS Racismo* in jährlichen Berichten dokumentiert, komme es alltäglich im Baskenland zu zahlreichen Diskriminierungserfahrungen, z.B. in der Ablehnung, mit Migranten einen Mietvertrag abzuschließen (vgl. *SOS Racismo* 2011). Zudem gebe es Bars und Diskos, in denen Schwarzen und sonstigen Einwanderern der Zutritt verboten sei (vgl. Aranguren 2011).

Das im baskischen Nationalismus populäre und propagierte Selbstbild des Baskenlands als ‚offene und plurale Gesellschaft‘ ist im Lichte dieser rassistischen Stimmungen und Praxen zu korrigieren. Interviews mit Einwanderern sowie die Arbeiten antirassistischer Organisationen legen Zeugnis von Erfahrungen ab, die diesem Selbstbild widersprechen (vgl. Ibarrola-Armendariz 2010: 110 ff.). Die progressive Einwanderungspolitik der baskischen Regierung in den 2000er Jahren steht den deutlich defensiveren und skeptischeren Einstellungen, die in der baskischen Bevölkerung vorherrschen, gegenüber. Auch die ideologische Entwicklung in der abertalen Linken ist nicht eindeutig. Auf der einen Seite ist die Sorge um die kulturelle und identitäre Besonderheit des Baskenlandes immer noch ein bestimmendes Thema im linken Flügel des baskischen Nationalismus. Entsprechend wird der Förderung der baskischen national-populären Kultur eine große Bedeutung beigemessen. Auf der anderen Seite wird die Konzeption der baskischen Gemeinschaft zuweilen sehr restriktiv konzipiert wird, nämlich dann, wenn im Nachklang der aranistischen Ideologie die Orientierung an der ethnischen Herkunft oder auch an der ideologischen und politischen Loyalität vorgeschlagen wird.

Neben diesen Polarisierungen innerhalb der baskischen Nationalbewegung stellt die Positionierung des baskischen Unternehmerverbandes eine weitere bedeutende Stimme im migrationspolitischen Diskurs des Baskenlandes dar. Der baskische Unternehmerverband *Confebask* artikuliert in den Debatten über die Einwanderung durchweg positive Einstellungen hinsichtlich der Einwanderung. *Confebask*-Präsident José Guillermo Zubia weist darauf hin, dass die Einwanderung unumgänglich sei, da sie positive Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum habe (vgl. Zubia 2005). Der Rückgang des arbeitsfähigen Anteils der baskischen Bevöl-

kerung stelle für die baskische Wirtschaft und das Gesundheits- und Pensionssystem eine große Herausforderung dar. Neben der Verlängerung von Arbeitszeiten und des verstärkten Einbezugs von Frauen in den Arbeitsmarkt setzt Zubia die Hoffnung auf die Einwanderung. Dabei ziehe er die ‚interne Einwanderung‘ aus Spanien vor, weil diese ein ähnliches Ausbildungsniveau wie die baskische Bevölkerung habe (vgl. ebd.). Aber auch die ‚auswärtige Einwanderung‘ stelle einen positiven Faktor dar, nicht zuletzt weil sie durch die nachkommende, zweite Generation eine Verjüngung der baskischen Bevölkerung bewirke (vgl. ebd.).

4.1.3.3 Der jüngste Einwanderungsdiskurs in der katalanischen Nationalbewegung

4.1.3.3.1 Die Integrationspolitik des konservativen Katalanismus und der *CiU*

In den 1980er Jahren wurde die Pujol'sche Vision der Integration, die er schon während des Frankismus entwickelt hatte, mit dem Regierungsantritt der von Pujol angeführten *CiU* zur regierungsoffiziellen Integrationsphilosophie. Unterschiedliche Gesellschaftsschichten und politische Milieus propagierten zu Beginn der post-frankistischen Epoche die nationale Rekonstruktion Kataloniens, ein Prozess, an dem alle teilhaben sollten und in dem die Pflege der katalanischen Sprache und der Respekt vor der zuvor unterdrückten katalanischen Kultur im Vordergrund stehen sollte. Josep Colomer macht in diesem zeitgeschichtlichen Kontext eine „Obsession für die Essenz Kataloniens“ aus, die auch die Einwanderungsthematik bestimmt:

„Die Vorschläge der ‚Integration‘ der Einwanderer stützen sich im allgemeinen auf einen Begriff von Katalonien als Land oder Volk, deren Mentalität sich die Neuankömmlinge verinnerlichen sollten, hauptsächlich durch die traditionelle katalanische Sprache und Kultur.“ (Colomer 1986: 275)

In der Begeisterung dieser nationalen Aufbruchsstimmung wurde die katalanische Sprache zu einem politischen Symbol der wieder zu gewinnenden katalanischen Identität. Die Thematisierung der Migration wurde mit dem Projekt der Wiederherstellung eines ‚katalanischen Katalonien‘ (vgl. Gil Araujo 2006: 252 f.) eng verbunden. Es stellte sich in Katalonien eine ‚Fetischisierung der Sprache‘ ein, die typisch für die Agitation des ethnischen Nationalismus ist. Seit Prat de la Riba, der Begründer des katalanischen Nationalismus, stellt der Sprachfetischismus eine Konstante im katalanischen Nationalismus dar: de la Riba definierte die katalanische Sprache als ‚Depot der katalanischen Seele‘. In der jüngsten Geschichte Kataloniens hat vor allem Pujol in seinem politischen Denken den Sprachfetischismus aktualisiert und

die katalanische Sprache als den „zentralen Nerv der Nation“ (vgl. Miley 2006: 57)⁸ beschrieben. Der Sprache, die prinzipiell von jedem erworben werden kann und die keine unüberwindbare Grenze markiert, kommt dennoch eine „quasi-primordiale“ Rolle zu (vgl. ebd.). Entsprechend der herausragenden Stellung, die Pujol der katalanischen Sprache als Charakteristikum der nationalen Identität Kataloniens beimisst, spielt die, sich im Rahmen der katalanischen Autonomiepolitik in den 1980er Jahren entfaltende, Sprachpolitik eine zentrale Rolle in der Politik der nationalen Rekonstruktion. So verwundert es auch nicht, dass die Sprachpolitik den zentralen Rahmen für die offizielle Integrationspolitik des moderaten Nationalismus darstellt.

Der primordiale Charakter der katalanischen Sprache als Identitätszeichen der katalanischen Differenz wird in der sprachpolitischen Gesetzgebung Kataloniens deutlich. Die *Llei de Normalització Lingüística* („Gesetz zur sprachlichen Normalisierung“) von 1983 und die *Llei de Política Lingüística* („Gesetz zur Sprachpolitik“) von 1997 bestimmen die katalanische Sprache als die „llengua pròpia“, d.h. als die ‚eigene Sprache‘ Kataloniens, die Katalonien als einzigartiges Volk ausweise. Durch das zweite Gesetz wird der katalanischen Sprache der bevorzugte Gebrauch in den öffentlichen Institutionen Kataloniens wie auch in der freien Wirtschaft eingeräumt. Die sprachpolitische Offensive kann als implizite migrationspolitische Maßnahme gedeutet werden, da sie die katalanische Sprache als Normalität im katalanischen Alltagsverkehr festlegt und diese Präskription zweifellos auch Rückwirkungen auf die Lebensrealität der Migrationsbevölkerung und deren Entwicklungsperspektiven in der katalanischen Gesellschaft hat. Schon lange vor der expliziten Migrationspolitik der katalanischen *Generalitat* zeichnete sich die Tragweite der katalanischen Sprachpolitik ab.

Die Institutionalisierung der katalanischen Einwanderungspolitik fußt auf der von Pujol konzipierten Integrationsideologie, über Jahre hinweg wurde die Einwanderungspolitik Kataloniens von der Programmatik des moderaten Nationalismus der *CiU* bestimmt. Der *Pla Interdepartamental d'Immigració 1993-2000* steht für den Beginn der expliziten Migrationspolitik der *Generalitat*. Dort ist die Gründung einer Kommission und eines Institutionennetzwerks vorgesehen, die die Integrationsmaßnahmen der unterschiedlichen katalanischen Regierungsebenen koordinieren sollen. Der zweite Plan, der *Pla Interdepartamental d'Immigració 2001-2004*, erweitert den Aufgabenkatalog des ersten Immigrationsplans: Es wird eine umfassende und einheitliche Politik der Integration der in Katalonien ansässigen Migrationsbevölkerung vorgeschlagen, mit dem Ziel der Förderung und Erhaltung der sozialen Kohäsion. 2003 wird eine eigene katalanische Behörde für Einwanderungsfragen, die *Secretaria per a la Immigració*, gegründet, die die einzelnen migrationspolitischen Maßnahmen koordinieren soll. Zudem sollten breite Teile der Zivil-

8 Zur Darstellung der katalanischen Sprachpolitik und deren ideologischen, sprachnationalistischen Grundlagen vgl. Süselbeck (2008)

gesellschaft in die migrationspolitische Konsultation einbezogen werden, weshalb ein Netzwerk von migrantischen Vereinigungen, NGOs, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden geschaffen wurde, das Lösungen für das Management der Einwanderung diskutieren und erarbeiten soll. Nicht zuletzt sollte die Partizipation der Einwanderer in der katalanischen Gesellschaft und bei der Stiftung der kollektiven Identität der Region angeregt werden. Außerdem sollten nationale Debatten angestoßen werden, um den notwendigen Konsens in der Migrationsfrage zu erarbeiten (vgl. Zapata-Barrero 2009: 133). In dem Plan wird ein spezifisches Modell der Integration der ausländischen Einwanderer in Katalonien umrissen, der so genannte „Via Catalana d'Integració“ („Katalanischer Weg der Integration“). Dessen Grundgedanke lautet, dass die Einwanderung eine große Chance für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Kataloniens darstelle. Allerdings seien auch große Zweifel angebracht angesichts der Herausforderung, die politische und kulturelle Besonderheit Kataloniens aufrechtzuerhalten (vgl. ebd.: 134). Im Integrationsdiskurs des moderaten Nationalismus wurde die Sichtweise von Katalonien als ein traditionelles Einwanderungsland zu einem ideologischen Eckpfeiler. Katalonien sei, historisch gesehen, schon immer ein Aufnahmeland gewesen, da es als „Durchgangsland“ zahlreiche Einwanderer aus anderen Ländern aufgenommen und integriert habe (vgl. Generalitat 2001: 24). Dieses katalanische Selbstbild betont die Tradition Kataloniens als Integrationsland, das stets eine offene Einstellung gegenüber den Einwanderern und dem Zusammenleben gezeigt habe (ebd.: 11).

Der von Pujol geprägte Begriff der „Kohäsion“ ist in die einwanderungspolitische Debatte eingeführt worden und hat sich seit dem *Pla Interdepartamental d'Immigració 2001-2004* zum zentralen Begriff des katalanischen Identitäts- und Migrationsdiskurses entwickelt. Es wird davon ausgegangen, dass Katalonien nur wegen seiner Fähigkeit zur Integration und zur Kohäsion durch die Jahrhunderte hinweg in seiner Singularität und als differente Nation überleben konnte. Es ist das gemeinsame Projekt der Schaffung der nationalen Kohäsion, das die kontinuierliche Existenz Kataloniens trotz der zahlreichen Einwanderungsströme gewährleistet habe:

„Als katalanischer Nationalist lege ich großen Wert auf die Sprache und Kultur Kataloniens. Aber ich weise immer zugleich auch darauf hin, dass das wichtigste die soziale Kohäsion des Landes ist. Diese lässt sich nicht durch die Aufgabe der traditionellen katalanischen Identität erhalten, aber ebenso wenig durch die Verachtung der kulturellen Werte, die die neuen Bewohner mitbringen.“ (Pujol 2002: 27)

Im Vordergrund der Einwanderungspolitik steht das Ziel der sozialen Kohäsion Kataloniens, das primär durch die kulturelle Besonderheit gewährleistet werde. Pujol hat die Rede vom ‚Kern‘ der katalanischen Identität geprägt, und zu dessen Be-

schreibung die Metapher des Stamms, des „tronco“, verwendet. Dieser ‚feste Kern‘ sei trotz der massenhaften Einwanderung bestehen geblieben:

„Die katalanische Bevölkerung von heute ist eine andere als vor 100 Jahren. Wegen der zahlreichen Einwanderung und der fundamentalen Veränderungen ist sie nicht mehr die gleiche [...] Allerdings muss auf alle Fälle eine historische Kontinuität [...], die Werte, Identitäten und andere Bezugspunkte mit sich bringt, aufrechterhalten werden.“ (ebd.: 16 f.)

Es bestehe ein Recht auf den Bestandsschutz dieser kulturellen Partikularität Kataloniens, das Pujol aus einem naturrechtlich begründeten Recht auf die Verteidigung des Territoriums ableitet (Pujol 2000a: 18). Die spezifische katalanische Integrationspraxis habe im Laufe der Geschichte die Kohäsion und das Überleben Kataloniens dadurch, dass die eigenen kulturellen Spezifika, als fester Kern der Identität, stets tradiert wurden, über lange Zeit hinweg ermöglicht. Der Sprache komme als zentralem Identitätsmarker eine besondere Bedeutung in der Reproduktion der katalanischen Differenz bei. Wie im 2002 von der *Generalitat* veröffentlichten, an die Einwanderer gerichteten, Integrationsleitfaden, den *Guia d'acollida. Connecta amb Catalunya*, betont wird, stellt die katalanische Sprache das zentrale Integrationsmedium dar. Dort wird zudem der Willen bekundet, der Migrationsbevölkerung bei ihrer Integration in die katalanische Gesellschaft behilflich zu sein. Diese müsse jedoch ebenso ihren Willen zur Integration in die katalanische Gesellschaft zeigen wie auch die Bereitschaft zum Erwerb der „eigenen Sprache des Landes“ (vgl. *Generalitat* 2002: 1).

Führende Politiker des moderaten Nationalismus, wie z.B. der Nachfolger Pujols an der Spitze der *CiU*, Artur Mas, verweisen immer wieder auf die Bedeutung der katalanischen Sprache für das Gelingen der Integration in die katalanische Gesellschaft. Die Einwanderer hätten die katalanische Sprache zu beherrschen, da auch ihnen die Aufgabe zukomme, die Identität Kataloniens zu verteidigen (vgl. *El Periódico* vom 10.02.2003). Im Vorwort zum *Guia d'acollida. Connecta amb Catalunya* hebt Pujol die Bedeutung der aktiven Mitarbeit der Einwanderungsbevölkerung an der Integration hervor. Katalonien sei ein Land, das sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet habe und in dem alle, die sich integrieren wollten, stets auch einen Platz gefunden hätten. Die Bereitschaft zur Mitarbeit und der Wille zur Integration waren in dieser Geschichte, so Pujol, von zentraler Bedeutung, was auch künftig gelten sollte:

„Der Prozess [der Integration; PE] hat zum Ziel, dass die Personen, die in Katalonien bleiben, um hier zu leben, sich mit unserem Land identifizieren. Dies setzt voraus, dass diese Personen die Realität der baskischen Gesellschaft und die katalanische Kultur kennen.“ (*Generalitat* 2002: 3)

Die Betonung der Rolle der Sprache hat sich während der Regierungszeit des moderaten Nationalismus, ausgehend vom Gesetz zur Normalisierung der katalanischen Sprache, als Konstante der Integrationspolitik erwiesen. Die in diesem Gesetz vorgesehene bevorzugte Behandlung der eigenen Sprache, der „*llengua pròpia*“, findet sich in der Migrationspolitik der *Generalitat* wieder. Erst durch den Erwerb der katalanischen Sprache könne die erfolgreiche Integration in die katalanische Gesellschaft erreicht werden (vgl. ebd.: 1 ff.).

Während des Hegemoniezyklus des Pujolismus hat sich eine katalanische Integrationsphilosophie herausgebildet, die weithin von den Akteuren der katalanischen Politik, der akademischen Welt und sogar den migrantischen Vereinigungen geteilt wird und die sich wie folgt beschreiben lässt: Katalonien verfügt über eine Tradition als Aufnahmeland und ist durch einen festen Identitätskern charakterisiert, an dem haben sich die neuen Mitbewohner zu orientieren haben. Es wird vom freiwilligen Charakter der identitären Zugehörigkeit ausgegangen, dennoch stellt die katalanische Sprache als Kern der nationalen Identität ein wichtiges Zugangskriterium zur nationalen Gemeinschaft dar. Deren Beherrschung wird als Ausdruck der gelungenen Integration verstanden. Die ‚neuen Einwanderer‘ werden dazu eingeladen, sich an dem Projekt der nationalen Rekonstruktion zu beteiligen. Schon im letzten *Pla d'Integració 2001-2004* wird die große Herausforderung der ‚neuen Einwanderung‘ skizziert, die auch die Debatten der folgenden Jahre geprägt hat. Die neue Einwanderung setzt sich nicht mehr aus der spanischen Binnenmigration zusammen, sondern kommt aus den europäischen Staaten oder aus dem nicht-europäischen Ausland. Diese neue Einwanderung und die Vervielfältigung der kulturellen Diversität sei, gemessen an der Integration der spanischen Einwanderer, eine noch größere Herausforderung für Katalonien und den Bestand der katalanischen Identität (vgl. *Generalitat 2001*: 117 f.).

4.1.3.3.2 Integrationspolitische Alternativen zur Hegemonie des Pujolismus

Mit der Propagierung der katalanischen Sprache als zentrales Definitionskriterium der katalanischen Nationalität hat Pujol erfolgreich das kollektive Bewusstsein der Bevölkerung wie auch das der politischen Akteure Kataloniens prägen können. Die Aktivitäten der *Generalitat* unter der Führung Pujols haben in der Propagierung dieser Nationenkonzeption Erfolg gehabt, wie sich auch in Umfrageergebnissen widerspiegelt. 60,6 % der in Katalonien geborenen Einwohner gehen davon aus, dass die Sprache ein bedeutendes Kriterium für die Zugehörigkeit zur Nation darstellt. Klassisch primordiale Begründungsmuster konnten zurückgedrängt werden, lediglich 33,2 % der nativen Bevölkerung geht davon aus, dass die Herkunft aus einer katalanischen Familie ein bedeutendes Kriterium für die Zugehörigkeit zur katalanischen Nation ist (CIS 1998, zit.n. Miley 2006: 59). 1979 hatten noch 82,4 % der katalanischen Bevölkerung die Sichtweise akzeptiert, dass die Herkunft aus einer

katalanischen Familie ein geeignetes Kriterium sei, Katalanen von Nicht-Katalanen zu unterscheiden (vgl. ebd.: 62). Dieser Wandel in der Definition der Zugehörigkeit zur katalanischen Nation kann als ideologischer und politischer Erfolg der politischen und intellektuellen Eliten des moderaten und konservativen Nationalismus der 1980er Jahre gewertet werden. Die Pujol'sche Definition, der zufolge diejenigen, die in Katalonien leben und arbeiten, Katalanen sind, wurde in das katalanische Autonomiestatut aufgenommen und im Folgenden auch von Politikern unterschiedlichster Ideologien übernommen. Die stete Wiederholung dieser Phrase durch nationalistische, kommunistische oder sozialistische Politiker und Intellektuelle hat dazu geführt, dass das öffentliche Verständnis, was die Katalanität ausmacht, transformiert wurde (vgl. ebd.: 63).

Die auf die nationale Unabhängigkeit abzielende *ERC* betont in ihrer Nationen- und Integrationskonzeption die Bedeutung des Respekts vor den kulturellen Differenzen und Rechten von Minderheiten. Ausgehend von einer klaren Absage an fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen geht es der *ERC* darum, der Einwanderungsbevölkerung den Schritt in die katalanische Gesellschaft zu erleichtern. Zudem sollte verhindert werden, dass sich die Einwanderer in kastilischsprachige Ghettos einschließen und so zur Selbstmarginalisierung verdammt sind (vgl. Carod-Rovira 1998: 84). Um eine erfolgreiche Einwanderungspolitik betreiben zu können, benötige Katalonien mehr Autonomierechte, vor allem in der Regulation der Bürgerschaftsrechte. Die soziale Integration der Einwanderer bedeute nicht ihre volle Assimilation und die Aufgabe der kulturellen, religiösen und ethnischen Differenzen der Migrationsbevölkerung. Diese Differenzen seien zu respektieren und anzuerkennen, nicht zuletzt da sie in die künftige Ausgestaltung der ‚eigenen katalanischen Kultur‘ eingehen sollten. Wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration sei, dass die Katalanen ihre eigenen rassistischen Vorurteile überwinden (vgl. *ERC* 2000: 46). Den Einwanderern käme die Aufgabe zu, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, um so zu verhindern, dass religiöse und kulturelle Partikularität zu einem unüberwindlichen Hindernis für das Zusammenleben und die „Regeln der Koexistenz“ würden (vgl. ebd.).

Der Ansatz des populären, linken Katalanismus („catalanisme popular“) des *PSUC* und der späteren *ICV*, der eine Verbindung der gesellschaftlichen Emanzipation und des Kampfs für die nationalen Rechte anstrebt (*PSUC* 1988: 71), versucht mit dem Konzept der „pluraren katalanischen Identität“ einen Gegenentwurf zum konservativen Katalonienbild und den Symbolen des politisch erfolgreichen Pujolismus zu artikulieren. Ausgehend von einer klassentheoretischen Ideologie betonen der *PSUC* und später die *ICV*, dass die Arbeiterklasse nicht entlang kultureller Differenzen gespalten werden solle. Die Arbeiterklasse sei zwar national, aber nur in dem Sinne, dass sie unter vereinheitlichenden historischen Bedingungen innerhalb einer nationalen Struktur lebe und arbeite (vgl. Guibernau 2004: 101). Das konservative Konzept einer unveränderbaren, katalanischen Kultur wird zurückgewiesen.

Die Wiedergewinnung der katalanischen Kultur, Sprache und Tradition solle als offenes Projekt durchgeführt werden, an dem alle katalanischen Bürger teilhaben sollen. Gleichzeitig solle die katalanische Kultur durch den Beitrag der Einwanderungsbevölkerung bereichert werden (PSUC 1979: 53). Zudem wird die Vorstellung zurückgewiesen, dass in Katalonien zwei differente Kulturen, die katalanische und die migrantische, koexistieren. Der Antagonismus zwischen zwei sprachlich differenzierten Gemeinschaften sei auf jeden Fall zu vermeiden, die zu leistende Rekonstruktion Kataloniens solle das Werk der vereinten Arbeiterklasse sein (PSUC 1980: 21 ff.).

Der *PSC*, der seit den 80er Jahren bedeutende ideologische Brüche und interne Krisen durchlebt hat⁹, verfolgt ebenfalls das Projekt, eine linke Version des Katalanismus zu begründen. Der *PSC* vertritt einen föderalistischen Katalanismus, der den spezifischen nationalen Charakter Kataloniens und die eigene katalanische Geschichte, Sprache, Kultur etc. anerkennt (PSC 1999a: 12). Im Anschluss an Ernest Renans Bestimmung der Nation als ‚alltägliches Plebiszit‘ wird betont, dass die Nation durch den kollektiven Willen und die Selbstregierung der katalanischen Bürger definiert werde (ebd.: 17). Im Laufe der 1990er Jahre hat sich die Forderung nach der Förderung der ‚eigenen‘, katalanischen Sprache durchgesetzt, eine Aufgabe, die allen Bürgern zukomme (ebd.: 22). In der Reformulierung des sozialistischen Katalanismus durch Pasqual Maragall im Rahmen seiner Kandidatur als *president* wurden explizit sprachpolitische Forderungen zur Förderung der katalanischen Sprache in das Programm der Sozialisten übernommen (vgl. Guibernau 2004: 110 f.). Auch die Sozialisten setzen sich die Emanzipation der katalanischen Nation, verstanden als die Verbindung der historischen katalanischen Kultur und der Kultur der Einwanderungsbevölkerung, zum Ziel. Die Notwendigkeit, die Einwanderer in die Gestaltung der neuen katalanischen Gesellschaft mit einzubeziehen, ist der zentrale Ausgangspunkt der sozialistischen Einwanderungspolitik. Der *PSC* kritisiert die Integrationspraxis des Pujolismus und deren Betonung der kulturellen und sprachlichen Faktoren. Er lehnt die Prämisse ab, dass das Engagement zu Gunsten des Katalanismus und der katalanischen Selbstregierung notwendig durch die katalanische Sprache zu erfolgen habe. Unabhängig von der kulturellen Herkunft und sprachlichen Fähigkeit sollen alle Teile der Bevölkerung an der Gestaltung der Zukunft Kataloniens teilhaben können (PSC 1999a: 16). Maragall begrüßte in einer Rede im Jahr 2001 die steigende Einwanderung nach Katalonien als große Möglichkeit, die katalanische Identität neu zu konzipieren:

9 Der *PSC* hatte sich noch 1984 ein marxistisch begründetes Programm gegeben und das Ziel der klassenlosen Gesellschaft gesetzt. Davon hatte er sich nach der Implosion des real existierenden Sozialismus 1990 ff. verabschiedet; vgl. Guibernau 2004: 105 f.

„Ich denke, dass wir als Volk mit einer offenen und progressiven Mentalität an den Multikulturalismus und seine Möglichkeit glauben sollten [...] Selbstverständlich haben wir unsere eigene, 1000-jährige Kultur, die allerdings stets auch durch externe Einflüsse modifiziert und bereichert worden ist [...] Die Kultur kann nichts Statisches sein [...], sie wird immer wieder vom Volk, das in dem Land lebt und arbeitet, geschaffen, das zwar das Erbe der vergangenen Generationen kennt und respektiert, aber die jenes durch ihr eigenes Leben zu transformieren vermag. Die Kultur ist dynamisch und je dynamischer sie ist, umso pluraler, lebhafter und demokratischer wird sie sein.“ (Maragall 2001: 7 ff.)

Wie dieser kursorische Überblick über die Konzeptionen der nationalen Identität und die Integrationsvisionen zeigt, werden die grundlegenden Ideologeme des Pujolismus, wie z.B. die Förderung der katalanischen Sprache, das Projekt der nationalen Rekonstruktion und die Akzeptanz der Multikulturalität der katalanischen Gesellschaft, weithin geteilt, wenn auch die konkreten Interpretationen dieser Topoi höchst unterschiedliche Politikkonzepte nach sich ziehen können. Die Hegemonie des Pujolismus hat sich nicht zuletzt auch darin gezeigt, dass konkurrierende Akteure des Katalanismus dessen programmatische Eckpunkte übernommen haben, wenn auch in leicht modifizierter Art. Dass keine grundlegenden Differenzen in der Einwanderungspolitik bestanden haben, zeigt sich an der relativen Kontinuität der Einwanderungspolitik seit dem Regierungsantritt des linkskatalanischen *tripartit*, d.h. der Dreiparteienkoalition des *PSC*, der *ICV* und der *ERC*.

4.1.3.3.3 Die Regierung des linkskatalanistischen *tripartit* und die Verschärfung des Einwanderungsdiskurses

Die neue Regierung des *tripartit* der linken und katalanistisch orientierten Kräfte hat ihre Arbeit zu einem Zeitpunkt (2003) aufgenommen, als sich schon eine breite Debatte über die ‚neue Einwanderung‘ in der katalanischen Gesellschaft entfaltet hatte und eine entsprechende Sensibilisierung für das Thema existierte. Die Verschärfung der Einwanderungsdiskussion in Spanien zu Beginn der 2000er Jahre hatte auch in Katalonien Wellen geschlagen. So kam es nicht nur zum Angriff auf Migranten auf offener Straße, wie z.B. in Can Anglada, wo Einheimische in nächtlichen Verwüstungszügen gegen marokkanische Läden und Wohnungen vorgegangen sind (vgl. Zapato-Barrero 2004: 99), sondern auch zu polarisierenden Debatten.

Marta Ferrusola, die Frau des damaligen *president* Pujol, sowie der ‚historische‘ Parteifunktionär des *ERC*, Heribert Barrera, sind 2001 mit alarmistischen Bemerkungen über die Einwanderung in der katalanischen Öffentlichkeit aufgetreten und haben dadurch eine breite Debatte ausgelöst. Ferrusola sprach 2001 in einem öffentlichen Vortrag über die Problematik der neuen Einwanderung und stellte die Einwanderer als Schmarotzer der katalanischen Sozialkassen dar. Danach gerieten die Katalanen zunehmend in die Defensive, während die Teile der Bevölkerung, die keinen Bezug zu Katalonien und zur katalanischen Kultur hätten, durchgefüttert

würden und sogar noch den Katalanen ihre Kultur aufzwingen würden. Die Einwanderung würde letztlich Katalonien zerstören, wenn die Katalanen nicht endlich wachsamer seien. Zudem merkte Ferrusola an, dass die katholischen Kirchen kaum mehr frequentiert würden, im Gegensatz zu den Moscheen (vgl. Santamaría 2003). Was auf der einen Seite einen Sturm der Entrüstung auslöste, wurde auf der anderen Seite mit Schweigen oder gar Zustimmung aufgenommen. *SOS Racisme* kritisiert die ‚erste Dame‘ Kataloniens scharf für ihre „generelle Abqualifizierung der Einwanderer“, ebenso wie die Gewerkschaften *CC.OO* und *UGT*, die eine „intolerante, nationalkatholizistische und ausschließende Mentalität“ anprangerten. Die linken Parteien Kataloniens (*PSC*, *ERC*, *ICV*) kritisierten die Äußerungen ebenso. Überraschend war jedoch die erste Reaktion aus dem Umfeld der *CiU*: Artur Mas, Nachfolger Pujols an der Spitze der *CiU*, verteidigte die Äußerungen Ferrusolas, da sie schließlich nur geäußert habe, was tausende von Katalanen dächten (vgl. *El Mundo-Catalunya* vom 22.02.2001). Mit der gleichen Begründung stärkte ihr Ehemann Ferrusola den Rücken. Pujol verteidigte zudem die Unterstützung der restriktiven spanischen Ausländergesetzgebung, des *Ley de Extranjería*, des regierenden *PP* durch seine Partei und zeigte Verständnis für die Angst der Bevölkerung vor dem Verlust ihrer Identität angesichts der Einwanderungsströme (vgl. *El Mundo-Catalunya* vom 24.02.2001).

Barrera, der schon während des Frankismus für die *ERC* aktiv und später der erste Präsident des neu konstituierten katalanischen Parlaments war (1980-1984), hatte kurz nach der ‚Affäre Ferrusola‘ in einem Interviewband *¿Qué piensa Heribert Barrera?* („Was denkt Heribert Barrera?“) ein Schreckensszenario von der Einwanderung entworfen. Er lobte dabei die österreichische *FPÖ* und deren Führer Jörg Haider für die konsequente österreichische Einwanderungspolitik. Haider wolle ja letztlich nur die österreichische Gesellschaft so erhalten, wie sie ihm als traditionelle gefalle (vgl. Santamaría 2003). Zudem sei Katalonien zum Verschwinden verurteilt, wenn der Zustrom der Einwanderung nicht gestoppt werde. Barrera stellte das ‚genetische Erbe‘ als das distinktive Kriterium Kataloniens dar und äußerte sich in der Argumentationslogik des ethnischen und biologistischen Rassismus: Intelligenz sei vererbbar, was sich daran erkennen lasse, dass die ‚Schwarzen‘ weniger intelligent seien als die ‚Weisen‘. Zudem zog er die vermeintliche ‚kulturelle Bereicherung‘ der multikulturellen katalanischen Gesellschaft in Zweifel (vgl. Barrera 2001: 95 f., 115, 118). Antonio Santamaría ordnet die Äußerungen Barreras in das Denken des *Ethnodifferenzialismus* der französischen Neuen Rechte um Alain de Benoist ein. Wie diese fordert auch Barrera die Erhaltung der kulturellen Diversität, die durch die separierte Existenz der Ethnien in identitären Nischen und ohne Vermischung garantiert werden solle. Zudem lehnt der Ethnodifferenzialismus multikulturalistische Ideologien und ‚Vermischungstendenzen‘ ab (vgl. Santamaría 2003). Die Äußerungen Barreras sind kein Ausrutscher, denn schon zu Beginn der 1980er Jahre äußerte er sich ähnlich, als er ein negatives Bild der innerspanischen

Einwanderung zeichnete. Er betonte 1980, dass Katalonien weniger Probleme hätte, wenn die massenhafte Einwanderung aus den anderen Regionen Spaniens nicht stattgefunden hätte (vgl. Barrera 1980: 213).

Während der parlamentarische Sprecher der *ERC*, Josep Huget, eine Distanzierung von Haider vornahm, versuchte er zugleich, die Äußerungen Barreras als ‚persönliche Meinungsäußerung‘ herunterzuspielen. Er bat zugleich um Verständnis für Barrera, da sich die Ängste und Sorgen von Menschen nicht kriminalisieren ließen. Trotz dieser Rückendeckung forderten die Parteijugend und Einzelpersonen den Parteiausschluss Barreras, jedoch ohne Erfolg. Eine grundsätzliche Kritik hoher Parteifunktionäre blieb aus, der Parteivorsitzende Carod-Rovira beschränkte sich auf den Verweis, dass der Katalanismus schon immer demokratisch, integrierend und progressiv gewesen sei, im Gegensatz zum spanischen Nationalismus, der imperialistisch, rassistisch und ausschließend sei. Zwei Jahre später äußerte Carod-Rovira (2003) eine leichte Kritik an den rassistischen Äußerungen Barreras, wenn er diese auch als missverständliche Äußerungen eines gestandenen Demokraten abtat (vgl. Carod-Rovira 2003: 101 ff.). Eine grundsätzliche Kritik an den fremdenfeindlichen Tendenzen im Katalanismus z.B. durch die linken Parteien und deren Führungskräfte blieb aus, wie Santamaría (2003) kritisch bemerkt. An den Äußerungen von Ferrusola und Barrera sowie der ausgelösten (Nicht-)Debatte, wird deutlich, welche problematischen, xenophoben Einstellungen in den unterschiedlichen Spielarten des Katalanismus hinter der vermeintlichen ‚Offenheit‘ der Nationenkonzeptionen latent vorhanden sind. Santamaría macht auf eine unausgesprochene, stillschweigende Verhaltensnorm des katalanischen Nationalismus aufmerksam:

„Es existieren bestimmte Gedanken, die gedacht oder in engsten vertrauten Kreisen artikuliert, die allerdings niemals in der Öffentlichkeit geäußert werden. Wenn sie allerdings geäußert werden, bricht ein Skandal aus.“ (Santamaría 2003)

Dies erklärt, warum die Protagonisten der beiden ‚Affären‘ Applaus aus unterschiedlichen politischen Spektren erhielten und dafür gelobt wurden, ein Tabu gebrochen und die Sorgen der Bevölkerung öffentlich artikuliert zu haben. Die Umfrageergebnisse schienen die Auswirkungen der politischen Debatte auf das kollektive Bewusstsein der katalanischen Bevölkerung zu bestätigen. Im August 2001 bezeichneten 48,6 % der Katalanen die Einwanderung als „exzessiv und übertrieben“ (im Vergleich zu 35,9 % im November 2000) und 28,8 % sahen in der Einwanderung das dringendste politische Problem (vgl. *La Vanguardia* vom 02.08.2001). Auch der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen 2003 wurde vom Thema der Migration dominiert. Die Sorge in der katalanischen Gesellschaft über die ‚neue Einwanderung‘ nach Katalonien wurde von verschiedenen Parteien, nicht nur von den Akteuren des katalanischen Nationalismus, zu instrumentalisieren versucht. Schon

im offiziellen ‚Einwanderungsplan‘ der vorherigen, von der *CiU* geführten *Generalitat*, war die Rede von der ‚großen Herausforderung‘ und dem grundlegenden Unterschied der ‚neuen Einwanderung‘, die nicht mehr aus Spanien komme und andere kulturelle und religiöse Affinitäten aufweise.

Die neue Regierung des linkskatalanistischen *tripartit* übernimmt die Führung der *Generalitat* in einem Klima der Verschärfung des Einwanderungsdiskurses. Die Einwanderungspolitik der neuen Regierung ist sowohl im Verhältnis zur pujolistischen Hegemonie und im Verhältnis zu der von der *CiU* etablierten Migrationspolitik zu sehen, als auch als Reflex auf die von der neuen Einwanderung geschaffenen, veränderten Situation in der katalanischen Gesellschaft. Dass die Migrationspolitik der neuen Regierung ein wichtiges Anliegen ist, lässt sich am ersten offiziellen Besuch des neuen *president*, Pasqual Maragall, der Pujol im Dezember 2003 ablöste, erkennen. Diesen stattete er in Canovells ab, einem Ort im industriellen Gürtel Barcelonas mit einer sehr hohen Ausländerquote (ca. 12 %). Diesem symbolischen Akt folgte neun Monate später eine Rede Maragalls im katalanischen Parlament, in der er die Einwanderung als die zentrale gesellschaftliche Herausforderung des Landes hervorhob, angesichts der die Schaffung eines neuen Patriotismus und von mehr Selbstverwaltungskompetenzen die angemessene Antwort wäre. Der Patriotismus der ‚Rechte und Pflichten‘ solle den Einwanderern als Anreiz für die eigenen Integrationsbemühungen dienen (vgl. *La Vanguardia* vom 29.09.2004). 2005 wurde von der „Sekretärin für Einwanderung“, Adela Ros, der *Pla de ciutadania i immigració 2005-2008* vorgelegt, der eine neue Konzeption der katalanischen Bürgerschaft enthält, die unabhängig von der spanischen Nationalität gelten soll. Auch hier wird die neue Qualität der Einwanderung betont:

„Im letzten Viertel des Jahrhunderts war der Charakter der Einwanderung sehr verschieden. Auch wenn viele aktuelle Migrationsprozesse ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben, gibt es viele neue Elemente. Als besonders für die demographische Entwicklung relevante Entwicklung sticht der Beginn der neuen Migration hervor.“ (Secretaria per a la Immigració 2005: 11)

Die Integration der nunmehr kulturell sehr heterogenen Einwanderungsbevölkerung stelle eine sehr komplizierte Aufgabe dar, die die immer noch nicht erfolgreich gelöste Aufgabe der Integration der vorherigen Einwanderungswellen aus Spanien übertreffe. Im *Pla de ciutadania i immigració 2005-2008* wird davon ausgegangen, dass das Management der Einwanderung primär aus der sprachlichen Perspektive zu betrachten ist und dass Migrationspolitik wesentlich als Sprachpolitik gehandhabt werden soll (vgl. Gil Araujo 2009: 240). In der Tradition des moderaten Nationalismus stehend, wird die Integration der Einwanderer verstanden als Problem der kulturellen, nationalen Identität, wie Ros selbst betont (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 204). Es wird die Sichtweise des Pujolismus übernommen, dass die Einwan-

derung eine potenzielle Bedrohung der katalanischen Identität darstelle, die kulturell und letztlich durch die Sprache definiert werde. Neu an der Einwanderungspolitik des *tripartit* ist die Orientierung an der Perspektive einer Bürgerschaftskonzeption. Grundlegende Bürgerschaftsrechte sollten auch auf die Einwanderungsbevölkerung ausgeweitet werden, zudem richte sich die Einwanderungspolitik nun nicht mehr nur an die Einwanderungsbevölkerung, sondern an die gesamte katalanische Bürgerschaft. Eine weitere Neuheit stellt die enge Verbindung der Sprach- mit der Integrationspolitik dar. Die Orientierung an der Sprache sei, so die Begründung der Verfasser des Plans, in allen Ländern mit einer ‚eigenen Sprache‘ üblich (vgl. Gil Araujo 2006: 257 f.).

Die integrationspolitischen Vorstellungen der neuen *Generalitat* stehen in der Tradition der moderat-nationalistischen Vorgängerregierungen. Es ist eine ‚Pfadabhängigkeit‘ festzustellen, die auch von den Politikern selbst hergestellt werde: laut Aussagen eines Regierungsmitarbeiters handelt sich bei den Maßnahmen des *tripartit* um die Fortsetzung der Arbeit der vorherigen Regierungen im Zeichen der oben schon erwähnten, spezifischen katalanischen Integrationsweise – der so genannten *Via Catalana de Integración* (vgl. Gil Araujo 2009: 239). Die neue Regierung übernimmt die Auffassung von der zentralen Bedeutung der katalanischen Sprache und Kultur als den definierenden Elementen der Katalanität und von der Bedeutung der Sprachpolitik als Integrationspolitik. Jede Gleichstellungs- und Integrationspolitik habe Sprachpolitik zu sein: „Die Anwendung der katalanischen Sprache als gesellschaftliches, wirtschaftliches, politisches und kulturelles Kommunikationsvehikel sicherzustellen, ist eine der grundlegenden Aufgaben der Regierung.“ (Secretaria per a la immigració 2005: 48) Die Einwanderungspolitik habe sich dem Ziel der nationalen Identifikation und der Verteidigung der katalanischen Identität zu verpflichten, eine Identität, die sich auch den „neuen Katalanen“ öffnen solle (vgl. ebd.).

4.1.3.3.4 Neupositionierungen in der katalanischen Parteienlandschaft angesichts der ‚neuen Einwanderung‘

Dass vor allem auch der größte Partner des *tripartit*, der *PSC*, die Pujol'sche Sichtweise auf den Status der katalanischen Sprache und Identität in Grundzügen übernommen hat, lässt sich an zahlreichen Zitaten belegen. Ein Abgeordneter des *PSC* äußert sich wie folgt: „Wir sind durch den Willen definiert, eine politische Gemeinschaft zu bilden, unabhängig von der Herkunft. Der Kern dieses Projekts: unsere Sprache.“ (zit.n. Kleiner-Liebau 2009: 205) Bekannt geworden ist auch der Anspruch Maragalls, „dass die katalanische Sprache unsere DNA ist“ (vgl. *La Vanguardia* vom 28.11.2004). Der Programmpunkt der aktiven Förderung der katalanischen Sprache wurde schon in das Wahlprogramm 1999 aufgenommen, obwohl dort auch noch hervorgehoben wurde, dass auch das kastilische Spanisch das gemeinsame Erbe Kataloniens darstelle (vgl. Guibernau 2004: 110 f.). Neben der

sprachnationalistischen Propagierung der Förderung der ‚eigenen Sprache‘ ist der *PSC* auch in der Migrationspolitik stark vom Pujolismus beeinflusst worden. Auch der *PSC* nimmt die ‚neue Einwanderung‘ als zentrale Herausforderung für die katalanische Gesellschaft wahr. Da sich die neuen Einwanderer meist in den urbanen Gebieten des unterprivilegierten Teils der katalanischen Bevölkerung niederließen, sei eine bedenkliche Konkurrenz zwischen den unteren Bevölkerungsschichten um öffentliche Dienstleistungen, wie z.B. billigen Wohnraum zu erwarten. Maragall betont das Risiko des sozialen Konflikts zwischen den ‚alten‘ und ‚neuen Einwanderern‘ (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 202 f.). Die umfassenden gesellschaftlichen Bedingungen einer gelungenen Integration werden vom *PSC* mitbedacht, wenn auch eine darauf abzielende Politik kaum mehr eine Rolle spiele, wie die Schwerpunktsetzung der vom *PSC* angeführten Regierung auf die kulturelle und sprachliche Dimension der Integration deutlich macht.

Dieser Widerspruch lässt sich an den Statements von José Montilla ablesen, des *PSC*-Nachfolgers von Maragall als *president* der *Generalitat*. Montilla weist auf die Bedeutung der Mitarbeit der katalanischen Bevölkerung an einer gelungenen Integration hin und betont die positiven Aspekte und den ökonomischen Beitrag der Einwanderer; es gelte, die Akzeptanz der Einwanderungsbevölkerung durch die ‚native Bevölkerung‘ zu erhöhen. Dies entspreche der proklamierten Idee von der Wechselseitigkeit der Integration und dem harmonischen Bild von der Integration im multikulturellen Katalonien, die aus einem „bidirektionalen Prozess der wechselseitigen Anpassung der Einwanderer und der Autochthonen“ (*Secretaria per a la Immigració* 2005: 50) bestehe. Montilla ist andererseits mit der Äußerung hervorgetreten, dass die Fähigkeit Kataloniens, weitere Einwanderer aufzunehmen, nun am Ende sei: „Wir sind an der Grenze“ (zit.n. *El Mundo* vom 14.09.2006). Die Ankunft weiterer Einwanderer stelle eine Bedrohung für die Gewährleistung der sozialen Dienstleistungen (Gesundheit, Erziehung, sozialer Wohnungsbau) für die Katalanen dar (ebd.).

Die *ERC* hat sich im Anschluss an die Barrera-Äffare darum bemüht, eine offene Haltung gegenüber der Einwanderung zu zeigen, auch wenn der Vorsitzende Carod-Rovira die rassistischen Äußerungen Barreras lediglich mit einer leichten Kritik bedachte (s.o.). Auch für die *ERC* steht die katalanische Sprache im Zentrum der Integrationspolitik. Die Auswirkungen der neuen Einwanderung und die der alten aus Spanien lasten der *ERC* zufolge schwer auf Katalonien und stellen eine große Herausforderung dar. Die ‚altres catalans‘, die in den 50er Jahren nach Katalonien gekommen sind, und ihre Nachfahren, die zuhause Kastilisch oder Galicisch sprechen, sollten für das nationale Projekt begeistert werden, denn ohne deren Mitarbeit wäre kein künftiges nationales Projekt zu bewerkstelligen (Carod-Rovira, zit.n. Kleiner-Liebau 2009: 199 f.). Die Sprache solle als essentielles Element der katalanischen Identität im Zentrum der Integration stehen: Wenn der einzelne Einwanderer die Anstrengung unternehme, Katalanisch zu lernen, so Carod-Rovira,

würde er angesehen werden als „einer von uns“ (Carod-Rovira, zit.n. ebd.: 205). Die nach Katalonien einwandernden Personen müssten wissen, dass sie vom Einwanderungsland nicht erwarten können, dass es sich an sie anpasse. Die Einwanderer seien diejenigen, die sich anpassen müssten (vgl. Carod-Rovira 2003: 106).

Trotz dieses Imperativs versucht sich die *ERC* ein Multikulturalismusverständnis zu geben, das von der Grundannahme ausgeht, dass sich beide Bevölkerungsteile, die autochthonen und die zugewanderten, durch den ‚Kulturkontakt‘ bereichern. In ihrer Vision von multikulturellen Katalonien ist die Pflicht der Einwanderer impliziert, die katalanische (und auch die kastilische) Sprache zu erlernen (vgl. ebd.). Gewinne man die ‚neuen Einwanderer‘ für die katalanische Sprache würde dies auch deren Zukunftsaussichten verbessern. Carod-Rovira kritisiert die von Migrantenverbänden vertretene Forderung nach „Papieren für Alle“ als einen falsch verstandenen, linken Progressismus, der letztlich kein Problem löse (vgl. ebd.: 104). Es solle in der souveränen Entscheidungsbefugnis der Katalanen liegen, zu bestimmen, wie viele Einwanderer nach Katalonien kommen und wie diesen ein würdiges Leben ermöglicht werden könnten. Zugleich weist er jedoch darauf hin, dass die Einwanderer gegenüber der katalanischen Gemeinschaft gewisse bürgerliche Pflichten haben (vgl. ebd.: 105). Gleichwohl lassen sich nicht zuletzt auch von Carod-Rovira zahlreiche Äußerungen finden, die ein offenes, voluntaristisches Nationenkonzept propagieren. So betont er explizit, dass das flexibel gedachte Projekt der nationalen Emanzipation Kataloniens mit den Begleiterscheinungen der Globalisierung und der Einwanderung vollkommen kompatibel ist (vgl. Carod-Rovira 2009: 9 f.). Die neue Einwanderung stelle keine Bedrohung dar, es entstünden durch sie neue Formen des Zusammenlebens, die mit der spezifischen katalanischen Identität bestens zusammen passten (vgl. ebd.). Trotz dieser offenen Rhetorik ist zugleich davon auszugehen, dass vereinzelte Strömungen in der *ERC* fremdenfeindliche Positionen teilen und nicht unerhebliche Kreise der Parteimitgliedschaft und Wählerschaft gegenüber der Einwanderung nach Katalonien sehr skeptisch eingestellt sind. Die teils harten Thesen und Äußerungen von *ERC*-Spitzenpolitikern sorgen für eine wohl kalkulierte programmatische Ambivalenz, die verhindern soll, dass das kulturnationalistisch gesinnte Klientel der Partei zur *CiU* abwandert (vgl. Santamaría 2010: 23).

Der Koalitionspartner *ICV* ist von der Übernahme der pujolistischen Anschauungen am weitesten entfernt. Zwar erkennt auch er die Notwendigkeit der Förderung der ‚eigenen Sprache‘, aber die Integrationspolitik endet für die *ICV* nicht in der Kultur- und Sprachpolitik. Die *ICV* betont die Bedeutung der umfassenden gesellschaftlichen Integration der Einwanderer, was vor allem die sozioökonomische Integration und den Abbau materieller Ungleichheiten voraussetze (vgl. *ICV* 2000: 72). Sie nimmt den Begriff der ‚Interkulturalität‘ auf, der die anzustrebende Entwicklungsperspektive präziser beschreibt als der Begriff ‚Multikulturalismus‘. Interkulturalität beschreibe den kreativen Kontakt zwischen Kulturen und Ethnien

und benenne deren wechselseitige Befruchtung, Veränderung und Verschmelzungen zutreffender als der Begriff des Multikulturalismus, der den stabilen Fortbestand der Kulturen suggeriert (vgl. ICV 2000: 35). Zudem soll das Recht des Einzelnen auf ‚Indifferenz‘ anerkannt werden (ebd.). Die Herausforderung der Integration der nichtspanischen Einwanderer spielt für die ICV seit dem Wahlkampf 1993 eine große Rolle, wobei der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Vordergrund steht. Es sei eine integrative Konstruktion der katalanischen Gesellschaft voranzutreiben, in der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunft zusammenleben könnten. Die ICV schlägt die Ausweitung der sozialpolitischen Maßnahmen vor, um zu verhindern, dass es zum Konkurrenzkampf zwischen den unteren Schichten und den Einwanderern um öffentliche, soziale Dienstleistungen komme. Von der sozialpolitischen Infrastruktur sollten alle in Katalonien Lebenden profitieren. Es sei stets hervorzuheben, dass die soziale Fragmentierung nicht von den Einwanderern ausgehe, sondern von der mangelnden Ausgleichsorientierung der gegenwärtigen Gesellschaften (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 212).

Anhand von zwei weiteren Projekten des linkskatalanistischen *tripartit*, nämlich dem am 30.09.2005 dem katalanischen Parlament vorgelegten Entwurf des neuen katalanischen Autonomiestatuts und des *Pacte Nacional per a la immigració* (des „Nationalen Einwanderungspakts“; 2008), lässt sich die linkskatalanistische Reformulierung des Katalanismus beobachten. Im Entwurf zum neuen *Estatut d'Autonomia de Catalunya*, der als weiterer Fortschritt in der Anerkennung der katalanischen kollektiven Identität und im Prozess der nationalen Konstruktion verstanden wird, wird Katalonien als durch die katalanische Kultur und Sprache definierte soziale Einheit, als Nation, bestimmt (vgl. Parlament de Catalunya 2006: 3). Katalonien wird dort ebenso, wie in den regierungsamtlichen Schriften zuvor, als Einwanderungsland definiert, das durch seine eigene Kultur und Sprache gekennzeichnet ist. Die ‚eigene Sprache‘ („*llengua pròpia*“) solle die Sprache des normalen und bevorzugten Gebrauchs in der Verwaltung und in den öffentlichen Medien sowie die Unterrichtssprache sein (vgl. ebd.: 5). Das im Statut entworfene nationale Selbstbild sowie die Präskription der katalanischen Sprache als der „*llengua pròpia*“ schließen an die Konzeption der Einwanderungspolitik als Sprachpolitik an. Im Entwurf zum Autonomiestatut wird die schon zuvor im *Pla de ciutadania i immigració* (2005) entworfene Idee einer katalanischen Bürgerschaft wieder aufgenommen. Die katalanischen Bürgerschaftsrechte werden auf alle in Katalonien residierenden Personen ausgeweitet.

Dieser hinsichtlich der Kompetenzverteilung mit dem spanischen Staat sensible Punkt wird im *Pacte Nacional per a la immigració* (PNI), den das in den Wahlen im Jahr 2006 bestätigte *tripartit* 2008 vorlegt, vertieft. Der PNI sieht vor, die Migrationsbewegungen effektiver zu regulieren. Dazu bedürfe es der Ermittlung der Anzahl der zusätzlichen Arbeitskräfte, die für die Aufrechterhaltung der katalanischen Wettbewerbsfähigkeit nötig seien. Der externe Migrationszufluss solle den

Möglichkeiten der katalanischen Infrastruktur entsprechend reguliert werden (vgl. Generalitat de Catalunya 2008a: 39 ff.). Zudem wird vorgeschlagen, einen öffentlichen gemeinschaftlichen Kommunikations-, Partizipations- und Anerkennungsraum der katalanischen Gesellschaft zu schaffen, der dafür Sorge, dass die katalanische Nation der Bezugspunkt der ganzen Bevölkerung, die in Barcelona lebt und arbeitet, sei (vgl. ebd.: 63). Diese gemeinsame Kultur solle das Zusammenleben im Zeichen von demokratischen und pluralistischen Werten ermöglichen. Die katalanische Sprache solle dabei als offizielle und öffentliche Verkehrssprache Kataloniens fungieren (vgl. ebd.: 69). Die Kenntnis des Katalanischen wird in dem Migrationspakt als wichtiger Schritt auf dem Weg zur erfolgreichen Integration dargestellt, da der Spracherwerb den Willen der Zugehörigkeit ausdrücke und zur sozialen Kohäsion beitrage. Mangelnde Sprachkenntnis schränke die Autonomie der Einzelpersonen ein wie es auch die Inklusion deutlich erschwere (vgl. ebd.). Der Plan rückt, wie schon im *Pla de Ciutadania e immigració 2005-2008* angelegt, die Bedeutung des Spracherwerbs und der Sprachpolitik an die oberste Stelle der migrationspolitischen Agenda. Die Prozeduren der Aufnahmepolitik sollen primär auf katalanischer Sprache abgewickelt werden, könnten jedoch auf Wunsch auch auf kastilisch erfolgen (vgl. ebd.: 39).

Dass von den ‚neuen Einwanderern‘, deren Integration im *PNI* auch bewusst von den alten Integrationsherausforderungen unterschieden wird, der Wille zur ‚katalanischen Integration‘ offensiv eingefordert wird, wird in der Rede des *president* am Tag der parlamentarischen Abstimmung über den Plan deutlich. Hier verdeutlicht Montilla die Pflichtseite des ‚Paktes‘: Die Einwanderer könnten vollwertige Bürger Kataloniens sein, müssten aber auch dahinter stehen. Wie die Katalanen die kulturellen Differenzen der Migranten anerkennen sollten, so sollten diese auch die katalanische Sprache, Gewohnheiten und Traditionen kennen lernen und respektieren. Alle Bürger sollten sich dem Wohlergehen Kataloniens verpflichtet fühlen, genauso wie sich Katalonien dem Wohlergehen aller, auch der neu Angekommenen, verpflichtet fühle (vgl. Montilla 2008: 4). Der Pakt über die Einwanderung stehe am Ende einer Entwicklung, in der eine spezifisch katalanische Einwanderungspolitik begründet werden sollte. Durch die Konzeption einer katalanischen Bürgerschaftskonzeption wurde diese schließlich so weit ausgebaut, dass ein weiteres zentrales Feld der Auseinandersetzung mit der spanischen Zentralregierung eröffnet wurde.

4.1.3.3.5 Reaktion der konservativen Oppositionsparteien im Kontext der ‚neuen Migration‘ und die Polarisierung der katalanischen Einwanderungsdebatte

Wie an der Konzeption des Einwanderungsmanagements des *tripartit* deutlich geworden ist, hat sich Pujols Reformulierung des Katalanismus und sein Entwurf der Integrationspolitik zu einer stillschweigenden, allgemein akzeptierten Grundlage in

der Definition der Katalanität durchgesetzt. Diese erscheint offen und wird als vage Bestimmung auch von allen Akteuren geteilt. Die propagierte prioritäre Behandlung der katalanischen Sprache als ‚eigene Sprache Kataloniens‘ sowie der Stellenwert der Sprachpolitik in der Integrationspolitik sind die weithin geteilten Eckpfeiler des so genannten ‚katalanischen Wegs der Integration‘. Es kann somit von der Uniformierung des katalanischen Identitätsdiskurses gesprochen werden.

Die katalanische politische Mitte und Rechte hat, in der Gestalt des moderaten, konservativen Nationalismus der *CiU* und des rechtskonservativen *PP*, ihrerseits auf die linkskatalanistische Übernahme des Nationalitäts- und Integrationsdiskurses reagiert. Die *CiU* hat auf die Aneignung ihres integrativen Integrationskonzepts durch eine Akzentuierung und Verschärfung ihres eigenen programmatischen Diskurses reagiert. Die Bestandswahrung der essentiellen kollektiven Werte Kataloniens sei weiterhin die zukünftige Mission, wie die *CiU* in den *Bases per a un nou Estatut nacional de Catalunya* im Jahr 2003 fordert. Das Ziel der *CiU* sei die Herstellung einer pluralen, aber kohäsionierten Gesellschaft, die die essentiellen kollektiven Werte teile. In dieser Gesellschaft seien alle Bewohner stolz darauf, ein Teil dieser zu sein (vgl. *CiU* 2003: 38). Als nationale Sprache wird lediglich die katalanische Sprache genannt (ebd.: 10). Von den ‚Convergisten‘, so die Bezeichnung für die Anhänger der *CiU*, wird immer wieder die große Herausforderung der ‚neuen Einwanderung‘ betont, hinsichtlich deren Integration Pujol zuletzt des Öfteren Skepsis äußerte. Es sei ungewiss, ob die Fähigkeit Kataloniens, die zahlreichen Einwanderer aufzunehmen und die soziale Kohäsion zu gewährleisten, nicht angesichts der „neuen Herausforderungen“ verloren gehe (vgl. Pujol 2002: 27). Der Vorsitzende der *UDC*, Duran i Lleida, betont, dass die Einwanderung das Risiko der sozialen Fragmentierung mit sich bringe, weshalb von den Einwanderern zu fordern sei, sich an die katalanische Kultur anzupassen und die katalanische Sprache zu erwerben (vgl. *La Vanguardia* vom 05.11.2004). Pujol stellte schon 2001, anlässlich der Feierlichkeiten an der *Diada*, am katalanischen Nationalfeiertag, in der offiziellen Rede als *president* die ‚neue Immigration‘ als existentielle Herausforderung dar, bei der die künftige Existenz Kataloniens auf dem Spiel stehe. Angesichts der ‚neuen Einwanderung‘ stelle sich die Frage, so Pujol, ob die Katalanen an ihre Existenz als Nation glauben und sich als solche darstellen oder ob sie nicht wenig mehr als eine „desintegrierte Bevölkerungsgruppe“ seien (vgl. Pujol 2001b).

Im Diskurs des konservativen Katalanismus wird zudem verstärkt, wie schon 2002 im *Guia d'Acollida*, die Pflicht der neuen Einwanderer betont, Katalanisch zu lernen. Dies sei eine absolute Voraussetzung für eine gelungene Integration. Da die Katalanen, so Pujol, nicht einfach ihre Identität wegwerfen könnten und sollten, sollten die Einwanderer ihren Aufenthalt in Katalonien als einen Eintritt in einen Pakt sehen (vgl. *ABC* vom 12.03.2002). Die zu leistende Vertragspflicht der Einwanderer bestehe darin, Kataloniens grundlegende Werte zu respektieren und die katalanische Sprache zu lernen. Diese ‚Bürgerpflichten‘ umfassten zudem noch den

Respekt vor den Normen, Werten, Bräuchen und Gewohnheiten des Aufnahmelandes (vgl. Gil Araujo 2006: 224). Das Beherrschen der katalanischen Sprache wird somit zum ‚Lackmustest‘ für den Integrationswillen der Einwanderer. Àngel Colom, ehemaliger ERC-Politiker und aktueller Migrationsexperte der *CiU*, bringt die Verschärfung des kulturnationalistischen Bias der Einwanderungs- und Integrationspolitik seiner Partei auf den Punkt, wenn er fordert, dass „alle Einwanderer im Laufe von vier oder fünf Jahren die katalanische Sprache lernen müssten“ (vgl. Colom 2011). Die Mehrheit der 1,3 Millionen neuen Mitbürger solle zum Ende des Jahrzehnts ökonomisch, gesellschaftlich, kulturell und national in Katalonien integriert sein. Es sei essentiell für die nationale Zukunft Kataloniens, die Gesamtheit der neuen, zugewanderten Bevölkerung in die ‚katalanische Heimat‘ zu integrieren (ebd.). Die *CiU* kritisiert die Einwanderungspolitik der linkskatalanischen Konkurrenz und pocht nun stärker auf die Integrationspflichten der Einwanderer. Zudem stellt sie die Einwanderung aus nicht-europäischen Ländern verstärkt als Bedrohung der nationalen Identität dar.

In den Wahlkampagnen anlässlich der katalanischen Parlamentswahlen 2006 und 2010 versucht die *CiU*, mit einem tendenziell repressiven Integrationsdiskurs Stimmen zu gewinnen, und das Profil der eigenen Einwanderungspolitik nochmals verschärft. 2006 forderte die *CiU* im Anschluss an die Einwanderungspolitik Frankreichs und Österreichs die Einführung eines Integrationsvertrages, der dazu dienen sollte, die Integrationsbereitschaft der Einwanderer zu überprüfen. Zudem wurde die „Das Boot ist voll“-Rhetorik benutzt und betont, dass die Aufnahmefähigkeit Kataloniens ausgeschöpft sei: In Katalonien könnte nicht die ganze Welt leben, so die verschärfte Rhetorik des konservativen Katalanismus (vgl. Pajares 2008). Wis send um die Notwendigkeit der Einwanderung für die katalanische Bevölkerungsentwicklung und Ökonomie, wird dennoch zugestanden, dass ein bestimmtes Maß an Zuwanderung erforderlich sei. Eine jährliche Zufuhr von 35.000 zusätzlichen Arbeitskräften aus dem Ausland sei zukünftig notwendig, soll der Bedarf der katalanischen Ökonomie an Arbeitskräften reibungslos befriedigt werden (vgl. Generalitat 2001: 24). Die demographische Entwicklung und die ökonomisch bedingte Nachfrage nach neuen Arbeitskräften sollten jedoch, so Mas, nicht ausschließlich durch die ausländische Zuwanderung, sondern auch durch die Förderung der autochthonen Geburtenziffern bewerkstelligt werden (vgl. *El País* vom 14.11.2003). Dies ver helfe auch dazu, die ‚Denaturalisierung‘ Kataloniens zu verhindern.

Die von der *CiU* verschärfte Integrationsrhetorik, in der Integration zunehmend als offensiv geforderte Assimilation der Einwanderer an die katalanische Kultur verstanden wird, wird von Teilen der katalanischen Zivilgesellschaft geteilt. Im Manifest *Cap al tercer congrés catalanista* („Hin zum dritten katalanistischen Kongress“), in dem eine Spektren übergreifende Diskussion der nationalen Zukunftsperspektiven Kataloniens im 21. Jahrhundert gefordert wird, wird ein klares Bild von den Pflichten der Einwanderer entworfen: Diese sollten sich als Mitglieder mit

vollen Rechten in die katalanische Gesellschaft integrieren, als Voraussetzung dafür hätten sie aber die Katalanität in ihrer kulturellen, sprachlichen und gesellschaftlichen Dimensionen zu übernehmen (vgl. Tercer Congrés Catalanista 2008: 4). Der katalanische Ableger des rechtskonservativen *PP*, der *PPC*, der im Laufe der 1990er Jahre gewisse katalanistische Ideologeme in sein Programm übernommen hat, profilierte sich in den 2000er Jahren durch eine dezidiert ablehnende Haltung in der Einwanderungsfrage. Er überholte die *CiU* mit ihrem verschärften Integrationsdiskurs in Katalonien rechts und übernahm schließlich auch deren Forderung nach einem Integrationsvertrag. Der Integrationsvertrag des *PPC* fordert von den Einwanderern eine angemessene Kenntnis des katalanischen öffentlichen Lebens. Wie die Mutterpartei auf nationaler Ebene, so betont der *PPC* in Katalonien die bedrohenden Wirkungen der neuen Einwanderung. In seinen programmatischen Texten ist immer wieder die Rede von der begrenzten Aufnahmefähigkeit von Einwanderern. Im Wahlprogramm 2003 betonte der *PPC*, dass „unsere Aufnahmekapazitäten nicht unendlich sind“ und die Einwanderung den Aufnahmemöglichkeiten anzupassen seien (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 203). Zuletzt fiel der *PPC* mit seinem Anti-Einwanderungsdiskurs dadurch auf, dass er im Wahlkampf zu den katalanischen Parlamentswahlen 2010 ein Online-Videospiel auf seine Internetseite stellte, bei dem die Jagd auf katalanische Independentisten und illegalisierte Einwanderer simuliert wurde. Unter dem Titel „Die Einwanderung – gleiche Rechte, gleiche Pflichten“ veröffentlichte der *PPC* ein migrationspolitisches Positionspapier veröffentlicht, in dem betont wird, dass „nicht die ganze Welt in Katalonien leben könne“ und dass „wer zum Stehlen komme, auf fulminante Weise abgeschoben werde“ (vgl. Carranco 2010). Das Papier enthielt zudem Bemerkungen über die Unverträglichkeit des Islam mit den Traditionen der spanischen Gesellschaft.

Ein weiteres Indiz für die Verschärfung des Einwanderungsdiskurses in Katalonien ist der Erfolg der rechtsextremen *Plataforma per Catalunya* (PxC), deren politisches Thema die radikale Kritik an der Einwanderung nach Katalonien ist (vgl. hierzu Eser 2012). In populistischer Art vertritt die Partei, die europaweite Kontakte zur extremen Rechten hat¹⁰, kritische Einstellungen gegenüber der Einwanderung und offen fremdenfeindliche Forderungen. Mit einem ideologischen Mix aus reaktionärer Bürgerkriegsrhetorik der spanischen radikalen Rechten und dem katalanistischen Diskurs über die Bewahrung der katalanischen Identität konnte die PxC vor allem im sehr katalanistisch orientierten Hinterland Kataloniens Erfolge verbuchen und kam bei Kommunalwahlen in einigen Orten auf über 15 % der Stimmen (vgl. Santamaría 2010).

Die letzten Jahresberichte der katalanischen antirassistischen Organisation *SOS Racisme* haben zudem einen Anstieg von rassistisch motivierter Gewalt in Katalo-

10 Es bestehen u.a. Kontakte zum französischen *Front National*, zum flämischen *Vlaams Belang* und zur österreichischen *FPÖ*.

nien attestiert, was nicht zuletzt auch auf die Verschärfung der staatlichen Einwanderungspolitik und –praxen wie auch auf die Verschärfung des Einwanderungsdiskurses zurückzuführen ist. Katalonien habe sich, so die kritische Diagnose, zu einem „Laboratorium rassistischer Praxen“ entwickelt, wobei in der politischen Diskussion – *SOS Racisme* nennt den *PPC* und die *PxC* – zunehmend die Scham vor offen rassistischen Positionen verloren gegangen sei, was direkte Auswirkungen auf das alltägliche Zusammenleben habe (vgl. *La Vanguardia* vom 28.04.2011). Es kann spektrienübergreifend für die katalanische Gesellschaft ein für rassistische Ideologeme durchlässiges politisches Klima beobachtet werden, was eine sehr problematische Entwicklung darstellt (vgl. ebd.). Ein weiteres Beispiel für die Verschärfung der Einstellungen und politischen Praxis gegenüber der Einwanderung in Katalonien ist die Weigerung der Stadtregierung von Vic, Einwanderern ohne Papiere die Registrierung im Einwohnermeldeamt der Kommune zu ermöglichen. Die von der *CiU*, dem *PSC* und der *ERC* getragene Entscheidung hat für Wirbel und politische Kontroversen gesorgt, da diese Entscheidung der Verweigerung der grundlegenden Dienstleistungen, so z.B. der Gesundheitsversorgung, für die Einwanderer ohne Papiere gleichkommt (vgl. Santamaría 2010). Der Vorsitzende der *UDC*, Duran, bestätigte den *CiU*-Bürgermeister in seinem Vorschlag, da es ja sei Zeit gewesen, dass endlich jemand sich traue, neue Vorschläge im Umgang mit der illegalen Einwanderung zu unterbreiten (vgl. *El País* vom 15.01.2010).

Der Think-Tank der katalanischen Kapitalvertreter, der *Cercle d'Economia*, hingegen betont, der zunehmenden Skepsis gegenüber der neuen Einwanderung in der konservativen Mitte und politischen Rechten Kataloniens zum Trotz, die positiven Auswirkungen der Einwanderung. Er geht von der Bedeutung des wechselseitigen Respekts für die Identitäten und Gewohnheiten der ‚kulturellen Gruppen‘ aus, was auch und vor allem die katalanische Rechte mit einschließe. Das Ziel der Integrationspolitik müsste sein, in der Bevölkerung ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu verbreiten, das den grundlegenden Werten des Zusammenlebens entspricht (vgl. *Cercle d'Economia* 2008: 11). Die Darstellung der Einwanderung erschöpft sich nicht nur im Verweis auf die Notwendigkeit der ‚sozialen Kohäsion‘ und die Wahrung der Identität, sondern betont zugleich auch die positiven ökonomischen Auswirkungen der Einwanderung. Diese unterstütze das wirtschaftliche Wachstum, und nicht zuletzt sei auch zu berücksichtigen, dass die von den Einwanderern geleisteten Sozialversicherungsbeiträge die Finanzierung der Sozial- und Krankenkassen verbessere, da ihre Beiträge meist über den in Anspruch genommenen Dienstleistungen lägen. Das liberale und wirtschaftsnahe katalanische Bürgertum betont somit die Vorzüge und positiven Effekte der Einwanderung, vor allem aus den Gründen der wirtschaftlichen Opportunität.

Im Milieu des linken Independentismus, der auf lokaler Ebene als linke Bewegungsorganisation auftritt und lediglich auf kommunaler Ebene zu Wahlen antritt, hat die *Candidatura d'Unitat Popular* (CUP; „Kandidatur der Volkseinheit“) Vor-

schläge betreffend der Einwanderungsthematik unterbreitet. Die *CUP* versucht eine Alternative zum herrschenden politischen und gesellschaftlichen Diskurs zu entwerfen, der die Einwanderung lediglich als ein kulturelles Integrationsmodell behandelte und eine Politik der kulturellen Diversität betreibe (vgl. *CUP* 2011a). Auch sie geht davon aus, dass sich durch die Einwanderung sozioökonomische wie auch kulturelle Spannungen verschärfen werden. Letztere seien jedoch nicht die Ursache für Fremdenfeindlichkeit und soziale Konflikte. Es seien vielmehr die sozioökonomischen Ungleichheiten, die zu einem Mangel an sozialer Kohäsion in den populären Volksklassen („classes populares“) führen und die sich dann ideologisch in der Form des Rassismus ausdrücken könnten (vgl. ebd.). Die Einwanderung finde nicht in einer homogenen Gesellschaft statt, sondern in einer, in der die Volksklassen ohnehin in starkem Ausmaß fragmentiert seien. Deshalb sei die Aufmerksamkeit der lokalen Regierungspraxis auf die primären sozioökonomischen Spannungen, denen sowohl die Eingewanderten als auch die Volksklassen unterworfen sind, zu legen. Es wird die Ausweitung der kommunalen Kompetenzen in der Regulation sozioökonomischer Ungleichheiten gefordert, so dass eine „transversale Politik der Behandlung der Ungleichheiten“ (ebd.) die migrationspolitischen Themenfelder der Aufnahme der Einwanderer und des Umgangs mit der kulturellen Diversität effektiv bearbeiten könne. Die von der *CUP* geforderte Alternative in der Einwanderungsthematik sieht auch eine politische, antirassistische Aufklärungsarbeit vor. Der Zuspruch, den populistische rechte Parteien vor allem aus den Volksklassen erfahren, sei die Schuld der Organisationen der Linken, da diese keine effiziente Klassenpolitik mehr verfolgen. Gegen die simplifizierende Darstellung seitens der populistischen Rechtsparteien und deren Einwanderungsdiskurs sei hervorzuheben, wer von der Einwanderung profitiere und wer die Ängste und Vorurteile schüre. Oftmals seien die Profiteure der Ausbeutung der billigen migrantischen Arbeitskräfte die gleichen, die gegen die Einwanderer hetzten (vgl. ebd.: 116). Gegen die repressiven Tendenzen im Einwanderungsdiskurs gerichtet, werden zudem die vollständige Umsetzung der politischen Rechte, die politische Partizipation und der Zugang zur lokalen Bürgerschaft und zur sozialen Grundversorgung eingefordert (vgl. ebd.: 113). Im Gegensatz zum sonstigen katalanischen Einwanderungsdiskurs stellt die *CUP* die ‚kulturelle‘ und die sprachliche Dimension der Integration nicht in den Vordergrund.

Die katalanische Sprache hat sich seit den 1980er Jahren zum zentralen Faktor der katalanischen Einwanderungspolitik entwickelt – und das sowohl in Zeiten der pujolistischen Hegemonie als auch nach deren Ablösung durch die linkskatalanistische Koalitionsregierung vom *PSC*, der *ICV* und der *ERC*. Die politische Auseinandersetzung über den Status der katalanischen Sprache hat eine bedeutende Dimension im Kompetenzstreit mit dem spanischen Staat eingenommen und eine wichtige Funktion in der Neudefinition der katalanischen Identität erfüllt:

„[T]his language oriented approach in integration policy has not changed much in the last two decades and must be seen in the context of linguistic ‚normalization‘ policy and thus the defence of Catalan identity versus Spanish identity.“ (Kleiner-Liebau 2009: 206 f.)

Katalonien wurde in diesem Zeitraum zudem offiziell als Territorium definiert, in dem Katalanisch die ‚eigene Sprache‘ ist. Im Rahmen der Politik der Sprachnormalisierung und anderen explizit migrationspolitischen Maßnahmen hat sich eine spezifische katalanische Integrationspolitik herausgebildet, deren Grundpfeiler später auch von den ehemaligen Oppositionsparteien übernommen und weitergeführt wurde. Die Auffassung, dass die neue Einwanderung eine potenzielle Bedrohung der nationalen Identität Kataloniens darstellt, wird vom Großteil der politischen Akteure des Katalanismus geteilt, auch von den Parteien des linkskatalanistischen *tripartit*. Eine kleine Ausnahme dazu stellt die *ICV* dar, für die der Bezug auf die katalanische Sprache nicht im Vordergrund der Integrationspolitik steht.

Obwohl der *tripartit* auch die Ausweitung der demokratischen und sozialen Rechte und Pflichten für alle Bürger ohne jegliche Diskriminierung vorgesehen hat, hat sie die vom konservativen Katalanismus herkommende Priorisierung der ‚kulturellen Dimension‘ in der Integrationspolitik übernommen. So ist in der katalanischen Einwanderungspolitik eine weitgehende Einigkeit dahingehend festzustellen, dass seit den 1990er Jahren die kulturellen und identitären Aspekte vorherrschen. Die Einwanderung wird von einem Großteil der politischen Akteure Kataloniens nicht mehr als soziales Phänomen begriffen, das im Rahmen einer gesellschaftlichen Struktur, die durch Hierarchien und Ungleichheit charakterisiert ist, seine Bestimmung findet.

„Seit den 90er Jahren wird die Integration der Arbeiter in Katalonien nur noch als kulturelle Frage gedacht, wobei die Sorge um die Kontinuität der sozialen Kohäsion und der nationalen Gemeinschaft im Vordergrund steht.“ (vgl. Gil Araujo 2006: 268)

Der *tripartit* schreibt den ‚katalanischen Weg der Integration‘ fort und seine Maßnahmen tragen, trotz der innovativen Konzeption der umfassenden Bürgerschaftsrechte, assimilationistische Züge. Die Propagierung einer vermeintlich in zwei Richtungen verlaufenden Integrationsweise der wechselseitigen Beeinflussung, die ‚Brücken zwischen den Kulturen‘ bauen will – wie sie in den frühen Kampagnen der *CiU* artikuliert und später auch vom linkskatalanischen *tripartit* aufgenommen wurde – stellt sich bei genauerer Betrachtung als eine ‚einseitige Brücke‘ heraus, die den Weg der Integration in die von der *CiU* vorgegebenen hegemonialen Kultur vorschreibt. Kathryn Crameri fasst ihre Studie über die katalanische Kulturpolitik der *CiU* zwischen 1980 und 2003 wie folgt zusammen: „The bridge being constructed by CiU was indeed ‚one way‘, and largely dependent on ‚the word‘, i.e. the Catalan language.“ (Crameri 2008: 186) Wie in den Initiativen der *CiU* und des *PPC*

deutlich geworden ist, beharrt die katalanische Rechte auf einer kulturalistischen Integrationspolitik, in der die Assimilation an die katalanische Kultur im Zentrum steht. Die *CiU* grenzt sich dabei jedoch von allzu reaktionären Spielarten ab und wies z.B. die Initiative des *PPC*, im katalanischen Parlament eine sehr restriktive Fassung eines Integrationsvertrags zu verabschieden, zurück (vgl. *El Público* vom 05.05.2011).

4.1.4 **Das *nation building* der Nationalbewegungen im Angesicht der Einwanderung**

Der Einwanderungsdiskurs ist von großer Bedeutung für die Neuerfindung und Aktualisierung der nationalen Identitäten in den beiden Nationalbewegungen. In beiden Regionen wurden Neudefinitionen des nationalen Selbstverständnisses artikuliert, deren Eckpfeiler die Selbstbeschreibung als Einwanderungsland und die Behauptung der historischen Kontinuität der Migrationsbewegungen in der nationalen Geschichte sind. Diese neuen nationalen Selbstbilder wurden von den jeweiligen Regionalregierungen, die unter der politischen Kontrolle der moderaten Flügel der Nationalbewegungen standen, unterstützt und verbreitet. Beide Regionen seien besonders zur Integration von Einwanderern befähigt, da sie über historische Erfahrungen mit Ein- und Auswanderungsbewegungen verfügten, so die lange Jahre vertretene Sichtweise der moderat-nationalistischen Regionalregierungen.

Die Integrationspolitik wurde in beiden Regionen von den jeweiligen moderat-nationalistisch geführten Nationalbewegungen, im Baskenland unter der politischen Dominanz des *PNV* und in Katalonien unter der Hegemonie des Pujolismus und der *CiU*, als eigenständiges Politikfeld der Regionalregierungen etabliert, auch wenn die *AG* über keine genuinen Kompetenzen in Sachen der Regulation von Einwanderung und des Nationalitätenrechts verfügen. Beide Regionalregierungen haben dennoch offensiv daran gearbeitet, entsprechende Initiativen auf dem von ihnen neu erschlossenen Handlungsfeld zu entfalten. Dabei ging es nicht nur um die Zuständigkeit in einem aus national-identitärer Perspektive bedeutsamen Politikfeld, sondern auch um die Inszenierung eines weiteren Konfliktfeldes im Kompetenzstreit mit dem spanischen Staat und in der Auseinandersetzung um möglichst weitreichende Autonomierechte. Am katalanischen Beispiel lässt sich beobachten, wie die verstärkte Aktivität in der Regulation und Aufnahme der Einwanderer, so z.B. durch die Etablierung einer inklusiven Bürgerschaftskonzeption, dazu diente, weitere finanzielle Zuwendungen vom Zentralstaat einzufordern (vgl. Gil Araujo 2006: 217). Obwohl die Kontrolle der Einwanderung und die Regulation der Nationalitätsfragen immer noch in formalrechtlicher Hinsicht exklusiv in den Händen der Zentralregierung liegen, haben sowohl die katalanische als auch die baskische Regionalregie-

rung mit den jüngsten Einwanderungsplänen eigenständige Integrationspolitiken und politische Praxen etabliert.

Durch die Initiativen der Regionalregierungen hat sich die Einwanderung zudem zu einem prominenten regionalen Politikfeld entwickelt. Die dem Nationalismus inhärente Sorge um den Bestand und die Stabilität der nationalen Identität und Kultur konnte durch das stets inszenierbare Thema der Einwanderungspolitik im gesellschaftlichen Bewusstsein reflektiert und reproduziert werden. Crameri (2008: 187) hat den Foucaultschen Begriff von der Macht als „produktivem Netzwerk“ angewandt, um die weit reichenden Einflüsse des katalanischen Integrationsdiskurses deutlich zu verdeutlichen. Dieser wirke nicht nur durch die Staatsapparate, sondern erfasse sämtliche Netzwerke gesellschaftlicher und politischer Gruppierungen und die Individuen selbst:

„The Catalan discourse of inclusion is sustained through government and educational institutions, non-governmental organizations that have a role in ensuring the welfare of immigrants, and the Catalonia-based media, among others, but it is also sustained through individual acceptance of the idea of Catalan openness to outside influences, whether this individual is a native of Catalonia or a recent arrival.“ (Crameri 2008: 186)

Diese Behauptung der großräumigen und feinmaschigen Erfassung und Aktivierung gesellschaftlicher Bereiche durch den regional-nationalistischen Einwanderungsdiskurs trifft ebenso auf den baskischen Fall zu. Auch hier lässt sich beobachten, wie die Einwanderungsthematik als ein bedeutendes national-identitäres Problem behandelt wird, das wiederum die Aktualität der nationalen Ideologie und die Notwendigkeit ihrer Aktualisierung und Reproduktion aufzeigt.

Im katalanischen Fall, wo die sprachpolitische Auseinandersetzung und die Propagierung der katalanischen Sprache durch die Nationalbewegung seit den 1980er Jahren ein zentrales Thema ist, war und ist der Einwanderungsdiskurs stark an kulturellen und sprachlichen Fragestellungen orientiert. Es hat sich in der katalanischen Integrationsphilosophie die Ansicht durchgesetzt, dass Einwanderungspolitik zunächst Sprachpolitik sei. Unter den Topoi der ‚Integration‘ und der ‚sozialen Kohäsion‘ wurde die Integration der Einwanderer als Eintreten in die katalanische Kultur und Sprache propagiert. Dies gilt sowohl für die Variante des moderaten Katalanismus der *CiU* als auch für die spätere Regierungspraxis des linkskatalanistischen *tripartit*. Dieser hat zwar auch andere Aspekte in die Einwanderungspolitik eingebracht, wie z.B. das Konzept einer inklusiven Bürgerschaftskonzeption, aber zugleich die Orientierung an der katalanischen Sprache als Anker der katalanischen Identität und als zentralem Medium der Integration übernommen.

Hinter der kultur- und migrationspolitischen Konzeption des moderaten, konservativen Katalanismus der *CiU*, die die Pfadabhängigkeit der *via catalana d'integració* geprägt hat, verbergen sich der liberalen Rhetorik und allem offenen An-

schein zum Trotz essentialistische Annahmen von der katalanischen Identität und Kultur, die als unverrückbar gelten. Dies lässt sich nicht zuletzt an den propagierten Integrationsvorstellungen zeigen, in denen die Übernahme der katalanischen Sprache und Kultur als der einzige effektive Weg der Integration in die katalanische Gesellschaft – immerhin eine mehrsprachige Gesellschaft – propagiert wird. Hinter dem programmatischen Begriff der ‚kulturellen Diversität‘, der in der Ideologie der *CiU* zentral ist, und der Rhetorik der vermeintlich inklusiven Gemeinschaftskonzeption verbergen sich essentialistische Vorstellungen von der Einheit von Territorium, Bevölkerung und Kultur.

Die kulturelle und sprachliche Dimension spielt im baskischen Einwanderungsdiskurs eine nicht ganz so zentrale Rolle wie im katalanischen. Schon früh hat die Mitte-Links-Koalition unter der Führung des moderaten Nationalismus des *PNV* in der auflebenden Einwanderungsdebatte zu Beginn der 2000er Jahre eine inklusive Bürgerschaftskonzeption vorgeschlagen, die ein umfassendes Verständnis von der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Dimension der Integration umfasst. Während im katalanischen Fall die ‚kulturell-identitäre Dimension‘ dominiert, steht im baskischen Fall die Thematisierung der ‚gesellschaftlichen Dimension‘ im Vordergrund (vgl. auch: Diniz Leal Nunes 2009). Der offensiv formulierte Aufruf an die Einwanderer, die baskische Kultur und Sprache zu übernehmen, wird lediglich vom radikalen Flügel des Nationalismus, verkörpert durch den kulturnationalistischen Flügel der abertzalen Linken oder auch des *PNV*, artikuliert. Zwar vertreten alle Parteien der baskischen Nationalbewegung die politische Zielvorstellung vom unabhängigen und *euskaldunen* Baskenland und verstehen auch das *Euskera* als die dem Baskenland eigene Sprache, doch werden aus diesen Vorstellungen keine der katalanischen Integrationspolitik vergleichbaren offensiven Forderungen des Erwerbs der autochthonen Sprache abgeleitet.

Es wäre falsch, angesichts dieser Unterschiede in den spezifischen Integrationsvorstellungen übergreifende und generalisierende Charakterisierungen der beiden Nationalismen abzuleiten. Allerdings kann im Lichte dieser jüngsten Befunde die schon zum Stereotyp gewordene These, dass der katalanische Nationalismus integrativer und offener sei als der ethnizistisch geprägte baskische Nationalismus (vgl. Conversi 1997), mit guten Gründen angezweifelt werden. Wenn es denn je so gewesen sei, dass der baskische Nationalismus die baskische Identität eher ‚rassistisch‘ und ‚ethnizistisch‘ konstruiert hat, während im Katalanismus integrative und ‚zivilbürgerliche‘ Konzeptionen vorherrschten, dann ist diese Behauptung angesichts jüngerer Entwicklungen nicht aufrechtzuerhalten. Nicht zuletzt wegen der Verschärfung des Einwanderungsdiskurses in Katalonien, des jüngsten Erfolgs rechtspopulistischer Parteien wie des *PxC* und der zunehmenden Skepsis in der katalanischen Bevölkerung gegenüber der Einwanderung ist davon auszugehen, dass in Katalonien keineswegs Vorstellungen von der zivilgesellschaftlichen Integration der Einwanderer fernab von rassistischer Diskriminierung vorherrschen. Dies kann

nicht zuletzt auch auf den großen politischen und ideologischen Einfluss der katalanischen Nationalbewegung zurückgeführt werden. Der Katalanismus hat zwar in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, nicht zuletzt dank der Reformulierung durch das politische Denken Pujols, eine Modernisierung durchlaufen und zumindest auf rhetorischer Ebene offene Einstellungen gegenüber der Einwanderung propagiert. Diese Öffnung, die sich in der Definition ausdrückt, dass jeder, der in Katalonien lebt und arbeitet, auch Katalane ist, hat jedoch zugleich auch essentialistische Annahme von der katalanischen Kultur transportiert, die den Kern einer auf Assimilation abzielenden Integrationspolitik konstituieren. Diese macht die Anpassung der Einwanderer an die autochthone Kulturgemeinschaft zur Voraussetzung der erfolgreichen Integration. Die Verschärfung des katalanischen Einwanderungsdiskurses in den 2000er Jahren macht deutlich, dass restriktive Einstellungen gegenüber der Einwanderung vor allem aus dem klassisch-katalanistischen politischen und ideologischen Milieu artikuliert wurden und dort Anklang fanden, wie die Äußerungen Barreras und Ferrusolas zeigen. Für die enge Verbindung der konservativ-katalanistischen Ideologie und der Skepsis gegenüber der Einwanderung spricht zudem, dass die Hochburg der rechtspopulistischen *PxC* in Vic liegt, in der Stadt des katalanischen Hinterlandes, die im 19. Jahrhundert das Zentrum des konservativen Katalanismus war und die als Repräsentantin des ‚autochthonen Katalonien‘ galt und immer noch gilt. Der Grat zwischen der Sorge des konservativen Katalanismus über den Fortbestand der katalanischen Kultur und Identität und offenen fremdenfeindlichen Einstellungen ist in der politischen Kultur Kataloniens schmal. Zugleich falsch wäre es jedoch auch, daraus eine übergreifende ethnizistische Tendenz in der katalanischen Nationalbewegung abzuleiten, die der vermeintlich übergreifenden zivilbürgerlichen Ideologie des modernen baskischen Nationalismus, die sich an der inklusiven Bürgerschaftskonzeption der moderat-nationalistischen Regionalregierung belegen ließe, gegenüber gestellt wird.

Ein Vergleich, der den beiden Nationalbewegungen bestimmte Integrationskonzeptionen und ideologische Dispositionen zuschreibt, ist schon deshalb nicht möglich, weil sich in beiden Varianten des Nationalismus Begründungsmuster identifizieren lassen, die einerseits einer zivilbürgerlichen andererseits aber auch einer ethnizistischen Rhetorik folgen. Die Anwendung der Unterscheidung von ethnischem und zivilem Nationalismus erscheint überhaupt irreführend, da diese selbst eher als politisch aufgeladene Kategorie, denn als eine analytische Kategorie verwendet wird. Den geläufigen politischen Assoziationen zufolge ist der ethnische Nationalismus primordial, organisch und kulturalistisch und konstituiert ein reaktionäres Nationenmodell, während der zivilbürgerliche Nationalismus partizipativ, politisch und voluntaristisch ist und somit ein progressives und partizipatives Modell begründet (vgl. Díez-Medrano 2005). Jenseits der normativ aufgeladenen Unterscheidung in gute und böse Nationalismen ist davon auszugehen, dass beide Momente, in unterschiedlichem Ausmaß zwar, konstitutiv sind für die nationale Ideologie und

die politische Praxis des Nationalismus. Das Sortieren der Nationalbewegungen nach diesen Kategorien wird der Komplexität der Nationalbewegungen und selbst der inneren Heterogenität der unterschiedlichen, klar voneinander getrennten ideologischen Strömungen innerhalb der Nationalbewegungen nicht gerecht. Die Anwendung des Rasters ‚ethnisch‘ vs. ‚zivilbürgerlich‘ als Unterscheidungsprinzip würde nicht nur im Vergleich zwischen dem baskischen und dem katalanischen Fall, sondern selbst in der Anwendung auf einzelne Parteien und Organisationen der Nationalbewegungen, wie z.B. der *ERC* und der *CiU* oder des *PNV* und der *IA*¹¹, eine unzulässige Vereinfachung darstellen.

In beiden Regionen lässt sich jedoch in vergleichender Perspektive belegen, dass vor allem die moderaten, bürgerlichen Spektren der Nationalbewegung, unabhängig von den Vorbehalten der kulturelernationalistischen Flügel der *CiU* und des *PNV*, die positiven Effekte der Einwanderung betonen. Diese starke Tendenz ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Erkenntnis zu interpretieren, dass ein gewisses Maß an Einwanderung aus demographischen Gründen für beide Regionen notwendig ist. Die regionalen Unternehmerverbände weisen ebenso auf die positiven Effekte der Einwanderung hin, ohne die die lokale Nachfrage nach Arbeitskräften nicht angemessen befriedigt werden könne. Beide Varianten der Befürwortung der Einwanderung sind instrumentell und reduzieren die Einwanderung auf ihre positiven Auswirkungen auf die regionale Demographie und Wirtschaftsstrukturen. Derartige Befürwortungen sind jedoch abhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik und begrüßen nicht an sich den sozialen Tatbestand der Einwanderung. Sie folgen einer politischen und ökonomischen Opportunitätslogik. Diese kann stets kippen, wenn sich die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen verändern und die vermeintlichen sozialen und politischen Kosten die ökonomischen Vorteile übersteigen. In diesem Fall droht die vormals offene Einstellung gegenüber der Einwanderung in eine kulturelernationalistische Skepsis umzuschlagen.

In beiden Regionen haben die linken Flügel der Nationalbewegungen keine effektiven Gegenkonzepte zu den vorherrschenden, von den bürgerlichen Strömungen

11 Analysen wie z.B. die von Barberà/Barrio (2006: 113 f.), die zum Ergebnis kommen, dass der Nationalismus der *CiU* kein ethnischer, sondern ein ziviler, bürgerlicher sei, weil die *CiU* den Willen zur nationalen Zugehörigkeit und zur Teilhabe an dem gemeinsamen kollektiven Projekt ins Zentrum stellt, können stark hinsichtlich ihres Erkenntniswerts angezweifelt werden. Etwas anderes sind Vergleiche über unterschiedliche Einstellungen, die als Ergebnis von Umfragen einen Einblick über die Besonderheiten des regionalen kollektiven Bewusstseins und Unbewussten ermöglicht, wie z.B. die Studie von Méndez Lago aus dem Jahr 2007, die ergeben hat, dass die Katalanen im Vergleich zu anderen spanischen Regionen angesichts der internationalen Einwanderung stärker skeptisch eingestellt sind; vgl. Méndez Lago 2007.

bestimmen, Integrationskonzepten artikuliert. Die im Katalonien der 1980er Jahre vertretenen alternativen Integrationsvorstellungen des *PSC* und des *PSUC*, die die umfassende gesellschaftliche Integration der Einwanderung unabhängig von kulturellen Fragestellungen zum Ziel hatten, sind unter der Hegemonie des Pujolismus ins Abseits gedrängt und nahezu unbedeutend geworden. Die linksindependentistischen Spektren in beiden Regionen, die *CUP* in Katalonien sowie die *IA* im Baskenland, betonen mit Rekurs auf klassentheoretische Theoreme die soziale Dimension der Integration und kritisieren die kulturelle Spaltung der Arbeiterklasse in Autochthone und Zugewanderte, die letztlich im Interesse der herrschenden Klassen sei. Dem stellen sie einen inklusiven Klassenbegriff entgegen, der die gesamte regionale Arbeiterklasse jenseits der ethnischen Differenzen und Spaltungen integriert. Diese Positionierung geht einher mit der dezidierten Kritik des Rassismus und fremdenfeindlicher Tendenzen in der eigenen Bevölkerung. Diese klassenpolitisch gedachte Neukonstituierung der Nation wird mit einem Begriff der nationalen, populären Kultur verbunden, deren Bestand auch im Kontext der Einwanderung unbedingt gewährleistet werden soll. Die Bewahrung der nationalen Kultur und Identität steht auch bei den radikalen Spielarten der nationalen Ideologie im Vordergrund. Da in diesen politischen Milieus zuweilen eine enge politisch-voluntaristische Definition der Nationalität – diejenige Person ist ein würdiges Mitglied der Nation, die sich für deren nationale Unabhängigkeit und Selbstbehauptung einsetzt – vorherrscht, stehen denkbare inklusive Bürgerschaftskonzeptionen von vornherein unter einem starken ideologischen Vorbehalt.

In beiden Regionen wurden jedoch auch Vorschläge entwickelt, die die Heterogenität der eigenen kulturellen Identität und nationalen Bevölkerung betonen, so z.B. im Baskenland von *Aralar* und in Katalonien im Umfeld von Strömungen des *PSC* und der *ICV*. Mit der Anerkennung der Hybridität und kulturellen Diversität der eigenen Bevölkerung geht in diesem Fall die Offenheit in integrations- und sprachpolitischen Fragestellungen einher, die sich z.B. in der Verwendung des programmatischen Begriffs der ‚Interkulturalität‘ durch die *ICV* zeigt. In beiden Varianten wird die Muttersprache eines bedeutenden Teils der baskischen und katalanischen Bevölkerung, das kastilische Spanisch, ebenso als die eigene Sprache der Region anerkannt. Damit geht die Akzeptanz der gesellschaftlichen Zweisprachigkeit sowohl des Baskenlandes als auch Kataloniens einher – eine Idee, die für viele ideologische Spektren der Nationalbewegungen den Verrat an der Nation darstellt¹².

12 Die Brisanz der Sprachpolitik zeigte sich 2007 auf der Frankfurter Buchmesse, auf der Katalonien das Gastland war. Die veranstaltende katalanische Kulturorganisation legte Wert darauf, dass in Frankfurt nur diejenigen katalanischen Autoren präsentiert wurden, die ihre Werke auf Katalanisch verfassen. International renommierte, auf Spanisch publizierende katalanische Autoren, wie z.B. Juan Goytisolo oder Carlos Ruíz Zafón, blieben damit außen vor; vgl. Ingendaay 2007.

Tabelle Nr. 6: Diskurspositionen im Hinblick auf Immigration und Integration

	Katalonien		Baskenland	
<i>Bürgerlich-moderater Nationalismus</i>	CiU	- Integration in die katalanische Kultur - soziale Kohäsion durch kulturelle Integration - Sprachpolitik zentrales Integrationsmittel	PNV	- multikulturalistisches Credo der wechselseitigen Beeinflussung - bewusste Lenkung und europäische Koordination d. Migration
<i>Linksnationalismus und linke Koalitionspartner</i>	ERC	- Integration in die katalanische Kultur erleichtern - Anerkennung der kulturellen Differenzen bei Dominanz der katalanischen Kultur	EA	- inklusive Integrationspolitik - Kritik d. EU-Einwanderungspolitik
	ICV	- plurale katalanische Identität - Wiedergewinnung der katalanischen Identität als offenes interkulturelles Projekt - soziale Dimension von Integration	HB/IA	- baskische Kultur als zentrales Fundament der bask. Nation
	PSC	- Neukonzipierung der katalanischen Identität als offenes Projekt - Übernahme der konservativen Integrations-/Sprachpolitik	und LAB	- Primat der nationalen Kultur - Forderung nach Kompetenzen in der Einwanderungspolitik - Integration der Einwanderer in Kampf gegen Prekarisierung und Ausbeutung
			Aralar	- Kritik der spanischen Einwanderungspolitik - integrative Einw.politik - Respekt vor baskischer Sprachgemeinschaft

Quelle: Eigene Darstellung

Auch auf der Ebene der politischen und intellektuellen Auseinandersetzungen werden die Fragen der notwendigen Neukonzipierung der nationalen Identitäten im Lichte der jüngsten Veränderungen diskutiert. So wird behauptet, dass es ein wichtiger und notwendiger Schritt wäre, den Einwanderern konkrete Rechtsansprüche sozioökonomischer Art und nicht bloß, wie es die gängige Praxis der Aufnahmeländer ist, lediglich abstrakte Rechte, wie z.B. die Bewegungsfreiheit, Bildung, Gesundheit, Religions- und Assoziationsfreiheit, zuzugestehen (vgl. Aierdi 2008: 444). Es müssten „komplexe Bürgerschaftskonzeptionen“ entwickelt werden, die diesen Ansprüchen, aber zugleich auch den kulturellen Differenzen, Rechnung tragen, ohne dabei zu vergessen, dass in letzter Instanz der baskischen Kultur Priorität einzuräumen sei (ebd.). Der baskische Philosoph Daniel Innerarity fordert zudem politische Rechte für die Einwanderer: Die von den Nationalbewegungen zu Recht auf-

geworfene Frage „Wer sind wir?“ könne nur erfolgreich diskutiert werden, wenn alle Bevölkerungsteile das Recht hätten, am politischen Leben teilzunehmen und sich in die Diskussion über die Zukunft der neu zu gestaltenden politischen Gemeinschaft einzubringen (vgl. Innerarity 2006). Dabei müsste die Vorstellung von homogenen Identitäten und Kulturen überwunden werden. Ein essentialistischer Begriff von Kultur, der diese als harmonische Totalität, die ohne Dissonanzen und im Rahmen einer klar umrissenen Territoriums und vermittelt durch veränderbare Traditionen vermittelt wäre, sei in der heutigen Welt zu einer Chimäre geworden (vgl. Innerarity 2003: 69). Hinter die Annahme einer kulturellen Pluralität dürfe weder zurückgefallen werden noch dürfe diese als bedrohliche Entwicklung für die bestehenden Identitäten und Kulturen angesehen werden. Vielmehr müsse kulturelle Pluralität als Bedingung für neue Entwicklungsmöglichkeiten gesehen werden und mit diesem Wissen könne auch die neue Wirksamkeit der bestehenden Identitäten begriffen werden. Exklusive Identitätsverständnisse und Angriffe auf die kulturelle Pluralität sollten bekämpft werden, weshalb es bedeutsam sei, künftige Identitätsmuster ausgehend auf der Basis des interkulturellen Austausches zu konstituieren und ein Verständnis für die Diversifizierung kultureller und nationaler Identitäten zu erlangen (vgl. ebd.).

Integration könnte im Anschluss an die Bestimmungen von Aierdi und Innerarity als ein wechselseitiger Prozess verstanden werden, der stetige Verhandlungen und Anpassungen erfordert und nicht auf kulturelle Fragestellungen reduziert werden sollte. Mit dem Begriff ‚Interkulturalität‘ wird zugleich eine Integrationsperspektive eröffnet, die eine Identitätsstruktur im Wandel beschreibt, als etwas, das im Entstehen begriffen ist. Trotz dieser partiellen theoretischen Fortschritte in der Erarbeitung eines Begriffs und Selbstverständnisses als multikulturell geprägte Gesellschaft, in der nicht nur die traditionelle, autochthone Kultur anerkannt wird, ist festzuhalten, dass in beiden Regionen noch keine Konzepte eines solchen möglichen ‚dritten Raums‘ entworfen wurden, der jenseits der fixierten Identitäten entsteht und in dem ein Prozess der ‚kulturellen Hybridisierung‘ ermöglicht wird. Die Vorstellungen, dass sich die kulturellen Differenzen ohne eine angenommene oder auferlegte Hierarchie und jenseits starrer Identitätsmuster bewegen könnten, spielen gegenwärtig allerdings keine dominante Rolle in den peripher-nationalistischen Integrationskonzepten (vgl. Ibarrola-Armendariz 2010: 109).

Doch dies ist nicht nur im Hinblick auf die beiden Untersuchungsregionen, sondern überhaupt auf den spanischen Nationalstaat festzustellen. Es gehört zu einem rhetorischen Manöver des spanischen Nationalismus, sich selbst als inklusiv darzustellen, vor allem angesichts der Herausforderungen durch die peripheren Binnennationalismen. Diese seien grundlegend exklusiv ausgerichtet und zielten auf die Anerkennung exklusiver Sonderrechte oder gar die ethnische Separation ab, während die spanische Nationenkonzeption für die nationale Integration der regionalen Unterschiede stehe, so das inklusivistische Selbstbild des *Españolismus*. Wenn es

jedoch um die Einwanderung nach Spanien geht, wird schnell deutlich, dass auch der spanische Nationalismus nicht so inklusiv ist, wie er sich gerne im binnennationalen Konflikt darstellt. Hier zeigt sich deutlich sein exklusiver Charakter, auch wenn er sich in der Einwanderungsfrage hinter nationalstaatlichen Rechtfertigungsmustern und der Behauptung des Territoriums und der Grenzen verschanzen kann (vgl. Pérez Agote 2008: 45 f.). Im Vergleich zu den Einwanderungs- und Integrationspolitiken der anderen spanischen AG sind die katalanischen und baskischen relativ fortgeschritten.

Der den Nationalbewegungen notwendiger Weise inhärente Wunsch nach der Bewahrung der eigenen nationalen Merkmale und Kultur kann unterschiedliche Formen annehmen, was nicht zuletzt am Beispiel des Umgangs mit der autochthonen Sprache und der ihr zugewiesenen Funktion in der mehrsprachigen Gesellschaft nachzuvollziehen ist. Der politische Wunsch, in den Regionen die ‚eigene‘ nationale Kultur gegenüber der spanischen zu behaupten, kann im Umgang mit der Einwanderung und der mit dieser verbundenen Konsequenzen verschiedene Formen annehmen, wobei die traditionellen biologisch-rassistischen Motive der Ablehnung der Einwanderer und Vorstellungen von deren Segregation in beiden Nationalbewegungen überwunden wurden. Überdauert haben sich jedoch Vorstellungen von der Invarianz der nationalen Kultur, deren Fortbestand und Kontinuität auch durch den Tatbestand der multiethnischen Zusammensetzung der nationalen Bevölkerung nicht in Frage gestellt werden soll. Mit Geertz lassen sich solche Anschauungen als primordialistisch klassifizieren. Primordialistische Identitäts- und Gemeinschaftskonzeptionen basieren darauf, dass „congruities of blood, speech, customs, and so on, are seen to have an ineffable, and at times overpowering, coerciveness in and of themselves“ (Geertz 1963: 109). Diesem Verständnis zufolge entsprechen den primordialen Bindungen eindeutige, quasi-natürliche Identitätszuweisungen. Diese Annahmen reflektieren sich z.B. in dem exklusiven Verständnis der nationalen Sprachen als ‚eigene‘ Sprache. Katalanisch hat dann die nationale Sprache Kataloniens zu sein, auch wenn ein großer Prozentsatz der Bevölkerung diese Sprache nicht zur Muttersprache haben sollte. Solcherart fixierte Bilder von der autochthonen Kultur implizieren die Assimilation der Einwanderungsbevölkerung an die unveränderbar verstandene nationale (Sprach-)Kultur. Integrationsstrategien, die sich multikulturalistischen oder interkulturalistischen Positionen gegenüber öffnen, nehmen den sozialen Tatbestand der Multikulturalität zur Kenntnis, können aber zugleich verschiedene kultur- und identitätspolitische Vorschläge bedingen. Diese können ebenso assimilatorische Forderungen umfassen, wenn z.B. die autochthone Sprache prioritär gesetzt wird und als Sprache der Integration und des gesellschaftlichen Verkehrs fungieren soll.

Die Einwanderungsdebatte in den ‚Nationen ohne Staat‘ stellt weiterhin ein sensibles Thema dar, das das Kernproblem des nationalen Konflikts, nämlich den faktischen und politischen Stellenwert der nationalen Identität und die Anerkennung

der ethnischen Differenzen berührt. Die Variante der katalanischen *via catalana d'integració* stellt mit seiner Fokussierung auf die kulturelle Dimension der Einwanderung eine zeitgemäße Thematisierung dar. Und zwar insofern, als generell in den westeuropäischen Einwanderungsgesellschaften, vor allem im Kontext des vermeintlichen Kampfs der Kulturen und der modischen Rede von ‚Kulturkonflikten‘, die Thematisierung der ‚kulturellen Dimension‘ der Einwanderung prioritär ist. Die Kulturalisierung der Einwanderungsdiskussion kann eine bedenkliche politische Entwicklung einleiten, nämlich dann, wenn der permanente Rekurs auf die ‚Kultur‘ dazu dient, die eigene Identität durch Ab- und Ausgrenzung sowie durch den Schutz vor Bedrohung und Veränderung zu konstruieren:

„Der derzeitige Trend aber, von den sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen einer sinnvollen Integration abzusehen und die Diskussion auf die fundamentalere Ebene von Kulturen und Lebensweisen zu verschieben, erscheint vor allem deshalb problematisch, weil der dabei ins Spiel kommende Kulturbegriff sich dem anzunähern beginnt, was sich früher einmal im Rassenbegriff ausdrückte.“ (Geulen 2007: 114)

In den Forderungen nach kultureller Assimilation, die in den Integrationskonzepten der Nationalbewegungen teilweise Anwendung finden, ist die permanente Konstruktion und Reproduktion einer Differenz zu sehen, wobei die autochthone Kultur als die ‚eigene‘ und die überlegene sowie als die zu befolgende Norm behandelt wird. Die konsequente Fortsetzung einer solchen Behandlung der kulturellen Differenzen sind feindliche oder ablehnende Einstellungen gegenüber Repräsentanten der ‚anders‘ vorgestellten ‚Kulturen‘. Der Einwanderer, oder der Fremde, ist allein deshalb verabscheuenswert, weil er im Zuge seiner Assimilation zudem die Zerstörung der Identität der politischen und nationalen Gemeinschaft provozieren kann (vgl. Taguieff, zit.n. Guibernau 2007: 147). Trotz des inklusiven Gewandes, das sich solche Integrationsvorstellungen mitunter geben, können sie immer wieder, zumeist in Krisenzeiten, auf ihren politischen Kern, der Forderung nach Assimilation, oder gar auf die politische Option der ethnischen Segregation zurückfallen, wenn z.B. der Vorschlag artikuliert wird, wie in Katalonien durch den *PxC*, überschüssige migrantische Arbeitsbevölkerung abzuschieben.

Die Integration der Einwanderer wird in den beiden Regionen primär als kulturelle Herausforderung wahrgenommen und politisch thematisiert. Kulturalisierende und ethnisierende Sichtweisen auf die Einwanderung herrschen in den ‚Nationen ohne Staat‘ vor, in denen ohnehin schon ein ‚ethnischer Konflikt‘ existiert, und wo die Verhandlung soziale Konflikte und Modernisierungserscheinungen stets schon von den Nationalbewegungen unter national-identitärer Perspektive wahrgenommen und politisiert werden. Die Herausforderung der umfassenden sozialen Integration wird somit nicht angenommen und vornehmlich im Rahmen eines identitären und kulturnationalistischen Musters wahrgenommen. Staat, Gesellschaft und Ge-

meinschaft werden weiterhin unter dem Paradigma des Nationalen in eins gesetzt, die Einwanderungsbevölkerung wird als potenzielle Konkurrenz der ‚eigenen Bevölkerung‘ oder der ‚eigenen Kultur‘ wahrgenommen, das *Integrationsproblem* wird auf eine *Migrationsproblem* reduziert und somit letztlich auf ein *Sprachproblem*, d.h. auf „national-kulturelle Fremdheit“ (vgl. Radtke 2011: 84). Die in der Einwanderungsdiskussion stets präsente Kategorie der ‚Kultur‘ wird notwendigerweise als ‚nationale‘ verstanden, so als ob ein der baskische/katalanische Gesellschaft spezifisches, effektives Wertesystem gäbe, das mit der ‚Nation‘ und seiner Moral in eins gesetzt werden könnte. „Hypostasiert wird ein Wertesystem, das alle Funktionssysteme wie ein Schirm überspannt, das die ansässige Bevölkerung integriert – und das die Zugewanderten als kulturell ‚Fremde‘ unvermeidlich ausgrenzt.“ (ebd.: 89) Die Vorherrschaft des kulturellen Integrationsparadigmas ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der neoliberalen Hegemonie zu sehen. Es fügt sich in deren Prämissen ein, dass die soziale Integration nicht notwendig durch die Gewährleistung sozialer Gleichheit oder die Verringerung sozialer Unterschiede zu erfolgen habe. Die Integration in die Gesellschaft erfolgt nicht, so das von beiden Doktrinen geteilte Verständnis von Gesellschaft, ausgehend von den gesellschaftlichen Bedingungen, sondern auf der Ebene des individuellen Verhaltens. Die Integration in die nationale Gemeinschaft wie auch in die Klassen- und Lohnarbeitsgesellschaft wird primär auf der Ebene der individuellen Entscheidung und Anpassungsfähigkeit angesiedelt und gefordert. Diese individualisierende Perspektive auf soziale Tatbestände weist letztlich das kulturelle Integrationsparadigma als eine adäquate Integrationsweise aus, die treffend zur neoliberal ausdefinierten Perspektive auf das Soziale passt.

Während die *EU* weiterhin ein Zielgebiet der Einwanderung bleiben und sich die nationalen Identitäten in den Mitgliedsstaaten diversifizieren wird, werden ebenso die kulturell-identitären Auseinandersetzungen und ethnische Identifikationsprozesse in den ‚Nationen ohne Staat‘ weiterhin eine große gesellschaftliche Relevanz haben. Eine bedeutende Frage ist, wie und ob in diesen Regionen offene Vorstellungen der Vergemeinschaftung und Identitätsmuster erarbeitet werden können, jenseits ethnifizierender Kulturalisierung. Erst dieser Schritt könnte gewährleisten zu verhindern, dass auf dem „kulturalistisch gedüngten Boden [...] Überfremdungs- und Untergangsphantasien [...] [gedeihen; PE], die das ‚Eigene‘ nur als Abwehr des ‚Fremden‘ konstruieren können.“ (ebd.: 94)

4.2 EUROPAKONZEPTIONEN UND DIE STRATEGIE DER NATIONALEN EMANZIPATION

4.2.1 Die Nationalbewegungen und ihr Projekt der nationalen Emanzipation im europäischen Rahmen

Der Blick der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen auf Europa und die europäische Politik ist stets mit politischen Hoffnungen und Utopien verbunden gewesen. Europa war und ist für beide Nationalbewegungen politischer Referenzpunkt und zugleich Projektionsfläche für das politisch ‚Andere‘, das auf der Negativfolie des spanischen Staates als reizvolle politische Alternative erscheint. Europa diente oftmals als Gegenkonzept zum spanischen Staat, zur spanischen Kultur und spanischen Politik, die im Kontrast zu europäischen Vergleichsgegenständen als rückständig und korrupt dargestellt wurden. Europa wurde nicht selten als der politische Zusammenhang imaginiert, in dem das Ziel der nationalen Emanzipation umgesetzt werden könnte. Europa repräsentierte nicht bloß den geeigneten Adressaten der nationalpolitischen Forderungen, sondern auch die europäische Moderne, eine moderne wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Auf Grundlage der Konstruktion dieser Oppositionen sind sowohl für das Baskenland als auch für Katalonien schon früh, im 19. Jahrhundert, nationale Selbstentwürfe vorzufinden, die den eigenen ‚europäischen Charakter‘ betonen. Als Topoi sind diese positiven Einstellungen gegenüber Europa und die Verknüpfung der eigenen nationalen Identität und Geschichte mit derjenigen Europas in das ‚kollektive Unbewusste‘ der beiden Nationalbewegungen eingegangen. Die von den Nationalbewegungen artikulierten Europakonzeptionen und im Kontext des europäischen Integrationsprozesses propagierten politischen Strategien sind in der Tradition dieses hoffnungsvollen Europabezugs zu situieren. Im Lichte der Europäisierung der Politik und der mit der europäischen Integration einhergehenden Transformation von Staatlichkeit wird das Projekt der ‚nationalen Emanzipation‘ neu reflektiert und durch die Formulierung neuer strategischer Ziele konkretisiert.

Im Rahmen der Analyse der Europakonzeptionen soll untersucht werden, ob die mit der europäischen Integration einhergehende Transformation von Staatlichkeit als Chance für das von den Nationalbewegungen angestrebte Renationalisierungsprojekt bewertet wird oder als Prozess der zentralistischen Bürokratisierung, der einen weiteren Einschnitt in die ‚nationale Selbstbestimmung‘ bedeutet. Neben den Staatskonzeptionen und konkreten Forderungen nach Eigenstaatlichkeit im Rahmen des europäischen Staatenverbundes soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis das politische Projekt der ‚raumbezogenen Identifikation‘ der Nationalbewegungen zur Konstruktion der europäischen Identität steht.

Des Weiteren soll exemplarisch untersucht werden, welche Einstellungen gegenüber den inter- und transnationalen Vergesellschaftungsprozessen artikuliert werden. In der Reflexion auf die als ‚Globalisierung im Kleinen‘ verstandene europäische Integration werden die peripher-nationalistischen Grundintuitionen gegenüber den Prozessen der Inter- und Transnationalisierung ausgedrückt. Daran anschließend lässt sich die Frage formulieren, ob in den Europakonzeptionen eine Verschlossenheit oder eher eine Öffnung angesichts dieser Prozesse zum Ausdruck kommt. Das Feld der europapolitischen Positionierung zwischen den beiden Polen der ‚Euroskepsis‘ und der ‚Europhorie‘ soll nicht zuletzt auch dahingehend untersucht werden, ob seitens der Nationalbewegungen populistische Rhetoriken und Argumentationsmuster in Anschlag gebracht werden, um antieuropäische Stimmungen und Ressentiments zu schüren und in das Projekt der nationalen Emanzipation zu integrieren. Angesichts des breiten Konsenses, den die Idee europäischer Integration unter den wirtschaftlichen und politischen Eliten (Spaniens) genießt, erscheint das euroskeptische ‚Ticket‘ durchaus eine Erfolg versprechende Strategie zu sein. Die Untersuchung der einzelnen Europabilder und -konzeptionen soll einen Zugang zu den Strategien der internationalen Verortung der Nationalbewegungen ermöglichen.

Eine detaillierte Rekonstruktion der einzelnen Positionierungen der Nationalbewegungen in den bedeutenden Entwicklungsstufen der europäischen Integration, vom Binnenmarktprojekt bis zur ‚Global Europe‘-Strategie (2006), kann im Rahmen dieses Kapitels nicht geleistet werden. Es soll vielmehr darum gehen, ein Panorama des europapolitischen Diskurses der unterschiedlichen Strömungen der Nationalbewegungen zu skizzieren und die grundlegenden europapolitischen Visionen und Strategien herauszuarbeiten. Dabei soll ein besonderes Augenmerk gelegt werden auf die Positionierung gegenüber dem *EG*-Beitritt Spaniens und gegenüber der Vertiefung der europäischen Integration.

Im Folgenden soll zunächst die Geschichte der Europakonzeptionen der beiden Nationalbewegungen skizziert werden (4.2.2), bevor in einem zweiten Schritt die politischen Positionen angesichts der jüngsten Entwicklung der europäischen Integration und die artikulierten Strategien analysiert werden (4.2.3).

4.2.2 Geschichte der Europakonzeptionen in der baskischen und katalanischen Nationalbewegung

4.2.2.1 Europakonzeptionen im baskischen Nationalismus

In der Tradition des baskischen Nationalismus herrscht eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber Europa vor, die der politischen Hoffnung auf die Anerkennung der nationalen Existenz auf europäischer Ebene entspringt. Die europaspezifischen Vorstellungen innerhalb des baskischen Nationalismus reichen vom populären Selbstbild der Basken als „erstes Volk Europas“¹, in dem der baskische Gründungsmythos direkt mit Europa verbunden wird, bis zum Wunsch nach der Wiederherstellung der Einheit der baskischen Territorien im europäischen Rahmen. Die europäische Vision des baskischen Nationalismus geht noch auf die Zeit vor dem spanischen Bürgerkrieg zurück und ist vor dem Hintergrund der starken Skepsis gegenüber dem spanischen Staat zu verstehen. Da die Kluft zu Spanien und zur spanischen Politik im baskischen Nationalismus vor allem in dessen Gründungsphase als sehr tief oder unüberbrückbar eingeschätzt wurde, lag die Orientierung nach Europa als reizvolle politische Alternative nahe.

1916 nimmt der *PNV* mit einer Delegation an der dritten Konferenz der *Union des Nationalités* in Lausanne teil, 1933 begeht er die Feierlichkeiten anlässlich des *Aberri Eguna*, des baskischen ‚Tags der Heimat‘, unter dem Motto „Euzkadi-Europa“ (vgl. Mees/de Pablo 2005: 288). Der *PNV* kann als zweitälteste Partei Spaniens (gegründet 1897) auf eine weit zurückreichende europophile Tradition zurückblicken, die auch in den Zeiten des Exils und der Klandestinität während des Frankismus weiter bestand. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Idee eines geeinten Europas nach der Katastrophe des Weltkriegs attraktiver wird, erlebt die europophile Ausrichtung des *PNV* ihren Höhepunkt. Die europäische Ausrichtung gewann in der Partei vollends an Rückhalt, als sich abzeichnete, dass der zweite internationale Kooperationspartner, die USA, wider Erwarten nicht die erhoffte anti-frankistische Intervention starten würde (vgl. ebd. f.).

Im Exil entwickeln die *PNV*-Führungsfiguren José Antonio Aguirre und Francisco Javier de Landaburu strategische Konzeptionen, die das Projekt des baskischen Nationalismus im Rahmen des sich anbahnenden Projekts der europäischen Vereinigung neu denken. Landaburu, der über zahlreiche internationale Kontakte verfügte und sich stark nach Europa orientierte, hatte schon im Exil seit 1938 an einem europapolitischen Grundlagenwerk des baskischen Nationalismus gearbeitet: *Euzkadi ante la Europa nueva* („Das Baskenland angesichts des neuen Europa“),

1 Die Vorstellung, dass die Basken die „älteste Nation Europas“ ist, ist fest im „kollektiven Unbewussten“ und historischen Bewusstsein der baskischen Bevölkerung verankert. Sie wird oft durch den Verweis auf die (vermeintlich) älteste Sprache Europas, der baskischen Sprache, untermauert; vgl. Bai Euskal Herriari (o.J.).

das später unter dem Titel *Un pueblo viejo en la Europa nueva* („Ein altes Volk im neuen Europa“) veröffentlicht wurde und einen großen meinungsbildenden Einfluss auf die Politiker des *PNV* ausgeübt hat (vgl. Arrieta Alberdi 2009: 203). Europa wird hier als Forum präsentiert, auf dem der Wille des baskischen Volkes adäquat ausgedrückt und dessen Forderungen effizient verbreitet werden könne. Die europäische Ebene wird als die beste Schutzinstanz für die Rechte der Nationalitäten ohne Staat dargestellt, weshalb dort auch die internationale Anerkennung der baskischen Nation zu suchen sei (vgl. ebd.). Im Anschluss an diese Überlegungen hat sich in der Partei eine europophile strategische Orientierung herausgebildet, die später als die ‚Aguirre-Doktrin‘ bekannt wurde. Sie fußt inhaltlich auf den europapolitischen Visionen von Landaburu, wurde aber nach dem Exil-*lehendakari* Aguirre benannt, weil Aguirre der eifrigste und populärste Verfechter dieser Positionen in der internationalen Öffentlichkeit war. Die ‚Aguirre-Doktrin‘ besteht in der Forderung nach einem freien Baskenland, das sich als gleichberechtigtes Mitglied an der Konstruktion des föderalen Europas der Nationen beteiligt. Sie geht davon aus, dass sich der Nationalstaat in der Krise befindet und im künftigen überstaatlichen Europa den Nationen ohne Staat der Zugang zur Unabhängigkeit nicht versagt werden kann (vgl. ebd.: 204). Die anzustrebende baskische Selbstregierung wird dabei im vereinigten europäischen Rahmen jenseits der entmachteten Nationalstaaten verortet. Das Baskenland solle künftig mit seinen spezifischen Institutionen im Rahmen der zukünftigen europäischen Vereinigung auf gleicher Augenhöhe mit den anderen föderierten Nationen stehen und sich als unabhängige Nation im europäischen Staatenverbund selbst repräsentieren können, unabhängig vom französischen oder spanischen Nationalstaat.

Die Bedeutung der Situierung des nationalistischen Projekts im Rahmen der Vision vom föderalen Europa lässt sich auch an der verstärkten Aktivität des *PNV* auf europäischer Ebene erkennen, so z.B. an der Mitarbeit in der *Europäischen Bewegung* (1948), an deren Gründungstreffen, bei dem die Gründung der europäischen Gemeinschaft beschlossen wurde, er 1948 in Brüssel teilnimmt (vgl. Mees/de Pablo 2005: 289 ff.). Die *PNV*-Führungspersonen kamen im Rahmen dieser Tätigkeiten mit Politikern wie Winston Churchill oder Léon Blum in Kontakt. Die politische und ideologische Reifung des *PNV*, die während der Zweiten Republik begonnen hatte, endet in der Annäherung an die europäische Christdemokratie, an die *Nouvelles Équipes Internationales*, deren Gründungsmitglied sie 1947 ist. Die europaaaffinen und christdemokratischen Konzepte des *PNV* kommen in einer Erklärung der Partei im Jahre 1949 zum Ausdruck (vgl. de la Granja 2002: 82).

Das 1956 erschienene Buch *La causa del pueblo vasco* von Landaburu kann als Zusammenfassung des politischen Denkens des *PNV* in der Nachkriegszeit gelten. An diesem Band wird, wie Elorza (1999: 221 f.) betont hat, deutlich, wie die persönlich erlittene Situation des Exils der ‚europäischen Wende‘ der Partei zusätzlichen Auftrieb verliehen hat. Die Orientierung auf Europa wird zur festen ideologi-

schen Grundlage des *PNV*. Es ist seitdem Parteikonsens, dass auf der europäischen Ebene die demokratischen Ideale und nationalistischen Ziele formuliert werden müssten und die künftige, demokratisch legitimierte Assoziation der Völker das Europa der Staaten geschaffen werden soll (vgl. ebd.).

Während des Frankismus, des Exils der Parteiführung und der Klandestinität hat der *PNV* seine Europaorientierung weiterentwickelt und nimmt weiterhin an den Treffen europäischer Vereinigungen teil, so z.B. an den Treffen der *Europäischen Bewegung*, auch wenn diese am Konzept eines ‚Europa der Staaten‘ festhielt. Die fortgesetzte Teilnahme an diesen Treffen folgt einer pragmatischen Orientierung der Politik zwischen „Utopie“ und „Realpolitik“, wie der *PNV*-Politiker Irujo eingesteht. Das Ziel der Schaffung eines ‚Europa der Völker‘ müsse auf dem Umweg des Handelns auf der Ebene der politischen Realität, d.h. im Rahmen des Europa der Staaten, erreicht werden (zit.n. Mees/de Pablo 2005: 322).

1962 nahm eine *PNV*-Delegation am Treffen der *Europäischen Bewegung* in München teil. Der zweite Pfeiler der ‚internationalen Beziehungen‘ des *PNV* war die Integration in die *Nouvelles Équipes Internationales*, die sich 1965 als die „Internationale Union der Christdemokraten“ neu gründete (vgl. ebd.: f.). 1968 beging der *PNV* in der Klandestinität und im Kontext der wiederauflebenden Repressionen des frankistischen Regimes die Feierlichkeiten des *Aberri Eguna* wie schon 1933 unter dem Motto „Euzkadi-Europa“. Die Teilnahme an der europäischen Konstruktion stellte für den *PNV* die Möglichkeit dar, das grundlegende Ziel des baskischen Nationalismus, die nationale Unabhängigkeit, zu verwirklichen.

Im Milieu der radikalisierten *PNV*-Parteijugend und der *ETA*, die sich 1959 als radikale Abspaltung vom *PNV* abgespalten hat, werden ebenso positive politische Europavisionen konzipiert. In dieser Perspektive stellt Europa ebenfalls eine wichtige strategische Option dar, vorausgesetzt, die föderalistische europäische Integration respektiere die nationalen Realitäten Europas. Eine programmatische Darstellung der Vorstellung des radikalisierten Flügels von der nationalen Emanzipation im europäischen Rahmen findet sich z.B. in den beiden Schriften *Vasconia* (1963) und *Vasconia y la Nueva Europa* (1976) von Federico Krutwig (1921-1988). Krutwig betont in kritischer Distanz zu den Europapositionen des *PNV*, dass die nationale Rechte im Rahmen der rein ökonomischen Integration, d.h. des europäischen Binnenmarkts, nicht verwirklicht werden könnten (vgl. Elorza 1999: 222 ff.). Krutwig entwickelt eine Theorie der kolonialen Unterdrückung, in der das Baskenland durch den spanischen und französischen Nationalstaat ausgebeutet werden. Auf dieses Unterdrückungsverhältnis müsse mit der Strategie und Taktik des antikolonialen Kampfes reagiert werden, wie Krutwig im Anschluss an die Theorien des antikolonialen, revolutionären Befreiungskriegs von Mao Tse Tung und Ho Chi Min betont. Europa und die europäischen Institutionen spielen in dieser politischen Perspektive keine große Rolle, da der Kampf gegen die koloniale Unterdrückung nicht auf Europa und die europäischen Nationalstaaten zählen könne (vgl. ebd.). Der Kampf ge-

gen die koloniale Unterdrückung habe die territoriale Wiederherstellung der baskischen Gebiete zum Ziel, auf europäischer Ebene solle die ‚internen Dekolonisierung‘ erstritten und Westeuropa als Europa der Regionen neukonstituiert werden.

4.2.2.2 Europakonzeptionen im katalanischen Nationalismus

In Katalonien war das Zerwürfnis mit dem spanischen Staat in der Entstehung der katalanischen Nationalbewegung nicht so tief greifend, dass das künftige Verhältnis zu Spanien als Bruch konzipiert wurde. Die katalanische (Handels-)Bourgeoisie war in die Ökonomie des spanischen Überseereichs gut integriert und versuchte ihre Interessen durch Einflussnahme auf die spanische Regierung zu wahren. Die Orientierung nach Europa spielte zumindest aus ökonomischen Handelsmotiven eine untergeordnete Rolle.

Im Rahmen des Verlusts der letzten spanischen Kolonien (1898) kommt es zur Krise der spanischen Nation, in deren Folge sich die katalanische Bourgeoisie zunehmend von Spanien distanziert. Die katalanische Bourgeoisie macht sich im Kontext der Krise des spanischen Staates die Ansicht zueigen, dass Fortschritt, Entwicklung und ökonomische Prosperität nur im Rahmen weitreichender regionaler und administrativer Autonomie möglich seien. Der katalanische ökonomische Erfolg habe sich nämlich nicht dank des spanischen Binnenmarktes, sondern trotz der Zumutungen der spanischen Politik eingestellt, so der sich Luft machende Unmut der katalanischen Bourgeoisie (vgl. Vilar 1977: 63 ff.). Es wird zudem die Resignation ausgedrückt, dass kaum ein effektiver Einfluss auf die Politikgestaltung des spanischen Staates ausgeübt werden konnte, so dass das Projekt der katalanischen Bourgeoisie und ihrer politischen Repräsentation, der *Lliga Regionalista*, gescheitert scheint.

In diesem Kontext kommt es zu einer verstärkten Zuwendung zu Europa, und es werden die europäischen Wurzeln Kataloniens wiederentdeckt. Symptomatisch für diese Umorientierung ist der Ausspruch des katalanistischen Politikers Joan Maragalls, dass sich Katalonien europäisieren und mehr oder weniger die Verbindungen zum todesagten Spanien kappen müsse (vgl. Balcells 2004: 89). Zu dieser Zeit leben das im 19. Jahrhundert entwickelte ‚Differenzbewusstsein‘ und die antispanischen Stereotype wieder auf, die sich im Kontext der kulturelnationalistischen Wiedererweckung, der so genannten *Renaixença*, herausgebildet hatten. Dort wurden Fremdbilder von der dekadenten spanischen Nation und Monarchie den Selbstbildern des modernen, nach Europa orientierten Katalonien gegenüber gestellt (vgl. Hina 1978). Berühmt geworden ist die Unterscheidung des katalanischen Intellektuellen Jaime Balmes aus dem Jahr 1840, die Katalonien absetzt vom nach Afrika orientierten Spanien, das als „korrupte Kloake“ nachlässig und untätig sei. Katalonien hingegen sei nach Europa orientiert, es herrschten Beflissenheit, die industrielle Tätigkeit und eine belebte Handelsorientierung vor (Balmes, zit.n. Busquets et al.: 2003: 57).

Die Hinwendung zu Europa in dieser Zeit lässt sich auch an der katalanischen *Fin-de-siècle*-Literatur ablesen, die das Stadium des auf den Austausch mit der spanischen Kultur setzenden ‚Regionalismus‘ hinter sich lässt, um ein nationalistisches Selbstverständnis als partikulare Kultur zu entwickeln. Die sich nun als eigenständig verstehende katalanische Nationalkultur hat ihr kulturelles Epizentrum in Barcelona, wo sich das katalanische Geistesleben verstärkt nach Europa orientiert (vgl. Balcells 2004: 88 f.). Es wird zudem die ‚geschichtliche Erfahrung‘ Kataloniens wieder entdeckt, die Erfahrung der katalanischen Autonomie vor 1714, in der sich Katalonien im Rahmen einer spanischen Konföderation selbst regiert hat und mit dem Mittelmeerraum und Europa in engem Kontakt stand (vgl. Keating 1996:157).

Während des Frankismus wurde die alte Vision von der „Katalanisierung Spaniens“ der *Lliga Regionalista* endgültig abgelöst von dem Projekt der „Europäisierung Kataloniens“ (vgl. Dowling 2005: 109). Der spanische Markt, einst von zentraler Bedeutung für die katalanische Ökonomie, verlor zunehmend an Bedeutung im Gegensatz zum immer attraktiveren europäischen Markt.

Die katalanischen Arbeitgeberverbände haben schon früh proeuropäische Einstellungen unterstützt und den Austausch und Kontakt zu europäischen Organisationen gesucht. In den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts ereignet sich eine kulturelle und politische Wende, als deren Ergebnis sich im Katalanismus eine sehr positive Einstellung gegenüber Europa einstellt. Der europäische Bezug Kataloniens wurde in den 1960er Jahren vom katalanischen Philosophen Josep Ferrater Mora betont, der in dem Essay *Tres Mundos: Cataluña, España, Europa* („Drei Welten: Katalonien, Spanien, Europa“) zu zeigen versucht, dass die partikulare, katalanische Existenzweise von der hispanischen, der mediterranen und der europäischen Lebensform beeinflusst sei (vgl. Ferrater Mora 1963: 79 ff.). Der Vordenker der politischen Neuorientierung nach Europa war der katalanische Priester Josep Armengou, der überhaupt einen großen Einfluss auf die ideologische Entwicklung des katholischen Katalanismus und die Herausbildung des politischen Denkens Jordi Pujols hatte. Er forderte 1958, dass die katalanischen Nationalisten als Befürworter der europäischen Vereinigung auftreten sollten und, vor die Wahl zwischen Spanien und Europa als politischem Bündnispartner gestellt, klar den europäischen Weg einschlagen sollten (vgl. Dowling 2005: 109).

Der hoffnungsvolle Blick nach Europa hat in Katalonien eine lange Tradition, das Selbstbild Kataloniens als ‚europäischster Teil Spaniens‘ genoss und genießt weiterhin eine große Popularität. Diese Orientierung hat sich in der nationalistischen Vorstellungswelt fortgesetzt und auch das katalanische Selbstbild geprägt: „Der kulturelle und politische Katalanismus ist immer europäisch ausgerichtet gewesen.“ (Mira 2007: 59) Innerhalb des Katalanismus wurde von Beginn an die europäische Integration als Chance gesehen, jenseits des spanischen Staates und an diesem vorbei, den politischen Stellenwert Kataloniens zu aufzuwerten. Der positi-

ve und hoffnungsvolle Blick nach Europa ist seit dem Aufblühen des katalanischen Nationalismus Ende des 19. Jahrhunderts ein durchgängiges Motiv des Katalanismus:

„For catalan nationalist parties [...], their pro-Europeanism is a present-day terminological and ideological substitute for the traditional objectives of modernizing and transforming the Spanish state inherent in Catalan nationalist discourse.“ (Giordano & Roller 2002: 101)

4.2.3 Europakonzeptionen und -strategien im demokratischen Spanien

4.2.3.1 Die Nationalbewegungen im Kontext des EG-Beitritt Spaniens

Die Annäherung Spaniens an Europa wurde mit dem Beitritt Spaniens in die *EG* 1986 konkret. Dem schon früh vom spanischen Staat gezeigten Interesse am *EG*-Beitritt (1977) folgten seit 1979 teils zäh verlaufende Beitrittsverhandlungen. Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid schließlich der Beitrittsvertrag unterschrieben. Er trat am 1.1.1986 in Kraft, ohne zuvor einer Volksabstimmung unterworfen worden zu sein. Es herrschte bei den politischen Kräften Spaniens ein breiter Konsens zu Gunsten des *EG*-Beitritt Spaniens vor, der sich auch in der Parlamentsabstimmung 1985 widerspiegelte.

Generell herrschte vor allem im politischen Milieu der Nationalbewegungen in den beiden Regionen eine hoffnungsvolle Einstellung gegenüber den Konsequenzen des europäischen Einigungsprozesses vor. In beiden Regionen wurde zur Zeit des *EG*-Beitritts Spaniens davon ausgegangen, dass das politische Problem der Anerkennung der baskischen und katalanischen Nationalität des Baskenlands und Kataloniens, das im Rahmen der spanischen Verfassung nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte, auf der Ebene der europäischen Politik eine adäquatere Behandlung erfahren würde. Europa schwäche die Nationalstaaten, was die Anerkennung der Nationen ohne Staat erleichtern würde (vgl. Porta 2003: 50).

Schon mit der Etablierung der spanischen Verfassung und der Ausdifferenzierung des Parteiensystems auch in den Autonomen Gemeinschaften haben die politischen Parteien einen verstärkten Einfluss auf die Artikulation der Europabilder und -konzeptionen erlangt. Es sind nun primär die politischen Parteien, die die Europakonzeptionen formulieren. Mit dem Eintritt Spaniens in die *EG* 1986 ist nicht zuletzt auch ein genuin europapolitisches Interesse und Anreizsystem entstanden, da die Parteien seitdem selbst auch zu den Wahlen zum *EP* antreten und zu europapolitischen Akteuren geworden sind. Die ersten Wahlen zum *EP* fanden in Spanien 1987 statt, doch schon vor diesen Wahlen, und nicht zuletzt angesichts der künfti-

gen *EG*-Beitritts Spaniens, ist es zur Artikulation und Diffusion der europapolitischen Visionen der Parteien der Nationalbewegungen gekommen. Die beiden Mehrheitsparteien des baskischen und katalanischen Nationalismus, der *PNV* und die *CiU*, haben sich bei der Abstimmung im *Congreso de los Diputados* für den *EG*-Beitritt ausgesprochen und damit ihre europaaffine Einstellung zum Ausdruck gebracht².

4.2.3.1.1 Positionierungen in der baskischen Nationalbewegung

Der *PNV* hat schon früh im Rahmen des sich demokratisierenden Spanien seine europapolitischen Visionen artikuliert und dabei an die in der Nachkriegszeit entwickelten Konzepte angeknüpft. Im Rahmen einer Versammlung der *Christdemokraten der Europäischen Union* in Madrid 1977, die die spanischen christdemokratischen Parteien in der *transición* unterstützen wollte, hat der Exilführer des *PNV*, Juan de Ajuriaguerra, die positive Einstellung des *PNV* gegenüber dem europäischen Einigungsprozess dargelegt. Ajuriaguerra betonte das enge Verhältnis des baskischen Volkes zu Europa, das schließlich genauso alt wie Europa und mit dessen Problemen und Sorgen eng verbunden sei. Das Baskenland wolle an der Konstruktion des künftigen vereinten Europa teilnehmen. Dieses solle nicht jakobinisch oder zentralistisch gestaltet sein, sondern, fußend auf der Anerkennung der Existenz der Völker und Nationalitäten, volksnah und pluralistisch sein (vgl. Ajuriaguerra 1989: 9 f.). Die freien Völker sollten in ihrer politischen und besonderen Wesenheit und vereint unter einem gemeinsamen politischen und ökonomischen Dach zusammenleben können, jenseits von der gegenwärtigen staatlich strukturierten Föderation Europas (vgl. ebd.). Nach dem *PNV* sollte die europäische politische Gemeinschaft eine Union oder Föderation sein, die von unitaristischen staatlichen Strukturen absehe, geteilte Souveränitäten anerkenne und die Präsenz der nationalen Realitäten auf europäischer Ebene garantiere. Der *PNV* tritt ein für ein „Europa, das die Völker und die Bürgerschaft ins Zentrum der europäischen Konstruktion stellt und den politischen Status der Nationen anerkennt“ (*PNV*, zit.n. Rodríguez-Aguilera de Prat 2009: 140).

Die ersten programmatischen Schriften des *PNV* stehen in der Tradition der europapolitischen Hoffnungen der Nachkriegszeit. Europäische Themen werden in den politischen Diskurs integriert und das nationalistische Projekt im europäischen Rahmen neu gedacht (vgl. Galeote González 1999). Der *PNV* zielt auf die Aner-

2 In der Darstellung der Positionen der katalanischen Nationalbewegung angesichts des spanischen *EG*-Beitritts werden die beiden katalanischen Linksparteien, der *PSC* und des *PSUC* (später *ICV*), wie auch der linke Independentismus zunächst nicht berücksichtigt, da sie eher randständige Phänomene der katalanischen Nationalbewegung oder Reaktionsformen auf diese darstellen. Im Abschnitt über die jüngsten Ausdifferenzierungen werden jedoch auch diese ideologischen Milieus in die Darstellung miteinbezogen.

kennung des Baskenlands als gleichberechtigter Partner der europäischen Politik ab, der die Konstruktion des zukünftigen Europa aktiv mitgestaltet. Dieses könne nur auf der Grundlage einer wahrhaften Demokratie, des Prinzips der Solidarität und der wechselseitigen Anerkennung der einzelnen Völker geschehen (vgl. PNV 1987: 44 f.). Mitte der 1980er Jahre artikuliert sich in der Partei, trotz der weiterhin positiven Einstellung gegenüber der europäischen Integration, eine ökonomisch begründete Skepsis, die angesichts der tiefen Krise der baskischen Ökonomie weitere negative Konsequenzen durch den europäischen Binnenmarkt befürchtet. Die mangelnde europäische Wettbewerbsfähigkeit der baskischen Ökonomie nährte die Angst vor weiterer Arbeitslosigkeit und davor, als ökonomische Krisenregion im Abseits des europäischen Binnenmarktes zu landen. Diese Ambivalenz drückt sich auf ideologischer Ebene aus. Die PNV-Anhängerschaft zählte damals zu den eifrigsten Vertretern des EG-Beitritts Spaniens, auch wenn die ökonomischen Effekte des Beitritts so pessimistisch wie kaum woanders eingeschätzt wurden. Im programmatischen Diskurs der Partei stellte sich dieser Widerspruch dar in der Unterstützung des abstrakten Prinzips der europäischen Vereinigung und in dem „pessimistischen Realismus“ hinsichtlich der tatsächlichen Auswirkungen des EG-Beitritts (vgl. Nordberg 2007: 215). Angesichts dieser Gefahren wurden auf dem ersten Parteikongress 1987 die ökonomische Prosperität des Baskenlands und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu den prioritären politischen Zielen der Partei erklärt (vgl. ebd). In seinem ersten europapolitischen Wahlprogramm (1987) entwirft der PNV das Leitbild des „Europa der 13 Sterne“: zu den bisherigen 12 Mitgliedsstaaten geselle sich das auf europäischer Ebene als unabhängig anerkannte Baskenland. Es wird die leitende Vorstellung des „Europa der Völker“ entwickelt, in dem *Euskadi* seine Mittel zur Selbstregierung ausbauen kann. Das Baskenland symbolisiere als der dreizehnte Stern Europas nicht nur das Recht des Baskenlands, sondern auch das aller anderer Völker Europas, die auf demokratische und mehrheitliche Art ihre Identität und ihren politischen Willen ausdrücken (vgl. PNV 1989a). Der PNV sieht in den europäischen Institutionen darüber hinaus einen geeigneten Partner in der ökonomischen Modernisierung des Baskenlandes, der dazu verhelfen könne, die Infrastruktur und die Verkehrsanbindungen effektiver zu gestalten. Des Weiteren wird die EG als ein Mittel begriffen, die ökonomischen Beziehungen zum französischen Baskenland zu vertiefen. Die durch die spanisch-französische Grenze geteilte baskische Nation könne im europäischen Rahmen als grenzüberschreitende Region in gewissen Dimensionen seine Einheit wiedererlangen. Es sei die Aufgabe des PNV, die Zusammenarbeit zwischen dem spanischen Süden und französischen Norden des Baskenlands zu vertiefen, um die soziologische Einheit zwischen den Basken wiederherzustellen (vgl. PNV 1987: 43).

40 Jahre nach der Teilnahme am Treffen der Europäischen Bewegung in Brüssel, wo die Schaffung eines vereinigten Europas beschlossen wurde, wird in den 80er Jahren die ‚europäische Ausrichtung‘ des PNV bestätigt. Die in der EEA für

1992 vorgesehene Institutionalisierung sei erst als der erste Schritt auf dem Weg zu einer sich zunehmend vertiefenden politische Union zu begrüßen (vgl. PNV 1988: 3). In der anzustrebenden, künftigen „authentischen politischen Vereinigung Europas“ sollten nicht die Strukturen des Nationalstaats mimetisch reproduziert werden, sondern die nationalen Realitäten berücksichtigt und respektiert werden – eine Forderung, die in dem Symbol des Baskenlands als des dreizehnten Sterns Europas repräsentiert wird (vgl. PNV 1989b: 15).

Die *EA*, die sich 1986 vom *PNV* abgespalten hatte, ist schon 1987 zu den Wahlen zum *EP* angetreten. Im Wahlprogramm artikuliert sie ihr nationalistisches Profil und stellt die Forderung nach einem „freien, baskischsprachigen, modernen und progressiven Baskenland“³ ins Zentrum ihrer europapolitischen Vision. Auf der Grundlage des Rechts des baskischen Volkes auf Selbstbestimmung schlägt die *EA* als selbst erklärte europaaaffine Kraft ein föderales Europa vor, das auf der Anerkennung der Einzigartigkeit aller europäischer Völker und deren tragender Rolle in den europäischen Institutionen basieren soll (vgl. Garaikoetxea 1988: 30). Die aktuelle Dominanz der europäischen Nationalstaaten sollte gebrochen werden, da sie sich bremsend auf die europäische Integration auswirke. Die klassischen souveränen Vorrechte der Nationalstaaten sollten an die *EG* delegiert werden, während die übrigen Kompetenzen direkt von den europäischen Nationen oder Völker ausgeübt werden könnten (vgl. Uribe Otalora 2006: 304). Die euphile Konzeption der *EA* knüpft an die Vision des „Europa der Völker“ des *PNV* an und ergänzt es um die Vorstellung einer auf den Grundwerten des Fortschritts, der Freiheit und der Gerechtigkeit fußenden politischen Union. Die innere Dezentralisierung sowohl der *EG* als auch der europäischen Nationalstaaten sollte der zentrale Motor der Integration sein, der dadurch begrüßenswerter Weise die Auflösung der territorialen Grenzen und die Möglichkeit grenzüberschreitender Kooperation mit sich bringe (vgl. ebd. f.). Die großen ‚Staatsnationalismen‘ bremsen mit ihrer Weigerung, Souveränitätsrechte abzutreten, die politische Konstruktion Europas. Gegen diese zentralistischen Tendenzen der Nationalstaaten sei ein solidarisches und föderales Europa einzufordern, in dem sich die Völker wechselseitig in ihrer Freiheit anerkennen könnten, ohne in die Versuchung zu geraten, den Zwangscharakter des Staatsnationalismus zu reproduzieren (vgl. *EA* 1990: 3).

Im politischen Milieu des radikalen Linksnationalismus wurde der *EG*-Beitritt Spaniens wesentlich skeptischer gesehen. Txema Montero, von 1987 bis 1990 *HB*-Abgeordneter im *EP*, nennt drei Gründe für die Ablehnung des Beitritts durch die *HB*. Erstens sei die Meinung der baskischen Bevölkerung zum *EG*-Beitritt nicht eingeholt und somit übergangen worden. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, die ihren territorialen Untergliederungen Mitspracherechte bei internationalen Verträgen einräumen, habe das baskische Autonomiestatut keine solche Mög-

3 So die Formulierung auf dem ersten Parteikongress; zit.n. Acha 2006: 77.

lichkeit vorgesehen. Neben diesem „demokratischen Legitimationsdefizit“ (Montero 1986: 69 f.) weist Montero darauf hin, dass das politische System der *EG* auf der Zentralisierung politischer Macht und nicht auf demokratischen Prinzipien basiere. Es sei eine „politische Neudefinition der Staaten“ zu erwarten, die jene zu Ausführungsorganen europäischer Gesetzen und Vorschriften machten und die die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Baskenlandes weiter einschränken werde (vgl. ebd.: 71 f.). Des Weiteren kritisiert Montero, dass die etablierten Nationalstaaten die einzigen anerkannten Akteure der europäischen Politik seien, was dem Recht der Basken auf nationale Selbstbestimmung absolut zuwiderlaufe. Aus diesen Gründen sei schon vor dem Beitritt des spanischen Staates zur *EG* darüber nachzudenken, wie die Basken künftig aus dem europäischen politischen Gefüge austreten könnten (vgl. ebd. 74).

Der *LAB*-Funktionär und *HB*-Parlamentarier José Luis Cereceda (vgl. Cereceda 1986) kritisiert ebenso schon vor dem *EG*-Beitritt Spaniens die *EG* als ein politisches Projekt, das entgegen der neutralen Selbstdarstellung durch einen klaren Klassencharakter geprägt sei. Im *EG*-Binnenmarktpolitik sei vielmehr ein eng mit dem westlichen Imperialismus der NATO verbundenes politisches Projekt zu sehen, von dem lediglich das Finanzkapital und die transnationalen Monopolisten auf Kosten der Arbeiterklasse und der Nationalitäten profitierten. Die aus dem Prozess der europäischen Vereinigung hervorgehenden supranationalen politischen Institutionen entsprächen der Reorganisation des kapitalistischen Weltsystems und der damit einhergehenden Zentralisationstendenzen des Kapitals.

Spaniens *EG*-Beitritt werde auf die ohnehin schon stark geschwächte baskische Wirtschaft, vor allem auf die traditionellen Sektoren der Agrarwirtschaft, der Fischerei und Viehzucht fatale Konsequenzen haben (vgl. Cereceda 1986: 140 f.). Während das Finanzkapital und die transnationalen Monopole als Gewinner der ökonomischen Vereinigung dastünden, wären Teile des kleinen und mittleren Bürgertums, vor allem aber die unteren Schichten und Arbeiter von den negativen Auswirkungen betroffen, da durch *EG*-Maßnahmen gezielt arbeitsrechtliche Schutzmaßnahmen angegriffen würden (vgl. ebd.: 144). Angesichts dieser Auswirkungen des *EG*-Beitritts, die der Souveränität und den Interessen des „baskischen Arbeitervolkes“ (PTV) zuwiderlaufe, gelte es zunächst, die nationale Souveränität wiederzuerlangen (vgl. ebd.: 145 f.).

Der *EG*, die als Assoziation der bürgerlichen Staaten Europas als Instrument der Umsetzung der Austeritätspolitik und in der kapitalistischen Krise als Mittel der sozialen Kontrolle fungiere, solle das politische Projekt des „Europa der Völker“ entgegengesetzt werden (vgl. HB 1986: 13). Die Politik der *EG* stabilisiere lediglich den politischen ‚Status quo‘, eine Politik der dialektischen Konfrontation habe die Interessengegensätze im Kampf um die Ausrichtung der europäischen Institutionen zu artikulieren (vgl. Montero 1988a: 29). Die *HB* kritisiert den naiven Optimismus des *PNV*, der darauf hoffe, dass die subnationale Entität des Baskenlands auf euro-

päischer Ebene als differenziertes Volk anerkennt werde und künftig bilaterale Beziehungen mit Europa unterhalten könnte. In dieser Flucht nach vorne verbreite der *PNV* in der baskischen Bevölkerung nichts als falsche Illusionen (ebd.: 15). Dem sei eine abertzale, antikapitalistische Klassenposition entgegenzusetzen, die sich konsequent für die Rechte der baskischen Arbeiterklasse einsetzt.

Die *EE*, die sich in den 1980er Jahren als dissidente Strömung vom radikalen Linksnationalismus des *KAS-Blocks* wegen der Gewaltfrage abgespalten, aber zunächst noch radikale linksnationalistische Positionen vertreten hatte, hat die radikale Kritik der *HB* durch eine pragmatisch-optimistische Einschätzung erweitert. So hat die *EE* schon auf ihrem Gründungsparteitag 1982 die Perspektive einer umfassenden Transformation des spanischen Staates mit der europäischen Perspektive der nationalen Befreiung verknüpft. Der spanische Staat solle in einen föderalen Staat transformiert werden, in dem ein hoher Grad an politischer Dezentralisierung mit der selbstbestimmten Solidarität unter den iberischen Völkern zu verbinden sei. Der so vorgestellte Fortschritt in der Anerkennung der nationalen Freiheiten und der politischen Autonomiekompetenzen umfasse auch die europäische Perspektive, in der es nämlich darum gehe, ein „sozialistisches Europa der Völker“ zu schaffen, das den gegenwärtig von den Nationalstaaten beherrschten politischen Rahmen überwindet (vgl. *EE* 1982: 147).

Auch wenn die konkrete Ausgestaltung der *EG* den politischen Zielen und Vorstellungen der *EE* zuwiderlaufe, hält diese ihre an ihrer europäischen Berufung fest und betont die Notwendigkeit eines überstaatlichen europäischen Projekts. Dieses stelle den geeigneten Handlungsrahmen für künftige transformative Projekte der Linken, so auch für das Projekt der baskischen Emanzipation, dar (*EE* 1985a: 2). Auf europäischer Ebene sollten die Souveränität der Basken und die politischen Kompetenzen des Baskenlandes behauptet sowie die Präsenz baskischer Repräsentanten in den europäischen Gremien eingefordert werden. Die ambivalente Haltung der *EE* gegenüber der *EG* hat der *EE*-Abgeordnete Roberto Lertxundi wie folgt ausgedrückt: „Europa ist kein Glücksfall für das Baskenland, aber eine Notwendigkeit.“ (*EE* 1985b) Der *EE* gelang bei den Sonderwahlen für die neu beigetretenen Länder Spanien und Portugal (1987) nicht der Einzug ins *EP*, allerdings bei den nächsten Wahlen, 1989, konnte sie einen Kandidaten (Juan María Bandrés) ins *EP* entsenden. Die *EE* entwickelt in ihren europapolitischen Schriften das Selbstverständnis als Teil der ‚europäischen Linken‘, die es neu zu gründen gelte und die als pluralistische Kraft die gegenwärtige politische Verfasstheit Europas mit ihrer staatsfixierten Trägheit und territorialen Fragmentierung zu überwinden habe (vgl. *EE* 1989). Europa sei mehr als ein Kontinent und eine Idee, Europa sei eine Einheit, die in einer gewissen kulturellen, bürgerlichen und aufklärerischen Tradition stehe (vgl. *EE* 1990a: 19). Europa solle als föderale Einheit strukturiert werden, an deren politischen Prozessen das Baskenland, ausgehend von seinen Autonomierechten, gleichberechtigt mitarbeiten könne. Die Schaffung eines wahren spanischen Staates

der Autonomien, der integriert ist in ein solidarisches und progressives Europa der Völker, sei die zentrale anstehende politische Aufgabe (vgl. EE 1990b: 5).

4.2.3.1.2 Die katalanische Nationalbewegung zur Zeit des EG-Beitritts Spaniens

Schon bald nach Francos Tod forderten in Katalonien, im Kontext des Auflebens des Katalanismus, zahlreiche politische Kräfte eine aktive Rolle Kataloniens im künftigen geeinten Europa. Dabei wurde versucht, die Differenzen der katalanischen zur kastilisch-spanischen Kultur zu radikalisieren und zugleich Katalonien als bedeutenden ökonomischen und kulturellen Akteur auf dem europäischen Markt zu inszenieren (vgl. Vilarós 1999: 39).

Die *CiU* hatte schon vor dem EG-Beitritt Spaniens ihre Hoffnungen gegenüber der europäischen Integration geäußert. Pujol betonte in seinem katalanistischen Diskurs die wesentliche Differenz zwischen Spanien und Katalonien, die sich nicht zuletzt im Europabezug äußere. Katalonien sei seit seiner Gründung als karolingische Mark europäisch orientiert, während Spanien als Erbin der westgotischen Monarchie schon immer isolationistisch gegenüber Europa eingestellt war: „Es ist ein Tatbestand, dass Katalonien sich seit seiner Geburt im religiösen, kulturellen und nicht zuletzt politischen Einflussbereich der Karolinger befand. Der Rest der Halbinsel hingegen nicht.“ (Pujol 1986, zit.n. Uribe Otalora 2006: 287)

Schon 1985 hat Pujol in einer Rede in Aachen betont, dass Katalonien das einzige Volk Spaniens sei, das mit Europa eng verbunden sei. Er spricht vom „einzigenartigen Tatbestand unserer Geburt“, der sich durch die Geschichte hindurch als Konstante erwiesen hat (Pujol, zit.n. Busquets et al. 2003: 38). Dieser europäische Ursprungsmythos Kataloniens hat auch Eingang gefunden in die programmatischen Texte der *CiU*. So herrscht im moderaten Katalanismus das Selbstbild vor, dass die Europaorientierung schon immer ein bedeutender Charakterzug der katalanischen Identität gewesen sei und dass mit dem Beitritt Spaniens zur *EG* eine der historischen Forderungen Kataloniens endlich erfüllt wurde: die Zugehörigkeit zu Europa – ein Projekt, in dem Katalonien schließlich eine Avantgarderolle gespielt habe (vgl. CDC 1989: 73). Die Katalanen seien Nachkommen Karls des Großen, wie auch Aachen die historische Hauptstadt der katalanischen Mentalität, Kultur und Zivilisation sei: „Nach Aachen kommen, bedeutet nicht ins Ausland gehen, sondern zu den Wurzeln zurückkehren.“ (ebd.) Fußend auf der Behauptung der ‚natürlichen Zugehörigkeit‘ Kataloniens zu Europa hat die *CiU* die positive Ausrichtung nach Europa als ein besonderes Merkmal der katalanischen Identität propagiert: „Katalonien ist Europa, und eines der herausragenden Identitätszeichen unseres Volkes ist der widerspruchslose und unbeugsame Europagedanke.“ (CiU 1987: 3) Die Interessen Kataloniens sollten ohne Vermittlungsschritte direkt auf der Ebene der europäischen Politik vertreten werden können, wobei diese Repräsentation als die der ‚Region Katalonien‘ artikuliert wird. Auch wenn die *CiU* das Konzept des „Europa

der Völker“ vertritt, ist in den programmatischen Schriften aus dieser Zeit keine Rede von Katalonien als Nation oder als ‚Nation ohne Staat‘ (vgl. Uribe Ortalora 2006: 307). Die *CiU* kritisiert, dass im Europa der Staaten die Partizipation Kataloniens nicht ausreichend gewährleistet sei, das anzustrebende europäische Verfassungsprojekt, das auf der Vereinigung der Völker Europas fußt, hätte dies zu korrigieren (vgl. *CiU* 1989: 7). Des Weiteren wird eine Aktivität der *EU* in Kultur- und Sprachfragen gefordert, sie solle sich nicht nur der Bestandsbewahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt widmen, sondern eine bewusste Politik der Förderung einleiten (vgl. *CiU* 1989: 74). Die *CiU* hat den Prozess der europäischen Vereinigung schon früh mit einem zu befürwortenden Modernisierungsprojekt gleichgesetzt. Sie steht dabei in der europhilen Tradition des katalanischen Nationalismus:

„For *CiU*, like its early 20th-century predecessor the *Lliga Regionalista*, joining European ‚high civility‘ and becoming European citizens were objectives for Catalonia to aspire to in order to become a modern and democratic society.“ (Giordano/Roller 2002: 104)

Die Grundeinstellung wird auch im Konzept des „Europa der Völker“ deutlich, das die *CiU* als programmatisches Schlagwort verwendet, um ihr zentrales Desiderat, das Mitspracherecht im europäischen Rahmen, hervorzuheben.

Die *ERC* hat im Vergleich zur *CiU* im Hinblick auf die europäische Integration ein dezidiert nationalistisches Programm formuliert. Sie vertritt mit der Forderung eines unabhängigen katalanischen Staates der *Països Catalans*, der nicht nur das heutige Gebiet, sondern auch Teile von Südfrankreich, des *País Valencià* und die balearischen Inseln umfasst, die radikalsten Positionen des parteipolitisch organisierten katalanischen Nationalismus. Die *ERC* ist 1987 u.a. mit der baskischen *EA* und dem galizischen *Partido Nacionalista Galego* (BNG) in der Liste *Coalición por la Europa de las Naciones* angetreten. Sie versteht das europapolitische Engagement als eine Möglichkeit für Katalonien, seine nationale Identität international bekannt zu machen. Die europäische Politik wird als ein internationales Form begrüßt, auf dem die nationalpolitischen Forderungen artikuliert und sichtbar gemacht werden können. Im Programm zu den Europawahlen 1989 wird der Plan einer europäischen Verfassung skizziert, die die ‚Künstlichkeit‘ der Nationalstaaten überwindet und das die politische Vereinigung der nationalen Gemeinschaften vorsieht. Neben der Forderung nach der Anerkennung der katalanischen Sprache wird auch die Auflösung der europäischen Binnengrenzen verlangt (vgl. *ERC* 1989: 2 ff.). Es wird zudem kritisiert, dass die *EG* die jakobinische Mentalität bislang noch nicht überwunden habe, deshalb solle konsequent der volle Respekt vor der nationalen Diversität und die Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung eingefordert werden (vgl. Rodríguez-Aguilera de Prat 2009: 178 f.). Die europäische Vereinigung könne nur auf der Basis der europäischen Nationen, mit oder ohne

Staat, errichtet werden, eine Vorstellung, die sich im Schlagwort der „Europa der Nationen“ verdichtet. Die *ERC* teilt die dem Katalanismus eigene Hoffnung auf die europäische Vereinigung und geht davon aus, dass diese einen gangbaren Weg darstelle, die Zugehörigkeit zum spanischen Staat zu überwinden. Anstatt die katalanische Autonomie innerhalb des spanischen Staates einzufordern, sollte der Katalanismus vielmehr das katalanische Volk dazu mobilisieren, das unabhängige Katalonien in einem föderalen und demokratischen Europa durchzusetzen (vgl. Argelaguet 2006: 156).

Die Europaorientierung der katalanischen Bevölkerung und Politik drückt sich aus und wird befördert durch publizistische und öffentlichkeitswirksame Tätigkeiten bedeutender zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Think-Tanks. Von großer Bedeutung ist das in Barcelona ansässige „Centre Internacional Escarré per a les Minories Ètniques i les Nacions“ (*CIEMEN*), das eine katalanistische Europavision, wenn auch in einer klar nationalistischen Färbung, zu verbreiten bestrebt ist. Das *CIEMEN* wurde 1974 als NGO gegründet und widmet sich dem Studium der nationalen Minderheiten (vor allem in Europa) und deren Kämpfe um die Anerkennung ihres „Rechts auf Differenz“ (vgl. *CIEMEN* o.J.). Es gibt regelmäßig die Zeitschrift *Europa de les nacions* heraus, in dem sie über die Politik des Katalanismus und anderer ‚ethnischer Minderheiten‘ sowie über deren europapolitische Aktivitäten und Konzeptionen informiert. Das *CIEMEN* bietet in seinen Publikationen und den von ihm veranstalteten Konferenzen den Vertretern unterschiedlicher ethnonationalistischer Europaperspektiven ein Forum und dient somit als katalanisches Sprachrohr des europäischen Konzepts des Ethnoföderalismus (Stichwort: „Europa de les nacions“). Schon früh wurde aus dem Umfeld des *CIEMEN* der moderate Katalanismus und dessen Version des Euroregionalismus, wie sie von Pujol vertreten wurde, kritisiert. Dessen europapolitisches Konzept des „Europa der Regionen“ könne keine angemessene Verwirklichung der nationalen Rechte Kataloniens gewährleisten, so der Vorsitzende des *CIEMEN*, Ignasi Aureli Argemí. Dieses Konzept verweise lediglich auf eine Zukunft, in der das Funktionieren und die Effizienz des europäischen Binnenmarktes im Vordergrund stünden. Die konsequente Verwirklichung der nationalen Rechte sei darin jedoch nicht vorgesehen (vgl. Argemí 1986: 57). Das *CIEMEN* fungiert im politischen Diskurs Kataloniens als Kontrollinstanz, die über die ideologische Entwicklung des Katalanismus, vor allem dessen moderaten Flügel, wacht und die konsequente Umsetzung des nationalpolitischen Profils des Katalanismus befürwortet.

4.2.3.2 Ausdifferenzierung der Europastrategien angesichts der Vertiefung der europäischen Integration

Mit dem *EG*-Beitritt und der Teilnahme der spanischen Parteien an den Wahlen zum *EP* ist es zum Abgleich und Kontakt der Parteien der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen mit politischen Formationen aus Europa gekommen. Entlang der parteipolitischen Fraktionierung des *EPs* haben sie sich in unterschiedliche europaparlamentarische Fraktionen integriert. Die verschiedenen Etappen der Weiterentwicklung und Vertiefung der europäischen Integration, wie sie durch die Wegmarken z.B. des Vertrags von Maastricht oder der *EU*-Verfassung gekennzeichnet sind, sowie die eigene Verwicklung in die Prozesse der europäischen Politik haben die europapolitischen Visionen der Nationalbewegungen zu einer Konkretisierung gezwungen.

Der *PNV* hat eine wechselhafte europäische Assoziierungsgeschichte hinter sich: bis 1999 war er Mitglied der Fraktion der *Europäischen Volkspartei* (EVP)⁴, danach Teil der *European Free Alliance/Rainbow*-Koalition (EFA) – eine europäische Partei, die sich primär aus Regionalparteien zusammensetzt und sich für die umfassende Regionalisierung und Dezentralisierung der *EU* einsetzt –, bevor er sich 2004 der *Europäischen Demokratischen Partei* (EDP) anschließt. Die *EDP* bildet im *EP* mit der liberalen *Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reformpartei* (ELDR) eine gemeinsame Fraktion (*Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* – ALDE). Die baskische *EA* und die katalanische *ERC* sind in der *EFA* assoziiert, während *Aralar* dort zunächst einen Beobachterstatus einnimmt. Die beiden Bestandteile der katalanischen Bündnispartei *CiU* sind in unterschiedlichen Europaparteien assoziiert. Der liberale Flügel, die *CDC*, gehört seit 2005 der liberaldemokratischen *ELDR* an, während die konservativ-christdemokratische *UDC* schon kurz nach ihrer Legalisierung während der *transición* der *EVP* beitrug. Der Europaabgeordnete der *EE*, Juan María Bandrés, ist der Grünen Fraktion im *EP* beigetreten. Die Kandidaten der *HB* waren ohne feste Anbindung an Koalitionen oder Fraktionen als fraktionslose Abgeordnete im *EP* (Txema Montero 1987-1990, Karmelo Landa 1990-1994, Koldo Gorostiaga Atxalandabaso 1999-2004).

Die Zuversicht und der Gestaltungswille der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen hinsichtlich der europäischen Integration drücken sich im Handeln der beiden, vom moderaten Mehrheitsflügel des Nationalismus dominierten, Regionalregierungen auf europäischer Ebene aus. Mit dem Zugang zu den europäischen Institutionen haben sich für die beiden Nationalbewegungen neue Möglichkeiten ergeben, ‚internationale Politik‘ zu betreiben. Diese verstärkt nach innen das Projekt des *nation building*, weil es die internationale Behauptung der eigenen nationalen Identität darstellt (vgl. Keating 1998: 79). Die europäische Anerkennung als

4 Der *PNV* trat 1999 aus der *EVP* wegen des tiefen Zerwürfnisses mit dem spanischen *PP*, der ebenfalls Mitglied in der *EVP* war und ist, aus.

selbständige Akteure ist das genuine Interesse der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen. Die Repräsentation der nationalen Identität in Europa stellt für beide ein wichtiges Instrument der Selbstbehauptung dar.

Die *CiU* verfolgte seit ihrem Wahlsieg 1980 und ihrer Aktivität als katalanische Regierungspartei die Vision, Katalonien als sich selbst regierende Nation innerhalb eines schwachen, in Europa eingebetteten, spanischen Staates zu etablieren. Ohne die Frage der nationalen Unabhängigkeit zu stellen, sollte Katalonien auf möglichst vielen wirtschaftlichen und politischen europäischen Handlungsfeldern aktiv sein. Unter der *CiU* betrieb die katalanische *Generalitat* laut Pujol eine ‚Politik der internationalen Präsenz‘, die der regionalen Selbstbehauptung und der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dienen sollte (Keating 1998: 87).

In ihrer Funktion als katalanische Regierungspartei hat die *CiU* dafür gesorgt, dass die europophile Ausrichtung und Erwartungshaltung gegenüber der europäischen Integration auch institutionalisiert werden. Schon vor dem *EG*-Beitritt, 1982, wurde das der *Generalitat* angegliederte „Patronat Català Pro Europa“ gegründet, das den europäischen Austausch analysieren und fördern soll. Als private und öffentliche Körperschaft leistet sie Lobbyarbeit für katalanische Interessen in Brüssel, wo sie ein Büro unterhält, um die europäischen Institutionen und Prozesse zu beobachten. Andererseits stellt das *Patronat* Informationen über die europäische Integration zur Verfügung und nimmt als Think-Tank Einfluss auf die Meinungsbildung in der katalanischen Gesellschaft. Zudem soll es auf der Basis der Beobachtung und Analyse der europäischen Integration in der Artikulation der offiziellen katalanischen Selbstbehauptungsstrategien auf europäischer Ebene mitarbeiten. Der damalige juristische Berater des *Patronats*, Narcís Mir, wies angesichts der erstarkenden Skepsis im Katalanismus hinsichtlich Geschwindigkeit und Ausgestaltung der politischen Vereinigung Europas (z.B. die ausbleibende Anerkennung der katalanischen Nationalität und Sprache) darauf hin, dass die Kritik an der *EU*, die unter dem Motto des „Europa der Nationen“ artikuliert würden, zu radikal formuliert seien und der Komplexität des europäischen Integrationsprozesses nicht gerecht würde. Es sei, so Mir weiter, an der konstruktiven Mitarbeit des katalanischen Nationalismus an der europäischen Integration weiterhin festzuhalten (vgl. Mir 1998: 49 f.).

Das *Patronat* hat sich jedoch nicht nur der Koordination und Beratung der Europapolitik der *Generalitat* verschrieben, sondern arbeitet auch eng mit Repräsentanten der Wirtschafts- und Finanzwelt sowie mit Funktionären aus Wissenschaft und Verwaltung zusammen, um die Außenorientierung der katalanischen Wirtschaft zu unterstützen. 2007 wurde der Aufgabenbereich von der europäischen auf die globale Ebene erweitert, die Ausweitung der ‚Außenorientierung und –politik‘ Kataloniens und der *Generalitat* auf die globale Ebene drückt sich in der neuen Bezeichnung des *Patronats*, „Patronat Catalunya Món“ aus.

Neben dem *Patronat*, das die Integration der katalanischen Gesellschaft in die gesamteuropäische Gesellschaft vorantreiben soll, hat die moderat-katalanistisch

geführte *Generalitat* ein internationales Netz an Büros und weiteren botschaftsähnlichen Einrichtungen etabliert, das den Kontakt zur europäischen Politik und Zivilgesellschaft vertiefen soll (vgl. Joan i Marí 2007: 79). Zudem versuchte die *Generalitat*, vor allem unter der Führung Pujols, auf europäischer Ebene Kontakte zu knüpfen und stabile Kooperationen zu etablieren. Katalonien wirkte sehr aktiv im *Ausschuss der Regionen* (AdR) mit, hat die Gründung einer Euroregion (die Katalonien mit der französischen Region Midi-Pyrénées und Languedoc-Roussillon verbindet) vorangetrieben und auch die Kooperation der *Vier Motoren für Europa* – eine Kooperationsgemeinschaft zwischen Baden-Württemberg, Katalonien, der italienischen Region Lombardei und der französischen Region Rhône-Alpes, die sich der Stärkung der regionalen Wirtschaft und der Vergrößerung des politischen Einflusses dieser Regionen innerhalb der *EU* widmen – eingeleitet (vgl. Petschen 1998: 147 f.).

Wie Katalonien hat auch das Baskenland eine ‚internationale und europäische Politik‘ und Aktivitäten der Regionalregierung initiiert, die die Ziele verfolgt, die nationale Eigenständigkeit wiederzuerlangen und die wirtschaftlichen Beziehungen und Vernetzungen zu vertiefen. 1985 hat die baskische Regierung ein Büro für *EG*-Angelegenheiten gegründet, das von einem ‚Amt für Auswärtiges Handeln‘ ergänzt wird. Das Baskenland hat auf europäischer Ebene zudem an der interregionalen Zusammenarbeit teilgenommen. Auch im *AdR* hat sich die baskische Regionalregierung engagiert, seit 1992 war der *lehendakari* Ardanza Mitglied des Exekutivbüros des Ausschusses. Insgesamt kann ein großes Engagement des Baskenlandes festgestellt werden, das in Aktivitäten, die auf das „Europa der Regionen“ ausgerichtet sind, eine Vorreiterrolle eingenommen hat (vgl. de Castro Ruano 1998: 170 f.). 1994 hat die baskische Regierung eine eigene Vertretung in Brüssel, die Teilnahme im Ministerrat und die offizielle Anerkennung des baskischen Büros gefordert, was einen weiteren Konflikt mit der Zentralregierung über die Auslegung der Kompetenzen der *AG Euskadi* entfacht hatte (vgl. Keating 1998: 88). Dieser schwelte schon seit 1988 vor sich hin, als die baskische Regierung offiziell ein Büro in Brüssel eröffnet hatte und wogegen die spanische Zentralregierung erfolgreich Klage vor dem spanischen Verfassungsgericht eingereicht hatte (vgl. de Castro Ruano 1998: 176). Letztlich wurde dieses Urteil 1994 revidiert, und es wurde den *AG* freigestellt, Handlungen mit auswärtigem Bezug vorzunehmen. 1996 öffnete schließlich der *lehendakari* Ardanza die offizielle Vertretung des Baskenlandes in Brüssel.

Im *AdR* spielten katalanische und baskische Politiker eine prominente Rolle. Die katalanischen Regierungspräsidenten Pujol und Maragall hatten zwischenzeitig den *AdR* als europapolitischen Durchbruch gefeiert und die Vision von einer europäischen Regionalkammer artikuliert. Allerdings zeigten sich sowohl die baskischen als auch die katalanischen Politiker bald schon enttäuscht von den beschränkten Möglichkeiten dieses rein beratenden Organs, das die Regionen mit Kommunen

teilen müssten und das den Bedürfnissen des Baskenlandes wie auch Kataloniens nicht gerecht werde (vgl. Nagel 2009: 90).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre machten sich die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration auf die katalanischen und baskischen Regionen bemerkbar. Beide Ökonomien profitierten von der europäischen Vernetzung, der spanische Markt verlor im Vergleich zum europäischen zunehmend an Bedeutung. Mit Ausnahme der tiefen Konjunkturkrise 1993, haben sich die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die beiden regionalen Ökonomien als sehr positiv erwiesen, was die positiven Einstellungen auch der gesamtspanischen Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration stabilisiert hat. Der Zufriedenheit angesichts der ökonomischen Entwicklung stand die Ernüchterung der Illusionen gegenüber, die sich die Nationalbewegungen von der europäischen Integration gemacht hatten. In der weiteren Vertiefung des europäischen Integrationsprozesses (Vertrag von Amsterdam, Maastricht, Projekt der europäischen Verfassung) blieben bedeutende, weitere Schritte in der nationalpolitischen Emanzipation aus. Diese Stagnation war besonders schmerzlich und deutlich, angesichts der erfolgreichen Sezessionsbestrebungen in den zerfallenden multiethnischen Staaten Osteuropas. Neben der Enttäuschung katalanischer und baskischer Politiker darüber, auf der Ebene der europäischen Institutionen und Gremien (*EP*, *AdR*) keinen effektiven politischen Einfluss in Richtung nationale Emanzipation ausüben zu können, hat sich auch in den Bevölkerungen der beiden Regionen eine gewisse Desillusionierung hinsichtlich der *EU* breit gemacht. Beim Referendum über den *EU*-Verfassungsvertrag kam nur in den baskischen Gebieten Euskadi und Navarra sowie in Katalonien die Anzahl der Negativstimmen auf über 25 %, was als ein Gegentrend in der Europafreundlichkeit der beiden Regionen gedeutet werden kann (vgl. ebd.: 84). Während bei den Europawahlen 2009 die Wahlbeteiligung spanienweit bei 44,59 % lag, hatte Katalonien mit 37,5% eine der niedrigsten Wahlbeteiligungen in ganz Europa. Im Baskenland gingen ebenso lediglich 41,96% der Wahlbevölkerung wählen⁵.

4.2.3.2.1 Ausdifferenzierung und Entwicklungen in der baskischen Nationalbewegung

Jenseits der recht abstrakt bleibenden Konzeption des „Europa der Völker“, in der dem Baskenland seine Unabhängigkeit zugestanden wird, hat der *PNV* in seinen europapolitischen Schriften immer wieder konkrete Forderungen artikuliert. Er hält an der Vorstellung von der föderalen Union der europäischen Völker fest und propagiert in den Wahlprogrammen von 1994 und 1999 das Ziel, dass das Baskenland vollberechtigtes Mitglied der *EU* werde. Die künftige europäische Verfassung solle

5 Die Wahlstatistiken finden sich auf den Internetseiten des spanischen Innenministeriums: <http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm> (letzter Zugriff 30.9.2011).

durch eine föderale institutionelle Struktur der *EU* gekennzeichnet sein (PNV 1994: 4ff.), wobei das Leitbild des föderalen „Europa der Nationen“ keine Absage an das Recht des baskischen Volkes auf Selbstbestimmung darstelle. Für den *PNV* ist der Europabezug weiterhin von zentraler Bedeutung, der Europaabgeordnete Josu Ion Imaz stellt im Wahlkampf 1994 die existenzielle Rolle Europas für das Baskenland heraus: „Um in diesen Zeiten als Volk weiterbestehen zu können, ist es unerlässlich, dass wir an der Konstruktion Europas teilnehmen und uns für die baskische Selbstverwaltung auf dieser Ebene einsetzen.“ (*El diario Vasco* vom 05.06.1994) Die Verteidigung der im Rahmen der spanischen Verfassung garantierten baskischen Selbstregierungs Kompetenzen ist die minimale europapolitische Kernforderung des *PNV*. So lange das Baskenland noch kein vollwertiges Mitglied der *EU* sei, sollten die schon bestehenden Autonomiekompetenzen respektiert und nicht durch *EU*-Maßnahmen eingeschränkt werden (vgl. Zenarruzabeitia 1999), was insbesondere für die baskische finanzpolitische Autonomie, den so genannten *Concierto Económico*, gelten soll (vgl. Ibarretxe 1999).

Im Wahlprogramm von 1999, das der *PNV* gemeinsam mit der *EA* verfasst hat, wird die prinzipielle Aufgabe der Erlangung der Souveränität des baskischen Volkes erwähnt. Das Baskenland solle bei den Wahlen zum europäischen Parlament einen eigenen Wahlkreis und nicht nur einen kleinen Teil des gesamtspanischen Zensus darstellen. Das *EP* solle in seinen Funktionen gestärkt werden und sich aus dem aggregierten Wählerwillen der Regionen zusammensetzen (vgl. *EA/PNV* 1999: 11). Die Forderung nach der Vertiefung und Demokratisierung der europäischen Institutionen ist ein zentraler programmatischer Punkt der Europakonzeption des *PNV*. Er umfasst neben pragmatischen Vorschlägen, die auf die Demokratisierung des *EP* und der *EU* abzielen, Forderungen nach der Anerkennung der Pluralität der Staaten Europas (*EA/PNV* 1999). Im Prozess der europäischen Integration soll die volle Anerkennung der politischen Selbstbestimmung des Baskenlandes angestrebt werden, weshalb stets die konkrete Forderung nach der direkten Repräsentation der baskischen Regierung in den *EU*-Institutionen artikuliert wird.

Der nationale Selbstbestimmungskurs des *PNV* hat sich in den späten 90er Jahren radikalisiert, was als die ‚souveränistische Wende‘ bezeichnet wurde. Durch die Annäherung an den radikalen baskischen Nationalismus im Rahmen des *Paktes von Lizarra* (1998) hat sich der Diskurs des *PNV* nachhaltig radikalisiert. In der *Declaración de Barcelona* drückte der *PNV* gemeinsam mit den Mehrheitsparteien des katalanischen (*CiU*) und galizischen Nationalismus (*BNG*) ihre Unzufriedenheit mit der fehlenden Anerkennung der Plurinationalität Spaniens aus. Sie betonten weiterhin, dass im Zuge der europäischen Vereinigung die Umverteilung und Dezentralisierung der politischen Macht unerlässlich sei. Zudem sollte die *EU* auf der Grundlage des Respekts und der Unterstützung der unterschiedlichen europäischen Völker und Identitäten aufbauen (vgl. Galeusca 1998). Die Radikalisierung des nationalistischen Profils des *PNV* zeigt sich auch bei den Europawahlen 1999, zu denen der

PNV unter anderem mit dem radikalen Flügel der katalanischen Nationalbewegungen (*ERC*) zusammen in einer gemeinsamen Liste (*Coalición Nacionalista – Europa de los Pueblos*) angetreten ist. Im Rahmen dieser strategischen Neuausrichtung seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre diagnostiziert der *PNV* verstärkt eine Legitimationskrise der *EU*, die baskische Frustration mit Europa drückt sich deutlicher aus. Ibarretxe sieht dafür den Grund darin, dass die europäische Integration nicht das neue politische Projekt Europas realisiert hat, das sich viele erhofft hatten (vgl. Ibarretxe 1998: 59). Die europäische Integration folge, wie an den *EU*-Gipfeln und -beschlüssen in Maastricht und in Amsterdam beobachtet werden könne, den Vorgaben ökonomischer Notwendigkeiten, und gehe nicht aus dem politischen Willen der Bürger und Völker hervor (vgl. ebd.). Es sei zwar das politische und demokratische Defizit des Integrationsprozesses erkannt worden, eine zufrieden stellende Lösung wurde jedoch bislang nicht formuliert, was sich in der Regionalpolitik zeige. Die Bedeutung der substaatlichen Entitäten sei zwar mittlerweile anerkannt, dennoch bekämen diese keine konkrete Kompetenzen zugewiesen (vgl. ebd.: 60). Die *EU* sei weit davon entfernt, ihre konkrete Ausgestaltung und Instrumente, vor allem im Hinblick auf die interne Demokratie und die regionalen Dimensionen, festzulegen. Ibarretxe kritisiert zudem den ökonomischen Schwerpunkt der Integrationslogik, weil sozialpolitische Themen (Lohnpolitik; soziale Ungleichheit) keinen Gegenstand der europäischen Politik darstellen (vgl. ebd.: 61 ff.). Dennoch solle das Baskenland, wie auch andere Regionen oder Nationen ohne Staat, die europäische Herausforderung annehmen und durch die effektive Ausnutzung der Autonomierechte dafür sorgen, dass die eigenen Ökonomien vom europäischen Binnenmarkt und Wettbewerb profitieren (vgl. ebd.).

Diese ‚regionalistische Strategie‘ der Begrüßung der ökonomischen Integration bei gleichzeitiger selbstbewusster Einforderung einer rechtlichen Sonderbehandlung der ‚nationalen Region‘ des Baskenlands wendete sich vor allem gegen den drohenden Bedeutungsverlust der subnationalen Kompetenzen im Kontext der Vertiefung der *EU*, von dem vor allem Regionen mit umfassenden Selbstregierungskompetenzen, wie das Baskenland und Katalonien, betroffen seien. Die Enttäuschung über die ausbleibenden Fortschritte in der politischen Dimension wurde gemildert durch die äußerst positive Entwicklung der baskischen Ökonomie, die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre nach einem krisenhaften Anpassungsprozess zu Beginn dieser Dekade wieder hohe Wachstumsraten aufweisen konnte. Im Zentrum der Europastrategie des *PNV* stand weiterhin die Kernforderung nach der vollwertigen baskischen Partizipation in den europäischen Institutionen.

Die Radikalisierung und strategische Neuausrichtung des *PNV* hat zu Beginn der 2000er Jahre im so genannten „Ibarretxe-Plan“ ihren programmatischen Ausdruck erfahren. Aus den Regionalwahlen 2001 gestärkt hervorgegangen, hat der *PNV* unter der Führung von Ibarretxe ein umfassendes Projekt der Revision des bisher gültigen Autonomiestatuts auf den Weg gebracht. Im September 2002 ist der

Plan der Öffentlichkeit vorgestellt worden, der die Neugestaltung der spanisch-baskischen Beziehungen entlang einer ‚freien Konföderation‘ des Baskenlandes zum Ziel hat.

Die Begründung der Notwendigkeit der Reform des Autonomiestatuts erfolgte auch mit dem Verweis auf die europäische Integration, da eine Vielzahl der im Statut von 1979 delegierten Kompetenzen nun in die Hoheit der *EU* falle und die baskische Selbstregierung sukzessive unterminiert würde (vgl. Pérez Nievas 2006: 52). Im Zentrum des Reformvorschlages des baskischen Autonomiestatuts steht die Anerkennung des baskischen Rechts auf Selbstbestimmung. Auf der Grundlage der Ausübung dieses Rechts soll das Verhältnis zwischen den drei Provinzen der *AG* Baskenland (später ist auch der Einbezug von Navarra und der drei baskischen Provinzen Frankreichs vorgesehen) und Spanien in ein Verhältnis der ‚freien Assoziation‘ überführt werden. Zudem wird die direkte Repräsentation in den Institutionen der *EU* und die Partizipation bei Ministerratstreffen gefordert, wenn Themen, die das Baskenland betreffen, besprochen werden (vgl. Bray/Keating 2006: 353 ff.). Das souveränistische Vorhaben der Neuausrichtung des Verhältnisses zu Spanien wurde im Rahmen der europäischen Perspektive als ‚interne Erweiterung‘ der *EU* gedacht. Durch diese sollten die subnationalen Territorien der Mitgliedsstaaten einen Zugang zur europäischen Politik erhalten (vgl. ebd.: 356). Die angestrebte freie Assoziation zwischen Spanien und dem Baskenland solle im Rahmen eines Europas der Völker realisiert werden, in dem den Völkern das demokratische Recht auf Selbstbestimmung zugestanden wird. Die europapolitische Dimension des Plans wurde jedoch nicht weiter vertieft, da die politische Aushandlung des europäischen Verfassungsentwurfs schon bald beendet wurde und in ihm keine Möglichkeiten für die weitere politische Behandlung der ‚baskischen Frage‘ vorgesehen waren. In jenem wurden weder die Nationen ohne Staat als mögliche Subjekte der Europapolitik anerkannt noch die baskische Sprache als offizielle europäische Sprache (vgl. ebd.: 357). Der „Ibarretxe-Plan“ erhielt zudem schon kurz nach seiner öffentlichen Vorstellung einen Dämpfer, da die Europäische Kommissionen verlauten ließ, dass der Plan einer ‚freien Assoziation‘ des Baskenlands mit dem spanischen Staat nicht mit den *EU*-Verträgen vereinbar sei (vgl. Pérez-Nievas 2006: 52).

Trotz des europäischen Dämpfers für die Selbstbestimmungsoffensive drückt der *PNV* weiterhin seine positive Einstellung gegenüber der europäischen Integration aus, so auch im Wahlprogramm zu den Wahlen zum *EP* 2004, das den Titel „Ein neues, erweitertes und weltoffenes Europa“ („Una nueva Europa ampliada y abierta a las personas y al mundo“) trägt. Dort fordert der *PNV* die Konzeption einer europäischen Verfassung, die klar und nach föderalen Prinzipien strukturiert ist. Als überstaatliche Struktur solle sie auf dem Prinzip geteilter Souveränitäten fußen, die auf vier unterschiedlichen Regierungsebenen (Europa, Nationalstaat, subnationale Ebene, lokale Ebene) eine klare Kompetenzzuweisung vornimmt (vgl. *PNV* 2004: 15). Dennoch sollten zugleich Gebiete mit ‚nationaler Persönlichkeit‘, mit einer be-

sonderen Geschichte, Sprache und eigenen Gesetzeskompetenzen einen Sonderstatus genießen. Nicht zuletzt solle Europa seine internen kulturellen Differenzen anerkennen und all seinen Bürgern zugestehen, sich in ihrer Muttersprache an die europäischen Institutionen wenden zu können.

Die Kontinuität der Europhilie des *PNV* zeigte sich an der Parteikampagne anlässlich des Referendums über den europäischen Verfassungsvertrag. Dieser bedeutete, so der *PNV* in seiner Begründung für die Unterstützung des *EU*-Verfassungsentwurfs, letztlich mehr Europa und weniger Spanien und Frankreich, was einen Schritt nach vorne darstelle (vgl. *PNV* 2005: 12). Auch wenn es sich um keine wirkliche Verfassung handele, sei im Verfassungsvertrag ein begrüßenswerter, qualitativer Schritt der Vertiefung der europäischen Integration zu sehen (ebd.: 6 f.)⁶. Die enge Verknüpfung von nationalistischer Rhetorik und europäischer Perspektive wird auch im Wahlprogramm des *PNV* von 2009 deutlich, trotz des Dämpfers, den der „Ibarretxe-Plan“ und somit die Vorstellung von der vollen baskischen Souveränität auf europäischer Ebene erlitten haben. Es werden die ‚klassischen Forderungen‘ nach der Vertiefung und Demokratisierung der *EU* und der Anerkennung des *Euskera* als offizielle europäische Sprache artikuliert. Das *EP* solle als Motor der europäischen Vereinigung und Willensbildung gestärkt und der Subsidiaritätsgedanke konsequenter umgesetzt werden sollten (vgl. *PNV* 2009: 24). Die nächsten Schritte müssten darin bestehen, ein europäisches Demos und eine entsprechende Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zu schaffen und die subnationalen politischen Gemeinschaften und Einheiten verstärkt an der politischen Mitgestaltung zu beteiligen. Weitere Korrekturvorschläge, die schon in früheren Wahlprogrammen geäußert wurden, zielen auf die Garantie des baskischen *autogobierno* (der „Selbstregierung“), die Möglichkeiten der Repräsentation baskischer Interessen auf europäischer Ebene und die Anerkennung von *Euskal Herria* als eigener Wahlkreis bei den Europawahlen ab. Anders als andere Fraktionen des baskischen Nationalismus tritt der *PNV* jedoch nicht mit der politischen Forderung auf, *Euskal Herria* politisch wieder zu vereinigen, *Euskal Herria* dient lediglich als territorialer Bezugsrahmen einer entsprechenden Euroregion (vgl. Uribe Otalora 2006: 362).

Die *EA* kritisiert die Vertiefung der europäischen Integration, ausgehend von der Behauptung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und der Erlangung der Unabhängigkeit der politischen und territorialen Einheit *Euskal Herrias* im Rahmen der *EU*. Die europäischen Nationen ohne Staat sollten über eine Vertretung und di-

6 Dass die Europhilie der Partei jedoch nicht ungebrochen ist, zeigte sich auf ihrer Nationalversammlung im Dezember 2004, auf der die Taktik im Hinblick auf das spanische Referendum über die europäische Verfassung diskutiert wurde. Dort sprach sich ein Drittel der Delegierten gegen den europäischen Verfassungsvertrag aus, was das Ansteigen der Euroskepsis in der Partei nicht zuletzt wegen des europapolitischen Ausbremsens des Ibarretxe-Plans deutlich macht; vgl. Pérez-Nievas 2006.: 52 f..

rekte Teilnahmerechte auf der Ebene der europäischen Politik verfügen. Darüber hinaus komme Europa die Rolle zu, die demokratischen Rechte und Menschenrechte zu verteidigen, und somit nicht zuletzt die friedliche Verteidigung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung.

Im Europadiskurs der *EA* sind deutlich kritische Töne hinsichtlich der konkreten Gestalt der *EU* zu vernehmen. Die Kritik bezieht sich dabei auf das Demokratiedefizit, die mangelnde Geltung des Prinzips der Subsidiarität und die Blockade des souveränistischen Rechts der Nationen ohne Staat, über ihre Zukunft selbst entscheiden zu können. Auch die zunehmend wettbewerbsstaatliche Ausprägung der *EU* wird kritisiert und die europaweite Absicherung sozialer Rechte eingefordert. Neben die Enttäuschung wegen der ausbleibenden Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung tritt die zunehmende Skepsis der *EA* angesichts der neoliberalen Ausrichtung der Politik der *EU*. Im Anschluss an die Diskussionen der globalisierungskritischen Bewegung und die Beschlüsse der Weltsozialforen von Porto Alegre fordert die *EA* einen gerechten Ausgleich in der internationalen Handelspolitik und auch eine sozialere Gestaltung der europäischen Politik „nach Innen“ (vgl. Lasagabaster 2003b: 5).

Angesichts des Weißbuchs „Europäisches Regieren“ der Europäischen Kommission kritisiert die *EA* die untergeordnete Rolle des Parlaments im europäischen Institutionengefüge (vgl. *EA* 2001: 12). In jedem demokratischen System sollte dem Parlament als Ausdruck des politischen Willens der gesamten Bürger die höchste institutionelle Priorität beigemessen werden, so auch in der *EU*. Zudem wird bemängelt, dass die *EU* immer noch lediglich die Nationalstaaten als politische Subjekte anerkennt. Die minoritären Nationalbewegungen würden als egoistisch und partikularistisch kritisiert, während die *EU* den Regionen und Nationen ohne Staat weiterhin keine eigenen Repräsentationsmöglichkeiten und Rechte zugesteht (vgl. ebd.). Fußend auf der Kritik des Kommissionspapiers artikuliert die *EA* den Vorschlag, die Staatsfixiertheit der *EU* zu überwinden und ein demokratisches Europa, basierend auf dem politischen Willen der Völker, zu konstruieren.

Leitend für die Vision vom demokratischen Europa der *EA* bleibt die Vorstellung vom „Europa der Völker“, in dem allen Nationen umfassende demokratische Rechte zugestanden werden. Ein Konzept, das dezidiert im Vergleich zu Konzeptionen des föderalen Europa die nationale Selbstbestimmung einfordert. Angesichts dieser Kritik an der jüngsten Ausgestaltung der *EU* verwundert die Ablehnung des *EU*-Verfassungsvertrags durch die *EA* nicht. Dieser sehe nämlich keinen ausreichenden Schutz der ‚Nationen ohne Staat‘ vor, wie auch das Recht auf nationale Selbstbestimmung weiterhin unerwähnt bleibe (vgl. *EA* 2005: 2). Neben den national-identitären Kritikpunkten bemängelt die *EA* zudem, dass das europäische Sozialmodell und die Festschreibung sozialer Rechte im Verfassungstext kaum eine Rolle spielten. (vgl. ebd. f.). So kommt es, dass die *EA* als „most pro-EU party in the Basque Country“ (Acha 2006: 80 f.), ihr nationalistisches und linkes Profil un-

terstreichend, eine Kampagne gegen den Verfassungsvertrag gestartet und diesen in den sozialen, demokratischen und nationalpolitischen Schwachpunkten radikal kritisiert hat.

Trotz der vehementen Kritik der *EU* besteht die europapolitische Resthoffnung der *EA* darin, dass das Streben nach Demokratie im und fürs Baskenland in Europa auf verständnisvollere Ohren stoße als in Spanien (vgl. Goikoetxea 2007: 7). Das Demokratiedefizit der *EU* solle mittels der Demokratisierung und Dezentralisierung des politischen Gefüges erreicht werden (Goikoetxea 2007: 8). Die ‚Nationen ohne Staat‘ wie die Regionen könnten sich als wichtiges Instrument der Dezentralisierung der *EU* und den effektivsten Weg darstellen, die europäischen Institutionen den Bürgern näher zu bringen. Sie könnten, so die harmonische Zukunftsvision der *EA* hinsichtlich der *EU*, quasi als Motor der europäischen Konstruktion dienen (vgl. EA: 2007). Um die Legitimationskrise und das Demokratiedefizit der *EU* effektiv zu bekämpfen, müssten diese kleineren politischen territorialen Einheiten besser in die politischen Prozesse eingebunden und mit mehr Ressourcen ausgestattet werden. Sie könnten das Projekt der *EU* neu beleben und neue Kräfte und Illusionen mobilisieren (vgl. ebd.). Die Solidarität zwischen den Völkern, Sprachen und Kulturen sollte die Basis für die Konstruktion eines demokratischen und geeinten Europas bilden. Zugleich wird die jakobinische Konzeption des Nationalstaats als für überkommen erklärt, genauso wie eine Konzeption der europäischen Integration, in der die Geschicke Europas in der Macht der großen Nationalstaaten lägen (vgl. EA 2009a: 41). Dem entgegen müsse die größtmögliche Partizipation aller Völker an den politischen Prozessen gewährleistet und die Möglichkeiten der Selbstregierung wie auch die Identitäten der Völker garantiert werden (vgl. ebd.).

Aus diesen Gründen hat die *EA* die Osterweiterung der *EU* befürwortet, denn der *EU*-Beitritt kleinerer Nationen, wie z.B. Slowenien, die Slowakei oder Litauen könnte, so das mitschwingende Kalkül, die kollektiven Rechte des Baskenlandes und den Wunsch nach Eigenstaatlichkeit letztlich nur befördern. Wenn diese kleinen Nationen voll anerkannte Mitgliedsstaaten der *EU* sein können, gebe es kaum mehr Gründe, diesen Status auch anderen westeuropäischen Nationen zuzugestehen. Die *EU* solle so umfassend wie möglich sein und allen demokratisch verfassten Beitrittskandidaten offen stehen. Auch anlässlich der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo bekräftigt die *EA* in einem mit der katalanischen *ERC* und der schottischen *SNP* gemeinsam verfassten Papier das fundamentale demokratische Recht von Nationen, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden (vgl. EA 2008).

Aralar ist als noch recht junge politische Formation erstmals 2009 zu den Wahlen zum *EP* angetreten. *Aralar* hat sich nach der Abspaltung von der *HB*, der Partei der offiziellen *IA*, zu einer etablierten politischen Größe im Baskenland entwickelt. Ihr europapolitisches Profil ist ihrem recht jungen Alter entsprechend, noch recht schwach ausgeprägt. Auch *Aralar* tritt für das „Europa der Völker“ ein, verwendet teilweise jedoch auch die nicht-national-identitäre Rede vom „Europa der Bürge-

rinnen und Bürger“. *Aralar* gründet seine Europakonzeption auf basisdemokratische Überlegungen. Zunächst solle sich *Euskal Herria* als nationale Realität und souveränes Volk durch die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung emanzipieren, erst dann stelle sich die Frage, für welche internationalen Assoziationen sich die baskische Bevölkerung ausspricht (vgl. *Aralar* o.J. I.: 5). *Aralar* vertritt eine Vorstellung von der demokratischen Konstitution Europas, in der die demokratische Kontrolle durch die europäische Bürgerschaft an erster Stelle steht. Hauptkritikpunkt an der *EU* ist, dass diese von ökonomischen und politischen, demokratisch nicht kontrollierbaren Makrostrukturen (Nationalstaaten, transnationales Kapital) bestimmt werden (vgl. ebd.). Deshalb sei es eine offene und zweifelhafte Frage, ob das Baskenland künftiger Bestandteil der *EU* sein sollte (vgl. ebd.). Mit dem Verweis auf das baskische Nein beim Referendum über den Beitritt Spaniens zur NATO (1986) wird betont, dass sämtliche für Spanien gültigen völkerrechtlichen Abkommen im Falle der Konstituierung der föderalen Republik *Euskal Herria* zu revidieren seien. Auch die politische Einheit Europas müsse immer wieder im Rahmen einer demokratischen Abstimmung zur Disposition gestellt werden können.

Der Zentralisierung der politischen und ökonomischen Macht in der *EU* wird die Kontrolle der Bürger im Rahmen eines demokratischen „Europa der Völker“ gegenübergestellt (vgl. ebd.). Der demokratische Charakter der *EU* ist nach *Aralar* mehr als zweifelhaft. Ihre Schlüsselinstitutionen seien demokratisch nicht legitimiert und die Kompetenzen des *EP* darüber hinaus sehr begrenzt (vgl. ebd.: 22). Das in der Programmatik von *Aralar* gezeichnete Gegenbild vom „Europa der Völker“ ist durch eine starke Betonung des demokratischen Willens der Bevölkerung gekennzeichnet. ‚Volk‘ wird danach verstanden als ein territorial klar bestimmter Körper, der in demokratischen Entscheidungen den Volkswillen ermittelt. *Euskal Herria* solle als in Europa unabhängige und konföderierte Entität daran mitarbeiten, den gegebenen rechtlichen und politischen Rahmen zu überwinden, um letztlich Räume der demokratischen, souveränen Entscheidungsmacht zu konstituieren (vgl. *Aralar* 2004: 2). Zudem hat *Aralar* sich der umfassenden Demokratisierung des gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebens verschrieben, was auch in der Kritik an der sozioökonomischen Ordnung Europas zum Ausdruck kommt. *Aralar* fordert einen grundlegenden Wandel der sozioökonomischen Ordnung mit dem Ziel der umfassenden Garantie sozialer Rechte und demokratischer Mitbestimmung. Die *EU* sei als „Europa des Kapitals“ zu kritisieren, da sie den Direktiven des transnationalen Kapitals folge und ihre Politik maßgeblich am neoliberalen Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet. Dem setzt *Aralar* Elemente der direkten Demokratie entgegen wie auch die Forderung nach umfassenden sozialen Bürgerschaftsrechten. Die konkreten Verbesserungsvorschläge von *Aralar* zielen auf eine Vertiefung der demokratischen Qualität der *EU* hin. Das *EP* solle ein Parlament mit vollen legislativen Funktionen sein, wie es auch in den Mitgliedsstaaten der Fall ist.

Die Europäische Kommission solle direkt vom Parlament ernannt und kontrolliert werden, und der Präsident der *EU* soll durch die direkte Wahl der europäischen Bevölkerung ermittelt werden. Des Weiteren sollten Möglichkeiten der direkten Demokratie in die institutionelle Architektur der *EU* eingeführt werden (vgl. Irazabalbeitia 2009). Den *EU*-Verfassungsvertrag lehnt *Aralar* ab, weil dort keine angemessene Anerkennung der grundlegenden sozialen und nationalen Rechte vorgesehen sei. Angesichts der Abstimmung über den *EU*-Verfassungsvertrag hat *Aralar* ihr Ziel darin gesehen, eine breite Unterstützung für das linke und abertzale „Nein“ zur *EU*-Verfassung zu mobilisieren (vgl. *Aralar* 2004: 7).

Die *IA*, deren *EP*-Parlamentarier im *EP* fraktionslos waren, hat ihre radikale Kritik am Integrationsmodus der *EU* im Kontext von deren Vertiefung weiter ausgebaut. Bei den vergangenen Wahlen zum *EP* konnten die Listen der *IA* bis zur Illegalisierung der Partei *Batasuna* – mit der Ausnahme der Legislaturperiode von 1994 bis 1999 – stets einen Sitz im *EP* gewinnen. 2004 wurde die Liste der *IA*, *Herriarren Zerrenda* (HZ), vom spanischen Staat verboten, und 2009 verpasste die linksnationalistische Bündnisliste *Iniciativa Internacionalista – Solidaridad de los Pueblos* (II-SP), die von der illegalen *IA* unterstützt wurde, den Einzug ins *EP*⁷.

Hinsichtlich der sich vertiefenden europäischen Integration und der Politik der *EU* artikuliert die *HB* eine dezidierte Kritik. Als linke und radikale Spielart des baskischen Nationalismus lehnt sie die Konkretisierung der europäischen Vereinigung, wie sie sich im *EU*-Vertrag von Maastricht manifestiert hat, ab. Dieser wird als ein politisches Projekt, das den Interessen des multinationalen Kapitals entspreche und ein Europa der Ungleichheit schaffe, in dem nur die mächtigen Staaten Europas mitreden könnten, zurückgewiesen. Es wird zudem kritisiert, dass die ‚Nationen ohne Staat‘ keine Mitbestimmungsmöglichkeiten auf *EU*-Ebene haben, sie ihre eigenen Ökonomien nicht ausreichend schützen könnten und somit ihre ohnehin schon rechtlose Situation durch den Integrationsprozess noch verstärkt werde (vgl. *HB* 1994a: 79). Die *HB* hat eine sechs Bände umfassende Analyse und Kritik des europäischen Integrationsprozesses *Europa kritika eta alternatiba* verfasst und dort die Gründe für ihr ‚Nein‘ zum Vertrag von Maastricht erläutert. Ihre Ablehnung sei als „europäisches Nein“ zu verstehen, weil das politische Projekt der europäischen Integration defizitär sei und durch ein alternatives ersetzt werden solle, als „baskisches Nein“, weil die nationalen Realitäten von *Euskal Herria* nicht anerkannt wür-

7 1987, bei den ersten spanischen Wahlen zum *EP*, konnte die *HB* 360.952 Stimmen (1,87 %) gewinnen und wie auch 1989 (269.094 Stimmen, 1,70 %) einen Kandidaten ins *EP* entsenden. 1994 verfehlte die *HB* die Mindeststimmenanzahl für einen Parlamentssitz mit 180.324 Stimmen (0,97 %), 1999 konnte die Wahlplattform *Euskal Herriarok* (EH) mit 306.923 Stimmen (1,45 %) wieder ins *EP* einziehen. Die Liste *HZ* wurde 2004 in Spanien verboten, in Frankreich, wo die *IA* jedoch keine gewichtige Unterstützung hat, konnte sie antreten.

den, als „demokratisches Nein“, weil die demokratische Beteiligung der Bürger von unten nicht gewährleistet sei und als „linkes Nein“, weil es sich um ein Projekt der mächtigsten Staaten Europas und des multinationalen Kapitals handle, das die sozialen und regionalen Ungleichheiten noch vertiefen würde (vgl. HB 1994b: 12 f.). Mit dem Vertrag von Maastricht würden der monetaristische und neoliberale Charakter der *EU* noch verstärkt und die Interessen des Großkapitals verteidigt.

Die *HB* kritisiert die politischen Konsequenzen der europäischen Integration vornehmlich darin, dass den europäischen Mitgliedsstaaten die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht und somit enorme Sparprogramme auferlegt werden. Ausgehend von der Analyse der unterschiedlichen Niveaus an Wohlfahrtsstaatlichkeit in den europäischen Mitgliedsstaaten sei zu erwarten, dass durch die Sparprogramme und Stabilitätskriterien ein europaweites Zurückdrängen der sozialstaatlichen Absicherungssysteme erfolge, was verheerende Konsequenzen für die unteren sozialen Schichten habe (vgl. HB 1997a: 33 f.). Während das globalisierte Kapital mit dem Ultraliberalismus eine klare Strategie fährt und seit längerem schon anwendet, seien die möglichen sozialen Gegenbewegungen und gemeinsame Gegenstrategien nicht klar, so der Europaabgeordnete der *EH*, Gorostiaga. Erste Ideen und mögliche Schritte könnten die Homogenisierung des europäischen Arbeitsrechts oder der sozialen Absicherungssysteme darstellen (vgl. Gorostiaga 1999: 11).

Trotz der fundamentalen Kritik an der konkreten Realität der *EU* behauptet die *HB* die Notwendigkeit, einen gemeinsamen politischen europäischen Raum zu konstruieren. Sie skizziert die Gegenvision eines „Neuen Europa“ und behauptet die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Alternative zu dem vorherrschenden Integrationsmodell. Die ideologischen Grundpfeiler dieser Alternative sollten aus den Prinzipien der ökonomischen Solidarität und sozialen Kohäsion bestehen. Des Weiteren sollte in der künftigen europäischen Gemeinschaft die Dynamik von den Völkern und Nationen ausgehen und die kulturelle und sprachliche Diversität anerkannt werden (vgl. HB 1994b: 13). Das künftige Europa solle als „Europa der Nationen“ die umfassende Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung verankern, weshalb auch *Euskal Herria* die volle nationale Realität zuzugestehen sei. Im Bündnis mit dem galicischen *BNG* und der portugiesischen *União Democrática Popular* (UDP) hat die *HB* ein partizipatives und wahrhaft demokratisches Europa gefordert:

„Europa kann nicht auf der Grundlage der Ablehnung und des Ausschluss fußen. Europa ist eine Gesamtheit nationaler Identitäten, eine ökonomische, kulturelle und sprachliche Pluralität. Die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung aller Nationen ohne Staat und die Einrichtung von Mechanismen, die die politische Partizipation garantieren, stellen den Grundpfeiler der neuen anzustrebenden Architektur Europas dar.“ (HB 1994c: 37)

Die Bilanz ihrer ersten europapolitischen Erfahrungen fällt, trotz der bleibenden, gar noch verstärkten euroskeptischen Einstellung der *HB*, positiv aus. So hebt der *EP*-Abgeordnete Montero hervor, dass die Präsenz und Aktivität der *HB* auf der Ebene der europäischen Politik die Partei habe reifen lassen. Dies habe dazu geführt, dass internationale Probleme besser wahrgenommen werden und sich die Analyse der Parteiführung erweitert habe (vgl. Montero 1988b: 8). Zudem hätten sich neue Handlungsfelder und Kontaktmöglichkeiten zu anderen sozialen Bewegungen und politischen Akteuren des Widerstands eröffnet, wie er am Beispiel der öffentlichen Einladung Jassir Arafats ins *EP* veranschaulicht (vgl. ebd.: f.). In ihrem Selbstbild fungiert die *HB* als selbstbewusste Stimme des Baskenlands, das auf der Ebene der europäischen Politik keine rechtliche und politische Anerkennung erfahre. Ihr komme die Aufgabe zu, die Bedürfnisse des Baskenlands zu artikulieren, aber auch diejenigen der Ausgeschlossenen und Entrechteten, seien es Spanier, Katalanen, Schotten, Franzosen, Deutsche oder Friesen (vgl. Gorostiaga 1999: 15).

Die negative Diagnose der *HB*, dass es im gegenwärtigen Europa nicht möglich sei, eine Sozialcharta zu verabschieden und somit die wachsende soziale Ungleichheit zu bekämpfen (vgl. *HB* 1999: 13), wird in der Kommentierung der weiteren Entwicklung der europäischen Integration stets wiederholt, wobei die Kritik des ‚undemokratischen Charakters‘ der *EU* einen immer größeren Stellenwert in der Parteirhetorik einnimmt. Die Vertiefung der *EU* sei nicht auf der Basis demokratischer Diskussionen und Abstimmungen erfolgt und habe lediglich der Notwendigkeit entsprochen, eine effektive politische Regulation der ökonomischen Integration und europäischen Wettbewerbsdynamik zu garantieren (vgl. Gorostiaga 2001: 28). Die Krise der politischen Union bestehe somit vornehmlich in dem undemokratischen Verfahren, was sich auch in der Umgehung des *EP* bei der Ausarbeitung des europäischen Verfassungstextes gezeigt habe.

Eine weitere Dimension des Demokratie- und Legitimationsdefizits der *EU* sieht die *HB* in der Krise des Nationalstaats. Dessen beiden Grundpfeiler, die Souveränität und die Territorialität, würden durch die europäische Integration unterminiert. „Im Kontext der Globalisierung wird dieser Prozess sogar noch beschleunigt, da die herrschende ultraliberale Philosophie noch größere Deregulierung und eine geringere Interventionsfähigkeit der Staaten fordert.“ (ebd.) Die Linke schaue dem steten Machttransfer demokratisch legitimierter nationalstaatlicher Kompetenzen auf die europäischen Institutionen, die dort nach den Maßstäben der ultraliberalen Hegemonie ausgerichtet werden, ratlos zu und habe bislang noch keine kohärente Gegenstrategie formuliert.

Aus der Perspektive der baskischen ‚Nation ohne Staat‘ könnten, so Gorostiaga, brauchbare Lösungsvorschläge für das Demokratie- und Legitimationsdefizit der *EU* artikuliert werden (vgl. ebd. f.). Deren Grundlage sollte der demokratische Prozess der Selbstbehauptung der Völker sein. Mit Bezug auf Ernest Renan wird gefordert, dass dieser Prozess wie ein alltägliches Plebiszit gestaltet sein, und sozusa-

gen auf einer einer ur-demokratischen Dynamik fußen soll. Das Prinzip der Volkssouveränität sei gegenüber der staatlichen Souveränität zu behaupten. Weil die nationale Souveränität im Rahmen der ‚postnationalen‘ europäischen Vereinigung zu verschwinden drohe, erschienen die politischen Forderungen der Nationalbewegungen nach Eigenstaatlichkeit antiquiert. Solange jedoch die etablierten Nationalstaaten fortexistierten, sei aus der Perspektive der ‚Nationen ohne Staat‘ weiterhin ein eigener Staat einzufordern, da die Persistenz der anderen Nationalstaaten gerade die Volkssouveränität und die demokratischen Rechte der ‚Nationen ohne Staat‘ bedrohe (vgl. ebd.: 30). Die ‚Nationen ohne Staat‘ könnten aus ihrer entrechteten Position als „ausgeschlossene Völker ohne Geschichte“ heraus die Konstruktion eines solidarischen europäischen Bewusstseins beflügeln (vgl. ebd. f.). Da sie über keine nationalstaatliche Souveränität verfügen, würden sie anders als etablierte Nationalstaaten angesichts des staatlichen Souveränitätsverlusts keinem ‚nationalen Schwindel‘ unterliegen und seien besonders dazu geeignet, das künftige politische Miteinander zu konzipieren. Zudem könnten sie dazu verhelfen, die Schranken, die die nationalstaatliche Souveränität durch die Menschenrechte erfahre, zu stärken und somit zu verhindern, dass die *EU* das Modell der „traditionellen souveränistischen Konzeption“ wiederhole (vgl. ebd.).

Die verschiedenen Völker und Kulturen sollten mittels der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts die Grundlage der künftigen politischen Union Europas sein. Eine auf diesen „souveränen Subjekten“ basierende europäische Gemeinschaft wäre solider als das gegenwärtige Europa der Nationalstaaten, die ohnehin künftig nur noch „historische Produkte“ seien (vgl. ebd.: 32). Mit Rousseaus Begriff der modernen Demokratie und der Konstitution der Souveränität wird darauf verwiesen, dass

„die Souveränität der *EU* nicht das Verschwinden der Souveränität der sie zusammensetzenden Völker bedeutet, vor allem dann nicht, wenn die europäische Verfassung die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht garantiert.“ (ebd.: 33)

Der lediglich formelle demokratische Charakter der *EU* habe sich durch den Wegfall der Systemkonkurrenz noch verstärkt, da sich nun ein neues Europa herausgebildet hat, das von mächtigen Nationalstaaten und den Vertretern des multinationalen (Finanz-)kapitals konzipiert wurde. Die durch demokratische Wahlen legitimierte Politik der Nationalstaaten werde im europäischen Rahmen zunehmend der Austeritätspolitik und den neoliberalen Vorgaben der europäischen Technokratie unterworfen. Die Entwicklung der neoliberalen Integrationsweise habe in der ‚Lissabon-Strategie‘, in der explizit die Gestaltung der *EU* als Wettbewerbsregion beschlossen wurde, ihren vorübergehenden Höhepunkt gefunden (vgl. Jurado 2010: 85 ff.).

Fußend auf der kritischen Diagnose der neoliberalen Ausrichtung der *EU* und ihres mangelnden demokratischen Charakters, hat die *IA* den europäischen Verfassungstext abgelehnt. Während sie die Bedeutung Europas für den gemeinsamen Kampf gegen die internationale soziale Ungleichheit und Armut betont, empfiehlt sie anlässlich des spanischen Referendums, gegen den Verfassungsvertrag zu votieren. Dieser diene nämlich nur dazu, den „antidemokratischen und antisozialen Charakter“ der *EU* noch zu vertiefen (vgl. Bray/Keating 2006: 357). Auch für die linksabertzale Gewerkschaft *LAB* besteht die Funktion des europäischen Verfassungsvertrags darin, den gesetzlichen und politischen Rahmen des neoliberalen Europas zu begründen. Gegen die weitere Stabilisierung des kapitalistischen Europa durch die mächtigen Nationalstaaten sei ein gegenhegemoniales Bündnis von europäischen Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schmieden, das ein Gegenmodell der demokratischen und sozialen europäischen Konstruktion vertritt (vgl. *LAB* 2005: 5 f.). In dessen Kern solle ein soziales Europa stehen, in dem die Schaffung eines europäischen arbeits- und sozialpolitischen Rahmens und die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen die grundlegenden Prinzipien sein sollen (vgl. *LAB* 2002a: 27).

In dieser Tradition der Europakritik steht auch die Kandidatur der *II-SP*, die von der *IA* unterstützt wurde und die sich das politische Ziel eines anderen Europa, eines Europa der Arbeiterinnen und Arbeiter und der freien Nationen, zum Ziel gesetzt hat. Zugleich beansprucht sie, die sozialen und gewerkschaftlichen Basisbewegungen (antifaschistische Bewegung, Bewegungen gegen die Privatisierung von Gesundheitssystemen, von Erziehung und öffentlichen Diensten, Kämpfe gegen Entlassungen, studentische Proteste gegen die Bologna-Reform, Frauenbewegungen) zu repräsentieren (vgl. *II-SP* 2009). Als antikapitalistische und demokratische Kraft formuliert die *II-SP* ein alternatives Europakonzept, das mit den bestehenden Strukturen der *EU* radikal bricht und in dem die grundlegenden sozialen und kollektiven Rechte Vorrang haben vor privaten, ökonomischen Interessen. Die *II-SP* schreibt die Europakonzeptionen der linksnationalistisch motivierten Kritik der *IA* fort und reartikuliert die spezifische Kritik der linken baskischen Unabhängigkeitsbewegung an der europäischen Integration. Diese fußt auf drei ideologischen Eckpfeilern: die Forderung nach der territorialen Einheit der baskischen Gebiet wird verbunden mit der Kritik der Konzeption des Europa der Nationalstaaten und der Ablehnung der neoliberalen Ausrichtung und wettbewerbsstaatlichen Funktion der *EU*. Die konkrete Ausformung der europäischen Integration ist mit den Kernzielen der abertzalen Linken, nämlich die ökonomische und politische Souveränität der baskischen Nation, nicht kompatibel (vgl. Gómez-Reino/Llamazares/Ramiro 2008: 144 f.).

Die abstrakte Zielvorstellung der ökonomischen und politischen Souveränität der baskischen Nation wird in verschiedene politische Nahziele der *IA* übersetzt. Hinsichtlich der Staats- und Unabhängigkeitsvorstellungen werden innerhalb unter-

schiedliche Konzeptionen vertreten, mal wird der staatlichen Souveränität keine weitere Zukunft prognostiziert und deren Einforderung lediglich als taktisches Mittel dargestellt (vgl. Gorostiaga 2001), mal erscheint die Forderung der Eigenstaatlichkeit als Selbstzweck, unabhängig von der Entwicklung der nationalstaatlichen Souveränität im Kontext von Globalisierung und europäischer Integration. Letztlich ist die Forderung nach der vollen, ökonomischen wie politischen, Souveränität des Baskenlands, wie sie z.B. der marxistische Theoretiker der IA, Iñaki Gil de San Vicente, artikuliert, in der Programmatik der IA prioritär. De San Vicente formuliert eine klassisch-souveränistische Staatskonzeption und betont, dass mit der europäischen Integration, vor allem seit den Verträgen von Maastricht, die Unterdrückungsmechanismen gegen die nationale Souveränität noch verstärkt wurden (vgl. Gil de San Vicente 2011). Formal freie Nationen, die wie z.B. Griechenland als unabhängige Staaten existierten, erleiden unter der Herrschaft des transnationalen Finanzkapitals eine zunehmende Machtlosigkeit. Angesichts dieses Szenarios sei der Kampf für die baskische Emanzipation und Staatswerdung jedoch keineswegs überholt, es sei jedoch darauf zu achten, dass sich der künftige baskische Staat nicht dem Finanzkapital verkaufe und sich selbstbewusst für das eigene arbeitstätige Volk einsetze (vgl. ebd.).

Auch die IA-Ökonomin Nekane Jurado bekräftigt die klassischen Forderungen nach uneingeschränkter nationaler Souveränität und kritisiert politische Konzeptionen, die, wie z.B. der „Ibarretxe-Plan“ des PNV, von Mischformen der Souveränität und Interdependenzen politischer Macht ausgehen. Dieser nimmt in seiner post-souveränistischen Vision der ‚freiwilligen Assoziation des Baskenlands mit Spanien‘ die Transformation der europäischen Staatlichkeit und die Delegation nationalstaatlicher Kompetenzen auf die europäische Gemeinschaftsebene zur Kenntnis und weicht von der Forderung nach absoluter nationaler Souveränität zurück. Jurado kritisiert solche Konzeptionen der ‚geteilten Souveränität‘ als politische Versuche, das politische Streben der ‚Nationen ohne Staat‘ nach Eigenstaatlichkeit als anachronistisch zu delegitimieren. Die europäischen Nationalstaaten besäßen immer noch weit reichende Souveränitätsrechte, die auch dem Baskenland zugestanden werden sollten (vgl. Jurado 2010: 174). Die Absolutheit der Forderung nach voller Souveränität für das Baskenland sei aufrechtzuerhalten, es gebe in dieser Frage keine adäquate Zwischenposition: „Zwischen der Souveränität und Abhängigkeit gibt es keinen Zwischenraum, entweder sind wir souverän und regieren uns selbst oder die anderen üben ihre souveräne Macht über uns aus.“ (ebd.: 171)

Aus diesen Gründen hatte die HB auch schon die *Declaración de Barcelona* (1998) der moderaten Flügel der baskischen (PNV) und katalanischen (CiU) wie auch der galicischen (BNG) Nationalbewegung zurückgewiesen, die die rechtliche und politische Anerkennung der Plurinationalität Spaniens einfordert. Diese Erklärung stelle laut der IA aus nationaler Perspektive zweifelsohne einen Fortschritt dar, da sie die unveräußerlichen Rechte der Völker bekräftigt und die Anerkennung der

drei Nationen durch den spanischen Staat proklamiert. Jedoch fuße die Erklärung auf der naiven Annahme, dass die drei in Aussicht gestellten politischen Emanzipationsoptionen (die nationale Unabhängigkeit, die Konföderation oder die Föderation) innerhalb des spanischen Staates umsetzbar seien (vgl. HB: 1998: 31). In der Erklärung werde zugleich eine „übertriebene Hoffnung“ in die europäische Integration artikuliert und davon ausgegangen, dass die europäische Politik als Vehikel für die grundlegende Demokratisierung der politischen Verhältnisse und die rechtliche Anerkennung der Nationen ohne Staat fungieren könne (vgl. ebd.). Angesichts der im moderaten Flügel vorherrschenden ‚naiven‘ Hoffnung auf die Möglichkeiten der Konstitution eines ‚plurinationalen und konföderalen Staates‘ in Spanien oder auf die Durchsetzung einer nationalen Quasi-Emanzipation auf der *EU*-Ebene, gemahnt die *IA* daran zu erinnern, dass das Gegenteil der Unabhängigkeit die Abhängigkeit sei und eine Entscheidung zwischen den beiden Optionen getroffen werden müsse (vgl. ebd.: 32). Der ausgetretene Pfad der Verhandlungen mit dem spanischen Staate und der Autonomiepolitik solle verlassen werden und stattdessen ein politischer Rahmen angestrebt werden, der die volle politische Souveränität für die baskische Nation ermöglicht (vgl. EH 1998: 16).

Trotz der partiellen ideologischen Ambiguitäten hinsichtlich der nationalen Unabhängigkeitsperspektive ist im linksabertzalen Diskurs die Präferenz für die volle politische Souveränität des Baskenlandes zu beobachten. Dabei steht die *IA* „nicht für antieuropäische Positionen, aber schon für ein anderes Europa“ (Otegi 2008: 189). Ob das unabhängige Baskenland allerdings künftig noch Teil der *EU* sein möchte, ist eine Frage, die bislang vom spanischen und französischen Staat beantwortet wurde, die aber im Falle der Unabhängigkeit neu gestellt werden müsse. Eine „nationale, ernsthafte und volksnahe Diskussion“ müsste geführt werden, um zu erfahren, was das Baskenland denn wolle (vgl. ebd.).

4.2.3.2.2 Ausdifferenzierung und Entwicklungen in der katalanischen Nationalbewegung

Die im Katalanismus präsente Hoffnung auf die Anerkennung der eigenen ‚Nationalität‘ jenseits des spanischen Staates auf europäischer Ebene ist eine ideologische Konstante, wenn sich auch seit den 90er Jahren eine gewisse Enttäuschung eingestellt hat. Die auffällig geringe Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2009 (37,54 %) kann mit guten Gründen als Ausdruck der Desillusionierung der zahlreich gehegten europapolitischen Erwartungen interpretiert werden.

Die *CiU* hat ihre moderate Version des Nationalismus weiter entwickelt und in der steten Auseinandersetzung mit der Vertiefung der europäischen Integration aktualisiert. Im Gegensatz zum *PNV* erwähnt sie nicht das Ziel der Erlangung der Unabhängigkeit im europäischen Rahmen. Die *CiU* unterstützt eine stärkere Integration Europas auf Kosten der Staaten und strebt gleichzeitig eine stärkere regionale Beteiligung an. Das politische Ziel des moderaten Katalanismus der *CiU* hinsicht-

lich der nationalen Emanzipation ist über Jahre hinweg nicht klar geworden. Der radikal anmutende Diskurs, der die kulturelle und politische Differenz zwischen Katalonien und Spanien behauptet, war seit den 1980er Jahren begleitet von einer bewusst ‚paktistischen‘ Strategie im Umgang mit dem spanischen Staat. Der Verfassungsrahmen des spanischen Staates wurde akzeptiert, um darin weit reichende Sonderregelungen für Katalonien zu erringen. Pujol bewarb diese ‚paktistische‘ Einstellung öffentlich, z.B. als er betonte, dass es um „den progressiven Ausbau der politischen Macht und institutionellen Anerkennung Kataloniens im Rahmen des spanischen Staates und der Europäischen Union“ gehe (Pujol, zit.n. Caminal 1998: 177 f.). Das politische Ziel des moderaten Katalanismus ist die „paktierte, begrenzte Souveränität“ Kataloniens (vgl. ebd.). Diese gradualistische Konzeption der Erlangung von Souveränitätsrechten erteilt den maximalistischen Radikalforderungen eine Absage. Dies zeigt sich auch darin, dass dem Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht im Diskurs der *CiU* nur eine symbolische Funktion zukam (vgl. Nagel 2010: 132). Ihre Hoffnung war die Schwächung des Nationalstaats im Rahmen der europäischen Vereinigung. Die Forderung nach Eigenstaatlichkeit sei, so die damalige Einschätzung der *CiU*, kein zeitgemäßes Ziel. Es sollte eher darum gehen, die katalanische Nation im Kontext der Transformation von Staatlichkeit zu stabilisieren (vgl. ebd.: 133). Seit Mitte der 90er Jahre ist eine stärkere Profilierung der nationalistischen Programmatik der *CiU* zu beobachten. Dies ist zurückzuführen auf die Konkurrenz zur *ERC*, die mit ihrem radikalen, auf nationale Unabhängigkeit abzielenden Diskurs zunehmend politische Erfolge verzeichnen konnte, aber auch als Reaktion auf die robuste spanisch-nationalistische Linie der Aznar-Regierung seit dem Wahlsieg der *PP* 1996 (vgl. McRoberts 2001: 84).

Es ist eine ‚Wende zum Souveränismus‘ zu beobachten, die sich in zwei Grundlagenpapieren der beiden Bestandteile der *CiU*, der *UDC* und der *CDC*, manifestiert und in der gemeinsam mit dem Mehrheitsflügel der baskischen und galicischen Nationalbewegungen (*CiU*, *PNV*, *BNG*) unterzeichneten *Declaración de Barcelona* resultiert. In dieser wird aus der Perspektive der ‚historischen Regionen‘ die Unzufriedenheit mit dem spanischen Staat der Autonomen ausgedrückt und die konsequente politische Anerkennung der Multinationalität des spanischen Staates eingefordert. 1997 hatten die *CDC* wie auch die *UDC* öffentlich ihre Skepsis gegenüber der vorherrschenden konstitutionellen Ordnung, die an ihre Grenzen gekommen sei, artikuliert. In dem Positionspapier „Per un Nou Horitzó per a Catalunya“ („Für einen neuen Horizont für Katalonien“) hat die *CDC* das politische Ziel der Anerkennung Kataloniens als Nation, der ihre rechtmäßigen politischen Rechte zugestanden werden sollten, proklamiert (vgl. CDC 1997: 1). Der spanische Staat sollte gemäß der Vorstellung eines ‚plurinationalen Staates‘ gestaltet werden. Dies impliziere die Anerkennung der unterschiedlichen kulturellen und sprachlichen Identitäten. Den ‚historischen Regionen‘ sollte die volle Souveränität in der Kultur- und Sprachpolitik zugestanden werden. Des Weiteren wird die fiskalische Souveränität Kataloni-

ens gefordert (vgl. ebd.: 3). Die *UDC* hat im selben Jahr ein ähnlich ausgerichtetes Positionspapier verabschiedet. In „La Sobirania de Catalunya i l'Estat Plurinacional“ fordert sie die Reform des spanischen Staates ein, der künftig auf dem „vollen Respekt vor den unterschiedlichen nationalen Identitäten, die schon vor der Staatsgründung existiert haben“ basieren soll (vgl. *UDC* 1997: 2). Der damalige *UDC*-Vorsitzende Duran Lleida fasst den Kern des Papiers wie folgt zusammen: Katalonien muss den Schritt von der Selbstregierung zur Souveränität gehen, es muss den Status der AG verlassen, um zur Nation zu werden (vgl. Duran Lleida, zit.n. McRoberts 2001: 86). Das künftige Katalonien solle jedoch, trotz des angestrebten Status, als souveräne Nation immer noch Bestandteil, wenn auch konföderierter, des spanischen Staates bleiben (vgl. ebd.: 4).

Seit der souveränistischen Wende ist der Diskurs der *CiU* durch die Verschärfung ihres nationalistischen Profils gekennzeichnet. Dieses wurde 2002 deutlich, als Pujol den bestehenden Verfassungsrahmen und das seit 1979 gültige katalanische Autonomiestatut für überholt erklärte. Die künftige politische Herausforderung bestehe in der Schaffung eines neuen Autonomiestatuts, das die freie Assoziation Kataloniens mit Spanien anstrebt (vgl. Barberà/Barrio 2006: 116). Der konservative, christdemokratische Flügel der *CiU*, die *UDC*, hat versucht, auf die Verschärfung des nationalistischen Profils der *CiU* einen mäßigenden Einfluss auszuüben. Duran i Lleida zufolge bestehe das Hauptziel darin, auf der Basis eines Abkommens mit den etablierten staatlichen Institutionen eine politische Repräsentation Kataloniens in Europa zu erlangen (vgl. Duran i Lleida, zit.n. Nagel 2010: 135). Letztlich gehe es um die Ausbreitung, nicht um die Radikalisierung des nationalistischen Bewusstseins.

Auch wenn die *CiU* mit den in der *EFA* assoziierten, nationalistischen Parteien des *BNG* und des *PNV* in gemeinsamen Listen zu den Europawahlen angetreten ist, bleibt sie ihren europapolitischen Allianzen treu. Der *CDC* bleibt in der liberalen Gruppe und der *UDC* in der christdemokratischen. Der neuartigen, zumindest symbolischen, nationalpolitischen Profilierung ist keine Neuausrichtung der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gefolgt. Ein Vergleich der Wahlprogramme der *CiU* lässt dennoch auf einen Radikalisierungsprozess schließen, in dessen Verlauf das Programm der nationalen Anerkennung immer weit reichender und selbstbewusster propagiert wird.

Der Wandel des nationalistischen Selbstverständnisses macht sich in der europapolitischen Programmatik der *CiU* zunächst darin bemerkbar, dass die Emanzipationsbestrebung auf europäischer Ebene nicht mehr als die Emanzipation einer ‚Region‘, sondern als die einer ‚Nation‘ artikuliert wird. Auf internationaler Ebene sprach Pujol 1996, im Rahmen eines in Schottland gehaltenen Vortrags, zum ersten Mal von Katalonien als einer ‚Nation‘: „Katalonien beginnt, sich von einer spanischen Region in eine spanische Nation zu verwandeln“ (Pujol, zit.n. Petschen 1998: 144). Europa stellt im moderaten, katalanistischen Projekt der *CiU* auch mit der

Vertiefung der europäischen Integration weiterhin einen positiven Referenzpunkt dar. Die europäische Vereinigung wird als Modernisierung begrüßt und bleibt der übergreifende politische Rahmen, innerhalb dessen die Autonomie und die Anerkennung der eigenen ‚Persönlichkeit‘ der katalanischen Identität und Kultur anzustreben sei. Die *CiU* fordert in den 1990er Jahren die Vertiefung und Demokratisierung der politischen Union wie auch die Verabschiedung einer europäischen Verfassung. Im Wahlprogramm von 1994 wird die Einrichtung des „Komitees der Regionen“ begrüßt und zudem die Anerkennung der katalanischen Sprache als eine offizielle Sprache der *EU* sowie der Schutz der Kulturen der Völker ohne Staaten gefordert.

Auf die noch in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stark präsente Hoffnung in die Einflussnahme Kataloniens im Rahmen des Europa der Regionen und die politische Partizipation als Region mit eigener Identität im europäischen Institutionengeflecht, folgt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Diskurs der *CiU* die selbstbewusste Forderung hinsichtlich der nationalen Sonderrechte Kataloniens. Zu den Europawahlen 1999 tritt die *CiU* mit einem Wahlprogramm an, in dem die nationalistischen Forderungen einen größeren Stellenwert gewinnen. Die Völker und Nationen, die die politische Union zusammensetzen, sollten in ihren Werten und Kulturen respektiert und an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die zu erarbeitende Verfassung Europas solle das Recht der Völker, an der Gestaltung der *EU* teilzunehmen, festschreiben (vgl. *CiU* 1999: 45). Die *CiU* fordert, dass die direkten Beziehungen zwischen Katalonien und Europa verstärkt werden. Die Konstruktion von Europa könne nicht nur in den Händen der bestehenden Nationalstaaten liegen. Regionen und Länder, die wie Katalonien z.B. ein starkes Identitätsbewusstsein mit einer tiefen Europaorientierung verbinden, sollten stärker in die europäische Politik miteinbezogen werden (vgl. ebd.: 46). Sobald europäische Regionen über eine eigenständige Geschichte, eine eigene Sprache sowie eigene legislative Kompetenzen verfügen, sollten sie auf der *EU*-Ebene einen „nationalen Status“ zubilligt bekommen, der ihnen Sonderrechte wie z.B. die Teilnahme auf Minister ratsebene zugesteht (vgl. ebd.).

Der *EP*-Abgeordnete der *CiU*, Pere Esteve, betont, dass sich für die katalanische Politik eine neue Etappe und ein neuer Horizont eröffnet haben, in dessen Zentrum die nationale Anerkennung Kataloniens und die politische Souveränität stehen (vgl. Esteve 1998: 15). In einem Zeitalter, in dem der kulturelle Uniformismus und der politische Zentralismus des Nationalstaats zunehmend an Bedeutung verlieren würden, sollte die Sorge um die nationale Kultur im Zentrum der Politik der nationalen Emanzipation stehen (vgl. ebd.: 19). Die *CiU* verortet ihr politisches Projekt im Kontext der Transformation der politischen Souveränität im geeinten Europa. Angesichts des Souveränitätsverlusts des Nationalstaats und der zunehmenden Interdependenzen im europäischen Mehrebenensystem sei die Forderung nach Eigenstaatlichkeit für eine komplexe und dynamische Gesellschaft, wie die

katalanische, keine Lösung (vgl. Esteve 2002: 4). Stattdessen sei zu erörtern, wie die politische Macht und die Interdependenzen auf europäischer Ebene dem Prinzip der „geteilten Souveränität“ entsprechend zu organisieren sind (ebd.). Ausgehend von diesem Prinzip sei zudem die kulturelle Diversität Europas zu respektieren, was letztlich auch der Kohäsion Europas zugute komme.

Im Wahlprogramm von 2004 fordert die *CiU* explizit, dass Katalonien in Europa als Nation anerkannt werde, was eine Radikalisierung gegenüber früheren Forderungen darstellt. Des Weiteren solle die *EU* die interne kulturelle Diversität akzeptieren und Katalanisch als offizielle Sprache anerkennen. Die Forderung nach der Umverteilung institutioneller Kompetenzen wird im Namen der ‚Nationen ohne Staat‘, die auf Ministerratsebene Mitspracherechte erhalten sollen (sofern national-relevante Themen wie Sprach-, Kultur- und Bildungspolitik verhandelt werden), artikuliert. Das Prinzip der geteilten Souveränität, das das europäische politische System und Regieren ohnehin schon charakterisiert, solle konsequent umgesetzt werden und die umfassende Dezentralisierung politischer Macht sowie die Partizipation der Nationen ohne Staat ermöglichen. Die ‚Vertiefung des Demokratieprinzips‘ sieht des Weiteren die politische Anerkennung und Aufwertung der Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen als politische Subjekte der *EU* vor. Die *CiU* fordert jedoch, anders als der *PNV*, keinen eigenen Nationalstaat im europäischen Konzert der Nationalstaaten. Allerdings besteht sie auf die Anerkennung eines Sonderstatus für Katalonien als ‚Quasi-Nation‘.

Die *CiU* hat sich für den europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen und angesichts des spanischen Referendums mit dem Kampagnentitel „Sí, Ara més Europa, més Catalunya“ („Ja, jetzt mehr Europa, mehr Katalonien“) für den europäischen Verfassungsvertrag geworben. Wenn auch die Kennzeichnung des Vertrags als Verfassung übertrieben sei, sei in ihm ein bedeutender und positiver Schritt in der europäischen Integration zu sehen, der die *EU* als politische Institution, die Freiheit, Stabilität und Fortschritt garantiert, weiter stabilisieren werde (vgl. *CiU* 2005). Die Lissabon-Strategie, die die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit von Europa als Ziel deklariert hat, ist in der Perspektive der *CiU* eine bedeutende und richtige Strategie angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Herausforderungen (vgl. *CiU* 2009: 5). Dem wirtschaftsliberalen Anspruch, die Effizienz, Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit der Region in den Vordergrund zu stellen, will die *CiU* auch auf europäischer Ebene gerecht werden. Wie sie im Programm zu den Wahlen 2009 verkündet, will sie sich im *EP* für eine effektive Krisenbewältigungsstrategie einsetzen und das industrielle Modell Kataloniens und dessen Interessen dort vertreten (ebd.: 6). Eine aktive Wettbewerbspolitik solle dazu verhelfen, dass bestimmte Errungenschaften des europäischen Wohlfahrtsstaats auch künftig garantiert werden.

Die *CiU* will auf der europäischen Ebene die Stimme für Katalonien, für die katalanische Kultur, Sprache, nationalen Belange und nicht zuletzt für das katalani-

sche Wettbewerbsmodell sein. Als ökonomische und nationale Stimme Kataloniens in Europa hat sich die *CiU* der Vertiefung und Demokratisierung des europäischen Integrationsprozesses verschrieben und will sich für einen größeren Einfluss der subnationalen Entitäten in europäischen Entscheidungsprozessen einsetzen. Ihre Zuversicht im Hinblick auf Europa bleibt ungebrochen, wie der 2009 gewählte *CiU*-Europaabgeordnete, Ramon Tremosa, bestätigt. Die *CiU* glaube an eine europäische Vereinigung, in der die Nationen und nicht nur die Staaten von Bedeutung sind: „Ein Europa der Nationen, das es uns ermöglicht, sichtbar zu werden und uns auszudrücken als Nation.“ (Tremosa 2009) Die *CiU* will das institutionelle Gefüge der *EU* wie auch das europäische Staatensystem nicht durch die Forderung nach einem eigenen katalanischen Nationalstaat in Frage stellen, sie verfolgt das politische Ziel, das Maximum an Selbstbestimmungsmöglichkeiten durch die Veränderung der bestehenden politischen Institutionen zu erreichen.

Trotz der Radikalisierung ihres nationalistischen Profils hält die *CiU* weiterhin an der pragmatischen Strategie der Verhandlungen und der politischen Fortschritte im Rahmen der bestehenden politischen Verhältnisse fest. Der Verschärfung der Rhetorik ist keine Radikalisierung des politischen Handelns gefolgt, die den institutionellen Bruch oder eine konsequente Politik der vollständigen nationalen Emanzipation zu ihrem Inhalt hat. Die Kontinuität des moderaten politischen Pragmatismus der *CiU* hat zu Enttäuschungen im dezidiert nationalistischen Flügel der Partei geführt. Profilierte *CiU*-Politiker haben die Partei verlassen, um sich politischen Parteien mit radikalerem nationalistischen Profil anzuschließen, so, z.B. der ehemalige Europaparlamentarier Pere Esteve, der 2002 die *CDC* verließ, um 2003 der *ERC* beizutreten oder Alfons López Tena, der 2010 aus der *CDC* austrat, um die pro-independentistische Partei *Solidaritat Catalana per la Independència* mit zu begründen.

Die *ERC* hat ihren nationalistischen Diskurs schon gegen Ende der 1980er Jahre verschärft und zu Beginn der 1990er Jahre das Erringen der Unabhängigkeit und die Proklamation einer ‚katalanischen Republik‘ innerhalb einer europäischen Staatenföderation als Fernziel in ihr Programm übernommen. Die *Països Catalans* seien eine von vielen Nationen, die im gegenwärtigen Europa, wo die Grenzziehungen nicht den nationalen Realitäten entsprächen, über keinen eigenen Staat verfügen (vgl. *ERC* 1993: 14). Auch die europapolitische Ausrichtung der *ERC* hat im Laufe der 1990er Jahre eine gewisse Radikalisierung erfahren. Hatte sie den Prozess der europäischen Integration zunächst wohlwollend verfolgt und dem „Europa der Staaten“ Reformen im Sinne eines europäischen Regionalismus („Europa der Regionen“) entgegengestellt, hat sie seit den 1990er Jahren das Konzept des *Europa de les Nacions* („Europa der Nationen“) zu ihrem zentralen europapolitischen Leitbild erhoben. Europa wird dort als derjenige politische Rahmen angesehen, innerhalb dessen die katalanische Souveränität angestrebt werden soll. Nicht mehr Madrid, sondern Brüssel sei der adäquate Adressat der Forderungen (vgl. Giordano/Roller

2002: 110). Die *ERC* ist auf europapolitischer Ebene mit anderen regionalistischen oder nationalistischen Bewegungen der *EFA* assoziiert und versucht, durch die Bündelung dieser Kräfte für alle Territorien mit eigener ‚Persönlichkeit‘ eine rechtliche und politische Anerkennung zu erringen.

Wie die jeweiligen konkreten europapolitischen Forderungen auch aussehen, wird der Prozess der europäischen Integration, ähnlich wie in anderen Spektren des katalanischen Nationalismus, positiv gesehen und ist für die *ERC*, trotz gewisser Desillusionierungen, mit Hoffnungen verbunden. Die Europhilie der Katalanen, die Europa als offenes und progressives politisches Projekt verstehen, bestehe weiterhin fort, auch wenn, so die *ERC* anlässlich des 20. Jahrestages des spanischen *EG*-Beitritts, äußerte, dass das konkrete europäische Integrationsprojekt aus einer kritischen, aber dennoch konstruktiven Perspektive genauestens zu prüfen sei (vgl. *ERC* 2006a: 1). Das grundlegende Problem der europäischen Vereinigung bestehe darin, dass die Nationen ohne Staat weiterhin keine Anerkennung erfahren, was die Glaubwürdigkeit der *EU* in Frage stelle. Viele Nationen ohne Staat hätten lange Zeit vergebens darauf gehofft, dass mit der supranationalen Integration die Machtpolitik der etablierten Nationalstaaten geschwächt und die Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Minderheitennationen erhöht würden. Die Mitgliedsstaaten versuchten, mittels Machtpolitik die Supranationalität der *EU* zu schwächen und die europapolitischen Gestaltungsmöglichkeiten zu monopolisieren (vgl. ebd.). Die Hoffnung, dass sich im Zuge der Supranationalisierung der Einfluss der Nationalstaaten reduzieren werde und sich für die Nationen ohne Staat automatisch neue Einflussmöglichkeiten ergäben, wurde enttäuscht. Trotzdem gelte es weiterhin für eine politische, soziale und ökonomische Union zu kämpfen, die den Staaten und Wirtschaftsverbänden die Stirn bietet und die Souveränität der Nationen anerkennt (vgl. ebd.: 15). Die *EU* solle den Besonderheiten der Nationen ohne Staat gerecht werden. Wenn Katalonien auf Unionsebene wie eine der restlichen 170 europäischen Regionen behandelt werde, drohe die nationale Sonderstellung vollends zu verschwinden (vgl. *ERC* 1994: 20). In den Europawahlkampagnen erhebt die *ERC* stets die Forderung, dass die *Països Catalans* in den europäischen Institutionen eine eigene Stimme haben sollen, um ihre nationale Identität und die kulturelle und politische Einheit verteidigen zu können. Das Wahlprogramm 2004 stand unter dem Motto „Una Altra Europa és possible“ („Ein anderes Europa ist möglich“) und forderte ein anderes Europa ein, das die Gleichheit der Personen und die Anerkennung aller Völker garantiert (vgl. *ERC* 2004a: 5). Die *ERC* hat das Projekt einer europäischen Verfassung prinzipiell befürwortet. Diese sollte auf den Menschenrechten, auf dem Prinzip der Subsidiarität sowie auf dem Recht auf nationale Selbstbestimmung beruhen. Der vom Verfassungskonvent vorgeschlagene Verfassungsvertrag wird jedoch von der *ERC* eindeutig abgelehnt, da im gegenwärtigen „Europa der Staaten“ keine Möglichkeit für die nationale Selbstbestimmung der *Països Catalans* vorgesehen sei. In dem Positionspapier „El no independentista a la Constitució Eu-

ropea“ („Das independentistische Nein zur europäischen Verfassung“) betont die *ERC*, dass der europäische Verfassungsvertrag die fundamentalen kollektiven und individuellen Rechte zu verteidigen und die Rechte der Völker und Nationen zu respektieren habe (vgl. *ERC* 2005b). Das Nein der *ERC* zum Verfassungsvertrag ist aus drei Gründen motiviert: die *EU* sei weiterhin von den europäischen Staaten dominiert, durch ein Demokratiedefizit gekennzeichnet und unternehme zudem keinerlei Anstrengungen, ein europäisches Sozialmodell zu institutionalisieren (vgl. *ERC* 2005a, 2005b). Die Kampagne, die die *ERC* anlässlich des spanischen Referendums über den Verfassungsvertrag gegen den Verfassungsvertrag lancierte, ist als Ausdruck der zunehmenden Entfremdung der *ERC* gegenüber der jüngsten Entwicklung der europäischen Integration zu interpretieren.

Das politische Programm der nationalen Emanzipation der *ERC* schwankt zwischen einer pragmatischen Politik der Verfassungs- und Statutsreformen und der Forderung nach der umfassenden Separation vom spanischen Staat. In den 2000er Jahren ist in der *ERC* ein pragmatischer Weg zur Unabhängigkeit Kataloniens vorgeschlagen worden, der weniger die katalanische Separation als die katalanische Präsenz im europäischen Rahmen propagiert. Durch den 2004 auf dem XXIV. Kongress verabschiedeten „sozialen Independentismus“ werden notwendige Schritte auf dem Weg zur Schaffung einer gesellschaftlichen Mehrheit für das künftige Ausüben des Rechts auf Selbstbestimmung betont. Dieses vorübergehende Ziel solle in Kooperation mit sämtlichen politischen Kräften, die den spanischen Staat in eine föderale und multinationale Republik transformieren wollen, erreicht werden (*ERC* 2004b: 4 f.). Die pragmatische Ausrichtung der *ERC* findet sich auch im Programm zu den allgemeinen spanischen Wahlen 2004 wieder, wo das Ziel des „plurinationalen, plurikulturellen und mehrsprachigen Staates“ formuliert wird.

Das Schwanken der *ERC* zwischen einer radikalen, independentistischen Rhetorik und einer realistischen Politik des Pragmatismus, die auf die Reform des spanischen Staates abzielt (vgl. Nagel 2010: 138 f.), findet sich auch in ihrem europapolitischen Diskurs wieder, in dem teils die volle Unabhängigkeit der *Països catalans* im Rahmen der europäischen Politik und teils nur die Präsenz Kataloniens auf europäischer Ebene gefordert werden. Im Europawahlkampf 2009 konzentriert sich die *ERC* auf das Demokratie- und Legitimationsdefizit der *EU*. Der diagnostizierten Distanz der *EU* von der europäischen Bevölkerung soll mit der inneren Demokratisierung der europäischen Institutionen und der Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten begegnet werden. Die direkte Vermittlung der nationalen Bürgerwillen sollte berücksichtigt werden, um die *EU* bürgernäher zu machen, so der *ERC*-Kandidat fürs *EP*, Oriol Junqueras (vgl. Junqueras 2009a: 19). Dem entspricht auch die Forderung, dass Katalonien eine eigene, direkte Repräsentation in der *EU* haben soll. Die Forderung nach einer aktiven Beschäftigungs- und Sozialpolitik wird durch die wirtschaftspolitische Anregung ergänzt, dass auf die Region als bedeu-

tendem ökonomischen Raum verstärkte Aufmerksamkeit zuzuwenden sei (vgl. Junqueras 2009b).

Die beiden katalanischen Linksparteien, der *PSC* und die *ICV*, haben angesichts der Dominanz des Katalanismus und der Verschärfung dessen nationalistischen Profils seit Ende der 90er Jahre weitere katalanistische Forderungen (z.B. nach umfangreichen Autonomierechten) in ihr Programm übernommen und eigene Vorstellungen der Emanzipation Kataloniens entwickelt. Beide stellen die Zugehörigkeit zum spanischen Staat nicht in Frage, vertreten jedoch die Konzeption des „asymmetrischen Föderalismus“, der gewisse Sonderrechte für Katalonien im spanischen Staat der Autonomen einfordert. Da beide Parteien keine umfassende, nationale Emanzipation Kataloniens einfordern, seien ihre Europakonzeptionen im Folgenden nur kurz und als Ergänzung erläutert.

Der sozialistische *PSC* hat ein gradualistisches Konzept von der schrittweisen Entwicklung der katalanischen Selbstregierung entwickelt, in dessen Zentrum das Organisationsmodell des Föderalismus steht. Seit den Wahlen zum katalanischen Parlament 1999 und der katalanistischen Wende der Partei wurde der Slogan „Per Catalunya. Ara un nou federalisme“ („Für Katalonien. Einen neuen Föderalismus jetzt“) zum Programm (vgl. *PSC* 1999a). Mit dem aus dem Englischen importierten Begriff der „devolució“ („devolution“) wurde eine umfassende Föderalisierung des spanischen Staates propagiert. Spanien sei eine plurinationale Realität, und Katalonien sollte eine explizite Anerkennung als Nation erfahren (*PSC* 1999b). Unter der Führung von Pasqual Maragall wurde das Konzept des asymmetrischen Föderalismus weiter ausgebaut. Es wurden vereinzelt sogar Bezugnahmen auf das nationale Selbstbestimmungsrecht hergestellt (vgl. Nagel 2010: 128). Der *PSC* versteht sich selbst als „Partei mit europäischer Berufung“, die sich der Förderung der europäischen Vereinigung und der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Integration Kataloniens, bei Beibehaltung der eigenen Identität, in Europa verpflichtet fühlt (vgl. *PSC* 1999a: 36).

Auf ihrem VII. Kongress hat der *PSC* sich für die Organisation Europas in der Form des Binnenmarktes und als politische Macht ausgesprochen. Europa müsse dabei als „plurinationale politische Realität“ wahrgenommen werden (vgl. *PSC* 1994: 14). In der Europakonzeption des *PSC* sind der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip die zentralen Organisationsprinzipien (vgl. Guibernau 2004: 118 f.). Erst im Rahmen der föderalen Strukturierung Europas und durch die politische Dezentralisierung nach dem Subsidiaritätsprinzip könne sich Katalonien auf europäischer Ebene entfalten. Im föderalen Europa sei die Möglichkeit für Katalonien und andere Völker Spaniens und Europas gegeben, sich selbst als Gemeinschaften zu entwickeln und zu handeln. Den regionalen Gebietskörperschaften, d.h. auch der AG Katalonien, soll nach der Vorstellung des *PSC* eine aktive Rolle in dem Prozess der europäischen Integration zukommen (vgl. *PSC* 1994: 47). Die Bezugnahme auf

das Recht auf Selbstbestimmung spielt jedoch in der Programmatik des *PSC* keine Rolle, auch wenn immer wieder vereinzelte *PSC*-Politiker darauf anspielen.

Der *PSUC* hatte schon durch die ideologische Grundlage des Eurokommunismus eine positive Ausrichtung auf die europäische politische Zusammenarbeit und das eigene politische Projekt in eine europäische Vision eingebettet. Anlässlich der Teilnahme an den Wahlen zum *EP* artikuliert der *PSUC* im Dokument „Europa comunitària: una proposta del PSUC“ („Gemeinsames Europa: ein Vorschlag des PSUC“; 1987) seine Befürwortung des *EG*-Beitritts Spaniens. Der Kampf für ein geeintes Europa, in dem die Völker und die Bürger die zentralen Akteure sind, stelle einen bedeutenden Schritt auf dem demokratischen Weg zum Sozialismus dar. Auch wenn der *PSUC* das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennt, spielt für ihn die politische Anerkennung dieses Prinzips auf europäischer Ebene keine zentrale Rolle. Er forderte jedoch schon 1987, dass die bestehenden europäischen Wahldistrikte, die überkommenen geographischen Grenzziehungen entsprächen, neu verteilt werden und den nationalen und regionalen Begebenheiten entsprechen sollten. Katalonien sollte ein eigener europapolitischer Wahlbezirk sein.

Diese grundlegenden Einschätzungen werden später nach der Neugründung der Partei als postkommunistische und ökosozialistischen *ICV* weiter ausgebaut. Die *ICV* befürwortet die ökonomische, politische und gesellschaftliche Vereinigung Europas und schlägt eine föderale Strukturierung der *EG/EU* vor. Die *EU* solle ein Instrument dafür darstellen, die Begrenzungen der traditionellen Nationalstaaten zu überwinden und die Beziehungen zwischen den Völkern zu verstärken (*ICV* 2003). Die *ICV* hat über die Jahre hinweg das Konzept eines ‚asymmetrischen Föderalismus‘ propagiert, um dem Tatbestand der Plurinationalität durch eine angemessene föderale Organisation des spanischen Staates gerecht zu werden. In der Sprach- und Kulturpolitik, in der Interessenvertretung nach außen, solle aber den „nationalen Realitäten“ des spanischen Staates gewisse Sonderrechte zugestanden werden (vgl. Nagel 2010: 129). Der spanische Staat habe den Sonderstatus der historischen Nationalitäten Katalonien, Baskenland und Galicien anzuerkennen. Diese Anerkennung umfasse auch die Möglichkeit der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung, was allerdings nicht notwendigerweise mit dem Recht auf Unabhängigkeit übereinstimmen müsse (vgl. *ICV* 1994).

Im Rahmen der europäischen Integration solle dem Recht auf nationale Selbstbestimmung durch konkrete Schritte Geltung verliehen werden, so dass die Selbstregierung und volle nationale Entfaltung Kataloniens im Rahmen der föderalen europäischen Vereinigung möglich seien (vgl. *ICV* 1991: 104). Die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht wird von der *ICV* ebenso unterstützt wie die nach einem unabhängigen katalanischen Staat im Rahmen eines föderalen, plurinationalen und mehrsprachigen spanischen Staates innerhalb eines Europa der Völker (vgl. *ICV* 2010: 5). Es sei an dem unveräußerlichen Recht aller Völker und Kulturen festzuhalten, sich als souveräne Nationen zu entwickeln. Das politische Fernziel be-

stehe in einem offenen Europa, das auf Exklusionsmechanismen verzichtet. Das „Europa der Völker“ solle dem „Europa der Staaten“ entgegengestellt werden, die nationale Pluralität sei nicht das Problem, sondern die Garantie eines befruchtenden und friedlichen Zusammenlebens (vgl. ICV 2004: 66). In der Debatte über die ‚nationalen Rechte‘ Kataloniens sollten von der ICV linke Akzente gesetzt werden. Jenseits der falschen Gegenüberstellung von Autonomiepolitik und idealistischem Unabhängigkeitsstreben solle der Prozess der nationalen Rekonstruktion über die Themen der Sozial- und Umweltpolitik, die Modernisierung der Ökonomie und die individuellen Freiheitsrechte laufen (vgl. ICV 2008a). Der Prozess der europäischen Integration laufe mit der katalanischen Selbstbehauptung einher, so der europhile Ausgangspunkt der ICV. 2008 hat sich die ICV das Programm einer ‚souveränistischen Politik‘ gegeben, um die Emanzipation des katalanischen Staats innerhalb eines plurinationalen und föderalen Europas voranzutreiben (vgl. ebd.).

Jenseits der etablierten politischen Parteien haben zwei politisch-ideologische Milieus ebenso Einfluss auf die Diskussion der Perspektiven der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens im europäischen Rahmen: die zivilgesellschaftlichen Foren und Organisationen des Katalanismus, den der nationalistische Think-Tank *CIEMEN* im Folgenden repräsentieren soll, sowie das Spektrum der linkskatalanistischen Befreiungsbewegung, das exemplarisch an der Organisation *Endavant* untersucht werden soll.

Das *CIEMEN* hat, seinem Selbstverständnis als Wächter über den Fortschritt der nationalen Emanzipation Kataloniens entsprechend, die Weiterentwicklung der europäischen Integration vor allem hinsichtlich der Emanzipationsmöglichkeiten Kataloniens und der Programmatik und Praxis der katalanistischen Parteien beobachtet. Schon das EU-Binnenmarktprojekt und die Vertiefung der europäischen Integration durch den Vertrag von Maastricht wurden vom *CIEMEN* kritisch bewertet, da durch die Prioritätensetzung auf die ökonomische Integration keine begleitenden Maßnahmen zum Schutz der „minoritären kulturellen Gruppen“ vorgesehen waren, obwohl diese schädliche Einflüsse auf die kulturelle Vielfalt habe (vgl. Vila i Laia Bonet 1992). Eine positive korrigierende Maßnahme sei in der „Charta für ein Europa der Kulturen“ zu sehen, die die kulturelle und sprachliche Vielfalt als schützenswertes Gut bestimmt (vgl. ebd.). Josep Romeu, Redaktionsmitglied der *CIEMEN*-Zeitschrift *Europa de les Nacions*, nennt drei zentrale Aufgaben, ohne die die stabile Weiterentwicklung Europas nicht denkbar sei. Es müsse eine klare Kompetenzzuweisung zwischen den supranationalen Institutionen und den Nationalstaaten erfolgen, wobei das Subsidiaritätsprinzip konsequent anzuwenden sei (vgl. Romeu 2002: 26). Des Weiteren sei die EU transparenter und demokratischer zu gestalten. Das EP sei aufzuwerten und die europäische Bürgerschaft als politisches Subjekt anzuerkennen, da die EU keineswegs nur ein Pakt zwischen den etablierten Nationalstaaten sei. Schließlich solle das Projekt der europäischen Verfassung wieder aufgenommen werden. Für das *CIEMEN* ist die Orientierung am Kon-

zept des „Europa der Nationen“ zentral. Dieses soll verteidigt und offensiv vertreten werden, auch wenn es gegenwärtig als „politisch inkorrektes Modell“ erscheine (vgl. Renyer 2002: 29). Gegenwärtig lebten von den 370 Millionen europäischen Bürgern 40 Millionen in „historischen Regionen“, die als Nationen im europäischen Rahmen die Anerkennung ihrer Souveränitätsrechte einfordern. Weil es sich um demokratische Forderungen und Rechte handele, werde sich die *EU* damit auseinandersetzen müssen (vgl. ebd.). Die europäische Integration sei deshalb zu kritisieren, weil sie sich auf die Realisierung einer liberalen Vision der ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung beschränkt. Während sie für einen umfangreichen Schutz der individuellen Rechte einstehe, blieben soziale und nationale Rechte außen vor (vgl. Renyer 1998: 17).

Eine Kernforderung des *CIEMEN* ist die Anerkennung der Rechte der nationalen Minderheiten, die im Rahmen der *EU* vernachlässigt würden. Der *EU* sei dringend angeraten, diese kollektiven Rechte, die letztlich die Voraussetzung für individuelle Rechte seien, und nicht zuletzt die „nationale Pluralität“ der europäischen Nationalstaaten (z.B. Frankreich und Spanien) anzuerkennen (vgl. ebd.: 19). Im Mai 1990 hat die auf Initiative des *CIEMEN* 1985 gegründete *Conferència de Nacions sense Estat d'Europa Occidental* („Konferenz der Nationen ohne Staat Westeuropas“; *CONSEO*⁸) eine Erklärung über die „kollektiven Rechte der Völker“ veröffentlicht, in der sie sich für die nationalen, kollektiven Rechte der osteuropäischen Länder der Sowjetunion einsetzte. Argemí forderte schon 1999 eine europäische Verfassung, die die „plurale Identität Europas“ anerkennt, in der alle Völker Platz haben sollen und die auf der Grundlage des „Respekts vor den kollektiven Rechten“ konstruiert sein soll (vgl. Argemí 1999: XI). Es könne nur dann ein Europa aller Europäer, d.h. der Bürger und der Völker, geben, wenn alle über die gleichen Rechte verfügen können (vgl. Argemí 2004: 32).

Aus der Perspektive des *CIEMEN*-Leiter Aureli Argemí (2004) sind die katalanistischen Parteien in ihrem nationalistischen Programm nicht wirklich glaubwürdig. Während der *PSC* noch nicht mal das Selbstbestimmungsrecht erwähnt, erkennt die *ICV* dieses explizit an und behauptet, dass dem katalanischen Volks kraft des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung die Fähigkeit zukomme, über seine Zukunft selbst zu entscheiden. Im Diskurs der *ICV* finde dieses Recht jedoch seine Schranken in der Vision vom „pluralistischen Föderalismus“ des spanischen Staats (vgl. Argemí 2004: 17 f.). Der Diskurs der nationalen Emanzipation der *CiU* füge den schon bestehenden Debatten, so die weitere Kritik Argemís, kaum neue Aspekte hinzu und wiederhole lediglich, ohne fordernden Ton, die schon im katala-

8 Durch die verstärkte Beteiligung der Vertreter osteuropäischer Nationalbewegungen hat sich die *CONSEO* schließlich in eine gesamteuropäische Interessensvertretung der Nationen ohne Staat gewandelt, was sich an dem neuen Namen der Organisation, *Conferència de Nacions sense Estat d'Europa* (CONSEU) zeigt.

nischen Parlament verabschiedeten Erklärungen über die nationalen Rechte Kataloniens (vgl. ebd.: 20). Der Rekurs auf das nationale Selbstbestimmungsrecht spiele im Diskurs der *CiU* kaum eine Rolle, wenn sie auch die Forderung nach der internationalen Repräsentation Kataloniens im europäischen Rahmen artikuliert. Die *ERC* erkenne lobenswerter Weise das Recht Kataloniens auf Selbstbestimmung explizit an, wenn sie behauptet, dass das katalanische Parlament über die demokratische Legitimität verfüge, die Beziehung Kataloniens zum spanischen Staat und zu Europa gemäß dem demokratisch artikulierten katalanischen Volkswillen zu gestalten (vgl. ebd.: 30).

Das *CIEMEN* nimmt im katalanischen Diskurs über die nationale Emanzipation Kataloniens die Rolle der wissenschaftlich legitimierten Instanz ein. Zahlreiche weitere zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren sich in der Debatte über die Strategien und Perspektiven der katalanischen Nationalbewegung, so das *Fòrum Català pel Dret a l'Autodeterminació* (FOCDA), die kulturpolitische Vereinigung *Òmnium Cultural* sowie das Zeitschriftenprojekt *Debat Nacional* (früher *Debat Nacionalista*), das sich der Debatte der nationalen Emanzipation Kataloniens und den Strategien innerhalb des Katalanismus widmet (vgl. *Debat Nacional* o.J.). Eng mit diesen Fragestellungen ist auch die *CONSEU* befasst. Diese versteht sich als Debatteforum für politische, kulturelle und gesellschaftliche Organisationen, das Perspektiven für ein neues Europa entwickeln will, das mit der „nationalen, sprachlichen und kulturellen Diversität“ respektvoll umgeht und dem die „kollektiven Rechte“ zugrunde liegen (vgl. *CONSEU* o.j.).

Der Diskurs über das nationale Selbstbestimmungsrecht wird nicht nur von den etablierten katalanistischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Strukturen getragen, sondern auch vom Spektrum der linksindependentistischen Bewegung. Aus deren Perspektive werden sowohl die gegenwärtige Verfasstheit der *EU* wie auch die Europakonzeptionen der etablierten parlamentarischen Kräfte der *CiU* und der *ERC* kritisiert. Das linksindependentistische Spektrum ist in Bewegungsorganisationen wie *Endavant* oder der *CUP* organisiert, steht links von der *ERC* und tritt als linkes und independentistisches Korrektiv des parlamentarischen Katalanismus auf. Dieses politische Milieu, das sich zu Beginn der 1990er Jahre neu organisiert hat und dessen primäre Themen die kritische Analyse der Unterdrückungsmechanismen des neoliberalen und globalisierten Kapitalismus sowie des spanischen Staates sind, artikuliert eine grundsätzliche Kritik am europäischen Einigungsprozess.

Endavant hat das Projekt der europäischen Integration schon früh aus kapitalismuskritischer Perspektive abgelehnt. Die europäische Integration entspreche, so die Kritik, lediglich den Interessen des europäischen Großkapitals und sei von den mächtigen Nationalstaaten gelenkt, was im Kontext der Vertiefung der europäischen Integration zunehmend deutlich werde. Das Projekt des europäischen Verfassungsvertrags versuche, diese Entwicklung zudem rechtlich abzusichern. Es sei abzulehnen, weil nach dem Verfassungstext das Recht auf nationale Selbstbestim-

mung nicht anerkannt werde. Zudem seien die wichtigsten europäischen Institutionen nicht demokratisch durch allgemeine Wahlen legitimiert und träfen dennoch Entscheidungen, die die Zukunft der europäischen Arbeiterklasse betreffen (vgl. Endavant 2003: 4). Als politisches Projekt der Bourgeoisie zielt die *EU* darauf ab, die Klassenherrschaft zu konsolidieren und zu vertiefen. Durch den europaweiten Abbau von sozialen Rechten würden die Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse zunehmend restringiert. Der Kapitalismus sollte durch den Vertrag als das einzige mögliche Wirtschaftssystem festgeschrieben werden. *Endavant* thematisiert die Geschichte der Europhilie im katalanischen Nationalismus und fordert einen Wandel der überzogen positiven Einstellungen gegenüber der europäischen Integration. Historisch habe der katalanische Nationalismus bürgerlicher Provenienz die Auffassung vertreten, dass Spanien das Problem und Europa die Lösung sei. So erfuhr die Europaorientierung nach dem Ende der frankistischen Diktatur eine große Unterstützung durch den katalanischen Nationalismus, der auf den ‚europäischen Zug‘ aufstieg, um den spanischen Staat zu demokratisieren. Auch der katalanische Independentismus setzte zeitweise auf den europäischen Integrationsprozess und ging nach dem Ende des Kalten Kriegs davon aus, dass in Europa eine neue politische Etappe eingeläutet würde, die die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit der *Països Catalans* auf institutionellem Weg ermöglicht. Die europäischen Institutionen könnten, so die damalige Hoffnung, demokratisierende Tendenzen entfalten und die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung ermöglichen. Die europapolitischen Hoffnungen und Analysen beider Strömungen der Nationalbewegung hätten sich als falsch erwiesen, denn spätestens mit dem europäischen Verfassungsentwurf sei klar geworden, dass die *EU* für die etablierten spanischen und französischen Nationalstaaten ein sehr nützliches Instrument gegen die demokratischen Bestrebungen der Völker nach Unabhängigkeit darstellt. Die Verfassung stelle die rechtliche Festschreibung der „geopolitischen Realitäten“ dar, die Völker und Nationen ohne Staat würden an keiner Stelle erwähnt (vgl. ebd.).

Die *EU* bestehe weiterhin aus den Nationalstaaten, die die grundlegenden Machtzentren darstellen, weshalb die europäischen Institutionen auch niemals die politischen oder sozialen Bewegungen unterstützen werden, die Projekte gegen die Interessen einzelner Mitgliedsstaaten artikulieren (vgl. Endavant 2010: 9). Die europäischen Institutionen seien aber für den politischen Willen der Völker nach Selbstbestimmung absolut undurchlässig.

Sämtliche gegenwärtigen Versuche, die politischen Normen Europas zu erneuern und zu fixieren, entsprächen den Interessen der europäischen herrschenden Klassen und zielten auf die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas ab (vgl. Endavant 2008a: 14). Sämtliche Politikfelder der *EU*, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, Agrar- und Infrastrukturpolitik werden nach dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit konzipiert. Der Vertrag von Lissabon stärke zudem die Rolle der europäischen Nationalstaaten in ihrer Funktion der Stabilisierung des Kapitalismus und der Zerstö-

rung der sozialen Errungenschaften. Diesem antidemokratischen und imperialistischen Projekt des „Europa des Kapitals“ setzt *Endavant* die Gegenvision eines Europas der Arbeiter und der Völker entgegen (vgl. Endavant 2003).

4.2.4 Die baskische und katalanische Nationalbewegung zwischen Europhorie und Euroskepsis

Die Einstellungen der Nationalbewegungen gegenüber dem europäischen Einigungsprozess und, konkret gegenüber den jüngsten Schritten der europäischen Integration, sind vielschichtig und stehen teilweise konträr zueinander. In den Europakonzeptionen drücken sich verschiedene Auslegungen und Modelle der angestrebten ‚nationalen Souveränität‘ aus – eine Vielfalt von Europavisionen, die in den unterschiedlichen Spektren der Nationalbewegungen mit verschiedenen Strategien der nationalen Emanzipation verbunden werden. Es werden zudem unterschiedliche Erwartungen gegenüber der europäischen Integration artikuliert, deren Auswirkungen auf die europäischen Staaten als Defragmentierung der nationalstaatlichen Räume oder als räumliche Ausdifferenzierung der Staatlichkeit verstanden werden. Dementsprechend werden unterschiedliche Modelle und anzustrebende Leitbilder der politischen Repräsentation vorschlagen. Im Rahmen der Demokratisierung des spanischen Staates, der Etablierung der spanischen Verfassung und der Autonomiestatute haben sich die politischen Konzeptionen und Strategien der nationalen Emanzipation, wie sie von den Nationalbewegungen artikuliert werden, ohnehin ausdifferenziert. Die Zielvorstellungen über die anzustrebende Form der nationalen und staatlichen Unabhängigkeit haben sich modifiziert und konkretisiert, auch vor dem Hintergrund der Positionierung gegenüber der europäischen Integration.

Tabelle Nr. 7: Diskurspositionen und Europakonzeptionen

Euro-pakonzeptionen	Katalonien		Baskenland	
Bürgerlich-moderater Nationalismus	CiU	- hoffnungsvoller Blick nach Europa - Schutz der kulturellen Diversität Europas - gradualistisches Erreichen geteilter Souveränitätsrechte im europäischen	PNV	- positives Europa-bild: pluralistisches Europa der Völker und Nationalitäten - umfassende nationale Emanzipation im Rahmen der EU

		Rahmen	EA	
<i>Linksnationalismus und linke Koalitionspartner</i>	ERC	- unabhängige katalanische Republik in Europa: Paisos Catalans - verstärkte Skepsis gegenüber der ‚neoliberalen, staatsdominierten EU‘		- europhile Vision vom demokratischen Europa der Völker - nationale Unabhängigkeit und territoriale Einheit für Euskal Herria im Rahmen eines dezentralisierten Europa - Kritik der neoliberalen EU
	Endavant	- Kritik des Europa des Kapitals, das geopolitische Realitäten festschreibt		
	ICV	- plurinationaler spanischer Staat in der EU - asymmetrischer Föderalismus und Sonderrechte für ‚nationale Realitäten‘	HB/IA	- volle nationale Souveränität und territoriale Einheit der baskischen Gebiete - Kritik der neoliberalen Europa des Kapitals
	PSC	- Europa als plurinationale Realität - aktive Rolle Kataloniens in der EU	Aralar	- basisdemokratisches Konzept des Europa der Völker und Bürger - Euskal Herria als souveränes Volk Europas

Quelle: Eigene Darstellung

Im katalanischen Fall lässt sich der politische Bezug auf die nationalen Realitäten Kataloniens ausdifferenzieren durch die analytische Unterscheidung zwischen dem ‚föderalistischen Katalanismus‘ und dem ‚katalanischen Nationalismus‘. In der *föderalistischen Konzeption des Katalanismus*, die von den beiden Linksparteien *PSC* und die *ICV* vertreten wird, wird die territoriale Einheit Spaniens als Teil des europäischen Staatenverbundes nicht in Frage gestellt. Dennoch wird die nationale Besonderheit Kataloniens politisch und rechtlich in unterschiedlichem Ausmaß und im Rahmen eines ‚asymmetrischer Föderalismus‘ anerkannt. Der *katalanische Nationalismus*, der in reinsten Form durch die *ERC* verkörpert wird, behauptet das unilaterale Recht der katalanischen Nation auf Selbstbestimmung. Zwischen dem Föderalismus und dem katalanischen Nationalismus steht die *CiU*, die nicht zuletzt unter der Führungsfigur von Pujol eine eigenständige, ‚dritte Form des Katalanismus‘, die „nationalistisch in der Rhetorik und autonomistisch in der Praxis“ ist (vgl. Caminal 2002: 158). Diese fordert, ausgehend von einem katalanisch-nationalen Bewusstsein und der Anerkennung der spanischen Verfassung, auf pragmatische Weise Sonderrechte für Katalonien ein.

Im Baskenland spielt die föderalistische Strömung innerhalb und am Rande der Nationalbewegung eine sehr marginale Rolle. Dort ist das politische Feld in die Lager der *Nationalisten* und der *Verfassungsparteien* (PP, PSE) unterteilt. Der baskische Verband der Linkspartei, IU-EB, hat lange Zeit erfolglos versucht, mit einem föderalistischen Programm eine Brückenfunktion zwischen ‚Nationalisten‘ und ‚Nicht-Nationalisten‘ einzunehmen. Für die Parteien des baskischen Nationalismus (PNV, EA, HB/Batasuna/IA und Aralar) stellt das politische Ziel der nationalen Emanzipation den Kern der ideologisch-politischen Grundausrichtung dar. Dennoch entsprechen den nationalistischen Selbstverständnissen unterschiedliche staatsorganisatorische Vorstellungen und strategische Ziele.

Die eben referierte Typologie hinsichtlich der Reichweite und staatsorganisatorischen Implikationen der nationalen Emanzipationsprojekte lässt sich auch auf die europapolitischen Konzeptionen und Strategien anwenden, da sie zumindest implizit verschiedene Europabilder und europapolitische Strategien enthalten. Sämtliche Akteure der beiden Nationalbewegungen haben ein positives Bild von Europa und sehen in der europäischen Vereinigung eine prinzipiell begrüßenswerte Entwicklung. In der Einschätzung und Bewertung des konkreten europäischen Integrationsprozesses und der dort angelegten Möglichkeiten der Umsetzung der nationalen Emanzipationsbestrebungen gehen die Meinungen in den einzelnen Strömungen der Nationalbewegungen jedoch weit auseinander. Generelle Zuschreibungen von Einstellungen gegenüber der EU, wie z.B. die ‚Euroskepsis‘ und ‚Europhorie‘, würden der Realität der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen nicht zuletzt wegen deren innerer Heterogenität nicht gerecht werden. Die europapolitischen Visionen und Strategien lassen sich in ein pro-Unabhängigkeitslager und in ein Dezentralisierungslager unterscheiden. Für die baskischen Parteien EA, Aralar und die IA, wie für die katalanische ERC soll der supranationale Rahmen des EU-Regimes dazu genutzt werden, die vollständige nationale Unabhängigkeit des Baskenlandes oder Kataloniens zu erlangen. Die moderaten Mehrheitsflügel der Nationalbewegungen, die katalanische CiU und der baskische PNV, betonen demgegenüber den neuen Charakter der europäischen Staatlichkeit und die in der europäischen Vereinigung angelegte Transformation der Nationalstaaten. Dadurch könnten die subnationalen Gebietskörperschaften prinzipiell aufgewertet werden. Verstärkte Partizipationsmöglichkeiten werden erhofft, ohne dass der bestehende politische Rahmen grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Die europapolitischen Hoffnungen und Strategien beider Lager, die entweder auf die vollständige nationale Emanzipation oder auf die umfassende Regionalisierung Europas und Aufwertung der subnationalen Territorien abzielen, sind im Verlaufe der jüngsten Integrationsschritte der EU in unterschiedlichem Ausmaß enttäuscht und korrigiert worden.

Eine bedeutende politische Kraft des auf die Unabhängigkeit in Europa abzielenden Spektrums in Katalonien ist die katalanische ERC. Für sie ist die volle Un-

abhängigkeit der katalanischen Nation im Rahmen des vereinten Europa das zentrale Ziel. Mit Blick auf die europäische Politik wird das ‚transformative Potential‘ der europäischen Integration betont, basierend auf der grundsätzlichen Forderung nach der Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Im Diskurs der *ERC* ist eine Ambivalenz zwischen dem langfristigen, separatistischen Parteiziel der nationalen Unabhängigkeit der *Països Catalans* im europäischen Rahmen und der moderaten Forderung nach der Präsenz und Partizipation Kataloniens in der europäischen Politik festzustellen.

Der Partner der *ERC* aus der europaparlamentarischen Gruppe *EFA*, die baskische *EA*, beharrt ebenso auf der europapolitischen Implementierung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung. Die *EA* hat seit ihrer Gründung ein ausgeprägtes *europhiles Profil* und hat das europapolitische und europaparlamentarische Engagement als bedeutendes Handlungsfeld der Partei begriffen. Die programmatischen Eckpunkte der *EA* sind im Hinblick auf Europa das Leitbild eines plurinationalen Europas, das in seinen politischen Strukturen den ethnischen Gegebenheiten entspricht. Dies soll durch die Dezentralisierung politischer Macht im Rahmen des föderalen Europas der Völker erreicht werden. *Euskal Herria* müsse dabei auf europäischer Ebene unbedingt die volle Gleichberechtigung zugestanden werden.

Aralar artikuliert eine im Vergleich zur *EA* und zur *ERC* grundsätzliche Ablehnung des gegenwärtigen Integrationsprozesses. Die Europakonzeption von *Aralar* fußt auf *basisdemokratischen Überlegungen*. Die administrative Struktur und Politik der *EU* solle immer wieder der demokratischen Kontrolle durch die europäische Bürgerschaft unterzogen werden. Hauptkritikpunkt an der konkreten Ausgestaltung der *EU* ist, dass diese von ökonomischen und politischen Makrostrukturen (Nationalstaaten, transnationales Kapital) bestimmt werde, die demokratisch nicht kontrollierbar seien. Die *EU* wird kritisiert als ‚Europa des Kapitals‘, das den Direktiven des transnationalen Kapitals unterliegt und seine Politik am neoliberalen Imperativ der Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet.

Die *IA* artikuliert eine radikale Kritik an der europäischen Integration. Aus der Perspektive des linken Befreiungsnationalismus wird das programmatische Ziel eines antimilitaristischen Europas der Menschenrechte und der Demokratie formuliert. In diesem soll eine grundlegende Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums erfolgen, sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt respektiert werden. *Euskal Herria* solle in diesem anzustrebenden Europa als eigenständige und differenzierte Realität anerkannt werden und eine politisch-territoriale Einheit mit *vollständigen Souveränitätsrechten* bilden. Der gegenwärtige europäische Integrationsprozess wird als mit dem strategischen Kernziel der *IA*, der Erlangung der ökonomischen und politischen Souveränität des Baskenlandes, unvereinbar kritisiert. Die europäische Integration entspreche den Interessen des multinationalen Kapitals und verschärfe soziale Ungleichheiten. Doch nicht nur die europäischen Arbeiter, auch die ‚Nationen ohne Staat‘ unterlägen durch die *EU* einer intensivierten Unterdrü-

ckung. Die könnten ihre eigenen Ökonomien nicht mehr schützen, wie sie auch wegen des mangelnden demokratischen Charakters der *EU* nicht angemessen an den politischen Prozessen beteiligt würden.

Die *radikale Euroskepsis* und der kritische Diskurs gegenüber dem ‚Europa des Kapital‘ der *IA* werden auch vom linksindependentistischen Spektrum Kataloniens geteilt. Die Diagnose von Organisationen wie *Endavant* zielt ebenso auf die Politik des ‚Europa des Kapitals und der Staaten‘ ab. Die *EU* erkenne die nationalen Realitäten wie das Recht auf nationale Selbstbestimmung weiterhin nicht an und sei zudem durch ein eklatantes Demokratiedefizit gekennzeichnet. Gemeinsam ist den unterschiedlichen linken Fraktionen der Nationalbewegungen die Unzufriedenheit mit den jüngsten Schritten der europäischen Integration. Dies zeigt sich daran, dass sich sämtliche linksnationalistischen Akteure (die *IA*, die *EA*, *Aralar*, die *ERC* und der katalanische Linksindependentismus) gegen den europäischen Verfassungsvertrag ausgesprochen haben. Mangelnde demokratische Partizipationsmöglichkeiten, die Nichtberücksichtigung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, sowie der neoliberalen Charakter der *EU* sind die zentralen Gründe für die Ablehnung des Verfassungsvertrags.

Die Mehrheitsflügel der Nationalbewegungen (*CiU*, *PNV*) artikulieren einen *dritten Weg* jenseits der supranationalen Vision von Europa und der intergouvernementalen europäischen Politik. Im Zentrum ihres programmatischen Vorschlags steht die Forderung nach der vollen Anerkennung der inneren Plurinationalität Europas jenseits der politischen Strukturen der Nationalstaaten (vgl. Rodríguez-Aguilera de Prat 2008: 140).

Trotz dieser Gemeinsamkeit unterscheiden sich die Vorstellungen der *CiU* und des *PNV* hinsichtlich der nationalen Emanzipation. Der *PNV* hat schon früh in seinem europapolitischen Diskurs das Ziel der nationalen Unabhängigkeit des Baskenlands im europäischen Rahmen formuliert, so z.B. im Wahlkampf 1987, als er das Leitbild des ‚Europa der 13 Sterne‘ propagierte. Das Programm der Behauptung der baskischen Souveränität auf europapolitischer Ebene ist weiterhin ein bestimmendes Motiv der Europakonzeptionen des *PNV* geblieben, wenn auch die Sezession und der radikale Bruch mit den bestehenden politischen Verhältnissen nicht vorgesehen sind. Im Gegensatz dazu vertritt die *CiU* nicht das programmatische Ziel der nationalen Unabhängigkeit in Europa, auch wenn nicht zuletzt im Krisenkontext eine gewisse Radikalisierung der nationalen Forderungen sowie eine verstärkte Unzufriedenheit gegenüber Spanien zu beobachten ist. Die *CiU* erhofft sich von der europäischen Politik eine geeignete Bühne für die Repräsentation der katalanischen Nationalisten und deren Projekt der nationalen Emanzipation. Die europäische Integration könnte, so die europapolitische Hoffnung der *CiU*, hilfreiche Instrumente liefern, um die katalanische Autonomie weiterzuentwickeln. Die *CiU* verzichtet auf eine separatistische Rhetorik und setzt darauf, auch in Kooperation mit dem spanischen Staat, eine vorteilhafte Ausgestaltung der katalanischen Autonomiepolitik im

europäischen Kontext zu erstreiten⁹. Sie sieht ab vom europapolitischen Fernziel der vollen Souveränität Kataloniens in Europa und begnügt sich mit der Forderung nach dem Respekt der Rechte der Regionen und historischen Nationen im europäischen Rahmen. Die *CiU* gibt sich nationalistisch, wenn sie auch in ihrer Programmatik bewusst auf die Forderung nach Eigenstaatlichkeit verzichtet. Trotz dieses Verzichts ist der Bezug auf die nationale Identität und deren programmatische Behauptung von großer Bedeutung für die Partei.

Durch die nationalistische Rhetorik befriedigt die *CiU* die fordernden Spektren des katalanischen Nationalismus und verhindert dabei zugleich, dass diejenigen Formationen, die sich programmatisch für die vollkommene Unabhängigkeit aussprechen, größere Erfolge erzielen (vgl. Petschen 1998: 156). Die *CiU* hat seit den 1980er Jahren einen euroregionalistischen Diskurs geführt und Hoffnungen auf die umfassende Dezentralisierung der politischen Macht im Zeichen des ‚Europa der Regionen‘ artikuliert. In diesem sollte den Regionen und ‚Nationen ohne Staat‘ unterschiedliche Rechte zugestanden werden. Ihren euroregionalistischen Diskurs hat die *CiU* leicht radikalisiert. So fordert die *CiU* im Wahlprogramm von 2004 explizit, dass Katalonien als Nation in Europa anerkannt werde und eine eigene Repräsentation in den europäischen Institutionen erhalte. Im Gegensatz zur radikaleren *ERC* fordert die *CiU* in ihrem nationalpolitischen Programm jedoch nicht die territoriale Vereinigung und die Unabhängigkeit der *Països Catalans*.

Der baskische *PNV* versucht seinerseits die Fragmentierung und Ausdifferenzierung politischer Räume im Rahmen der *EU* dazu zu nutzen, die politischen Beziehungen zwischen den baskischen Gebieten und dem spanischen Staat neu zu artikulieren. Der „Ibarretxe-Plan“ kann als ‚dritter Weg‘ jenseits von der strategischen Optionen der Sezession und der Bewahrung des Rahmens des spanischen Staates verstanden werden:

„The Ibarretxe-Plan was intended to find a new way between the old alternatives of restricted autonomous self-government within a larger nation state and full-blown independence, and thereby to provide a basis on which the various parties within the Basque Country could engage in a dialogue about the future.“ (Bray/Keating 2006: 361)

Ausgehend von der Behauptung der Souveränitätsrechte des ‚baskischen Volkes‘ und des ‚baskischen Souveränitätsraums‘ setzt sich der *PNV* für ein anderes Europa ein, und zwar eines, das die Völker und die Bürger ins Zentrum der Europakonzeption stellt und das den politischen Status aller europäischen Nationen anerkennt.

9 Die Entwicklung seit dem Sommer 2012 scheint eine Radikalisierung des moderaten Katalanismus nahezulegen. Es bleibt abzuwarten, ob die Radikalisierung des von der *CiU* vertretenen Programms der nationalen Emanzipation einen dauerhaften Trend in der katalanischen Politik darstellt.

Der *PNV* nimmt eine *post-souveränistische Haltung* ein, die jenseits klassischer Vorstellungen von nationalstaatlicher Souveränität neue nationale Behauptungsstrategien artikuliert. Doch trotz der Rhetorik der nationalen Behauptung, die das Ziel der vollen nationalen Emanzipation des Baskenlands im europäischen Rahmen artikuliert, werden die konkreten europapolitischen Forderungen im Rahmen der bestehenden politischen Verhältnisse artikuliert und transzendieren diese kaum.

Die bürgerlichen, moderaten Mehrheitsflügel der baskischen und katalanischen Nationalbewegung haben neuartige Visionen von der politischen Emanzipation der baskischen resp. katalanischen Nation im Rahmen der Transformation der europäischen Staatlichkeit entworfen. Beide nehmen deren Veränderungen und räumliche Ausdifferenzierung zur Kenntnis und formulieren auf der Grundlage dieser Veränderungen ihre politischen Strategien neu. Die *EU* wird als ein *politischer Raum der geteilten und gemischten Souveränitäten* interpretiert, der es den Nationalbewegungen ermöglicht, die Anerkennung der Realität und politischen Kompetenzen der Nationen ohne Staat voranzutreiben. Die *CiU* hat diesen Weg zunächst im Rahmen des Konzepts des ‚Europa der Regionen‘ eingeschlagen, um sich später explizit für die Sonderrechte der europäischen Nationen einzusetzen. Zugleich hat sie sich immer bemüht, sich kein allzu radikales, nationalpolitisches Profil zu geben und die radikale Separation der katalanischen Nation zu fordern. Dennoch gibt es in der Partei Strömungen, die mit dem Verweis auf die wirtschaftliche Realisierbarkeit und den ökonomischen Nutzen der nationalen Unabhängigkeit eine konsequentere Verfolgung dieses Ziels einfordern (vgl. Sala i Martí 1998).

Die post-souveränistische Vision von der nationalen Emanzipation des *PNV* zielt auf die Behauptung der baskischen Souveränität auf europäischer Ebene ab, die allerdings nicht mit der Etablierung eines eigenen Staates einhergehen muss. Zwar sei das Verhältnis zu den bestehenden französischen und spanischen Nationalstaaten zu revidieren, aber die Integration der baskischen Souveränität als Mitglied der supranationalen europäischen Gemeinschaft soll auf der Berücksichtigung der geteilten Souveränitäten, die die *EU* charakterisiere, stattfinden. Die *EU* wird nicht als Beschränkung und Schwächung der baskischen Souveränität verstanden, sondern als neue Möglichkeit für deren Etablierung.

Mit den modernisierten Strategien der nationalen Emanzipation setzen sich die moderaten Flügel der Nationalbewegungen ab von klassischen Konzepten der nationalen Souveränität. Sie akzeptieren die im Rahmen der *EU* stattfindende territoriale Neuverteilung von Souveränitätsrechten und politischen Kompetenzen und können sich somit als *moderne, kosmopolitische Varianten des Nationalismus* präsentieren. Sie verstehen sich selbst als politische Repräsentanten eines post-souveränistischen Zeitalters und stellen sich dementsprechend als moderner und fortschrittlicher als ihre politischen Gegner der Nationalstaaten dar, die sich weiterhin am klassischen Konzept der nationalen Souveränität orientieren (vgl. Bray/Keating 2006: 348 ff.).

Das Selbstbild als moderne politische Akteure drücken die politischen Repräsentanten der beiden Nationalbewegungen zudem in ihren Tätigkeiten auf der *EU*-Ebene aus. Dort präsentieren sie sich als kompetente, europapolitische Akteure und als legitime Vertreter der Regionen auf der Ebene der europäischen Politik. Durch die Repräsentation der ‚regionalen‘ bzw. ‚nationalen‘ Identitäten und Interessen erhöhen sie ihre Glaubwürdigkeit als politische Akteure und versuchen, auf die europäischen Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen. Die Tätigkeit auf der europäischen Ebene verstärkt den Ideologie-Effekt der Selbstinszenierung als Repräsentanten ‚regionaler‘ bzw. ‚nationaler‘ Interessen. Durch die Mäßigung des politischen, nationalistischen Diskurses und die Selbstinszenierung als ‚politische Unternehmer‘ können sich die subnationalen Akteure im regionalen gesellschaftlichen und politischen Koalitionsbildungsprozess profilieren und auf europäischer Ebene eine effiziente Profilierung der Region gewährleisten:

„for regional political entrepreneurs European integration increases the credibility of demands for greater autonomy, ranging from independence to devolution to cultural rights, and therefore their parties’ credibility.“ (Jolly 2007: 111)

Die Affirmation der Grundstruktur des gegebenen politischen Rahmens sowie dessen Ausnutzung für die ökonomischen und politischen Perspektiven ‚ihrer Region‘ geht einher mit dem Selbstverständnis der Mehrheitsparteien als ‚politischer Unternehmer‘ und der politischen Repräsentation der Geschicke der Region.

Entgegen dieser modernisierten Repräsentationsform des nationalen Interesses und der Strategie der nationalen Emanzipation, die die politischen Opportunitätsstrukturen der europäischen Integration ausnutzen will, vertreten die radikalen und linken Flügel der Nationalbewegungen klassische Konzepte der nationalen Souveränität und Emanzipation. Sowohl für die *ERC* als auch die *IA* ist die Erlangung eines eigenen Nationalstaates, der über volle Souveränitätsrechte verfügt, das zentrale Ziel. Im Sinne des *klassischen wilsonianischen Nationalismus* wird ein territorial klar abgegrenztes Hoheitsgebiet der nationalen Souveränität eingefordert. Die Strategie der *EA* ist demgegenüber eine Hybridform, die einen Mittelweg zwischen den Prinzipien des klassisch wilsonianischen Unabhängigkeitsdenkens und der Annahme einer *europäischen Post-Souveränität*, bei der sich die ‚Nationen ohne Staat‘ in einem europäischen Dachverband emanzipieren können, geht.

Die Europakonzeptionen der beiden Nationalbewegungen sind vielfältig und ambivalent. Auf der einen Seite steht der ‚euphorische‘ Diskurs der moderaten Flügel der Nationalbewegungen, die hoffnungsvoll im Rahmen des Prinzips der geteilten Souveränitäten die neu entstehenden Partizipationsmöglichkeiten betonen. Auf der anderen Seite finden sich auch starke Vorbehalte gegenüber der europäischen Integration, meist auf Seiten der linken und radikaleren Flügel der Nationalbewegungen. In diesem politischen Milieu vermischt sich die Kritik am neoliberalen

len Charakter der *EU* mit der Unzufriedenheit über die ausbleibenden Erfolge bzgl. der politischen und rechtlichen Anerkennung der nationalen Identitäten, Kulturen und Sprachen auf europäischer Ebene. In ihm herrschte eine bisweilen starke und dezidierte ‚Euroskepsis‘ vor.

4.3 NEOLIBERALE GLOBALISIERUNG UND DIE POLITÖKONOMISCHEN PERSPEKTIVEN DER NATIONALBEWEGUNGEN

4.3.1 Ökonomische Globalisierung und peripherer Nationalismus

Zugespitzt auf die Frage nach den Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung, soll im folgenden Abschnitt die politökonomische Dimension des nationalistischen Diskurses der Nationalbewegungen analysiert werden. Die Effekte der Globalisierung drücken sich primär in einem erhöhten Wettbewerbsdruck aus, dem sowohl die Unternehmen als auch die politischen Regulationsgefüge vor Ort unterliegen. Mit der Globalisierung hat sich ein ‚Dispositiv der Standortlogik‘ herausgebildet, das vom diskursiven Phänomen der neoliberalen Hegemonie begleitet und stabilisiert wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Wandel der Nationalbewegungen, sowohl hinsichtlich ihrer etwaigen Funktionalität als politischer (und potentiell an der Regionalregierung beteiligter) Akteur in den Regionen als auch hinsichtlich des von ihnen artikulierten nationalistischen Diskurses.

Im Folgenden soll näher beleuchtet werden, welche Auswirkungen die neoliberale Hegemonie auf den programmatischen Diskurs der Nationalbewegungen und an sich auf das politische Projekt der nationalen Emanzipation, das sich im Kontext der politökonomischen und ideologischen Transformationen neu konzipiert, haben. Die Grundlage der Untersuchung bilden die grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der einzelnen Akteure der Nationalbewegungen wie auch ihre Positionierungen hinsichtlich der ökonomischen Globalisierung. Die artikulierten Globalisierungsvisionen können positive wie negative Einstellungen gegenüber der Weltmarktausrichtung und der Internationalisierung des ökonomischen und politischen Handelns enthalten. Dementsprechend werden auch verschiedene sozioökonomische Projekte im Hinblick auf die propagierte nationale Emanzipation formuliert.

Allgemein stellt sich die Frage, welche Funktion den sozioökonomischen Diskursen in der Legitimierung der nationalistischen Forderungen nach politischer Dezentralisierung, nach vertieften Autonomierechten oder nach umfassender nationaler Emanzipation zukommt. Kommt es zur Verbindung von wirtschaftsliberaler Weltmarkteuphorie, neoliberaler Standortlogik und nationalpolitischer Programmatik oder entwickeln sich die Nationalbewegungen eher auf den politisch-ideologischen Gegenpol zu, die ein regional-nationalistisches Plädoyer für die Reduzierung der internationalen Vernetzung und für den Schutz des nationalen Wirtschaftsraums beinhaltet?

In der Analyse des möglichen Wandels in der Ausrichtung und internen Ausdifferenzierung der Nationalbewegungen werden die Strategien der regionalen sozioökonomischen Eliten hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen sein. Die politischen Akteure der Nationalbewegungen haben, auf regionaler Ebene in der Regierungsverantwortung stehend, in Kooperation mit regionalen gesellschaftlichen und ökonomischen Eliten gemeinsame Strategien zur Förderung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung erarbeitet. Als Bestandteile der *regionalen Entwicklungscoalitionen* sind die regionalen Arbeitgeberverbände wie auch die Gewerkschaften von Interesse, auch wenn diese als sozioökonomische Interessenorganisationen nicht notwendiger Weise politische Strategien der ‚nationalen Emanzipation‘ verfolgen.

Die Verbindung der Nationalbewegungen zu den regionalen ökonomischen Eliten soll unter dem Aspekt etwaiger oder faktischer Bündnisse und gemeinsamer politischer Projekte untersucht werden. In dieser Perspektive wird in den Blick genommen, wie sich, geeint durch das gemeinsame Ziel der *regionalen Wettbewerbsfähigkeit*, übergreifende Bündnisse zwischen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Akteuren herausbilden, die ein Entwicklungsmodell verfolgen, das sowohl den globalen Wachstumsimperativen folgt wie auch eine nach innen auf Ausgleich bedachte, regionale Entwicklung ermöglicht. Zeichnet sich die Konstitution solcher übergreifender, regionaler *growth coalitions* ab? Kann der Nationalismus mit seiner Orientierung auf das ‚nationale Kollektiv‘ eine für die soziale Kohäsion der Wirtschaftsstandorte bedeutende Rolle spielen und für das regionale Wirtschaftsmodell wichtige Legitimationsressourcen zur Verfügung stellen? Konstruiert der nationalistische Gemeinschaftsdiskurs nicht nur den Glauben an eine verbindende Nationalkultur und Vorstellungen von der sozialen Kohäsion der nationalen Gemeinschaft, sondern auch ein für die Stabilität des regionalen Entwicklungsmodells wertvolles ‚soziales Kapital‘?

Die Untersuchung der politökonomischen Dimension des programmatischen Diskurses der Nationalbewegungen bewegt sich zwischen zwei Entwicklungsszenarien: Setzt sich die wettbewerbsregionalistische Vision der unabhängigen, flexibilisierten und dynamischen *regional states* durch, die vor Ort auf regionaler Ebene auf die intraregionale Kooperation und die Mobilisierung der Bevölkerung zu Gunsten der Wettbewerbsfähigkeit und der vorteilhaften Stellung der Region auf dem Weltmarkt setzt? Oder zeichnet sich die Formierung anti-neoliberaler Bündnisse in der regionalen Peripherie ab, die die Politik der regionalen Wettbewerbsbündnisse zurückweist und die, jenseits der Kooperation auf regional-nationaler Ebene, internationale soziale Bündnisse anstrebt?

Die Analyse der Entwicklung des politökonomischen Diskurses der Nationalbewegungen zwischen diesen beiden Entwicklungsszenarien soll vor dem Hintergrund der Strategien der sozioökonomischen Bündnispartner der Akteure der Nationalbewegungen erfolgen. Wegen der teils engen Kooperation und wechselseitigen

Beeinflussung der sozioökonomischen und politischen Akteure auf regionaler Ebene sind neben den politischen Akteuren der Nationalbewegungen auch die sozioökonomischen Akteure und Bündnispartner, d.h. die regionalen Unternehmerverbände und (nationalistischen) Gewerkschaften samt ihrer politischen Strategien, in die Analyse mit einzubeziehen.

Im folgenden Abschnitt soll nicht zuletzt auch die Frage thematisiert werden, ob es im Kontext der Globalisierung zu einer Ökonomisierung der nationalistischen Programmatik kommt, in der die nationalistischen Forderungen zunehmend ökonomisch begründet werden. Entwickelt sich das Konstrukt der nationalen ökonomischen Opfergemeinschaft, die sich für das ökonomische und politische Wohlergehen und die Wettbewerbsfähigkeit der Nation engagiert, zum neuen Leitbild der nationalen Mobilisierung? Bevor die Analyse des politökonomischen Diskursstrangs entlang einer noch zu erläuternden Darstellungsweise (4.3.3) vorgenommen wird, soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die ökonomische Entwicklung in Katalonien und im Baskenland gegeben werden.

4.3.2 Die baskische und katalanische Ökonomie im Kontext von Internationalisierung und Globalisierung

Beide Regionen haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit der auf der iberischen Halbinsel einsetzenden Dynamik der kapitalistischen Akkumulation und der im westeuropäischen Vergleich nachholenden Industrialisierung, widersprüchliche sozioökonomische Entwicklungen durchlaufen. Die rasante wirtschaftliche Entwicklung, die beide Regionen im ausgehenden 19. Jahrhundert durchliefen, war mit einer nachhaltigen Modernisierung der beiden Regionen verbunden. Der Eintritt in die fordistische Entwicklungsphase des spanischen Kapitalismus – industrielle Massenproduktion, die volkswirtschaftlich verbunden ist mit dem Ausbau des Massenkonsums – ist jedoch erst unter dem frankistischen Regime zu beobachten (vgl. dazu im Folgenden: Steinko 2003). Die frankistische Politik der relativen ökonomischen Abschottung des spanischen Marktes, wie sie in den Jahren nach dem spanischen Bürgerkrieg, 1939 ff., praktiziert wurde, kam den relativ entwickelten Ökonomien in der baskischen und katalanischen Peripherie einerseits entgegen, da dadurch ihre Dominanz auf dem spanischen Binnenmarkt gesichert wurde. Andererseits hatten die Abkopplung von der internationalen Ökonomie und der auf Autarkie abzielende Isolationismus zur Konsequenz, dass ausländische Direktinvestitionen ausblieben. Erst mit der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung des Regimes Ende der 1950er Jahre, das nun die wirtschaftliche Öffnung und die verstärkte Kooperation mit den westlichen Industrienationen vorantrieb, wurde der Prozess einer, wenn zunächst auch langsamen, Angleichung an die Standards der westlichen Ökonomien eingeleitet. So hat sich im frankistischen Spanien seit den 1960er Jahren ei-

ne fordistische Produktions- und Konsumstruktur etabliert, die der Entwicklung in anderen Ländern des entwickelten Kapitalismus ähnlich war: Massenproduktion, Forcierung einer standardisierten Konsumkultur und die Dekommodifizierung von Lebensbereichen, die für die Kapitalakkumulation uninteressant sind. Zudem gab es „das starke Bedürfnis, den politischen und kulturellen Anschluss an Westeuropa zu finden, um auch die ‚zivilisatorischen Früchte‘ des Fordismus ernten zu können“ (ebd.: 104). Wie auch in den anderen autoritär regierten, südeuropäischen Ländern (Portugal und Griechenland), ist daher seit den 1960ern in Spanien ein übergreifender Prozess der ‚Modernisierung‘ und ‚westlichen Orientierung‘ zu beobachten (vgl. Holman 1996: 28). In diesem Kontext kam es zum so genannten ‚spanischen Wirtschaftswunder‘, das jedoch einer soliden Grundlage entbehrte. Nach einer dynamischen, aber relativ kurzen Periode des ökonomischen Wachstums in Spanien, dem *desarrollismo*, in der sich die spanische Ökonomie zur zehntgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt hatte, wurde sie von der Wirtschafts- und Ölkrise der 1970er Jahre besonders hart getroffen. Die damit einhergehende Krise des Fordismus in den westlichen Ökonomien betraf somit auch die spanische Wirtschaft, vor allem in Form der Folgewirkungen im Zeitraum zwischen 1976 und 1986 (vgl. ebd.: 147 ff.). Die Krisenauswirkungen waren im Baskenland besonders durchschlagend, weil die baskische Wirtschaft industriell geprägt war und in hohem Ausmaß von Energieimporten abhing (vgl. Díez Medrano 1999: 151). Der Übergang Spaniens zur Demokratie, der mit dem Tod Francos 1975 eingeleitet wurde, ereignete sich somit in einem internationalen Krisenkontext, der von der Internationalisierung der Austeritätspolitik und dem generellen Aufleben des Neoliberalismus bestimmt war. Dieser internationale Kontext grenzte den Rahmen und die Ausrichtung der spanischen Staatsreformprojekte nach Francos Tode stark ein (vgl. ebd.: 58 f.).

Der neue spanische Staat konsolidierte sich wirtschaftspolitisch durch den so genannten „Moncloa-Pakt“ vom Oktober 1977, der eine besondere Bedeutung für die Konstituierung und Stabilisierung des neuen politischen Systems hatte:

„Inhaltlich ging es um ein ökonomisches Stabilitätsprogramm, doch die eigentliche Bedeutung lag in dem politischen Pakt. Die im Parlament vertretenen Parteien von *AP* bis *PCE* unter Einschluss der katalanischen *CiU* unterzeichneten ihn, der verfassungserarbeitende Konsens war gefunden.“ (Köhler 1993a: 111)

Die Wirtschaftspolitik des in den 1980er und 1990er Jahren regierenden *PSOE* fiel zusammen mit der beschleunigten Transnationalisierung des Kapitals, mit dem Aufstieg des globalen Neoliberalismus und dem wiederaufgenommenen Projekt der europäischen Integration (vgl. Holman 1996: 206). ‚Modernität‘ und ‚Europäisierung‘ (*EG*-Beitritt und Westintegration) waren die ideologischen Eckpfeiler der Regierungspraxis des *PSOE*, der als Regierungspartei eher ein neoliberal-

ral-konservativ orientiertes denn ein sozialistisches Entwicklungskonzept verfolgte. Parallel zum Ausbau eines „für spanische Verhältnisse relativ großzügigen Sozialstaats“ war die Politik des *PSOE* dem Ziel untergeordnet, die spanische Wirtschaft in den westeuropäischen Kapitalismus zu integrieren (vgl. Steinko 2003: 114 ff., Köhler 1993: 141). Sein zentrales Vorhaben bestand dabei in der Restrukturierung und Privatisierung des öffentlichen Industriesektors und der Staatsbetriebe, die durch vergleichsweise negative Leistungen und Korruptionsfälle ein schlechtes Image hatten (vgl. Seikel 2008: 155). Im Rahmen der so genannten *reconversión industrial* wurde in den 1980er Jahren von der Regierung eine radikale industrielle Restrukturierung in der Stahl-, Bergbau- und Schiffsbaubranche vorangetrieben. Seit dem Beitritt zur *EG* (1986) unterlag die spanische Wirtschaft noch verstärkter den Rhythmen internationaler Tendenzen und Konjunkturen und die Unternehmen sahen sich einem wachsenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt. Die Modernisierungspolitik der Umstrukturierung nach den Kriterien der Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit wurde fortgesetzt, so dass sich das neue europäische Mitgliedsland Spanien in seinen Modernisierungs- und Liberalisierungsprojekten als „europäischer Musterknabe“ erwiesen hat (vgl. ebd.: 176). Der Abbau sozialstaatlicher Rechte gehört seit Mitte der 1990er Jahre auch in Spanien zur Normalität der Modernisierung, die von den konservativen Aznar-Regierungen zwischen 1996 und 2004 mit einem überzeugten Marktliberalismus weiter vorangetrieben wurde. Die Wettbewerbsideologie und Weltmarktorientierung waren unter der Aznar-Regierung die zentralen, ideologischen Eckpunkte der Neugestaltung der spanischen Staatlichkeit.

Mit der europäischen Integration Spaniens und der internationalen Öffnung der spanischen Ökonomie wurde die spanische Wirtschaftsstruktur gravierenden Veränderungen unterworfen. Der massive Abbau von Industrie- und Wirtschaftskomplexen, die international nicht wettbewerbsfähig waren, zog einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich. Es ist zudem zur internationalen Verflechtung der spanischen (Industrie-)Kapitale und zu einer zunehmenden Exportorientierung der spanischen Ökonomie gekommen. Entwicklungen, die teils auf starken Widerspruch gestoßen sind, andererseits aber trotz der mit ihr verbundenen hohen sozialen Kosten (Massenarbeitslosigkeit, Verarmung breiter Gesellschaftsschichten) als Anpassung an westliche kapitalistische Entwicklungsmodelle begrüßt wurden.

Diese übergreifenden konjunkturellen Entwicklungen, die den gesamten spanischen Wirtschaftsraum betrafen, zogen freilich auch tiefgreifende Auswirkungen auf die relativ weit entwickelten regionalen Ökonomien im Baskenland und in Katalonien nach sich. Die Krise des Fordismus, die europäische Integration und nicht zuletzt die ökonomischen Internationalisierungstendenzen haben die im innerspanischen Vergleich relativ weit entwickelten wirtschaftlichen Strukturen der beiden Regionen einem grundlegenden Wandel unterworfen.

Die *baskische Ökonomie* erfuhr zwischen 1973 und 1985 die durchschlagenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Die Rezession und die damit einhergehen-

de Krise des Fordismus betrafen die traditionellen industriellen Sektoren am meisten:

„Until the mid-1970s, these were the main industries in the BAC, which was therefore highly specialized around steel and its related industries. When the international crisis hit the region, the impact was therefore great.“ (Gómez Urranga 2003: 144)

Von einer expansiven Phase, in der die baskische Wirtschaft 1973 noch eine Wachstumsrate von über 7 % aufwies, schlitterte sie vor allem wegen der großen Abhängigkeit von Energieimporten in eine tiefe Krise, die zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und zum Abbau des produktiven Kapitals führte. Auf die Abschwächung des Wachstums (1975: 4 %, 1977: 1 %) folgte 1979 die Rezession mit einem Negativwachstum von 4 % (vgl. Alberdi Larizgoitia 2010: 37 f.). Die Konzentration der baskischen Wirtschaft auf die Schwermetallindustrie (Stahlproduktion, Metallverarbeitung, Schiffbau) multiplizierte die Krisenauswirkungen zudem. Das Entwicklungsmodell des ‚baskischen Fordismus‘, das sich noch in den 1960er Jahren des 20. Jahrhunderts, getrieben vom spanischen *desarrollismo* und dem Binnenmarktboom, sehr dynamisch entwickelt hatte¹, geriet in eine tiefe Krise. Die Internationalisierung des produktiven Kapitals, die seit den 1970er Jahren als Krisenlösungsstrategie und als geeignet erscheinende Reaktion auf die hohen Lohnkosten im Westen die Verlagerung der Produktion in die ‚Peripherie‘ vorgesehen hatte, und der krisenbedingte Einbruch der Nachfrage im Stahl- und Metallsektor trafen die ökonomische Struktur des Baskenlandes besonders hart. Es offenbarte sich eine tiefe Kluft zwischen den produktiven Kapazitäten der baskischen (Schwermetall-)Industrie und der internationalen Nachfrage, die durch die technologische Rückständigkeit und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit noch vertieft wurde. Das traditionelle produktive System der baskischen Ökonomie und die Leitfunktion der „iron culture“ kamen zu ihrem Ende, was sich vor allem auf deren Zentrum, die Metropolregion Bilbao, ausgewirkt hat (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 61 f.).

Die Folgen waren eine dramatische Deindustrialisierung und Umstrukturierung der baskischen Wirtschaft. Zwischen 1975 und 1985 wurden 185.000 Arbeitsplätze in der AG Baskenland vernichtet (davon 73 % im industriellen Sektor), was die Verringerung der Industriebelegschaft um 30 % bedeutete. In Bilbao allein wurden zwischen 1979 und 1985 fast 100.000 Arbeitsplätze zerstört, die durchschnittliche

- 1 Der ‚baskische Fordismus‘ erreichte ein nahezu ‚exzessives Produktionsniveau‘ in einer Zeit, in der andere westliche Ökonomien ihre ökonomischen Strukturen vor dem Hintergrund der Krisentendenzen des späten Fordismus schon umbauten: „In contrast to the majority of Western European countries, which started to adjust their industrial structure in order to prevent the effects of the crisis, Basque firms expanded and modernized their ‚Fordist‘ plants.“; del Cerro Santamaría 2007: 61.

Arbeitslosigkeit betrug zu dieser Zeit ca. 25 % (vgl. Gómez Uranga 2003: 49 ff.). Dieser radikale Umbruch wirkte sich auch in einem drastischen Bevölkerungsrückgang aus, zwischen 1986 und 2001 nahm die Bevölkerung von Bilbao um 11,1 % auf 865.800 Einwohner ab. Der Prozess der Deindustrialisierung wurde von der spanischen *PSOE*-Regierung unterstützt und aktiv vorangetrieben. Seit 1982 wurde im Zuge der *reconversión industrial* die gezielte Zerschlagung nicht wettbewerbsfähiger Industriekonzerne betrieben, was nicht zuletzt auch von der baskischen Nationalbewegung dazu genutzt wurde, die Strategie Madrids der Zerschlagung der *baskischen* Wirtschaft und Gesellschaft zu skandalisieren (vgl. González 2005: 106 f.). Die Rekonversionsphase wurde durch ein großes Ausmaß an sozialer Konfliktivität begleitet. Der einzige Wirtschaftssektor, der im baskischen Wirtschaftsraum während der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts eine positive Entwicklung durchlief, war der Finanzsektor (vgl. Gómez Uranga 2003: 50 f.).

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wurden wieder positive Wachstumsraten erreicht, wenn auch die auf die Integration in den europäischen Markt zurückzuführende Konsolidierung der baskischen Ökonomie mit der fortgesetzten Deindustrialisierung einherging (vgl. Gómez Uranga 2003: 211 ff.). Die Arbeitslosenraten blieben trotz des wieder einsetzenden Wirtschaftswachstums hoch (1986 bei 23,9 %; vgl. ebd.: 217). Die Restrukturierung der baskischen Wirtschaft in den 1980er Jahren konnte keine angemessene ökonomische Ausdifferenzierung bewirken, so dass es in den frühen 1990er Jahren, auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen der europäischen Integration, zu einer zweiten Restrukturierungsphase kommt.

Die Europäisierung der baskischen Ökonomie war besonders intensiv. Auf eine Phase der krisenhaften Anpassung (1986-1993) folgte eine Phase der Expansion und Integration (1993 ff.). Die Wirtschaftskrise zu Beginn der 1990er Jahren hatte den erneuten Abbau von industriellen Großbetrieben zur Folge, was weitere Arbeitsplatzverluste bedingte (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 69). Trotz des Krisenverlaufs hat sich die baskische Ökonomie im Vergleich zur gesamtspanischen Entwicklung behaupten können, die Entwicklung der Produktivität und die Wachstumsraten waren durchweg höher als diejenigen von Restspanien. Der Anstieg der Auslandsinvestitionen war die Folge (vgl. Nordberg 2007: 73). Dank der Unterstützung durch *EU*-Infrastrukturmittel und der Aktivität der baskischen Regionalregierung wurde die Wirtschaftsstruktur seit den 1980er Jahren diversifiziert, die Entwicklung des Dienstleistungssektors und neuer Technologien angeregt und unterstützt. Die jüngste, von der Politik bewusst vorangetriebene Transformation der baskischen Wirtschaftsstruktur zielte auf die Neuausrichtung hin zum Dienstleistungssektor ab. Wie auch in anderen westlichen Industriestaaten des entwickelten Kapitalismus ist die jüngste ökonomische Entwicklung des Baskenlands durch die Tertiärisierung geprägt. Die industrielle Produktion und Manufakturen haben zwar ihre Vorherrschaft eingebüßt, spielen aber nach wie vor eine bedeutende Rolle

– vor allem in der Wirtschaftsmetropole Bilbao, die weiterhin als das „industrial heartland“ des Baskenlands gilt (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 72 ff.).

Die baskische Ökonomie hat sich mittlerweile, nach Durchlaufen der tiefen Krisen seit Beginn der 1980er Jahre und mehreren Umstrukturierungs- und Anpassungsprozessen, erholt. Die europäische Integration hat einen Anpassungsdruck entfaltet, der eine Neuausrichtung ihres industriellen Systems erzwungen hat. Seit Ende der 1980er Jahre hat sich die baskische Wirtschaft sehr dynamisch entwickelt und, sowohl im Vergleich zur spanischen als auch zur gesamteuropäischen Wirtschaftsentwicklung, überdurchschnittliche Entwicklungsquoten erzielt (vgl. Economía Vasca o.J.). Die Statistiken über die baskische Wirtschaftsentwicklung (vgl. ebd.) belegen, dass die baskische Wirtschaft im Rahmen der liberalisierten, internationalen Handelsbeziehungen gereift ist, sich nach einer harten Anpassungsphase gut aufgestellt hat und von den neuen Bedingungen profitiert.

Die *wirtschaftliche Entwicklung Kataloniens* war, wie die baskische, stark von den direkten Auswirkungen der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre betroffen. In den Jahren zwischen 1980 und 1985 überlagerten sich die Bemühungen der neu institutionalisierten katalanischen Regionalregierung, die Krisenauswirkungen abzumildern und eine Stabilisierung der katalanischen industriellen Struktur zu gewährleisten, mit den nachhaltigen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. Zwischen 1973 und 1985 wies die katalanische Wirtschaft geringe Wachstumszahlen auf und blieb mit durchschnittlich 1,7 % unter dem spanischen Durchschnitt (ca. 2 %). Die krisenhafte Entwicklung in der ersten Hälfte der 1980er Jahre drückt sich auch in steigenden Arbeitslosenzahlen aus, die von 50.000 im Jahr 1973 auf 450.000 im Jahr 1985 anwuchsen (vgl. McRoberts 2001: 95).

Ab 1985 durchlief die katalanische Wirtschaft eine Periode des nachhaltigen ökonomischen Wachstums, die durch die Integration in den europäischen Binnenmarkt unterstützt wurde. Zwischen 1985 und 1992 kam es zu einer der „most expansive periods of the contemporary Catalan economy“ (Bacaria/Borràs Alomar 1998: 74), zwischen 1987 und 1990 erreichte die katalanische Wirtschaft eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5,3 % (vgl. Bacaria/Borràs Alomar/Fernández-Ribas 2004: 65). Diese Expansionsphase ist zurückzuführen auf die vorweggenommene Anpassung an den europäischen Wettbewerb und die Summe der ausländischen Direktinvestitionen. Die attraktive industrielle Basis und unternehmerische Infrastruktur Kataloniens haben dafür gesorgt, dass ein außerordentlich hoher Anteil der in Spanien getätigten ausländischen Direktinvestitionen nach Katalonien gegangen ist; 1991 waren es 43 % (vgl. Bacaria/Borràs Alomar 1998: 74).

1991 durchlief die katalanische Wirtschaft erneut eine international induzierte Krisenphase, die zu weiteren Umstrukturierungen führte. Bis zur Mitte der 1990er Jahre sind starke Deindustrialisierungstendenzen zu beobachten, der Anteil der industriellen Produktion sank von 41,1 % am *BIP* 1975 auf 28,9 % 1996. Zur glei-

chen Zeit hat sich der Dienstleistungssektor, der in Katalonien wegen der Bedeutung des Tourismus ohnehin relativ stark ist, von 48,1 % des *BIP* (1975) auf 57,2 % (1996) entwickelt (vgl. McRoberts 2001: 96). 1994 setzte schließlich eine weitere Wachstumsphase ein. In der zu einem hohen Ausmaß diversifizierten katalanischen Wirtschaftsstruktur spielen kleine und mittelständische Unternehmen eine große Rolle, auch in der seit den 1990er Jahren verstärkt zu beobachtenden Tendenz hin zum Dienstleistungssektor. Auch wenn der Einfluss der industriellen Produktion innerhalb der katalanischen Ökonomie abgenommen hat, repräsentiert die katalanische Industrie immer noch gut ein Viertel der gesamtspanischen industriellen Produktion. 1989 betrug der Anteil der katalanischen industriellen Produktion 25,4 %, 1998 immer noch 25,5 % (vgl. Bacaria/Borràs Alomar/Fernández-Ribas 2004: 65).

Mit dem spanischen Beitritt zur *EG* hat der europäische Markt eine stets wachsende Bedeutung für die katalanische Ökonomie erhalten und spielt seitdem eine größere Rolle als der spanische, zwischen 1996 und 2000 wuchs der katalanische Export nach Europa jährlich im Schnitt um 13,1 % (vgl. ebd.: 67). Nicht zuletzt auch durch das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen in Katalonien ist es darüber hinaus zu einer umfassenden Internationalisierung der katalanischen Ökonomie gekommen. Zwischen 1985 und 1994 wuchsen die ausländischen Direktinvestitionen jährlich um 23 % und somit weitaus stärker als im restlichen Spanien (19,5 %) (vgl. McRoberts 2001: 97). Durch die ausländischen Direktinvestitionen, die vornehmlich in die Elektro-, Chemie und Automobilsektoren geflossen sind, ist es in den 1980er und 1990er Jahren auch zu einer tief greifenden Internationalisierung des katalanischen Kapitals gekommen.

Mit der europäischen Integration ging eine Intensivierung der internationalen Verflechtung und des internationalen Handelns einher, wovon die deutlich angestiegenen Exporte in die europäischen Länder sowie die Importe aus diesen Ländern (vornehmlich Kapitalgüter) zeugen (vgl. ebd.: 99 f.). In den letzten Jahren sind die ausländischen Direktinvestitionen in Katalonien leicht zurückgegangen, da Arbeitsplätze in Niedriglohnländer exportiert wurden und werden. Die katalanische Industrie ist zudem im ‚postindustriellen Zeitalter‘ angekommen. Die Deindustrialisierung und Stärkung des Dienstleistungssektors sind die jüngsten Entwicklungstendenzen, wobei die internationale Vernetzung weiterhin eine große Rolle spielt (vgl. Granell 2004: 76 ff.).

Die Ökonomien beider Regionen haben in den letzten Jahrzehnten, seit dem Beitritt zur *EG* einen Prozess der Internationalisierung durchlaufen, der auch deren verstärkte Außenorientierung mit sich brachte. Beide Ökonomien sind in zunehmendem Maße von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und den globalen ökonomischen Zusammenhängen abhängig. Die internationale Vernetzung durch den intensivierten internationalen Handel und die Exportorientierung stellen große Herausforderungen für die jeweiligen regionalen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen dar. Die Entwicklung der beiden regionalen Ökonomien

war seit dem Übergang zur Demokratie positiv, und beide Regionen weisen überdurchschnittliche Wirtschaftsindikatoren im gesamtspanischen Vergleich auf. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens und des Produktivitätszuwachses, als auch hinsichtlich des Anteils an Auslandsinvestitionen und an der gesamtspanischen Wirtschaftsleistung.

Der wirtschaftliche Erfolg vor allem der baskischen Gebiete zeigt sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und der ersten Hälfte der 2000er Jahre. Das *BIP* konnte sich im Zeitrahmen zwischen 1995 und 2004 sowohl in der AG Baskenland (von 27.646.756 auf 50.485.864 Pesetas) nominell fast verdoppeln (vgl. INE 2004). Die Wirtschaftsleistung Kataloniens ist im selben Zeitraum ebenso dynamisch gewachsen (von 82.752.572 auf 146.598.797 Pesetas). Dieses Wirtschaftswachstum ging einher mit einer Verringerung der Massenarbeitslosigkeit, die in der AG Baskenland von 21,6 % (1996) auf 9,17 % (2004) abgenommen hat und in Katalonien von 19,36 % auf 9,37 % zurückging. Auch in Gesamtspanien konnte sie deutlich abgebaut werden, nämlich von 22,83 % (1996) auf 10,56 % (2004).

Die positive Wirtschaftsentwicklung Kataloniens und der baskischen Gebiete setzte sich auch in den 2000er Jahren, bis zum Eintritt der Wirtschaftskrise 2008 ff., fort, wenn auch in der Zeit von 2000 bis 2007 die spanische Wirtschaft teilweise noch stärker gewachsen ist. Während diese Wachstumsraten von 25,9 % aufwies, blieb Katalonien diesbezüglich mit 24,5 % leicht unter dem Durchschnitt. Die AG Baskenland konnte jedoch auch in dieser Periode wieder überdurchschnittliche Wachstumsraten aufweisen (30,7 %) (vgl. INE 2010a). In der regionalen Verteilung des Pro-Kopf-*BIP* rangierte die AG Baskenland, nach der AG Madrid, auf dem zweiten Platz (bei 136 % des EU-27 Durchschnitts), gefolgt von Navarra (bei 132) und Katalonien (124) (vgl. INE 2007: 3). Die Verteilung des Pro-Kopf-Einkommens wies ähnliche Statistiken auf. Hier sind die baskischen Gebiete an vorderster Stelle, Katalonien siedelte ebenfalls an vordersten Rängen (vgl. INE 2007: 4)². Die divergierende Entwicklung in der regionalen Wohlstandsverteilung hat sich in den letzten Jahren noch deutlicher ausgeprägt, wie die jüngste Erhebung belegt. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt in der AG Baskenland 2008 20.760 €, bei dem spanienweiten Durchschnitt von 15.433 €. Auch Katalonien liegt um mehr als 15 % über dem nationalen Durchschnitt (vgl. INE 2010b: 5).

- 2 Royo macht auf die herausragende Stellung der AG Baskenland nicht nur im spanischen, sondern auch im europäischen Vergleich aufmerksam: „The Basque Country has the highest disposable per capita income in Spain (it grew from 74.37 percent of the EU average in 1980 to 100.2 by 2000, and 128.2 in 2006), and only five EU countries (Austria, Denmark, Holland, Ireland, and Luxembourg) have higher per capita GDP than the Basque Country. Unemployment fell to 3.4 percent in 2007, which has been supported by wage moderation. Moreover, the Basque GDP has been growing since the 1980s at a faster rate than that of Spain and the EU.“ (Royo 2009: 14)

Die Wirtschaftskrise seit 2008 hat auch einen Rückschlag für die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Regionen bedeutet, was zur Rückkehr der massiven Arbeitslosigkeit geführt hat. Katalonien war hiervon besonders betroffen. Die Arbeitslosenquote von 9,37 % aus dem Jahre 2004 ist auf 18,40 % im Jahr 2010 hochgeschwollen. Die AG Baskenland blieben mit 12,32 % trotz deutlicher Zuwächsen klar unter dem gesamtspanischen Durchschnitt, der 2001 bei 22,10 % lag (bei 22,83 % 1996 und 10,56 % 2004) (vgl. INE 2011: 13).

Der Übergang zur Demokratie und die Institutionalisierung der regionalen Dezentralisierung im spanischen Staat der Autonomen seit Beginn der 1980er Jahre sind zwei zentrale Faktoren, die die Veränderung und Modernisierung der regionalen sozioökonomischen Entwicklungsmodelle ermöglicht haben. Die wirtschaftliche Öffnung und Internationalisierung sowie die Vertiefung der europäischen Integration Spaniens haben die regionalen Wirtschaftsstrukturen verstärkt unter den Druck der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gestellt. In beiden Regionen haben die Mehrheitsflügel der Nationalbewegungen seit den ersten regionalen Parlamentswahlen und der Institutionalisierung der regionalen politischen Systeme die politische Hegemonie errungen und bis zum Beginn des neuen Jahrtausends behaupten können. Der Prozess der Demokratisierung und der Ausgestaltung der subnationalen AG nach der *transición*, von der Aushandlung der Autonomiestatute bis zur Umsetzung politischer und ökonomischer Entwicklungsstrategien des ‚regionalen Staats‘, geschah unter der politischen Hegemonie des Mehrheitsflügels der Nationalbewegungen. In Katalonien konnte die *CiU* und im Baskenland der *PNV* während langjähriger Regierungszeiten das politische Geschehen bestimmen und den gegebenen institutionellen Rahmen dazu nutzen, die regionalen Institutionen ihren Vorstellungen und Strategien gemäß zu gestalten. Im Zuge der Dezentralisierung der politischen Macht im spanischen Staat der Autonomen ist es zudem zur Aufwertung der subnationalen Gebietskörperschaften, der AG, gekommen, weshalb auch die Bedeutung des regionalen wirtschaftspolitischen Engagements gewachsen ist.

4.3.3 Globalisierungsvisionen und sozioökonomische Konzepte der Nationalbewegungen

Bei der Analyse der politökonomischen Programmatik der Nationalbewegungen sollen in einem ersten Schritt diejenigen Parteien und sozioökonomischen Akteure untersucht werden, die die Prozesse der Globalisierung als prinzipielle Chance sehen und die in ihrer langjährigen Funktion als Regierungsparteien die Internationalisierung des eigenen sozioökonomischen Raumes befürwortet haben. Hierzu sind die moderaten Mehrheitsflügel der beiden Nationalbewegungen zu zählen, der baskische *PNV* und die katalanische *CiU*, die beide die Ausgestaltung der Autono-

miestatute und -politiken wesentlich geprägt haben und als langjähriger dominierender politischer Faktor in ihrer Region in Kooperation mit den regionalen ökonomischen Eliten und Unternehmerverbänden regionale Entwicklungsmodelle konzipiert und umgesetzt haben. Unter der Regierung der beiden Parteien wurde die Internationalisierung der jeweiligen regionalen Ökonomien befürwortet und gefördert. Diesen politischen und ökonomischen Akteuren sollen diejenigen gegenübergestellt werden, die aus nationalistischer Perspektive alternative Projekte zur Entwicklung der Region formulieren und die dabei eine (moderate bis radikale) Kritik an der ökonomischen Globalisierung und der Politik der Mehrheitsflügel der Nationalbewegungen artikulieren.

Die Unterscheidung in diese beiden Lager (globalisierungsaffine Mehrheitsflügel vs. ‚alternative politische Akteure‘) ist nicht besonders trennscharf, soll aber dennoch als heuristisches Mittel zur ersten Strukturierung des politisch-ideologischen Feldes aufrechterhalten werden. Die baskische *EA* wie auch die katalanische *ERC* haben in sozioökonomischer Hinsicht ein im Vergleich zu den Mehrheitsflügeln leicht abweichendes, klassisch sozialdemokratisch ausgerichtetes Profil. Sie werden deswegen im Folgenden zu den ‚alternativen Konzeptionen‘ gezählt, auch wenn sie keine vom *PNV* und der *CiU* grundverschiedenen sozioökonomischen Ansichten vertreten – nicht zuletzt war z.B. die *EA* auch langjähriger Koalitionspartner in der vom *PNV* dominierten Regionalregierung und hat deren Wirtschafts- und Sozialpolitik mitgetragen. Neben diesen ‚Zwischenparteien‘, die in den beiden Nationalbewegungen die Funktion eines Bindeglieds der moderat-nationalistischen Mitte einnehmen, sind im baskischen Fall die ‚alternativen politischen Akteure‘ von *Aralar*, der *IA* und die nationalistischen Gewerkschaften (die *LAB* und die *ELA*) in den Blick zu nehmen. Im katalanischen Fall werden neben der *ERC* zudem noch die beiden katalanischen Linksparteien der *ICV* und des *PSC*, die mit der *ERC* über zwei Legislaturperioden hinweg (2003-2010) eine linkskatalanistische Regierungskoalition gebildet haben, sowie nicht zuletzt das linksindependentistische Milieu (*Endavant*) untersucht.

Durch die Autonomiestatute und die Etablierung der regionalen politischen Selbstverwaltungsstrukturen ist es im spanischen Autonomiestaat zu einer bemerkenswerten Dezentralisierung politischer Macht gekommen. Sowohl in Katalonien als auch im Baskenland wurde dieser Prozess von den dominierenden politischen Parteien, die jeweils von den Mehrheitsflügeln der Nationalbewegungen gestellt wurden, dazu genutzt, regionale wirtschaftspolitische Initiativen zu ergreifen und auf der regionalen Ebene ein erfolgreiches Management der politökonomischen Entwicklung zu initiieren. Die Ausgestaltung des wirtschafts- und innovationspolitischen Engagements der beiden Regionalregierungen ist dabei oftmals in Konkurrenz zum politischen Zentrum des spanischen Staates und in Kooperation mit sozioökonomischen Akteuren vor Ort erfolgt. Im Rahmen der Kooperation mit den ökonomischen Eliten wurden Konzepte der regionalen ökonomischen Entwicklung

und Formen der regionalen „industry-government collaboration“ entwickelt, um durch dezentralisierte Industrie- und Wirtschaftspolitik die Produktionsstrukturen der regionalen Wirtschaftsstruktur und deren Wachstumspotenziale zu stimulieren (vgl. Ahedo Santisteban 2006: 26). Die ‚sozioökonomischen Akteure‘ der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften werden im Folgenden in die Analyse miteinbezogen, soweit sie Beiträge zur Profilierung der nationalistischen sozioökonomischen Projekte liefern oder mit Akteuren der Nationalbewegungen gemeinsame politische Projekte verfolgen.

Zunächst sollen im Folgenden in einem ersten Schritt die Konzepte und wirtschaftspolitischen Strategien der moderaten Mehrheitsflügel der Nationalbewegungen hinsichtlich der Positionierung der regionalen Ökonomie auf globaler Ebene untersucht werden. Dabei soll auch die Kooperation mit den regionalen Wirtschaftsakteuren bei der Formulierung der regionalen Entwicklungsmodelle berücksichtigt werden (4.3.3.1). In einem zweiten Schritt werden die Strategien der regionalen Kapitalvertreter gegenüber der Globalisierung und hinsichtlich der Gestaltung der regionalen Politik, vor allem im Hinblick auf das nationalistische Streben nach Selbstverwaltung, untersucht (4.3.3.2). Das Verhältnis der moderaten Flügel der Nationalbewegungen und der regionalen Kapitalvertreter wird in einem gesonderten Unterabschnitt analysiert (4.3.3.2.3). In einem letzten Schritt werden die sozioökonomischen Konzeptionen und globalisierungskritischen Strategien der alternativen und potentiell gegenhegemonialen Akteure der Nationalbewegungen analysiert werden (4.3.3.3). Anders als in den anderen Abschnitten der empirischen Analyse strukturiert sich die Darstellung in diesem Abschnitt nach den Funktionen der einzelnen sozialen Bestandteile und ideologischen Strömungen der Nationalbewegungen und nicht in Form der nach Regionen ausdifferenzierten Gesamtdarstellung. Da beide Nationalbewegungen in ihrem politökonomischen Profil analog in einen moderaten, wirtschaftsliberalen und einen linken, sozialdemokratisch bis sozialistischen, Flügel ausdifferenziert sind und auch die regionalen Kapitalvertreter eine ähnliche Nähe zum moderaten Flügel der Nationalbewegung aufweisen, liegt es nahe, die Struktur der Darstellung ausnahmsweise an der Unterteilung in ideologisch verschiedene Blöcke und Diskursgemeinschaften zu orientieren.

4.3.3.1 Konzepte und Regierungspraxis der ‚moderaten‘ Flügel der Nationalbewegungen

Sowohl in Katalonien als auch im Baskenland wurde die Ausgestaltung der neu institutionalisierten Autonomieregierungen von den moderaten Mehrheitsflügeln der Nationalbewegungen unternommen. Am Beginn der Regierungstätigkeit der moderat-nationalistischen Regierung stand neben dem Ausbau der regionalen Kompetenzen und der Verfolgung des politischen Projekts eines zumindest kulturellen *nation building*, durch sprach- und kulturpolitische Maßnahmen, das Vorhaben der wirtschaftlichen Modernisierung der Region. Schon früh haben beide Regionalregie-

rungen die Initiative ergriffen und durch wirtschafts- und innovationspolitische Maßnahmen die ökonomische Entwicklung der Region vorantrieben.

4.3.3.1.1 Sozioökonomische Perspektiven und Regierungspraxis des *PNV* im Baskenland

Der *PNV* war seit seiner Gründung Ende des 19. Jahrhunderts dem Kapitalismus und allgemein der ökonomischen Modernisierung sehr skeptisch gegenüber eingestellt und zeigte in unterschiedlichen historischen Epochen ein widersprüchliches wirtschaftspolitisches Profil. Der Kampf um die *fueros* war ein zentrales politisches Ziel des frühen baskischen Nationalismus und des *PNV*. Es ging ihm um die Bewahrung und rechtliche Garantie der traditionellen Sonderrechte, die die baskischen Provinzen genossen und die ihnen weitgehende politische und wirtschaftliche Freiheiten zustanden. Dahinter stand das Interesse an einer Freihandelszone zwischen den baskischen Gebieten (vgl. Nordberg 2007: 74 f.). Seit seiner ersten programmatischen Entwicklungsphase gegen Ende des 19. Jahrhunderts wandte sich der *PNV* gegen den spanischen Liberalismus und dessen Versuche der Modernisierung und Vereinheitlichung des spanischen Staates. Zugleich wandte er sich auch gegen die sozialistischen Bestrebungen der lokalen Arbeiterklasse, die sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus spanischen Einwanderern zusammensetzte. Hinter der Kernforderung nach der Wiederherstellung der *fueros* artikuliert sich die Unzufriedenheit der baskischen Mittelklassen mit der Entwicklung des Kapitalismus und dessen Modernisierungseffekten. In der Entstehungsphase des baskischen Nationalismus und des *PNV* wurde eine rückwärtsgewandte Kapitalismuskritik formuliert, die die beschleunigenden Modernisierungseffekte der kapitalistischen Entwicklungsdynamik und deren zerstörende Auswirkungen auf die traditionelle Lebensweise der baskischen Nation kritisierte. Diese Form der Kapitalismuskritik hatte eine verklärte Vorstellung von der ursprünglichen und harmonischen baskischen Gemeinschaft und Wirtschaftsweise zum normativen Ausgangspunkt und zielte auf die Wiederherstellung der ursprünglichen baskischen und traditionellen Wirtschaftsstrukturen ab. Im politischen Denken des frühen Sabino de Arana wurde diese Kapitalismuskritik mit der Vorstellung der nationalen Unabhängigkeit (zunächst nur der Provinz Bizkaia) verbunden (vgl. Elorza 2001: 146 ff.).

Die Forderung nach der Unabhängigkeit und Sezession von Spanien, die die frühe Programmatik des *PNV* kennzeichnete, ist im Laufe der Zeit von pragmatischeren Zielen abgelöst worden. Dies ist durch den zunehmenden Einfluss des industriellen Bürgertums auf die Partei und das Zusammengehen von bürgerlichem und traditionalistischem Flügel des Nationalismus zu erklären. Ein Wandel, der sich sogar noch in den letzten Lebensjahren Aranas beobachten lässt (vgl. Díez Medrano 1999: 99 ff.). Der Einfluss des industriellen Bürgertums war weniger quantitativ als qualitativ, mächtige Repräsentanten der neuen, schnell zu Reichtum gekommenen

Bourgeoisie, die auf den heimischen spanischen Markt angewiesen waren, haben eine Neuausrichtung der Partei bewirkt und moderatere Autonomieforderungen unterstützt. Der *PNV* fungierte nun als legale, nicht mehr per se systemoppositionelle Interessenpartei der baskischen Bourgeoisie, deren regionalistische Politik primär auf das wirtschaftliche Wohlergehen des Baskenlands abzielte. Im Laufe des 20. Jahrhunderts hat sich die Programmatik des *PNV* durchgehend gemäßigt. 1932 hat der *PNV* die Idee der konstitutionellen Autonomie angenommen, sich in den 30er Jahren von der politischen Rechten wegbewegt und dem politischen Zentrum zugewandt (vgl. Nordberg 2007: 78).

Auf die Phase der Klandestinität im Frankismus folgte die Anpassung der Partei im sich demokratisierenden politischen System Spaniens. Noch im Kontext des Antifrankismus zu Beginn der 1970er Jahre hatten alte Parteikader die Neuorganisation des *PNV* vorangetrieben, um die an die linke und antifrankistische nationale Befreiungsbewegung verlorene soziale Unterstützung zurückzugewinnen. Die Partei erhielt zu dieser Zeit vor allem aus den baskischen Mittelschichten Zulauf, die dann auch mehrheitlich die sich neu aufstellenden Führungsgremien der Partei besetzten. Zudem ist zu dieser Zeit eine verstärkte politische und ökonomische Unterstützung der Partei durch lokale Unternehmerorganisationen festzustellen (vgl. Díez Medrano 1999: 180). Der *PNV* durchläuft in dieser Zeit einen Prozess der ‚Verbürgerlichung‘, sowohl in politischer als auch in sozioökonomischer Hinsicht (vgl. ebd.). Er wird zur wichtigsten Partei des Baskenlandes und beherbergt weiterhin radikale, auf nationale Unabhängigkeit abzielende Strömungen, wie auch einen auf Modernisierung drängenden, moderaten Autonomieflügel, dessen großer Einfluss sich in der pragmatischen Ausrichtung des politischen Handelns der Partei ausdrückt (vgl. Pérez-Nievas 2006: 35).

Unter dem Einfluss der baskischen Mittelklassen und der lokalen Unternehmerschicht, die sich von einer künftigen baskischen Autonomie politische Steuerungsmöglichkeiten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und zur Stimulierung der ökonomischen Entwicklung erhofften, haben sich im *PNV* seit Ende der 1970er Jahre wirtschafts- und sozialpolitische Visionen durchgesetzt, die auf einer generellen Akzeptanz des Kapitalismus fußen. Die konservative Kapitalismuskritik, die zuvor die Parteiprogrammatik bestimmte und die die Modernisierung und Entfremdung des baskischen Gemeinwesens und Wirtschaftens durch die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung anprangerte, ist der Akzeptanz des kapitalistischen Wirtschaftssystems gewichen.

Dennoch existieren in der Partei jenseits der weithin geteilten Akzeptanz des kapitalistischen Wirtschaftssystems zwei unterschiedliche sozioökonomische Ansichten (vgl. Díez-Medrano 1999: 181 f.): Der eine Pol begrüßt die Industrialisierung und das Privateigentum, zeigt sich jedoch kritisch gegenüber allzu ‚wildem‘ Formen des Kapitalismus und radikalen Formen der Ausbeutung. Er präferiert den Schutz der kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die demokratische

Mitbestimmung in den Betrieben. Für den anderen Pol hat die Wettbewerbsposition und Stellung der baskischen Industrie auf den spanischen wie auch auf den internationalen Märkten höchste Priorität. Für diesen wirtschaftsliberalen Flügel stand zunächst die effektive Regulierung der Krise des Schwermetallsektors im Vordergrund, später wurde dann der Internationalisierung und der Förderung der Wettbewerbsposition der baskischen Wirtschaft höchste Priorität beigemessen. Die Akzeptanz des Kapitalismus, die sich im *PNV* im Ausgang des Frankismus einstellte, war jedoch mit der breit geteilten Forderung nach dessen ‚sozialer Regulation‘ verbunden. Unter dem Einfluss der neuen Führungsgruppe um den ehemaligen Jesuitenpater Xabier Arzalluz und dem Manager Carlos Garaikoetxea hat sich in der Partei ein „modernes akonfessionelles, sozial eingefärbtes Programm“ durchgesetzt (vgl. Köhler 1993b: 23).

In seiner Regierungspraxis – der *PNV* war zwischen 1980 und 2009 an sämtlichen baskischen Regionalregierungen als bestimmender politischer Akteur beteiligt – hat der *PNV* großen Wert auf die Regulierung und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Baskenlandes gelegt. Während sich der *PNV* in den Verhandlungen und Debatten über die spanische Verfassung Ende der 1970er Jahre noch zurückgehalten und anlässlich des Referendums über die ‚spanische‘ Verfassung die Stimmenthaltung empfohlen hatte, war er an der Aushandlung des künftigen baskischen Autonomiestatuts aktiv beteiligt. In der Begründung für diesen Schritt wurde betont, dass die Aushandlung eines umfangreichen Autonomiestatuts eine historische Möglichkeit darstelle, weitgehende politische und ökonomische Zuständigkeiten für die künftige baskische Regionalregierung zu erringen (vgl. *PNV* 1978).

Das 1980 verabschiedete und maßgeblich vom *PNV* entworfene baskische Autonomiestatut hatte den wirtschaftspolitischen und fiskalischen Kompetenzen einen großen Stellenwert eingeräumt. Als Versuch, die Tradition des Foralsystems fortzuschreiben, das den baskischen Gebieten in der Monarchie des 19. Jahrhunderts eine gewisse Steuerhoheit garantiert hatte, wurde der so genannte *concierto económico* in das Autonomiestatut und somit in die Verfassungsrealität des neuen demokratischen Spanien aufgenommen. Die Wiederherstellung dieser auf das Jahr 1876 zurückgehenden Sonderregelung sieht ein System der fiskalischen Autonomie vor, das es der baskischen Regionalregierung ermöglicht, Steuern zu erheben, die dann in einem zweiten Schritt zu einem bestimmten Teil, dem immer wieder neu auszuhandelnden *cupo*, an den spanischen Staat transferiert werden. Die übrig bleibende Summe stellt die materielle Basis der baskischen Finanzautonomie dar.

Mit der Etablierung der AG des Baskenlandes hat die baskische Regionalregierung seit 1979 begonnen, eigene wirtschafts- und industriepolitische Aktivitäten zu entfalten und unterschiedliche Strategien zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur umzusetzen. Die vom *PNV* bis 2009 mehrheitlich gestellten Regierungen der AG Baskenland haben, in Zusammenarbeit mit den (ebenfalls vom *PNV* dominierten) Provinzregierungen, versucht, mit unterschiedlichen Initiativen auf die

schwierige wirtschaftliche Entwicklung zu reagieren und eine führende Rolle in der regionalen Wirtschaftsförderung einzunehmen. Die wirtschaftspolitische Maxime dieser Maßnahmen war die technologische und wirtschaftliche Entwicklung der Region. Mit dem Ziel, die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des baskischen industriellen Systems zu fördern, wurde 1981 von der baskischen Regierung die regionale Entwicklungsagentur „Sociedad para la Promoción Industrial y Reestructuración“ („Gesellschaft zur industriellen Förderung und Umstrukturierung“; SPRI) gegründet. Ihr Hauptziel war die Förderung, Restrukturierung und Modernisierung der baskischen Industrie, um die existierenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen (vgl. Gómez Urranga 2003: 144). 1983 wurde zudem das „Departamento de innovación y desarrollo económico“ gegründet, das sich der gezielten Förderung lokaler und standortpolitischer Initiativen gewidmet hat (vgl. Royo 2009: 4). 1986 startete die baskische Regionalregierung den „Plan de Relanzamiento Excepcional“ genannten, außerordentlichen Initiativplan, der die Gründung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen unterstützen sollte und die Verbesserung der Infrastruktur zur Erhöhung der Attraktivität des baskischen Wirtschaftsstandorts für ausländische Investitionen vorsah (vgl. Royo 2009: 4). Die baskische Regionalregierung ist in ihrer Industrie- und Wirtschaftspolitik enge Kooperationen mit sozioökonomischen Akteuren eingegangen. Seit seiner Gründung (1983) hat sich der gesamtbaskische Arbeitgeberverband *Confederación Empresarial Vasca* (*Confebask*) zum „key business and industry interlocutor with the Basque government“ (Ahedo Santisteban 2006: 26) entwickelt. Auf subnationaler Ebene wurden in enger Absprache mit der *Confebask* regionale Entwicklungsbündnisse geschmiedet und konkrete Fördermaßnahmen für die baskische Wirtschaftsentwicklung entworfen.

In den Versuchen der Regionalregierung, umfassende Anreize für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu setzen, wurde zudem die interinstitutionelle Kooperation zwischen dem regionalen Wirtschaftsministerium und den subregionalen Provinzregierungen vertieft. Während ersteres den generellen Rahmen der Wirtschaftspolitik gesetzt hat, waren letztere darum bemüht, lokale Anreize und Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. die Gründung von Industrie- und Technologieparks, zu realisieren (vgl. ebd.: 28). Auf beiden Ebenen wurden die standortpolitischen und angebotsorientierten Initiativen in enger Zusammenarbeit mit Akteuren der Unternehmensverbände entwickelt. Der damalige baskische Ministerpräsident Ibarretxe stellt 2008 rückblickend fest, dass es im Baskenland gelungen sei, eine produktive Zusammenarbeit öffentlicher und privater Akteure zu institutionalisieren, die eine produktive Industriepolitik im Zeichen des Clusterparadigmas entwickelt und umgesetzt hat (vgl. Ibarretxe 2008: 20). Die effektive Umsetzung der propagierten ‚Cluster-Philosophie‘, die die Kooperation vor Ort und die Konkurrenz auf globaler Ebene vorsieht, sei der Grundstein für die erfolgreiche Entwicklung der baskischen Wirtschaft seit den 1980er Jahren gewesen (vgl. ebd.).

Schon in den 1980er Jahren hat der damalige Regierungssekretär für Bildung und Arbeit, Jon Azua, eine langfristige regionale Entwicklungsstrategie vorgeschlagen, die eine koordinierte und konzentrierte Standortförderung beinhaltet. Diese Vorschläge wurden jedoch erst im Kontext der Wirtschaftskrise in den frühen 1990er Jahren aufgegriffen und unter der Regie von Azua, der nun Regierungssekretär für Industrie war, umgesetzt (vgl. Royo 2009: 4 f.). Bereits im Vorfeld, 1990, wurde der ‚Guru‘ der Standort- und Clusterpolitik, der an der Universität Harvard lehrende Wirtschaftswissenschaftler Michael Porter, beauftragt, die baskische Wirtschaft und Gesellschaft im Lichte der „Clusterperspektive“ zu analysieren und konkrete Entwicklungsstrategien zu erarbeiten (vgl. Ahedo Santisteban 2007: 31 f.). Ausgehend von dieser und weiteren Expertenanalysen wurden Programme zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit konzipiert und zum festen Bestandteil der baskischen Industriepolitik. Die von der baskischen Regionalregierung vorgeschlagenen ‚Cluster-Initiativen‘ sollten dazu beitragen, das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der Cluster innerhalb der Region, bei gleichzeitiger Kooperation von Regierung, Unternehmen und Wissenschaft, zu erhöhen. Es wurde eine Gruppe branchenspezifischer Cluster definiert und verschiedene Clusterinstitutionen zu deren Unterstützung gegründet (vgl. Royo 2009: 5).

Die Cluster-Orientierung in der Standortpolitik wurde zudem von einer Industrie- und Strukturpolitik flankiert, die die Wende hin zum Dienstleistungssektor und die Neuausrichtung der baskischen Ökonomie zum Ziel hatte. In diesem Kontext sind auch die Überlegungen der baskischen Regierung entstanden, Bilbao in ein post-industrielles Zentrum für Dienstleistungen, Finanzen und Tourismus zu transformieren. Zwei industriepolitische Entwicklungspläne (1991-1995 und 1996-1999), ein Industrie- und Technologieplan (1993-1996) sowie der Wissenschafts- und Technologieplan (1997-2000) belegen die eingeschlagene Wende zur proaktiven Wirtschaftsförderung, in welcher der Kooperation auf regionaler Ebene zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die höchste Priorität in der politischen Regulation beigemessen wird (vgl. ebd.).

Seit den frühen 1990er Jahren kann die Entstehung eines „basque *developmental government*“ konstatiert werden, das in Zusammenarbeit mit ökonomischen und institutionellen Akteuren eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht hat und für das die Förderung der Wettbewerbssituation der baskischen Unternehmen ein zentrales politisches Ziel ist (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 129). Die ‚Cluster-Philosophie‘ ist unter der politischen Dominanz des moderaten baskischen Nationalismus zu einem festen Programmpunkt und zur Legitimationsstütze des baskischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells geworden. Sie hat bis in die Gegenwart hinein das proaktive Handeln der unterschiedlichen Regierungen angeleitet. In der Fortschreibung dieses Entwicklungsmodells wurde 2007 der „Plan de Ciencia, Tecnología y Innovación“ verabschiedet und die Gründung des „Consejo Vasco de Ciencia, Tecnología e Innovación“ in die Wege geleitet. Dieser soll als Zentrum zur

Koordination der förderpolitischen Maßnahmen der baskischen Institutionen in Sachen Wissenschaft, Forschung und Innovation fungieren. Ihm unterstehen verschiedene Forschungsinstitute und Entwicklungsagenturen. Unter dem Motto „Hacia una Euskadi competitiva y mejor para quienes trabajan y viven en ella“ („Auf dem Weg zu einem wettbewerbsfähigen Baskenland, das besser ist für diejenigen, die hier arbeiten und leben“) wurde zudem das Informationsportal *Euskadi+innova* gegründet, das sich der Förderung der Innovationsfähigkeit der baskischen Ökonomie widmet, um aus dieser einen europäischen Referenzpunkt in Sachen Innovation zu machen (vgl. Consejo Vasco de Ciencia, Tecnología e Innovación o.J.). Unter Bezug auf Porter wird die Mission des Portals wie auch die des *Consejo* konkretisiert: Es komme darauf an, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen politisch zu unterstützen, denn davon hänge letztlich das Wohlergehen und die Wettbewerbsfähigkeit der Nationen ab (vgl. ebd.)³. Die eben skizzierte Regierungspraxis des *PNV* entspricht dem angebotsorientierten wirtschaftspolitischen Bias der Partei. Dieser wird vor allem vom pragmatischen, auf wirtschaftliche Modernisierung und Dynamisierung bedachten Parteiflügel vertreten, der sich in der konkreten Politikgestaltung des *PNV* meist durchsetzen konnte und kann.

Der *PNV*-Politiker und spätere *lehendakari* Ibarretxe hat eine Aktualisierung der nationalistischen Ideologie des *PNV* vor dem Hintergrund der Cluster- und Standortvisionen propagiert. Er hat schon früh die neokorporatistische Zusammenarbeit zwischen der baskischen Regionalregierung und der Verwaltung, den Unternehmensverbänden und den Gewerkschaften gefordert. Alle Teile der baskischen Gesellschaft sollten konstruktiv daran mitwirken, dass sich das Baskenland zu einer wettbewerbsfähigen Region entwickelt, deren Kern die wettbewerbsfähigen Unternehmen sind (vgl. Ibarretxe 1997: 7). Die große Herausforderung besteht nach Ibarretxe darin, eine ernsthafte Regierungspraxis zu etablieren, die die Voraussetzungen für eine produktive Wirtschafts- und Sozialpolitik schafft. Um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu verbessern, sei das produktive Zusammenspiel aller Kräfte nötig: „Ein Land ist produktiv, wenn seine Unternehmen, öffentliche wie private, und seine Mitbewohner es sind, wenn alle die gleichen Projekte für die Zukunft teilen.“ (Ibarretxe 1998: 64)

-
- 3 Die Verankerung der Cluster-Philosophie in der politischen Kultur des Baskenlandes, als Ergebnis der langjährigen politischen Hegemonie des *PNV* und als Ausdruck einer Pfadabhängigkeit in der Entwicklung des baskischen *developmental state*, zeigt sich nicht zuletzt an der Regierungspraxis der neuen, vom *PSE* angeführten Regionalregierung (2009 ff.). Diese hält in ihrem „Plan der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit (2010-2013)“ an der vom *PNV* geprägten Förder- und Industriepolitik fest und geht davon aus, dass die „integrale Partizipation“ der gesamten baskischen Politik, über die sie die Kompetenzhoheit hat, auf das prioritäre Ziel der Wettbewerbsfähigkeit abgestimmt sein soll (vgl. Eusko Jaurilaritza 2010: 10 ff.).

Ibarretxe entwirft das Leitbild einer modernen und offenen baskischen Gesellschaft, in der sämtliche soziale Entitäten zusammenarbeiten, um eine wettbewerbsfähige baskische Ökonomie zu konstituieren. Er hebt die Rolle des baskischen Arbeitgeberverbandes und dessen Funktion für die gesamte baskische Gesellschaft hervor. Sowohl die baskische Gesellschaft als auch ihr Arbeitgeberverband seien partikulare soziale Realitäten und als solche zu respektieren (vgl. Ibarretxe 2008: 19). Dabei zeichnet Ibarretxe ein harmonisches und kooperatives Bild von den industriellen Beziehungen und den kapitalistischen Unternehmen. Heutzutage sei die Konfrontation von antagonistischen Interessengruppen sinnlos, die klassenkämpferischen Konzepte und Strategien des 19. Jahrhunderts seien nicht mehr zeitgemäß. Ein „neuer sozialer Dialog“ solle die Basis für die wechselseitige Verantwortlichkeit der Unternehmer und der Arbeiter bilden (vgl. ebd.: 24). In der neokorporatistischen Vision Ibarretxes spielen die Gewerkschaften ebenfalls eine wichtige Rolle, die auch die Arbeitgeber anzuerkennen hätten. Die Arbeiter seien keine dem Unternehmen fremden Elemente, sondern dessen Kern. Das harmonische und kooperative Bild, das Ibarretxe vom Unternehmen zeichnet, steht sinnbildlich für die gesamte baskische Gesellschaft. Diese habe nämlich einen guten Bezug zur eigenen Unternehmerschicht, da die Basken die unternehmerischen Werte teilten und die Zukunft gemeinsam und im Dialog bewerkstelligen wollen (vgl. ebd.: 19). Die Unternehmer übernähmen unverzichtbare Aufgaben für die Entwicklung moderner Gesellschaften, so auch in der Geschichte des Baskenlandes. Als „Protagonisten des sozialen Wandels“ sollten sie auch künftig den gesellschaftlichen Kompromiss zu Gunsten von Modernisierung und ökonomischem Wachstum und für mehr Beschäftigung vorantreiben (vgl. Ibarretxe 1999: 10).

Hinsichtlich der Globalisierung betont der *PNV* zugleich die Herausforderungen als auch die Möglichkeiten für die baskische Gesellschaft und Ökonomie. Die Globalisierung ist für die baskische Ökonomie und Gesellschaft eine große Chance, da das Baskenland seit jeher von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen profitiert habe, wie der dem *PNV* nahe stehende Rechtsprofessor Juan José Álvarez betont (vgl. Álvarez 2008: 302 f.). Durch die Entwicklung von innovationsfähigen und dynamischen Unternehmen und die Öffnung gegenüber den internationalen ökonomischen Beziehungen könne das Baskenland von der Globalisierung profitieren. Auch die Partikularität und soziale Kohäsion der baskischen Bevölkerung müssten nicht durch die Globalisierung Schaden nehmen. Die von dem Politikwissenschaftler Michael Keating diagnostizierte Tendenz zum *new regionalism* und zur positiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklung von Regionen mit eigenen Identitätsstrukturen wird im politökonomischen Diskurs der Partei positiv aufgenommen. Unter Bezugnahme auf Keating wird betont, dass kleinere regulative Gefüge mit eigenständigen Identitätsstrukturen, wie z.B. die Nationen ohne Staat, über verstärkte Kompetenzen verfügen und eine zunehmende Rolle spielen werden (vgl. ebd.: 303).

Der potenzielle Nutzen der Weltwirtschaft für die baskische Ökonomie wird vom *PNV* hervorgehoben und sollte ausgebaut werden.

Die *Eusko Jaurlaritza* hat unter der Führung des *PNV* angesichts der zunehmenden Globalisierung und internationalen Vernetzung der baskischen Ökonomie eine Politik geprägt, die sich mit Sabanadze als „strategic engagement“ bezeichnen lässt (vgl. Sabanadze 2010: 160). Dieses besteht darin, dass die zunehmende Globalisierung der Region und ihre internationale Verflechtung begrüßt und unterstützt werden. Dabei wird das Ziel verfolgt, dem Baskenland einen eigenen und geeigneten Platz in den globalen ökonomischen und kulturellen Netzwerken zu erarbeiten. Das erklärte Ziel ist es, die Bedingungen des europäischen Binnenmarktes anzunehmen und in diesem Rahmen die Beschäftigungssituation zu verbessern und somit letztlich stärker zu wachsen als die anderen Ökonomien (vgl. Ibarretxe 1999: 6).

Die politischen Ziele der nationalen Emanzipation werden als mit der ökonomischen Globalisierung vereinbar angesehen. Letztere könnte sogar das politische Projekt des Nationalismus befördern. Das Baskenland könne von den Internationalisierungs- und Globalisierungsprozessen profitieren, indem die internationale Vernetzung und außenwirtschaftliche Tätigkeiten der baskischen industriellen Komplexe ausgebaut und direkte Auslandsinvestitionen angezogen werden. Der dadurch erworbene Wohlstandszuwachs der Region und auch der regionalen politischen Institutionen werde wiederum der Pflege der baskischen Sprache und Kultur zugutekommen (vgl. ebd. f.). Ibarretxe betont die Bedeutung der Internationalisierung der baskischen Ökonomie und Gesellschaft, denn ohne sie wären die relativ starke internationale Position der baskischen Ökonomie und der Wohlstand der baskischen Gesellschaft nicht möglich gewesen. Heutzutage seien die baskischen Unternehmen in der ganzen Welt aktiv und bekannt für die Qualität ihrer Produkte (vgl. Ibarretxe 2008: 19). Das Baskenland habe sich nicht nur ökonomisch, sondern auch mental zu öffnen und die Realität der Globalisierung anzunehmen gewusst (vgl. ebd.). Ibarretxe spricht sich für den Freihandel aus, denn letztlich könnten nur diejenigen Länder, die den internationalen Handel Tag für Tag akzeptierten, in der Zukunft existieren und eine intellektuelle Spannung entwickeln, die es ihnen ermöglicht, Entscheidungen zu treffen (vgl. Ibarretxe 1998: 63).

Die Befürwortung der internationalen Öffnung drückt sich auch im politischen Projekt des „Ibarretxe-Plan“ aus, der die freie Assoziation des Baskenlandes mit dem spanischen Staat vorsieht. In einem Vortrag mit dem Titel „Euskadi in a Globalized World“, gehalten am 20.11.2002 an der *London School of Economics*, hat Ibarretxe die Lage des Baskenlandes mit der Vision des japanischen Managementtheoretikers Kenichi Ohmae von dem *regional state* beschrieben (vgl. ebd.: 163). Den kleinflächigeren, regionalen Staaten komme künftig eine größere Bedeutung zu, da sie vor Ort und auf kleinerer sozialräumlicher Ebene ein effizienteres politisches Management der wirtschaftlichen Entwicklung gewährleisten könnten als die Nationalstaaten. Das Baskenland habe zudem sowohl in ökonomischer als

auch in kultureller Hinsicht von den Globalisierungsprozessen profitieren können, weil der baskische ‚regional state‘ durch eine eigenständige ‚Paradiplomatie‘ die internationale Präsenz und Anerkennung des Baskenlandes gefördert habe. Das flexibilisierte Management der baskischen Integration in die globalen sozialen Kontexte verspreche zunehmende Erfolge.

Der *PNV*-Wirtschaftsexperte Azua betont die ökonomischen Vorteile des „Ibarretxe-Plan“ und des souveränistischen ‚Rechts zu entscheiden‘. Die Ausübung des baskischen ‚Rechts zu entscheiden‘ entspreche den zeitgemäßen politökonomischen Anforderungen nach flexibler Governance, wie sie z.B. in der *EU*-Lissabon-Strategie empfohlen wird. Regionalspezifische Optionen und regionalisierte Entwicklungsstrategien könnten dazu dienen, den baskischen „Raum der Innovation, des Wettbewerbs und des Wohlstands“ zu kreieren (vgl. Azua 2008: 331). Der „Ibarretxe-Plan“ und die darin vorgesehenen Entscheidungsmöglichkeiten für die baskische Gesellschaft und Politik würden dazu verhelfen, ein baskisches modernes Wirtschaftsmodell zu konstituieren (vgl. ebd.). Die Forderung nach wirtschaftspolitischen regulativen Kompetenzen ist dabei eine zentrale Achse des nationalen Emanzipationsprojekts des *PNV* – eine Forderung, die auch sozialpolitische Befugnisse (z.B. Hoheitsrechte in der Regulierung der sozialen Absicherung) umschließt (vgl. Ibarretxe 1999: 10).

Die Sichtweise der Globalisierung durch den moderaten baskischen Nationalismus ist somit durchweg positiv, es werden die Chancen und Möglichkeiten betont. Konkret drückt sich diese Einstellung in wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus, die auf die Verbesserung der baskischen Wettbewerbsfähigkeit und der Stellung des Baskenlandes in der globalen Ökonomie abzielen. In dieser produktivistischen Vision vom wettbewerbsfähigen Baskenland fallen soziale Widersprüche, Ungleichheiten und politische Probleme, die durch die Globalisierung aufgeworfen werden, unter den Tisch. Die angemessene Regulation der dynamischen Wirtschaftsregion des Baskenlandes hat dem *PNV* zufolge die Förderung der Angebotsseite und Innovationsfähigkeit ins Zentrum zu stellen, die sozialpolitische Abfederung der Widersprüche ist dagegen von sekundärer Bedeutung. Wie in der Darstellung der Positionen gegenüber der *EU* schon gezeigt wurde, hat sich der *PNV* auch für eine verstärkte sozialpolitische Tätigkeit der *EU* ausgesprochen, der markt- und wettbewerbsorientierten Grundausrichtung der *EU* wird jedoch nicht widersprochen. Vielmehr werden die Chancen für die baskische Ökonomie und Entwicklungsmöglichkeiten der baskischen Gesellschaft im Kontext des liberalisierten europäischen Zusammenhangs betont.

4.3.3.1.2 Sozioökonomische Perspektiven und Regierungspraxis der *CiU* in Katalonien

Die *CiU* steht in der Tradition der Interessenvertretung des katalanischen Kapitals durch den bürgerlichen Katalanismus. Anders als der moderate Flügel des baskischen Nationalismus, des *PNV*, war der katalanische Nationalismus von Beginn an unternehmerfreundlich und prokapitalistisch eingestellt. Im Katalanismus herrscht eine starke wirtschaftsliberale Strömung vor, die gegen den ‚Zentralismus‘ des spanischen Staats die effiziente katalanische Selbstregierung propagiert. Diese Einstellung geht einher mit dem traditionellen katalanischen Selbstbild, demzufolge die katalanische Identität durch den Stolz auf die Produktivität und den wirtschaftlichen Erfolg der katalanischen Gesellschaft und Ökonomie konstituiert ist.

Die wirtschaftsliberale und unternehmerfreundliche Ausrichtung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms der *CiU* hat sich schon in der ersten Regierungsperiode gezeigt, als erste Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und zur Unterstützung der privaten Initiative der Unternehmerschicht initiiert wurden. Der (wirtschafts-)liberale Flügel der *CiU*, die *CDC*, setzte sich in den 1980er Jahren für Initiativen des öffentlichen Sektors ein, die auf die Förderung des unternehmerischen Handelns abzielen – dieses allein könne nämlich die Quelle des Reichtums und Wohlstands sein (vgl. *CDC* 1985: 24). Angesichts der Wirtschaftskrise der 1980er Jahre schlug die *CDC* vor, optimale Bedingungen für die Aktivitäten und die schöpferische Kraft des unternehmerischen Handelns zu schaffen. Es solle die größtmögliche Entwicklung der ökonomischen Aktivität und des privaten unternehmerischen Akteurs mit Innovationsgeist gewährleistet werden (vgl. ebd.: 25). Die Förderung der privaten Initiative solle begleitet werden durch die politische Unterstützung der Transformation der katalanischen Ökonomie. Zur besseren und effizienteren Regulation der katalanischen Ökonomie seien der katalanischen Regierung mehr Autonomierechte zuzugestehen. Erst umfangreiche Kompetenzen und Ressourcen ermöglichten wirtschaftspolitische Initiativen von großer Tragweite und ein Handeln im „Allgemeininteresse der Nation“ (vgl. ebd.: 23).

Die Erlangung weit reichender wirtschafts- und sozialpolitischer Kompetenzen ist eine konstante Kernforderung der *CiU*. Erst auf Grundlage dieser Kompetenzen könne eine effektive regionale Selbstregierung gewährleistet werden, die der katalanischen Identität entspreche; diese sei nämlich schon immer Ausdruck einer freien, progressiven und wirtschaftlich dynamischen Gesellschaft gewesen (vgl. ebd.: 30). Dem Wunsch nach Anpassung an die Normalität der westlichen fortgeschrittenen Gesellschaften entspreche die Forderung nach umfangreicher Selbstverwaltung in politökonomischer Hinsicht.

Im Hinblick auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist die Programmatik der *CiU* von einer wirtschaftsliberalen Grundeinstellung und der Bejahung von

Freihandelskonzepten gekennzeichnet. Die sich schon in den frühen 1980er Jahren abzeichnende Intensivierung der internationalen Interdependenzen und die internationale Vernetzung der katalanischen Ökonomie wurden von der *CiU* begrüßt. Diese Entwicklung zur Internationalisierung der katalanischen Ökonomie solle durch die Politik unterstützt werden. Der spanische Markt sei bei weitem nicht mehr von zentraler Bedeutung, die Zukunft sei im Weltmarkt zu sehen: „Der Markt Kataloniens ist die Welt.“ (ebd.: 28) Ein erster Schritt der Neuausrichtung auf die internationalen Handelsbeziehungen sei die Orientierung auf die europäischen Märkte.

Der wirtschaftsliberale Geist der *CiU* drückt sich in der prinzipiellen Skepsis gegenüber der wirtschafts- und sozialpolitischen Tätigkeit des spanischen Staates aus. Bezeichnend hierfür ist die wirtschaftswissenschaftlich informierte, neoliberale Kritik des Ökonomen und *CiU*-Politikers Ramon Tremosa (2005), der generell gegen den staatlichen Interventionismus und konkret gegen den wirtschaftspolitischen Zentralismus des spanischen Staates polemisiert. Katalonien und die katalanische Wirtschaft leide, so die von Tremosa geäußerte und in breiten Teilen der katalanischen Nationalbewegung geteilte These, unter einem fiskalischen Defizit. Der katalanische Autonomiestaat werde steuerpolitisch systematisch vom spanischen Staat benachteiligt, was deutlich werde, wenn man die katalanische Wirtschaftsleistung und das Pro-Kopf-*BIP* ins Verhältnis setze zu den Investitionen des spanischen Staates in Katalonien (vgl. Tremosa 2005: 265). Nach Katalonien gingen, relativ zu den geleisteten Steuerzahlungen, zu wenige Investitionen der öffentlichen Hand. Dieses katalanische Steuerdefizit, das so genannte und oft geschmähte „deficit fiscal català“, bremse seit Jahren die ökonomische Dynamik Kataloniens. Überhaupt sei in den ausufernden Tätigkeiten des Staates ein Problem zu sehen, denn die ‚beeindruckenden Programme‘ der öffentlichen Transferleistungen des Wohlfahrtsstaates hätten negative Auswirkungen auf das ökonomische Wachstum. Der Staatsinterventionismus, so der neoliberale Kern der Kritik Tremosas, habe einen behäbigen Wohlfahrtsstaat hervorgebracht, der als „große Eroberung“ des 20. Jahrhunderts verklärt werde, letztlich aber nur auf Kosten der unternehmerischen Aktivität und der ökonomischen Dynamik gehe. Diese auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie fußende Skepsis gegenüber dem Staatsinterventionismus vertieft sich noch dadurch, dass zusätzlich aus nationalistischer Perspektive das fiskalische Defizit, das Katalonien erleidet, kritisiert wird. Die auch durch katalanische Steuerzahlungen ermöglichte ausufernde Aktivität des spanischen Staates bremse somit auf doppelte Weise die Dynamik der katalanischen Wirtschaft (vgl. ebd.: 270 ff.).

Dem programmatischen Fernziel der wirtschaftspolitischen Souveränität Kataloniens entsprechend hat die katalanische *CiU*, wie auch der *PNV*, in der Aushandlung des katalanischen Autonomiestatuts großen Wert auf weit reichende Zuständigkeiten in der politischen Regulation der regionalen Ökonomie gelegt. In den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Autonomiestatuts konnte jedoch keine Sonderregelung, wie die der baskischen fiskalischen Autonomie, erlangt werden.

Die 1981 in Kraft getretene baskische Sonderregelung war schon in den 1980er Jahren für den moderaten Katalanismus ein geeigneter Anlass, eine der baskischen Selbstregierung analoge Ausweitung der Kompetenzen und finanzieller Ressourcen auch für Katalonien einzufordern. Unabhängig von dieser regelmäßig erhobenen Forderung nach einem katalanischen *concierto económico* hat die *CiU* in der bis 2003 dauernden Regierungszeit neben den Anstrengungen auf der Ebene der kulturellen und zivilen Dimension des *nation building* auch umfassende Bemühungen in der Wirtschafts- und Industriepolitik unternommen. Schon in den frühen 1980er Jahren hatte die katalanische Regionalregierung versucht, eine aktive Rolle in der Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung und Innovation zu spielen, was mitunter auch zu Kompetenzstreitigkeiten mit der spanischen Regierung geführt hat (vgl. Bacaria/Borrás Alomar 1998: 80 f.). Zu Beginn der 1980er Jahre wurde die regionale Entwicklungsagentur „Centre d’Innovació i Desenvolupament Empresarial“ („Zentrum für Innovation und Unternehmensentwicklung“; CIDEM) gegründet, deren oberstes Ziel die technologische Entwicklung der katalanischen Industrie ist. Zudem wurde die „Comissió Interdepartamental de Recerca i Innovació Tecnològica“ („Institutionenübergreifende Kommission für Forschung und technologische Innovation“; CIRIT) gegründet, die sich der Förderung innovativer Forschungstätigkeiten in der katalanischen Wissenschaftslandschaft widmet. Beschränkten sich die entsprechenden Tätigkeiten der *Generalitat* in den 1980er Jahren noch auf Subventionen und das Bereitstellen von öffentlichen Dienstleistungen, so ist die *Generalitat* zu Beginn der 1990er Jahre dazu übergegangen, eine bewusste und koordinierte Industriepolitik zu gestalten, wie der 1989 ernannte *conseller* für Wirtschaft, d.h. der regionale Wirtschaftsminister, Antoni Subirà retrospektiv feststellt (vgl. Ahedo Santisteban 2006: 34). Unter Subiràs Regie wurden umfangreiche Cluster- und Standortstudien beauftragt, wie im baskischen Fall auch in Zusammenarbeit mit dem Harvard-Professor Michael Porter. Auf der Grundlage entsprechender Studien haben katalanische Technokraten cluster- und standortpolitische Initiativen in die Wege geleitet, die sich an folgenden zwei zentralen Empfehlungen orientierten: die Entwicklung des regionalen Humankapitals und die Verbesserung der Kooperation zwischen den Unternehmen und den öffentlichen Institutionen (vgl. ebd. f.). 1993 wurde ein mit umfangreichen Ressourcen ausgestatteter „Forschungs- und Entwicklungsplan“ beschlossen, der die Forschung und Innovationsfähigkeit in Katalonien anregen sollte. Diesem Plan folgten noch weitere Innovations- und Forschungspläne. Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde der ambitionierte „Innovationsplan 2001-2004“ verabschiedet, der eine neue Industriepolitik anstrebt. In enger Zusammenarbeit zwischen den regionalen Entwicklungsagenturen, wissenschaftlichen Institutionen und Wirtschaftsverbänden sollen das Innovationsmanagement, der unternehmerische Geist, die Entwicklung des Technologiemarktes und die Logistik in Katalonien vorangetrieben werden (vgl. Bacaria/Borrás Alomar/Fernández-Ribas 2004: 77). Zur Sammlung von Daten über die regionale Per-

formance und Wettbewerbsfähigkeit wurde von der *Generalitat* und von Michael Porter die „Fundació Clusters i Competitivitat“ („Stiftung Cluster und Wettbewerbsfähigkeit“) gegründet. Diese soll den „Cluster Competitiveness Report“ erstellen, der den ökonomischen und politischen Akteuren Kataloniens wichtige Informationen zur Verfügung stellen soll.

Die wirtschafts- und innovationspolitischen Bestrebungen der *Generalitat* haben sich somit von einem ‚diskursiven Stadium‘, in dem die Kommunikation und Vernetzung zwischen den wirtschaftlichen und politischen ‚Unternehmern‘ intensiviert wurden, weiter entwickelt zu einem ‚aktiven und interventionistischen Stadium‘, in dem der Ausbau der finanziellen Mittel und deren Anwendung zu konkreten Förderungen fester Bestandteil der Politik geworden sind (vgl. Bacaria/Borrás Alomar 1998: 83). Im Rahmen der Möglichkeiten des Autonomiestatuts und unter der Hegemonie des moderaten Nationalismus hat sich eine ‚produktivistische Wirtschaftspolitik‘ etabliert, deren oberstes Ziel die Aktivierung unternehmerischer Strukturen und des katalanischen Innovationssystems ist. Diese vom moderaten Katalanismus vorangetriebene katalanische Standortpolitik ist auf die Förderung dynamischer, wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen und Cluster ausgerichtet. Sie hat zudem als wichtiger Stimulus zur Vertiefung der Kooperation zwischen den regionalen Akteuren, vornehmlich zwischen der Regionalregierung und regionalen Unternehmen, fungiert: „The organizational and institutional complexity of the regional industrial-business system has been a major factor in constructing broad public-private encounter and collaboration.“ (Ahedo Santisteban 2004: 36)

Die Schaffung eines ‚unternehmerischen Klimas‘ und der regionalen Entwicklungsnetzwerke geht einher mit dem Primat einer auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit abzielenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Das programmatische Ziel des dynamischen und innovativen katalanischen Wettbewerbsraums wird verbunden mit der Forderung nach mehr Kompetenzen in Sachen Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik (vgl. Galí i Kelonen 2004). Zur Sicherung der Effizienz der katalanischen Märkte und ökonomischen Prozesse seien wettbewerbspolitische Kompetenzen von großer Bedeutung (vgl. ebd.: 53 f.).

Die im bürgerlichen, moderaten Nationalismus vorherrschende positive Einstellung gegenüber der Internationalisierung drückt sich in der Förderung der Internationalisierung der katalanischen Ökonomie aus, die die *Generalitat* durch zahlreiche politische Maßnahmen betreibt. Diese Ausrichtung wird als unverzichtbares Element der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Industrie angesehen. Dieser politische Wille hat sich in der Gründung und Expansion international ausgerichteter Forschungsinstitutionen, in der Schaffung internationaler Netzwerke und in der gezielten Ansiedlung ausländischer Unternehmen ausgedrückt. Darüber hinaus hat sich die *Generalitat* unter der *CiU*-Regierung mit einem „geradezu missionarischen Eifer dazu verpflichtet, die katalanischen Exporte zu fördern“ (Keating

1998: 88). Regierungspräsident Pujol selbst hat von der Bedeutung des katalanischen Exports als einer „Frage des nationalen Überlebens“ gesprochen (zit.n. ebd.).

Mit der Aufgabe, das katalanische Innovationssystem zu internationalisieren, wurde die halböffentliche Institution des „Patronat Català Pro-Europa“ betraut (vgl. Bacaria/Borràs Alomar/Fernández-Ribas 2004: 78). Die Umbenennung des *Patronat* in *Patronat Catalunya Món* (2007) spiegelt die Horizontverschiebung der außengerichteten Tätigkeiten in den 2000er Jahren wider. Es geht der Institution nun nicht mehr nur um die Analyse und Beförderung der *europäischen* Vernetzung der katalanischen Gesellschaft und Ökonomie, sondern um die *globale scale*, die nun die Reichweite ihres Handelns und ihr potentielles Tätigkeitsfeld darstellt. Die *Generalitat* versucht mit ihrem Handels- und Wirtschaftsministerium und in Zusammenarbeit mit den halböffentlichen Institutionen des „Consorti de Promoció Comercial de Catalunya“ („Konsortium der Handelsförderung Kataloniens“; COPCA) und des *CIDEM* die internationalen Aktivitäten und Exporte der katalanischen Ökonomie zu fördern. Die Bilanz der Strategie, die katalanische Wirtschaftsstruktur zu internationalisieren, fällt positiv aus. Auf Katalonien entfallen in der Periode von 1985 bis 1997 30 % der in Spanien zu verzeichnenden ausländischen Direktinvestition, nicht zuletzt aufgrund der gezielten Werbestrategien der *Generalitat*. Auf multinationale Unternehmen entfallen 2003 50 % des katalanischen industriellen *BIP* (vgl. Ahedo Santisteban 2006: 30).

Die *CiU* ist gegenüber den Internationalisierungsprozessen und dem Phänomen der ‚ökonomischen Globalisierung‘ durchweg positiv eingestellt. Nicht zuletzt Pujol hat stets die positiven Auswirkungen und Chancen der Globalisierung für Katalonien betont (vgl. Pujol 2000b: 11). Die Öffnung der katalanischen Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt wird in der Tradition des katalanischen liberalen Wirtschaftsbürgertums befürwortet, das sich weitere ökonomische Vorteile und Exporterlöse auf dem Weltmarkt verspricht. Die *CiU* setzt Vertrauen auf das Funktionieren der globalen Märkte, deren Dynamik sich möglichst frei von störenden politischen Interventionen entfalten können müsse. Der positive Bezug auf die Konsequenzen der ökonomischen Globalisierung und die Betonung der in ihr angelegten Chancen werden im sozioökonomischen Diskurs der *CiU* mit einer neoliberal argumentierenden Kritik an staatlichen Interventionen und sozialen Absicherungssystemen verbunden. Letztere werden, ausgehend vom Paradigma des Wettbewerbsstaates, kritisiert. Ein wirtschaftseffizientes Regieren muss sich an den Kriterien der ‚Flexibilität‘, der ‚Innovation‘ und ‚Produktivität‘ orientieren und unternehmerische Initiativen fördern. Vor dem Hintergrund einer Befürwortung der internationalen ökonomischen Vernetzung und einer Akzeptanz des globalen Standortwettbewerbs wird die Herausforderung für die Gestaltung der regionalen Politik in Katalonien betont.

Die Begründung des katalanistischen Strebens nach Unabhängigkeit erfolgt verstärkt unter Bezugnahme auf ökonomische Überlegungen, was sich exemplarisch an

den Äußerungen Tremosas zeigt. Tremosa nimmt Bezug auf die Harvard-Ökonomen Alberto Alesina und Enrico Spolaore, die sich in *The Size of Nations* (2003) dem Studium der ‚optimalen Größe‘ der Nationalstaaten und der *scales* der politischen Regulation gewidmet haben (vgl. Tremosa 2008). Diese haben festgestellt, dass sich in historischen Perioden des internationalen Freihandels kleine Regionen immer wieder den Luxus leisten konnten, sich in unabhängige Staaten zu transformieren, während sich in Zeiten des ökonomischen Protektionismus die Anzahl der unabhängigen Staaten reduzierte. Wenn die Märkte offen und integriert sind, haben die größeren, dynamischen Unternehmen der kleineren Länder kein Interesse, in „große Staaten“ integriert zu sein, weshalb mit der Vertiefung der „ökonomischen Globalisierung“ eine Zunahme der unabhängigen Staaten zu erwarten ist (vgl. ebd.: 302). Dass die Ökonomien kleinerer Staaten im Kontext liberalisierter internationaler Wirtschaftsbeziehungen gute Wachstumsaussichten haben, lasse sich an Irland beobachten, das sich in den letzten 15 Jahren von einer Krisenregion zu einer der dynamischsten Regionen Europas entwickelt hat (von 60 % des durchschnittlichen europäischen *BIPs* im Jahr 1992 auf 135 % in 2006; vgl. ebd.). Dass die politische Unabhängigkeit für relativ dynamische Wirtschaftsregionen ein attraktiver Entwicklungsschritt ist, werde am Beispiel Schottland deutlich. Eine Studie des *Adam Smith Institute* habe ergeben, dass im Falle der nationalen Unabhängigkeit Schottlands mit Zuwachsraten der schottischen Wirtschaft von bis zu 7 % gerechnet werden kann (vgl. ebd.: 306). Es ist sehr wahrscheinlich, so die Konklusion und politische Hoffnung Tremosas, dass die Liberalisierung der Märkte mit neuen politischen Emanzipationsmöglichkeiten der Regionen und kleinerer Nationen ohne Staat einhergeht. Der *CiU*-Politiker Àngel Colom bestärkt die These, dass die Forderung eines eigenen katalanischen Staates aus ökonomischen Erwägungen notwendig sei. Dieser sei nicht zuletzt nötig, weil die katalanische Wirtschaft wegen der fiskalischen Ausbeutung Kataloniens durch den spanischen Staat, des so genannten „*expolio fiscal*“, nicht gut laufe (vgl. Colóm 2011), weshalb er zu dem Schluss kommt: „Soll sich die ökonomische Lage und der Wohlstand Kataloniens wirklich verbessern, sind eigene staatliche Strukturen unverzichtbar“ (ebd.).

Parallel zum politischen Projekt der nationalen Emanzipation und des Ausbaus der katalanischen Selbstregierung (durch die weit reichende Loslösung vom spanischen Staat) kommt der Pflege der Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Wirtschaft in der Programmatik der *CiU* höchste Priorität zu. Eine angemessene Reaktion auf die Globalisierung und den zunehmenden Druck, dem globalen Wettbewerb standzuhalten, stellt nach der *CiU* die verstärkte Investition in das ‚regionale Sozialkapital‘ dar. Die „Bildungsoffensiven“ sollten unter dem Blickwinkel der Bedürfnisse der Privatwirtschaft geschehen (vgl. Rodríguez-Aguilera de Prat 2009: 152 f.). Die enge Zusammenarbeit der Universitäten und der Privatwirtschaft sei zu vertiefen, um durch die universitäre Ausbildung auch den unternehmerischen Geist zu verbreiten. Die verstärkten Investitionen in Bildung sollten auch dazu genutzt wer-

den, eine unternehmerische Mentalität zu verbreiten, die Einweisung in die Prinzipien der Unternehmensgründung und die Verbreitung einer Risikokultur und -bereitschaft solle Bestandteil der universitären Ausbildung sein (vgl. ebd.).

Die *CiU* plädiert für die Ausrichtung der katalanischen Politik nach dem Paradigma der Wettbewerbsstaatlichkeit und fordert dementsprechend eine Verschlan-
kung der staatlichen Apparate und eine Erhöhung ihrer Effektivität. Neben der Verschlan-
kung der staatlichen Institutionen wird das Absenken der Unternehmenssteuern vorgeschlagen. Auch in arbeitspolitischer Hinsicht wird unter der Losung der
Deregulierung und Liberalisierung die Funktionsweise der rigide regulierten Arbeitsmärkte kritisiert (vgl. ebd.: 152). Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vor-
stellungen der *CiU* sind bestimmt vom Prinzip der Angebotsorientierung und den klassischen Forderungen der neoliberalen Agenda. Das Ziel der Wettbewerbsfähig-
keit habe für Katalonien ein Imperativ zu sein, wenn das Land weiterhin eine öko-
nomisch erfolgreiche und dynamische Region Europas sein will. Trotz der heraus-
ragenden Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit sollten jedoch auch die solidari-
schen Werte in der katalanischen Gesellschaft respektiert werden (vgl. Pujol 1991a:
38).

Dem Bezug auf das ‚wirtschaftliche Wohlergehen‘ kommt im moderaten Natio-
nalismus eine zentrale, ideologische Funktion zu, da sie neoliberale und angebots-
orientierte Forderungen mit der nationalistischen Rhetorik der Gemeinwohlorientie-
rung diskursiv verbindet. Die Bezugnahme auf die ‚eigene Identität‘ Kataloniens ist
der Kern der Gemeinschaftsorientierung des moderaten katalanischen Nationalis-
mus der *CiU*. Die Priorität der katalanischen Wirtschaftsförderung wird damit be-
gründet, dass erst eine vorteilhafte Wirtschaftsposition auf dem Weltmarkt eine So-
zialpolitik ermöglicht, die für eine umfassende Kohäsion der katalanischen Gesell-
schaft sorgen kann. Der Bezug auf die ‚soziale Kohäsion‘ – ein Begriff, der aus der
Tradition des politischen Denkens Pujols kommt und der die Gemeinwohlorientie-
rung der *CiU* ausdrückt – spielt trotz der offen formulierten, neoliberalen Program-
matik der Partei eine besondere Rolle in ihrem Selbstbild (vgl. Rodríguez-Aguilera
de Prat 2009: 143 ff.). Unter das programmatische Stichwort der ‚sozialen Kohäsi-
on‘ fallen, wie schon im Abschnitt über die moderat-katalanistische Integrationspo-
litik festgestellt wurde, sowohl sozial- wie auch kulturpolitische Maßnahmen, die
sich dem Ziel einer integrierten und harmonischen nationalen Gemeinschaft wid-
men. Die anzustrebende soziale Kohäsion kommt nach der Philosophie der *CiU*
primär über nationale Vergemeinschaftungsprozesse, d.h. durch die Akkulturation
in die Werte der nationalen Gemeinschaft zustande. Sie ist zudem ein positiver so-
zialer Tatbestand, der die internationale Stellung und Wettbewerbsposition des
Standorts Katalonien fördert. Dies wird deutlich, wenn Pujol betont, dass die „klei-
nen Nationen“ oder Regionen mit einer „starken Persönlichkeit“ (z.B. die Lombar-
dei, Bayern, Flandern etc.) als Territorien besonders gut gerüstet sind für den inter-
nationalen Standortwettbewerb. Dies seien allesamt Länder, die mit einer ausrei-

chenden „sozialen Kohäsion“ ausgestattet sind (vgl. Pujol 2000b: 9). Die nationale Identität fungiere nämlich im Rahmen der ökonomischen Globalisierung als „notwendiger Kohäsionsfaktor“ (ebd.: 16), dessen integrative Effekte den potenziellen Gefahren der Globalisierung effektiv entgegenwirken können. In der Vision der *CiU* von einer sozial kohärenten katalanischen Gemeinschaft vermischen sich kulturalistische Motive mit neoliberaler Konkurrenz- und Wettbewerbsideologie (vgl. Guibernau 2004: 147 ff.). Geht es um sozialpolitische Belange, so wird die Priorität der ‚katalanischen Solidarität‘ betont. Trotz der Bedeutung der kollektiven Identität Kataloniens betont Pujol in klassisch liberaler Art die besondere Bedeutung des Individuums, dem in der begrifflichen Trias von Individuum-Gesellschaft-Nation die Priorität zukomme (vgl. Pujol 1991a: 38).

In der wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption des nationalen Zukunftsprojekts für Katalonien orientiert sich Pujol am Modell der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates ist nach Pujol von großer politischer Dringlichkeit, da dieser ein wichtiges Instrument zur Schaffung von nationaler Loyalität ist. Dieser Programmpunkt wird eng mit den nationalpolitischen Forderungen nach der Emanzipation Kataloniens verknüpft. Erst die Dezentralisierung politischer Befugnisse und die Stärkung der katalanischen Selbstregierung schaffen die Bedingungen dafür, dass sich die katalanische Ökonomie und Gesellschaft weiter entwickeln können.

Guibernau hat das programmatische Amalgam zwischen nationalistischen und wirtschaftlichen Ambitionen im politischen Denkens Pujols und der *CiU* als „welfare nationalism“ bezeichnet (vgl. Guibernau 2004: 148 f.). Dieser zielt darauf ab, auch denjenigen Teilen der Bevölkerung die Ziele des katalanischen Nationalismus nahe zu bringen, die zwar nicht für die sentimentale, historische oder kulturelle Rhetorik des Nationalismus empfänglich sind, die sich aber mit einem Land oder einem Nationalismus identifizieren können und sich zudem für einen gehobenen Lebensstandard im Rahmen einer demokratischen Regierungsform einsetzen (vgl. ebd.). Ein besonderes Charakteristikum des *CiU*-Diskurses ist das Selbstbild der Partei als Akteur des sozialen Fortschritts und Ausgleichs. Trotz des wirtschaftsliberalen Kerns ihrer Programmatik und Politik, betonen Politiker der *CiU* stets, dass ihre primären Ziele nicht nur die Pflege der nationalen Kultur und Sprache, sondern auch der Fortschritt des gesellschaftlichen Wohlstands seien. Vor allem der ehemalige Parteichef Pujol hat die ideologische Verbindung von Nationalismus und wohlfahrtsstaatlicher Orientierung im Katalanismus immer wieder betont (vgl. Kleiner-Liebau 2009: 195). Diese interne Heterogenität des wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurses ermöglicht es der *CiU*, sich zugleich als Interessenvertreterin der katalanischen Ökonomie und Unternehmerschaft wie auch als Repräsentantin der sozialen und materiellen Belange der katalanischen Bevölkerung darzustellen. Jahrelang wurde diese Dichotomie durch populäre Einzelpersonen repräsentiert: so stand Pujol für die Gemeinwohlorientierung des Katalanismus, während Miquel

Roca den rationalen und pragmatischen Flügel des Katalanismus versinnbildlichte, der die katalanischen Wirtschafts- und Unternehmerinteressen präsentiert (vgl. Caminal 1998: 149).

Kennzeichnend für die Globalisierungsvision der *CiU* ist, dass sie im Kontext der Globalisierung und Europäisierung eine Ausweitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen Kataloniens für unerlässlich erachtet. Erst möglichst weitgehende Befugnisse in diesen Bereichen ermöglichten eine angemessene Regulation der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und eine den Internationalisierungsprozessen adäquate Ausrichtung der katalanischen Politik. Die Auseinandersetzung um die interne Kompetenzverteilung im spanischen Staat, in der umfangreiche Autonomierechte eingefordert werden, wird somit diskursiv verknüpft mit den Herausforderungen der Globalisierung und der *EU*. Die bessere finanzielle Ausstattung und die Ausweitung der wirtschaftspolitischen Kompetenzen sind die Kernforderungen der *CiU*.

Zudem gibt es einen parteiinternen Flügel, der für die nationale Unabhängigkeit und die Zurückweisung des ‚autonomistischen Wegs‘ plädiert und nationalpolitische Forderungen mit einer wirtschaftspolitischen und wettbewerbsorientierten Argumentation verbindet. So geht z.B. López Tena (2008), damals noch *CiU*-Mitglied und später eine Gründungsfigur der independentistischen *SI*, davon aus, dass eine Korrektur der ‚fiskalischen Ausbeutung‘ Kataloniens nicht mehr im Rahmen des spanischen Staates möglich sei und Katalonien ohne Eigenstaatlichkeit eine kritische Zukunft drohe (vgl. López Tena 2008: 340). Ohne einen eigenen Staat sei die katalanische Nation in vielfacher Hinsicht zur „ökonomischen und sozialen Dekadenz“ verdammt, weil ihr die Möglichkeiten fehlten, effektive Wettbewerbs- und Wohlstandspolitiken umzusetzen. Ein weiterer bekannter Vertreter dieser Auffassung ist der der *CiU* nahe stehende, an der Columbia University (New York) lehrende Ökonom und Wirtschaftsliberale Xavier Sala i Martín⁴. Sala i Martín behauptet die „ökonomische Möglichkeit der Unabhängigkeit Kataloniens“, die zudem ein sinnvolles politisches Ziel darstelle (vgl. Sala i Martín 1998: 340 f.). Er skizziert die Perspektive eines wirtschaftsliberalen und unabhängigen Kataloniens, das sehr gute Aussichten auf politischen Erfolg und ökonomisches Wachstum habe, wenn geeignete politische Rahmenbedingungen (Garantie der Eigentumsrechte, Anreiz zur Unternehmensgründung, Förderung des Binnen- und Außenhandels) gesetzt und eine geeignete Wirtschafts- und Sozialpolitik (Förderung der kreativen und arbeitswilligen Bevölkerung, Bildungssystem) betrieben würden. Unabhängig von den „romantischen Schwärmereien“ des Nationalismus sei zu betonen, dass die Unabhängigkeit Kataloniens aus ökonomischer Perspektive absolut machbar sei (vgl. ebd.: 342).

4 Zur Karriere und zur Verflechtung Sala i Martíns mit dem politischen Milieu des wirtschaftsliberalen Katalanismus: vgl. Martínez (2009).

4.3.3.2 Regionale Kapitalvertreter und der moderate ‚Entwicklungsnationalismus‘ – Tendenzen zum regionalen Wettbewerbsstaat

Sowohl im Baskenland als auch in Katalonien haben sich unter der Vorherrschaft der moderaten Flügel der Nationalbewegungen enge Kooperationsmuster mit den regionalen Wirtschaftsverbänden etabliert. Diese wurden in die Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Richtlinien miteinbezogen, wobei diese Kooperation einen mäßigenden Einfluss auf die nationalitätspolitische Ausrichtung und die entsprechenden politischen Strategien des moderaten Nationalismus ausgeübt hat. Die beiden Regionalregierungen haben ihrerseits versucht eine protagonistische Rolle in wirtschafts- und industriepolitischer Hinsicht einzunehmen und standortpolitische Aktivitäten umzusetzen, auch wenn die zentralen makroökonomischen Regulationsinstrumente in den Händen der spanischen Regierung oder der EU blieben. Im Vergleich zur katalanischen *Generalitat* ist die baskische Regionalregierung hierfür durch den *concerto económico* mit mehr Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet. Die *Generalitat* war deshalb in gewisser Hinsicht „effectively incapable of economic planning, determining tax policy, or using any of the major redistributive mechanisms.“ (Greer 2007: 173) Im Zuge der Dezentralisierung politischer Befugnisse und der politischen Aufwertung der AG haben beide Regionalregierungen versucht, in der Regulation und Dynamisierung des regionalen sozioökonomischen Gefüges eine aktive Rolle einzunehmen.

In beiden Regionen haben sich zudem in den letzten 30 Jahren die Beziehungen zwischen der Regionalregierung und den ökonomischen Eliten der Region intensiviert, so auch die Mitarbeit der regionalen Wirtschaftsverbände im Rahmen des *region building*. Nach Durchlaufen einer Phase unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit haben sich Netzwerke von politischen und sozioökonomischen Akteuren herausgebildet, die sich dem übergeordneten Ziel der Produktion von „collective competition goods“ widmen (vgl. Ahedo Santisteban 2006: 37). Die Implementierung von Clusterpolitiken und Methoden der angebotsorientierten Wirtschaftsförderung haben die Entstehung dieser organisatorischen Arrangements und „regionaler Wachstumskoalitionen“ (vgl. Harvey 2007: 108) gefördert. In beiden Regionen haben sich regionale Muster der Koordination von standort- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen herausgebildet, an denen nicht nur die wichtigsten Arbeitgeberverbände, Handelskammern, Regionalregierungen und einzelne Unternehmen, sondern auch die Gewerkschaften beteiligt sind. Neokorporatistische Arrangements wurden in Spanien während der *transición* in den späten 1970er Jahren unter Adolfo Suárez wieder eingeführt und haben sich später auf regionaler Ebene als „Mesokorporatismus“ etabliert (vgl. García Femenía 2002: 267). Seit 1985 ist das Modell der konzertierten Verhandlungen auf staatlicher Ebene in die Krise gekommen, was in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dezentalisierende Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen hat. Wegen der Existenz zahlreicher regional

organisierter, sektoraler Organisationen und der Akzeptanz der regionalen Wirtschaftsverbände wurden zunehmend regionale, kollektive Aushandlungen unternommen. In Katalonien wurde diese Tendenz seit 1989 von der *Generalitat* unterstützt, was ein neues Klima unter den Verhandlungsparteien geschaffen hat und schließlich 1990 zum „Acord Interprofesional de Catalunya“ („Berufsübergreifendes Abkommen Kataloniens“; AIC) geführt hat, an dem die beiden Gewerkschaften der *UGT* und der *CONC* sowie der Arbeitgeberverband des *Foment del Treball Nacional* (im Folgenden: *Foment*) teilnahmen (vgl. Jordana 1998: 1017). Darauf aufbauend wurden ein katalanisches Arbeitsgericht, ein Konsultationsorgan in arbeitsrechtlichen Fragen und weitere Institutionen eingerichtet.

Auch im Baskenland wurden die Gewerkschaften in das regionale Modell der Koordination miteinbezogen. 1984 wurde der „Consejo Económico y Social Vasco“ („Baskischer Wirtschafts- und Sozialrat“) gegründet, an dem Unternehmerverbände und Gewerkschaften gleichermaßen beteiligt sind und der für die Regierung und das Parlament beratende Funktion hat. Diese Institutionalisierung der regionalen Kooperation hatte nachhaltige Wirkungen und „has played a central role at the regional macro level building bridges among the social actors and fostering a culture of consultation and consensus“ (vgl. Royo 2009: 13). Auch in der Regulation der Arbeitsbeziehungen ist es zur tripartistischen Zusammenarbeit von baskischer Regionalregierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften gekommen. Der paritätisch aus Gewerkschafts- und Unternehmervertretern zusammengesetzte „baskische Rat der Arbeitsbeziehungen“ (*CRL-LHN*⁵) hat beratende Funktion für Parlament und Regierung. Die Spezifik der fiskalischen Vorrechte der AG Baskenland durch den *concierto económico* hat seitens der regionalen sozioökonomischen Akteure, vor allem bei den Unternehmerverbänden, zudem noch großes Interesse an der Zusammenarbeit mit den regionalen politischen Institutionen geweckt.

In beiden Regionen haben die ökonomischen Eliten der Region als wichtige Bündnispartner der moderat-nationalistischen Regionalregierungen im politischem Projekt der Dynamisierung der regionalen Wirtschaftsstrukturen auf die teils umfassenden nationalen Emanzipationsprojekte des moderaten Nationalismus unterschiedlich reagiert.

4.3.3.2.1 Positionen der baskischen Kapitalvertreter

Nachdem schon in den späten 1970er Jahren Unternehmerverbände in den baskischen Provinzen Gipuzkoa und Araba gegründet wurden, entstand erst 1983 der gesamtbaskische Unternehmerverband *Confebask*. Grund für diese späte Gründung waren Bedenken des antinationalistisch eingestellten Flügels des Unternehmerla-

5 Consejo de Relaciones Laborales/Lan Harremanen Kontseilua, „Rat der Arbeitsbeziehungen“ (*CRL/LHN*).

gers hinsichtlich der Notwendigkeit eines übergreifenden baskischen Verbandes⁶. Die *Confebask* ist seit 1988 Mitglied des gesamtspanischen *CEOE*. Der „Círculo de Empresarios Vascos“ („Kreis baskischer Unternehmer“; CEV) ist ein weiteres, bedeutendes Organ der baskischen Unternehmer, das als gesellschaftlich bedeutendes Diskussionsorgan einflussreicher Unternehmer und Führungspersonen der 60 bedeutendsten Unternehmen des Baskenlandes fungiert (vgl. Buesa 2004: 34).

Nachdem der Großteil der baskischen Großbourgeoisie gegenüber der im ausgehenden 19. Jahrhundert entstandenen baskischen Nationalbewegung sehr skeptisch gegenüber eingestellt war, kam es schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem ersten Zusammengehen moderat-nationalistischer Milieus und Repräsentanten der baskischen Wirtschaftsbourgeoisie. Die Mäßigung und Modernisierung des *PNV* war zugleich Folge wie auch Voraussetzung dieses Zusammengehens. Dieser Prozess hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts verstärkt. Die Herausbildung eines moderaten und pragmatischen Profils des *PNV* seit der *transición* und sein politischer Erfolg bei den ersten Wahlen zum baskischen Parlament haben ihn zu einem attraktiven Bündnispartner für die baskische Wirtschaftsbourgeoisie werden lassen.

Seit ihrer Gründung hat die *Confebask* eine enge Kooperation mit der baskischen Regionalregierung praktiziert und sich für die Konstitution einer konsensuellen politischen und ökonomischen Entwicklung des Baskenlands eingesetzt, was sich im Selbstbild als „Protagonist des Wandels“ widerspiegelt (vgl. *Confebask* 2003b). Durch die schwierigen Krisenzeiten der 1980er Jahre hindurch hat sich die *Confebask* für einen Wandel der veralteten baskischen Wirtschaftsstrukturen im Rahmen der politischen Entwicklung des Baskenlandes eingesetzt. Der hierfür relevante politische Rahmen der baskischen Selbstregierung ist für die *Confebask* mit dem Autonomiestatut adäquat abgesteckt. Ihrem Urteil nach hat das Statut einen

„Prozess der inneren Stabilisierung des Landes und seiner Institutionen im spanischen Staat der Autonomien eingeleitet, der einen stabilen soziopolitischen Rahmen kreiert hat, innerhalb dessen der Partizipation, dem Dialog und dem Konsens höchste Priorität zukommt.“ (*Confebask* 2003b: 24)

Die *Confebask* hat sich von Beginn an für die Konsolidierung und Verstärkung der Institutionen der baskischen Autonomieregierung und ihrer wirtschafts- und arbeitspolitischen Kompetenzen eingesetzt und Initiativen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in die Wege geleitet (vgl. ebd.). Darin besteht der Kern des patriotischen Profils und des Selbstverständnisses der *Confebask*: als wichtiger Akteur des institutionellen und sozioökonomischen Institutionengefüges entschei-

6 Noch heute ist das Unternehmerlager fragmentiert, so dass es weiterhin baskische Unternehmerverbände jenseits des Dachverbandes gibt; vgl. dazu: Kaiero 2004: 12 f.

dend an der „Konstruktion, Modernisierung und am Fortschritt von Euskadi“ mitzuarbeiten (vgl. Confebask 2003c: 28).

Die *Confebask* hat sich stets dafür eingesetzt, die baskischen Autonomie- und Sonderrechte zu verteidigen, wenn diese bedroht wurden. Vor allem im Hinblick auf die fiskalischen Sonderrechte des Baskenlandes ist die *Confebask* als entschiedene Verteidigerin der besonders „wichtigen Figur der inneren Strukturierung des Baskenlandes“ aufgetreten. Der *Concierto Económico* stellt für die *Confebask* den bedeutenden Kern der baskischen Autonomie dar, der den Aufbau eines wirkungsmächtigen öffentlichen Sektors und die Regenerierung und Aktivierung des baskischen Wirtschaftsgefüges ermöglicht hat. Die guten Beziehungen zwischen der Regionalregierung und dem Unternehmerverband und nicht zuletzt die tripartistischen Abkommen (im Rahmen des *CRL-LHK* oder anderen Abkommen über Beschäftigung oder Unfallprävention am Arbeitsplatz) werden von der Unternehmenseite gelobt und gelten der *Confebask* als positives Beispiel für die kooperative Zusammenarbeit der sozialen Akteure der baskischen Gesellschaft (vgl. Confebask 2003c: 29). Die *Confebask* hat in enger bilateraler Zusammenarbeit mit der baskischen Regionalregierung industrie- und wirtschaftspolitische Initiativen zu Gunsten der baskischen Wirtschaftsentwicklung angestoßen (vgl. Confebask 2005: 30).

Ausgehend von der Betonung des kollektiven Interesses der Gesamtheit der Unternehmer werden die Prozesse der Globalisierung und der Internationalisierung der ökonomischen Zusammenhänge als Herausforderung für die baskischen Unternehmer wie auch für die baskische Gesellschaft interpretiert. Die Einbindung der baskischen Wirtschaft in internationale Zusammenhänge, wie auch die Internationalisierung des baskischen Kapitals werden von der *Confebask* prinzipiell befürwortet und der *EG*-Beitritt z.B. als „transzendentaler Schritt für das Land und die baskischen Unternehmen“ dargestellt (vgl. Confebask 2008: 41).

Die Internationalisierung wird als Möglichkeit begrüßt, das unternehmerische Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, wobei jedoch hervorgehoben wird, dass es sich um eine neuartige Herausforderung für die „autochthonen Unternehmen“ handelt (vgl. Confebask 2009a: 20). Auf die Bedrohung der autochthonen Unternehmen durch die neuen Wettbewerber auf den globalen Märkten sollten die Unternehmen mit einer verstärkten Präsenz auf den internationalisierten Märkten reagieren, wie es schon viele baskische Unternehmen getan haben, seitdem sie sich seit Beginn der 1990er neu orientiert und internationalisiert haben (vgl. ebd.: 23f).

Der Politik komme im Kontext des verschärften globalen Standortwettbewerbs zunehmend die Aufgabe zu, durch eine adäquate Industriepolitik die zentralen Zukunftsprojekte der baskischen Wirtschaft, ihre Innovationsfähigkeit und Internationalisierung zu unterstützen (vgl. Aréchaga Cilleruelo 2004: 46). Zudem solle die Regionalregierung das unternehmerische Umfeld verbessern, so dass die Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Globalisierung gewährleistet ist. Die Unternehmen seien künftig existenziell darauf angewiesen, vor Ort durch Kooperation mit sozia-

len Akteuren und der Politik, „unternehmerische Milieus“ erzeugen zu können, in denen Wissenstransfer und technologische Innovationen die Dynamik der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen (vgl. ebd.: 47).

Neben einem klaren Votum für die Strategien der Internationalisierung legt die *Confebask* Wert auf ein kooperatives Klima in der Regulation der Arbeitsbeziehungen und in der Zusammenarbeit mit der Regionalregierung. Die Stärkung der regionalen Selbstverwaltungsbefugnisse wird von der *Confebask* befürwortet, solange diese von standortpolitischen Prioritäten bestimmt sind. In den letzten Jahren wiederholt sich die Klage der *Confebask* über den Zustand der Arbeitsbeziehungen im Baskenland (vgl. Confebask 2003a: 11), denn diese seien im Gegensatz zu der vorteilhaften Regulation auf gesamtspanischer Ebene im Baskenland durch Antagonismus und die Konfliktstrategien der nationalistischen Gewerkschaften gekennzeichnet, was nicht gut sei für die wirtschaftliche Entwicklung der Region (vgl. Bilbao Saralegui 2006: 25 f.).

Die Unzufriedenheit richtet sich vor allem gegen die Radikalisierung der Mehrheitsgewerkschaft *ELA*, die nach einer langen Zeit der „Kultur des Dialogs und der Verhandlungen“ den „Weg der Mäßigung“ verlassen habe. Gemeinsam mit der anderen „autochthonen Gewerkschaft“ der *LAB* sei sie auf den Weg der Konfrontation und der „überzogenen Forderungen“ zurückgekehrt (vgl. Bilbao Saralegui 2003: 72 f.). Seit Jahren seien im Baskenland wegen der Verhärtung des gewerkschaftspolitischen und klassentheoretischen Diskurses der *ELA* keine kooperativen, kollektiven Aushandlungen mehr möglich (vgl. Bilbao Saralegui 2006: 27). Die baskische Wirtschaft solle, so das Plädoyer der *Confebask*, auf kooperativen Arbeitsbeziehungen und Bündnissen für die regionale Wettbewerbsfähigkeit basieren. Die Unzufriedenheit mit dem ‚baskischen Sonderfall‘ erklärt die Zurückhaltung des *Confebask* hinsichtlich der Forderungen nach mehr Regulationsspielraum und Handlungsmöglichkeiten innerhalb des baskischen Wirtschaftsraums (vgl. ebd.: 25). Dementsprechend wurde das souveränistische Projekt des *PNV*, der „Ibarretxe-Plan“, wegen der eventuellen Irritationen hinsichtlich der ökonomischen und politischen Ordnung, die er nach sich ziehen könnte, kritisiert und abgelehnt. Die baskische Autonomiepolitik sollte keine Krise der bestehenden politischen Institutionen hervorrufen. Aus diesen Gründen stehen die beiden wichtigsten baskischen Unternehmerorgane, *Confebask* und der *CEV*, den Bestrebungen des baskischen Nationalismus nach umfangreichen Souveränitätsrechten sehr skeptisch gegenüber. Das souveränistische Projekt generiere potenziell Unsicherheiten, wodurch die für die Unternehmer notwendige Planungssicherheit unterlaufen werden (vgl. Confesbask 2002).

Der *CEV* kritisiert den „Ibarretxe-Plan“ ebenso, da dieser lediglich die Spaltung der baskischen Bevölkerung sowie die institutionellen Auseinandersetzungen vertiefe. Der *CEV* erklärte schon im November 2001 seine Ablehnung und wiederholte ähnliche Statements nach der Verkündung des Plans durch Ibarretxe 2002 (vgl.

CEV 2002). Sein Präsident Alejandro Echevarría sieht die Gefahr darin, dass ein Klima der Ungewissheit und politischen Instabilität geschaffen werde, das sich verheerend auf die ökonomische Aktivität auswirke (vgl. *El Mundo* vom 31.10.2003). Echevarría betonte zugleich die hohe Achtung, die der CEV vor den Institutionen der baskischen AG hat, da die Bilanz hinsichtlich der erreichten Selbstverwaltungsmöglichkeiten, dank des Statuts von Gernika und des *Concierto Económico*, auf politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Ebene sehr positiv ausfalle (vgl. *El Mundo* vom 31.10.2003). Statt die Gesellschaft mit politischen Projekten zweifelhafter Natur zu spalten, sollten sich die demokratischen Parteien darauf konzentrieren, konsensuell eine von der Mehrheit der baskischen Bevölkerung unterstützte Zukunftsvision zu entwerfen, die es ermöglicht, das Vertrauen unter den Basken wiederzugewinnen (vgl. CEV 2003). Der Kern des patriotischen Profils des CEV sind die fiskalischen Sonderrechte der AG Baskenland. Dies zeigte sich 2008, als die Frage aufgeworfen wurde, ob diese Sonderrechte mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht vereinbar sind. Hier hat sich der CEV unmissverständlich für die Aufrechterhaltung des *concierto económico* eingesetzt und betont, dass dieser fester Bestandteil der spanischen Verfassung sei und auch vereinbar mit der europäischen Steuerharmonisierung sei (vgl. CEV 2008).

Die öffentlichen Äußerungen der beiden Verbände gehen deutlich auf Distanz zu den souveränistischen Bestrebungen im baskischen Nationalismus, wenn auch die Stimmungslage in der Unternehmerschaft keineswegs eindeutig ist. Nachdem sowohl der CEV als auch die *Confebask* ihre Zurückhaltung und Kritik des souveränistischen Projekts ausgedrückt hatten, hat die baskische Regionalregierung eine Umfrage in Auftrag gegeben, die die tatsächliche Stimmungslage innerhalb der baskischen Unternehmerschaft gegenüber den umfassenden Dezentralisierungsvorhaben erkunden sollte. Bei dieser Umfrage ergab sich, dass 70 % dem „Ibarretxe-Plan“ prinzipiell zustimmte und lediglich 7 % ihn ablehnte (vgl. Buesa 2004: 34). Der baskische Ökonom und Nationalismuskritiker Mikel Buesa hat die Seriosität der Umfrage in Zweifel gezogen und mit einer Arbeitsgruppe eine eigene Umfrage erstellt. Auf der Basis seiner Umfragen hat sich ein anderes Stimmungsbild der Unternehmer hinsichtlich des „Ibarretxe-Plan“ ergeben. Dem Ergebnis zufolge lehnt ein Großteil der baskischen Unternehmer das Vorhaben der Revision der spanisch-baskischen Beziehungen ab. Die Arbeitsgruppe um Buesa sieht durch ihre Einzelumfragen die in öffentlichen Verbandsäußerungen manifest gewordene ablehnende Haltung in der Unternehmerschaft bestätigt (vgl. Buesa et. al. 2004: 118). Mit der Ausrichtung der baskischen Unternehmer auf den spanischen Markt (laut Umfragen der Arbeitsgruppe trifft dies auf ca. 80 Prozent der baskischen mittleren und großen Unternehmen zu; vgl. ebd.: 123) lässt sich diese Haltung erklären.

Die beiden sich widersprechenden Umfragen legen eine Fragmentierung der baskischen Unternehmerschaft in der ‚nationalen Frage‘ nahe, was sich Jahre später, 2005, nochmals zeigte, als sich der damalige *Confebask*-Präsident, Roman Knörr, in

Madrid ablehnend gegenüber dem „Ibarretxe-Plan“ äußerte. Diese öffentlichen Äußerungen des Präsidenten der *Confebask*, die sich seit 2002 nicht mehr öffentlich dazu geäußert hatte, riefen den Protest ihrer Untergliederungen aus Gipuzkoa (Adegi) und aus Bizkaia (Cebek) hervor. Beide betonten, dass es sich bei den Äußerungen Knörns um „persönliche Meinungsäußerung“ handele und diese nicht die aktuelle Stimmungslage des Verbandes widerspiegeln (vgl. *El País* vom 20.01.2005). Der Pluralität in der Frage der konkreten Ausgestaltung der baskisch-spanischen Beziehungen steht die weitgehende Einigkeit hinsichtlich der Kooperation mit der baskischen Regionalregierung in der Regulation der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber. Die deutliche Positionierung zu Gunsten der baskischen Selbstregierung, vor allem hinsichtlich der fiskalischen Souveränität, geht einher mit einem offen geäußerten Patriotismus des Unternehmerlagers. Die anfängliche Offenheit gegenüber kollektiven Aushandlungen und unabhängigen Arbeitsbeziehungen ist im Laufe der 1990er Jahre einer Verhärtung der unternehmerischen Positionen gewichen, die sich an pragmatischen und neoliberalen Vorgaben orientiert. (vgl. Kaiero Urai 2004: 12 f.).

4.3.3.2.2 Positionen der katalanischen Kapitalvertreter

Katalonien kann auf eine für Spanien einzigartige und lange Tradition der unternehmerischen Verbandsgeschichte zurückblicken, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht. Damals organisierten sich die Unternehmer der Baumwollindustrie, woraus später, 1889, der *Foment* hervorgegangen ist (vgl. Casademunt 1998: 108). Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat die mächtige katalanische Wirtschaftsbourgeoisie das wirtschaftliche und politische Leben Kataloniens geprägt und Einfluss auf die wirtschaftspolitischen Debatten des Landes genommen. Dabei war die Arbeit des *Foment* von besonderer Bedeutung, der mit seiner kapitalistischen und regionalistischen Mentalität die spanische Regierung zu beeinflussen versuchte. Wie in der Sozialgeschichtsschreibung herausgearbeitet wurde, waren die außenwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Strategien der mächtigen katalanischen Wirtschaftsbourgeoisie, die z.B. Ende des 19. Jahrhunderts die Abschottung des spanischen Marktes propagierte, stets auch für die ideologische Ausrichtung und Politik des Katalanismus ausschlaggebend (vgl. Vilar 1977).

Nach dem Frankismus konnte sich der *Foment* wieder etablieren und ist auch heutzutage noch die mächtigste Unternehmervvertretung in Katalonien. Er repräsentiert mehrere hundert größere Unternehmen, laut Verbandsaussage ca. 80 % der Unternehmer in Katalonien (vgl. McRoberts 2001: 103 f.). Seinen Auftrag sieht er darin, die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen zu vertiefen, wobei er sich als „bürgerliche Institution“ versteht, die die Interessen der Unternehmen Kataloniens vertritt, jedoch nicht nur in ökonomischen Angelegenheiten, so der damalige Verbandschef Alfred Molinas im Jahre 1990 (zit.n. Casademunt/Molins 1998: 1026). Der Wille zur politischen Einflussnahme, vor allem durch

die Teilnahme in beratenden Gremien der lokalen und nationalen katalanischen Verwaltung, hat die Tätigkeiten des Verbands durchweg gekennzeichnet. Vor den ersten katalanischen Parlamentswahlen 1980 hatte der *Foment* angesichts der starken linken Bewegungen in Katalonien eine massive Öffentlichkeitskampagne gegen die ‚marxistischen Optionen‘ lanciert. Die Kampagne hatte großen Einfluss auf das katalanische Bürgertum und letztlich bewirkt, dass ein Großteil der bürgerlichen Mitte und Rechten die *CiU* von Jordi Pujol unterstützte, während der sozialistische *PSC* geschwächt wurde (vgl. Colomer 1983: 98). Dieser „systematische Interventivismus“ (ebd.) und die Einmischung in politische Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe gehört zu einem Charakteristikum des katalanischen Arbeitgeberverbandes.

Der *Foment* nahm zugleich eine zurückhaltende Einstellung gegenüber den offensiv vorgetragenen Autonomieforderungen Ende der 1970er Jahre ein. Seit der frankistischen Diktatur herrschten unter den katalanischen Wirtschaftseliten liberal-demokratische Ideologien vor, die mit einer Präferenz für korporatistische Arrangements und einem positiven Europabezug verbunden wurden, dezidierte nationalistische Ausrichtungen waren kaum vertreten (vgl. Aguilar 1985). Dies zeigte sich schon in der *transición*, als die Orientierung auf den spanischen Markt von großer Bedeutung war und das alte Projekt der ‚Katalanisierung Spaniens‘ wieder aufgenommen wurde. Die Politik des *Foment* kennzeichnet seit der *transición* eine instrumentelle Verteidigung gewisser Autonomierechte für Katalonien bei gleichzeitiger Einflussnahme auf die spanische Zentralregierung (vgl. McRoberts 2001: 104). Dass der *Foment* die gesamtspanische Ebene als seinen Einflussbereich ansieht, wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass er aktiv an der Gründung der spanienweiten Unternehmerorganisation *Confederación Española de Organizaciones Empresariales* (CEOE) im Jahr 1977 beteiligt war. Er wandte sich schon früh gegen allzu offensive autonomiepolitische Forderungen, ebenso wie er auch Forderungen der *Generalitat* nach arbeitspolitischen Kompetenzen ablehnte, da diese die Einheitlichkeit des spanischen Marktes behindern könnten. Wegen seiner mangelnden Unterstützung z.B. einer katalanischen Tarifaautonomie wurde der *Foment* sogar von der katalanischen Gewerkschaft *CONC* kritisiert. Der *Foment*, dessen Mitglieder sich gerne als Förderer der katalanischen Kultur und nationalen Identität darstellten, hätte in seinem nationalen Profil versagt und sich nicht ausreichend für einen katalanischen Rahmen der Arbeitsbeziehungen eingesetzt, so der *CONC*-Funktionär Jordi Gutiérrez i Suàrez (vgl. Gutiérrez i Suàrez 1997: 51 f.). Dennoch ist es auch zu Konflikten zwischen dem *Foment* und der spanienweiten Arbeitgeberorganisation *CEOE* gekommen, z.B. als der *Foment* auf regionaler Ebene mit der *Generalitat* und den katalanischen Gewerkschaftsverbänden Sonderabkommen und quasi-korporatistische industrielle Entwicklungsstrategien beschlossen hatte. Ein Folgeabkommen ist unter dem Druck der *CEOE* gescheitert (vgl. Casademunt 1998: 117 f.).

In den letzten Jahren ist eine Verschärfung der Forderungen des Verbandes nach Dezentralisierung politischer Kompetenzen festzustellen, was auf eine veränderte Wahrnehmung der territorialen Funktionalität der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. Neben den klassischen Forderungen nach Steuerreformen und Inflationsbekämpfung, werden nun die Deregulierung und die Dezentralisierung von Infrastruktur-, Innovations- und Arbeitsmarktpolitik gefordert. Die Sorge um die katalanische Wettbewerbsfähigkeit hat im Diskurs des *Foment* den Verdacht genährt, dass die Zentralregierung nicht ausreichende Aktivitäten zeige, was zudem die regelmäßig durchgeführten Analysen der Investitionen der öffentlichen Hand in Katalonien zu belegen scheinen. Der *Foment* hat zur Beobachtung der Investitionsquote der öffentlichen Hand in Katalonien einen „dynamischen Index der öffentlichen Investitionen in Katalonien“ aufgestellt, den so genannten *ID CAT* („Index Dinàmic d’Inversió Pública Aparent a Catalunya“). In der Auswertung dieser Analysen bemängelt der *Foment* regelmäßig die Benachteiligung Kataloniens und fordert verstärkte Investitionen in die katalanische Infrastruktur (vgl. Foment 2008). Das Ausbleiben dieser wichtigen Investitionen torpediere, so der damalige Verbandschef Joan Rosell, die „Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und Unternehmen Kataloniens“ (Foment 2007: 1). Die Debatte über die Ausgaben der öffentlichen Hand sollte anhand transparenter Zahlen des Staates geführt werden (vgl. ebd.: 2). Die Verwaltungsstruktur des Staates sei eine der Ursachen des Ausbleibens effektiver staatlicher Investitionen, so Rosell. Im Kontext der Wirtschaftskrise 2008 ff. habe sich, so die alarmistische Diagnose des *Foment*, diese Fehlentwicklung sogar noch verstärkt (vgl. Foment 2010).

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist auch die Unterstützung der Reform des katalanischen Autonomiestatuts zu verstehen, die vor allem vom ehemaligen Verbandsvorsitzenden Joan Rosell öffentlich geäußert wurde, so z.B. in seiner Rede auf der Vollversammlung des *Foment* am 03.07.2006. Die Globalisierung und ihre Auswirkungen ließen sich nicht verhindern, beeinflussbar seien jedoch nach Rosell die Gestaltung des Staates der Autonomien und die Dezentralisierung. Es komme darauf an, sich den permanenten Veränderungen der Märkte anzupassen und flexibel zu sein. Kreativität, Initiative und das Absenken der ‚unproduktiven Kosten‘ seien die zentralen Aufgaben, nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Politik. Das neue katalanische Autonomiestatut sei ein richtiger Schritt in diese Richtung, weil zu erwarten sei, dass Katalonien dadurch als Standort attraktiver werde (vgl. Joan Rosell, zit.n. Medina Iborra 2009: 100).

Dementsprechend hat der *Foment* eine Erklärung zur Unterstützung der Proteste gegen das Urteil des spanischen Verfassungsgerichts, das Teile des katalanischen Autonomiestatuts für verfassungswidrig erklärt hatte, veröffentlicht und angemahnt, dass „der Verfassungspakt zwischen Katalonien und Spanien, dessen Entfaltung innerhalb der politischen Institutionen wie auch der Ausdruck des Volkswillens“ zu respektieren seien (vgl. *La Vanguardia* vom 26.11.2009). Die Positionierung Ro-

sells und seine Teilnahme an der großen katalanistischen Demonstration gegen das Verfassungsurteil hat für Empörung im spanischen Dachverband der Arbeitgeber, im *CEOE* gesorgt, für dessen Vorsitz er zu dieser Zeit kandidierte (vgl. *La Gaceta* vom 27.10.2010).

Neben dem *Foment* ist die *Petita i Mitjana Empresa de Catalunya* (PIMEC) ein weiterer wichtiger Unternehmerverband Kataloniens, der Ende der 1970er Jahre gegründet wurde. Die *PIMEC* vertritt primär kleine und mittelständische Unternehmen, ist gegenüber den Gewerkschaften sehr kritisch eingestellt und nimmt deutlicher als der *Foment* Bezug auf die katalanische Identität (vgl. McRoberts 2001: 105). Die *PIMEC* setzt sich für die Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Wirtschaft sowie für die Arbeitsmarktflexibilität und die Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privatem Sektor in Katalonien ein (vgl. statt vieler: PIMEC 2008). Sie sieht die Region als unverzichtbares regulatives Gefüge an, ohne deren Unterstützung vor allem die kleineren Unternehmen nicht im globalen Standortwettbewerb bestehen könnten. Als Quelle von Ressourcen und sozialräumlich naher Verwaltung könne die regionale Ebene den zentralen gegenwärtigen Herausforderungen (Internationalisierung, Flexibilisierung von Arbeit, Förderung von Forschung und Entwicklung) besser gerecht werden, weshalb die *PIMEC* auch die Reform des katalanischen Autonomiestatus unterstützt. Davon versprach sie sich einen neuen politischen und ökonomischen Status für Katalonien und konkret bessere finanzielle Ressourcen und zusätzliche regulative Kompetenzen. Das neue katalanische Autonomiestatut sei von großer Bedeutung, weil eine bessere Finanzierung Kataloniens absolut notwendig sei und dessen Kürzung durch den spanischen Staat nicht zu rechtfertigen (vgl. *La Vanguardia* vom 26.11.2009).

Dadurch, dass die *PIMEC* ein unabhängiger Verband ist, der keiner übergreifenden Organisationsstruktur auf spanischer Ebene angehört, konnte sie ihre Forderungen nach Dezentralisierung ohne Rücksicht auf etwaige Schwester- oder Mutterverbände artikulieren. Ihre Vorstellungen und Vorschläge bzgl. der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Katalonien und Spanien sind deshalb meist radikaler als diejenigen des *Foment*. Dennoch grenzt sich die *PIMEC* dezidiert ab von secessionistischen politischen Projekten, denn ihre Bedenken gegenüber einer eventuellen Fragmentierung des spanischen Marktes sind zu groß. Sie artikuliert hingegen die alte Vision des katalanischen Wirtschaftsbürgertums neu und möchte daran mitarbeiten, dass Katalonien wieder zum ökonomischen Motor Spaniens wird (vgl. PIMEC 2007).

Eine weitere bedeutende unternehmerische Organisation in Katalonien ist der 1958 gegründete, aber erst 1968 legalisierte *Cercle d'Economia* (im Folgenden *Cercle*). Dieser wurde von Unternehmern, Akademikern und Verwaltungsangestellten mit dem Ziel gegründet, die Modernisierung der Gesellschaft und der Ökonomie voranzutreiben. Seine Tätigkeit beschränkt sich, im klassischen Sinne eines Think Tank, auf die Verbreitung einer Debattenkultur über grundlegende Probleme der

katalanischen (und später auch spanischen) Gesellschaft und Ökonomie. Zur Verbreitung ökonomisch-liberaler Ideologie wirkt er als „forum on economic ideas willing to exert influence on economic policy decisions.“ (vgl. Bacaria/Borrás Alomar 1998: 96) Der *Cercle* hat den *EG*- und auch den *NATO*-Beitritt Spaniens offensiv beworben. In autonomiepolitischen Fragen hat er offensive Positionen vertreten und in den 2000er Jahren wiederholt das fiskalische Defizit Kataloniens angeprangert sowie die Reform des katalanischen Autonomiestatuts unterstützt. Der *Cercle* hat zudem versucht, Druck auf den damals regierenden *PSC* auszuüben, in den Verhandlungen mit dem spanischen Staat endlich eine bessere Finanzierung des katalanischen Haushalts zu erzielen.

Die Reform der Finanzierung der *Generalitat* ist nach Auffassung des *Cercle* eine bürgerchaftliche Notwendigkeit (vgl. *Cercle d'Economia* 2008). Er lobt die politische Ausdifferenzierung des spanischen Staates der Autonomien. Das Autonomiemodell sei mittlerweile ausgereift, und jeder Gemeinschaft solle das Recht zukommen, auf proaktive Weise ihre Interessen zu verteidigen, auch hinsichtlich der Zukunftsprojekte (vgl. ebd.: 3). Als eine Einigung in den Verhandlungen zwischen der *Generalitat* und der spanischen Regierung über die Verbesserung der katalanischen Finanzen 2008 auf sich warten ließ, hat der *Cercle* öffentlich den Vorschlag artikuliert, dass die katalanischen Parteien die Verabschiedung des spanischen Staatshaushalts verhindern sollten, sofern nicht Fortschritte hinsichtlich der Reform der Finanzierung des katalanischen Haushaltes erzielt würden (vgl. *La Vanguardia* vom 30.10.2008). Hinsichtlich des Streits über das katalanische Autonomiestatut und dessen Kürzung durch das spanische Verfassungsgericht nimmt der *Cercle* eine moderate Haltung ein und schlägt eine bedachte Diskussion des politischen Problems vor (vgl. *Cercle d'Economia* 2009). Aus der Perspektive der spanischen Verfassung sei der Fortschritt zu einer Staatsform zu befürworten, die fähig ist, unterschiedliche Gemeinschaften, die wie z.B. Katalonien eine klare „nationale Berufung“ („vocación nacional“) haben, zu integrieren. Dazu sollte ein Kompromiss der führenden politischen Kräfte gefunden werden, der eine Interpretation der Verfassung ermöglicht, die diese nicht als einen abgeschlossenen Text versteht, sondern die eine ‚integrative‘ Perspektive hinsichtlich der spanischen Pluralität enthält. Das Urteil des spanischen Verfassungsgerichts wird aus diesen Gründen auch vom *Cercle* öffentlich kritisiert (vgl. ebd.).

4.3.3.2.3 Nationales Profil der regionalen Entwicklungscoalitionen

Im baskischen wie im katalanischen Fall ist eine enge Kooperation zwischen regionalen Wirtschaftsverbänden und den jeweiligen autonomen Regionalregierungen zu beobachten. Diese wurde durch die nationalpolitische Profilierung und Politik der über lange Jahre hinweg nationalistisch dominierten Regionalregierungen kaum beeinträchtigt. Die regionalen Unternehmerverbände haben von sich ein patriotisches Selbstbild gegeben, das vor allem dann öffentlich artikuliert wird, wenn gewisse Er-

rungschaften der regionalen Autonomie in Frage gestellt werden. Ob sie zudem eine offensive Rolle in der Forderung nach der Ausweitung von Autonomierechten spielen, hängt nicht zuletzt vom erreichten ‚Status quo‘ der politischen Dezentralisierung ab und den Bedingungen der ‚opportunistischen‘ Repräsentation ihrer Interessen auf regionaler Ebene. Das nationalistische Profil der regionalen Parteien, zumindest des moderaten, bürgerlichen Flügels, findet wiederum in den Bedürfnissen der regionalen ökonomischen Eliten nach politischer und sozialer Stabilität ihre Grenzen.

Im Baskenland ist es zur Etablierung effizienter regionaler Kooperationsstrukturen gekommen, die auf die Initiative und außerordentlichen Anstrengungen der baskischen Regionalregierung zurückgehen. Im Anschluss an den Zusammenbruch des autoritären frankistischen Regimes und der großen Wirtschaftskrise zu Beginn der 1980er Jahre hat die *Eusko Jauriaritza* mit ihren ‚Koordinationsbemühungen von oben‘ eine zentrale Rolle gespielt und die Herausbildung eines Milieus der kooperativen Beziehungen zwischen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren unterstützt (vgl. Royo 2009: 8 f.). Die Entwicklung der baskischen Selbstregierung im Verlauf der 1980er Jahre geht mit zahlreichen industriepolitischen Initiativen und dem Ausbau eines intensiven Kooperationsverhältnisses mit den regionalen wirtschaftlichen Eliten einher (vgl. Alberdi Larizgoitia 2010: 73 ff.). Die baskische Regierung hat im Rahmen der Erörterung und Festlegung der grundlegenden industriepolitischen Prioritäten eine wichtige Funktion eingenommen und vermittels mehrerer Entwicklungs- und Förderprogramme die technologische Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit, die Investitionen in Forschung und Entwicklung und die Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte gefördert. Sie hat die Gründung von Industrie- und Technologieparks und Cluster-Politiken initiiert und einen maßgeblichen Einfluss auf die Internationalisierung der baskischen Wirtschaft ausgeübt (vgl. Royo 2009: 9 f.). Die Gründung von *Orkestra*, dem ‚Baskischen Institut für Wettbewerbsfähigkeit‘, im Jahr 2006, als eine mit der Universität Deusto (Bilbao) verbundene Forschungsinstitution, die im Sinne einer *Public Private Partnership* organisiert ist und regelmäßig über die Wettbewerbsfähigkeit der baskischen Wirtschaft berichtet (vgl. Orkestra 2008, Orkestra 2009), sowie die Gründung von *Ikerbasque* (2007), das die baskische Wissenschafts- und Forschungslandschaft fördern soll, stellen die jüngsten Initiativen der baskischen Regionalregierung dar, die der Strategie der Förderung der internationalen Stellung und Wettbewerbsfähigkeit der baskischen Wirtschaft dienen soll (vgl. Eusko Jauriaritza 2006).

Die PNV-geführte Regierung nahm die Skepsis aus dem baskischen Unternehmerlager bzgl. des „Ibarretxe-Plans“ auf und betonte immer wieder, dass nicht der Bruch mit dem spanischen Staat angestrebt werde, sondern die volle politische Anerkennung der baskischen Identität und die Entwicklung einer regionalen Selbstregierung, die dem Kontext des globalen Kapitalismus angemessen erscheint (vgl. del Cerro Santamaría 2008: 19). Die vom PNV angeführte baskische Regierung hat zur

Plausibilisierung des im „Ibarretxe-Plan“ ausgedrückten politischen Willens nach einer Neugestaltung der institutionellen Beziehungen zum spanischen Staat auch ökonomische Gründe angeführt (vgl. Eusko Jaurlaritza 2004). Mit Bezug auf eine Studie von Michael Porter über die „Basque Competitiveness“ wird argumentiert, dass die Forderung nach umfassenden baskischen Souveränitätsrechten mit der Vision von der „zweiten großen Transformation“ der baskischen Wirtschaft verbunden ist. Diese steht für die Internationalisierung der baskischen Wirtschaft, die Steigerung ihrer Innovationsfähigkeit und die Qualität der baskischen Informations- und Wissensgesellschaft (vgl. ebd.: 29). Es wird betont, dass die internationalen ökonomischen Interdependenzen und vor allem die Beziehungen zum spanischen Markt auf keinen Fall von dem neuen, angestrebten politischen Status des Baskenlandes tangiert werden sollen, denn es gehe lediglich um eine bessere Ausstattung der baskischen Regionalregierung mit wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen, um auf die Effekte der Globalisierung adäquat reagieren zu können (vgl. ebd.: 103 f.). Unter dem Stichwort der ‚zweiten großen Transformation‘ soll in Anlehnung an die Diagnose von Porter der Übergang vom Zustand der Investition zu einem Zustand der Innovation vorangetrieben werden. Das Leitbild der „free market innovation machine“ gibt die Eckpunkte der zu forcierenden Entwicklung an: die Beschleunigung der Innovationstätigkeiten, die Entwicklung neuer Technologien sowie entschiedener Einsatz und Zusammenarbeit der ökonomischen Akteure und der Politik, so der Direktor der regionalen Entwicklungsagentur *SPRI*, Alberto Alberdi Larizgoitia (vgl. Alberdi Larizgoitia 2010: 88). Das Verhältnis der *PNV*-Regierung zu den Arbeitgeberverbänden wurde durch den „Ibarretxe-Plan“ zwar nicht nachhaltig gestört, aber die *Confebask* hat dem *lehendakari* schon 2002 ihre diesbezügliche Beunruhigung aus „unternehmerischer Perspektive“ mitgeteilt (vgl. *Confebask* 2003d: 38). Die *Confebask* hat nach eigenem Bekunden stets gute Beziehungen zur baskischen Regionalregierung, vor allem in industriepolitischen Angelegenheiten und im Rahmen der Erarbeitung zahlreicher wirtschaftlicher Entwicklungspläne unterhalten (vgl. *Confebask* 2005: 30). Dabei würdigt sie die Rolle der *Eusko Jaurlaritza*. Diese habe sich nicht nur auf ihre Funktion als Arbeitgeberin beschränkt, sondern auch als Garantin eines günstigen Produktions- und Arbeitsklimas zentrale Impulse gesetzt (vgl. ebd. f.). Die grundlegenden Vorstellungen der *PNV*-Regierung hinsichtlich der Wirtschafts- und Industriepolitik stimmen mit denen des baskischen Unternehmerlagers überein, wie die *Confebask* betont (vgl. ebd.: 32). Beide hätten ihre spezifischen Aufgaben zu leisten, um das übergreifende Ziel, die Verstärkung der industriellen Basis und der Beschäftigung sowie die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten zu erreichen (vgl. ebd.). Ibarretxe lobt aus seiner Perspektive als *lehendakari* den „patriotischen Charakter“ der *Confebask* und honoriert den Einsatz der baskischen Unternehmerschaft für die Zukunft des Baskenlands. Zugleich betont er den Auftrag der baskischen Regie-

rung, ein angenehmes gesellschaftliches Klima und beste Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen (vgl. Ibarretxe 2003: 6 f.).

In Katalonien hat die *CiU* während ihrer langjährigen Regierungszeit ebenfalls gute Beziehungen zu der regionalen Unternehmervertretung aufgebaut. Sie hat sich als Partei mit einem starken wirtschaftsliberalen Flügel profiliert, für den die enge Kooperation mit der Unternehmerschaft und die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Wirtschaft die zentralen politischen Ziele darstellen. Durch die wirtschaftsliberale Ausrichtung konnte die *CiU* gute Beziehungen zu den regionalen ökonomischen Eliten etablieren und vertiefen:

„The policy result was that the Generalitat used its powers it had to administer resources in policies that were a combination of its own nation-building agenda and the preferences and ideas of the regional elites with whom it formed alliances.“ (Greer 2007: 171 ff.)

Diese Ausrichtung der Politik wurde begleitet von der kollektivistischen Rhetorik des moderaten Katalanismus, in der die soziale Integration und Kohäsion primär in ihrer kulturellen und identitären Dimension propagiert und mit dem Projekt des katalanischen *nation building* verbunden wurde.

Dennoch konnte sich Katalonien (resp. die *Generalitat*) nicht als die politisch-regulative Ebene (resp. als Verhandlungspartner) der ökonomischen Eliten Kataloniens etablieren. Die *Generalitat* blieb ein sekundärer politischer Akteur, von dem die Gewährleistung optimaler Standortbedingungen und Infrastrukturen erwartet werden konnte – mehr aber auch nicht. Das Kerngeschäft der unternehmerischen Interessenpolitik blieb in Madrid angesiedelt. Dass die Unternehmerverbände Kataloniens über ihre Mutterverbände in Madrid primär Politik zu machen versuchten, ist auf die geringen Kompetenzen der *Generalitat* zurückzuführen. „[T]o these Catalan economic-opportunistic elites, the Generalitat was a minor player, a provider of social services, and a possible useful territorial lobbyist.“ (Greer 2007: 172) Der Anreiz, die regionale Autonomie zu fördern oder zu vertiefen, ist für die opportunistisch agierenden Verbände gering. Das Interesse beschränkt sich auf die Verteidigung der vorhandenen politischen Dezentralisierung und deren Funktionalisierung zu Gunsten der sozialen und politischen Stabilität, um ein geeignetes Umfeld für die unternehmerischen Tätigkeiten zu schaffen.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf das ‚industrielle Modell‘ Kataloniens werden von politischen und ökonomischen Akteuren dahingehend interpretiert, dass es notwendig sei, die Produktionskosten zu reduzieren, um auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können (vgl. Granell 2004: 78). Neben der Liberalisierung und Flexibilisierung sind im Rahmen der Lissabon-Strategie in Katalonien primär Fortschritte in der Bildungs- und Innovationspolitik zu erzielen, die bislang in der sozioökonomischen Realität Kataloniens eine sekundäre Rolle gespielt hat. Katalonien müsse, wenn es weiterhin an der Spitze der europäischen Regionen stehen will, ein

„postindustrielles“ Wirtschaftsmodell entwickeln, entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitikformen prägen und eine enge Kooperation mit den multinationalen Unternehmen eingehen (vgl. ebd.). Nicht nur dahingehende Anreize habe die *Generalitat* zu setzen versucht, sondern auch im Bezug auf die verstärkte internationale Orientierung und Vernetzung der katalanischen Ökonomie.

Die Internationalisierung der katalanischen Ökonomie und die positiven Export- und Außenwirtschaftsbilanzen wurden seitens der Wirtschaftseliten begrüßt, wenn auch bemängelt wurde, dass der Anteil der nicht-autochthonen *MNU* am so genannten „triumfalisme exportador“, dem Erfolg im Außenhandel, zu hoch sei: die 10 größten ausländischen Unternehmen Kataloniens verfügen über 30 % der Gesamtexportsumme (vgl. ebd: 75). Neben diesem von katalanischen Unternehmern artikulierten ‚patriotischen Einspruch‘, der auf der Forderung nach Stärkung autochthoner Industriekomplexe beruht, wird aus Unternehmerkreisen eine bessere finanzielle Ausstattung der *AG* Katalonien gefordert. Katalonien solle danach über eine den baskischen Sonderrechten analoge fiskalische Souveränität verfügen. Hinsichtlich dieser Forderung ist eine Interessenallianz zwischen breiten Spektren des politischen Katalanismus und den ökonomischen Eliten der Region festzustellen. Der Repräsentant des pragmatischen Flügels der *CiU*, der die ökonomischen und unternehmerischen Interessen Kataloniens in Spanien repräsentiert (vgl. Caminal 1996: 149 f.), Miquel Roca, hat in einem gemeinsam mit dem Vorsitzenden des *Foment*, Joaquim Gay de Montellà, verfassten öffentlichen Brief die Benachteiligung der *Generalitat* durch das Finanzierungssystem des Staats der Autonomen kritisiert (vgl. Roca et al. 2011). Nicht zuletzt in der momentanen Wirtschaftskrise sei es für die Perspektive der katalanischen Wirtschaft unerlässlich, dass ein „neuer fiskalischer Pakt für Katalonien“ im Sinne eines *concerto económico* geschlossen werde (vgl. ebd.). Die Finanzierung der sozialen Dienstleistungen, Infrastrukturen und Ausbildung sei sonst nicht mehr zu gewährleisten, was auch die ökonomischen Aussichten Kataloniens beeinträchtige. Der *Cercle* hat die Forderung nach der grundlegenden Revision der finanziellen Ausstattung der katalanischen Ökonomie ebenso in mehreren öffentlichen Statements unterstützt und eine bilaterale Neuverhandlung zwischen Katalonien und Spanien vorgeschlagen (vgl. *La Vanguardia* vom 30.10.2008). Die schleppende Dezentralisierung und die rigide Haltung der spanischen Regierung wird in einem Manifest des *Cercle* ebenso kritisiert wie gefordert wird, dass jede *AG* ihre eigenen Zukunfts- und Entwicklungsprojekte entwerfen können muss (vgl. ebd.).

Die Forderung nach einem katalanischen *concerto económico* dient als programmatische Klammer zwischen der katalanischen Unternehmerschaft und den Dezentralisierungsforderungen des moderaten Katalanismus. Dieser hat sich, angesichts der stets diagnostizierten ‚fiskalischen Ausbeutung‘ Kataloniens, die Forderung nach einem katalanischen *concerto económico* zu Eigen gemacht und ins Zentrum seiner Programmatik gestellt. So schlägt der *CiU*-Vorsitzende Mas die

Implementierung eines neuen industriellen Modells für Katalonien vor und verbindet diese Forderung mit der nach einem „guten System der Finanzierung für Katalonien“ (vgl. Mas 2009). Das auf Konsum, Import und Außenhandelsdefizit basierende Wachstumsmodell solle durch eins ersetzt werden, das auf Investitionen, der Verbesserung der Produktivität und Steigerung der Exporte basiert. Zudem solle die Internationalisierung vorangetrieben, in Forschung und Entwicklung investiert und die kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt werden. Dazu sei eine Verbesserung der Finanzierung Kataloniens unerlässlich (vgl. ebd.: 6).

Das ‚patriotische Profil‘ der katalanischen Unternehmerschaft umfasst neben dieser Forderung auch die nach einer adäquaten und modernen Form der katalanischen Selbstregierung. Gegen die Kürzung des katalanischen Autonomiestatus durch das spanische Verfassungsgericht haben sowohl der *Foment* als auch der *Cercle* vehement Einspruch erhoben und die Bedeutung der Reform des Autonomiestatus für die gesamte katalanische Gesellschaft und Ökonomie betont. Neben diesen Entwicklungen und Positionierungen zu Gunsten einer verbesserten finanziellen Ausstattung der katalanischen Selbstregierung und Herausbildung eines breiten Bündnisses zur Unterstützung eines katalanischen *concierto económico* sind auch ideologische Bewegungen im Unternehmerlager festzustellen, die die politische Eigenständigkeit Kataloniens als Option nicht mehr ausschließen.

Kommentatoren der katalanischen Politik sind der Auffassung, dass sich die *CiU* als konservative politische Kraft, die die Interessen der katalanischen Unternehmerschaft vertritt, wegen ihrer Orientierung auf den spanischen Markt in ihrem nationalpolitischen Profil stark eingeschränkt hat (vgl. López Bofill 2004: 95 f.). Allerdings habe, wegen der anwachsenden Unzufriedenheit vor allem der kleinen und mittleren katalanischen Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik, deren politisches Repräsentationsorgan immer weniger Gründe, den Verbleib im spanischen Staat weiterhin zu tolerieren. In dieser Situation erscheint die Schaffung eigener souveräner staatlicher Strukturen zunehmend interessant, wenn diese Erkenntnis auch eher einer opportunistischen, unternehmerischen Logik entspringt. Die *CiU*, und vor allem ihr Bestandteil der *CDC*, werden zunehmend, so die Prognose López Bofills (vgl. ebd.), ihren souveränistischen Flügel stärken, und zwar immer dann, wenn sie realisieren, dass ihr angestrebtes Ziel der nationalen Souveränität den strategischen Bedürfnissen und Interessen derjenigen gesellschaftlichen Schichten entspricht, die sie repräsentieren (vgl. ebd.: 96).

Ob aus der Perspektive der ökonomischen Eliten immer weniger Bedenken gegen ein Projekt der nationalen Emanzipation oder gegen eine umfassende Dezentralisierung politischer Macht sprechen, ist, wie im baskischen Fall, nicht eindeutig zu beantworten. Dennoch ist eine Verschärfung des nationalpolitischen Diskurses der *CiU* festzustellen, die keineswegs im Widerspruch zu unternehmerischen und ökonomischen Perspektiven stehen muss, wie z.B. im Fall des anerkannten katalanischen Ökonoms Sala i Martín, der von der „ökonomischen Möglichkeit der Unab-

hängigkeit Kataloniens“ spricht (vgl. Sala i Martín 1998: 340 f.). Ob sich die Hoffnung mancher katalanischer Nationalisten erfüllen wird, dass sich die *CiU* als politischer Repräsentant der katalanischen Unternehmerschaft in ihrem nationalistischen Profil künftig radikalisieren könne, zumal die Orientierung der katalanischen Ökonomie auf den spanischen Markt abnimmt, ist ungewiss.

Unbestritten ist jedoch der Tatbestand, dass die regionale Ebene der Politik und entsprechende Autonomierechte für die Initiierung und effiziente Regulation der ökonomischen Entwicklung aus unternehmerischer Perspektive zunehmend eingefordert werden. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen von einer intakten physischen, sozialen, ökonomischen und politischen Umgebung abhängt, wird die Beachtung und Gestaltung dieser Faktoren auf regionaler Ebene eingefordert (vgl. Serra del Pino/Ventura i Ribal 1999: 40 f.). Im ‚Kampf für die Wettbewerbsfähigkeit‘ Kataloniens werden gezielte wirtschaftliche Förder- und Clusterpolitiken von der Politik verlangt. Dabei stehen die Verbesserung des regionalen Führungsmodells und der Wille zur Wettbewerbsfähigkeit an oberster Stelle, zusammen mit der Beseitigung des negativen Steuersaldos. Die Affinität zur katalanischen Selbstregierung in der Unternehmerschicht geht jedoch selten so weit, dass offen der Bruch mit dem spanischen Staat und die katalanische Unabhängigkeit gefordert werden (vgl. hierzu ebd.: 69 ff.).

Wie im Baskenland haben sich in Katalonien seit der Dezentralisierung der politischen Macht und der Institutionalisierung der AG regional-spezifische Kooperationsnetzwerke von Regionalregierungen und Unternehmerverbänden herausgebildet, die die industrie- und wirtschaftspolitische Ausgestaltung der Autonomiepolitik stark beeinflusst haben. Die Regionalregierungen haben mitunter eine aktive Rolle bei der Ausrichtung der wirtschaftlichen Entwicklung gespielt und sind zum zentralen Akteur des *region building* und der politischen Regulation der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Das Gewicht der baskischen *Eusko Jaurlaritza* ist wegen der fiskalischen Souveränität der baskischen AG noch stärker als das der katalanischen *Generalitat*. Vor allem im Baskenland hat die Regionalregierung, ermöglicht durch die fiskalische Souveränität, eine spezifische Industrie- und Entwicklungspolitik initiiert, die große Investitionen in den Forschungs- und Entwicklungskomplex sowie zu Gunsten der Innovationsfähigkeit der baskischen Wirtschaft getätigt hat (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 129). In beiden Regionen wurde die Internationalisierung der heimischen Ökonomien von den Regionalregierungen intensiv vorangetrieben, nicht zuletzt durch die Zurverfügungstellung institutioneller, internationaler Netzwerke und finanzieller Unterstützung. Die „state-led internationalization strategy“ (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 130) war bedeutend für die Umgestaltung und Neuausrichtung und den späteren Erfolg der regionalen Ökonomien.

Die Dezentralisierung der Politik durch die Etablierung der AG hat eine organisierte regionale politische Elite hervorgebracht, die die neuen Institutionen und Repräsentationsorgane besetzt, Projekte des gesellschaftlichen *region building* umsetzt

und in enger Kooperation mit den regionalen ökonomischen Eliten spezifische regionale Akkumulations- und Entwicklungsmodelle initiiert und stabilisiert. In beiden Regionen kann die *Herausbildung regionaler Wachstumskoalitionen* konstatiert werden, die einen spezifischen Politikstil und ein ökonomisches Entwicklungsmodell kreiert haben, deren Eckpunkte die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, die Dynamisierung der regionalen Gesellschaft und die Innovationsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft sind. Die guten Beziehungen zu den rational und opportunistisch handelnden wirtschaftlichen Akteuren und Unternehmerverbänden haben nicht zuletzt zur Mäßigung des nationalpolitischen Profils der moderaten Flügel der Nationalbewegungen und teilweise zur Neuartikulation des ‚patriotischen Profils‘ der regionalen ökonomischen Eliten geführt. Exemplarisch dafür ist das Statement des *CEO* von *Iberdrola* und zugleich Mitglied des *CEV*, Ignacio Galán, der die tiefe Verbundenheit des Unternehmens *Iberdrola* mit dem Baskenland betont, das dort vor über 100 Jahren gegründet wurde (vgl. Galán 2007: 442 f.). Das in Bilbao ansässige multinationale Unternehmen werde weiterhin auf die Zukunftsfähigkeit der baskischen Ökonomie und Gesellschaft setzen. Der ‚unternehmerische Patriotismus‘ Galáns drückt sich darin aus, dass er die Schaffung eines zukunftsfähigen Entwicklungs- und Wettbewerbsmodells für das Baskenland vorschlägt. Zentrale Voraussetzungen dafür seien die Steigerung der Produktivität und Innovationsfähigkeit sowie die Schaffung einer Wissensgesellschaft, die fiskalische Attraktivität des Baskenlandes, der soziale Dialog und die institutionelle Stabilität des Landes (vgl. ebd.: 444 f.).

Diese guten Wechselbeziehungen zwischen den regionalen politischen und ökonomischen Eliten haben jedoch nicht nur zu einer, zumindest rhetorischen, patriotischen Haltung der Unternehmer geführt, sondern sich auch modernisierend auf die Programmatik der moderaten Flügel der Nationalbewegungen ausgewirkt. Diese nehmen die Bedürfnisse und ökonomischen Interessen der regionalen ökonomischen Eliten in ihre Programme und regionalen Entwicklungskonzeptionen verstärkt auf und tragen somit aktiv dazu bei, dauerhafte, relativ stabile regionale Entwicklungsallianzen, oder im Sinne Gramscis, regionale ‚historische Blöcke‘ zu bilden.

4.3.3.3 Alternative Konzepte der ‚linken Flügel‘ der Nationalbewegungen

Gegen die langjährige politische Dominanz der moderaten-bürgerlichen Flügel der Nationalbewegungen und die von diesen geprägten regionalen Entwicklungsstrategien wurden aus der Perspektive der Linken in den beiden Regionen politische Alternativen formuliert. Im Folgenden sollen die alternativen Entwicklungskonzepte der Parteien und Gewerkschaften des baskischen und des katalanischen Linksnationalismus analysiert werden.

4.3.3.3.1 Gegenkonzepte im baskischen Linksnationalismus (*EA*, *Aralar*, *IA*)

In der baskischen Nationalbewegung gibt es unterschiedliche Strömungen, die durch eine baskisch-nationalistische Grundausrichtung gekennzeichnet sind, jedoch zugleich eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternative zum bürgerlichen Nationalismus des *PNV* darstellen. So ist jenseits des *PNV* mit seiner oben aufgezeigten programmatischen Ambivalenz zwischen sozialdemokratischen und wirtschafts- und neoliberalen Ideologien das politische Milieu des progressiven, linken baskischen Nationalismus anzusiedeln, das von der sozialdemokratischen Partei *EA* bis zum radikalen Linksnationalismus (*Aralar*, *IA*) reicht. Gemeinsam mit den beiden größeren nationalistischen Gewerkschaften der *ELA* und der *LAB*⁷ stellt dieses Milieu einen ideologischen und potentiellen oppositionellen Gegenblock dar, der im Hinblick auf die wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik und Globalisierungsvisionen des *PNV* abweichende Vorstellungen vertritt⁸. Auch wenn es teils tiefe Zerwürfnisse innerhalb des ‚baskischen Linksnationalismus‘ gegeben hat⁹, rechtfertigt die ideologische Nähe ihrer Bestandteile die gemeinsame Behandlung im Folgenden. Daher sollen die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen sowie die Einschätzungen der Globalisierung seitens der Parteien der *EA*, von *Aralar* und der *IA* sukzessive in den Blick genommen werden.

Die *EA* versteht sich als independentistische und sozialdemokratische Partei und repräsentiert das politische Milieu der gemäßigten Linken und Mitte mit klarer nationalistischer Ideologie. Nach ihrer Abspaltung vom *PNV* hat sie sich als eigenständiger politischer Akteur der baskischen Nationalbewegung etablieren können und sich durch eine nationalistische und sozialdemokratische Ausrichtung profiliert. Durch die Mitte-Links-Orientierung unterscheidet sich die *EA* von der Mitte-Rechts-Orientierung des *PNV* (vgl. Acha 2006: 79). Die Prinzipien der Sozialdemokratie konstituieren seit dem Gründungskongress der Partei (1986), auf dem das

7 Diese werden weiter unten in einem gesonderten Kapitel (4.3.3.3.) behandelt.

8 Die *EA* war jahrelang Koalitionspartnerin der vom *PNV* dominierten Regionalregierungen und ist auch zu mehreren Wahlen in gemeinsamen Listen mit dem *PNV* angetreten. Trotzdem hat die *EA* ihre ideologische und politische Eigenständigkeit niemals aufgegeben und stand als politische Repräsentation der Mitte und der sozialdemokratischen Linken des baskischen Nationalismus stets zwischen den Blöcken des bürgerlichen Nationalismus (*PNV*) und des radikalen Linksnationalismus der *HB/IA*. Seitdem in der *IA* seit 2009 offiziell die Distanzierung von der Gewaltstrategie der *ETA* zu beobachten war, hat sich die *EA* zunehmend der *IA* angenähert. Beide Parteien sind schließlich zu den Kommunalwahlen 2011 mit einer gemeinsamen Liste, zu der sich auch die nationalistische Abspaltung der Linkspartei *EB-IU*, *Alternatiba*, gesellt hat, angetreten.

9 Nach der Abspaltung des *Aralar*-Flügels von der *HB* sahen sich Mitglieder von *Aralar* heftigen Beschimpfungen und gar Drohungen ausgesetzt.

politische Fernziel eines „freien, baskischsprachigen, modernen und progressiven Baskenland“ beschlossen wurde, die Fundamente ihrer Ideologie (vgl. Acha 2006: 77).

Zum Kern der politischen Prinzipien der *EA* gehören die Verteidigung der klassischen sozialdemokratischen Werte der Chancengleichheit, des Schutzes der sozialen Bürgerrechte und der sozial gerechten Verteilung von Wohlstand. Mitte der 1990er Jahre setzte sich die *EA* intensiv mit der Krise der westlichen Wohlfahrtsstaaten auseinander und befürwortete zunächst die Idee der Modernisierung des Wohlfahrtsstaats, wie sie durch die Konzeption des ‚Dritten Wegs‘ von Blairs *New Labour-Party* und im Schröder-Blair-Papier (1999) propagiert wurden (vgl. ebd.: 79 f.). Später ging die *EA* auf ihrem sechsten Kongress (2004) deutlich auf Distanz zu den neoliberalen Tendenzen der modernisierten Sozialdemokratie der *SPD* und von *New Labour* und schärfte ihr Profil als progressive sozialdemokratische Partei (vgl. *EA* 2004).

Aus der gestärkten sozialdemokratischen Perspektive werden die ökonomische Globalisierung und die damit einhergehende Verstärkung des Standortwettbewerbs als prinzipielle Bedrohung des Wohlfahrtsstaats wahrgenommen. In der Globalisierung wird ein irreversibles Phänomen gesehen, „das aus politischer, sozialer und kultureller und nicht bloß ökonomischer Perspektive gemanagt und regiert werden soll“ (*EA* 2009b: 30). Die *EA* wendet sich gegen die vermeintlich alternativlosen, aus der Ökonomie abgeleiteten, Imperative der ‚neoliberalen Globalisierung‘. Die Kritik am neoliberalen Entwicklungsmodell wird von der *EA* vor allem im Kontext der globalen Finanzkrise (2008 ff.) immer deutlicher artikuliert. Sie stellt diesem die sozialen Rechte gegenüber, die die „Grundpfeiler des Systems der Wohlfahrt und der Demokratie sind, das die Gleichheit und den Wohlstand ihrer Bürgerschaft anstrebt“ (*EA* 2010: 2). Ein Wechsel des sozioökonomischen Systems sei der einzige Ausweg aus dem Scheitern des globalisierten neoliberalen *Laissez-faire*, dessen Verzicht auf politische Regulation eine Zunahme der sozialen Ungleichheiten und der Prekarisierung von Arbeitsbeziehungen mit sich gebracht habe (vgl. *EA* 2009b: 31).

Dieser mit der neoliberalen Globalisierung einhergehenden Prekarisierung von Arbeit und dem Abbau sozialer Rechte stellt die *EA* die Demokratisierung und Nationalisierung des Systems der Arbeitsbeziehungen gegenüber. Es solle die differenzierte Realität von *Euskal Herria* anerkannt werden, die durch die nationale Spezifik des baskischen Wirtschaftsraums vorgegeben ist. Dieser sei durch eine partikulare Gewerkschaftsbewegung und unternehmerische Struktur charakterisiert, die eigenständigen Entscheidungen seiner sozioökonomischen Akteure sollten respektiert werden (vgl. Altzelai 2006). Der Globalisierung wird das Prinzip der politischen und ökonomischen Souveränität des baskischen demokratischen Entscheidungsraums entgegengesetzt. *Euskal Herria* solle in den Arbeitsbeziehungen und in der gewerkschaftlichen Repräsentation über verstärkte Möglichkeiten der Selbststre-

gierung verfügen, die es ermöglichen, auf die Notwendigkeiten und Besonderheiten des Landes einzugehen (vgl. EA 2010: 2). Die Übertragung der Konzepte und Entscheidungen des spanischen Staates seien weder demokratisch noch angemessen, um die Krise durch eine gerechte und soziale Lösung zu regulieren (vgl. ebd.). Das politische Fernziel der EA besteht in der Schaffung eines eigenen Wohlfahrtsstaats für *Euskal Herria*, der mit den klassischen Mitteln des sozialdemokratischen Reformismus einen sozioökonomischen Systemwechsel einleitet. Entsprechend lautete das Motto des Wahlkampfes zu den baskischen Parlamentswahlen (2009) „Für das Baskenland und den Wohlfahrtsstaat“ (vgl. EA 2009b). Das Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft könne nur durch die Garantie und den Ausbau des Wohlfahrtsstaates erreicht werden. Allein dieser sei die Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das die Beschäftigungssituation, den Fortschritt der baskischen Ökonomie und die soziale Kohäsion der baskischen Bevölkerung ermöglicht (vgl. EA 2010: 2). Das Aufleben der globalisierungskritischen Bewegung hat die EA seit Ende der 1990er Jahre mit Interesse verfolgt und versucht, Anschluss an diese neuartige politische Bewegung zu finden. Bemühungen in diese Richtung lassen sich der parteiinternen Berichterstattung entnehmen.

Die 2001 aus einer HB-Abspaltung hervorgegangene *Aralar* artikuliert eine Globalisierungsvision, die die gegenwärtige Form der „ökonomischen Globalisierung des neoliberalen Kapitalismus“ ablehnt (vgl. Aralar o.J.II.: 23). Dieser stellt sie einen „kämpferischen und solidarischen Internationalismus“ entgegen, der eine „demokratische, sozialistische und alternative Globalisierung“ vorantreiben soll (vgl. ebd.). *Aralar* kritisiert die ökonomische Globalisierung grundsätzlicher als die EA, nämlich als „neoliberale Globalisierung“ und als spezifisches Entwicklungsstadium des Kapitalismus (vgl. Aralar o.J.I.: 20 ff.). Bei ihrer Kritik stehen hauptsächlich zwei negative Auswirkungen im Zentrum: die kulturelle und die sozio-ökonomische. Die ‚kulturellen Auswirkungen‘ der Globalisierung sieht sie in den nivellierenden Prozessen der Standardisierung und Banalisierung der kulturellen Pluralität (vgl. Aralar 2009: 137). Die kulturelle Diversität stehe in der globalisierten Welt zunehmend unter Druck, so dass die Menschheit wichtige Teile ihres kulturellen Erbes zu verlieren drohe. Partikuläre kulturelle und identitäre soziale Entitäten drohten zu verschwinden (vgl. Aralar o.J. I.: 31). Neben dem identitären Aspekt der Globalisierung kritisiert *Aralar*, dass sich im Rahmen der als neues Entwicklungsstadium des Kapitalismus verstandenen neoliberalen Globalisierung die ökonomische Logik zur alles bestimmenden Logik entwickelt habe, die alles, was nicht den Kriterien der Wettbewerbsfähigkeit oder der ökonomischen Effizienz entspricht, als irrational erscheinen lasse. Die Grundlinie dieser Kritik besagt, dass die demokratisch legitimierte Politik zunehmend bedeutungslos werde und die Märkte grundlegend den Rahmen des politisch Machbaren strukturieren: „Die Ökonomie versucht die Politik zu bezwingen, der Markt die Demokratie.“ (ebd.: 20 f.) Die grundlegende Kritik von *Aralar* zielt auf die Konsequenzen und Begleiterscheinun-

gen der neoliberalen Logik der Ökonomisierung des Sozialen (Individualisierung, Atomisierung des Sozialen etc.) ab. Selbst wenn es so scheint, als ob die Globalisierung keine Alternative kenne, ist zu betonen, dass die Globalisierung auch demokratisch zu steuern sei: „Es ist notwendig, das ökonomische Wachstum zu regulieren, so dass es mit der Demokratie, den individuellen und kollektiven Rechte sowie mit einer gerechten Verteilung des Reichtums kompatibel ist.“ (ebd.: 21)

Um dieses Gegenprojekt zur neoliberalen Globalisierung zu skizzieren, rekurriert *Aralar* auf die beiden Begriffe des Sozialismus und der Demokratie. Ersterer stehe für das Verständnis, dass die Ökonomie im Dienste der Bürger und der Gesellschaft zu stehen habe. An vielen Beispielen (soziale Ungleichheit, Umweltpolitik etc.) wird die Forderung, dass die Eigendynamik der ökonomischen Aktivität dem gesellschaftlichen Leben zu dienen habe (vgl. ebd.). Ebenso solle der neoliberalen Globalisierung das demokratische Prinzip entgegengestellt werden. Die Globalisierung habe die Fremdbestimmung verstärkt und die Möglichkeiten der politischen Autonomie und der demokratischen Selbstregierung stark geschwächt, so dass die Grenzen der parlamentarischen Demokratie immer deutlicher würden (vgl. ebd.: 22). Angesichts dieser Entwicklung sei es die Aufgabe der ‚transformativen Linken‘, die Vertiefung der Demokratie zu fordern. Die reale gesellschaftliche Demokratisierung, d.h. der Prozess, der den Menschen einen wachsenden Einfluss auf die Bedingungen seiner Lebensvollzüge ermöglicht, wird dabei als ein Weg dargestellt, der niemals beendet sein wird (vgl. ebd.). Unter dem Stichwort der „demokratischen Partizipation“ werden unterschiedliche Dimensionen der Demokratisierung des politischen Lebens unter Einbezug der Bürger bei den Kernentscheidungen vorgeschlagen, um so die leer laufenden Mechanismen der liberalen Demokratie zu überwinden und den antidemokratischen Tendenzen der Globalisierung entgegenzuwirken. Die Demokratisierung der baskischen Politik soll unter Einbeziehung basisdemokratischer Instrumente (Referenden, Volksbefragungen und aus dem Volk kommende Gesetzesinitiativen) erfolgen. Grundsätzlich sei die ökonomische Effizienz des Marktprinzips anzuerkennen, jedoch solle dieses Prinzip nur in klar begrenzten Rahmen wirken. Die so verstandene demokratische Politik habe sich gegen ökonomische Fremdbestimmung (Dominanz des Finanzkapitals), für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Lohnarbeiter, für die Implementierung der Konzepte der „solidarischen Ökonomie“ und für eine solidarische Politik der Bekämpfung der sozialen Ungleichheiten einzusetzen (vgl. ebd.: 23).

Das Konzept, das *Aralar* der ökonomischen Globalisierung entgegensetzt, ist durch eine umfangreiche sozialpolitische Dimension gekennzeichnet, auch wenn die Sorge um den Erhalt der ‚kulturellen Diversität‘ ebenso eine Rolle spielt wie die Kritik der politischen Bevormundung des Baskenlandes. Die aus gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht für die Schaffung der Nation unverzichtbaren Selbstregierungs Kompetenzen und Souveränitätsrechte müssten somit gegen die vielfältigen Konsequenzen der Globalisierung behauptet und gestärkt werden (Aralar o.J. II: 8).

Die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung aller Völker sei die Grundlage des politischen Widerspruchs zur „planetarischen Globalisierung des Modells der kapitalistischen Zivilisation“, auf der aufbauend das Recht zur Verteidigung und zur Ausübung der „eigenen Identität und kulturellen Differenz“ ausgeübt werden soll (Aralar o.J. I.: 31).

Aralar verbindet ihr Leitbild der in politischer und in ökonomischer Hinsicht souveränen baskischen Bevölkerung mit der Vision einer progressiven und solidarischen Gesellschaft, in der die Menschenrechte, die Gleichheit der Personen und Völker und die Sphären der Öffentlichkeit radikal verteidigt werden (vgl. Aralar 2004: 5). Sie formuliert ihr Gegenkonzept unter expliziter Bezugnahme auf die internationale Antiglobalisierungsbewegung und die dort propagierten Konzepte, z.B. das der „partizipativen Demokratie“ (Aralar o.J.: 22). Sie versteht sich zudem als Teil der „internationalistischen Bewegung“ und spricht sich für die enge Zusammenarbeit und einheitliche Aktionen der internationalen politischen Kräfte der Antiglobalisierungsbewegung aus.

Die ‚offizielle *IA*‘ nimmt als kapitalismuskritische und systemoppositionelle Kraft ebenso offen globalisierungskritische Positionen ein und steht in der Tradition des Internationalismus der linken Unabhängigkeitsbewegung. Dieser wurde seit den 1960er Jahren proklamiert und hat unterschiedliche konzeptionelle und strategische Ausprägungen (Antimilitarismus, Antiimperialismus, internationale Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen) erfahren. Wie in der Darstellung der Europakonzeption schon deutlich geworden ist, steht der Begriff der ‚nationalen Souveränität‘ im Zentrum des politischen Projekts der *IA*. Von diesem wird auch die kritische Perspektive auf die Globalisierung strukturiert. Diese wird als kapitalistisches und imperialistisches Projekt begriffen, das auf die Unterjochung der Nationen durch die supranationalen Institutionen der *EU* oder der *NATO* abzielt. Sie wird somit sowohl aus linker als auch aus nationalistischer Perspektive kritisiert.

Schon die *HB* hat, als erste politische Partei der abertzalen Linken, sich früh mit der politischen und institutionellen Machtarchitektur der globalen politischen Ökonomie beschäftigt. Der Internationale Währungsfonds (IWF), Weltbank und *GATT* stellen in ihren Augen das politische Zentrum der globalen Herrschaft des Kapitalismus dar, das die Internationalisierung der Produktion und des Handels seit den 1980er Jahren beschleunigt hat (vgl. HB 1994e: 44 f.). Die neue Weltordnung und das kapitalistische Weltsystem würden durch die Vorherrschaft des „Yankee-Imperialismus“ abgesichert (vgl. HB 1994d: 33 ff.).

Die ‚ökonomische Globalisierung‘ wird im Diskurs der *HB* als politischer Prozess verstanden, der den Interessen und Strategien der ökonomischen und politischen Eliten entspricht. Er ist zudem eng verbunden mit der neoliberalen Hegemonie, die seit Beginn der 1980er Jahre als unangefochtenes Dogma die Wirtschafts- und Sozialpolitik der westlichen Länder bestimme, wie die Wirtschaftsexpertin der *HB* Nekane Jurado hervor hebt. Der Neoliberalismus sei nicht bloß ein ökonomi-

ches, sondern in erster Linie ein politisches Denken, dessen primäres Ziel darin bestehe, eine politische Praxis zu fordern, die das Politische verneint. Er wirke als Ideologie, die glauben machen will, dass die demokratisch legitimierten Regierungen den Imperativen und Strategien der internationalen ökonomischen Kräfte Folge leisten müssen. Die Globalisierung führe somit dazu, dass der eigene Raum des Politischen stark begrenzt werde (vgl. Jurado 2000: 30 f.). Im Stadium der ‚neoliberalen Globalisierung‘ habe der Kapitalismus seit den 1980er Jahren einen Angriff gegen den Wohlfahrtsstaat geführt und zuvor erkämpfte Rechte (soziale Mindeststandards in öffentlichen Bereichen, in der Erziehung, in den Arbeitsbedingungen etc.) eingeschränkt (vgl. IA 2009: 11). Mit diesen Prozessen gehe eine radikale Vertiefung der sozialen Ungleichheiten einher, und zwar nicht nur auf der Ebene der Weltbevölkerung, sondern auch in den entwickelten westlichen Ökonomien Europas inklusive des Baskenlandes. Seit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus habe sich die ‚Globalisierung‘ zu einem fast schon mythischen Konzept verwandelt, das nun zur Selbstbeschreibung des Kapitalismus diene. Zu dessen Kern gehörten die Deregulierung und die globale Freiheit der Märkte, die begriffliche Trias „Volk-Nation-Staat“ spiele darin kaum mehr eine Rolle (vgl. Jurado 2010: 85). Die gesellschaftliche Deregulierung und die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer habe die gesellschaftliche Macht des Kapitals erhöht und eine Neuformierung der Gesellschaft bewirkt, die das Massenphänomen der aus der Erwerbsarbeit ‚Ausgeschlossenen‘ hervorgebracht hat. Die Ausbeutung werde durch diese dauerhaften Exklusionsmechanismen begleitet und verschärft:

„die unterdrückte Arbeitsbevölkerung arbeitet immer mehr und verdient zugleich immer weniger, während die überschüssige Arbeitsbevölkerung keine Arbeit und keine soziale Absicherung hat und zudem noch selten ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein.“ (ebd.: 101)

Jurado schlägt zur Kennzeichnung der gegenwärtigen Entwicklungsstufe des Kapitalismus, deren primärer Effekt die Verschärfung der globalen Ungleichheit sei, den Begriff der „globocolonización“ vor (vgl. ebd.: 100).

Im Laufe der 2000er ist die IA davon abgekommen, den neuen globalisierten Kapitalismus ausschließlich aus den Imperativen des US-Imperialismus abzuleiten und hat die Emergenz unterschiedlicher Mächte und die Konkurrenz zwischen ihnen zur Kenntnis genommen (vgl. IA 2009: 11). Es sei noch nicht klar, in welche Richtung sich die Weltordnung entwickeln werde, ebenso wenig wie denn der Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung effektiv organisiert werden könne. Die globalen ‚sozialen Kämpfe‘, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung regten, sollten zur Kenntnis genommen werden. Neben abstrakten politischen Überlegungen zur Verbindung der Politik der „neuen sozialen Bewegung“ und der traditionellen „Klassenpolitik“ (vgl. Jurado 2010: 101 f.) werden die Erfahrungen des Zapatismus und anderer na-

tionaler Befreiungsbewegungen (vgl. u.a. HB 1995), Perspektiven der Linken (vgl. HB 1997b) und der Gewerkschaftspolitik (vgl. HB 1997c) reflektiert. Die *HB* hat das Aufleben der globalisierungskritischen Bewegung seit den Protesten von Seattle (1999) begrüßt und wahrgenommen (vgl. HB 2000a). Auf dem ersten Weltsozialforum in Porto Alegre im Januar 2001 war die *IA* gemeinsam mit anderen Repräsentanten des politischen Linksnationalismus (LAB, AB etc.) vertreten (vgl. HB 2001a). Dort haben die Vertreter der ‚baskischen Delegation‘ das von ihnen propagierte, alternative Entwicklungsmodell des so genannten *identitären Sozialismus* erläutert und zur Diskussion gestellt (vgl. HB 2001b: 32). Dieser stelle eine an die baskischen Gegebenheiten angepasste Alternative zum Neoliberalismus und zu den von jenem ausgelösten Ungerechtigkeiten dar. Entsprechend der Annahme, dass jedes Volk oder jede Gemeinschaft durch eine eigene historische und identitäre Realität gekennzeichnet ist und es keine universal gültigen Rezepte und Problemlösungen gebe, sei für den ‚baskischen Fall‘ eine spezifische sozialistische Antwort auf die neoliberale Globalisierung zu formulieren (vgl. dazu: Jurado 2010: 209). Es gehe um einen Sozialismus,

„der auf der kollektiven Partizipation der Gesellschaft beruht, eine starke Intervention des öffentlichen Sektors vorsieht, und in dem die individuellen und kollektiven Interessen der baskischen Gesellschaft die grundlegende Funktionsweise der baskischen Ökonomie bestimmen.“ (vgl. HB 2001b: 32)

Die Schaffung des „sozialistischen, egalitären und identitären Entwicklungsmodells“ soll auf dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung basieren. Mittels dessen Ausübung soll sich die baskische Bevölkerung als souveräner politischer Körper konstituieren und davon ausgehend die Wirtschaft und Gesellschaft gestalten. Die Bedingungen zur Entwicklung einer politischen und ökonomischen Alternative seien im Baskenland gegeben, da es als ausdifferenzierte wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und kulturelle Einheit über alle dazu notwendigen Voraussetzungen verfüge (vgl. Jurado 2000: 34).

Ein zentraler Aspekt in der linksabertzalen Entwicklungsalternative des ‚identitären Sozialismus‘ ist das Konzept des souveränen baskischen Wirtschaftsraums. Die Forderung nach der vollen ‚ökonomischen Souveränität‘ sei Voraussetzung dafür, dass die baskische Bevölkerung demokratische Entscheidungen über die Verwendung der Ressourcen und die Planung der ökonomischen Aktivitäten treffen kann (vgl. HB 2001b: 32). Die Forderung nach einem souveränen „*espacio económico vasco*“ („Baskischer Wirtschaftsraum“) stellt eine seit Ende der 1980er Jahre konstante Forderung der *IA* dar, die z.B. schon in den Gegenentwurf der *HB* zum baskischen Autonomiestatut, dem so genannten „Nationalen Autonomiestatut“ von 1990, aufgenommen wurde. Einer der 18 Bände des Gegenstatuts war dem „*espacio económico vasco*“ gewidmet, der dort in seinen gesellschaftlichen und

kulturellen Besonderheiten beschrieben wurde (vgl. HB 1990). Jurado nimmt zudem Thesen aus der jüngsten Wirtschaftsgeographie auf, um zu betonen, dass es heutzutage zunehmend die ‚kleinen Räume‘ mit eigenen ökonomischen und politischen Strukturen sind, in denen es möglich ist, die globale ökonomische Integration mit demokratischen, konsensuellen politischen Entscheidungen vor Ort zu verbinden (vgl. Jurado 2000: 34). Die Vertiefung und Verstärkung der demokratischen Einflussnahme, die öffentliche Gewährleistung der gesellschaftlichen materiellen Bedürfnisse sowie die prioritäre Verfolgung des Ziels der „Verteilung von Arbeit und Reichtum“ sollten die Eckpunkte eines alternativen ökonomischen Entwicklungsmodells am Beginn des 21. Jahrhunderts darstellen (vgl. ebd.).

Auf der Grundlage der Werte der Solidarität, der Gleichheit, der Verteilung des Reichtums und der Nachhaltigkeit des Umgangs mit den begrenzten natürlichen Ressourcen sei das grundlegende Ziel die Schaffung eines baskischen sozioökonomischen Raums und eines eigenständigen baskischen Raums der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Absicherung (vgl. Batasuna 2005: 10; Jurado 2010: 205 f.). Die große anstehende Herausforderung sei die Bekämpfung der prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen großer Teile der Bevölkerung, die letztlich nur durch die Überwindung des kapitalistischen Systems möglich sei (vgl. Batasuna 2005: 17).

Die Vision der IA einer alternativen gesellschaftlichen und politischen Ordnung solle auf den grundlegenden sozialen und ökonomischen Menschenrechten fußen und die Überwindung jeglicher Ausbeutungsverhältnisse beinhalten (vgl. ebd.). Die Eckpfeiler des Gegenmodells der ‚baskischen sozialistischen Demokratie‘ und des ‚identitären Sozialismus‘ sind der Kampf um die ökonomische Souveränität des Baskenlandes und der Kampf gegen die gesellschaftliche Prekarität und für die sozialen Rechte, wie Jurado das Positionspapier der IA, „Euskal Herria Sozialista: Lucha por la transformación social“ („Sozialistisches Baskenland: Kampf für die soziale Transformation“; 2006), zusammenfasst (vgl. Jurado 2010: 203 ff.). Neben der Garantie der vier basalen sozialen Rechte (Recht auf würdigen Wohnraum, auf würdige Arbeit, auf ein angemessenes Grundeinkommen und auf gesellschaftliche Partizipation) solle dem traditionellen „produktiven Netz des Baskenlandes“, das in der Industrie, der Agrikultur und in der Fischerei besteht, ein besonderer Wert beigemessen werden. Diese grundlegenden Wirtschaftssektoren sollten unter die Kontrolle der öffentlichen Hand gestellt werden, die als moderne, effiziente und transparente Agentur den Übergang zu einer solidarischen Volksökonomie einleiten soll (vgl. Batasuna 2005: 17).

Die alternative Wirtschaftskonzeption des ‚identitären Sozialismus‘ soll eine „autochthone sozialistische Entwicklung“ (vgl. Jurado 2010: 203) einleiten, deren politisches Fernziel in der Schaffung eines „unabhängigen, sozialistischen und nichtpatriarchalen baskischen Staat“ (ebd. f.) besteht. Die strategischen Ziele Unabhängigkeit und Sozialismus stellten ein gemeinsames Projekt dar, die angestrebte soziale Transformation ist in der politischen Vision der IA eng verbunden mit der

nationalen Konstruktion (vgl. IA 2009: 17). Zur Begründung der Notwendigkeit der ‚nationalen Form‘ des Sozialismus wird auf die singuläre baskische Sozialstruktur und Wirtschaftsweise rekurriert, deren Besonderheit durch die souveräne Verfügung über politische Hoheitsrechte auch weiterhin bewahrt bleiben soll. Diese Einstellung, die sich als *ökonomischer Differenzialismus* bezeichnen lässt, findet sich auch in anderen Spielarten des baskischen Nationalismus wieder, wenn sie auch im nationalen Souveränitätskonzept der IA den größten Stellenwert beigemessen bekommt.

4.3.3.3.2 Gegenkonzepte im katalanischen Linksnationalismus (PSC, ICV, ERC, Endavant)

Unter der politischen Hegemonie des moderaten Katalanismus und gegen diese gerichtet, haben die linken Flügel der katalanischen Nationalbewegung alternative Konzeptionen der wirtschaftlichen Entwicklung, auch in der Auseinandersetzung mit der ‚ökonomischen Globalisierung‘, artikuliert. Die Hegemonie der moderat-katalanistischen Variante des *welfare nationalism* hat sich, gestützt durch breite Teile der katalanischen Zivilgesellschaft und der Meinungsproduktion durch Zeitschriften, Organisationen und Think Tanks (z.B. des *Cercle d'Economia* oder des *Cercle d'Estudis Soberanis*), in der katalanischen Bevölkerung ausgebreitet (vgl. statt vieler die Beiträge in Lladó i Badia 2008a). Unter dem Verweis auf die Auswirkungen der Globalisierung ist die Forderung nach der verbesserten Finanzierung der katalanischen Autonomieinstitutionen und nach der Neugestaltung der Beziehungen Kataloniens zum spanischen Staat zunehmend populärer geworden. Im Kontext der EU und der deregulierten internationalen Wirtschaftsbeziehungen müsse die *Generalitat* verstärkt mit Ressourcen ausgestattet sein, um die Infrastrukturen, die für die Förderung der katalanischen Wettbewerbsfähigkeit und von Exportnationen an sich unerlässlich sind, gewährleisten zu können (vgl. Paluzie 2008). Die breite Akzeptanz des *welfare nationalism* lässt sich exemplarisch in dem von dem parteiunabhängigen Aktivist des ‚politischen Katalanismus‘ Carles Lladó i Badia herausgegebenen Band *Catalunya: estat de la nació* (Lladó i Badia 2008a) beobachten, in dem Beiträge aus unterschiedlichen ideologischen Spektren versammelt sind. Dort entwickeln Akteure aus unterschiedlichen politischen Milieus des Katalanismus und bekannte Personen der katalanischen Öffentlichkeit Argumente für die Notwendigkeit der Eigenstaatlichkeit Kataloniens, wobei in der Mehrheit der Beiträge die Bezugnahme auf die ökonomische Notwendigkeit der nationalen Unabhängigkeit eine Rolle spielt, so z.B. in Lladó i Badias eigenem Beitrag, der eine Darstellung der populärwissenschaftlichen, ökonomischen Argumentation für die Unabhängigkeit Kataloniens enthält. Erst die ökonomische und politische Souveränität Kataloniens werde, fußend auf dem souveränistischen ‚Recht zu entscheiden‘, die Bedingungen dafür schaffen, dass Katalonien bessere infrastrukturelle Dienstleistungen zur Verfügung stellen könne, bei gleichzeitiger Steuerentlastung

für die einzelnen Bürger. Die Unabhängigkeit Kataloniens sei für das Wohlergehen der ‚eigenen Ökonomie‘ von großer Bedeutung. Die Folge sei, dass jeder Lohnarbeiter mehr Lohn erhalten werde, auch den Kommunen würden mehr finanzielle Ressourcen für die Schaffung eines würdigen Lebensraums zur Verfügung stehen. Die nationale Souveränität Kataloniens wird verbunden mit der „Vorstellung, in einem hoffnungsvollen, reichen, vollständigen und ‚unserem‘ Katalonien leben zu können.“ (Lladó i Badia 2008b: 298)

Die Popularität des ökonomischen Diskurses des Wohlstandsnationalismus bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den linken Flügel der katalanischen Nationalbewegung. Die politischen Parteien und Organisationen dieses politisch-ideologischen Spektrums – Gewerkschaften können im katalanischen Fall aus schon erwähnten Gründen unberücksichtigt bleiben – übernehmen teilweise die ökonomischen Plausibilisierungsstrategien des moderat-katalanistischen Diskurses. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Regierungspraxis und -programmatische des links-katalanistischen *tripartit*, das 2003 aus den langjährigen Oppositionsparteien des *PSC*, der *ICV* und der *ERC* gebildet wurde. Die Regierungspraxis des *tripartit* hat in mehreren Politikfeldern die während der *CiU*-Hegemonie geprägten Politikstile fortgesetzt, weshalb sich in gewisser Hinsicht von einer ‚Pfadabhängigkeit‘ in der katalanischen Politik sprechen lässt.

Für die Kontinuität des wettbewerbsorientierten Entwicklungsmodells des moderaten Katalanismus spricht z.B. das neo-korporatistische Arrangement des „Acord estratègic per a la internacionalització, la qualitat de l'ocupació i la competitivitat de l'economia catalana“ (2005), ein Abkommen zugunsten der Internationalisierung, Qualität der Beschäftigung und der Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Ökonomie, das die linkskatalanistische Regierung unter Einbeziehung der Gewerkschaften (*CC.OO.* und *UGT*) und Unternehmervertreter (*Foment*) in die Wege geleitet hat und das am 16.02.2005 von *president* Pasqual Maragall, Ministern seines Kabinetts und den Spitzen der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften unterzeichnet wurde. Das Abkommen ist das Ergebnis eines Konsensbildungsprozesses zwischen der *Generalitat*, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, dessen zentrale inhaltliche Achse die „Notwendigkeit, die – in einem breiten Sinne verstandene – Wettbewerbsfähigkeit durch die Verbesserung der ökonomischen Produktivität zu erhöhen“ (*Generalitat* 2005: 3).

Die katalanischen Untergliederungen der spanischen sozialdemokratischen und postkommunistischen Linksparteien, der *PSC* und die *ICV*, haben nicht zuletzt auch aus strategischen Motiven Elemente der katalanistischen Ideologie in ihr Programm aufgenommen. Beide Formationen hatten schon seit der *transició* die damals hegemonialen Forderungen der katalanischen antifrankistischen Bewegung nach katalanischer Selbstverwaltung und einem Autonomiestatut offensiv vertreten. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm des *PSC* hat sich nicht zuletzt in den 1990er Jahren und in der Krise des europäischen Sozialismus und Kommunismus

nach dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus aufgeweicht, was auf dem VII. Kongress der Partei (1994) deutlich wurde. Die Bezugnahme auf den Marxismus verschwand, das politische Hauptziel war nunmehr die ‚umfassende Demokratie‘ sowie die Konzeptualisierung eines zeitgemäßen linken Projekts jenseits des Neoliberalismus und alter linker Modelle. Die „soziale Gerechtigkeit“, „soziale Kohäsion“ und die Erhaltung des Wohlfahrtsstaates sind die ideologischen Grundpfeiler des *PSC* seit seinem IX. Kongress (2000) (vgl. Guibernau 2004: 106). Unter der Führung von Maragall hat eine weitere ‚Modernisierung‘ des katalanischen Sozialismus stattgefunden, die ihre Priorität in der Modernisierung des Wohlfahrtsstaats unter Berücksichtigung wettbewerbsstaatlicher Gesichtspunkte prägt.

Der *PSC* ist bei den katalanischen Parlamentswahlen 2003 zum ersten Mal als stärkste Partei hervorgegangen und konnte mit Pasqual Maragall 2003 den Ministerpräsidenten stellen. Dabei hat der *PSC* die politische Hegemonie der *CiU* in Katalonien offiziell gebrochen, aber als Regierungspartei hat er der cluster- und wachstumsorientierten Ausrichtung des konservativen, moderaten Katalanismus in der Wirtschafts- und Industriepolitik kein grundlegendes Gegenmodell entgegengesetzt. Im Selbstverständnis als ‚katalanistische Linke‘ versucht der *PSC* einen linken Flügel des Katalanismus zu repräsentieren, der sowohl die nationalen als auch die sozialen Belange und Bedürfnisse der katalanischen Bevölkerung berücksichtigt (vgl. ebd.: 111). Ein bedeutender Programmpunkt des *PSC* ist die Forderung nach der Verteidigung und dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats. Der *PSC* hat das pujolistische Leitmotiv der ‚sozialen Kohäsion‘ schon frühzeitig übernommen. Es stellt gemeinsam mit dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit seit dem Parteikongress im Jahre 1994 eine zentrale politische Forderung des *PSC* dar (vgl. ebd.: 113). Die „soziale Kohäsion“ sei der zu schützende Grundwert der katalanischen Gesellschaft, nicht zuletzt da er eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und das nachhaltige Wirtschaftswachstum des katalanischen Territoriums sei (vgl. Maragall 2001, zit.n. ebd.). Die Maragall’sche Zukunftsvision für Katalonien im Kontext der ökonomischen Globalisierung besteht darin, eine nach innen möglichst harmonisch gestaltete katalanische Gesellschaft als ein kollektives Projekt zu konstituieren, das den Fortbestand der katalanischen Identität garantiert und die politischen Entscheidungskompetenzen stärkt. Darauf aufbauend soll Katalonien im neuen Europa einen angemessenen Platz einnehmen und sich auf globaler Ebene als wettbewerbsfähige Nation repräsentieren. Dies ermögliche wiederum, so Maragall, den ökonomischen, sozialen und geistigen Fortschritt der gesamten katalanischen Bevölkerung (vgl. Maragall 2003a: 19). Maragall propagiert einen umfassenden Begriff des ‚nationalen Fortschritts‘, in dem Katalonien nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich fortschreiten sollte. Das Land solle neben hohen ökonomischen Wachstumsraten auch in Sachen Erziehung, Gesundheit, soziale und kulturelle Dienstleistungen verbessert werden (vgl. Maragall, zit.n. Kleiner-Liebau 2009: 195). Maragall befürwortet zudem die Internationalisierung der katalanischen Öko-

nomie und hat dahin gehende Vernetzungsanstrengungen, so z.B. zwischen der chinesischen und katalanischen Ökonomie unternommen (vgl. Maragall 2004: 209).

In wirtschaftspolitischer Hinsicht wird, wie im *Acord Estratègic*, das Ziel verfolgt, in gemeinsamer Arbeit mit den Sozialpartnern, die katalanische Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Es müsse ein geeigneter Rahmen der Arbeitsbeziehungen geschaffen werden, der zugleich die Flexibilität wie auch die Beschäftigungssicherheit erhöht und der die soziale Kohäsion auf der Basis von Produktivitätszuwächsen herstellt (vgl. Generalitat 2005: 3). Diesen Vorstellungen von einem produktivistischen, wirtschaftlichen Entwicklungsmodell, das der Verbesserung der Performance im globalen Standortwettbewerb höchste Priorität beimisst und die Förderung der Innovationsfähigkeit und von ‚Forschung und Entwicklung‘ als geeignete Instrumente vorschlägt, entspricht auch das Folgeabkommen des *Acord Estratègic*, das für den Zeitraum von 2008-2011 veranschlagt wurde (vgl. Generalitat 2008b).

Die Verzögerungen in der Aushandlung eines neuen katalanischen Autonomiestatuts mit der spanischen Regierung hat in den letzten Jahren für Frustration in der politischen Klasse Kataloniens gesorgt, wie sich auch an einer Verschiebung des Diskurses des *PSC* beobachten lässt. So kritisiert z.B. der ‚Wirtschaftsminister‘ Kataloniens, Antoni Castells vom *PSC*, offensiv die ökonomischen und fiskalpolitischen Beziehungen Kataloniens zu Spanien und kommt zu dem Schluss: „Der spanische Staat ist ein Problem für uns alle.“ (Castells, zit.n. López Bofill 2004: 99) Zudem sind auch Tendenzen innerhalb des *PSC* zu konstatieren, die das politische Fernziel der weitgehenden Unabhängigkeit Kataloniens anstreben. Xavier Rubert de Ventós, der diesen Flügel repräsentiert, verbindet z.B. die Vorstellung der nationalen Unabhängigkeit mit dem Ziel der Erhaltung des Sozialstaats (vgl. ebd.: 100). Dieser minoritäre Flügel geht davon aus, dass der Fortschritt des Sozialstaats und die Verbesserung der Lebensbedingungen mit der Existenz eines eigenen Staates einhergehen können und sollen, weshalb die katalanische Eigenständigkeit gefordert wird.

Während sich der *PSC* nie offen zum Recht auf nationale Selbstbestimmung bekannt hat, hat sich sein Konkurrent auf Seiten der katalanischen Linken, die *ICV*, bei mehreren Anlässen offen zu diesem Prinzip bekannt, das ohnehin stets fester Bestandteil ihres Parteiprogramms war. Die *ICV* verfolgt das politische Projekt eines ‚Katalanismus von unten‘, für das die Orientierung an der katalanischen Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist. Als nationale, linke Alternative steht die *ICV* für die Behauptung der katalanischen Nation und deren sozialen Belange, wobei die Zugehörigkeit zum übergreifenden spanischen Staat nicht in Frage gestellt wird. Die *ICV* propagiert eine neue Idee von Katalonien, die in Harmonie mit den Interessen der Arbeiterklasse steht. Die katalanische Nation wird als Referenzpunkt gesellschaftlicher, wirtschaftlicher, historischer und kultureller Besonderheiten verstanden, der als solcher auch anzuerkennen sei (vgl. Guibernau 2004: 98). Die *ICV* fordert im Rahmen eines ‚asymmetrischen Föderalismus‘ mehr Kompetenzen und Res-

sourcen für das System der katalanischen Selbstregierung, um auch auf regionaler Ebene umfassende sozialpolitische Aktivitäten zu initiieren und die soziale Kohäsion der katalanischen Bevölkerung zu ermöglichen (vgl. ICV 2008b: 2). Die kritische Perspektive auf die Auswirkungen der Globalisierung zielt auf deren neoliberalen Charakter der Gestaltung des Weltmarktes, der auf der ökonomischen Macht der großen transnationalen Konzerne fußt und der die Unterdrückung eines Großteils der Weltbevölkerung bedeutet (vgl. ICV o.J.). Eine kritische und solidarische Perspektive habe mit den sozialen Bewegungen gegen diesen ‚sozialen Gehalt‘ der Globalisierung vorzugehen, nationalpolitische Aspekte spielen in dieser Perspektive keine Rolle.

Die *ERC* ist derjenige Koalitionspartner des *tripartit*, der hinsichtlich der nationalen Emanzipation Kataloniens ein besonders forderndes Programm vertritt. Das wirtschafts- und sozialpolitische Profil des *ERC* ist das einer nicht-marxistischen Linkspartei, in der die Bezugnahme auf eine modernisierte sozialdemokratische Ideologie eine große Rolle spielt (vgl. Casassas/Santacana 2004). Auch die *ERC* hat ihre politischen und ideologischen Prinzipien im Lichte des standortpolitischen Diskurses angepasst und den nationalistischen Diskurs mit politökonomischen Argumenten angereichert. In der Regierungspraxis hat die *ERC* weitgehend die Vorstellungen und Politikformen eines *welfare nationalism* umgesetzt und dabei der Förderung der katalanischen Wettbewerbsfähigkeit höchste politische Priorität beigemessen. Dies sei nötig, um einen erhöhten Profit für die Nation zu erringen und somit eine Politik im Zeichen der ‚sozialen Kohäsion‘ zu ermöglichen. Der damalige *ERC-conseller*, d.h. Minister, für Innovation, Universitäten und Unternehmen, Josep Hugué, deklariert das Ziel einer dynamischen katalanischen Wirtschaftsstruktur, in der das aus kleinen und mittleren Unternehmen zusammengesetzte katalanische Unternehmensnetzwerk auf lokaler Ebene durch Kooperation und lokales Wissen gestärkt wird. Erst auf dieser Grundlage sei es möglich, die Effizienz, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit sowie die Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Ökonomie zu verbessern (vgl. Hugué 2007). Es müsse die Kultur der individualistisch handelnden katalanischen Unternehmen zu Gunsten einer Atmosphäre der „Kooperation im Inneren“ durchbrochen werden, um so auf dem Weltmarkt bestehen und von den Vorteilen der Globalisierung profitieren zu können (vgl. ebd.). Wie im konservativen Katalanismus wird auch von der *ERC* die internationale Vernetzung der katalanischen Ökonomie befürwortet und gefördert. Joan Ridao (2008) betont die Vorteile der internationalen Vernetzung der katalanischen Ökonomie und plädiert für die verstärkte Investitionstätigkeit der katalanischen Unternehmen im Ausland. Diese sollten ihre Orientierung auf den spanischen Markt revidieren und sich nach anderen europäischen Ländern und Märkten hin orientieren, um von der *EU* und der ökonomischen Globalisierung zu profitieren (vgl. Ridao 2008). Katalanische Unternehmen, die Dependancen im Ausland gründen wollen, sollten darin durch öffentliche Gelder unterstützt werden.

Im politökonomischen Diskurs der *ERC* vermischen sich die Aspekte der Nutzenmaximierung der Globalisierung und der internationalen ökonomischen Vernetzung mit nationalistischen Motiven, die aus der artikulierten Skepsis gegenüber dem restlichen Spanien ablesbar sind. Die Nachteile der Zugehörigkeit zum spanischen Staat werden dabei gleichermaßen aus ökonomischer und staatsorganisatorischer Perspektive betont. Ökonomische Nachteile sieht die *ERC* dadurch, dass der spanische Staat kaum in Katalonien investiere, dort aber zugleich überproportional viel Steuern erhebe, sei eine ungerechte Steuer- und Finanzpolitik des spanischen Staates auf Kosten Kataloniens zu konstatieren. Staatsorganisatorisch seien vor allem die fehlenden gesetzgeberischen Kompetenzen zu bemängeln, wie auch die ausbleibenden Investitionen des spanischen Staates in Katalonien, die sich, so die grundlegende Kritik der *ERC*, nachteilig für den ökonomischen Wohlstand der katalanischen Gesellschaft und auch für das katalanische Wirtschaftswachstum bemerkbar machten. Die *ERC* spricht angesichts dessen vom „frau fiscal“, d.h. vom spanischen Steuerbetrug an Katalonien (vgl. *ERC* 2008). Die mangelnde finanzielle Ausstattung und unzureichenden Zuständigkeiten der *Generalitat* sorgten dafür, dass Katalonien nicht effektiv auf die gravierenden sozioökonomischen Auswirkungen der Globalisierung reagieren könne. Es finden sich im Diskurs der *ERC* auch populistische Kritiken an der Schieflage in der Finanzierung der katalanischen Regionalregierung, so z.B., wenn Carod-Rovira behauptet, dass Katalonien nicht nur Europa, sondern auch Spanien mitfinanzieren müsse oder wenn er kritisiert, dass der spanische Wohlfahrtsstaat durch katalanische Steuern finanziert wird (vgl. Guibernau 2004: 92).

Neben der ‚steuerlichen Ausbeutung Kataloniens‘ wird angesichts der ökonomischen Globalisierung in Katalonien ein Prozess der „relativen Verarmung“ der Volksschichten kritisiert (vgl. *ERC* 2006b). Die Verschuldung von Privathaushalten, die Prekarisierung von Arbeit und die Verlangsamung des ökonomischen Wachstums seien die zentralen politischen Probleme, die jedoch nur dann behoben werden könnten, wenn das fiskalische „Ausplündern“ durch den spanischen Staat gestoppt werde und wenn Katalonien über volle Selbstbestimmungsrechte verfüge (vgl. ebd.). Die wirtschafts- und sozialpolitische Lösung der *ERC* auf die globalisierungsbedingten Herausforderungen manifestiert sich in ihrem politischen Fernziel des unabhängigen katalanischen Wohlfahrtsstaats (vgl. ebd.). Um den Wohlstand Kataloniens reproduzieren und stabilisieren zu können, gelte es, die Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Kataloniens voranzutreiben. Die Zielvorstellung der *ERC* besteht in einem Katalonien, das nicht nur das

„Land der katalanischen Sprache und Kultur, sondern auch das Land des Wohlstands und der physischen und demokratischen Lebensqualität, das Land der Möglichkeiten ist, in dem, wer arbeitet, auch Fortschritte machen kann, und wer bereit ist, Risiken einzugehen, zu Wohlstand kommt.“ (Carod-Rovira 2003, zit.n. Kleiner-Liebau 2009: 196)

Die potentiellen Wachstumseffekte der anzustrebenden politischen Unabhängigkeit werden im politischen Diskurs der *ERC* hervorgehoben, so z.B. im Buch *Catalunya i Espanya, l'encaix impossible* („Katalonien und Spanien, die unmögliche Verbindung“) des *ERC*-Generalsekretärs Joan Ridao. Dort wird betont, dass die nationale Unabhängigkeit Kataloniens einen Anstieg des Wirtschaftswachstums und auch des Wohlstands in Katalonien mit sich bringen würde (vgl. *El País* vom 24.01.2011). Da dieser Zusammenhang immer deutlicher werde, sei nach Ridao auch das Ziel der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens zunehmend in greifbarer Nähe. Ridao fordert einen „praktischen Independentismus“ ein, der im Kontext der Wirtschaftskrise die Wohlfahrtseffekte der nationalen Unabhängigkeit hervorhebt (vgl. ebd.). Die positiven Effekte der Kooperation der Bevölkerung, Unternehmen und Gewerkschaften nach Innen würden dazu führen, dass das Streben nach Unabhängigkeit zunehmend an sozialen Rückhalt gewinne. Da der Weg der Autonomie ausgetreten sei, sollte sich die politische Arbeit auf die Schaffung eigener staatlicher Strukturen konzentrieren, um Stück für Stück die politische und ökonomische Souveränität wiederzuerlangen. Die katalanische Wettbewerbsfähigkeit solle durch die Konzentration der katalanischen Wirtschaft auf die Produktion (hoch-)qualitativer Waren gewährleistet werden (vgl. ebd.).

Die ehemaligen Parteimitglieder Hector López Bofill und Uriel Bertran Arrué¹⁰ haben in *Montenegro sí, Catalunya també* („Nach Montenegro, jetzt auch Katalonien“; 2006) eine konkrete Vision der anzustrebenden Unabhängigkeit Kataloniens entworfen und sind in ihrer Argumentation auf die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Transformationen, die ‚Globalisierung‘, eingegangen. Sie greifen die These vom Niedergang der Nationalstaaten, wie sie der japanische Managementexperte Kenichi Ohmae geprägt hat, auf und machen seine Behauptung stark, dass die Zeit der zunehmend großen und ineffizienten Nationalstaaten vorbei sei. Diese würden in Zukunft von kleineren regulativen Komplexen abgelöst. Die Regulationsinstanzen der kleinen Staaten seien effektiver und könnten den Herausforderungen im Kontext des globalen Standortwettbewerbs besser gerecht werden. Die kleinen Nationalstaaten würden auf der Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts beste Bedingungen für kreative Innovationstätigkeiten und für wirtschaftliches Wachstum bereitstellen. Die Beispiele Finnland, Irland und Norwegen illustrierten sehr gut, dass kleine Nationen durch effektive Kooperationsstrukturen sehr gute Aussichten haben, durch kreative Innovationen und gute ökonomische Wachstums-

10 López Bofill und Bertran Arrué waren die führenden Köpfe der parteiinternen Strömung *Esquerra Independentista*, die sich 2007 herausgebildet hat, um die Ausrichtung der Partei auf das konsequente Ziel der Erlangung der Unabhängigkeit Kataloniens zu bewirken. Beide sind 2010 aus der *ERC* ausgetreten, um die independentistische Partei *Solidaritat Catalana per la Independencia* (SI) zu gründen.

raten im globalen Wettbewerb bestehen zu können (vgl. López Bofill/Bertran Arrué 2006: 124 f.). Gerade im Kontext der globalen Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte sei es zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der ‚Nationen ohne Staat‘ unverzichtbar, über vollständige staatliche Kompetenzen zu verfügen: „Heutzutage über keinen Staat zu verfügen, ist gleichbedeutend damit, nicht über die notwendigen Instrumentarien verfügen zu können, um als Gesellschaft voranzuschreiten.“ (ebd.: 126) Auch in der Gestaltung der industriellen Beziehungen und der Wirtschaftspolitik sei es ratsam, den Handlungsbereich von der Makro- auf die Mikro-Ebene zu verlagern, nicht zuletzt wenn es darum geht, die hochflexibilisierten multinationalen Unternehmen durch ‚gute Politik‘ und permanente Kooperation im Land zu halten. Am positiven Beispiel Irlands könne beobachtet werden, wie kleine Staaten durch eine effektive Industriepolitik für Wirtschaftswachstum und somit für den Abbau von Arbeitslosigkeit sorgen können (vgl. ebd.: 130).

Die mit der Globalisierung einhergehende Mobilität und Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen könnten in Prekarisierungstendenzen münden, eine Entwicklung, gegen die die Autoren ebenfalls die Regulation der industriellen Beziehungen vor Ort und in sozialräumlicher Nähe vorschlagen. Die Fälle von Holland, Dänemark und Finnland zeigten, dass die sozialräumliche Nähe in der Regulation und kollektiven Aushandlung der Arbeitsbeziehungen effektiver bei der Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse sei als in großen Staaten wie in Spanien oder in Frankreich (vgl. ebd.). Kleine regulative Räume mit umfangreichen politischen Kompetenzen seien somit heutzutage nicht nur wegen der Regulation der Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar, sondern auch wegen der effektiveren Gewährleistung sozialer Infrastrukturen und Absicherungssysteme. Nicht zuletzt seien der Schutz der spezifischen nationalen Kultur und die Integration von Einwanderern in kleinen und mittleren Staaten mit einer kohäsionierten Gesellschaft besser zu bewerkstelligen.

Auch die *EU* und die zunehmende Liberalisierung des internationalen Handels machten die nationale Unabhängigkeit Kataloniens unverzichtbar, wie die Ökonomin und das *ERC*-Mitglied Elisenda Paluzie in einer kritischen Analyse der finanziellen Ausstattung der katalanischen *AG* betont. Schließlich sei es im gegenwärtigen politisch-ökonomischen Kontext notwendig, über eigenständige staatliche Institutionen zu verfügen, die die Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Unternehmen gewährleisten, indem die Infrastrukturen und Bedingungen für die exportorientierten Unternehmen verbessert, sowie die Mobilität der Bürger und soziale Infrastrukturen gefördert werden. Kurz: „ein Staat, der ökonomisches Wachstum und soziale Kohäsion zu gewährleisten vermag“ (Paluzie 2008: 275).

Das Plädoyer für die Notwendigkeit eigener, vollwertiger staatlicher Strukturen für kleinere ‚Nationen ohne Staat‘, wie z.B. Katalonien, wird durch unterschiedliche Begründungsstrategien gestützt, die von der neoliberalen Rhetorik des ‚flexiblen Regierens‘ bis zu Argumenten für die Modernisierung von sozialen Absicherungssystemen reichen. In den offiziellen Publikationen der *ERC* werden zur Begründung

der Notwendigkeit der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens unterschiedliche Diagnosen der Globalisierung und Europäisierung in Anschlag gebracht. Die *ERC* verbindet dabei eine Rhetorik der ökonomischen Notwendigkeit, die auch neoliberal ausgerichtete Wettbewerbskonzeptionen umfasst, mit den politischen Forderungen nach der politischen Souveränität für Katalonien. In ihrem Diskurs spielt der Bezug auf den ‚Wohlstand Kataloniens‘, der durch Erlangung eigener Wohlfahrtsstaatlichkeit und durch die Behauptung des *nationalen* Wohlergehens vor möglichen supraregionalen, d.h. spanienweiten Solidaritätsbanden abgesichert werden soll, eine besondere Rolle.

Das linksindependentistische Milieu hat die Auswirkungen der Globalisierung einer kritischen Analyse unterworfen und scharf kritisiert, wie in den Schriften der Bewegungsorganisation *Endavant* deutlich wird. Wie schon bei der Darstellung ihrer Europakritik deutlich wurde, zielt die zeitdiagnostische Kritik von *Endavant* auf die Entwicklung des globalisierten Kapitalismus ab, der als grundlegendes Übel der Gegenwart dargestellt wird. Die ‚kapitalistische Globalisierung‘ ist durch ihre ökonomischen und antisozialen Auswirkungen charakterisiert, die in den entwickelten Ländern zur Zerstörung der produktiven Industriezweige, zum Abbau von Arbeitsplätzen, zur Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und zur Verarmung ganzer Gesellschaftsschichten führt (Escobar 2001: 12). Der „Verlust der demokratischen Einflussnahme der Gesellschaften“, die Beschleunigung der Privatisierungen und die Intensivierung der Ausbeutung seien weitere direkte Auswirkungen (vgl. ebd.: 13). Diese abstrakte Kritik der Globalisierung wird verbunden mit der Ablehnung des spanischen Liberalismus.

Nach *Endavant* brachte der Übergang zur Demokratie in Spanien nicht den allseits gelobten Fortschritt für die gesamtspanische Bevölkerung. Das Paktieren der Linksparteien *PSOE* und *PCE*, mitsamt ihrer Gewerkschaften, habe die Restauration der Monarchie und die Ablehnung der demokratischen und nationalen Rechte mit sich gebracht. Die sozioökonomischen Interventionen des spanischen Staates hätten nicht zuletzt auch darin bestanden, Maßnahmen eines „wilden Liberalismus“ auf Kosten der Arbeiterklasse und der unterdrückten Nationen durchzusetzen. Diese müssten seit dem Tod des Diktators eine „relative und absolute Verarmung“ hinnehmen (vgl. *Endavant* 2008b: 11). Die „katalanische Arbeiterbevölkerung“ („poble treballador català“) leide unter der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und unter der generellen Zerstörung ihrer Lebensbedingungen. Die unteren sozialen Schichten hätten die Konsequenzen der jüngsten Wirtschaftskrise am deutlichsten zu spüren bekommen, der permanente Reallohnverlust und die Verarmung der Volksschichten seien die direkten Auswirkungen in den katalanischen Ländern. Zudem diagnostiziert und kritisiert *Endavant* die umfassenden sozialen Auswirkungen des kapitalistischen Akkumulations- und Krisenprozesses der letzten Jahrzehnte (Verlagerung von Arbeitsplätzen, steigende Lebenshaltungskosten, Arbeitslosigkeit, Lebensmittelkrise etc.) (vgl. ebd.: 12 f.).

Endavant betont, dass der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ins Zentrum der künftigen Kämpfe und Aktivitäten zu rücken sei. Die Klassenwidersprüche würden sich im Kontext der internationalen Reorganisation der Arbeitsbeziehungen und Verlagerung von Arbeitsplätzen neu manifestieren, was für die auf gesellschaftliche Transformation abzielenden sozialen Bewegungen neue Herausforderungen darstellen würde (vgl. Endavant 2008c: 23). Das politische Nahziel bestehe in der Belebung einer kämpferischen Klassengewerkschaft, die sowohl die autochthone als auch die zugezogene Arbeitsbevölkerung umfasst (vgl. Endavant 2008b: 13).

Es wird die Notwendigkeit einer politischen Alternative zum Kapitalismus behauptet, die von der Forderung nach der ‚politischen Souveränität‘ Kataloniens ausgeht. Diese soll es den Katalanen ermöglichen, auf der Grundlage der Artikulation ihrer Interessen als Volk die wichtigen politischen Entscheidungen selbst zu fällen (vgl. Endavant 2009: 11). Fußend auf einer Klassenpolitik, die die Organisation der katalanischen Arbeiterschaft zur Grundlage hat, wird eine umfangreiche „Politik der Nationalisierung“ vorgeschlagen, die neben der Garantie der sozialen Rechte den Ausbau des öffentlichen Wirtschaftssektors und die Nationalisierung der Banken und zentralen Energie-, Wasser- und Rohstoffsektoren umfassen soll (vgl. ebd.). Auf der Basis der öffentlichen und demokratischen Kontrolle der Ökonomie solle ein neues sozioökonomisches Modell konstituiert werden, das den gesellschaftlichen Bedürfnissen der katalanischen Arbeiterschaft und Gesellschaft höchste Priorität beimisst. Das katalanische industrielle Geflecht solle verteidigt und katalanische Unternehmen, die ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, bestraft werden. Neben dem Fokus auf die sozialen Rechte steht die vehement vertretene Forderung nach der Unabhängigkeit Kataloniens. Die katalanischen Länder müssten, um ihre eigenen Geschicke lenken zu können, mit den spanischen und französischen Staaten brechen und die Phase der katalanischen Autonomiebestrebungen, wofür die *CiU* und die *ERC* stehen, überwinden (vgl. Endavant 2007: 14).

4.3.3.3.3 Gewerkschaftliche Perspektiven und der Bezug zur globalisierungskritischen Bewegung

Gewerkschaften können je nach Organisationsfähigkeit und gesellschaftlicher Bedeutung einen mitunter maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Nationalbewegungen und auf die dort vertretenen wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen ausüben. Im Baskenland und in Katalonien ist ein grundlegender Unterschied im Verhältnis zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und der Nationalbewegung festzustellen. Während sich im Baskenland seit dem Ende des Frankismus eine nationalistische Mehrheit in der Gewerkschaftsbewegung hat etablieren können, spielen in Katalonien nationalistische Gewerkschaften kaum eine Rolle. Spanienweit hat sich seit der *transición* ein ‚gewerkschaftliches Duopol‘, bestehend aus den flächendeckend stark präsenten *CC.OO.* und der *UGT*, herausgebildet, dessen

Übermacht lediglich im Baskenland und in schwächerem Ausmaß auch in Galicien durch regionale, nationalistische Gewerkschaftsstrukturen gebrochen wird (vgl. Jordana/Nagel 1998: 99). In Katalonien haben sich die kleineren nationalistischen Gewerkschaften nicht gegenüber dieser Vorherrschaft etablieren können.

Die Gründung nationalistischer Gewerkschaften im Baskenland geht zurück auf das Jahr 1911. Der *PNV* hatte damals als Reaktion auf die anwachsende Bedeutung der spanischen Klassengewerkschaften *UGT* und *CNT* in der baskischen Arbeiterklasse eine Gewerkschaft mit baskisch-nationalistischer Ideologie, die *SOV* (später dann *STV* und dann *ELA*), gegründet. In der nachfrankistischen Zeit ist mit der *LAB* im Umfeld des arbeiterorientierten Flügels des radikalen Linksnationalismus und der *Koordinadora Abertzale Sozialista* (*KAS*) eine weitere nationalistische Gewerkschaft entstanden. Die *LAB* hat sich 1978 auf ihrem ersten Kongress definiert als „gesellschaftspolitische Organisation, die den Klassenkampf mit der nationalen Befreiung des Baskenlands vereint“ (vgl. Kaiero Uria 2004: 10). Die gemäßigte *ELA* und die klassenkämpferische *LAB* stellen in den letzten Jahren gemeinsam mit weiteren kleineren nationalistischen Branchengewerkschaften gegenüber dem Block der ‚spanischen Gewerkschaften‘ der *CC.OO.* und der *UGT* die gewerkschaftliche Mehrheit des Baskenlands. Seit 1993 haben sich die *ELA* und die *LAB* einander angenähert – beide trennten zuvor unvereinbare Positionierungen gegenüber der *ETA* – und erstmals gemeinsam politische Kampagnen und Bündnisse durchgeführt. Seit 1995 lässt sich eine Blockbildung in der baskischen Gewerkschaftslandschaft feststellen, in der der nationalistische Block der *ELA* und der *LAB* dem Block der ‚spanischen Gewerkschaften‘ *CC.OO.* und *UGT* gegenübersteht. Anlässlich des *Aberri Eguna* („Baskischer Tag der Heimat“) veröffentlichen die beiden nationalistischen Gewerkschaften im Jahr 1995 eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihren nationalpolitischen Auftrag betonen und den Willen bekunden, gemeinsam für die Rechte von *Euskal Herria* einzutreten. Sie wollten sich künftig verstärkt dafür einsetzen, die baskischen Arbeiter für die nationale Konstruktion und das Ziel des souveränen *Euskal Herria* zu mobilisieren (vgl. Letamendia 2004: 166 f.). Ein Jahr zuvor hatten beide Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Demonstration für einen ‚baskischen Raum der Arbeitsbeziehungen‘ aufgerufen, um gegen die Zentralisierungstendenzen des spanischen Staats zu protestieren. Sie forderten die gewerkschaftspolitische Autonomie des Baskenlands ein, da es das Recht der baskischen Arbeiter sei, über ausreichend gewerkschaftspolitische Instrumente zu verfügen, um ihre Interessen artikulieren und repräsentieren zu können (vgl. *LAB-ELA* 1994: 3). Obwohl beide Gewerkschaften unterschiedliche Positionen in einzelnen Punkten vertreten, sehen sie ein gemeinsames Engagement für ein spezifisch baskisches System der Arbeitsbeziehungen als dringend geboten an (vgl. ebd.). In *Euskadi* ist die Gewerkschaftsbewegung somit entlang der nationalen Frage fragmentiert. Es ist eine gewerkschaftliche Blockbildung, der so genannte „frentismo sindical“ (Egireun 1996), in zwei ‚nationale Lager‘ zu beobachten: ein bas-

kisch-nationales Lager und ein spanisch-nationales Lager. Für die baskisch-nationalistischen Gewerkschaften ist lediglich der baskische Raum der Arbeitsbeziehungen von Bedeutung, das herrschende politisch-rechtliche Gefüge wird somit durch die Behauptung der baskischen Souveränität und des ‚baskischen Raums der Arbeitsbeziehungen‘ in Frage gestellt. Die *CC.OO.* und die *UGT* hingegen verorten ihre Arbeit auf dem gesamtspanischen Territorium und lehnen differenzierte „periphere Bezugsrahmen“ für die Regelung der Arbeitsbeziehungen ab (vgl. Letamendia 2004: 170).

Während die gewerkschaftliche Mehrheit im Baskenland baskisch-nationalistisch orientiert ist, haben die baskischen Flügel der *CC.OO.* und der *UGT* zum politischen Milieu und den Forderungen der Nationalbewegungen kaum Beziehungen. Die wechselseitige Beeinflussung und Durchdringung von baskischem Nationalismus und der Gewerkschaftsbewegung hat nicht erst seit der engen Zusammenarbeit von der *ELA* und der *LAB* dafür gesorgt, dass der Nationalismus

„in der baskischen Arbeiterbewegung immer noch eine Rolle [spielt] und [...] diejenige Gewerkschaft zur stärksten [macht], die nationalistische Elemente am besten in ein Programm gewerkschaftlicher Interessenvertretung integrieren kann. Umgekehrt ist der Einfluss der Arbeiterbewegung dafür verantwortlich, dass sowohl im moderaten wie im radikalen Nationalismus die soziale Frage eine zentrale Rolle spielt.“ (vgl. Köhler 1993b: 39)

In Katalonien hat sich weder in der frühen Entwicklung der Nationalbewegung noch seit der *transició* eine nationalistisch orientierte Arbeiterbewegung etabliert (vgl. u.a. Nagel 1991). Mehrere Versuche, in Katalonien eine nationalistische Gewerkschaftsstruktur zu begründen, scheiterten seitdem. Ebenso missglückten Sammlungsbewegungen, die die kleinen nationalistischen Organisationen in einer übergreifenden organisatorischen Struktur zusammenfassen wollten, so z.B. die 1987 gegründete „Confederació Sindical de Catalunya“, deren (auch von der regierenden *CDC* unterstützte) Bestrebung, alle katalanischen Gewerkschaften, die unabhängig von spanischen Mutterverbänden sind, zu vereinen. Sämtliche Versuche seitens der politischen Kräfte des Katalanismus (*ERC*, *CDC* und *UDC*), in ihrem jeweiligen ideologischen Milieu nationalistische Gewerkschaftsstrukturen zu etablieren, sind bislang gescheitert¹¹.

11 Diese offensichtliche Differenz zur baskischen Nationalbewegung wird in der Forschungsliteratur durch die besondere Wirtschafts- und Sozialstruktur Kataloniens, die stark durch kleinere und mittlere Unternehmen geprägt ist, und durch die „katalanistische Prägung“ der Ableger der *CC.OO.* und der *UGT* in Katalonien erklärt. Beide Faktoren stünden der Entwicklung nationalistischer Gewerkschaftsstrukturen entgegen; vgl. Jordana 1998: 1016.

Der katalanische Flügel der *CC.OO.*, die *CONC*, hatte schon während der *transición* umfassende Forderungen nach katalanischen Autonomierechten mitgetragen. Die *CONC* hat von Beginn an versucht, eine politisch-ideologische Balance zwischen der Orientierung auf die katalanistisch gesinnten Sektoren in der katalanischen Arbeiterschaft und der strategischen Zusammenarbeit mit den spanischen Gewerkschaftsverbänden der *CC.OO.* zu halten. Ihr Versuch, die katalanisch-nationalen Bestrebungen innerhalb eines spanienweit organisierten Gewerkschaftsverbunds zu integrieren, war letztlich erfolgreich und drückte sich in einem bemerkenswerten innerorganisationellen Grad an Autonomie der *CONC* innerhalb der spanischen *CC.OO.* aus (vgl. Jordana 1998: 1015). Das große Maß an Autonomie gegenüber dem Mutterverband hat es ermöglicht, dass die ‚regionalen Spezifika‘ der katalanistischen Politik und somit auch ideologische Elemente des Katalanismus die katalanischen Verbände geprägt haben. Bei den katalanischen Ablegern der *CC.OO.* und der *UGT* (bei den *CC.OO.* noch eher als bei der *UGT*) gibt es somit durchaus katalanistische Strömungen¹². Dezidiert nationalistische Gewerkschaften, wie z.B. die katalanische *Intersindical-SCS*, spielen jedoch in Katalonien kaum eine Rolle. Wegen der mangelnden Relevanz der katalanischen Gewerkschaften für die katalanistische Nationalbewegung wird der katalanische Fall im Folgenden nur kurzrassisch behandelt.

Die nationalistische Mehrheit in der baskischen Arbeiterbewegung geht auf die relative Stärke der radikalnationalistischen Gewerkschaft *LAB* und der moderateren *ELA* zurück¹³. Die *LAB* versteht sich als politische Gewerkschaft, die sich nicht nur mit im engen Sinne gewerkschaftlichen Themen auseinandersetzt. Das Projekt der nationalen Emanzipation und dahin gehende Forderungen und Kampagnen spielen für die *LAB* ebenso eine bedeutende Rolle. Als Klassengewerkschaft setzt sie sich für die Verbesserung der ökonomischen und politischen Rechte der benachteiligten Bevölkerungsgruppen ein und zeigt sich aktiv im Kampf gegen die Prekarisierung

12 Die *CONC* erkennt die nationale Realität und die spezifischen Interessen Kataloniens an, betont jedoch auch die Solidarität mit den Interessen der anderen Völker des spanischen Staates. Dem Prinzip der interregionalen Solidarität entspricht auch die Anerkennung der spanischen Verfassung und des gesetzlichen Rahmens des katalanischen Autonomiestatus, die schließlich auch dem demokratischen Willen des katalanischen Volkes entspringen sind. Im Sinn der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung soll die katalanische Selbstregierung verteidigt werden wie auch die Struktur des föderalen Staates (vgl. *CONC* 2008c: 9).

13 Die *ELA* hat sich zur stärksten Gewerkschaft des Baskenlandes (*AG Euskadi*) entwickelt, von 25,62 % bei den Gewerkschaftswahlen 1980 auf 41,35 % im Jahr 2002. Die *LAB* hat sich im gleichen Zeitraum von 5 % auf 16,28 % steigern können, während die *CC.OO.* und die *UGT* im Baskenland 2002 gemeinsam nur auf ca. 33 % gekommen sind (19,06 % erhielten die *CC.OO.* und 14,17 % die *UGT*) (vgl. Kaiero Uria 2004: 11).

und Mechanismen der sozialen Exklusion. Als nationalistische Gewerkschaft fordert sie, dass *Euskal Herria* die Möglichkeit haben soll, souveräne Entscheidungen über seine Zukunft zu treffen. Die politische und ökonomische Realität des Baskenlandes soll zudem ausgehend von den Bedürfnissen der baskischen Bevölkerung konstruiert werden. Der Kampf gegen die Ausbeutung der baskischen Arbeiterklasse wird verbunden mit dem Kampf für die „nationale Konstruktion“ von *Euskal Herria* (vgl. LAB o.J.). Die zentrale Forderung der LAB, die sie mit dem politischen Apparat des radikalen Linksnationalismus teilt, ist die nach der ökonomischen und politischen Souveränität des Baskenlands, woraus sie die konkrete Forderung nach einem baskischen Raum der sozioökonomischen Regulation und der Arbeitsbeziehungen ableitet (vgl. LAB 2011b). Das Ziel der Erlangung der ökonomischen und politischen Souveränität sei die angemessene demokratische Antwort angesichts der Globalisierung und der globalen Vernetzung der Machtzentren. Die Völker seien als die grundlegenden Subjekte der Entscheidung und Kontrolle über das ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungsmodell anzusehen, lokale Initiativen seien zugleich international zu vernetzen. Europa solle als der entscheidende Bezugspunkt einer realen Alternative zur neoliberalen Globalisierung gelten (vgl. LAB 2005: 8). Grundsätzlich bestehe die Alternative zur neoliberalen Globalisierung in der politischen und ökonomischen Souveränität von *Euskal Herria*. Diese ermögliche nämlich die Aktivität eines starken und effizienten baskischen öffentlichen Sektors, der durch eigene Steuereinnahmen und Umverteilungsinstrumente verfüge und umfangreiche sozialpolitische Initiativen, wie z.B. die Verteilung und Verbesserung der Arbeit, ein System der sozialen Sicherheit und Pensionen, umsetzen könne (vgl. LAB 2011b). Voraussetzung dafür sei, dass *Euskal Herria* als eigenständiger „Entscheidungsraum“ (ebd.) anerkannt werde. Es sei eine politische Notwendigkeit der baskischen Arbeiterklasse, für das eigene souveränistische Recht und für Kompetenzen in Sachen Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik zu kämpfen. Als politisches Nahziel wird dabei ein „baskischer Rahmen der Arbeitsbeziehungen und der sozialen Absicherung“ verfolgt (vgl. ebd.).

Die ‚neoliberale Globalisierung‘ und der ‚Imperialismus‘ werden radikal kritisiert, da sich mit deren Ausbreitung die Ausbeutung und die Armut noch vertieften. Die Politik von Weltbank und des IWF werden als wichtige Ursache für die zentralen sozioökonomischen Probleme diagnostiziert. Die teils miserablen Lebensumstände der Weltbevölkerung seien die Folge des vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem die Gewinnmaximierung der Reichsten der einzig respektierte Wert sei (vgl. LAB 2000: 19 f.). Die LAB setzt diesen Entwicklungen die Vision eines sozialen Europas entgegen, in dem die sozialen Rechte der Arbeiter und die nationalen Rechte der Völker volle Anerkennung erfahren (vgl. LAB 2002a).

Neben den verheerenden sozialen Auswirkungen der neuen Weltordnung sei auch die Missachtung der demokratischen Rechte der ‚Nationen ohne Staat‘ zu kri-

tisieren. Doch es werde nicht nur das Recht auf nationale Selbstbestimmung missachtet, es komme darüber hinaus auch zur „Assimilation der Völker und Kulturen“ durch die Kommunikationsmittel und die Ideologie, da die Uniformität der kulturellen und sprachlichen Sphäre die Ausbreitung der herrschenden Denkformen und Interessen der neoliberalen Globalisierung ermögliche (vgl. LAB 2008). Der Kampf für die Rechte der Souveränität der Staaten und der ‚Nationen ohne Staat‘ angesichts der Strategien des ‚Imperialismus‘ und der ‚neoliberalen Globalisierung‘ werde als Faktor der „sozialen Kohäsion“ wirken, der demokratische Forderungen mit denen nach einem tief greifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel verbindet. Der Kampf der Völker, angeführt von der Avantgarde ihrer Arbeiterklassen, gegen die kulturelle und ökonomische Globalisierung und für die nationale Selbstbestimmung sei ein grundlegender politischer Faktor und die grundlegende Handlungsachse des Kampfes für eine andere Welt (vgl. ebd.).

Der moderatere Flügel der nationalistischen baskischen Gewerkschaftsbewegung, die *ELA*, hat sich im Laufe der 1990er Jahre von ihrer vormals engen Anbindung an den *PNV* gelöst. Sie hatte auf ihrem vierten Kongress (1979) zunächst das Autonomiestatut von Gernika als geeigneten Ausgangspunkt für die Selbstregierung des Baskenlandes begrüßt. Diese Einschätzung hat sie im Laufe der 1990er Jahre revidiert. 1997 erklärt die *ELA* das Statut von Gernika als überholt und setzt sich wie die *LAB*¹⁴ für einen umfassenden Prozess der nationalen Emanzipation des Baskenlandes ein. Das aktuelle Autonomiestatut sei eine Sackgasse, da es wegen der zentralistischen Kräfte Spaniens nicht weiterentwickelt werden konnte. Es gelte nun, gemeinsam neue Wege der nationalen Emanzipation des Baskenlands zu gehen (vgl. Elorrieta 1997).

Die Distanzierung der *ELA* zum *PNV* ereignete sich vor allem vor dem Hintergrund einer tief wirkenden Uneinigkeit in der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung. Die *ELA* hat sich im Lauf der 1990er Jahre als ein konsequenter Kritiker des Neoliberalismus profiliert und sich ein Selbstverständnis als Klassengewerkschaft gegeben, wie der damalige *LAB*-Generalsekretär Rafa Díez anerkennend konstatierte (vgl. Abalde/Fagoaga 1999: 13). Die *ELA* hat im Verlauf der 1990er Jahre den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Stellenabbau mit einer Kritik an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums verbunden. Die Belebung ihrer sozialpolitischen Aktivitäten geschieht auf der Grundlage der konsequenten Ablehnung neoliberaler Politik und engagiert sich im Kampf für eine „Charta der sozialen Rechte“ (vgl. Letamendia 2004: 200 f.). Auf dem X. Kongress (2000) schärft die *ELA* weiterhin ihr sozialpolitisches Profil. Sie kritisiert die neoliberale Orientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl der spanischen Regierung als auch der

14 Die *LAB* hatte im Gegensatz zur *ELA* seit ihrer Gründung Ende der 1970er Jahre weder den spanischen Verfassungsrahmen, noch das baskische Autonomiestatut anerkannt (vgl. Kaiero Uria 2004: 15).

baskischen Regionalregierung (was die weitere Distanzierung zum damals regierenden *PNV* verdeutlicht) und erklärt den Kampf gegen die Prekarisierung und soziale Exklusion zu ihrem zentralen Ziel (vgl. ebd.: 230 ff.). Die Radikalisierung ihres vormalig moderaten sozialpolitischen Profils, das in der Tradition der christlichen Soziallehre seine Wurzeln hatte, hat nicht zuletzt auch die enge Zusammenarbeit mit der *LAB*, die ihrem Selbstverständnis zufolge eine sozialistische Klassenpolitik zugunsten der Arbeiterklasse betreibt, ermöglicht und gefördert. Nach ihrem X. Kongress hat die *ELA* verstärkt die Zuwendung zur globalisierungskritischen Bewegung in die Wege geleitet, in der sie ein geeignetes Forum und Koordinationsinstrument für den Kampf gegen die Prekarisierung und für die gerechte Verteilung des Wohlstands sieht (vgl. ebd.: 275 ff.). Die *ELA* hat gemeinsam mit der *LAB* Generalstreiks im Baskenland organisiert, so 2002 gegen die neoliberale Politik der Aznar-Regierung wie auch in den Jahren 2010 und 2011 gegen die neue, von den baskischen Sozialisten (*PSE*) angeführte Regionalregierung.

Die zentrale Forderung nach einem souveränen baskischen sozioökonomischen Raum, in dem die Arbeitsbeziehungen eigenständig geregelt werden können, vertritt die *ELA* jedoch zurückhaltender als die *LAB*, die sich für ein dezidiert sozialistisches Programm der Klassenauseinandersetzung stark macht. Sie vertritt ein Modell der ‚Souveränität‘, das auf dem Volkswillen basiert und die ideologische Pluralität der baskischen Bevölkerung zur Kenntnis nimmt und respektiert, so der damalige *ELA*-Generalsekretär Jose Elorrieta (vgl. Elorrieta 1999: 21). Auf demokratische und integrative Weise sollten gesellschaftliche Mehrheiten für den *politischen Souveränismus* errungen werden, wobei zudem die grundlegende Frage zu klären sei, wie die anzustrebende unabhängige baskische Bevölkerung im Inneren gestaltet werden soll (vgl. ebd.).

Für die *ELA* stellt die neoliberale Globalisierung eine gravierende Fehlentwicklung dar, die dringend revidiert werden muss. Die neoliberale Politik zielt lediglich auf den Profit der ökonomischen und unternehmerischen Mächte ab und behandle die Bedürfnisse eines großen Teils der Menschheit als sekundär (vgl. Gómez Uranga 2001: 21). Dieser neoliberale Bias werde mittlerweile von sämtlichen politischen Kräften bis in die Sozialdemokratie hinein geteilt. Die Politik der Deregulierung, der Steuersenkung (für die Reichen) und Privatisierung werde von sämtlichen Parteien der Rechten, der sozialdemokratischen Linken (der *PSOE*, die *SPD* und die *New Labour Party*) und nicht zuletzt auch durch die moderaten Flügel der Nationalbewegungen, den *PNV* und die *CiU*, vertreten (vgl. Muñoz 2010). Diese politischen Kräfte sollten mit einer neuartigen Form der kämpferischen Gewerkschaftspolitik entschieden konfrontiert werden, wie der Generalsekretär Txiki Muñoz auf dem XII. Kongress der *ELA* fordert (vgl. *Gara* vom 27.11.2008). Die *ELA* drückt ihren kämpferischen Willen im Selbstverständnis als ‚gewerkschaftliche Gegenwacht‘ aus. Wenn der gesellschaftliche Konsens mit der Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen einhergeht, ist eine kämpferische Gewerkschaftspo-

litik notwendig, die sich aktiv gegen die Ungleichheiten und Verschärfung von Prekarität und Armut engagiert (vgl. González de Txabarri 2005).

Gegen die neoliberale Globalisierung gerichtet, soll ein friedlicher und demokratischer Prozess eingeleitet werden, der auf die Erringung der vollen Souveränität und des Rechts der Basken auf nationale Selbstbestimmung abzielt (vgl. Noval 2005: 8). Ein zentraler Bestandteil des *Souveränismus* müsse sein sozialer und progressiver Gehalt sein. So könnten auch diejenigen politischen und ideologischen Milieus angezogen werden, die das nationalemanzipative Projekt nicht unbedingt ideologisch unterstützen, die aber sehen, dass die Politik, die angewandt werden wird, dazu führt, dass die Leute besser leben (vgl. ebd.). Gegen den Individualismus und den Zerfall von Solidaritätsmustern gerichtet, setzt der ‚souveränistische Prozess‘ in den Augen der *ELA* auf die politische Mobilisierung und regt die Aktivität der Bürgerschaft an. Der souveränistische Prozess der Ermächtigung und Demokratisierung ist inkompatibel mit neoliberalen Politikmustern und durch einen klaren sozialen Gehalt charakterisiert (vgl. ebd.). Letztlich sei die gerechte Verteilung des Reichtums das primäre Ziel des nationalen Projekts (vgl. Muñoz 2010). Mit der Bezugnahme auf Konzepte der distributiven Gerechtigkeit und der sozialen Demokratie wird eine Neukonzipierung der nationalen Identität angestrebt, in der das redistributive Ideal des Wohlfahrtsstaates im Zentrum steht (vgl. Gómez Uranga 2001: 15). „Eine Nation zu konstruieren, bedeutet, ein kollektives, integratives und solidarisches Projekt voranzutreiben.“ (ELA 2008a: 14) Ihre programmatische Verbindung von Progressismus und Souveränismus kristallisiert sich in der programmatischen Forderung nach der Demokratisierung von Politik und Wirtschaft (vgl. Gómez Uranga 2001: 18). Die Artikulation grundlegender sozialer Bedürfnisse im souveränistischen Diskurs werde dafür sorgen, dass die arbeitenden und unteren Gesellschaftsschichten den Souveränismus unterstützen werden (vgl. ebd.). Zudem möchte die *ELA* ihr strategisches Vorgehen gegen die neoliberale Globalisierung international koordinieren, weshalb sie sich in globalisierungskritischen Zusammenhängen engagiert.

Nationalistische Gewerkschaftsstrukturen spielen in Katalonien, wie schon erwähnt wurde, im Vergleich zum Baskenland kaum eine Rolle. Dennoch ist festzuhalten, dass das katalanistische Profil der *CONC* so weit ausgeprägt ist, dass ihr Programm auch Forderungen der nationalen Emanzipation umfasst. Vor allem nationalistische Strömungen innerhalb der *CONC* stellen Forderungen auf, die auch in der baskischen nationalistischen Gewerkschaftsbewegung vertreten werden. Die ursprünglich nur von nationalistischen Flügeln vertretene Vision vom katalanischen Raum der Arbeitsbeziehungen, auf dem die kollektive Aushandlung der Arbeitsbedingungen zwischen den katalanischen Gewerkschaften und den katalanischen Arbeitgebern erfolgen sollen (vgl. Gutiérrez i Suárez 1997: 50 f.), hat sich später zum festen Programmpunkt der *CONC* entwickelt. Als nationale Klassengewerkschaft strebt sie ein autonomes katalanisches System der Arbeitsbeziehungen und letztlich

die Realisierung eines katalanischen Wohlfahrtsstaates an. Sie will zudem die „nationale Persönlichkeit“ Kataloniens und die „Konstruktion des Landes“ stabilisieren (vgl. López Bulla 1997: 53 f.). Anlässlich des Urteils des spanischen Verfassungsgerichts gegen das katalanische Autonomiestatut (2010) haben die *CONC* und der katalanische Verband der *UGT* ein gemeinsames Manifest unterzeichnet, das ihren Protest zum Ausdruck bringt und in dem die beiden katalanischen Mehrheitsgewerkschaften ihr patriotisches, katalanisches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht haben (vgl. *CONC/UGT* 2010). Dort wurde auch die Unzufriedenheit mit der finanziellen Situation der katalanischen *Generalitat* und der ungerechten territorialen Verteilung der staatlichen Mittel geäußert. Unter der falschen Idee der ‚interterritorialen Solidarität‘ würde die katalanische Gesellschaft ungerecht behandelt, weil unter den vorherrschenden Bedingungen die Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Infrastrukturen kaum mehr gewährleistet werden könnte (vgl. ebd.).

Seitdem in Katalonien die *CiU* 2010 wieder an die Macht gekommen ist, haben sich die beiden katalanischen Mehrheitsgewerkschaften, die *CONC* und die *UGT*, der Verteidigung des „sozialen Kataloniens“ verpflichtet (vgl. *CONC* 2011). Die Bezugnahme auf ein eigenes katalanisches System der Arbeitsbeziehungen bleibt dennoch ein wichtiger programmatischer Punkt, wenn auch im Rahmen der Koordination mit der spanienweiten Gewerkschaftsbewegung. Auf ihrem IX. Kongress hat die *CONC* ihr Selbstbild als „nationale Klassengewerkschaft“ bestätigt, die sich der „nationalen Dimension“ Kataloniens bewusst ist (vgl. *CONC* 2008a: 10). Die *CONC* schlagen einen gewerkschaftlichen Pakt für einen katalanischen Rahmen der Arbeitsbeziehungen vor, der die nationale Konstruktion und Politik des Landes in sozialer und progressiver Hinsicht beeinflusst (vgl. *CONC* 2008b: 9). Dieser „offene und kooperative“ Rahmen solle die Arbeitsbedingungen der katalanischen Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung im restlichen Spanien verbessern (vgl. ebd.). Das durchaus vorhandene ‚nationale Programm‘ der *CONC* findet somit seine Grenzen in der Koordination und Solidarität mit den Gewerkschaftsbewegungen der anderen Teile Spaniens. Zudem wird jenseits der supra-regionalen Solidarität auf spanischer Ebene auch die Bedeutung der europäischen Ebene als zunehmend bedeutender gewerkschaftlicher Handlungsraum betont (vgl. *CONC* 2008b: 6).

4.3.3.3.4 Die globalisierungskritische Bewegung in Katalonien und im Baskenland

Wie schon erwähnt, blicken verschiedene Akteure der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen hoffnungsvoll auf die globalisierungskritische Bewegung, die sich seit Mitte der 1990er Jahre geregt hat und spätestens seit den Anti-WTO-Protesten in Seattle als neuartige politische Bewegung wahrgenommen wird. Globalisierungskritische Netzwerke haben sich in Spanien, ausgehend von den Protes-

ten in Seattle, etabliert und sind mit der Zielvorstellung einer ‚anderen Globalisierung‘ in der Bevölkerung teils auf großen Zuspruch gestoßen. *Attac* konnte eine eigene Struktur in Spanien aufbauen, und sowohl im Baskenland als auch in Katalonien haben sich feste globalisierungskritische Netzwerkstrukturen herausgebildet. Im Umfeld des baskischen Netzwerks „Hemen eta Munduan“ („Hier und in der Welt“) und in Katalonien im Rahmen des „Movimiento de Resistencia Global“ („Bewegung des globalen Widerstands“) wurde kritisch über *EU*- und weitere Gipfel internationaler Politikforen berichtet und zu ‚Gegengipfeln‘ mobilisiert (vgl. Zabalo 2001: 268 f.).

Im Baskenland haben sich vor allem die Linksparteien der *EA* und der *IA* wie auch *Aralar* für die globalisierungskritische Bewegung interessiert und politisch-pragmatische Brückenschläge zu dieser angestrebt. Die baskischen Gewerkschaften *ELA* und *LAB* haben die ‚Bewegung der Bewegungen‘ ebenso intensiv beobachtet, an internationalen wie auch nationalen Kooperations- und Diskussionstreffen teilgenommen und Überlegungen der globalisierungskritischen Debatten in ihre strategischen und programmatischen Diskurse mit aufgenommen. In der katalanischen Nationalbewegung ist der linke Flügel der Nationalbewegung, die *ERC* und das independentistische Milieu, gleichfalls mit dem Diskurs und der politischen Praxis der globalisierungskritischen Bewegung teilweise enge Verbindungen eingegangen. Allerdings gab es in Katalonien auch deutliche Differenzen zwischen der Strömung des „revolutionären Independentismus“ und der globalisierungskritischen Bewegung. Erstere stehen bestimmten Formen der globalisierungskritischen Bewegung kritisch gegenüber, weil diese keine Sensibilisierung für die politischen Probleme der ‚Nationen ohne Staat‘ zeigten oder teilweise sogar dezidiert nationalismuskritisch wären (vgl. Buch 2007: 172 ff.).

Ein Meilenstein für die globalisierungskritische Bewegung in Katalonien war die Mobilisierung gegen das Treffen des Europäischen Rates im März 2002 in Barcelona. Dem Aufruf zur Demonstration gegen das „Europa des Kapitals und des Kriegs“ sind 300.000 Menschen gefolgt; andere Quellen berichten, dass bis zu 500.000 Menschen an dem „Fest der Volksdemokratie und Würde und der Stabilisierung der katalanischen Antiglobalisierungsbewegung“ teilgenommen haben (vgl. Morán 2003: 87). Auch wenn dort zahlreiche (links-)nationalistische Organisationen Kataloniens präsent und aktiv waren, ist festzustellen, dass die globalisierungskritische Bewegung in Katalonien keine engen Verbindungen zur katalanischen Nationalbewegung aufweist.

2008 hat sich das „Fòrum Social Català“ (*FSC*) als katalanisches Pendant zum *WSF* gegründet. Im Januar 2009 veranstaltete das *FSC* eine Demonstration gegen das „Europa der Arbeitslosigkeit und Prekarität – Für die Verteilung von Reichtum und Arbeit“ (vgl. *FSC* 2009). Obwohl dem *FSC* zahlreiche Bewegungsorganisationen des linksindependentistischen Milieus angehören (z.B. *Endavant* und die Jugendorganisation *Maulets*), spielen nationalpolitische Themen in der Agenda und

Praxis des *FSC* kaum eine Rolle. Dieses ist auf die sozialen und politischen Auswirkungen der ökonomischen Globalisierung und die Formulierung von entsprechenden politischen Gegenstrategien konzentriert (vgl. ebd.).

Im Baskenland haben die Akteure der baskischen Nationalbewegung, von den etablierten politischen Parteien bis zu den Gewerkschaften, einen größeren Einfluss auf die baskische Antiglobalisierungsbewegung ausgeübt und deren erste politischen Gehversuche auch massiv unterstützt. Die *ELA* hat schon zu Beginn der 2000er Jahren rege Aktivitäten hinsichtlich der politischen Mobilisierung gegen Neoliberalismus und Globalisierung gezeigt, sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene. Im Baskenland hat sie schon früh mit globalisierungskritischen Kreisen zusammengearbeitet und war 2000 an der Gründung des Netzwerks *Hemen eta Munduan* beteiligt. Dieses hat sich schon früh als baskische globalisierungskritische Organisation gegründet und in seinem Gründungsmanifest den Schutz der kulturellen, ökonomischen und politischen Diversität zum obersten politischen Ziel erklärt. *Hemen eta Munduan* hat sich zudem für die ökonomische und politische Souveränität als politischen Wert ausgesprochen (vgl. Letamendia 2004: 276 f.).

Das baskische Sozialforum, das „Foro Social de Euskal Herria“ (*FSEH*), wurde im Jahr 2003 in der baskischen Hauptstadt Gasteiz gegründet. Schon auf dem ersten Treffen standen nationalpolitische Themen auf der Agenda des *FSEH*, so z.B. wurde der Diskussion der Perspektive der ‚nationalen Selbstbestimmung‘ und identitäts- und sprachpolitischer Fragestellungen ein prominenter Status beigemessen. Dem frühen Aufleben folgte schon bald die Krise des Forums, das sich aus der ideologischen Breite und der unterschiedlichen Strategien der teilnehmenden Organisationen ergeben hat (vgl. *Hika* Nr. 147/2003). Die zahlreichen politischen Organisationen des linken Spektrums, die an dem Forum teilnahmen, konnten keine Einigung über dessen künftige Ausrichtung erzielen (vgl.: Iriarte 2004). Trotz des frühen Scheiterns des *FSEH* wurden zum *WSF* analoge Aktionen und Kampagnen weiterhin vor Ort durchgeführt und erhielten weiterhin massive Unterstützung durch das linksabertzale Bewegungsspektrum. Im Jahr 2008 hat die *ELA* die dezentralen Aktionen des *WSF* vor Ort zum Anlass für eine Kampagne gegen die unsoziale Politik im Baskenland und den Neoliberalismus genommen und in Bilbao eine Demonstration mit dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ mit unterstützt (vgl. *ELA* 2008b: 2). An den Aktionen und Kampagnen vor Ort waren auch die *LAB*, die *EA* und ihre Jugendorganisationen wie auch *Aralar* und die *IA* beteiligt.

Auch *Aralar* versteht sich als Teil der ‚internationalistischen Bewegung‘, spricht sich für die enge Zusammenarbeit und koordinierte Aktionen mit den internationalen politischen Kräften der globalisierungskritischen Bewegung aus (vgl. *Aralar* 2003). Auch die *EA* hat die politische Nähe zur globalisierungskritischen Bewegung gesucht und nahm, gemeinsam mit ihrer Jugendorganisation *Gazte Abertzaleak*, am Weltsozialforum in Porto Alegre und am Zweiten Europäischen Sozialforum in Paris (2003) teil (vgl. Lasagabaster Olazabal 2003a: 16 f.). Auch in

den Folgejahren hat sie die Treffen und Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung interessiert verfolgt und vor Ort wie auch auf internationaler Ebene versucht, Kontakte zu neuen Bündnispartnern zu knüpfen. Die *IA* hat an den Welt- und europäischen Sozialforen regelmäßig teilgenommen und in diesen Rahmen über die Spezifik des ‚baskischen Problems‘ berichtet. Sie hat nicht zuletzt auch ihr Konzept des baskischen identitären Sozialismus vorgestellt und beworben. In den letzten Jahren war die Teilnahme durch die zunehmende Illegalisierung der *IA* erschwert, aber dennoch durch die Präsenz der internationalistischen Organisation der *IA*, *Askapena*, gewährleistet. *Askapena* hat in den letzten Jahren an den Weltsozialforen teilgenommen, so z.B. 2007 in Nairobi. Auch die *LAB*, die die Entwicklung des globalisierten Kapitalismus sowie den globalisierungskritischen Protestartikulationen große Aufmerksamkeit hat zukommen lassen, versteht sich als Teil der internationalistischen Bewegung gegen die ‚neoliberale Globalisierung‘ und den ‚Imperialismus‘ (vgl. *LAB* 2008). Die Globalisierung und der Freihandel stellten letztlich eine Attacke auf die nationalen Regulationsmechanismen dar, die die soziale Kohäsion und die Beschäftigung garantieren (vgl. *LAB* 2001: 30). Die *LAB* sucht ihre Bündnispartner allerdings eher in der internationalistischen Gewerkschaftsbewegung denn in der globalisierungskritischen Bewegung. So hat sie zu den Protesten gegen den *EU*-Gipfel in Barcelona (2002) mobilisiert, allerdings im Rahmen der eigenständigen Zusammenarbeit mit nationalistischen Gewerkschaften anderer ‚Nationen ohne Staat‘ (vgl. *LAB* 2002b)¹⁵.

-
- 15 Ihre internationalistische Orientierung hat die *LAB* im Jahr 2002 durch die Organisation einer ‚Internationalen Gewerkschaftskonferenz‘ in Donostia ausgedrückt, an der Organisationen aus Afrika, Amerika und Europa teilgenommen haben und auf der von den europäischen Verbänden ein gemeinsames Vorgehen gegen das vorherrschende europäische Integrationsprojekt beschlossen wurde, entlang der Zielvorstellung einer „Integration, die alle europäischen Völker aus einer Perspektive der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit vereint“ (vgl. Bustillo Kastrexana 2007: 37). Die Bemühung, ihren internationalen Horizont durch diese Konferenz zu erweitern und zu konkretisieren, stellt einen „qualitativen Sprung“ in der Entwicklung der internationalen Projektion der *LAB* dar, die sich zuvor auf den Austausch mit anderen minoritären und nationalistischen Gewerkschaften im spanischen Staat (die andalusische *SOC*, andere katalanische und galicische Gewerkschaften) beschränkt hatte (vgl. ebd.). Die *LAB* hat eine Mitgliedschaft in dem kommunistischen internationalen Gewerkschaftsverband *Federación Sindical Mundial* (*FSM*), der 1945 in Paris gegründet wurde und dem mehr als 120 Gewerkschaften angehören, angestrebt, da ihr Beitritt in die *Confederación Europea de Sindicatos* (*CES*) und in die *Confederación Internacional de Organizaciones Sindicales Libres* (*CIOSL*) von den *CC.OO.* und der *UGT* wie auch von der *ELA*, die Mitglied des *CES* ist, verhindert wurde. In der *FSM*, die in den 1990er Jahren eine tiefe Krise durchlaufen hat, genoss die *LAB* zunächst nur Beobachterstatus. 2005 wurde sie als vollwertiges Mitglied aufgenommen

Auch in der internationalen Sichtbarkeit und Außenwahrnehmung der baskischen globalisierungskritischen Bewegung ist eine starke Präsenz der baskischen Nationalbewegung zu konstatieren. Dies zeigte sich schon auf dem *Europäischen Sozialforum* 2002 in Florenz, wo die sichtbare Präsenz des Baskenlandes durch die der nationalen Befreiungsbewegung nahe stehende Schriftstellerin Eva Forest gewährleistet wurde. Forest hat dort einen Bericht über die Lage der Menschenrechte im Baskenland und die Illegalisierung der Partei *Batasuna* geliefert (vgl. Forest 2002).

Die *ELA* war auf dem Treffen des *WSF* mit Delegierten vertreten und hat die dortigen Prozesse aktiv mitgestaltet. Laura González hat sich als *ELA*-Delegierte auf dem *WSF* in Porto Alegre 2005 für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen, die als Teil der sozialen Bewegungen die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die ebenso ein kämpferisches Vorgehen mit dem Ziel der „sozialen Transformation“ verfolgen, zu forcieren habe (vgl. González de Txabbarri 2005). Neben dem gewerkschaftlichen Kerngeschäft solle die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen intensiviert werden, um eine gebündelte und wirkungsvolle Antwort auf die Attacken des Neoliberalismus voranzutreiben (vgl. Noval 2005).

In Katalonien hat sich das linksindependentistische Spektrum nach anfänglicher starker Skepsis gegenüber einer Bewegung, die sie nicht zu kontrollieren im Stande war (vgl. Buch 2007: 172), dann doch in der globalisierungskritischen Bewegung Kataloniens engagiert, dort jedoch nicht den Einfluss ausüben können wie die verschiedenen Organisationen der baskischen Nationalbewegung in der baskischen globalisierungskritischen Bewegung. Durch die starke Präsenz und Partizipation der bewegungsorientierten Organisationen der baskischen Nationalbewegung weist die baskische globalisierungskritische Bewegung eine große Sensibilität für nationalpolitische Themen auf. Die Thematisierung der Konsequenzen der Globalisierung auf die nationalen Kulturen und Sprachen ist von großer Bedeutung, teilweise artikuliert sich dort ein kulturnationalistischer Diskurs, der die Angst vor der ‚kulturellen Homogenisierung‘ ausdrückt. Die wechselseitige Beeinflussung der nationalpoliti-

(vgl. ebd.: 83). Auf dem XV. Kongress der *FSM* in La Habana (Cuba), bei dem die *LAB* aufgenommen wurde, hat der *LAB*-Generalsekretär ein Referat gehalten und eine ideologische Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung angesichts der Globalisierung des Neoliberalismus und der systemkonformen Praktiken der meisten Gewerkschaften eingefordert (vgl. Gara vom 03.12.2005). Neben dieser Mitgliedschaft hat die *LAB* die Kooperation zwischen den Gewerkschaften der ‚Nationen ohne Staat‘ zu vertiefen versucht, auf der Demonstration der *CES* gegen den *EU*-Gipfel in Barcelona (2002) sind die Gewerkschaften der „Conferencia Internacional de Sindicatos de Naciones sin Estado“ in einem eigenen Block gelaufen. Diese zweite internationale Bündnislinie bestimmt weiterhin die ‚internationalistische Praxis‘ der *LAB*.

schen und globalisierungskritischen Themen zeigt sich auch darin, dass der Diskussion der nationalen Emanzipationsperspektiven ein gewisser Stellenwert beigemessen wird. Dennoch dominiert der klassische globalisierungs- und kapitalismuskritische Diskurs auch die baskische Antiglobalisierungsbewegung.

Die Akteure der baskischen Nationalbewegung versuchen mit relativem Erfolg, ihre verschiedenen, neu konzipierten Visionen des *progressiven* oder *demokratischen Souveränismus*, samt ihrer Forderung nach dem nationalen Selbstbestimmungsrecht für die ‚Nationen ohne Staat‘, in die lokale Antiglobalisierungsbewegung einzubringen. Der globalisierungskritische Diskurs über die sozialen Rechte, die Kritik am Freihandel, Lohndumping und globale Prekarisierung werden in die Begründung der aktuellen Versionen der linken Souveränitätsbestrebungen integriert. Diese Konzeptionen werden teilweise von der lokalen globalisierungskritischen Bewegung aufgenommen und prägen somit die konkrete Ausprägung und partikulare Programmatik der baskischen Antiglobalisierungsbewegung. Im baskischen Fall lässt sich eine wechselseitige Durchdringung des globalisierungskritischen und nationalistischen Diskurses beobachten.

In Katalonien ist keine vergleichbare wechselseitige Beeinflussung der linken Spektren der Nationalbewegung und der lokalen globalisierungskritischen Bewegung festzustellen, wenn auch dort die Forderung nach dem Schutz der nationalen Sprache und Kulturen grundlegender Bestandteil des Selbstverständnisses der Bewegung ist. Eine breit geteilte Durchdringung nationalpolitischer und globalisierungskritischer Programmpunkte ist jedoch nicht festzustellen. Aber selbst im Baskenland ist der Einfluss der Nationalbewegungen auf die regionale Antiglobalisierungsbewegungen nicht durchschlagend. Auch hier sind nationalpolitische Motive sekundär und beeinflussen die weitestgehend kapitalismuskritischen Diagnosen der Akteure nicht. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit dem globalisierten Kapitalismus, dessen regulativ-institutionellen Dispositiven und den Auswirkungen des Neoliberalismus vor Ort, wie sich an den Schriften der regionalen Globalisierungskritiker ablesen lässt (vgl. für den baskischen Fall: Zabalo 2000). Die Forderungen der Nationalbewegungen nach dem Schutz der nationalen Kultur und Sprache und nach mehr Selbstregierungs Kompetenzen werden zwar additiv hinzugezogen, substantiell beeinflussen sie den globalisierungskritischen Diskurs jedoch auch im Baskenland nicht.

4.3.4 Die Nationalbewegungen zwischen *nation building* und Wettbewerbsregionalismus

Wie gezeigt werden konnte, haben die moderaten, bürgerlichen Flügel der Nationalbewegungen seit Beginn der Institutionalisierung des politischen Systems und den ersten demokratischen Wahlen in den AG Katalonien und Baskenland die poli-

tische Vorherrschaft errungen und diese mehr als 20 Jahre behaupten können. Die *CiU* war bis 2003 an der Spitze der *Generalitat* und die *Eusko Jauriaritza* wurde vom *PNV* bis 2009 geleitet. Während dieser langjährigen politischen Dominanz haben beide politischen Kräfte eine Politik der Konstruktion des ‚regionalen Staates‘ betrieben, die die institutionelle Ausgestaltung der Selbstverwaltung, deren politische Projekte und anzuwendende Strategien grundlegend beeinflusst haben. Die programmatischen Eckpfeiler in der Schaffung des ‚regionalen Staates‘ waren seit den frühen 1980er Jahren gekennzeichnet durch das Ziel des Ausbaus regionaler Kompetenzen, durch eine Politik der Förderung der nationalen Kultur und Sprache sowie durch den Aufbau eines dynamischen regionalen Wirtschaftsmodells. Die Entwicklung einer international wettbewerbsfähigen, regionalen Wirtschaftsstruktur hatte dabei von Beginn an einen zentralen Stellenwert in der Ausgestaltung der regionalen Staatlichkeit.

In dieser Hinsicht wurden wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenzen sowie die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Regionalregierungen eingefordert, um das Ziel der regionalen Wirtschaftsförderung effektiver verfolgen zu können. Die Ausgestaltung dieser Politik geschah in beiden Fällen in enger Kooperation mit den regionalen ökonomischen Eliten. Diese Blöcke haben ein Projekt des ökonomischen *region building* umgesetzt, das durch die Etablierung regionaler Entwicklungsagenturen, industriepolitischer Maßnahmen sowie durch korporatistische Bündnisse mit den regionalen Gewerkschaften auf die Dynamisierung, Modernisierung und Internationalisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur abzielte. Im Ergebnis haben sich spezifische regional ausdifferenzierte Konstellationen der politischen und ökonomischen Entwicklung, d.h. spezifische Akkumulations- und Entwicklungsmodelle, herausgebildet. In beiden Regionen sind dank der guten wechselseitigen Beziehungen zwischen den regionalen politischen und ökonomischen Eliten und unter partieller Integration der regionalen Gewerkschaftsverbände „regionale Wachstumskoalitionen“ (Harvey 2007: 108) entstanden, die das *region building* stark beeinflusst und ein spezifisches Entwicklungsmodell kreiert haben. Die grundlegende Ziele dieser relativ stabilen regionalen Entwicklungsallianzen, oder im Sinne Gramscis regionale ‚historische Blöcke‘, bestehen in der Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Produktivität sowie in der Dynamisierung und Mobilisierung der regionalen Gesellschaft gemäß der Bedürfnisse der regionalen Wirtschaftsentwicklung.

Sowohl die *CiU* als auch der *PNV* haben in der Konzeptualisierung ihrer regionalen Entwicklungsstrategien die modischen Thesen aus der regionalen Wirtschaftsgeographie über die regionalen Entwicklungspotenziale und die modernen Formen der *regional governance* rezipiert. Die Vision vom *regional state* (Ohmae 1995), der die Integration der regionalen Ökonomien in die globalen Wirtschaftszusammenhänge dank seiner flexiblen Regierungsweise besser regulieren kann als der alte, statische Nationalstaat, hat die Strategen und Wirtschaftsexperten der modera-

ten Flügel der Nationalbewegungen stark beeinflusst. Die Vordenker dieser Entwicklungslinie der strategischen Regionalentwicklung wurden zu Vorträgen und Seminaren eingeladen, standen Pate für die Konzipierung der regionalen Entwicklungspläne oder waren, wie Porter, direkt an der Formulierung der Entwicklungs- und Förderungsstrategien beteiligt. In beiden Regionen wurde eine gezielte Strategie der Restrukturierung des regionalen Wirtschaftsgeflechts gemäß des Cluster-Paradigmas vorgenommen.

Die Debatten über den *new regionalism* haben die wirtschafts- und industriepolitischen Konzepte des bürgerlichen Nationalismus modernisiert und die ökonomische Basis ihres übergreifenden politischen Projekts des *nation building* konstituiert. Die These von der Bedeutung der Steuerung der regionalen Wirtschaftsentwicklung durch eine effektive *regional governance* sowie die Behauptung der regionalen endogenen Entwicklungspotenziale wurden im politökonomischen Diskurs des moderaten Flügels der Nationalbewegungen dazu genutzt, die Forderung nach mehr politischen Kompetenzen und somit das Projekt des regionalen *state building* zu unterfüttern. Die Modernisierung der regionalen wirtschaftlichen Strukturen mit dem Ziel der Besserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gehen einher mit der forcierten Internationalisierung der ‚eigenen‘ Wirtschaftsstrukturen und der Verbesserung deren Position auf dem globalen Markt. In beiden Regionen haben die moderaten Flügel der Nationalbewegung eine strategische Sichtweise auf die Ökonomie geprägt, mit der Priorität der Verstärkung der ökonomischen Strukturen, um durch eine effiziente exportorientierte Entwicklung einen maximalen Profit von dem globalen Handel für die ‚Nation‘ zu erzielen. Hierzu wurden eigene Institutionen gegründet sowie entsprechende Entwicklungsideologien kreiert.

Diese spezifische Form der ‚Reterritorialisierung‘ oder ‚Glokalisierung‘ geht einher mit einer *Transformation der nationalistischen Ideologie und des politischen Projekts der nationalen Emanzipation*, die darin besteht, dass die ökonomischen Entwicklungsstrategien und Begründungsmuster dieses *Wettbewerbsregionalismus* eine zunehmende Rolle in der Plausibilisierung der nationalpolitischen Programmatik spielen. Die Mobilisierung der regionalen Entwicklungspotenziale mit dem Ziel, diese mittels effektiver politischer Regulation für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Region zu mobilisieren, wird integriert in den Diskurs der Nationalbewegungen und gibt diesem eine neue Form. Es kann von einer *Ökonomisierung des nationalistischen Diskurses* gesprochen werden, in dem die politökonomische Begründung des Ziels der ‚nationalen Unabhängigkeit‘ von zentraler Bedeutung sind. Das Programm des *entrepreneurial regionalism* sowie die Mobilisierung der regionalen Bevölkerung, der so genannte *civic boosterism*, sind bedeutende Strategieelemente in der modernisierten Programmatik der moderaten Nationalbewegungen.

Das Projekt der nationalen Emanzipation und die Förderung der autochthonen Kultur und Sprache wird dabei mit der wirtschaftlichen Modernisierungseuphorie verbunden. Ebenso wird die wettbewerbsregionalistische Ideologie im Lichte der

nationalistischen Ideologie modifiziert. Durch die ökonomische Aufladung der nationalistischen Opferrhetorik kommt es zu einer neuartigen Konstruktion der ‚nationalen Opfergemeinschaft‘, die zunehmend auf die ökonomische Opferbereitschaft abzielt. Ist in der Opferbereitschaft, wie Aleida Assmann hervorhebt, „die paradigmatische Form der Teilhabe“ an der nationalen Identität (vgl. Assmann 1994: 23) zu sehen, erfährt dieses konstituierende Merkmal im Kontext des ‚globalen Standortwettbewerbs‘ eine Modernisierung. Im Zentrum der *nationalen Opfergemeinschaft* steht nun nicht mehr, wie einst, das militärische Opfer und der Einsatz des Lebens für die militärische Befreiung oder Verteidigung der Nation, sondern das Aufopfern der Mitglieder der Nation für die nationale Wettbewerbsfähigkeit und die Stellung der Wirtschaftsnation im globalen Standortwettbewerb. Der stets geforderte Einsatzwillen und der Wettbewerbsdruck, die die neoliberale Regierungsweise charakterisieren – nach Foucault eine „Art von ständigem ökonomischen Tribunal“ (Foucault 2004: 342) –, zielen darauf ab, aus den Bürgern willfähige Elemente der sich aufopfernden nationalen Standortgemeinschaft zu machen. Das Wohlergehen der Nation wird identifiziert mit dem der ‚nationalen‘ Wirtschaftsstruktur. Der zeitgemäße Einsatz für die Nation besteht, dieser Anschauung zufolge, im bereitwilligen Einsatz für die Produktivität und wirtschaftliche Entwicklung der Nation im Kontext des verschärften Standortwettbewerbs.

Die klassische Profilierungsweise der nationalen Identität durch die Integration nach innen und die Distinktion nach außen nimmt vor diesem Hintergrund eine neue, ökonomisierte Form an. Dem neuen nationalen Mythos und Telos, der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, entspricht ein neuer Typ von Gruppensolidarität, nämlich die nationale Standortgemeinschaft. Die entsprechende Form der nationalen Identität beruht auf dem aktualisierten Bestand an gemeinsamen neoliberalen und standortgemeinschaftlichen Wertüberzeugungen, die sich mit der „Erinnerung an eine gemeinsame Geschichte und der Orientierung auf gemeinsame Ziele“ (Assmann 1994: 22) verbindet. Diese Form des *Standortnationalismus* kann als Amalgam von wettbewerbsregionalistischer Entwicklungsideologie und peripher-nationalistischer Ideologie verstanden werden und stellt eine Aktualisierung der nationalen Ideologie dar, die sich als *peripherer Entwicklungsnationalismus* bezeichnen lässt. Dieser stiftet neue nationalistische Mythen und Vorstellungen vom kollektiven Opfer für die Nation, das angesichts der neuartigen Bedrohung der Nation durch die wirtschaftliche Konkurrenz durch andere Nationen neue Formen annimmt. Es handelt sich um eine Ausprägung des Standortnationalismus, die eine Aktualisierung des nationalen Denkens darstellt und einmal mehr die Kreativität und Wandelbarkeit der nationalistischen Ideologie belegt, angesichts veränderter Kontextbedingungen neue Formen anzunehmen und aktualisierte Plausibilisierungsstrategien zu entwerfen (vgl. Hutchinson 2005: 71).

Die regionalen ökonomischen Eliten haben an der Ausarbeitung des regionalen Entwicklungsstaates mitgearbeitet, wenn sie auch in Distanz gegangen sind zu allzu

weitreichenden Projekten der nationalpolitischen Emanzipation. Die Uneinigkeit der baskischen Unterschicht angesichts des „Ibarretxe-Plans“ demonstriert diese Zurückhaltung, die aus der Angst vor politischen Turbulenzen und negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche Entwicklung herrührt. Für die Ausrichtung des opportunistischen, interessengeleiteten Handelns und für die Strategien der sozioökonomischen Akteure gehen solche Projekte, die einen Faktor politischer Instabilität darstellen könnten, zu weit.

Dennoch betonen auch die Kapitalvertreter die Funktionalität politischer Dezentralisierung und der endogenen ökonomischen Entwicklung auf der kooperativ und unternehmerfreundlich gestalteten regionalen Ebene. Von den Aktivitäten des regionalen Staates versprechen sie sich die Gestaltung eines dynamischen, innovativen, unternehmerischen regionalen Wirtschaftsraums. Nicht zuletzt versprechen sich die regionalen Kapitalvertreter von der politischen Dezentralisierung die Modernisierung und Flexibilisierung des regionalen Regierens und die Implementierung effektiver Formen der *regional governance*. Zur politischen Stabilisierung der regionalen Institutionen können durchaus das regionale Bewusstsein und entsprechende Identitätsformen mobilisiert werden, wie z.B. die Unterstützung des katalanistischen Protests durch den *Foment* angesichts der Kürzung des katalanischen Autonomiestatuts zeigt. Dem klaren Bekenntnis zu errungenen Autonomierechten und politischer Dezentralisierung sowie der vollen Unterstützung des regionalen *state building* steht jedoch die Skepsis hinsichtlich umfassender Projekte des *nation building* gegenüber. Dennoch gibt es vereinzelt auch Strömungen innerhalb der regionalen Arbeitgeberverbände, die umfassende nationalpolitische Projekte unterstützen.

Sowohl beim *PNV* als auch bei der *CiU* handelt es sich um Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums sowie um Exemplare des Typs der „bourgeois regionalist“-Partei, die enge Beziehungen mit der lokalen unternehmerischen Elite unterhalten und ein politisches wie auch ein ökonomisches Regionalisierungsprojekt mit der Ideologie des kulturellen Partikularismus verbinden (vgl. McNeill 2000: 481). Getragen von einem Block gesellschaftlicher Kräfte wie der regionalen Unterschicht, Teilen der Zivilbevölkerung und auch der Gewerkschaften, ist es unter der politischen Dominanz der moderaten Flügel der Nationalbewegungen zu einer Konstitution regionaler Klassenallianzen gekommen. Das ökonomische und politische Entwicklungsprojekt dieser regionalen Klassenallianzen hat unter dem Leitbild der Standortnation über lange Zeit eine hegemoniale Rolle behaupten können. Die Zustimmung der unteren und benachteiligten Schichten zu diesem nationalen Entwicklungsprojekt wird nicht zuletzt dadurch ermöglicht, dass soziale Ungleichheit im Inneren geschickt desartikuliert wurde. Wenn Ungleichheiten seitens der Repräsentanten des regionalen ‚hegemonialen Blocks‘ thematisiert wurden, dann nur in Form der Benachteiligung der Regionalregierungen durch die restriktive Haushalts- und Investitionspolitik des spanischen Staates. Es wird ein Verteilungskonflikt hinsicht-

lich finanzieller Ressourcen und fiskalischer Kompetenzen konstruiert, in dem in peripher-nationalistischer Rhetorik der spanische Staat als zentraler politischer Opponent identifiziert wird, der die Ausbeutung des Baskenlands oder Kataloniens betreibe. Die Projektion der sozialen Ungleichheit auf die Ebene der Beziehungen zum spanischen Staat untermauert zudem die Konstruktion des einheitlichen Interesses der nationalen, katalanischen und baskischen, Standortgemeinschaft, die wiederum die inneren Widersprüche und sozialen Ungleichheiten ausblendet. Vor allem im katalanischen Nationalismus wird die Unzufriedenheit mit der Finanzierung und den fiskalischen Kompetenzen der *Generalitat* immer wieder zur Konstruktion der Opposition zwischen der katalanischen Nation und dem spanischen Staat genutzt. Ein weiteres rhetorisches Mittel des Standortnationalismus-Diskurses ist die Kritik an den Transferzahlungen des spanischen Staates zu Gunsten ärmerer Regionen und AG in Spanien. Während der spanische Staat seinen wirtschaftlich relativ abgehängten Regionen durch große Unterstützungsleistungen zu helfen versucht, vernachlässige er die Unterstützung und Weiterentwicklung seiner dynamischen Regionen, so das Lamento der bürgerlich-regionalistischen Eliten Kataloniens und des Baskenlandes. Diese Unzufriedenheit mit der spanischen Förderpolitik motiviert nicht selten Äußerungen aus Wirtschaftskreisen und der politischen Elite, dass die Unabhängigkeit Kataloniens resp. des Baskenlands vor allem aus ökonomischer Perspektive zu befürworten sei. Die radikalisierte Haltung der katalanischen politischen Klasse gegenüber dem spanischen Staat, die sich in der Radikalisierung des Programms der *CiU* aber auch in dem selbstbewussten Handeln der katalanischen *Generalitat* unter dem *PSC*, vor allem in den Neuverhandlungen des katalanischen Autonomiestatuts zum Ausdruck kam, kann als Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit der katalanischen Wirtschaftsbourgeoisie mit der Finanzierung der katalanischen Autonomieregierung interpretiert werden. Ein weiterer charakteristischer Zug des hegemonialen Modells des peripheren Entwicklungsnationalismus, das auch seinen Erfolg erklärt, ist der „wohlstandschauvinistische Diskurs“ (vgl. Hirsch 2001: 202 f.), der dem Wohlergehen der eigenen Nation und des eigenen nationalen Standorts die höchste Priorität beimisst.

Tabelle Nr. 8: Politökonomische Perspektiven des bürgerlich-moderaten Spektrums

	Katalonien		Baskenland	
<i>Bürgerlich-moderater Nationalismus</i>	CiU	- neoliberal argumentierende Kritik an wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen des spanischen Staates - wirtschaftliberale Bejahung des Freihandels und der Internationalisierung/Globalisierung - katalanische Identität als Kohäsionsfaktor - neoliberale Angebotsorientierung + nationalistisch begründete Gemeinwohlorientierung - regionale Standortförderung; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit (Zs.arbeit mit Porter)	PNV	- Angebots- und exportorientierter wirtschaftspolitischer Bias - Clusterphilosophie als Legitimationsstütze des baskischen Entwicklungsmodells (Zs.arbeit mit Porter) - Zusammenfließen ökonomischer und nationalemanzipatorischer Rhetorik - Bejahung der Globalisierung und Integration der baskischen Ökonomie in globale Netzwerke
<i>Bündnispartner aus dem Unterneimergelager</i>	Confederal und CEV	- pro baskische Autonomierechte - vehemente Verteidigung der ökonomisch-fiskalischen Selbstverwaltung - Kritik an radikalen souveränistischen Forderungen des Nationalismus sowie der weitreichend Forderungen der nationalistischen Gewerkschaften - Befürworter der Internationalisierung und Öffnung der baskischen Ökonomie	Foment de Treball und Cercle d'Economia	- zunehmend Kritik an der zentralistischen Regulation und mangelnden Investition des spanischen Staates in Katalonien - deutliche Kritik des katalanischen Steuerbilanzdefizits - Forderung nach katalanischer Finanzautonomie und wirtschaftspolitischen Kompetenzen

Quelle: Eigene Darstellung

Die in der Einleitung formulierte Hypothese, dass es angesichts des verschärften Standortwettbewerbs zum Aufleben oder zur Stabilisierung regionalistischer Tendenzen in relativ wohlhabenden Regionen kommt, bestätigt sich am Beispiel der regionalen Entwicklungsmodelle und Klassenallianzen im Baskenland und in Katalonien, die unter der politischen Führung des *PNV* und der *CiU* geschmiedet wurden. Der hegemoniale Status des von den moderaten Flügeln geprägten peripheren Entwicklungsnationalismus lässt sich nicht zuletzt auch an der ideologischen Ausstrahlungskraft dieses Modells erkennen. Die potentiellen Oppositionsparteien in Katalonien und im Baskenland haben in vielerlei Hinsicht Programmpunkte des vom moderaten Flügel der Nationalbewegungen geprägten Entwicklungsmodells übernommen, nicht zuletzt in politökonomischer Hinsicht. Nachdem der *PSC* die pujo-listische Hegemonie 2003 in Katalonien beendete, kam es nicht zu einem grundlegenden Wechsel des peripheren Entwicklungsnationalismus; ebenso wenig im Baskenland, wo der *PSE* 2009 erstmals die alleinige politische Kontrolle über die baskische Regionalregierung gewann. Beide Regionalregierungen setzten anschließend die Wettbewerbsorientierung fort und versuchten durch *Cluster*-Maßnahmen und industriepolitische Initiativen die regionalen wirtschaftlichen Strukturen zu modernisieren und fit zu machen für den internationalen Standortwettbewerb. Dabei sind sie, im katalanischen wesentlich stärker als im baskischen Fall, ebenso bereit gewesen, die Auseinandersetzung mit der spanischen Regierung um mehr Kompetenzen und bessere Finanzen zu suchen. Die Forderungen nach mehr wirtschafts- und sozialpolitischen Kompetenzen der Regionen sowie nach einer verbesserten Finanzierung der Regionalregierungen wurden weitestgehend übernommen.

Doch auch die linksnationalistischen Flügel der Nationalbewegungen haben der Hegemonie des peripheren Entwicklungsnationalismus kein wirkungsvolles alternatives Entwicklungsmodell entgegengestellt. Die *IA* hat mit ihrem Konzept des *identitären Sozialismus* eine alternative Vision formuliert, die ebenso den grundlegenden politischen Widerspruch im Verhältnis von Spanien und dem Baskenland sieht und, ausgehend von dieser Opposition, die ökonomische Attraktivität der Unabhängigkeit des Baskenlands unterstreicht. Sie prägt ein Bild von der Besonderheit des baskischen Wirtschaftsraums, das als *ökonomischer Relativismus* bezeichnet werden kann. Diesem liegt die quasi-ontologische Annahme eines baskischen Wirtschaftsraumes zu Grunde, dessen politische Regulation nur auf dem baskischen Territorium vorstellbar ist. Nicht zuletzt sollten spezifische Branchen und traditionelle Wirtschaftstätigkeiten, die den ‚autochthonen‘ baskischen Wirtschaftsraum kennzeichnen, wie z.B. die Fischerei oder die Landwirtschaft, in den Genuss eines besonderen Bestandschutzes kommen.

Die *IA* erkennt zwar die inneren Widersprüche und den ökonomischen Konflikt in der baskischen Gesellschaft an, eine Lösung der grundlegenden politischen Probleme der Gegenwartsgesellschaft wird allerdings lediglich auf nationalem Territorium propagiert. So fordern die linksnationalistischen Gewerkschaften die politische

Dezentralisierung der Arbeitsbeziehungen und eine schlicht baskische Regulation des Klassenkonflikts. Die politische Begrenztheit, die der Vorstellung des identitären Sozialismus entspringt, zeigt sich auch an ihrem Konzept der internationalen Solidarität, das auf die Solidarität mit anderen nationalen Befreiungsbewegungen beschränkt bleibt. Andere Bewegungen in der internationalen Linken, die keinen Bezug zum Befreiungsnationalismus aufweisen, werden kaum wahrgenommen. Trotz der Übereinstimmung mit den bürgerlichen, nationalistischen Milieus in der Annahme der ökonomischen Besonderheit des baskischen Wirtschaftsraums, stellt die *IA* mit ihrem klassentheoretisch fundierten Nationenkonzept weiterhin einen potenziellen gegen-hegemonialen politischen Faktor dar, der von der baskischen Arbeitsbevölkerung und den unteren Mittelschichten breite Unterstützung erfährt.

Die *ERC* hat in Katalonien ebenfalls keine effektive Alternative zur Hegemonie des katalanischen Entwicklungsnationalismus formuliert. Ihre programmatische Nähe zu diesem ist deutlich ausgeprägt, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass sie die grundlegenden Prämissen des wohlstandschauvinistischen Diskurses teilt. Wie das bürgerliche Lager des Katalanismus fordert auch die *ERC* mit dem Verweis auf die Globalisierung und den verschärften Standortwettbewerb eine bessere Finanzierung der *Generalitat*. Auch sie bemängelt die ‚fiskalische Ausbeutung‘ Kataloniens durch den spanischen Staat, der dadurch andere Regionen bevorzuge und die ökonomische Entwicklung Kataloniens bremse. Das Lamento über die ‚fiskalische Ausbeutung‘ Kataloniens durch den spanischen Staat ist zu einem populistischen Stereotyp innerhalb des Katalanismus geworden, das mittlerweile von breiten gesellschaftlichen Schichten und politisch-ideologischen Milieus der katalanischen Gesellschaft geteilt wird. Es transportiert effektiv die Vorstellung eines gemeinsamen ‚nationalen Interesses‘ und vertieft in der katalanischen Gesellschaft die Wahrnehmung eines tief liegenden ‚nationalen‘ Interessengegensatzes zwischen Katalonien und Spanien. Die *ERC* versucht dabei, entlang der grundlegenden nationalen Konfliktlinie ein progressives politisches Projekts zu entwerfen. Die Loslösung vom spanischen Staat soll es ermöglichen, eine für die katalanische Nation angemessene Form von Sozialstaat zu konstituieren. Das entwicklungsnationalistische Programm der Beförderung der nationalen Wirtschaftsstruktur Kataloniens und deren internationale Wettbewerbsfähigkeit werden nicht zurückgewiesen, sondern durch eine soziale Komponente ergänzt. Die regionale Entwicklung solle inklusive Formen annehmen und die Auswirkungen der sozialen Ungleichheit innerhalb der katalanischen Klassengesellschaft abgemildert werden.

Das ohnehin in Katalonien marginale Spektrum des radikalen Linksindependentismus setzt sich zwar von den ambivalenten Formen der „progressive competitive strategies“ (Graefe 2005: 525), wie sie die *ERC* repräsentiert, ab, vermag jedoch ebenso wenig eine effektive Gegenperspektive zu formulieren, die auf der Höhe der Zeit wäre. Nicht zuletzt steht die politische Kultur dieses politisch-ideologischen Milieus der Entwicklung übergreifender, alternativer Perspektiven im Weg. Der

Strategie der nationalen Emanzipation wird eine dermaßen zentrale Bedeutung zugewiesen, dass die Zusammenarbeit mit politischen Strömungen jenseits des nationalistischen Milieus schon an der Frage scheitert, auf welcher Sprache kommuniziert wird, so z.B. im Fall eines Bündnistreffens der barceloneser globalisierungskritischen Bewegung, aus dem sich die radikal-independentistischen Organisationen zurückgezogen hatten, weil die Verkehrssprache nicht das Katalanische war (vgl. Buch 2007: 172). Auch wenn das linksindependentistische Milieu kaum eine Rolle spielte in der frühen globalisierungskritischen Bewegung Kataloniens und dieses sich eher aus dem Umfeld von *Attac*, den katalanischen Linksparteien sowie von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen rekrutierte (vgl. Antentas 2002), ist zugleich festzuhalten, dass das Thema der ‚Globalisierungskritik‘ für den radikalen Linksindependentismus weiterhin ein zentrales Politik- und Handlungsfeld geblieben ist.

Die Funktion des populistischen Diskurses über die ‚fiskalische Ausbeutung‘ wird in der Perspektive des pro-independentistischen Milieus, das auf die Separation vom spanischen Staat abzielt, positiv bewertet. Deren Bewusstmachung und Politisierung sorgten für eine wachsende Unzufriedenheit mit dem politischen Rahmen des spanischen Staates und würden somit dazu führen, dass immer größere Teile der katalanischen Bevölkerung einen eigenen katalanischen Staat befürworten (vgl. Castellanos i Llorenç 2008: 250). Die Kritik des fiskalischen Defizits ist ein klassisches Thema des bürgerlichen, moderaten Katalanismus seit Beginn der 1980er Jahre gewesen und hat sich seitdem fest in die politische Kultur des Katalanismus eingeschrieben. Die Kritik der ‚Ausbeutung der Katalanen‘ war zunächst nur eine traditionelle Beschwerde des konservativen Katalanismus, dem die linken und sozialen Kräfte Kataloniens, die Gewerkschaften und die katalanischen Linksparteien des *PSC* und der *ICV* eine Verwendung der öffentlichen Mittel nach den Prinzipien der allgemeinen Chancengleichheit und der universalistischen Verteilungsgerechtigkeit entgegengestellt hatten.

Die *ICV* ist seit Ende der 1990er Jahre ebenso dazu übergegangen, die staatlichen Ausgaben des spanischen Staates nicht mehr nach übergreifenden Prinzipien der allgemeinen Gerechtigkeit, sondern aus der Perspektive der ‚kulturellen Gemeinschaften‘ und ‚historischen Regionen‘ zu betrachten und zu kritisieren. Dies manifestierte sich besonders unter der Regierungszeit des linkskatalanistischen *tripartit*, in der das Lamento über die fiskalische Ausbeutung Kataloniens ebenfalls zur Regierungsdoktrin erhoben wurde. Die fiskalischen Tätigkeiten des spanischen Staates wurden nun auch in der Perspektive der katalanischen Linksparteien des *PSC* und der *ICV* unter der territorialen, nationalen Dimension betrachtet und nicht mehr an den Auswirkungen auf die Individuen und deren Stellung in der Klassengesellschaft gemessen. Seit der Regierungszeit des *tripartit* haben auch diese beiden Parteien nationale Konzeptionen im Hinblick auf die Diskussion sozialer Ungleichheiten und sozialer Rechte angewandt. Dies zeigte sich nicht zuletzt in dem heftigen

Ringen für die Verbesserung der *katalanischen* Finanzen im Jahre 2008 und für mehr ‚Solidarität für Katalonien‘, das der *president* des *PSC* Montilla angeführt hatte.

Aus der Perspektive einer innerlinken Minderheitsposition wurde die Übernahme der wohlstandschauvinistischen Rhetorik durch die katalanische Linke kritisiert. Universalistische linke Werte wie die Gleichheit seien aufgegeben worden und wohlstandschauvinistische Motive seien nunmehr handlungsbestimmend. Zudem wird gegen die populistische These von der ‚fiskalischen Ausbeutung Kataloniens‘ angeführt, dass ‚Katalonien‘ deshalb überproportional am Steueraufkommen des spanischen Staates beteiligt sei, weil in Katalonien im Vergleich zu den anderen regionalen Untergliederungen des spanischen Staates das Pro-Kopf-Einkommen, höher liege. An die Stelle der bornierten Rhetorik des nationalen Wohlergehens und die Solidarität lediglich in den Begriffen der ‚kollektiven Rechte von Kulturen‘ kennt, sei ein Begriff der universalistischen Verteilungsgerechtigkeit und Gleichheit zu setzen (vgl. Ovejero Lucas 2006).

Tabelle Nr. 9: Politökonomische Perspektiven des Linksnationalismus

	Katalonien		Baskenland	
Parteien des Linksnationalismus und linke Bündnispartner	ERC	- Ziel: unabhängiger katalanischer Wohlfahrtsstaat auf Basis wettbewerbsfähiger Ökonomie - pro internationale Vernetzung der katalanischen Ökonomie - katalanischer Wohlstand wird vom spanischem Staat gefährdet; Wachstums- und Wohlstandseffekte der nationalen Unabhängigkeit	EA	- Schaffung eines baskischen Wohlfahrtsstaates - sozioökonomischer Systemwechsel bei Kritik des Neoliberalismus
	PSC	- ökonomischen und sozialen Fortschritt Kataloniens anstreben - pro internationale ökonomische Vernetzung - Präsenz Kataloniens auf globaler Ebene als kollektives Projekt	IA	- Schaffung eines unabhängigen, sozialistischen baskischen Staates - ‚identitärer Sozialismus‘ und souveräner baskischer Wirtschaftsraum als Antwort auf entmächtigende Globalisierung
	ICV	- Kritik der sozialen Konsequenzen der Globalisierung - ‚Katalanismus von unten‘	Ar	- Kritik der ‚neoliberalen Globalisierung‘ - solidarischer Internationalismus: Alternative einer demokratischen und sozialistischen Globalisierung

Dennoch kann nicht zuletzt die Stärke der linksabertzalen Gewerkschaften und auch der politische Zuspruch, den die *IA* erfährt, eine mögliche Basis für gegenhegemoniale Projekte bilden. Deren Erfolgsaussichten wären jedoch auf die Entwicklung übergreifender politischer Perspektiven jenseits nationalistischer Blickverengungen etwas durch transversale Bündnisse mit Subalternen und progressiven politischen Akteuren jenseits von national-identitärer Grenzziehungen angewiesen.

Es bestätigt sich somit eine weitere, in der Einleitung formulierte Hypothese, nämlich die Behauptung, dass die sozialen Auseinandersetzung sowie Klassenkonflikte im Kontext der Globalisierung und gesellschaftlichen Denationalisierung zugunsten von ethnischen und rassistischen Konfliktlinien an Bedeutung verlieren. Nicht zuletzt führt der Bedeutungsverlust der großen regulativen Ebenen, wie z.B. des spanischen Staates, der in seiner neoliberalen Gestalt in zunehmendem Maße auf seine Rolle als Garant einer nationalen Solidargemeinschaft verzichtet, dazu, dass die Konstruktion subnationaler, ethnisch-territorialer Identitäten zur attraktiven strategischen Option für die regionalen politischen Akteure und ökonomischen Eliten wird. Dies kann unterschiedliche konkrete Ausprägungen annehmen, wie die verschiedenen regionalen politökonomischen Entwicklungsstrategien aufzeigen: sei es in der paradigmatischen Form einer offen wettbewerbsregionalistisch ausgerichteten nationalen Produktions- und Standortgemeinschaft, für die die wirtschaftliche Effizienz absolute Priorität hat, oder in dem Modell des nach Innen auch auf sozialen Ausgleich bedachten inklusiven Wohlstandschauvinismus oder in der Form des ‚Sozialismus in einem Lande‘.

Der baskische und katalanische Fall und der Erfolg des in diesen beiden Regionen umgesetzten produktiven Entwicklungsnationalismus belegen die allgemeine Entwicklungsthese Zürns, der zufolge politische Bezugnahmen auf ethnisch-territoriale Besonderheiten und regionalistische Bewegungen im Kontext der Denationalisierung zunehmen werden:

„Indem sie die Effektivität nationalstaatlicher Wirtschafts- und Sozialpolitiken reduziert und den Standortwettbewerb verschärft, schafft die gesellschaftliche Denationalisierung Bedingungen, die den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im nationalen Rahmen zurücktreten lässt und somit Raum für ethnonationalistische oder ethnopolitische Konflikte schafft.“ (Zürn 2001: 120)

Die Strategie der Renationalisierung und produktivistischen Exportorientierung scheint nicht zuletzt in relativ wohlhabenden und wirtschaftlich entwickelten Regionen eine sehr attraktive Option darzustellen, die Konstruktion des eines ‚nationalen Konflikts‘ zwischen Katalonien resp. dem Baskenland und dem spanischen Staat erweist sich in diesem Zusammenhang eine effiziente Rhetorik darzustellen, die zudem den Vorteil hat, eine mögliche Politisierung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit im Innern der Region zu vermeiden.

4.4 KULTURELLE IDENTITÄTEN UND SELBSTBILDER DER METROPOLLEN ALS ‚SYMBOLISCHES KAPITAL‘ DER NATIONALBEWEGUNGEN

4.4.1 Nationale Metropolen, *brand nationalism* und die Konstruktion der internationalen Sichtbarkeit

Wie die Analyse der politökonomischen Perspektiven der Nationalbewegungen gezeigt hat, wird im Kontext des globalen Standortwettbewerbs der Konstruktion wettbewerbsfähiger nationaler Wirtschaftsräume und deren gesellschaftlicher Kohäsion eine große Bedeutung zugemessen. Im Rahmen eines nachhaltigen regionalen Entwicklungsmanagements kommt, wie von Politikberatern immer wieder betont wird, der Konstruktion des ‚sozialen Kapitals‘ und der kulturellen Selbstbilder der Region sowie der Sichtbarmachung der regionalen Differenz, kurz dem ‚Regionen-Marketing‘, eine besondere Bedeutung zu. Dieser Diskurs findet bei manchen Strömungen der Nationalbewegungen eine positive Rezeption und wird zur Legitimierung ihrer Modernisierungsvisionen herangezogen.

Die kulturelle, symbolische Dimension der Standortlogik kann mit Paasi (2001: 17) als „symbol shaping“ in der Konstruktion der Region und Regionalität beschrieben werden. Das entsprechende Engagement der sozialen und politischen Akteure zielt darauf ab, neue symbolische Bedeutungen und Images für die Lokalitäten und Regionen zu entwerfen, um deren soziale Kohäsion und ihre Besonderheit als attraktiver Wirtschaftsstandort oder interessante Tourismusdestination zu fördern. In dieser Strategie des *place promotion* und der Selbstdarstellung nach Außen spielt der Bezug auf kulturelle Spezifika und Partikularitäten eine besondere Rolle. Diese dienen der Politik dazu, die Region nach außen als eigenständige soziale Entität oder als politischen Akteur zu profilieren und durch die Behauptung der kulturellen Identität einen Vorteil auf den internationalen Märkten zu erlangen.

Die medialen Voraussetzungen und Bedingungen der globalen Sichtbarkeit haben sich, nicht zuletzt durch die Möglichkeiten des Internets, zu Gunsten der Selbstinszenierung der Differenzen auch kleinerer kulturell-territorialer Komplexe verändert. Lokale Spezifika, verschiedene Kulturen und Nationen können sich auf dem *global screen* als Spektakel, als mediale Events und attraktive Standorte inszenieren und konkurrieren im Rahmen der globalen Aufmerksamkeitsökonomie um die Wahrnehmung durch das ‚Außen‘ (vgl. Urry 2003: 86 f.). Im Kontext dieses *globalen screenings*, d.h. der internationalen Sichtbarkeit auf dem ‚globalen Bildschirm‘, haben sich Konzeption und Vorstellung von Nationalität gewandelt. Die einstigen Referenzpunkte des nationalen Territoriums, des nationalen Rechts, der nationalen Loyalität und der nationalstaatlichen Autorität haben an Bedeutung verloren, nachdem die nationalen Grenzen sowie das kulturelle und gesellschaftliche Leben zu-

nehmend von transnationalen Einflüssen durchdrungen werden. In diesem Kontext wird Nationalität zunehmend durch den Bezug auf lokale Orte, Symbole, Landschaften, kulturelle Spezifika und neu erfundene und strategisch inszenierte Ikonen der Nationen konstruiert. Das Konzept und die Vorstellung der Nation werden zu einem „frei flotierenden Signifikanten, der relativ abgekoppelt vom Staat“ und zu einem Gegenstand des *branding* und der Selbstvermarktung wird (vgl. ebd.: 87)

Der kulturellen und symbolischen Dimension des *nation building* kommt im Rahmen der Entstehung globaler Medialitäten und Sichtbarkeiten eine wachsende Bedeutung zu. Das Projekt der Politisierung kultureller Besonderheiten und Identitäten, das die Nationalbewegungen kennzeichnet, erlangt in diesem Zusammenhang neue Entwicklungsperspektiven und kann eine neue politische Funktionalität einnehmen. Zugleich wird es von den neuartigen Möglichkeiten der internationalen Sichtbarkeit in der strategisch motivierten Artikulation und Politisierung der kulturellen Besonderheiten neu herausgefordert. Am Beispiel der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen soll im Folgenden untersucht werden, wie die kulturellen Identitäten und nationalen Spezifika durch den Bezug auf die eigenen Metropolen oder Hauptstädte reartikuliert und aktualisiert werden. Sowohl Bilbao im baskischen, als auch Barcelona im katalanischen Fall, sind Gegenstand von Diskursstrategien, die diese bedeutenden ‚nationalen Städte‘ als symbolhafte Größen, die ‚pars pro toto‘ für die Nation stehen, konstruieren¹. Im Rahmen dieser Lokalisierung der ‚nationalen Identitäten‘ werden ikonische Bilder und symbolisch verdichtete Repräsentationen der jeweiligen Städte entworfen, die als attraktive Selbstdarstellungen, als ‚soziales Kapital‘ und als Werbeträger der Nation auf dem ‚globalen Bildschirm‘ fungieren.

- 1 Die Geschichte der Stadtplanung, deren politische Funktionalität und des Bezugs der von den Stadtarchitekten entworfenen Visionen zum politischen Denken liefern sowohl in der Geschichte Bilbaos als auch in der Barcelonas interessante Einsichten, auch hinsichtlich der beiden Nationalbewegungen. Dass Stadtplanung und architektonische Eingriffe ins Stadtbild immer auch politische Machtdiskurse darstellen, in denen die Beziehung von politischer Macht und räumlicher Anordnung und die politische Kontrolle des Territoriums immer wieder neu ausgestaltet werden, wird auch in den Visionen der Nationalbewegungen von den ‚nationalen Hauptstädten‘ und den von ihnen erfundenen symbolischen Funktionen deutlich. Die Geschichte der beiden Großstädte und deren Bedeutung für die jeweiligen Nationalbewegung sind in breite politische Diskurse verwoben, in denen nicht zuletzt die Dichotomie von Stadt und Land, von Urbanität und ländlichem, autochthonen Leben eine große Rolle spielten. Die historische Dimension der nationalistischen Visionen von Territorialität und Urbanität kann im Folgenden nicht näher thematisiert werden. Es wird verwiesen auf folgende, zwar nicht systematische aber durchaus anregende Einführungen in die jeweilige Geschichte der Stadt und ihre Repräsentationen, im Fall Barcelonas vgl. Delgado (2007) und im Fall Bilbaos vgl. Juaristi (1999).

Beide Städte haben nach dem Frankismus und im Kontext der Dezentralisierung politischer Macht eine neue Bedeutung erlangt. Als ohnehin schon im Rahmen des nationalen Konflikts symbolisch aufgeladene Städte, die als Zentren der peripheren Nationalbewegungen gegolten haben, haben beide zudem seit Ende der 1970er Jahren tiefe Deindustrialisierungs- und Wandlungsprozesse durchschritten. Barcelona ist als Metropolenzentrum und katalanische Hauptstadt von großer Bedeutung für die ‚räumliche Lokalisierung‘ des Projekts des katalanischen Nationalismus. Eine ähnliche Rolle kommt Bilbao im Baskenland zu, auch wenn Bilbao ‚nur‘ die ökonomische und gesellschaftliche Metropole und nicht, in administrativer Hinsicht, die Hauptstadt der AG des Baskenlandes ist. Beide Metropolen werden in national-identitärer Hinsicht als urbane Zentren des ‚Anti-Spanien‘ wahrgenommen. In der Konzeption der nationalen Einheit Spaniens, wie sie vom frankistischen Regime geprägt wurde, waren beide Städte in der frankistischen Ideologie Paradebeispiel und Repräsentanten des „anti-España“ und des ‚roten Separatismus‘.

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Metropolen ist, dass sie seit den 1970er Jahren als industriell geprägte Städte eine tiefe Krise durchlaufen haben und zum Gegenstand stadtplanerischer Interventionen wurden, die die Modernisierung und Revitalisierung der Städte zum Ziel hatten. Im Zuge dessen haben beide Städte eine internationale Bedeutungsaufwertung erfahren, die sie nicht nur für internationale Stadtplaner zu einem interessanten Reiseziel gemacht hat:

„Bilbao and Barcelona in Spain have become meccas for urban regeneration, from industrial cities of a post-authoritarian regime to culturally vibrant magnets of visitors, and all in only a few decades.“ (González 2011: 1398)

In der Analyse der ‚Lokalisierung‘ der nationalen Identität durch den Metropolenbezug soll untersucht werden, welche nationalen Selbstbilder in der Konstruktion der Images der Metropolenstädte entworfen werden. Mit welchen Attributen werden die Metropolen verbunden und dargestellt? Welche gesellschaftlichen Entwicklungsvisionen und Modernisierungsstrategien werden propagiert und mit den neu konstruierten Images der Stadt verbunden? In der Untersuchung soll es nicht zuletzt darum gehen, die Versuche der internationalen Selbstprojektion des nationalistischen Projekts auf der Ebene der globalen, medialen Wahrnehmung zu thematisieren. Die artikulierten Metropolen-Selbstbilder sollen somit als Bestandteil der ‚Glokalisierungskonzeptionen‘ der Nationalbewegungen interpretiert werden, wobei zudem die Situierung des nationalpolitischen Emanzipationsprojekts im Kontext der vermeintlichen, globalisierungsbedingten ‚kulturellen Homogenisierung‘ zu erörtern ist.

In beiden Regionen lassen sich die Vorhaben der Revitalisierung der Metropolenstädte an bestimmten Schlüsselprojekten festmachen, in Barcelona an der Stadterneuerung im Rahmen der Olympischen Sommerspiele 1992 und in Bilbao an der

Niederlassung einer Dependence des Guggenheim-Museums im Jahr 1997. Beide Projekte waren Bestandteil umfassender Stadtentwicklungsprojekte und als solche Gegenstand politischer Kontroversen. Auch in den internen Auseinandersetzungen der Nationalbewegungen, deren politische Parteien teilweise an der Umsetzung der Projekte maßgeblich beteiligt waren, spielten diese eine bedeutende Rolle und waren Anlass gegenwartsbezogener Diskussion über den Stellenwert und Wandel der nationalen Identitäten.

4.4.2 Bilbao als internationaler Referenzpunkt der baskischen Identität

Der zentrale Aspekt, der mit der Modernisierung der ‚baskischen Metropole‘ Bilbao in Verbindung gebracht wird, ist das Guggenheim-Museum, das 1997 nach mehrjährigen Verhandlungs-, Planungs- und Umsetzungsphasen eröffnet wurde. Das Guggenheim-Museum, das wegen seiner einzigartigen Architektur zu großer Popularität gekommen ist, hat sich mittlerweile zu einem der ‚Wahrzeichen‘ der modernisierten Stadt und zum Symbol der restrukturierten baskischen Wirtschaft entwickelt. Am Beispiel des so genannten Guggenheim-Projekts und der mit ihm intendierten Modernisierung der Stadt soll im Folgenden nachgezeichnet werden, wie die vom PNV dominierten Regional-, Provinz- und Kommunalregierungen eine Transformation der Metropole Bilbao und die Modernisierung ihres Images eingeleitet haben, um die internationale Sichtbarkeit des Baskenlandes und des baskischen Wirtschaftsstandorts zu erhöhen.

Das Jahr 1992 war für Spanien ein Jahr der verstärkten internationalen öffentlichen Präsenz: In Sevilla fand die Weltausstellung Expo statt, in Barcelona die Olympischen Sommerspiele, Madrid war die Kulturhauptstadt Europas, und zudem war 1992 das 500. Jubiläumsjahr der ‚Entdeckung‘ und Eroberung Amerikas durch Spanien. Das Jahr 1992 sollte für eine große internationale Wahrnehmung Spaniens sorgen, die von der spanischen Politik als Chance genutzt wurde, der sich nach dem Frankismus neu erfindenden spanischen Kultur und Nation eine internationale Anerkennung zu verschaffen. ‚1992‘ wurde entsprechend von der spanischen Politik politisch instrumentalisiert und zum Symbol stilisiert. Es wurde zum feierlichen Ausdruck der Reifung Spaniens als moderner europäischer Nationalstaat und der Etablierung einer demokratischen nationalen Identität inszeniert (vgl. Graham/Sánchez 1995: 406).

Das Baskenland blieb bei diesem „*annus mirabilis*“ (McNeill 2000: 485) der spanischen Kultur außen vor. Keine baskische Stadt war an den großen Events dieses famosen spanischen Jahres beteiligt, was sich schon Ende der 1980er Jahre abzeichnete. In der baskischen Gesellschaft wie auch in der Wahrnehmung der national-baskisch orientierten politischen Eliten herrschte die Vorstellung von der

„Abwesenheit“ und Exklusion des Baskenlandes im kommenden *spanischen* ‚1992‘ vor. Die Unmöglichkeit der Assoziation des Baskenlands mit der Kultur des ‚neuen Spanien‘ würde sich im anstehenden Feierjahr 1992 verdichtet ausdrücken, so die skeptische Wahrnehmung seitens der politischen Elite des Baskenlands, die sich nun verstärkt auf die eigenständige Entwicklung konzentrierte. Xabier Arzalluz, damaliger Vorsitzender des *PNV*, äußerte sich mehrmals despektierlich über den „übertriebenen Pomp von 1992“ (zit.n. ebd.: 485). Die vom *PNV* dominierte baskische Regionalregierung unternahm entsprechende Anstrengungen, ein eigenständiges Projekt der internationalen Sichtbarmachung zu entwickeln.

Im Vorlauf des eventbeladenen spanischen Jahres hat die *Eusko Jaurilaritza* im Jahr 1989 den Entwicklungsplan „Europa 93“ erarbeitet, in dem die Förderung öffentlicher und privater Initiativen beschlossen wurde, um das Baskenland ins Zentrum der „europäischen Achse“ zu stellen und um dadurch zu verhindern, dass es im Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit verweilt (vgl. Marzo 1989: 3). Der Plan wurde zudem verfasst vor dem Hintergrund der Herausforderung des künftigen europäischen Binnenmarkts. Die Erneuerung und Renaissance von Bilbao wurde als strategisches Ziel formuliert (vgl. ebd.). Die Revitalisierung der Wirtschaftsstruktur der Metropolregion Bilbao war ohnehin schon ein zuvor entwickeltes Ziel der *PNV*-Regionalregierung. Als Reaktion auf die tiefe Krise der baskischen Ökonomie und die dramatische Deindustrialisierung in den 1980er Jahren hatte diese schon früh das Leitbild formuliert, die bilbainische Metropole zu einem post-industriellen Zentrum für Dienstleistungen, Finanzen und Tourismus zu entwickeln. Die bilateral, d.h. unabhängig von der spanischen Zentralregierung, geführten Verhandlungen der baskischen Regionalregierung mit der Guggenheim-Stiftung über die Installierung einer Dependance des Guggenheim Museums im baskischen Bilbao fanden parallel zu dem spanischen Feiertauel ‚1992‘ statt und können als das eigene, baskische ‚1992‘ interpretiert werden (vgl. McNeill 2000: 485).

4.4.2.1 Ursprung, Motive und Umsetzung des Guggenheim-Projekts

Wie schon in Kapitel 4.3.3.1 erläutert, hat die *PNV*-Regierung zu Beginn der 1980er Jahre industriepolitische Maßnahmen zur Neuausrichtung der baskischen Wirtschaftsstruktur ergriffen. Der massiven Krise der Eisen- und Stahlindustrie sollte durch eine strategische Neuausrichtung der baskischen Wirtschaft begegnet werden. 1981 wurde die *SPRI* gegründet, um die Restrukturierung der baskischen Industrie zu unterstützen. Die Zielvorgaben der *PNV*-Entwicklungspolitik bestanden in der Erhöhung der Produktivität, der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie der Internationalisierung der baskischen Ökonomie. Des Weiteren wurde die Wende hin zum Dienstleistungssektor, mithin die Tertiärisierung der baskischen Ökonomie vorangetrieben (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 72 ff.). Die stark gebeutelte Metropole Bilbao stand dabei im Zentrum der Bemühungen und der vom *PNV* propagierten Problemlösungsstrategie: Bilbao sollte sich zu einem post-

industriellen Zentrum für Dienstleistungen und Finanzen entwickeln. In dem allgemeinen städtischen Entwicklungsplan wird 1986 explizit die Aufmerksamkeit auf die Verbesserung des Images von Bilbao gelenkt, um ausländische Investitionen in die Dienstleistungs- und Kulturbranche anzuziehen. Zudem wird die Rolle der Kultur in der urbanen Erneuerung hervorgehoben (vgl. Gonzalez 1993).

Auf diesem allgemein gehaltenen Plan folgen öffentliche Entwicklungs- und Stadtplanungsinitiativen. Seit Ende der 1980er Jahre ist ein bedeutender Anstieg der Aktivitäten lokaler und regionaler Akteure zu beobachten, die sich mit unterschiedlichen Erwartungen und Interessen unter dem gemeinsamen Ziel der Revitalisierung der Metropole Bilbao und der Verbesserung ihres Images wieder finden: „changing the defeatist attitude that years of economic restructuring, factory closures, unemployment and terrorism had brought to the Basque population.“ (González 2004: 183)

Diese Mobilisierung wurde angeregt durch den Entwicklungsplan „Plan Estratégico para la revitalización de Revitalización del Bilbao metropolitano“, der 1989 von der baskischen Regionalregierung, der Provinzregierung von Bizkaia und der Kommunalverwaltung von Bilbao beschlossen wurde. Belebt und unterstützt von diesem Plan regten sich private Initiativen, der Stadt Bilbao zu einer Renaissance zu verhelfen. 1989 wurde der „Club Financiero de Bilbao“ als Debattenforum von Funktionären aus Wirtschaft und Politik gegründet, der die Debatten über die künftige Rolle der Stadt Bilbao vorangetrieben hat (vgl. Marzo 1989: 3). 1991 wurde die Agentur „Bilbao Metropoli-30“ (BM30) gegründet, die in enger Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor die Vorgaben der Revitalisierung und Modernisierung der Stadt umsetzen soll. Durch die in *public-private-partnership* koordinierte Stadtplanung sollte Bilbao in eine Metropole mit internationaler Relevanz transformiert werden. In dem strategischen Planungspapier wird erwähnt, dass „die räumliche Transformation ein Schlüsselement zur Veränderung des Profils der ökonomischen Aktivität in der Stadt und zur Veränderung ihres Images wird“ (BM30 1992: 3). 1992 wird mit der „Bilbao Ría 2000“ eine weitere Stadtentwicklungsagentur gegründet, die sich als öffentlich, sowohl von der spanischen als auch von der baskischen Regierung finanzierte, private Planungsagentur der Stadtentwicklung, Verbesserung der Infrastruktur und Aufwertung der post-industriellen Zonen der Stadt widmet. Die Modernisierung des Hafens, der Ausbau des Flughafens, neue Verkehrsverbindungen, die Einführung der Metro, Brückenbauten von Stararchitekten und die Neugestaltung des Ufers des Nervions waren die zentralen Vorhaben, unter denen als herausragendes ‚Leuchtturmprojekt‘ die Ansiedlung einer Dependence des Guggenheim-Museums in Bilbao hervorsticht. In der städtebaulichen Strategie der Revitalisierung von Bilbao als europäisches Zentrum für die Dienstleistungsindustrie und der Modifikation des Stadtbildes spielte die Konstruktion architektonisch beeindruckender Gebäude, von denen das Guggenheim-Museum nur eines von vielen ist, eine große Rolle. *Bilbao Ría 2000* entwickelte

durch ihre Aktivitäten einen ‚symbolischen Diskurs‘, in dem die Vision von Bilbao als einer postindustriellen, wettbewerbsfähigen Dienstleistungsmetropole propagiert wurde. Die Gründung der privat organisierten und öffentlich finanzierten *Bilbao Ría 2000* stellt den Übergang der klassischen Stadtplanung von lokalen öffentlichen Institutionen auf private, neuartige Stadtentwicklungsagenturen dar. Es sollte ein Wandel unter den Leitbildern der Flexibilität, Effizienz und Proaktivität eingeleitet werden. Dieser Wechsel vom „urban government“ zur „urban governance“ charakterisierte auch die Planungs- und Umsetzungsphase des Guggenheim-Projekts, bei gleichzeitiger führender Rolle des *PNV* (vgl. Rodriguez et al. 2001: 171 f.).

Der eingeleitete städtische Regenerationsprozess lässt sich in zwei Abschnitte unterteilen. Auf die Planungsphase in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, in der die Entwicklungspläne entworfen und zu deren Umsetzung Agenturen gegründet wurden, folgte die Realisierungsphase, in der die Regenerierungsprojekte seit Ende der 1980er Jahre umgesetzt und weitere Planungen angestellt werden (vgl. González 2006: 844 f.). 1999 hat die *BM30* den strategischen Entwicklungsplan erneuert und die Bedeutung der neuen Herausforderungen für die Regionen in der globalen Ökonomie hervorgehoben (Vgl. *BM30* 1999: 2). 2001 hat sie die in Englisch verfasste Stadtmarketingbroschüre „Bilbao as a global city. Making dreams come true“ veröffentlicht und das Leitbild von Bilbao als *global city* entworfen. Es wird festgestellt, dass Städte im Rahmen der Globalisierung überraschende Revitalisierungsprozesse durchlaufen und diesen zudem die Rolle als politische Entscheidungszentren zur Stimulierung von Wettbewerbsfähigkeit zugewiesen werden sollte (vgl. *BM30* 2001: 4). Der jüngste Plan aus dem Jahr 2005 sieht nunmehr eine „qualitative Regenerationspolitik“ vor, die Investitionen in Wissen, Bildung und Humankapital als langfristige Strategie vorschlägt, mit dem Ziel „to promote Bilbao internationally as a world-class city“ (vgl. *BM30* 2005: 5).

Die Errichtung des Guggenheim-Museums kann als Flaggshipprojekt im Rahmen der Strategie einer Stadterneuerung gelten. Die Verhandlungen der baskischen Regionalregierung mit der Solomon R. Guggenheim Stiftung und deren Vorsitzenden Thomas Krens begannen im Februar 1991 und endeten mit einem Abkommen, das die beiden Parteien in Bilbao und in New York Ende des Jahres 1991 unterzeichneten. Der baskische Anthropologe Joseba Zulaika hat die von Teilen der baskischen Öffentlichkeit und vor allem vom *PNV* als Erfolg gefeierten Verhandlungen mit der Guggenheim-Stiftung (vgl. statt vieler Arregi 1993) als eine Verführung der baskischen Politiker durch den Manager der Guggenheim-Stiftung Krens dargestellt und rekonstruiert (vgl. Zulaika 1997)². Der weltbekannte Architekt Frank Gehry

2 Neben der detaillierten Rekonstruktion der Verhandlungen durch Zulaika (1997) gibt es zahlreiche Darstellungen des „Guggenheim-Projekts“ mit unterschiedlichen Bewertungen; vgl. die Überblicksdarstellungen McNeill (2000) und Romo Guijarro (1999).

wurde mit dem Entwurf und der Durchführung des Baus beauftragt. Das Museum wurde schließlich 1997 offiziell eröffnet.

In den oben erwähnten Zielbestimmungen, Planungsstrategien und Visionen drückt sich der Gestaltungsoptimismus des *new regionalism*-Diskurses und bestimmter Annahmen bzgl. der regionalen Wirtschaftsentwicklung aus, die der *PNV* euphorisch rezipiert und in sein politökonomisches Programm integriert hat (vgl. Kapitel 4.3.3.1). Im Diskurs des innovativen und wettbewerbsorientierten Regionalismus entsprechend, hat der *PNV* im Guggenheim-Projekt die Chance zur internationalen Profilierung und Sichtbarkeit des regionalen Wirtschaftsstandorts des Baskenlands gesehen. Der *PNV* versucht damit eine neuartige, dynamische und urbane Kultur zu schaffen, die auf Innovationen setzt und diese mit den Traditionen und Partikularitäten des vor-industriellen Baskenlands verbindet. Das Guggenheim-Projekt war für den *PNV* von Beginn an eine zentrale Komponente der Strategie, dem Baskenland ein neues, positives Image zu verleihen und wegzukommen von den Assoziationen des Baskenlandes mit der Schwermetallindustrie, der hohen Arbeitslosigkeit und dem Terrorismus. Vor allem sollte die primäre Assoziation des Baskenlands mit dem Terrorismus, wie sie in der internationalen Wahrnehmung vorherrschte, bekämpft werden und dem Baskenland ein Image als moderne und weltoffene Region verliehen werden. Die Gewaltkampagne der *ETA* stelle das größte Hindernis für die baskischen Nationalisten dar, weil sie das Image des Landes stark beeinträchtigt, wie der *PNV*-Parlamentarier Karmelo Sainz de la Maza äußerte (zit.n. Galeote González 1999: 278).

Das Guggenheim-Projekt spielte in der *PNV*-Strategie der Modernisierung der baskischen Wirtschaftsstruktur und der städtebaulichen Erneuerung von Bilbao eine zentrale Rolle und war mit großen Erwartungen verbunden, wie an den Äußerungen des damaligen baskischen Kultur- und Tourismusministers Joseba Arregi deutlich wird. Arregi, der dieses Amt von 1987 bis 1995 bekleidete, war an der Gestaltung und Umsetzung des Guggenheim-Projekts maßgeblich beteiligt. In seinen publizistischen Beiträgen kommen die Erwartungen und Strategien des *PNV* hinsichtlich des Guggenheim-Projekts deutlich zum Ausdruck. Schon 1989 betonte Arregi die zentrale Rolle, die heutzutage die Kultur als erneuernde und innovative Kraft im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung spielt (vgl. Arregi 1989: 1). Sie habe die Identitätszeichen transformiert, die industriellen Tätigkeiten reaktiviert und ausländische Investoren angezogen. Die wirtschaftliche Regenerierung und die Belebung der Kultur gingen miteinander einher, weshalb verstärkt Investitionen in die Kultur vorzunehmen seien (vgl. ebd.). Auf den konkreten Fall Bilbao bezogen, müsste ein Mentalitätswandel eingeleitet werden. War es zu Beginn des 20. Jahrhunderts die industrielle Entwicklung, die die Stadt vorangetrieben und zu einem pulsierenden Zentrum von Kultur und Kunst gemacht hat, so sei nun, wie auch schon in anderen europäischen Städten, eine entgegengesetzte Dynamik einzuleiten. Arregi war der Meinung, dass angesichts der vertieften Krise der Stadt die Kultur prädestiniert da-

für sei, die wirtschaftliche Entwicklung zu beleben und „den Glanz wiederzugewinnen, indem die Ästhetik, die Aktivität und die Zurschaustellung von Kultur gefördert werden“ (ebd.). Den Intellektuellen, Künstlern und Politiker komme heutzutage die Aufgabe zu, die ökonomische Entwicklung wieder anzutreiben.

Arregi ist als öffentlicher und intellektueller Promoter des Guggenheim-Projekts aufgetreten und hat als solcher die mit dem Projekt verbundenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten betont. In diesen Visionen drückt sich eine positive Entwicklungskonzeption aus, die die Herausforderung der internationalen Vergesellschaftung annimmt und durch proaktives Handeln positiv für die baskische Nation zu beeinflussen versucht. Von der Modernisierung und Dynamisierung Bilbaos werde nicht nur die Metropolregion, sondern das gesamte Baskenland profitieren (vgl. Arregi 1993: 10). Das Guggenheim-Museum werde als nationales Projekt zudem eine integrative Wirkung auf die baskische Bevölkerung ausüben und sich letztlich als große Stimulanz für den Fortschritt und Wohlstand des Baskenlands in der unmittelbaren Zukunft erweisen (vgl. ebd.: 11).

In der mit dem Guggenheim-Projekt verbundenen *PNV*-Zukunftsvision für das Baskenland wird die kulturelle Dimension mit der ökonomischen, wettbewerbsregionalistischen Dimension eng verbunden. ‚Kultur‘ wird dabei als ein Begriff verwendet, der nicht nur Museen und andere Sammlungen und Repräsentationen von Kunstartefakten, sondern auch die partikularen Erscheinungen und Differenzen der ‚baskischen Kultur‘ umfasst. In ihr wird zudem ein zentrales Mittel der Revitalisierung der post-industriellen Metropole wie auch der baskischen Wirtschaft gesehen. Die Förderung der Kultur soll mit den Anstrengungen zur Verbesserung der Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit des Landes verbunden werden, so dass ein neuartiges Image, eine neue international anerkannte Identität und eine besondere Lebensqualität erreicht werden können (vgl. ebd.: 10). Der *PNV*-Direktor des Museums, Juan Vidarte, betonte, dass das Museum der Region Bilbao als Peripherie ermöglicht hat, in einer globalen Liga zu spielen, was anderenfalls undenkbar gewesen wäre (vgl. McNeill 2000: 483). Dies wurde ermöglicht durch die Kooperation mit der Guggenheim-Stiftung, einer Allianz, die durch die Einsicht der politischen Elite ermöglicht wurde, dass in der globalisierten Welt Wettbewerbsschwächen durch strategische Kooperation überwunden werden können. Nicht zuletzt wurde auch argumentiert, dass das Museum der modernen und zeitgenössischen Kunstproduktion im Baskenland ein wichtiges internationales Forum bieten könnte (vgl. Arregi 1993: 10 f.).

Der damalige Vize-Regierungspräsident Jon Azua (1991-1995) betonte ebenso die Bedeutung der Kultur, vor allem in ökonomischer Hinsicht: „culture [...] operates as an engine for new regional and urban economic development processes“ (vgl. Azua 2005: 74). Städte und Regionen müssten die Kultur als relevanten Faktor in ihre Entwicklungsstrategien integrieren. Für Azua symbolisiert das Guggenheim Museum die Internationalisierung und Universalität des Baskenlands, die Unter-

stützung von hochrangigen wirtschaftlich-kulturellen Foren. Zudem ermögliche es die Übernahme einer Avantgarderolle im Management von Kultur und die Entfaltung der dynamischen Kräfte der baskischen Unternehmen (vgl. ebd.: 80). Es steht emblematisch an der Spitze des baskischen Standortmarketings und für die zeitgemäße Art, die internationale Projektion des Baskenlandes und seines Wirtschaftsraums zu fördern. Das Baskenland und Bilbao als *global city* konkurrieren mit den anderen Standorten nicht mehr primär auf industrieller Ebene, sondern auf der Ebene der Kultur, des Tourismus und des Humankapitals: „In that period, new infrastructures and technologies, combined with the culture of the citizens, will keep Bilbao competitive.“ (ebd.) Das Guggenheim-Museum steht somit zudem auch als Symbol für die Transformation der baskischen Ökonomie in Richtung der *New Economy* und für die Implementierung eines wissens- und innovationsbasierten Akkumulationsmodells.

Diese Ausrichtung wird mit einer bestimmten Vision der spezifisch baskischen ‚Glokalisierung‘ verbunden, in der die unternehmerische Wettbewerbsausrichtung nach außen kombiniert wird mit der Kooperation innerhalb des Baskenlands. Eine offensive ökonomische Wettbewerbspolitik solle mit der Kooperation und Stärkung der baskischen Identität einhergehen. Azua hat hierfür den Begriff der „alianzas cooperativas“³ geprägt, der auch in dem Entwicklungsplan der *Diputación de Bizkaia* aufgenommen wird: „je größer die synergetischen Beziehungen zwischen den internen metropolitanen Akteuren sind, desto höher ist die Wettbewerbsfähigkeit“ (Diputación Foral de Bizkaia 2003: 9). In der Betonung des Zusammenhangs von Kultur und ökonomischer Entwicklung wird im *PNV*-Diskurs stets die Rolle der nationalen Identität hervorgehoben, die das Baskenland als etwas Partikulares auszeichne, was wiederum der positiven Profilierung des internationalen Images dienlich sein könnte. So betont Juan José Álvarez zuversichtlich den positiven Zusammenhang von Globalisierung, kollektiver Identität und ökonomischem Fortschritt:

„Der identitäre Faktor verstärkt sich durch die erneuerte und notwendige kulturelle Zusammenarbeit auf der Basis der Diversität, was wiederum die Revitalisierung und die Entwicklung unserer Kultur beschleunigt.“ (Álvarez 2008: 303)

Die im *PNV*-Diskurs mit dem Guggenheim-Projekt in Verbindung gebrachten Prinzipien der sozialen Kohäsion, kulturellen Identität, regionalen Kooperation und Wettbewerbsfähigkeit nach außen sind zugleich die ideologischen Eckpfeiler der im „Ibarretxe-Plan“ artikulierten Zukunftsvision. Hier wurde das Baskenland als offe-

3 „Cooperativo“ ist ein Neologismus, gebildet aus den Komponenten „competitivo“ (wettbewerbsmäßig) und „cooperativo“ (kooperativ), vgl. Azua 2000. Der Begriff verweist auf die „schizophrenen Strategien“ der Kooperation nach innen und des Wettbewerbs nach außen, die heutzutage angewendet werden sollen; vgl. Azua 2008: 327.

ne Gesellschaft, die nach Integration strebt und ein Referenzmodell für Freiheit, Wohlstand und Solidarität sein will, dargestellt, d.h. als ein Modell, das den Herausforderungen und Umstrukturierungen des 21. Jahrhundert entspricht. In der *PNV*-Vision der global vernetzten baskischen Region, die sich als moderner und dynamischer Wirtschaftsraum nach außen wendet, sind explizit die Thesen von Porter und anderen Wirtschaftsgeographen über den Bedeutungsgewinn lokaler Räumen und des Territoriums als wichtiges Element der wirtschaftlichen Entwicklung verwendet worden zur Plausibilisierung des eigenen ‚Glokalisierungsprojekts‘ (vgl. Eusko Jaurilaritza 2004: 34 f.). Der ‚neue Regionalismus‘ ist die Zukunftsvision, da er nicht nur die Rolle der Regionen als Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung betont, sondern auch die Regionen als geeignete *scale* der politischen Regulation der neuen Ökonomien und der Innovationssysteme anerkennt (vgl. Alberdi 2004: 8).

Das Museumsprojekt wurde vom *PNV* zugleich auch als notwendige modernisierende Reaktion auf den verstärkten Standortwettbewerb dargestellt. Die mit dem Guggenheim-Projekt assoziierte Entwicklungsvision entspricht einem Konzept der Lokalisierung, in dem die positiven, mehrdimensionalen Verbindungen zwischen der globalen Zivilgesellschaft und dem Baskenland ausgebaut werden sollen. Die anzustrebenden ‚coopetitiven Allianze‘ zur Unterstützung der neuen postfordistischen Wirtschaftsstruktur im Baskenland gründen auf der Erkenntnis, dass der ‚lokale Faktor‘ ein elementarer Baustein der Wettbewerbsfähigkeit ist und dass neue Räume geschaffen werden sollen, die die kreativen, kulturellen Wissens-Ökonomien beheimaten (vgl. Azua 2008: 327). Letztlich symbolisiert das Guggenheim-Projekt eine weitere Modernisierung des baskischen Nationalismus (vgl. Azua 2005: 77f.). Dieser habe durch die Institutionen der baskischen Selbstregierung ein Staatsprojekt konzipiert, das neue sozioökonomische und kulturelle Initiativen auf demokratische Weise angestoßen und umgesetzt hat. Dabei stehe das Guggenheim-Museum in Bilbao symptomatisch für den Versuch des baskischen Nationalismus, die Wettbewerbsfähigkeit durch Solidarität zu erringen.

Der *PNV* strebt eine Modernisierung und globale Integration des Baskenlands an, in der die Stabilität, wohlfahrtsstaatliche Politikmuster und die baskische Selbstregierung miteinander verbunden werden und in der dem Bezug auf die nationale Identität eine zentrale Rolle im Standortmarketing zugewiesen wird. Die kulturelle Spezifik und Partikularität wird zum ‚weichen Standortfaktor‘ erhoben, der die internationale Sichtbarkeit erhöhen soll. Die symbolische Standortprofilierung wurde nicht zuletzt auch im Kontext der Wirtschaftskrise von 2008 als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen, so z.B. vom Parteichef Iñigo Urkullu. Dieser schlägt vor, in diesen schwierigen Zeiten künftig verstärkt Wert auf die Qualität des eigenen Wirtschaftsstandorts und der lokalen Produktion zu legen. Das Projekt der nationalen Konstruktion sollte sich dementsprechend anpassen und auch Aspekte eines ökonomisch motivierten Nationalismus umfassen. Dessen Ziel besteht auch darin, die

„Marke Euskadi“ zu prägen. Jenseits von überkommenen protektionistischen Vorstellungen sollten sich die Basken zuversichtlich der Globalisierung gegenüber öffnen, wissend darum, dass sie auch als „kleine Realität“ Erfolg haben können, wenn die ökonomischen Angelegenheiten gut gemanagt werden (vgl. *Noticias de Gipuzkoa* vom 28.11.2011). Schon an dem Guggenheim-Projekt, den mit diesem verfolgten strategischen Absichten und am Stil der Umsetzung lässt sich rekonstruieren, wie sich der baskische Nationalismus des *PNV* eine moderne Form des Wettbewerbsregionalismus gegeben hat, in der die unternehmerische Regionalpolitik verstärkt die „Kultur“ als Standortfaktor zu mobilisieren versucht:

„The new urban landscape of Bilbao, with the Guggenheim at its centrepiece, was designed to reflect a new kind of Basque nationalism, a titanium-clad reflection of an entrepreneurial and regionalist Euskadi for both foreigners and Basques to pay attention to.“ (Huntoon/Prytherch 2005: 47)

In der Selbstwahrnehmung des *PNV* steht das Guggenheim-Museum für eine den Umständen der Globalisierung angemessene regionale Förderpolitik und Urbanisierungsstrategie. Das proaktive und selbständige Handeln der baskischen Regionalregierung hat in ihren Augen zudem das baskische Selbstbewusstsein gestärkt und die baskische Identität modernisiert: „The *PNV*’s decision to bid for the Guggenheim gave the party a powerful totem, a statement that the Basque identity was at home in the contemporary world, rather than being mired in a pre-modern ethnic bloodshed.“ (McNeill 2000: 484) Das politische Projekt des *PNV*, eine international renommierte und anerkannte baskische Metropole zu schaffen, vereint die Glokalisierungsstrategie der gesteuerten Integration in die globalen Zusammenhänge mit der Behauptung der baskischen Partikularität. Die eigene Identität ist nicht zuletzt eine wichtige Machtquelle zur Erkämpfung der heutzutage so wichtigen regionalen regulativen Kompetenzen (vgl. Alberdi 2004: 21 f.). Die baskische Identität soll bewahrt werden durch ihre Aktualisierung qua Imageerneuerung bei gleichzeitiger Integration in das *global village*.

4.4.2.2 Baskisch-nationale Kritik am Guggenheim-Projekt

Das Guggenheim-Projekt war schon kurz nach dem Bekanntwerden des Vorhabens Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Kritik geworden. Die Parteien waren über den „undemokratischen Charakter“ der geheim gehaltenen Verhandlungen des *PNV* mit der Guggenheim-Stiftung erzürnt, andere Kritiken zielten auf das ökonomische Fiasko ab, das das Megaprojekt für die öffentlichen Haushalte des Baskenlands darstellt. Wiederum andere kritisierten, dass durch dieses große Vorhaben nur von den eigenen, hausgemachten Problemen abgelenkt werden solle (vgl. MacClancy 1997: 92 f.). Vor allem wurden jedoch die ökonomischen Konsequenzen der Entscheidung kritisiert. In einem deindustrialisierten Gebiet mit hoher Arbeitslosigkeit

keit ein derartiges Kunstprestigeobjekt öffentlich zu fördern, erschien einem Großteil der bilbainischen Bevölkerung, vor allem in den unteren Schichten, sehr zweifelhaft. Der entsprechende Unmut entlud sich in Protesten der Bevölkerung mit folgender Parole: „Ladrones! Mangantes! Menos museos y más trabajo!“⁴ (vgl. Zulai-ka 1997: 231) In der Kritik des Projekts haben sich vor allem zwei Diskursgemeinschaften hervorgetan: die baskischen Künstlervereinigungen und das politische Spektrum des radikalen Linksnationalismus.

Baskische Künstler- und Intellektuellenkreise gründeten angesichts des Guggenheim-Museumsprojekts das Forum *Kultur Keska*, von dem aus die kritische Perspektive der Künstler artikuliert wurde. Der Hauptkritikpunkt dieser Vereinigung von 400 Schriftstellern, Künstlern und Schauspielern war, dass die Ausgaben für das Guggenheim-Museum ca. 80% der für Kunstförderung zur Verfügung stehenden Gelder ausmachen würden. *Kultur Keska* forderte stattdessen ein baskisches Kulturzentrum, das auch lokale Artisten und unbekannte Künstlerkollektive unterstützen solle. Nachdem die baskische Regionalregierung einige Monate vor dem Verkünden des Guggenheim-Projekts die Finanzierung eines großen baskischen Kulturzentrums verweigert und zudem Gelder zur Unterstützung regionaler Künstler gekürzt hatte, sah die *Kultur Keska* in dem neuen Projekt eine deutliche Wende in der baskischen Kulturpolitik, nämlich weg von der Förderung der regionalen Kunstproduktion hin zum Sponsoring von aus den USA importierten Prestigeobjekten (vgl. MacClancy 1997: 93). *Kultur Keska* prangerte öffentlich das „pharaonische Vorhaben“ der baskischen Regierung und die sich ankündigende Wende in der Kulturpolitik an (vgl. *El Mundo* vom 24.01.1992).

Der international renommierte baskische Künstler und Bildhauer Jorge Oteiza, dessen Entwurf eines großen baskischen Kulturzentrums in Bilbao zuvor abgelehnt worden war, artikuliert als Vertreter der baskischen Kunst und als Schlüsselfigur des „anti-Guggenheim discourse“ (vgl. Guasch 2005: 200) radikale Kritik an dem Vorhaben der Regierung. Das Guggenheim-Museum kritisiert er als eine ökonomisch motivierte „Kultur des Spektakels“, in der Kultur nicht als Quelle von Kreativität und künstlerischem Schaffen produziert werde, sondern als profitable Ware. Oteiza, für dessen Kunstproduktion der enge Bezug zur „Seele und Essenz des Baskischen“ ein zentrales Motiv war (vgl. Alonso Aldama 2008: 125 f.), hat gemeinsam mit dem international renommierten baskischen Künstler Eduardo Chillida in einem offenen Brief an den baskischen *lehendakari* kritisiert, dass das Guggenheim-Vorhaben einen „wahrhaften Betrug [darstellt], der den Wert von Disney hat, total anti-baskisch ist und der zudem einen großen Schaden auf alle im Baskenland produzierten kulturelle Aktivitäten ausübt“ (vgl. *El País* vom 05.02.1992).

Oteiza hat im Hinblick auf das Guggenheim-Museum zudem den pejorativen Ausdruck des „Euskodisney-Schwindel“ geprägt (vgl. McNeill 2000: 490). Der

4 „Diebe! Gauner! Weniger Museen und mehr Arbeitsplätze!“.

baskische Maler Fernando Illana kritisierte das Projekt, weil es den Konsum über die Produktion stellt, wodurch potenzielle Hersteller in passive Klienten verwandelt werden (vgl. *Egin* vom 12.1.1992). Seine Kritik wendet sich gegen den „Kulturimperialismus“, den er in dem Guggenheim-Projekt verwirklicht sieht. Es komme zu einer „Coca-Kolonisierung“ der nicht-amerikanischen Kulturen durch amerikanische Kräfte. Der Franchise-Vertrag mit der baskischen Regierung stehe für eine Kunst im Zeichen des Markenfetischismus, in der die Bilder nicht als sorgfältig zu kuratierende Kunstwerke behandelt, sondern in Form einer Aktie auf dem globalen Kunstmarkt gehandelt werden. Die baskische Regierung solle, so der eindeutige Tenor der baskischen Künstlerkritik, die regionalen künstlerischen Potenziale unterstützen und nicht noch kulturimperialistischen Praktiken zur Durchsetzung verhelfen (vgl. MacClancy 1997: 93 ff.). Die kritische Darstellung des Guggenheim-Projekts durch Zulaika (1997) enthält eine umfangreiche Analyse der Institutionen und Akteure. Sein Versuch, das vermeintlich erfolgreiche Projekt ‚Museum des 21. Jahrhunderts‘ zu entzaubern, indem er die Verwertungsinteressen der amerikanischen Kulturstiftung sowie den provinziellen Narzissmus und die Naivität der baskischen Politiker darstellt, hatte durchaus Erfolg: „Zulaika’s work represents the viewpoint of many in the Basque country who saw the museum as an unwarranted intervention in Basque culture.“ (McNeill 2000: 479)

Die Kritik an dem Guggenheim-Projekt als die Auferlegung der Macht des amerikanischen Kulturimperialismus wird nicht nur aus der Perspektive der baskischen Künstler und Intellektuellen, sondern auch vom radikalen, baskischen Nationalismus und der damals noch legalen *HB* artikuliert. Diese Kritiken werden oftmals aus der nationalen Perspektive formuliert und bringen unterschiedliche identitäre Selbstverständnisse zum Ausdruck. Das Jahr 1997 ist nicht das Jahr des Guggenheim-Museums, sondern das Jahr des Betrugs und der Verachtung, so die *HB* (vgl. *HB* 1997: 42). Die Mitglieder des „amerikanischen Clans“ der Guggenheim-Stiftung hätten in geheimer Absprache mit einigen *PNV*-Politikern einen Prozess eingeleitet, der den permanenten Missbrauch und die Marginalisierung des baskischen Volkes bedeutet. In den Augen der *HB* steht hinter dem Guggenheim-Museum die Absicht der kulturellen Kolonialisierung, vergleichbar mit dem von Columbus mehr als 500 Jahre zuvor durchgeführten Genozid. Das Museum bedeute den ökonomischen und kulturellen Selbstmord von *Euskal Herria* (vgl. ebd.). Die *HB* führte Umfrageergebnisse an, die die mehrheitliche Ablehnung des Museumsprojekts seitens der bilbainischen und die überwältigende Ablehnung seitens der gesamtbaskischen Bevölkerung belegten. Der Tag der Öffnung des Museums sei der Beginn eines ökonomischen, kulturellen und identitären Genozids (vgl. ebd.). Die baskische Kulturpolitik sei beschämend und verheerend für die Weiterentwicklung der baskischen Kultur. Es sei zudem zu bedenken, so die alarmistische Kritik der *HB*, dass viele Nationen der Welt zum Untergang verdammt seien, weil

ihre politischen Anführer das Interesse an der eigenen Kultur, dem eigenen kulturellen Erbe und der autochthonen Kunstproduktion verlören (vgl. ebd.: 44).

Eine ähnliche Kritik hat der Architekt Iñaki Uriarte in der linksabertzalen *Egin* in einem Artikel mit dem Titel *Guggagression* geäußert. Der *PNV* habe, obwohl er wüsste, dass die Auslöschung der Seele einer Nation mit der Zerstörung ihrer Kultur beginnt, mit dem Museumsprojekt das Grab für die baskische Kultur bestellt (vgl. Uriarte, zit.n. Guasch 2005: 190). Die baskische Bevölkerung habe die schädlichen Auswirkungen, sowohl auf die Kultur und die Ökonomie als auch auf das kollektive Selbstbewusstsein, noch nicht erkannt. Das Guggenheim-Projekt stelle hinsichtlich der Konsequenzen für die baskische Kultur, so der Gipfel der alarmistischen Diagnose Uriartes, eine ähnliche Wasserscheide dar wie der frankistische Aufstand 1936 (vgl. ebd.).

Zudem wird von der *HB* eingewandt, dass durch das Projekt mit öffentlichen Mitteln eine Kultur gefördert werde, die letztlich nicht den Interessen der breiten baskischen Bevölkerung entspreche, zumal nicht in einer Region, in der eine der höchsten Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen sei und die öffentlichen Gelder besser investiert werden könnten (vgl. McNeil 2000: 489). Neben diesem gemeinwohlorientierten Argument werden zudem demokratische Zweifel am Planungs- und Durchsetzungsverfahren artikuliert. Das Guggenheim-Projekt sei von politischen Funktionärseliten beschlossen und vorangetrieben worden. In diesem top-down-Vorgehen seien die Bedürfnisse und der politische Willen der Bevölkerung übergangen worden. Zudem wurde die Intransparenz des Planungsprozesses kritisiert. Die *HB* schickte an das New Yorker Büro des Vorsitzenden der Guggenheim-Stiftung Krens einen Brief, um ihre Ablehnung des Projekts mitzuteilen und um zu fordern, dass es nicht umgesetzt werden solle, solange in der baskischen Bevölkerung keine offene Debatte über das Projekt, die Verhandlungen und die politischen Implikationen geführt worden sei (vgl. del Cerro Santamaría 2007: 111).

Die linksabertzale Kritik an dem Guggenheim-Projekt entspringt der normativen patriotischen Vorstellung dieses Milieus, der zufolge sich die baskische Kultur in der präindustriellen und agrarischen Zeit herausgebildet habe und die sich gegenwärtig durch die Folklore, des baskische Sprache und die spezifisch baskische Geschichte und Gegenwart ausdrücke. Fremde Einflüsse werden als nicht-baskisch aus dem Konzept der „baskischen Kultur“ gebannt. Für die *HB* besteht die „Volkskultur“ („*cultura popular*“) aus der

„Gesamtheit der Handlungen, Positionen, Kenntnisse, Gewohnheiten, Ideen, Gefühlen, Transformationen und Schöpfungen, über die ein konkretes Volk [...] verfügt, um die Vergangenheit zu reflektieren, die Gegenwart zu verändern und die Geschichte zu konstruieren.“ (vgl. *HB* 1990b: 7)

Die *HB* stellt der so verstandenen Volkskultur das Konzept der ‚auferlegten Kultur‘ gegenüber, die zumeist als äußerer Einfluss in der Form einer sich selbst als universell stilisierenden Elitenkultur auf die Volkskulturen wirkt. Die auferlegte Kultur stelle zumeist das Individuum ins Zentrum und ist durch passive Züge der Konsumentenkultur gekennzeichnet. Die Volkskultur hingegen sei im Alltagsleben des Volks verwurzelt und als aktive schöpferische Kraft eng mit der Gemeinschaft des Volkes und dessen kollektivem Handeln verbunden (vgl. ebd.: 8).

Normativer Ausgangspunkt der Kulturkritik der *HB* ist die ‚baskische Volkskultur‘, die kreativ, im Volk verwurzelt und nicht-elitär ist. Sie soll nicht-wettbewerbsmäßig sein, nicht als Ware fungieren und sich der ökonomischen Verwertungslogik entziehen. Jenseits der Kommerzialisierung soll die baskische Volkskultur als eine dynamische, verändernde Kraft wirken und auch nicht-sexistisch sein (vgl. ebd.: 14 ff.). Die starke Präsenz der linksabertzalen Organisationen und Spektren in der Organisation und Durchführung von Volksfesten ist eng mit diesem positiven Begriff von Volkskultur verbunden. Zentral für die Kritik der *HB* an transnationalen Kulturprojekten wie dem Guggenheim-Museum ist der Begriff der ‚kulturellen Kolonialisierung‘. Hinter den Begriffen wie ‚Universalismus‘ und ‚Universalkultur‘ verbergen sich nach der *HB* zumeist Strategien der ‚kolonistischen Auferlegung‘ der Kulturen der ökonomisch und militärisch dominierenden Nationen. Die Volkskulturen der beherrschten Nationen und Völker werden zur Anpassung an die Kultur der mächtigen Länder gezwungen (vgl. ebd.: 9). Das baskische Volk habe in seiner Geschichte schon immer unter dem äußeren Druck der Spanier und Franzosen gelebt, die ihm ihre Kulturen auferlegen wollten. Und auch heute müsse *Euskal Herria* im Stadium der Schwäche der eigenen Kultur die Auferlegung der kulturellen Modelle aus Spanien, Frankreich und der angelsächsischen Welt, nicht zuletzt verstärkt durch die Massenkommunikationsmittel und neuen Technologien, erleiden (vgl. ebd.). Der vorherrschenden ‚bürgerlichen Kultur‘ patriarchaler, neoliberaler und hispano-französischer Ausprägung sei die „eigene populäre Nationalkultur“ entgegenzustellen (vgl. Batasuna 2005: 8f.). Diese sollte durch die Politik unterstützt werden, so dass die Weiterentwicklung der baskischen Kultur ermöglicht und diese als historisches Erbe des Baskenlandes sichtbar wird.

Die Kulturauffassung des radikalen Linksnationalismus ist grundsätzlich durch eine starke Fokussierung auf die eigene Volkskultur gekennzeichnet, die gegen schädliche äußere Einflüsse geschützt werden sollte. Diesem essentialistischen Verständnis von der ‚eigenen Kultur‘ entspricht die Kritik des äußeren Einflusses als Kulturimperialismus. MacClancy hat die Axiome der linksabertzalen Ideologie und Kulturkritik wie folgt beschrieben:

„Basque politicians who do not advance the Basque cause are ‚traitors‘, the attempt to build a nuclear power station on the Basque coast becomes ‚genocide‘, the entry of Spain into NATO

is damned as subversion of ‚Basque sovereignty‘, and anti-nationalists‘ calls for the teaching of French or English in schools instead of Euskera becomes ‚linguistic imperialism‘. “ (MacClancy, zit.n. McNeill 2000: 488)

Auch hinsichtlich der Förderung der Jugendsubkultur wird versucht, die autochthone Kulturproduktion, die fern von fremden Einflüssen bleibt, zu unterstützen. So wird das in den französisch-baskischen Gebieten veranstaltete baskische Rockfestival *Euskal Herria Zuzenean* („Baskenland live“) unterstützt und dafür gelobt, dass es sich gegen die kulturelle Auferlegung der Globalisierung wehre und dem baskischen Rock eine Bühne biete (vgl. HB 2000b: 42). Die Ausrichtung des Festivals gegen den ‚amerikanischen Kulturimperialismus‘ wird auf dem Plakat deutlich: Es wird der „Eurock der Völker gegen die World Company“ („L'Eurock des Peuples contre la World Company“) beworben (vgl. ebd.: 43). Die *USA* und damit der ‚amerikanische Imperialismus‘ stellen die abstrakten Gegner dar, die letztlich auch den Prozess der ökonomischen Globalisierung und kulturellen Homogenisierung vorantreiben. Kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat Jabier Lertxundi in der linksnationalistischen *Gara* den großen Feind der baskischen Befreiungsbewegung, die *USA*, klar vor Augen, wenn er betont, dass

„das Projekt der nationalen Konstruktion des Baskenlands über die Ablehnung der Zusammenarbeit mit den imperialistischen Kräften verlaufen und auf eine andere Welt abzielen sollte, in der die individuellen und die kollektiven Menschenrechte respektiert werden.“ (Lertxundi 2001)

Die Kulturkritik der *IA* basiert auf dieser spezifischen Wahrnehmung der internationalen politischen Verhältnisse, in der die *USA* immer wieder als der abstrakte Gegner und Sündenbock konstruiert sind. Es sei seit dem 11. September 2001 ein besorgniserregender planetarischer Faschisierungsprozess zu beobachten, der die „Yankee-Hegemonie“ stärkt und zugleich die Demokratisierung der Weltgesellschaft durch Repression und Staatsterrorismus verhindert (vgl. Stürze 2001).

Die spezifische Kulturkritik des radikalen baskischen Linksnationalismus steht in der politischen Tradition des Antiimperialismus, in der das kapitalistische Weltssystem durch die Vorherrschaft des „Yankee-Imperialismus“ gekennzeichnet wird. Die Kulturkritik trägt dabei tendenziell antiamerikanische Züge, was z.B. deutlich wird, wenn das Guggenheim-Projekt als das Diktat des Willens eines ‚amerikanischen Clans‘ dargestellt wird, dessen Strategie auf die Ausbeutung der baskischen Ökonomie abzielt. In dieser Wahrnehmung stellt das ‚transnationale Museum‘ eine große Bedrohung der baskischen Kultur und Kunst dar, da die sonst zur Förderung der autochthonen Kultur zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen wegen der Investitionen in das Megaprojekt Guggenheim fehlen. Das Guggenheim-Museum repräsentiert für die *HB* und die gesamte *IA* eine Fehlentwick-

lung der baskischen Kulturpolitik, die deshalb abzulehnen sei, weil sie eine Elitenkultur fördere und Gelder zur Unterstützung und Pflege der baskischen Kunst und Kultur fehlen würden. Dies stelle einen weiteren transnationalen, sich universalistisch gebenden Kultureinfluss dar, der die Schwächung der baskischen Kultur und Identität noch vertiefe.

Die *ETA*, die das Guggenheim-Museum aus den gleichen Gründen wie die *HB* ablehnte, versuchte die Einweihung des Guggenheim-Museums durch einen Anschlag zu sabotieren. Fünf Tage vor der Eröffnungsfeier, zu der auch der spanische König erwartet wurde, versuchten drei *ETA*-Mitglieder, als Gartenarchitekten verkleidet, im umliegenden Garten des fertiggestellten Museums mehrere Sprengsätze zu deponieren. Dies fiel dem *Ertzaintza*-Agent José María Aguirre Larraona, der mit der Bewachung des Gebäudes beauftragt war, auf. Als er eine Personenkontrolle durchführen wollte, versuchten die *ETA*-Mitglieder zu fliehen und töteten Aguirre Larraona durch Schusswaffengebrauch.

Der spezifische kulturpolitische Kritiktypus, der die Ablehnung der offiziellen *IA* gegenüber dem Guggenheim-Museum begründet und dieses als Ausdruck des amerikanischen Kulturimperialismus kritisiert, findet sich in den Grundzügen, wenn auch abgeschwächt, bei der *HB*-Abspaltung *Aralar* wieder. Auch *Aralar* befürchtet, dass sich die kulturellen Konsequenzen der Globalisierung in einem „zunehmenden Verlust der kulturellen Diversität“ auswirken würden. Dies stelle eine für die gesamte Weltbevölkerung nachteilige Zerstörung wichtiger Erbgüter der Menschheit dar (vgl. Aralar o.J. II.: S. 31). Die kapitalistische Zivilisation bringe in ihrer „Phase der planetarischen Globalisierung“ die Beseitigung der menschlichen Diversität mit sich. Die zentralen kulturellen und identitären Bezugspunkte gingen dabei verloren. Ausgehend von dieser Diagnose schlägt *Aralar* eine Kulturpolitik vor, die sich, ausgehend von der kulturellen Pluralität des Baskenlandes, gegen die für die Globalisierungsprozesse so typischen Begleiterscheinungen der kulturellen Standardisierung und Banalisierung wendet (vgl. Aralar 2009: 137). Das nach *Aralar* anzustrebende Ziel des Selbstbestimmungsrechts der Völker soll auch die Möglichkeit beinhalten, die eigene Identität und kulturelle Differenz verteidigen und stabilisieren zu können (vgl. Aralar o.J. II.: S. 31).

4.4.2.3 Der ‚Guggenheim-Effekt‘ zwischen internationaler Projektion und Zerstörung der baskischen Identität

Das Guggenheim-Projekt war, ist und bleibt in der baskischen Öffentlichkeit Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Einige der profiliertesten Kritiker, wie z.B. Joseba Zulaika oder Jorge Oteiza haben im Nachhinein ihre scharfen Kritiken abgemildert oder gar revidiert. Zulaika ist von der Kritik einer ‚Verführung der baskischen Politiker‘ durch das Management der Guggenheim-Stiftung dazu übergegangen, die Chancen des Guggenheim-Museums für die baskische Kultur und Gesellschaft stärker zu beleuchten (vgl. Guasch/Zulaika 2005). Die radikale Kritik, die

Oteiza schon in der Planungsphase am Guggenheim-Projekt aus baskisch-nationaler Perspektive formuliert hatte, ist mit der Eröffnung des Museums verstummt. Seiner Ankündigung, im Guggenheim-Museum niemals zu Lebzeiten seine Werke auszustellen, ist Oteiza nicht treu geblieben. Er war der zweite baskische Künstler, mit dessen Werk im neuen Museum eine international kuratierte Ausstellung durchgeführt wurde (vgl. Guasch 2005: 202).

Die Diskussion und Kritik des Guggenheim-Projekts in der baskischen Nationalbewegung hat deutlich gemacht, dass einerseits sämtliche Akteure der Nationalbewegung prinzipiell die Methode der internationalen Sichtbarmachung der baskischen Identität befürworten, andererseits die damit verbundenen Strategien jedoch deutlich differieren. Starke Strömungen in der baskischen Nationalbewegung kritisieren das Guggenheim-Projekt aus national-identitärer Perspektive. Der eigene, baskische Kulturbetrieb würde, so die Befürchtung und Kritik, unter der erdrückenden Präsenz der im Guggenheim-Museum exponierten und hofierten transnationalen Kultur leiden und an Dynamik verlieren; dies nicht zuletzt, weil sich die lokale Aufmerksamkeit künftig verstärkt den internationalen Kunstwerken zuwenden würde und sich dadurch die Voraussetzung für die Anerkennung der autochthonen Kunstproduktion gravierend verschlechtern würden. Im linksnationalistischen Milieu ist ein Kritiktypus vorherrschend, der durch die starke Zurückweisung der homogenisierenden Konsequenzen der kulturellen Globalisierung geprägt ist. Es werden nivellierende Auswirkungen auf die ‚baskischen Differenzen‘ befürchtet, was den generellen Verdacht gegenüber globalen Kulturphänomenen, vor allem US-amerikanischer Provenienz, speist. Zugleich werden jedoch auch in diesem politischen Spektrum die potenziell positiven Auswirkungen und die Bedeutung der nationalen Kultur im Kontext der globalisierten Gesellschaft und Ökonomie betont. Die Bedeutung der spezifischen nationalen Kulturen bestehe heute mehr denn je darin, einen Kohäsionsfaktor auch in Nationen ohne Staat darzustellen (vgl. Letamendia 1997: 180 f.).

Der vor allem vom radikalen Linksnationalismus und von künstlerischen Milieus artikulierten Skepsis gegenüber dem Guggenheim-Projekt steht der optimistische Diskurs des *PNV* gegenüber. Dieser hat das Projekt als maßgebliche politische Kraft umgesetzt. Die Guggenheim-Dependance in Bilbao sei aus mehreren Gründen für die Stärkung der baskischen Identität und der politischen Emanzipation des Baskenlandes zuträglich. An erster Stelle steht der Hinweis auf die erhöhte Popularität und internationale Sichtbarkeit der Metropole Bilbao. Das Guggenheim-Projekt entspricht der *PNV*-Strategie der internationalen Bewerbung der baskischen Differenz. Diese Strategie beschrieb der ehemalige *lehendakari* José Antonio Ardanza anlässlich der Gründung einer baskischen Stiftung in New York wie folgt: „Wir sind ein kleines Volk auf der Suche nach Aufmerksamkeit und Präsenz auf globaler Ebene.“ (zit.n. Leoncé Puncel 2004: 166) Zudem hat der *PNV* die Skepsis gegenüber den vermeintlich nivellierenden kulturellen Auswirkungen der Globali-

sierung überwunden. Es habe sich mittlerweile gezeigt, so Ibarretxe, dass die Internationalisierung der ökonomischen Beziehungen und des Handels keine kulturelle Homogenisierung mit sich bringe, wie ursprünglich in den nationalistischen Milieus befürchtet wurde (vgl. Ibarretxe 2008: 19).

Die architektonische Einzigartigkeit des Museums sollte dafür sorgen, so die Erwartung des PNV, dass dieses als Leuchtturmprojekt dem Baskenland eine große internationale Anerkennung ermöglicht. Die gesteigerte internationale Sichtbarkeit wirkte sich positiv auf die gesamte baskische Gesellschaft und Ökonomie aus, das neue Image vom Baskenland und die neue Außenwahrnehmung sollte mit einer Veränderung des baskischen Selbstbildes einhergehen. Das Baskenland sollte nicht mehr primär mit dem Terrorismus assoziiert, sondern als kulturell reichhaltig, kreativ, modern und kosmopolitisch wahrgenommen werden. Das Kalkül und die Hoffnung des PNV bestanden in „the museum's role in offering an ‚optimistic vision‘ for a Bilbao in its death throes“ (vgl. McNeill 2000: 479).

Wie die konkreten Auswirkungen des Museumsbaus auch beschrieben und bewertet werden, einige mit dem Museumsbau intendierten Wirkungen konnten erzielt werden: Die Verhandlungen mit der Guggenheim-Stiftung hat der PNV als einen Akt einer ‚Quasi-Diplomatie‘ inszeniert, in dem sich die baskische Regierung als internationaler Akteur präsentiert und als Verhandlungspartner bewährt hat. Der dadurch gewonnene Distinktionsgewinn gegenüber Spanien und die Selbstprofilierung als unabhängiger politischer Akteur im Rahmen von Verhandlungen auf internationaler Ebene sind bedeutende Aspekte hinsichtlich der kollektive Identität stiftenden Effekte des Guggenheim-Museums:

„In the basque case, the appropriation of the Guggenheim project by the Basque nationalist elite to advance their own political agenda of cultural and political emancipation vis-à-vis the Spanish State was a very clear and prominent feature.“ (del Cerro Santamaría 2007: 112)

Letztlich wurde das Guggenheim-Projekt auch als Kristallisationspunkt für die Konstruktion einer ‚neuen baskischen Identität‘ inszeniert. Durch das Guggenheim-Museum sei es gelungen, Bilbao auf der globalen Landkarte der Kultur sichtbar zu machen, wie die damalige PSE-Politikerin und Mitarbeiterin im Ressort Handel und Tourismus der baskischen Regierung, Rosa Díez⁵, anerkannt hat. Sie verglich die Ankunft des Guggenheim-Museums in Bilbao mit der Ankunft des „Mana“: „es hat uns auf die internationale Landkarte gesetzt, hat uns geöffnet und unser Image modernisiert“ (zit.n. Leoncé Puncel 2004: 163).

5 Rosa Díez hat sich in den letzten Jahren als scharfe Kritikerin des baskischen Nationalismus profiliert und die Gründung der antinationalistischen Partei *Unión Progreso y Democracia* (UDP) im Jahre 2007 maßgeblich vorangetrieben.

In der Außenwahrnehmung wurde das Guggenheim-Museum als ein überwältigender Erfolg dargestellt, wie sich aus den zahlreichen euphorischen Kommentaren und Berichterstattungen in den führenden internationalen Tageszeitungen Europas und der USA entnehmen lässt (vgl. MacClancy 2007: 171 f.; Leoncé Buncel 2004: 166 f.). Den Kern des Projekts stellt *The New Yorker* wie folgt dar: „Die Basken haben dieses Museum mitten ins Zentrum von Bilbao, der größten baskischen Stadt, gebaut, um ihre Existenz vor der ganzen Welt zu bestärken.“ (vgl. Leoncé Buncel 2004: 166)

Die zahlreichen pulzierten Erfolgsgeschichten über den ‚Guggenheim-Effekt‘ betonen nicht zuletzt auch die mit dem Museum in Verbindung gebrachte Modernisierung der Stadt. Die in Bilbao realisierte Revitalisierung und Transformation der Stadt in eine post-industrielle Tourismus- und Dienstleistungsmetropole sei auf globaler Ebene ein Vorzeigemodell. Es ist sogar das Stereotyp des ‚Bilbao-Effekts‘ kreiert worden, der in Folgendem besteht: „the transformation of a city by a new museum or cultural facility into a vibrant and attractive place for residents, visitors and inward investment“ (González 2011: 1398). Das Gebäude ist zum neuen Wahrzeichen der Stadt geworden und hat neue Standards für die künftige Entwicklung der Stadt gesetzt, wie der Museumsdirektor Juan Ignacio Vidartes betont: „By having that kind of architectural quality and prominence, it has set a very high standard for whatever is built in Bilbao and has been a very good thing that happened to the city.“ (vgl. *CNN World News* vom 19.11.2002)

Konzipiert als strategisches Gegenmittel gegen die ökonomische Deindustrialisierungskrise und den Bedeutungsverlust der Stadt, wurde mit dem Museumsbau ein wegweisendes Bauwerk errichtet, das die Neuausrichtung der städtischen Ökonomie auf Dienstleistungs- und Tourismusbranche einleiten sollte. Der Bau leitete zweifelsohne eine Veränderung der Wahrnehmung der Stadt und *pars pro toto* des gesamten Baskenlands ein. Jenseits der hier nicht weiter interessierenden, konkreten Auswirkungen auf die ökonomischen und sozialen Dimensionen der Stadtentwicklung (vgl. Rodríguez et al. 2001: 174) ist der Erfolg des ‚Guggenheim-Effekts‘ vor allem auf symbolischer Ebene zu verorten.

Die Veränderung der Außendarstellung und des Images der Stadt hat auch einen Wandel in der kollektiven Selbstwahrnehmung zur Folge, was sich anhand der in der Lokalpresse oder von politischen Funktionären geäußerten Einschätzungen beobachten lässt (vgl. MacClancy 2007: 171 f.). Auch in der Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung ist ein positiver Wandel zu beobachten. 2002 waren 97 % der Bewohner Bilbaos stolz und 62 % sehr stolz auf ihre Stadt. Dies stellt ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 5% dar (vgl. Huntoon/Prytherch 2005: 46). Paradigmatisch lassen sich die neuen populären Vorstellungen von der Stadt an den neuen Postkarten beobachten, die „auf paradoxe und anachronistische Art die architektonische Postmodernität und die idyllische vorindustrielle Landschaft bildlich verbin-

den“ (vgl. Alonso Aldama 2008: 124). Die Museumsniederlassung symbolisiert somit

„a Basque-controlled flagship which advertised Basque difference (and financial autonomy) to the world, yet which represented Euzkadi [...] not as a primordial backwater (territorialism, deindustrialization) but as a society at ease with global modernity.“ (McNeill 2000: 487)

Die urbane Umstrukturierung von Bilbao ist untrennbar mit dem Wandel des baskischen Selbstbildes und der kollektiven Identität des Baskenlandes verbunden. Das Guggenheim-Museum hat sich im Kampf um die materielle Transformation und Regeneration der Stadt als Kondensationspunkt für die Neuaushandlung kultureller Werte und kollektiver Selbstverständnisse fungiert. Dabei hat es als Symbol der (Post-)Moderne und Offenheit der baskischen Bevölkerung einen prominenten Platz im Zentrum Bilbaos eingenommen. Die Veränderung des Images der Stadt und die neue Symbolik wirkten sich dabei auch auf die politischen Identitäten aus. Nicht zuletzt ist, wie Zulaika resümiert, durch das Guggenheim-Projekt die herausragende Bedeutung, die die Kultur in der gegenwärtigen Politik spielt, deutlich geworden (zit.n. Sabanadze 2010: 163).

4.4.3 Barcelona und seine internationale Projektion als Gegenstand katalanistischer Symbolisierungen

Das ‚Modell Barcelona‘ ist zu einem viel diskutierten Topos unter internationalen Stadtplanern und Architekten avanciert und steht für die erfolgreiche Modernisierung einer Stadt und ihres Images seit den 1980er Jahren. Einige sehen in den Veränderungen von Barcelona das Zukunftsmodell für die effizienten, sauberen und vielfältigen Kulturgroßstädte des neuen Europa, andere sehen darin eines der international erfolgreichsten Stadtplanungsmodelle des 20. Jahrhunderts (vgl. Monclús 2003: 399 ff.). Wieder andere, wie z.B. der katalanische Anthropologe Manuel Delgado in seinem Buch *La ciudad mentirosa. Fraude y miseria del ‚modelo Barcelona‘* („Die verlogene Stadt. Betrug und Elend des ‚Modell Barcelona‘“), sehen im ‚Modell Barcelona‘ eine trügerische Planungs- und Entwicklungsstrategie der lokalen politischen Klasse, die das Elend und die Armut in der Stadt in neuen Dimensionen nur reproduziert (vgl. Delgado 2007). Die Olympischen Sommerspiele des Jahres 1992, die in Barcelona ausgetragen wurden, waren ein Meilenstein in der städtischen Entwicklung Barcelonas. Sie wurden nicht nur zum Anlass genommen für tief greifende stadtplanerische Modernisierungsmaßnahmen genommen. Die Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele in Barcelona im Jahr 1992 stellten zudem für die führenden Personen der politischen Klasse Kataloniens eine einmalige Chance zur Selbstinszenierung dar. Bilder von der ‚katalanischen Hauptstadt‘ wurden international in Zirkulation gebracht, und nicht zuletzt die von

der moderat-katalanistischen *CiU* regierte *Generalitat* hat dieses Ereignis dazu genutzt, öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Bewerbung der *katalanischen* Olympischen Spiele und der katalanischen Differenz zu initiieren. Anders als das Baskenland, das 1992 im Schatten des spanischen ‚annus mirabilis‘ stand, war Katalonien einer der zentralen Medienschauplätze. Ein Überblick über die internationale Berichterstattung von den *katalanischen* Olympischen Spiele 1992 zeigt „an overwhelming success in publicity terms for those who sought to stress Barcelona as being a Catalan, as opposed to Spanish, city“ (vgl. McNeill 1999: 55).

Seit den frühen 1980er Jahren ist Barcelona Gegenstand politischer Auseinandersetzung geworden, wobei der Symbolgehalt der Stadt im Zentrum stand. Oft wurde in der Geschichte der katalanischen Nationalbewegung die Frage der ‚Katalanität‘ oder ‚Nichtkatalanität‘ der katalanischen Metropole, vor allem in Opposition zum katalanischen Hinterland – dem „Catalunya profunda“, d.h. dem „tiefen Katalonien“ –, belebt diskutiert⁶. Auch vor dem Hintergrund der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele flammte eine politische Auseinandersetzung um den Stellenwert der katalanischen Hauptstadt auf. Diese hatte nicht nur die konkrete politische Kontrolle der Olympischen Spiele, sondern auch den symbolischen Gehalt der Stadt und ihres Images zum Gegenstand. Die entsprechenden Auseinandersetzungen wurden in der lokalen Presse als ‚Kämpfe um Barcelona‘ kommentiert. Resina betont den imaginären Aspekt des Kampfs um die visuelle Außendarstellung Barcelonas und Kataloniens, wenn er von dem „war for representation“ (Resina 2008: 221) spricht. „It was a microcosm of a highly politicised and long-running story of competing views on the role of Barcelona within a wider political space, be this Catalonia, Spain of Europe.“ (McNeill 1999: 55)

War Barcelona schon immer als Symbol und Referenzpunkt für die Imagination der katalanischen Identität von großer Bedeutung, so wurde die katalanische Hauptstadt in den 1980er Jahren zum Gegenstand zweier gegenläufiger politischer Projekte und Versionen des Neuaufbaus Kataloniens im demokratischen Spanien. Anders als im Fall von Bilbao und des Baskenlandes, wo das Projekt der Modernisierung der Stadt unter der politischen Kontrolle des *PNV* und seiner Regierungen auf den unterschiedlichen institutionellen Ebenen (Regionalregierung, Provinzregierung und Kommunalregierung) vorangetrieben und als Symbol der Modernisierung *des Baskenlandes* inszeniert wurde, wurde die Revitalisierung von Barcelona nicht von *einer* politischen Kraft und nicht im Zeichen der übergreifenden Modernisierung Kataloniens vorangetrieben. Während die Stadt Barcelona und die gesamte Metropole über lange Jahre hinweg von den katalanischen Sozialisten des *PSC*, teils auch von dem kommunistischen *PSUC*, regiert wurde, stand die katalanische *Generalitat* unter der politischen Kontrolle des moderaten und bürgerlichen Katalanismus der

6 Zur Geschichte Barcelonas und den räumlichen Assoziationen im katalanischen Nationalismus: vgl. Etherington (2003): 179 ff. und Delgado (2007): 79 ff.

CiU. Die Stadt Barcelona war somit über lange Zeit Gegenstand von Auseinandersetzungen um die politische Hegemonie zwischen den beiden stärksten Lagern der katalanischen politischen Landschaft gewesen. Die Stadtregierung war für den *PSC* somit zugleich eine Bastion, von der aus die politische Hegemonie der *CiU* in Katalonien zu brechen versucht wurde. Der Konflikt zwischen den beiden politischen Kräften trat vor allem im Kontext der in Barcelona 1992 ausgetragenen Olympischen Spiele deutlich zu Tage.

Die politische Auseinandersetzung zwischen diesen beiden stärksten politischen Parteien Kataloniens war stark dominiert von den beiden Führungspersonen Pasqual Maragall (*PSC*) und Jordi Pujol (*CiU*) und der von ihnen vertretenen Entwicklungsprojekte dargestellt. Maragall war langjähriger Bürgermeister von Barcelona und für die Entwicklung des katalanischen Sozialismus seit den 1980er Jahren von zentraler Bedeutung. 2003 wurde er zum katalanischen Ministerpräsidenten gewählt. Seine Person ist eng mit der Realisierung des ‚Model Barcelona‘ verbunden. Pujol hat als langjähriger katalanischer Präsident die politische Entwicklung Kataloniens maßgeblich geprägt, wenn auch die katalanische Metropolregion während der langjährigen nationalen Hegemonie des moderaten Katalanismus nicht von diesem direkt kontrolliert werden konnte. Beide, Maragall und Pujol, haben verschiedene Vorstellungen und Konzeptionen der Stadtentwicklung artikuliert und sie zu Katalonien und dessen Zukunftsperspektiven in Bezug gesetzt. Die Konstruktion der kulturellen Identitäten und nationalen Selbstbilder anhand des Metropolen- und Hauptstadtbezugs soll im Folgenden exemplarisch an den politischen Projekten dieser beiden Protagonisten der katalanischen Politik erläutert werden.

4.4.3.1 Die Entwicklung des ‚Modell Barcelona‘ unter der Vorherrschaft des *PSC*

Die städtebauliche Transformation von Barcelona seit dem Ende des frankistischen Regimes wird von der strukturellen Veränderung der Ökonomie in der katalanischen Metropole determiniert. Die schon thematisierte Umstrukturierung der gesamten spanischen Ökonomie seit Ende der 70er Jahre und im Rahmen der europäischen Integration hat auch für die katalanischen Ökonomie und die Metropole Barcelona gravierende Veränderungen nach sich gezogen. Die Zerstörung der Manufakturindustrie machte Barcelona zu einem Exemplar des globalen Typus der ‚post-industriellen Stadt‘. Unter diesen Umständen war die Transformation der lokalen Ökonomien eine absolute Notwendigkeit. Sie manifestierte sich in der Neuausrichtung unter dem Leitbild der ‚sauberen Kultur- und Technologieindustrien‘. Barcelona stellt somit eine lokale Ausprägung der weltweiten Trends in der globalen Ökonomie dar, in der Information und Unterhaltung zu den ökonomischen Triebkräften geworden sind (vgl. Paz Balibrea 2001: 193). Angesichts der Herausforderung der Restrukturierung der Ökonomie kam es zu einer Allianz der lokalen politischen Klasse und der mächtigen lokalen Finanz- und Industriellenoligarchie,

die, unter dem starken Druck der Wirtschaftseliten und in Form von *private-public-partnership*-Kooperationen, die Revitalisierung der Stadtentwicklung organisiert und durchgesetzt hat:

„The creation and improvement of the city's urban facilities and spaces would allow the re-capitalization of their industrial land, devalued after the economic recession and now very lucratively and recycled; and would help to promote the cultural, technological and entertainment industries that were to become the core of the new economy.“ (ebd.: 194)

In diesem Zusammenhang ist auch die von den PSC-Bürgermeistern Narcis Serra (1979-1982) und Pasqual Maragall (1982-1997) angeführte Revitalisierungspolitik zu betrachten. Maragall entstammt einer traditionellen bürgerlichen Familie aus dem Milieu der liberalen und weltlichen Intelligenzija Barcelonas (vgl. dazu: McNeill 1999: 68 f.). Sein Großvater war Joan Maragall, der bekannte katalanische Nationaldichter, der durch eine *Oda a Espanya* („Ode an Spanien“) bekannt wurde, in der er gegen die Vorherrschaft der hispanischen Kultur in Katalonien polemisiert und für die Orientierung Kataloniens nach Europa plädiert hatte. Noch während des frankistischen Regimes hat der 1941 geborene Pasqual Maragall als Ökonom in der barceloneser Stadtverwaltung gearbeitet und sich ein umfangreiches Wissen in der Kommunalpolitik angeeignet, was er, im Anschluss an ein Master-Studium an der *Johns Hopkins Universität* in den frühen 1970er Jahren, im Rahmen einer Promotion an der *Universitat Autònoma de Barcelona* über die Entwicklung der Grundstückspreise in Barcelona ausgebaut und systematisiert hat. Vertraut mit der politischen Geschichte und Realität von Barcelona, war Maragall ein prädestinierter Amtsnachfolger von Serra, nachdem dieser als spanischer Verteidigungsminister nach Madrid berufen wurde.

Das politische Denken Maragalls ist dadurch gekennzeichnet, dass in seinem Zentrum die Förderung des Einflusses der katalanischen Metropole im Rahmen eines föderalen Spaniens steht. Maragall bezeichnet sich selbst als ‚Katalanist‘ und nicht als ‚Nationalist‘ und vertritt ein Konzept des ‚offenen Katalonien‘ im Gegensatz zum ‚geschlossenen Katalonien‘, das er im konservativen Katalanismus verkörpert sieht (vgl. Maragall 1987: 120). Von seinem Großvater übernimmt er einen nuancierten Blick auf Katalonien und hebt die Bedeutung der internationalen Orientierung und Anerkennung Kataloniens hervor. Maragall knüpft an den alten Vorschlag der barceloneser politischen und ökonomischen Eliten eines dritten Wegs zwischen dem imperialistischen und antiquierten *Españolismus* und dem ländlichen, konservativen Katalanismus an. Der Wille, diesen beiden antimodernen Nationalismen zu entfliehen, kennzeichnete den ‚Liberalprovinzialismus‘ des barceloneser Bürgertums, das aus föderalistischen und tendenziell progressiven Motiven heraus eine Verbindung von Kosmopolitismus und historisch-kulturellem Bezug auf die katalanische Identität formuliert hat. In diesem Milieu wurde Barcelona als die

Verkörperung der Widersprüche von Traditionalität und Modernität, Nationalismus und Internationalismus, Lokalität und Globalität gefeiert (vgl. Delgado 2007: 84 f.). In der Tradition dieses Suchens nach einem Gleichgewicht lässt sich das Projekt der katalanischen Sozialisten und Maragalls wie auch deren Selbstverständnis als ‚progressive Katalanisten‘ verorten. Die Suche nach einem Gleichgewicht jenseits der Begrenzungen des spanischen und des katalanischen Nationalismus, die beide wegen ihrer Verwurzelung in den Denkmodellen der ethnischen Identifikation antiquiert sind, ist konstitutiv für das politische Denken Maragalls. Maragall betont den positiven Beitrag, den Katalonien in der Konstruktion des spanischen Staates, der die Pluralität der Identitäten anerkennt, leisten könnte (vgl. Maragall 1987: 135).

Gegen die Konzeptionen des „geschlossenen Katalonien“, wie es im klassischen Nationalismus und dessen Identitätsmustern vertreten wird (vgl. Maragall 1991: 65 ff.), artikuliert Maragall einen politischen Diskurs, der später auch die Praxis der barceloneser Stadtregierung beeinflussen wird. Im Zentrum seines Programms steht die Idee des städtischen Katalonien („La Catalunya-ciutat“) (vgl. Delgado 2007: 83). Maragall knüpft an die klassische Vorstellung des städtischen Katalonien⁷ an und betont den metropolitenan Zug Kataloniens. Das anzustrebende urbane Katalonien hat die Metropole Barcelona als Rückgrat und wird zudem von einem netzwerkförmigen System der Provinzstädte getragen und modernisiert (vgl. ebd.: 120). Diese Vision hat Maragall schon in einer Aufsatzreihe zu Beginn der 1980er Jahre in *La Vanguardia* entwickelt, wo er sich für eine koordinierte Austarierung und Vertiefung des Verhältnisses zwischen dem Kern der Metropole und den peripheren Agglomerationen aussprach (vgl. McNeill 1999: 71). Die Städte sind in Maragalls Vision die zentrale territoriale Macht der Zukunft. Als katalanische Hauptstadt sollte Barcelona eine bedeutende Rolle im „Europa der Städte“ spielen und zur Entwicklung eines kosmopolitischen Katalanismus beitragen (vgl. ebd.: 69). Maragalls Vision von Barcelona als einer „Eurocity“, einer Stadt, die mit anderen europäischen Metropolen konkurriert, sich aber auch gemeinsam mit diesen für den Einfluss der Metropolen auf europäischer Ebene einsetzt, war bewusst als Konkurrenzprojekt zum Vorhaben des katalanischen Nationalismus der *CiU* konzipiert, die die Schaffung einer katalanischen Euroregion anstrebte, durch die die katalanische

7 In der Februarausgabe der *Revista de Catalunya* des Jahres 1926 wurden Statements von katalanischen Intellektuellen, die außerhalb von Barcelona lebten, unter dem Titel *Per la Catalunya-ciutat* veröffentlicht. Dort wurde die Frage diskutiert, ob ein auf das gesamte katalanische Territorium ausgedehntes Netz von Städten die Herausbildung einer einheitlichen katalanischen Kultur fördern würde. Es wurde in den Beiträgen die Wunschvorstellung vieler ausgedrückt, durch die Realisierung eines städtischen Katalonien das Land durch die Kultur und die Zusammenarbeit von Künstlern, Intellektuellen und Kulturförderern zu homogenisieren und dadurch zugleich die Gesamtheit der katalanischen Gesellschaft zu modernisieren (vgl. Duarte 2009).

„Nation ohne Staat“ Einfluss auf die Politik der *EU* nehmen sollte (vgl. Resina 2008: 206 f.). Die urbane Kultur spielt in Maragalls Leitbild vom so genannten „Catalunya oberta“ („offenen Katalonien“) eine bedeutende Rolle. Sie ist ein weiterer Punkt, in dem er sich vom konservativen Katalanismus Pujol'scher Prägung absetzt. Maragall betont zudem den Reichtum des städtischen Lebens, das durch Toleranz und Pluralität gekennzeichnet ist.

Diesem Selbstverständnis folgte die von Maragall angeführte Regierungspraxis in der politischen Administration der Metropole, die als wahrhafter „Stadt-Staat“ auftrat und die ganze „metropolitane Zone“ mit ihren 3.130.000 Einwohnern zu regieren beanspruchte (vgl. Delgado 2007: 84). In der frühen Stadtentwicklungspolitik des *PSC* standen die Schaffung neuer öffentlicher Räume und die Verbesserung der Qualität des städtischen Lebens im Vordergrund. Es handelt sich um ein Ziel, das zu Beginn der 1980er von breiten Teilen der barceloneser Bevölkerung geteilt wurde - von den starken Nachbarschaftsorganisationen, der so genannten *Federació d'Associacions de Veïns de Barcelona* (FAVB), bis zu den lokalen Geschäfts- und Industriellenvertretern und der Kommunalverwaltung. Konnte die *FAVB* noch in den frühen 1980er Jahren starken Einfluss auf die Stadtplanung ausüben und erfolgreich auf Umweltprobleme und Mängel der sozialen Infrastrukturen vor Ort hinweisen, hat sich im Laufe der 1980er Jahre ein Entwicklungsstil herausgebildet, in dem die Ziele der strategischen Außenprojektion und der Förderung von Barcelona als attraktiver Wirtschaftsstandort und Tourismusdestination höchste Priorität hatten. Die wirtschaftliche Erholung seit Mitte der 1980er Jahre und der Zuschlag für Barcelona als Austragungsort der Olympischen Spiele regten neue strategische Visionen in der Stadtplanung an. Gegen Ende der 1980er und im Laufe der 1990er setzte sich bei den kommunalen „politischen Unternehmern“ Barcelonas das strategische Ziel durch, die Stadt für den globalisierungsbedingten Anstieg des Wettbewerbs unter den Städten fit zu machen und modernisieren (vgl. Capel 2005: 29).

Im politischen Projekt der Regeneration und Revitalisierung der Stadt wurden, so Maragall im Jahre 1991 auf die ersten Schritte der Stadtentwicklungspolitik zurückblickend, zunächst kleinere Operationen durchgeführt, die dann später von großräumigen strategischen Stadtplanungsprojekten abgelöst wurden, auf Quantität folgte Qualität. Die stadtplanerischen Interventionen fußten dabei auf der Erkenntnis, dass „die Verbesserung des öffentlichen Raums von großer Bedeutung für die Lösung der ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme ist“ (Maragall; zit.n. ebd.: 30). Die Konzeption des „öffentlichen Raums“ nimmt in der Stadtentwicklungsstrategie von Maragall eine Schlüsselrolle ein. Maragall hatte ein Gespür für die Bedeutung des städtischen und infrastrukturellen Umfeldes für die ökonomische Entwicklung. Im Zentrum der Maragall'schen Entwicklungskonzeption steht die Veränderung und Modernisierung der urbanen Strukturen, mit dem Ziel einer Stimulierung des ökonomischen Wachstums. Es gehe darum, sich vom Image der zurückgebliebenen „europäischen Banane“ zu lösen, sich auf der Landkarte der ersten

europäischen Städte zu situieren und sich als einer der Motoren der spanischen und europäischen wirtschaftlichen Entwicklung zu konsolidieren (vgl. ebd.).

Für die Maragall'sche Stadtentwicklungsvision ist zudem ein ganzheitlicher Begriff der Stadt grundlegend. Die Stadt wird hier weniger als Verwaltungseinheit oder als Vermittler lokaler Interessen verstanden, sondern vielmehr als umfassendes soziales Gebilde, das es durch die Partizipation aller Spektren der lokalen Bürgerschaft zu konstruieren gilt. Die sozialen Akteure und ihre Interessen sind in den Prozess der Konstruktion der Stadt zu integrieren und zu Gunsten des ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wachstums zu mobilisieren (vgl. Delfour 2007: 143). Die von Maragall verfolgte Vorstellung entspricht dem, was Jordi Borja zur gleichen Zeit, d.h. zu Beginn der 1980er Jahren, als „barcelonismo“ bezeichnete:

„ein Zukunftsprojekt, das einen großen Stachel und kohärenten Rahmen für die öffentliche und private Investition zu Gunsten der Rekonstruktion und Wiederaufwertung der Stadt und der ganzen Metropolregion darstellt“ (Borja, zit.n. Delgado 2007: 69).

Die Orientierung auf die Verbesserung des öffentlichen Raums ist mit dem Wunsch verbunden, die Identifikation der Bevölkerung mit der Stadt zu erhöhen und eine Homogenisierung des städtischen Territoriums voranzutreiben. Die Umstrukturierung der Stadt zu einer ‚post-industriellen‘ Stadt, die sich als Zentrum der Dienstleistungsbranche und als beliebte Tourismusdestination neu zu entwerfen bestrebt, ging mit der Neuerfindung der barceloneser Bürgerschaft einher. Mit einem klassisch sozialdemokratischen Wohlfahrtsdiskurs hat Maragall eine Vision von Barcelona artikuliert, die das Projekt der Stadt als einheitliches und gemeinsames auffasst (vgl. ebd.: 346). Seine Stadtentwicklungspolitik zielt im Interesse der Gesamtheit der barceloneser Bürgerschaft auf die Förderung des Wohlergehens der Stadt ab. Durch Erziehung, kulturelles Engagement, Bürgerschaftsrechte und die Schaffung von öffentlichen Räumen, die angenehm gestaltet sind und sauber gehalten und gepflegt werden, soll ein neues Gefühl von Kollektivität entstehen, das die Wahrnehmung der Stadt als ein einheitliches und gemeinsames Projekt ermöglicht. Die lokale Bevölkerung soll dabei als die Bewohner Barcelonas und nicht notwendiger Weise als Katalanen oder Spanier angerufen werden, was Kommentatoren dazu geführt hat, vom „municipal chauvinism“ zu sprechen (vgl. Resina 2008: 205).

Ein Bestandteil der Strategie der Verbesserung des ‚öffentlichen Raums‘ ist die Strategie der Verschönerung der Fassaden und der Bauwerke der Stadt. Die Kampagne „Barcelona posa't guapa“ („Barcelona, mach dich schön“) zielt auf die Förderung und finanzielle Unterstützung der Sanierung von herausragenden Gebäuden ab. Nach Maragall hat diese Kampagne

„die Wahrnehmung des öffentlichen Raums durch die Bürger als ein öffentliches Gemeinwohl verändert, trägt zur Verbesserung des kollektiven Erbes bei und verbessert die Ruhe und Gemütlichkeit in der Stadt“ (Ajuntament de Barcelona 1992: 6).

Diese restaurativen Verschönerungsmaßnahmen sollten auch dazu führen, die städtische Lebensqualität zu verbessern und dadurch die Identifikation mit der Stadt zu erhöhen. Die massiven Investitionen in hochrangige Bauten, Museen und Kulturprojekte entsprechen dem politischen Willen der Modernisierung und dem Wandel zur post-industriellen Stadt.

Die Stadtentwicklungsstrategie konzentriert sich auf die Schaffung neuer ‚kultureller Räume‘ und öffentlicher Räume mit Gebäuden auffälliger Architektur. Auf die Neugestaltung von öffentlichen Plätzen folgte die Konstruktion von Museen, Theatern, Sportkomplexen, breiter Einkaufsstraßen und Promenaden. Die Schlüsselprojekte in der Umstrukturierung des Stadtzentrums waren das *Centre de Cultura Contemporània de Barcelona* (CCCB) und das *Museu d'Art Contemporàni de Barcelona* (MACBA). Zwei große Bauprojekte kultureller Zentren, entworfen von hochrangigen Architekten, die der Aufwertung und dem *facelifting* der neuen städtischen Räume dienen sollten. Diese Erneuerungsmaßnahmen und die Etablierung kultureller Institutionen und Vorzeigebauten wurden unternommen, um das städtische und moderne Profil von Barcelona zu unterstreichen. Sie wollten darauf hinarbeiten, ein neues Selbstverständnis der barceloneser Bevölkerung zu induzieren. Die Einwohner der Stadt sollten sich ihres kulturellen Kapitals und ihrer kollektiven Identität bewusst sein. Die Urbanität sollte im lokalen, kollektiven Bewusstsein eine besondere Rolle spielen. Wie Josep Ramoneda, der dem *PSC* nahestehende Direktor des CCCB, betont, steht im Zentrum des CCCB die Idee, dass die Urbanität die wahrhafte Tradition der Moderne ist. „Das Konzept, das unser Profil definiert, ist das der Stadt. Die Stadt als Ort, in dem sich die Moderne entwickelt.“ (zit.n. ebd.: 197)

Maragall hat sein Amt als Bürgermeister schon früh proaktiv ausgelegt, viele Initiativen angeregt und strategische Allianzen zur Entwicklung der Stadt geknüpft. Der erste große stadtplanerische Ausdruck dieser Bemühungen ist der „Plan Estratégico Económico y Social Barcelona 2000“, der von Maragall angeregt wurde. Er wurde von der Stadtverwaltung Barcelonas zusammen mit repräsentativen ökonomischen und sozialen Akteuren der Metropole erarbeitet, um den von den Olympischen Spielen ausgehenden ökonomischen Impuls mit der Modernisierung der städtischen Infrastruktur und der Stadt zu verbinden (vgl. Ajuntament de Barcelona 1990). Neben dem Bürgermeister Maragall gehörten dem Exekutivkomitee des Plans Vertreter des *Cercle d'Economia*, der Industrie- und Handelskammer von Barcelona, der Rektor der Universität Barcelona, der Vorsitzende der Messe Barcelona und des Hafens sowie Gewerkschaftsvertreter von den *CC.OO.* und der *UGT* an.

Die Grundausrichtung des Plans war schon als Revitalisierungsplan für Barcelona konzipiert und entwickelt, noch bevor die Kandidatur als Olympiastadt bekannt wurde. Schon zuvor wurde der politische Willen artikuliert, dass Barcelona sich im Kontext der technologischen Transformationen und ökonomischen Globalisierung zum globalen Referenzpunkt der katalanischen Region entwickeln sollte. 1988 wurde in einer Erklärung der Mitglieder des Exekutivkomitees des Plans das Problembewusstsein ausgedrückt, dass sich die katalanische Hauptstadt im südwestlichen Mittelmeerraum neu ausdefinieren und dort die Rolle als „sowohl ökonomisch, wie auch hinsichtlich der Lebensqualität wichtigstes urbanes Zentrum“ einnehmen soll (ebd.: 20). Durch den Plan sollten die Anstrengungen der verschiedenen sozialen Akteure gebündelt werden und dadurch als „Motor für den Fortschritt der Ökonomie und der Bürger der Stadt“ (ebd.) fungieren. Der Plan von 1990 sah vor, das „metropolitane Netz“, d.h. die Infrastruktur, die innerstädtischen Verbindungen und die Zusammenarbeit, sowie den sozialen (Bildung, Kultur, Lebensqualität) und den ökonomischen Fortschritt (Modernisierung des industriellen Systems, angebotsorientierte Dienstleistungen) zu fördern (vgl. Ajuntament de Barcelona 1990). Wie der Vorsitzende des Exekutivkomitees, Francesc Raventós, betont, kommen der Kommunikation und Zusammenarbeit der Akteure, die unterschiedliche Interessen verfolgen, in der Formulierung des gemeinsamen Projekts höchste Priorität zu (vgl. ebd.: 15). Ein weiterer grundlegender Bestandteil ist die internationale Ausrichtung des Plans. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Westeuropas tendieren zur Schaffung internationaler Makroregionen, innerhalb dieser die Großstädte eine zentrale Bedeutung einnehmen, so die Diagnose des Exekutivkomitees. Auch die Vertiefung der europäischen Integration werde diesen Trend weiter forcieren, weshalb sich die Stadt im europäischen Kontext verstärkt um die internationale und europäische Vernetzung bemühen muss (vgl. ebd.: 36 ff.).

Die im Plan angelegte Vision entspricht der Betonung der internationalen Ausstrahlung und Tätigkeiten Barcelonas in Maragalls Schriften. Maragall knüpfte dabei an den zu Beginn des 20. Jahrhunderts geprägten Topos von Barcelona als ‚Paris des Südens‘ an. Barcelona habe wegen seiner ökonomischen Stärke und seines attraktiven mediterranen Lebensstils die Möglichkeit, sich zur „nördlichen Hauptstadt Südeuropas“ zu entwickeln (vgl. Maragall 1988: 95). Dabei wird die zunehmende internationale Konkurrenz zwischen den Städten mit reflektiert. Die zunehmende Internationalisierung gehe mit erhöhten Anforderungen an das Wettbewerbsprofil der Stadt einher, weshalb Barcelona wie ein Unternehmen für optimale Marktbedingungen zu sorgen habe:

„Zur Wettbewerbsfähigkeit der Städte zählen in zunehmendem Maße Faktoren wie die Umwelt, die Erziehung und die kulturellen Infrastrukturen. In strategischem Sinne handeln Städte

wie Unternehmen, die Investitionen und Anwohner anziehen und dabei vorteilhafte Orte für die Industrie, den Handel und die Dienstleistungen anbieten wollen.“ (Maragall 1991: 194)

Die Mobilisierung zu Gunsten der internationalen Wettbewerbsposition wurde dabei dargestellt als das kollektive Interesse der lokalen Bevölkerung, die sich auch an der Ausformulierung der Entwicklungsstrategie beteiligen sollte. In der konkreten strategischen Stadtplanung wurde darauf Wert gelegt, dass sich ein möglichst großer Teil der sozioökonomischen Akteure und der Zivilgesellschaft an der Planung beteiligen, wie Francesc Santana, der Koordinator des Plans, betont (vgl. Delfour 2007: 151). Die erzieherische Rolle nimmt der Plan ein, indem er vom Wissen, den Erfahrungen und Kompetenzen der beteiligten Akteure profitiert und diese in der Konstruktion der Territorialität angewendet werden. Die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung soll durch diese „kollektive Intelligenz“ dynamisiert werden, was letztlich, so das Kalkül der Entwicklungsstrategie, ein „lernendes Territorium“ entstehen lässt (vgl. ebd. f.).

Das Vorhaben der internationalen Ausrichtung der Stadt wurde in den Neuauflagen des Plans (der ersten Etappe des Plans, von 1988 bis 1994, folgten zwei weitere, von 1994 bis 1999 und von 1999 bis 2004) wiederholt artikuliert, wenn sich auch die konkrete Ausrichtung leicht modifizierte. Stand in der ersten Etappe noch die Vision der katalanischen Makroregion, die sich Europa gegenüber öffnen sollte, im Zentrum, so wurde in der zweiten Etappe die internationale Ausstrahlung der Stadt auf die globale Ebene, vor allem nach Lateinamerika und nach Afrika, angestrebt. Es sollte die „Integration der Region Barcelona in die internationale Ökonomie akzentuiert werden, um ihr Wachstum in der ökonomischen und gesellschaftlichen Dimension und hinsichtlich der Lebensqualität zu garantieren.“ (Ajuntament de Barcelona 1994: 11 f.) Im dritten Entwicklungsplan wird der Modernisierung der gesamten Metropole höchste Priorität beigemessen. Barcelona solle sich zu einer der wichtigsten Metropolregionen im Netz der europäischen Städte entwickeln (vgl. Ajuntament de Barcelona 1999: 25 ff.). Als Stadt der Informations- und Wissensgesellschaft sowie der neuen Ökonomien und Dienstleistungen soll die Stadt ein ökonomisches Entwicklungsmodell konstituieren, dessen primäre Merkmale Effizienz und Qualität sind (vgl. ebd.: 27 ff.). Dadurch solle die ganze Metropolregion in ihrer Stellung in Spanien sowie im Ausland gestärkt werden und eine aktive Rolle im Prozess der Konsolidierung der europäischen Union einnehmen (vgl. ebd.: 41 f.).

Wie im Fall anderer europäischer Städte wurde in der Stadtentwicklungspolitik im Barcelona der 1990er Jahre auf die ambitionierten modernistischen Entwicklungsvisionen aus dem frühen 20. Jahrhundert zurückgegriffen. Der Wille, Barcelona zur Hauptstadt des westlichen Mittelmeerraums zu machen, kann insofern als die Realisierung des früheren Traums von Groß-Barcelona als ‚Paris des Südens‘ gedeutet werden, wobei die gegenwärtigen Herausforderungen und Möglichkeiten von der ökonomischen Globalisierung ausgehen (vgl. Monclús 2003:

408). Im Zuge dieses allgemeinen Trends und des Kampfes gegen die ökonomischen Krisentendenzen haben sich neuartige Strategien herausgebildet. Die Strategie des *urban marketing* wurde zum Vorbild genommen und daran anschließend folgende Ziele verfolgt: „the different variants of urban promotion, and the renewal of the image of the city, coherent with the conversion of an industrial economic base into one of services“ (ebd.).

Die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 1992 stellte eine Möglichkeit dar, modernisierende Umstrukturierungen einzuleiten und umzusetzen. Wie Maragall rückblickend betont, waren die Vorbereitungen auf die Olympischen Spiele ein geeigneter Anlass, die Anstrengungen der stadtpolitischen Modernisierung zu vertiefen und zu legitimieren. Die Olympischen Spiele „waren nicht der Zweck an sich, sondern ein geeignetes Mittel, um eine Stadt zu verändern, die nach Modernisierung verlangte“ (Maragall, zit.n. Delfour 2007: 140). Schon am Abend der Ankündigung Barcelonas als Austragungsort der Olympischen Spiele 1992 hat sich Maragall auf dem Plaça Catalunya feiern lassen und sich als der künftige lokale Manager der Spiele inszeniert (vgl. McNeill 1999: 75). Maragall hat die Gunst der Stunde der verstärkten Aufmerksamkeit durch eine proaktive Politik der Präsenz im Ausland genutzt und noch 1986 diplomatische Treffen, z.B. mit dem damaligen US-amerikanischen Vizepräsidenten George Bush, mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem russischen Botschafter in den USA abgehalten (vgl. ebd.: 76). Maragalls Vermarktungsstrategie hinsichtlich der Außendarstellung der Stadt beinhaltete das Vorhaben, Barcelona als eine dynamische und glückliche Stadt zu verkaufen, die tolerant gegenüber ausländischen Besuchern ist und in der die historischen Konflikte über Sprache und politische Symbole keine Rolle mehr spielen (vgl. Resina 2008: 222). Maragall machte schon frühzeitig angesichts der zu erwartenden Polemik des konservativen Katalanismus gegen das *spanische* Megaprojekt der Olympischen Spiele deutlich, dass ihm die national-identitäre Auseinandersetzung gleichgültig war. Für ihn stand fest, dass „Barcelona in Katalonien, Katalonien in Spanien und Spanien in Europa liegt.“ (zit.n. Santamaría 1999: 52)

Zentral für Maragalls Vision von der Metropole ist sein Lob der kulturellen Pluralität und Hybridität von Barcelona. Katalonien sollte sich auf eine kosmopolitische Zukunft vorbereiten, die durch die dynamische Entwicklung der kulturellen Vielfalt gekennzeichnet sei (vgl. Maragall 2001). Das Unternehmen der Olympischen Spiele wurde von Maragall verknüpft mit dem übergreifenden Ziel der Schaffung eines ‚metropolitanen Barcelona‘: „Die Generation von 1992 muss das metropolitane Barcelona verwirklichen. Dies ist eine natürliche, logische und unvermeidbare Folge, die wir verwirklichen müssen.“ (Maragall, zit.n. ebd) Neben der Stellung und der Ausnutzung der verstärkten internationalen Aufmerksamkeit hat Maragall den Zuschlag für die Olympischen Spiele dazu genutzt, massive Investitionen in die städtische Infrastruktur in die Wege zu leiten und das Erscheinungsbild der Stadt grundlegend zu modernisieren. Der Zuschlag für Barcelona hatte einen loka-

len Patriotismus in Barcelona entfacht sowie eine breite Zustimmung zu den nun umfangreicher durchgeführten städtepolitischen Umstrukturierungsmaßnahmen. Es ist ein qualitativer Wandel hin zu großen Umbauprojekten zu beobachten. Von der minimalistischen Stadtpolitik der ersten, vom *PSC* dominierten Stadtverwaltungen hin zur „maximalist, populist policy of Maragall and his team“ (Paz Balibrea 2001: 198). Beflügelt von dem Selbstbewusstsein der Kommunalverwaltung und geduldet von der Euphorie der Bevölkerung, wurden die Olympischen Spiele als Vorwand für tiefe Umstrukturierungen im städtebaulichen Bild Barcelonas genommen. Straßen wurden verbreitert, Ringstraßen angelegt, Hotels, Kulturgebäude und Sportanlagen gebaut. Es konnten zudem international hochrangige Architekten (Santiago Calatrava, Norman Foster, Arata Isozaki, Richard Meier) für Prestigebauten in der Stadt gewonnen werden, um den neuen Stadtprojekten eine distinktierte Form als ästhetischer städtischer Raum und als „designer city“ zu verleihen (vgl. Paz Balibrea 2001: 192). Insgesamt wurden 300 Projekte, die auf die ganze Stadt verteilt wurden, umgesetzt. Es wurde die Schaffung neuer Zentren, die Erneuerung der Meeresfront und die Transformation der deindustrialisierten Zonen im Osten der Stadt realisiert. Neben der Erhaltung und Aufwertung des architektonischen Erbes der Stadt, stand die Schaffung neuer städtischer Räume durch moderne und aufseherregende architektonische Bauten und die Etablierung diversifizierter kultureller Angebote im Zentrum der Revitalisierungsstrategie.

Die Politik der Stadtmodernisierung zielte darauf ab, Barcelona zu einer wettbewerbsfähigen und dynamischen Stadt zu transformieren. Die Olympischen Spiele konnten als geeigneter Katalysator für diese Politik des *city entrepreneurship* genutzt werden. Aus der Perspektive der Stadtplaner waren die von den Olympischen Spielen unterstützten Umbaumaßnahmen so erfolgreich, dass nach dem Olympia-Hype gleich ein neues Großevent erfunden wurde (vgl. Monclús 2003: 411), nämlich *Barcelona 2004: Forum universal de les Cultures*. Während die Olympischen Spiele die große Möglichkeit boten, die Stadt neu zu entwickeln und zu restrukturieren, war das *Fòrum* als weiteres Projekt konzipiert, die Kultur ins Zentrum zu rücken, und zwar in einem transnationalen Kontext (vgl. Paz Balibrea 2001: 199). Die Veranstaltung, die von der Stadtverwaltung gemeinsam mit der *Generalitat*, der spanischen Regierung und der *UNESCO* getragen wurde, sollte sich als Megaevent der Verständigung der Kulturen und der Diskussion von Nachhaltigkeit und kultureller Diversität widmen. Die Veranstaltung brachte aber nicht den erhofften Erfolg, die Zuschauerzahlen blieben weit hinter den Erwartungen zurück (vgl. Galdon 2004).

Die Vision der katalanischen Metropolregion mit Barcelona im Zentrum bleibt auch in den folgenden Jahren wichtig für die Politik Maragalls. Wie Maragall 1995 im Rahmen einer Bilanz feststellt, sei der Stadt Barcelona ein qualitativer Entwicklungssprung gelungen.

„Von der ‚Olympischen und metropolitanen Stadt‘, die wir 1982 eingefordert haben, haben wir uns zu einem Barcelona weiter entwickelt, das nach der Beseitigung der europäischen Binnengrenzen zum Zentrum einer Euroregion mit 15 Millionen Einwohner geworden ist, das die Schnittstelle zu Südeuropa und eine der europäischen Kulturhauptstädte werden will.“ (Maragall 1995: 15)

In seinem vorletzten Jahr als Bürgermeister von Barcelona, 1996, wurde Maragall mit breiter Mehrheit zum Präsidenten des europäischen Komitees der Regionen (CoR) gewählt, wo er die Interessen der europäischen Städte in den Vordergrund stellte, auf Kosten der regionalen Gebietskörperschaften.

Auch in seiner Zeit als katalanischer *president* hat Maragall sein Projekt der Förderung der internationalen Sichtbarkeit und des äußeren Einflusses Kataloniens, unter besonderer Berücksichtigung Barcelonas, fortgesetzt (vgl. Maragall 2003a). Als *president* verfolgt er das Projekt der nationalen Projektion nach außen, ohne dass aber dabei der metropolitane Einschlag und der Wert der Plurikulturalität in seiner Entwicklungsideologie verloren gehen. Er zeigt weiterhin ein Gespür für die Bedeutung der ‚kulturellen Dimension‘ von Politik und bewirbt die sprachliche Vielfalt Kataloniens als eine Besonderheit, die aus Katalonien ein „globales Referenzmodell für den Schutz und die Förderung der sprachlichen Diversität“ (ebd.: 18) macht. Er schlägt des Weiteren vor, die katalanische Kultur in all ihrer Pluralität in Begriffen der „globalen Projektion“ zu denken (vgl. ebd.). Eine solche Politik habe das primäre Ziel der ‚Internationalisierung der katalanischen Kultur‘ zu verfolgen. Darunter versteht Maragall die Projektion der katalanischen Kultur nach außen, die Empfänglichkeit für äußere Einflüsse wie auch die aktive Teilnahme an internationalen Projekten. In dieser Ausrichtung der aktiven Integration in die globalisierten ökonomischen Wettbewerbsbeziehungen und der Internationalisierung der Kultur spielen das Projekt der „Euroregion“ und die Konstitution von ökonomischen Kooperationsräumen weiterhin eine bedeutende Rolle (vgl. ebd.: 19).

Maragall hat eine wirkungsmächtige Vision von Barcelona als Metropolregion entworfen und seit Beginn seiner Regierungszeit als Bürgermeister durch vielfältige Tätigkeiten und politische Initiativen proaktiv die Modernisierung, Umstrukturierung, Attraktivität und internationale Wahrnehmung der katalanischen Hauptstadt vorangetrieben. Die von Maragall angeleitete urbane Entwicklungspolitik und Revitalisierung der Stadt erlangte internationale Berühmtheit, nicht zuletzt dank der in Barcelona veranstalteten Olympischen Spiele, die ihm eine internationale Bühne und Sichtbarkeit ermöglicht haben, die er geschickt auszunutzen wusste. 1996 würdigte Tony Blair die stadtplanerischen Leistungen von Maragall wie folgt: „Mr. Maragall's work has shown what can be achieved in reinventing a city's identity in the public sphere“ (zit.n. McNeill 2001: 346). 1999 hat das *Royal Institute of British Architects* (RIBA) Barcelona ihren renommierten Architekturpreis verliehen – ein Novum in der Geschichte dieser Prämierung, die bislang lediglich an Einzelperso-

nen verliehen wurde. Die Politiker und Berufsarchitekten des barceloneser Stadtrats wurden für ihr Engagement in der Stadtplanung und für die gelungene „Kombination von spektakulären urbanen Projekten und kleineren Verbesserungsarbeiten an Plätzen und Straßen“ mit der Goldmedaille für Architektur prämiert (vgl. Monclús 2003: 401). Das ‚neue Barcelona‘ hat einen Wandel erfahren und wird international als ein positives Entwicklungsmodell wahrgenommen, als „efficient, clean, cultured (...) a model of how the cities should look in the New Europe“ (vgl. McNeill 1999: 1 ff.). Eine Erfolgsgeschichte, die Jordi Borja wie folgt zusammenfasst: „Die Stadt verändert ihr Image, die sozialen Ungleichheiten auf ihrem Territorium verringern sich, es werden neue Arbeitsplätze generiert, die Stadt positioniert sich vorteilhaft in den internationalen Strömen.“ (Borja 2005) Das ‚Model Barcelona‘ ist zum Stereotyp geworden und wird wie die Modernisierung von Bilbao als Beispiel der „universal global best practices“ gehandelt und von internationalen Stadtentwicklungsexperten untersucht und imitiert (vgl. González 2011).

Ohne an dieser Stelle den Erfolg oder das Scheitern des ‚Modell Barcelona‘ weiter diskutieren zu können⁸, soll die Bedeutung des erfolgreichen politischen Unternehmens Maragalls thematisiert werden. Maragall hat in seiner Vision und Politik der Modernisierung und Internationalisierung eine ernsthafte politische Alternative gegenüber dem hegemonialen Modell des moderaten Katalanismus formuliert. Im Laufe seines Bürgermeisteramts hat er Formen der engen Zusammenarbeit mit den lokalen ökonomischen Eliten etabliert und hat auch zu den politischen Eliten Spaniens gute kooperative Beziehungen unterhalten. Maragall hat die Loyalität der Bevölkerung Barcelonas mit der jungen spanischen Demokratie seit den frühen 1980er Jahren immer wieder betont (vgl. Maragall 1987: 16).

Gestützt von diesem Rückhalt, der durch die starke Position des *PSC* in der barceloneser Arbeiterschaft und Mittelschicht ergänzt wurde, hat Maragall in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten, sozioökonomischen Akteuren eine beispiellose Revitalisierungs- und Wiederaufwertungspolitik betrieben, die einge-

8 Delgado hat das Projekt Erneuerung der Stadt als ein Ergebnis einer Allianz der lokalen öffentlichen Gewalt, der städtebaulichen Technokratie und unternehmerischer Interessen dargestellt, das ein Paradigma der Stadtentwicklung geprägt hat, das durch das Konzept des öffentlichen Raums symbolisch einen *community spirit* entfachen wollte zugleich aber auf die kapitalistische Wiederaneignung der Stadt abgezielt hat (vgl. Delgado 2007: 68 ff., 219 ff.). Andere wie z.B. Josep Montaner artikulieren eine weniger radikale Kritik, betonend, dass das Model Barcelona zunächst ein Erfolgsmodell war, das allerdings an seine Grenzen gestoßen sei (vgl. Montaner in *El País* vom 12.05.2007). Die Vorteile der frühen Phase könnten nicht mehr erreicht werden, nicht zuletzt weil deutlich geworden sei, dass durch die Priorität der internationalen Profilierung und Förderung der Wettbewerbsposition der Stadt dauerhaft die soziale Ausgleichsdimension in der Stadtentwicklung unberücksichtigt geblieben ist.

bettet war in die Vision vom städtischen, metropolitanen Katalonien. Sein Projekt zielte auf die kollektive Identifikation mit der Metropole Barcelona ab. Seine „local-urban rhetoric“ kann nur insofern als nationalistisch bezeichnet werden „as it promotes a discursive interpretation of social, cultural and political practices as characteristic and reinforcing constituents of collective identity, which determines whether social consensus is reached or not“ (Paz Balibrea 2001: 197).

Dieser auf die Konstruktion der kollektiven Identität der Stadtbevölkerung abzielende *city-nationalism* (vgl. ebd.) geht einher mit der Verbreitung eines lokalen Patriotismus und dem neuen Stolz der Stadtbevölkerung. Durch die als Erfolg wahrgenommene Vorbereitung und Modernisierung der Stadt und durch den Event des Jahres 1992 wurde zudem die barceloneser Stadtbevölkerung beflügelt. In der spezifischen Stadtentwicklungspolitik Maragall'scher Prägung steht die Schaffung und Neuerfindung öffentlicher Räume im Vordergrund. Saubere öffentliche Räume, ein reichhaltiges und ausdifferenziertes Kulturangebot sowie die Verschönerung der Stadt sollen zur Festigung und Stabilisierung einer städtischen und homogenen Kollektivität führen. Durch die Fokussierung auf das metropolitane Katalonien mit dem Zentrum Barcelona hat Maragall ein spezifisches Entwicklungsmodell konzipiert, das als *maragallisme* bezeichnet wurde. Dessen territorial-identitäre Dimension besteht darin, die Etablierung eines sozialen Raums des Handelns und des Engagements (Barcelona als Territorium) durch die Konstruktion einer vorgestellten Gemeinschaft (Barcelona als soziale Einheit und Gemeinschaft) zu ermöglichen (vgl. McNeill 2001: 344).

Die Projektion von Barcelona in internationale Wahrnehmungshorizonte und politische Handlungsebenen (Europa, CoR) sollte sich als eine effektive Methode erweisen, durch die Bewegung auf unterschiedlichen *scales*, die Macht zu erweitern. Seine Methode des *scale jumping* (vgl. ebd.: 342) hat sich bewährt. Vor allem sein Projekt der internationalen Vernetzung und Positionierung der Stadt hat den Politikstil der barceloneser Stadtverwaltung beeinflusst. Für den PSC-Bürgermeister von Barcelona, Jordi Hereu, besteht das Ziel darin, Barcelona zum Referenzpunkt der „Stadt der Zukunft“ und der ökonomischen Entwicklung in Südeuropa zu machen. Dabei soll die Profilierung der Stadt auf der Wissens- und Innovationsökonomie sowie auf neuen unternehmerischen Projekten basieren (vgl. Hereu 2011).

Die Entscheidung des PSC, im relativen politischen Machtvakuum des Postfrankismus die katalanische Hauptstadt zum Gegenstand des Kampfs um politische Hegemonie zu machen, war vor allem seit den verlorenen katalanischen Parlamentswahlen im Jahr 1980 nicht überraschend. „It is clear that Maragall [...] has put Barcelona – as imaginary, as concrete territory, as power base – at the centre of a carefully deliberated political strategy.“ (McNeill 2001: 342) Maragall hat die bedeutende Rolle als Bürgermeister von Barcelona und später seine Popularität als ‚Olympia-Bürgermeister‘ genutzt, um eine Reformulierung des katalanischen So-

zialismus als ‚katalanistischen Sozialismus‘ zu betreiben. Auf seine Zeit als Bürgermeister von Barcelona folgte die politische Karriere als führende Person des *PSC* im katalanischen Parlament, die 2003 darin gipfelte, dass er zum katalanischen *president* gewählt wurde. In dieser Funktion formulierte er ein gesamt-katalanisches Projekt, in dem jedoch seine vorige Metropolenvision nicht revidiert wurde. Das übergreifende Leitbild bleibt das Konzept der *Catalunya-Ciutat*. Katalonien als Ganzes wurde nun zum Gegenstand seines politischen und identitären Projekts, in dem zunehmend der Bewahrung der ‚katalanischen Identität‘ und dem Ausbau der katalanischen Selbstregierung eine höhere Priorität beigemessen wurde:

„Das kollektive Projekt soll den Bestand unserer Identität und unserer Entscheidungsmöglichkeiten gewährleisten, uns einen Platz im neuen Europa erringen, uns wettbewerbsfähig in der globalen Welt machen und somit den ökonomischen, sozialen und geistigen Fortschritt der Katalanen zu garantieren.“ (Maragall 2003b: 19)

Katalonien solle bestimmt und mit eigener Persönlichkeit in der globalisierten, immer interdependenten Welt navigieren (vgl. Maragall 2003b: 21)⁹.

4.4.3.2 Die Gegenkonzeption der *CiU*

Das städtische Entwicklungskonzept Maragalls, das sich nicht nur auf die Metropole Barcelona bezieht, sondern auch dessen Verortung im regionalen, nationalen wie internationalen Rahmen vornimmt, stellte seit frühester Stunde eine politische Herausforderung für die moderat-nationalistisch regierte katalanischen Regierung dar. 1999 hatte die Konkurrenzkandidatur Maragalls zum katalanischen *president* noch keinen Erfolg gehabt. 2003 jedoch konnte sich Maragall mit seiner Kandidatur für den katalanischen *president* gegen den Kandidat der *CiU* und Nachfolger Pujols, Artur Mas, durchsetzen.

9 Über die Einschätzung des katalanistischen Profils Maragalls gehen die Meinungen weit auseinander, was gerade auch für die Interpretationsoffenheit des *maragallisme* spricht. Auf der einen Seite behauptet z.B. Resina (2008: 204 ff.), dass Maragall und der *PSC* sich nie um das historische Bewusstsein und die katalanische Identität gekümmert hätten, da sie für diese nie mehr war als ein lokaler Aspekt der spanischen Identität (vgl. ebd.: 206). Alles in der politischen Philosophie Maragalls zielt auf die Verwässerung des nationalen Horizonts Kataloniens ab (vgl. ebd.: 207). Peregrín Gutiérrez (2004) sieht auf der anderen Seite im nationalen Projekt des *president* Maragall ein quasi-independentistisches politisches Projekt, das auf eine umfassende Anerkennung Kataloniens als Staat abziele. Im politischen Denken Maragalls spielten die zentralen Ideologeme des klassischen Katalanismus eine so große Rolle, dass der Unterschied zur secessionistischen *ERC* kaum mehr wahrnehmbar sei.

Pujol hat die Metropolregion Barcelona mit ihren drei Millionen Einwohnern (52 % der Bevölkerung Kataloniens), den hohen Prozentsatz der dort lebenden, kastilischsprachigen Einwanderer und die dortige Dominanz des *PSC* stets argwöhnisch beobachtet und als Bedrohung des Projekts des *nation building* der *CiU* verstanden. Die Konkurrenz zwischen der Maragall'schen Metropolenvision von Barcelona und dem katalanischen *nation building* der von Pujol geführten *Generalitat* war nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine ideologische. Jenseits der Modernisierungspolitik und den Anstrengungen der Förderung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit Kataloniens, liegen dem ideologischen Diskurs und der politischen Strategie Pujols ein „historicist, essentialist, ruralist and anti-metropolitant script“ (McNeill 1999: 66) zu Grunde, das die Konfrontation sowohl mit dem sozialistisch regierten Barcelona als auch mit der spanischen Regierung gesucht hat, um die Autonomierechte und Kompetenzen der *Generalitat* auszubauen.

In Pujols katalanistischem Diskurs bestehen die zentralen ideologischen Eckpfeiler aus Varianten der historischen Nationalmythologie Kataloniens, dem Sprachnationalismus, der Europaorientierung und der ökonomischen Wettbewerbsausrichtung. Der dadurch gekennzeichneten pujolistischen Ideologie des Katalanismus entspricht eine politische Praxis, die durch die Strategie der niedrigschwiligen Konfrontation mit dem spanischen Staat gekennzeichnet ist. In den konkreten Ausprägungen des auf diesen Pfeilern fußenden politischen Diskurses ist eine bemerkenswerte Abwesenheit Barcelonas festzustellen.

Der diskursiven Abwesenheit der Metropole steht die starke Präsenz des als typisch katalanisch vorgestellten Territoriums im Diskurs des konservativen Katalanismus gegenüber. In mehreren Hinsichten ist dieser nationalistische Diskurs durch ein essentialistisches Verständnis der katalanischen Identität gekennzeichnet, was z.B. in der Sprachpolitik der *CiU* deutlich wird. Diese geht davon aus, dass das Katalanische die ‚eigene Sprache‘ Kataloniens ist und durch sprachpolitische Interventionen und Methoden der Sprachnormalisierung wieder in den Status *der* Sprache Kataloniens gehoben werden soll. Die katalanische Sprache soll in der Verwaltung, im Erziehungssystem, in Kultur und Medien die prioritär verwendete Sprache sein, so dass das übergreifende Ziel erreicht werde, nämlich „zu sichern, dass in Katalonien die dem Land ‚eigene‘ Sprache und Kultur die katalanischen bleiben“ (Pujol, zit.n. Santamaría 1999: 39 f.). Die Sprachpolitik ist das herausragende Beispiel für den Essentialismus des konservativen Katalanismus, der im Hinblick auf die präzise Vorstellung der ‚katalanischen Identität‘ noch deutlicher wird. Katalonien ist nach Pujol bestimmt durch eine „besondere, verschiedene Identität [...], die auf der Sprache und Kultur, der sozialen Kohäsion, einem kollektiven Bewusstsein, gemeinsamen Projekt sowie dem Stolz im Land gegründet“ (Pujol 1991b: 18).

Die bis ins Mittelalter zurückreichende Identität Kataloniens soll erhalten und weiter entwickelt werden, wozu besonders die Pflege und Förderung der katalanischen Sprache gehört (vgl. ebd.: 35). Der konservative Katalanismus trägt, trotz der

„demokratischen Reinigung des antiliberalen, korporatistischen, organizistischen Zugs“ (Santamaría 2011: 347), der den konservativen Katalanismus seit Prat de la Riba charakterisiert hat, in mancherlei Hinsicht immer noch die metaphysischen Züge des traditionellen Essentialismus in sich. Auch das pujolistische Verständnis von der katalanischen Nation ist weiterhin von romantischen und ontologischen Zügen geprägt. Pujol steht nicht allzu fern von Prat de la Riba, der forderte, das eigene Leben und nicht ein fremdes zu leben, wenn er behauptet, dass die Katalanen existieren, einfach, weil sie objektiv existieren. Diese Existenzbehauptung sei „das größte Argument nach 500 Jahren der Unterdrückung, 250 Jahren des totalen Verlusts politischer Macht und nach langen Perioden des Niedergangs“ (Pujol 1976b: 164).

Hinsichtlich des katalanischen Territoriums dringt der quasi-ontologische Zugang im pujolistischen Diskurs ebenso deutlich zum Vorschein. Ausgehend von der Zeitenthobenheit der katalanischen Identität betont Pujol die Besonderheit und Einzigartigkeit des katalanischen Territoriums. Der territoriale Bezug auf den katalanischen Mutterboden sei deshalb von herausragender Bedeutung, weil dieser erst die katalanische Nation konstituiert: „Die katalanische Nation wurde auf dem Recht und der Kraft des Landes gegründet sowie auf der Hoffnung, dass das Land [...] triumphiert und ihr seine Konstanten aufprägt.“ (Pujol, zit.n. Etherington 2003: 239) Katalonien wird als Territorium definiert, das über einen stabilen Bestand an Traditionen, Kultur und Sprache verfügt. Um zum Land und zur Nation dazuzugehören, dies die Integrationsperspektive, die sich Nicht-Katalanen eröffnet, muss eine Anpassung an dieses Setting erfolgen. „It is Catalonia that defines the Catalans and not vice-versa.“ (ebd.)

Die sprachlichen und kulturellen Praxen geben Aussagen darüber ab, ob jemand zum Land gehöre oder nicht. Die Möglichkeit zur Integration der Einwanderer, der ‚Anderen‘, in die nationale Gemeinschaft, das ‚Wir‘, und in das nationale Territorium, das ‚Hier‘, verläuft letztlich über die Assimilation und die Anpassung an die Strukturen des ‚nationalen Territoriums‘, der katalanischen Heimat. Die ‚katalanische Heimaterde‘ gilt dabei als die Verkörperung der nationalen Identität. Pujol steht in seiner Vorstellung vom katalanischen Territorium in der geistesgeschichtlichen Tradition der kulturnationalistischen Bewegung der *renaixença*, in der eine massive ästhetische Aufladung und Symbolisierung des katalanischen Territoriums betrieben wurde. Die katalanische Landschaft verwandelt sich in diesem Diskurs in essentielle Bestandteile der Symbolik des katalanischen Nationalismus, wobei die Gebirgslandschaften von den protonationalistischen, romantischen Dichtern der *renaixença* einen besonders mythischen und regenerativen Charakter zugewiesen bekommen (vgl. Nogué 1998: 69 f.). Vor allem der Montserrat-Gebirgszug wird zum ‚Exzellenzsymbol‘ der katalanischen Heimat stilisiert und als Festung der moralischen Werte, die die Identität und den Charakter des katalanischen Volkes ausdrücken, imaginiert.

Im katalanischen Hinterland und im Umfeld des Bischofs der traditionellen katalanischen Stadt Vic, Josep Torras i Bages, wurde zu dieser Zeit eine ländliche, konservative und religiöse Vision von der katalanischen *pàtria* („Heimat“) entworfen, die als deutliches Gegenbild zu den sozioökonomischen Realitäten der Industrialisierung und Urbanisierung fungierte. Die sich in diesem Milieu entwickelnde kulturelle und politische Bewegung des so genannten *vigatanisme* hat ein konservatives Heimatkonzept entworfen, das die Vorstellungen des konservativen Katalanismus im Folgenden tief prägte; so z.B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als in konservativen Milieus wegen der Zuwanderung zahlreicher Arbeitskräfte aus dem Süden Spaniens ein skeptischer Blick auf Barcelona geworfen wurde. Barcelona drohe in dieser Perspektive nicht nur die „Katalanität“ zu verlieren, sondern stelle zudem eine Gefahr für ganz Katalonien dar, weil es dem Land das Blut der katalanischen Spiritualität auszusaugen drohe und dieses in ödem und desolatem Zustand zurücklasse (vgl. Etherington 2003: 183 ff.). Die frühen *renaixença*-Dichter verachteten die „neue“ Stadt Barcelona und predigten die Flucht aufs Land, das sie als die Heimstatt des Traditionellen und der ewig währenden Werte verstanden.

In Pujols Diskurs findet sich sowohl die Symbolisierung bestimmter katalanischer Landschaftszüge wieder wie auch die klassische Verherrlichung des ländlichen Lebens im tiefen Katalonien. Seine Verbundenheit mit dem ruralen Katalonien und seine Bewunderung für die Tätigkeiten der auf dem Land arbeitenden Bauern drückt Pujol immer wieder aus. Immer wieder erzählt Pujol von seinen Landbesuchen und den dort gemachten Eindrücken und Kontakten mit Bauern und Dorfbewohnern, deutlich weniger als von seinen Besuchen in katalanischen Städten und schon gar nicht von Besuchen von Städten der post-industriellen Hauptstadtmetropole. Diese repräsentieren offensichtlich nicht Pujols Vorstellung vom „realen Katalonien“ und seinem Bild von der katalanischen *pàtria* (vgl. ebd.: 259).

Auch steht im Katalanismus konservativer und traditionalistischer Ausprägung der Montserrat-Gebirgszug weiterhin für die ferne nationale Herkunft und die ewigen nationalen Werte Kataloniens. So ist es auch kein Zufall, dass die CDC 1974 auf dem Montserrat gegründet wurde. Der reifizierende Umgang des konservativen Katalanismus mit dem Territorium spiegelt sich auch in der Umweltpolitik wider. Der ehemalige *conseller* für Umwelt, Albert Vilalta, betont die Bedeutung des Territoriums sowie der Umwelt für den Nationalismus und für die Konstruktion einer territorialen Identität:

„Die Umwelt steht für die Fortdauer des Territoriums in der Zeit und für den Bestand unserer Werte im geographischen Raum [...]. Wir brauchen einen physischen Raum, um uns entwickeln zu können und als einen Bezugsrahmen, der uns mit unseren Vorfahren vereint und in dem unser Zukunftsprojekt sich entwickeln kann“ (Vilalta, zit.n. Nogué 1998: 93 f.).

Die symbolische Aufladung des Territoriums im Lichte der nationalen Ideologie wird auch von der Partei des independentistischen Nationalismus, der *ERC*, geteilt. In ihren territorialen Repräsentationen wird ein intimer, quasi-exklusiver Zugang zum nationalen Territorium behauptet. Die Vermittlung des Wissens vom nationalen Territorium im Geographie- und Geschichtsunterricht in der Schule ist laut dem langjährigen *ERC*-Vorsitzenden, Cardo-Rovira, von herausragender Bedeutung. Im Rahmen eines „Dekalogs des guten Katalanen“ fordert er ein angemessenes Verhalten der Mitglieder der katalanischen Gemeinschaft (ebd.: 109). Es sollte ein umfassendes geographisches Wissen über die *Països Catalans*, die ein wertvolles symbolisches Universum darstellen, vermittelt werden. Das Wissen über die geographische Lage und die Vertrautheit mit der physikalische Gestalt und Ausbreitung des Landes fördere das territoriale Bewusstsein jenseits der administrativen Grenzen (vgl. Carod-Rovira, zit.n. ebd.: 110).

Pujols Vision vom katalanischen Territorium steht in der Tradition der *renaixença* und der symbolischen Aufladung und Verklärung des ruralen Kataloniens. Dieser Begriff vom nationalen Territorium und der ruralistische, konservative Zug im konservativen Katalanismus stehen dem urbanen Charakter der Maragall'schen Vision von der metropolitenen Stadt-Region ebenso diametral gegenüber wie Pujols Programm der Normalisierung des Katalanischen, die offen zur Schau getragene Toleranz und Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Kulturen bei Maragall. Pujol wendet sich gegen die Maragall'sche Vision vom metropolitenen Katalonien, die Barcelona als das kulturelle, politische, ökonomische und geistige Zentrum Kataloniens propagiert. Gegen Maragalls Assoziation der katalanischen Identität mit dem Urbanen, dem Internationalen und einem pluralistischen Kosmopolitismus prägt Pujol einen durch historische, kulturelle und sprachliche Symbolisierungen aufgeladenen Begriff des nationalen Territoriums Kataloniens. Dieses steht an vorderster Stelle, und die Metropole Barcelona ist davon nur ein gewisser Bestandteil. Dennoch kommt im Pujol'schen Verständnis von Katalonien als Nation auch der Metropole Barcelona als ‚nationale Hauptstadt‘ eine besondere Rolle zu. Aus politischer Berechnung heraus und wissend um die starke Wählerunterstützung der *CiU* im katalanischen Hinterland, hat Pujol überschwängliche Lobreden auf Barcelona stets unterlassen und die administrative Vorherrschaft Barcelonas über das katalanische Territorium verneint. Diese Tendenz hat sich angesichts der politischen Herausforderung durch Maragalls Engagement zu Gunsten der Förderung Barcelonas noch verstärkt.

Die Präsenz dieser beiden unterschiedlichen territorialen Entwicklungsvisionen an der Spitze unterschiedlicher territorialer Verwaltungseinheiten führte schließlich in den 1980er Jahren zu einem institutionellen Streit. Zur Eindämmung des proaktiven Regierungsstil Maragalls und der regen Aktivität der barceloneser Stadtregierung leitete die *CiU* eine Gesetzesreform ein, die die verwaltungstechnische Nivellierung Barcelonas vorgesehen hat. Nachdem die von der *CiU* regierte *Generalitat*

in der ersten Hälfte der 1980er Jahre die katalanische Selbstregierung konsolidiert, die Sprachnormalisierung in Gang gebracht und zwei katalanische Fernsehsender gegründet hatte, wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre das Projekt der territorialen Umverteilung der politischen Macht innerhalb Kataloniens auf die Agenda gesetzt. Die relative administrative Vorrangstellung Barcelonas und die *Corporació Metropolitana de Barcelona* (CMB) stellten die primären Angriffsziele dar. Die CMB hatte als Metropolenverwaltungsstruktur weit reichende Stadtplanungskompetenzen und verfügte über bedeutende ökonomische Ressourcen, die aus den Haushalten der 27 barceloneser Stadtbezirke kamen. Zu Beginn der 1980er hat die CMB, dank zusätzlicher finanzieller Unterstützung vom Staat, mehrere Entwicklungspläne implementiert. Die Bedeutung und der Machtzuwachs der CMB wurden von der CiU mit großer Skepsis beobachtet. Als sich nach dem Zuschlag der Olympischen Spiele 1992 für Barcelona im Jahr 1986 ein weiterer Prestige- und Machtgewinn für Maragall und die barceloneser Stadtverwaltung abzeichnete, realisierte Pujol, dass es an der Zeit war zu handeln, und visierte die vollständige Auflösung der CMB an. Das von der CiU kontrollierte katalanische Parlament beschloss im April 1987 eine umfassende Neustrukturierung der territorialen Gliederung Kataloniens, die die Auflösung der CMB beinhaltete – trotz des Protests hochrangiger Geschäftsleute und einer starken Presse- und Öffentlichkeitskampagne der CMB (vgl. McNeill 1999: 72). Barcelona wurde die administrative Sonderstellung genommen und der Status einer „comarca“ („Kreis“ als Verwaltungseinheit) zugewiesen, wodurch die Ausbreitung der symbolisch-territorialen Hegemonie der Stadt innerhalb des katalanischen Raums in die Schranken gewiesen wurde. Durch die Einführung der neuen („alten“) Territorialgliederung war Barcelona nur noch eine von insgesamt 41 *comarques* in Katalonien.

Die neue territoriale Strukturierung auf der Basis der so genannten *comarques* entspricht den territorialen Präferenzen des katalanischen Nationalismus, der in der bisherigen territorialen Gliederung ohnehin rein administrative Strukturen wahrnahm, die quer zur territorialen Ausdehnung der sozialen Realitäten Kataloniens stehe. Die bis dahin geltende territoriale Binnengliederung Kataloniens wurde ohnehin schon seit der Wiedererlangung der Autonomierechte von verschiedenen Spektren der katalanischen Nationalbewegung, die immer schon das katalanische Recht auf eigene territoriale Untergliederung beansprucht hatte, in Frage gestellt (vgl. Nogué 1998: 67). Eine territoriale Binnengliederung nach den *comarques* wurde während der Zweiten Republik eingeführt und unter dem frankistischen Regimes wieder abgelöst. Sie genoss trotz ihrer nur dreijährigen Existenz (1936–1939), auch nach ihrer Abschaffung, eine bedeutende soziale und kulturelle Unterstützung, so dass sich selbst zu Beginn der 1980er Jahre viele Bürger Kataloniens noch mit den *comarques* identifizierten (vgl. Etherington 2003: 193).

Schon während der *renaixença* wurde die seit 1833 geltende Untergliederung Kataloniens in vier Provinzen als Verwaltungseinheiten des spanischen Zentral-

staats als unnatürlich und dem katalanischen Geist widersprechend kritisiert. Torras i Bages verband seine Kritik des städtischen Lebens, in dem er den Materialismus verkörpert sah, mit der territorialen Untergliederung Kataloniens. Letztere sollte die Realität der ländlichen, natürlichen Regionen zur Kenntnis nehmen und diese zur Basis ‚organischer‘ Verwaltungseinheiten machen. Die Opposition von Land und Stadt wird zur Grundlage der Vorstellungen von der territorialen Binnengliederung Kataloniens. Während im Land die traditionellen Werte und Ideale verkörpert sind, stehen die Städte für den verhassten Liberalismus, Materialismus und Werteverfall (vgl. ebd.: 181). Die als ‚organische‘ Verwaltungseinheiten konzipierten *comarques* sollen nicht dem materialistischen Kalkül des städtischen Lebens, sondern der Tradition und der Realität der Regionen entsprechen. Der euphorische Bezug auf die *comarques* und die enge Beziehung des Pujolismus zum ländlichen Katalonien drückt sich in dem Ausspruch des 1983 gewählten *CiU*-Bürgermeisters von Vic, Ramon Montaña, aus, dass Vic die „Hauptstadt des katalanischen Katalonien“ sei (zit.n. ebd.: 261). Vic gelte nämlich als Sinnbild für das ländliche Katalonien und als Gegenkonzept zum urbanen Barcelona. Dieser so genannte *comarcisme* dominierte lange Zeit die Vision vom katalanischen Territorium im konservativen Katalanismus, so dass mit der von Pujol angeregten Strukturreform die Dichotomie zwischen dem ruralen, ewigen Katalonien und der kosmopolitischen Olympia-Metropole neu aufgegriffen und ausgestaltet wurde.

„The abolition of the CMB took place in the context of a party political confrontation between *CiU*, whose support base, in general was non-metropolitan, and that of the Socialist Party, with strong support in Barcelona and its metropolitan area, which also feed into a confrontation at a more symbolic level over the threat posed by Barcelona to the essence of Catalonia, located in the hinterland.“ (Etherington 2003: 194)

Die Reform sollte auf symbolischer Ebene zeigen, dass die von der *renaixença* inspirierte Vision vom Kern Kataloniens im ländlichen Hinterland weiterhin eine bedeutende Rolle im Prozess der nationalen territorialen Integration spiele und der materiellen Hegemonie von Barcelona über das katalanische Territorium entgegenwirken kann¹⁰.

Neben dem politischen Streit um die territoriale Binnengliederung wurde die Auseinandersetzung mit der sozialistischen Hochburg Barcelona und dessen Visionen von der metropolitanen *Catalunya-Ciutat* im Kontext der Vorbereitungen und Durchführung der Olympischen Spiele 1992 gesucht. Doch das diesbezügliche Engagement der von Pujol angeführten *Generalitat* war nicht nur ein Einsatz im in-

10 Der Ruralismus hat sich dennoch seit den 1980er Jahren auch im Diskurs der *CiU*, die sich gegenüber urbanen Visionen geöffnet hat, etwas abgeschwächt; vgl. Etherington 2003: 261 f.

nerkatalanischen Kampf um nationale Hegemonie, sondern auch der Propagierung und Projektion der nationalen Identität Kataloniens nach außen, angesichts des spanischen Jahres ‚1992‘. Es wurde befürchtet, dass die Olympischen Spiele im Lichte des großen Festjahres von den spanischen Eliten zur ‚kulturellen und politischen Hispanisierung‘ Kataloniens und somit zur Unterbrechung des sich entwickelnden Prozesses der Entwicklung der katalanischen Autonomierechte instrumentalisiert werden (vgl. McNeill 1999: 73).

Maragalls Unterstützung der katalanischen Autonomie und seine integrale Vision vom metropolitanen Barcelona, das nach internationaler Stärke strebte und dabei die aus Rest-Spanien kommende spanische Arbeiterschaft und die katalanischen, städtischen Mittelklassen zu verbinden suchte, machten ihn nicht einfach als ‚Españolisten‘ oder ‚Feind Kataloniens‘ angreifbar. Als solchen kritisierte Pujol zuweilen die spanischen Sozialisten des *PSOE* (vgl. ebd.). Die Selbstdarstellung Maragalls nach dem Zuschlag für Barcelona als Austragungsort der Olympischen Spiele machte ihn zu einer der populärsten Figuren der spanischen Politik. Die massive Umstrukturierung und Revitalisierung der Stadt unter der politischen Kontrolle des *PSC* sowie die proaktiv gestaltete Politik der internationalen Präsenz (bekannt geworden ist das Foto, das Maragall, mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Barcelona '92“ bekleidet, durch den Central Park joggend zeigt; vgl. ebd.: f.) markierten eine klare Herausforderung des Selbstbehauptungsanspruchs der *Generalitat*.

Die Reaktion der *Generalitat* war eine doppelte: Zum einen nutzte sie ihre finanzielle und regulative Macht, um die planerischen Vorhaben der barceloneser Stadtverwaltung zu sabotieren, und zum anderen initiierte sie anlässlich der Olympischen Spiele eine eigene Öffentlichkeitskampagne, die auf die Profilierung Kataloniens und der *Generalitat* abzielte (vgl. ebd. ff.). Zentrale Infrastrukturmaßnahmen der Stadtregierung, wie z.B. der Ausbau des Metroliniennetzes und eines höherklassigen Hotelsektors für die erwarteten Olympiatouristen, wurden verhindert, indem die nötigen Mittel verweigert wurden.

Auch hinsichtlich der Öffentlichkeitsverwertung der Olympischen Spiele versuchte die *Generalitat*, die Selbstprofilierung der Metropole zu vereiteln und selbst von der gesteigerten internationalen medialen Aufmerksamkeit zu profitieren. Im Vorfeld der Olympischen Spiele hat Pujol in seiner Rolle als *president* im Jahr 1988 im Rahmen überschwänglicher Feierlichkeiten das 1000-jährige Bestehen der katalanischen Nation feiern lassen, was kritisch kommentiert wurde als ein „propagandistischer Akt“ der willkürlichen Erfindung von Traditionen (vgl. Santamaría 1999: 51). Dieser historischen Variante der nationalen Selbstbehauptung folgte das Vorhaben, im Rahmen der Olympischen Spiele Kataloniens Stellung als ‚Nation ohne Staat‘ innerhalb des spanischen Staates darzustellen. In Form von klassischen Öffentlichkeitskampagnen und politischer Agitation wurde versucht, auf die internationale Berichterstattung Einfluss zu nehmen, was in der unmittelbaren Zeit vor den

Olympischen Spielen seinen Höhepunkt in einer breiten Werbekampagne des *place marketing* fand. In mehreren auflagestarken Zeitungen Europas, Japans und der USA wurden zweiseitige Anzeigen geschaltet, in denen eine Landkarte eines unabhängigen Landes abgebildet wurde, in dem Barcelona als Stadt eingezeichnet war. Die Karte wurde durch folgende, in großen Lettern abgedruckte Frage kommentiert: „In which country would you place this point? In Catalonia, of course.“ (vgl. Santamaría 1999: 52) Zudem wurde eine Kurzcharakterisierung Kataloniens und seiner Kultur gegeben und das Logo der *Generalitat* groß abgedruckt. Weitere Aktivitäten zielten auf Interventionen während der großen medialen Events, wie z.B. anlässlich der Einweihung des neu gebauten Olympiastadiums oder der Ankunft des Olympischen Feuers in Barcelona. Anlässe, zu denen zahlreiche Mitglieder der *CiU* und der Parteijugend der *CDC* mit katalanischen Fahnen und Bannern mit dem Schriftzug „Freedom for Catalonia“ auftauchten und die übertragenen Fernsehbilder dadurch erfolgreich modifizieren konnten. Der katalanische Fahnenstreit, in denen katalanische Fahnen denen der Stadt Barcelona gegenüber standen, wurde durch die Schlichtung von Pujol und Maragall dann letztlich beendet¹¹.

Die Auseinandersetzungen um die politische Kontrolle der Austragung der Olympischen Spiele machen die Bedeutung der symbolischen Dimension deutlich, die ein solches Megaevent für die Reformulierung nationaler Identitäten hat, zumal dann, wenn konkurrierende kollektive Identitätsnarrative (Spanien, Katalonien, Stadtstaat und Metropole Barcelona) artikuliert werden. Pujol drückte dies deutlich aus: „Streng genommen sind es die Olympischen Spiele von Barcelona. Aber in geistiger, politischer und emotionaler Hinsicht sind es die Spiele von Katalonien.“ (Pujol, zit.n. McNeill 1999: 79) Die Olympischen Spiele stellten für die *Generalitat* einen geeigneten Anlass dar, die nationale Identität und das nationalistische Projekt Kataloniens in den internationalen Raum zu projizieren.

Die Positionierung der *Generalitat* im Rahmen der Olympischen Spiele stellt einen weiteren Faktor in der politischen Strategie des Pujolismus und der *CiU* dar, durch die Internationalisierung und Öffnung der katalanischen Kultur die globale Positionierung Kataloniens zu fördern: „Katalonien muss präsent sein in Japan, in Portugal und in Madrid, wie auch in der gesamten Welt. Sowohl 2000 als auch 2010.“ (Pujol 1991c: 24) Pujol hat in einer Rede zum Thema „Globalització i identitat“ („Globalisierung und Identität“) im Jahr 2001 betont, dass die Globalisierung eine große, ja existenzielle Herausforderung für das katalanische Volk darstellt:

11 „When the Olympic Games started, a flag war was fought between Omnium Cultural, a nationalist NGO dedicated to the dissemination of Catalan culture, which distributed Catalan flags, and the Barcelona city council, which gave flags away with the city coat of arms. President Pujol and Maragall, the City Mayor, stopped ‚their‘ respective troops.“ (vgl. Nagel 2001: 66)

„Die Globalisierung könnte unseren Bestand als katalanisches Volk bedrohen. Es besteht die Gefahr, dass wir in einem großen globalen Magma aufgehen. Aber ebenso schädlich wäre, wenn wir uns in uns selbst einschließen würden.“ (Pujol 2001a: 175)

Aus diesem Grund soll sich das katalanische Volk mit einem universalistischen Auftrag nach außen hin öffnen und, vertrauend auf die nationale Kultur und Identität, ein stabiles Bild von Katalonien in den internationalen Raum projizieren. Die Globalisierung sei als gegebene Realität zu akzeptieren und soll als Anlass dazu dienen, neue Konzepte der internationalen Präsenz Kataloniens und der katalanischen Identität zu entwerfen. Es gelte einen ‚globalen Protagonismus‘ Kataloniens zu entfalten. Die Kombination von Fortschrittsorientierung und gleichzeitigem Rekurs auf den stabilen Kern der nationalen Identität ist ein Charakteristikum des modernisierten, konservativen Katalanismus Pujol’scher Prägung. Analog dazu wurde in der Kulturpolitik der *CiU* betont, dass die katalanische Identität für das katalanische Volk stets ein fester Anker ist, der vor allem in Krisenmomenten Stabilität und Halt verleiht. Diese inhärente, wesenhafte Kultur sollte sich nicht verschließen, da sie ohnehin einem steten Prozess der Veränderung unterliege. Das anachronistisch erscheinende Insistieren auf die Bewahrung des Kerns der katalanischen Identität wird somit in der widersprüchlich erscheinenden Ideologie der *CiU* mit dem Willen zur kulturellen Innovation und zur Anpassung an die Moderne verbunden.

4.4.3.3 Das ‚neue Barcelona‘ als Gegenstand der Auseinandersetzung um politische Hegemonie

Die Metropole Barcelona, ihre städtebauliche Entwicklung und die politische Kontrolle über sie waren seit dem 19. Jahrhundert Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen um Hegemonie. Auch in der Perspektive der Nationalbewegung war Barcelona als nationale Hauptstadt und pulsierendes Zentrum des kulturellen und politischen Lebens ein bedeutender Faktor, wenn auch zunächst die Skepsis überwog. Lange Zeit galt Barcelona im konservativen Katalanismus als negative Ausgeburt der Moderne, des Materialismus, der Industrialisierung und wurde als Gegner des ländlichen Lebens, das zum Symbol der Tradition und Katalanität erhoben wurde, dargestellt. Die schon in der *renaixença* konstruierte Opposition von kosmopolitischer Stadt und katalanischem Land hatte auf die weitere ideologische Entwicklung des konservativen Katalanismus, bis hin zum Pujolismus, weiterhin Einfluss. Die Metropole Barcelona war trotz der anfänglich negativen Einstellungen in bestimmten Spektren der katalanischen Nationalbewegung auch in dieser ein wichtiger Referenzpunkt und wurde in die verschiedenen Projekte der kollektiven und territorialen Identifikation Kataloniens eingebunden.

Auch gegenwärtig ist die katalanische Metropole nicht nur wegen ihrer herausragenden ökonomischen Bedeutung, sondern auch wegen des positiven internationalen Images, das sie in den letzten 30 Jahren erworben hat, von großer Relevanz

für die politischen Diskurse der Nationalbewegung. Der ‚Kampf um Barcelona‘ zwischen dem sozialistischen Bürgermeister Maragall und dem konservativ-katalanistischen *president* Pujol hat dies anschaulich gezeigt. Die Bedeutung der politischen Kontrolle über die Stadt und deren großes symbolisches Gewicht, sowohl als internationale Metropole wie auch als nationale katalanische Hauptstadt, macht Barcelona zum Gegenstand der Begierde aller politischen Strömungen Kataloniens.

Anders als in Bilbao lag die politische Kontrolle über die Metropole und über die Region seit der Demokratisierung Spaniens nicht in den Händen *eines* politisch-ideologischen Akteurs. Während in Bilbao sowohl die baskische Regionalregierung als auch die Provinzen und die bilbainische Stadtregierung unter der politischen Kontrolle des *PNV* standen und somit die Umstrukturierungsmaßnahmen in Bilbao von den verschiedenen politisch-regulativen *scales* koordiniert und unterstützt werden konnten, war Barcelona Gegenstand des Streits divergierender politischer Kräfte. Die Neuausrichtung und Modernisierung der Stadt wurde mittels der politischen Auseinandersetzungen der unterschiedlichen politischen Projekte, die durch Maragall und Pujol repräsentiert wurden, ausgetragen.

Beide teilen trotz der grundverschiedenen Entwicklungsvisionen und konkreten Ausgestaltung ihrer politischen Projekte, ausgehend von einem katalanistischen Selbstverständnis, den politischen Willen, Barcelona und Katalonien zu einer verstärkten internationalen Resonanz zu führen. Die nationale Dimension des katalanistischen Projekts Maragalls zeigt sich vor allem in seinen Aktivitäten als katalanischer *president*. Nun propagiert Maragall nicht mehr nur einen größeren Einfluss in internationalen Angelegenheiten der Metropole Barcelonas, sondern ganz Kataloniens. Beide sind als ‚politische Unternehmer‘ aufgetreten, die das (internationale) Gewicht und Wohlergehen der Stadt bzw. der katalanischen Nation durch proaktiven Regierungsstil fördern wollen. In beiden Projekten werden jedoch unterschiedliche historische und räumliche Bezugspunkte hergestellt und verschiedene politische Strategien der Konstruktion von Raum und damit verbundenen partikularen Identitäten verfolgt.

Wie sich in den institutionellen Auseinandersetzungen und der Reform der Binnengliederung Kataloniens gezeigt hat, steht die *CiU* einer starken metropolitanen Selbstverwaltung des Großraums Barcelonas kritisch gegenüber. Barcelona soll, wie früher in der Einteilung des katalanischen Territoriums nach *comarques*, nur ein Verwaltungskreis unter anderen sein. Wie der Metropole Barcelona keine Sonderrechte im Rahmen der territorialen Binnengliederung zukommen sollen, so soll sie auch hinsichtlich der internationalen Repräsentation keine Eigenwege gehen. In der Frage der Selbstdarstellung und Außenwahrnehmung angesichts der Olympischen Spiele hat die *CiU* die Auffassung vertreten und durchzusetzen versucht, dass es sich um *katalanische* Olympische Spiele handele. Die Selbstvermarktungsstrategie der barceloneser Stadtregierung sei dabei durch massive Gegenkampagnen und

politische Basisaktionen zu bekämpfen. Die von der *CiU* angeführte *Generalitat* lancierte zahlreiche Anzeigen in den führenden weltweiten Business-Zeitschriften, um die katalanische Differenz zu bewerben und sichtbar zu machen. Den städtischen Eigenvermarktungsstrategien, die die barceloneser Stadtverwaltung unter Maragall betrieben hat und die Barcelona als europäische Kulturstadt und -metropole profilieren wollte, stellt die *CiU* aufs katalanische Ganze bezogene nationale Selbstbilder entgegen.

Die internationale Repräsentation der katalanischen Differenz ist ein zentrales Ziel des moderaten Katalanismus pujolistischer Ausprägung. In der wettbewerbsregionalistischen Entwicklungskonzeption der *CiU* besteht nicht zuletzt ein großes Interesse an der nationalen Differenz Kataloniens, da diese zur Sichtbarkeit und internationalen Wahrnehmung Kataloniens und des katalanischen Standorts nützlich sei¹². Die *CiU* drückt in seiner Strategie der Außenprojektion der katalanischen Identität zwei Ziele aus: zum einen die internationale Sichtbarmachung der katalanischen Kultur, Tradition und Literatur, zum anderen das Ziel des *place marketing*, das die Attraktivität und spezifische Differenz Kataloniens und des katalanischen Wirtschaftsstandorts unterstreicht. Aus wahlstrategischen Überlegungen, aber auch aus festen ideologischen Überzeugungen spielt die Bezugnahme auf die ländliche Symbolik und Tradition der katalanischen Identität weiterhin eine wichtige Rolle im Diskurs der *CiU*. Sie nimmt zugleich aber auch moderne und urbane Perspektiven auf. Die für den konservativen Katalanismus konstitutive Skepsis gegenüber der Urbanität und Modernität, die er in der Metropole Barcelona symbolisiert sah, spielt nicht mehr die zentrale Rolle von einst. Auch wenn im pujolistischen Diskurs die herkömmliche Verherrlichung des ruralen Kataloniens noch ein wichtiges Motiv ist, hat sich doch das Bild der Metropole durchaus zum Positiven gewandelt. Nicht zuletzt, weil Barcelona unbestreitbar der international sichtbare Referenzpunkt des katalanischen Territoriums ist, hat sich der Diskurs des konservativen Katalanismus verändert und Bilder der Metropole in sein Katalonienbild integriert – ohne jedoch eine territoriale Hegemonie Barcelonas über das katalanische Territorium zu behaupten.

Die *CiU* hat die Veränderungen in der globalen Aufmerksamkeitsökonomie und die zentrale Rolle, die *global cities* bei der Herstellung von Verbindungen zur transnationalen globalen Transaktionsströmen spielen, zur Kenntnis genommen und ein eigenes, modernisiertes Metropolenverständnis herausgebildet. Die Spannung zwischen der Traditionalität des katalanischen Hinterlands und der Hypermodernität des wirtschaftlich dynamischen Barcelona ist nunmehr konstitutiv für den Diskurs der *CiU* und deren Konstruktion der katalanischen Identität. Im Diskurs der *CiU* ist ein programmatischer Übergang zu einer modernen nationalen Selbstvermarktungsstrategie festzustellen. Seit den 1990er Jahren haben Pujol und die *CiU*

12 vgl. die Ausführungen in Kapitel 4.3.3.1.2.

die Vorstellung entwickelt, dass sich die katalanische Kulturförderungspolitik und das Projekt der kulturellen Protektion Kataloniens im Kontext der Globalisierung anzupassen haben. Es sollten Anreize zur Unterstützung der internationalen Präsenz katalanischer Kulturschaffenden, Produzenten und Händler geschaffen werden:

„by helping creators, producers and distributors to package Catalan products for sale in the global marketplace, the *Generalitat* could also help to ensure that Catalan culture was not as vulnerable to dilution in the ‚great global magma‘.“ (Crameri 2008: 177)

Die Bemühungen der Förderung und Ausbreitung der katalanischen Kultur sind eng verknüpft mit der Strategie der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der katalanischen Wirtschaft. Die Strategie des *place marketing* und der Konstruktion des *brands* Katalonien, das sich als nationale Identität nach außen als attraktiver Wirtschaftsstandort verkauft, erhält Einzug in die regionale Entwicklungskonzeption der *CiU*. In dieser modernisierten Form bleibt jedoch der politische Wille zentral, die „katalanische Identität vollständig zu erhalten“, wie Pujol anlässlich der *diada* 2003 betonte (zit.n. Crameri 2008: 192). Die katalanische Singularität soll gegen die ‚kulturelle Homogenisierung‘ verteidigt werden, aber ohne den Rückzug nach innen und die Abschottung nach außen. Die Besonderheit Kataloniens, die auf der Geschichte und dem kulturellen Erbe der Region gründet, müsse unbedingt bewahrt werden. Die programmatische Mischung aus kultureller Nationalisierung und ökonomischer, wettbewerbsorientierter Dynamisierung kennzeichnet die Neuformulierung der nationalen Ideologie im Zeichen der *branding*-Strategie. Der Diskurs der *CiU* lässt sich somit als „a rather contradictory mixture of economic neo-liberalism and cultural neo-tribalism“ (Crameri 2008: 196) bezeichnen.

Die *CiU*-Strategie der internationalen Darstellung der katalanischen Identität entspricht strukturell auch dem Projekt der Außenprojektion, das Maragall mit seinem Projekt des *city building* verfolgt hat und mit dem er die internationale Stellung Barcelonas in Europa und als *global city* gefördert hat. Doch mit der Wahl Maragalls zum katalanischen *president* hat sich gezeigt, dass auch er nicht ohne national-identitäre Rhetorik und ohne die Referenz auf die katalanische Identität auskommt. In seinem Regierungsstil als *president* spielen die rhetorische Bezugnahme auf die katalanische Spezifik sowie nationalpolitische Maßnahmen (Förderung der katalanischen Sprache durch Sprachpolitik, Ausbau der katalanische Selbstregierungs Kompetenzen) eine wichtige Rolle. Die Skepsis gegenüber dem ‚katalanistischen Projekt‘ Maragalls ist jedoch vor allem aus der Perspektive Nationalismusaffiner Kommentatoren oder Politiker der Nationalbewegungen deutlich ausgedrückt worden.

Resina hat in seiner kritischen Darstellung der Geschichte der Modernisierung Barcelonas betont, dass sich während der *PSC*-Stadtregierung unter Maragall ein

unwiderruflicher Verlust der katalanischen Identität ereignet habe. Die Bevölkerung Barcelonas habe einen neuen städtischen Stolz, einen „municipal chauvinism“ herausgebildet, der die katalanische nationale Identität ersetzt habe (vgl. Resina 2008: 204 ff.). Zu einem ähnlichen Ergebnis, wenn auch positiv bewertet, kommt Santamaría in seiner Untersuchung der Projekte Maragalls. Die Olympischen Spiele 1992 seien letztlich ein persönlicher Erfolg Maragalls und der Stadt Barcelona gegenüber den permanenten Misstrauen Pujols gewesen, der in den Spielen einen weiteren Faktor der Españolaisierung sah: „Maragall konnte seinen kosmopolitischen Diskurs und das Bild eines bunten Katalonien gegen die identitäre Linie Pujols durchsetzen.“ (Santamaría 1999: 52) Im Rahmen der Auseinandersetzung der beiden Titanen der katalanischen Politik, Maragall und Pujol, und der von ihnen vertretenen Konzeptionen des *metropolitanen Stadt-Nationalismus* (Maragall) und des *katalanischen, bürgerlichen Regionalismus* (Pujol) haben die Einschätzungen des radikaleren Spektrums der katalanischen Nationalbewegung, wie z.B. der ERC oder des linksindependentistischen Milieus, kaum eine Rolle gespielt. Ihre Kritik war im politischen Diskurs und im Kampf um Barcelona kaum von Gewicht.

4.4.4 Globalisierung, *brand nationalism* und die Aktualisierung nationaler Identitäten

Wie die Untersuchung des baskischen und des katalanischen Falls gezeigt hat, werden die von den Nationalbewegungen artikulierten Metropolen-Images stets in übergreifende nationale Identifikationsprojekte integriert. Im ‚Kampf um Barcelona‘ und in der Auseinandersetzung zwischen dem konservativen Katalanismus Pujols und dem metropolitanen Modell Maragalls um die politische Kontrolle der katalanischen Hauptstadt ist deutlich geworden, dass das metropolitane Entwicklungs- und Identifikationsprojekt von Maragall ein zur nationalistischen Vision Pujols inkompatibles, ja sogar antagonistisches Projekt darstellt. Maragalls Vorhaben, die Metropole Barcelona zu einer der modernsten und wettbewerbsfähigsten *global cities* in Europa zu machen, ohne dabei eine territoriale und ideologische Verortung Barcelonas in das katalanische Territorium vorzunehmen, wurde von der auf Regionenebene regierenden CiU als eine Bedrohung des eigenen *nation building*-Projekts angesehen. In der Perspektive des konservativen Nationalismus bleibt Barcelona als *katalanische* Stadt integraler Bestandteil der katalanischen Nation und ist unabhängig davon nicht zu denken. Wie der moderate Flügel der katalanischen Nationalbewegung hat auch der PNV als moderat-nationalistische Kraft in der Stadtmodernisierung und Revitalisierung der ‚nationalen Metropole‘ Bilbao Wert darauf gelegt, die kulturelle, ökonomische und politische Dimension der regional-nationalistischen Emanzipationsbestrebung in ein kohärentes Programm zu integrie-

ren. Auch dort wurde die Veränderung des Images von Bilbao im Rahmen des übergreifenden Projekts des baskischen *nation building* konzipiert.

Im baskischen Fall hat sich die Auseinandersetzung um das Guggenheim-Projekt als ein internationalistischer Streit dargestellt, in dem der modernistische Flügel des *PNV* den radikalnationalistischen Skeptikern gegenüberstand, die einen weiteren Verlust der kulturellen Identität des Baskenlands befürchteten. Auch im Fall Barcelonas lässt sich in gewisser Hinsicht eine innerkatalanistische Auseinandersetzung um die Stadt beobachten, auch wenn der Opponent der *CiU*, der *PSC*, im engen Sinne kein Akteur der katalanischen Nationalbewegung ist. Auch wenn Kritiker Maragalls in seiner städtischen Entwicklungsstrategie weder ein nationalistisches noch ein anti-katalanistisches Projekt sehen (vgl. Resina 2008), kann mit guten Gründen davon ausgegangen werden, dass das Maragall'sche Projekt des *city nationalism* zugleich als Entwicklungsmodell für ganz Katalonien konzipiert war. Dies wurde während der Regierungszeit Maragalls als katalanischer *president* deutlich, als er ein selbstbewusstes Programm der politischen Emanzipation Kataloniens verfolgt hat. In der lang anhaltenden Auseinandersetzung zwischen den beiden besprochenen Entwicklungsmodellen hinsichtlich der Metropole Barcelona lässt sich das Spiel der Rivalität zwischen „two different responses to nationalism in postmodernity“ (Paz Balibrea 2001: 196) beobachten.

Diese Entwicklungsmodelle und propagierten Visionen von den Städten waren stets umstrittener Gegenstand von Kritik, im Falle Bilbaos von den Organisationen des radikalen Linksnationalismus oder den Künstlern, in Barcelona seitens des konservativen Katalanismus oder der *ERC*. Im Baskenland wurde das Guggenheim-Projekt aus einer national-identitären Position heraus einer radikalen Kritik unterworfen. Unter der Präsenz der transnationalen Kultur werde die autochthone Kulturproduktion erdrückt und die nationale Kultur werde in bedrohlichem Ausmaße geschwächt, so die geäußerte Befürchtung. Die nationale Kultur müsse gestärkt werden, nicht zuletzt weil sie im Kontext der Globalisierung einen bedeutenden sozialen Kohäsionsfaktor darstelle. In Katalonien war die nationalistische Kritik, jenseits der von der *CiU* artikulierten, marginal und ging zudem kaum über die von der *CiU* artikulierte Skepsis hinaus. Die hauptsächlichen Opponenten waren die *CiU* und der *PSC*. Die *CiU* repräsentierte den weithin im katalanischen Milieu geteilten Programmpunkt der internationalen Behauptung der katalanischen Partikularität, sowie die Kritik der *Entkatalanisierung* der katalanischen Metropole (vgl. Resina 2008). Weitere Kritiken wurden jenseits national-identitärer Position formuliert und zielten ab auf die Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und die Reproduktion von Armut in Formen neuer sozialräumlicher Segregation (vgl. Delgado 2007).

In der Auseinandersetzung um Modernisierung der Metropolen und deren Images wurde zudem deutlich, wie groß das imaginäre Potenzial der ‚Hauptstadtbilder‘ ist und wie nützlich es sein kann für das nationalistische Vorhaben, das territoriale und nationale Bewusstsein der Bevölkerung zu schärfen. Die

Images können dazu dienen, aus einem objektiv vorfindlichen, erdräumlichen Ausschnitt, einem ‚Raum an sich‘, einen ‚Raum für sich‘ zu machen, der mit Konnotationen, Vorstellungen und Bewertungen verbunden wird. Es kann der Konstruktion territorialer, kollektiver Bewusstseinsformen ebenso dienen, wie auch den Rahmen des politischen Handelns der lokalen Bevölkerung beeinflussen. Ein so verstandener ‚Raum für sich‘ kann beschrieben werden als „a subjectively self-conscious region both in terms of territory and cognitive goal-oriented praxis“ (MacLeod 1999: 237). Die Konstitution gesellschaftlicher Räume ist somit unter symbolisch-kognitiven, sowie identitätsstiftenden Aspekten zu untersuchen. Es geht um die Auseinandersetzung über Raumrepräsentationen und die Konstruktion ideologischer Landschaften, d.h. generell ‚imaginärer Geographien‘, weshalb ein Begriff von Raum anzulegen ist, der den „Raum als gesellschaftliche[n] Produktionsprozess der Wahrnehmung, Nutzung und Aneignung“ konzipiert und dabei „eng verknüpft mit der symbolischen Ebene der Raumrepräsentation (etwa durch Codes, Zeichen, Karten)“ (Bachmann-Medick 2010: 292).

Damit ist die *kulturelle und symbolische Dimension des nation building* angesprochen, die durch das *symbol shaping* (Paasi) einen bedeutenden Einfluss auf die Konstitution eines territorial klar definierten, politischen Gefüges nimmt. Alain Lipietz hat diesen ‚Raum für sich‘ als eine „regional armature“ (Lipietz 1994) bezeichnet, die den räumlichen Ausdruck eines hegemonialen sozialen Blocks darstellt. Die *regional armature* stellt eine proaktive *scale* dar, auf der sich ein hegemonialer sozialer Block behaupten und die politischen und ideologischen Staatsapparate für sein propagiertes Entwicklungsprojekt einsetzen kann. Lipietz Begriff der *regional armature* lässt sich auf die nach Hegemonie und politische Anerkennung strebenden Projekte der nationalen Emanzipation sehr gut anwenden, weil er die territoriale Dimension des politischen Projekts der Nationalbewegungen, nämlich die Konstruktion des Bewusstseins von der Territorialität/Kollektivität und den revisionistischen Diskurs der Abschaffung der bisherigen politischen Grenzziehungen, treffend beleuchtet. Die Auseinandersetzung über die ‚symbolische und kulturelle‘ Dimension des territorialen Dominanzanspruchs der Nationalbewegungen spielt in der Konstruktion der *regional armature und des damit verbundenen Repräsentationsraums* eine bedeutende Rolle.

Der symbolische Gehalt des Raumbezugs lässt sich an Vorstellungen und Bildern von der ‚nationalen Landschaft‘, ausgewählter Gebirgskzüge wie z.B. das Montserrat-Gebirge im katalanischen Fall, und an den Einstellungen gegenüber den autochthon vorgestellten, ländlichen und ruralen Gebieten oder gegenüber der Urbanität des nationalen Territoriums bzw. ausgewählter Metropolen erkennen. Die politische Kontrolle über die nach außen und in die Sphären der internationalen Wahrnehmung projizierten Bilder vom nationalen Territorium oder der Metropolen ist, wie vor allem die Auseinandersetzung in Barcelona gezeigt hat, von großer Bedeutung für die identitären politischen Projekte. Die internationale Darstellung der Re-

gion bzw. Nation ist dabei zugleich ein besonderes Tätigkeitsfeld für die Politiker und Repräsentanten der Nationalbewegungen, das die Konstruktion homogener Vorstellungen von der Region befördern kann: „Politische Führer können damit ihre Region als einen eigenständigen Akteur präsentieren, der mehr ist als lediglich eine regionale Institution.“ (Keating 1998: 79)

Der Bezug auf die nationale Metropole als das international sichtbare und wahrgenommene Wahrzeichen der Nation ist zentral im Selbstdarstellungskalkül der Nationalbewegungen. Es kann als eine *Lokalisierung ‚nationaler Identitäten‘* gesehen werden, die einer übergreifenden Tendenz entspricht, die darin besteht, dass soziale Gruppen in der Konstruktion ihrer kollektiven Identität räumliche Bezüge und Lokalisierungen herstellen:

„Jede Gruppe, die sich als solche konstituieren will, ist bestrebt, sich Orte zu schaffen und zu sichern, die nicht nur Schauplätze ihrer Interaktionsformen abgeben, sondern Symbole ihrer Identität und Anhaltspunkte ihrer Erinnerung.“ (Assmann 2005: 39)

Die Stadtmodernisierung der beiden, bis in die 1970er Jahre hinein stark industriell geprägten, Metropolen Bilbao und Barcelona wurde dementsprechend von den beiden Nationalbewegungen mit großem Interesse verfolgt bzw. mitgestaltet. In beiden Fällen ist zu beobachten, dass das primäre Ziel die Erhöhung der internationalen Wahrnehmung und die leitende Entwicklungsvision die der *global city* war. In den städtebaulichen Veränderungen und Modernisierungsvorhaben, in deren Zentrum gewisse Leuchtturmprojekte standen, waren nicht nur die konkrete architektonische Gestaltung von Bedeutung, sondern auch die damit verbundenen Sinnstrukturen und Repräsentationen, die mit den neuen architektonischen Strukturen verbunden wurden. In beiden Städten zielte die Transformation des städtischen Raums durch aufsehenerregende Neubauten darauf ab, den touristischen Wert der Stadt und ihre kulturelle Attraktivität zu erhöhen, sowie ihre Öffnung gegenüber dem tertiären Dienstleistungssektor zu demonstrieren.

Der *ikonische Gehalt der Architektur* drückt sich darin aus, dass die Bauten zum einen die Attraktivität der Stadt steigern, wie auch zugleich ein Symbol für die strategische Neuausrichtung der Städte darstellen. Die städtischen Revitalisierungsprojekte sind eng verwoben mit politischen Entwicklungsstrategien, so dass sie eine Territorialisierung von Bedeutungsstrukturen umfassen. Diese dienen dazu, neue Relationen zwischen *Ideologie und Ort* herzustellen, wie Delgado kritisch am Beispiel des ‚Modell Barcelona‘ feststellt. Die neu geschaffene Umgebung soll der Unterstützung einer motivationalen Struktur und der Anweisung zum richtigen Handeln dienen (vgl. Delgado 2007: 75). Die städtischen Erneuerungsstrategien und Selbstdarstellungen erfüllen einen fundamental pädagogischen Auftrag, indem sie die Bürger zu gewissen Sichtweisen und Einstellungen gegenüber der Stadt erziehen. Diese einflussreichen Bilder, die in beiden Städten nach der Deindustrialisierungs-

phase und im Rahmen der Neuerfindung inszeniert wurden, versprechen Dynamik, Modernität und kulturelle Offenheit. Die politische Kontrolle über die Stadtentwicklung und über die Einbindung der Metropolen in übergreifende kollektive, politische und Identitätsprojekte ist eng mit der Produktion von imaginären und bildlichen Repräsentationen der Städte verbunden. Jede Repräsentation der Stadt ist als *eine* Repräsentation unter vielen zu interpretieren, die partikularen Interessen entspricht. Der Kurator einer Ausstellung über die ‚Bilder der Stadt‘ im CCCB in Barcelona, Albert García Espuche, spricht die Macht der Bilder wie folgt aus: „Wer das Image der Stadt besitzt, wird die Stadt selbst besitzen.“ (zit.n. Paz Balibrea 2001: 204)

Am Beispiel der Stadtentwicklungspolitik von Maragall wurde gezeigt, dass diese explizit darauf abzielte, „spaces of engagement“ zu konstruieren (vgl. McNeill 2001: 343). Die lokalen Akteure sollen sich an der Neugestaltung beteiligen. Es werden durch die aufsehererregenden Neubauten und Infrastrukturmaßnahmen neue ‚öffentliche Plätze‘ geschaffen. Dadurch entsteht ein Klima, das eine Aufbruchstimmung und lokalpatriotisches Selbstbewusstsein entfachen kann. Die so induzierte neue städtische Identifikation stellt sich nach außen als Optimismus dar, der neue Investoren anzieht. Es ging in der „performative, discursive and institutional manipulation of ‚Barcelona‘ by Maragall“ letztlich auch darum, das „potential for engagement“ auf lokaler Ebene anzustacheln und die Handlungsfähigkeit der lokalen Politik in der Gestaltung der „Globalisierung vor Ort“ zu betonen (vgl. ebd.: 341 f.).

Letztlich haben die stadtplanerischen Anstrengungen und politischen Interventionen gezeigt, welch bedeutende Rolle die lokale und regionale Politik spielt. Nicht zuletzt haben sich an den beiden ‚transnationalen Ereignissen‘ des Guggenheim-Projekts in Bilbao und der Olympischen Spiele in Barcelona der Einfluss der lokalen politischen Intervention wie auch das dynamische, sich wechselseitig bedingende Verhältnis von Globalisierungsprozessen und Lokalisierungsstrategien gezeigt:

„Neither the global nor the local exists without the other. The global-local develops in a symbiotic, unstable and irreversible set of relationships, in which each gets transformed through billions of worldwide iterations dynamically evolving over time.“ (Urry 2003: 84)

In beiden Nationalbewegungen, im Baskenland durch den PNV und in Katalonien durch die konkurrierenden Parteien des PSC und der CiU, wurde explizit Bezug auf den Glokalisierungsbegriff genommen, um ein zeitgemäßes Bild von den eigenen Handlungsmöglichkeiten und der peripher-nationalistischen Politik im Kontext der Globalisierung zu skizzieren. Es werden die Möglichkeiten der regionalen oder lokalen Mitgestaltung der Globalisierung im eigenen politischen Sinne betont. An ihrem Beispiel kann nachvollzogen werden, wie der Einfluss lokaler Eliten nicht nur auf die diskursive Konstruktion lokaler Ökonomien als distinkte Objekte abzielt,

sondern auch, wie die skalaren Praxen der städtischen Politikplaner auf die Konstruktion und Konturierung einer handlungsfähigen Region oder Stadt abzielen.

Vor dem Hintergrund der aktiven Mitgestaltung der lokalen politischen und ökonomischen Eliten an der Globalisierung vor Ort, sind die Thesen von der politischen Homogenisierung und Glättung der kulturellen Differenzen zurückzuweisen. Am Beispiel des Guggenheim-Museums kann gezeigt werden, dass es keinen eindeutigen Einfluss vom vermeintlichen kulturellen Zentrum auf die lediglich rezeptiv vorgestellte lokale Kultur oder passiv vorgestellte Politik gibt. Der *PNV* hat die spezifisch baskischen Interessen an dem Projekt genau definiert und auf deren Berücksichtigung geachtet. So wurden lokale Handwerker und Bauunternehmen mit dem Bau des Guggenheim-Projekts beauftragt und dabei regional-spezifische Baumaterialien verwendet. Anhand des Guggenheim-Projekts kann beobachtet werden, wie verschiedene politische und ökonomische Eliten durch grenzüberschreitende Tätigkeiten und Übereinkommen ihre spezifischen politischen oder ökonomischen Interessen verfolgen. Während die finanziell angeschlagene Guggenheim-Stiftung sich durch die Dependance in Bilbao über weitere Einnahmen freuen kann, hat sich die *PNV*-Regionalregierung als internationaler politischer Akteur inszenieren können, einen Meilenstein in der Stadtmodernisierung gesetzt, sowie Bilbao und das Baskenland erfolgreich auf den *global screen* platziert. Weit davon entfernt, Ausdruck eines kulturellen Imperialismus zu sein, stellt das Guggenheim-Projekt ein Beispiel für das komplexe, strategisch motivierte Wechselspiel von Globalisierung und Glokalisierung dar. Es ist vielmehr zu beobachten, dass es zu einer Vermischung von Einflüssen und Strategien kommt, weshalb die lokale Spezifik der Rezeption und Verarbeitung der kulturellen Homogenisierung zu betonen ist: „While globalization is often constructed as a colonizing process, it could thus also be conceptualized as a strategic move – a cultural realpolitik.“ (McNeill 2000: 491)

Die national-identitär ausgerichtete Kritik des Guggenheim-Projektes richtet sich gegen die vermeintlich ‚homogenisierenden‘ und kulturelle Unterschiede nivellierenden Auswirkungen der Globalisierung. Letztere wird assoziiert mit der Strategie der Auferlegung fremder Kulturen durch ausländische Mächte. Den kritisierten imperialistischen Kulturpraxen des ‚Yankee-Imperialismus‘, der Spanier oder der Franzosen wird ein Begriff der autochthonen Volkskultur entgegengesetzt. Diese wird verstanden als eine fest stehende Einheit, eine statische Essenz, die es rein zu halten gilt vor fremden Einflüssen. Fußend auf einem solchen statischen Begriff der ‚eigenen‘ Kultur, wird eine Kulturpolitik gefordert, die konsequent die autochthone Kulturproduktion fördern soll. Im Hinblick auf die räumlichen Repräsentationen des Baskenlandes oder Bilbaos wird in diesem Milieu sehr großer Wert auf die baskisch-nationale Authentizität gelegt.

Im katalanischen Fall und dem ‚Kampf um Barcelona‘ ist ebenso seitens der nationalistischen Opponenten gegen die *PSC*-Kultur- und Stadtkonzeptionen eine Kritik formuliert worden, die auf den Erhalt und die Beförderung der ‚katalanischen

Kulturkonzeptionen	Katalonien	Baskenland
<i>Bürgerlich-moderater Nationalismus</i>	CiU - Bedeutung des nationalen Territoriums - Singularität und Schutz der katalan. Identität - rurales Katalonien als Rückgrat der Nation - katalanische Identität als ‚brand‘ des Wirtschaftsstandorts - gezielte Außenprojektion katalanischer Identität	PNV - neues Image für Bilbao und das Baskenland - Bilbao als postindustrielle <i>global city</i> und das Baskenland als global vernetzte Region - dynamische nationale Kultur als weicher Standortfaktor („Marke Euskadi“)
<i>Linksnationalismus und linke Koalitions-partner</i>	ERC - Països Catalans als singuläre historisch-kulturelle Realität PSC - metropolitanes Barcelona als Zentrum des offenen Katalonien (<i>Ca talunya-Ciutat</i>) - Euro-City mit internationalem Renommee und Motor der spanischen wirtschaftlichen Entwicklung	HB/IA und Kultur Keska - starke Skepsis gegenüber der Dominanz transnationaler Kultur („kultureller Genozid“) - Schutz der autochthonen Volkskultur und Förderung der baskischen Kulturproduktion Aralar - Angst vor dem globalisierungsbedingten Verlust der ‚kulturellen Diversität‘ - Schutz der baskischen Singularität

Quelle: Eigene Darstellung

Es ist weniger von den nationale Differenzen nivellierenden und homogenisierenden Auswirkungen der kulturellen Globalisierung auszugehen als vielmehr zu beobachten, wie die Thematisierung der Globalisierung dazu genutzt wird, den kulturellen Differenzen eine neue Bedeutung beizumessen. Die Angst vor den nivellierenden Auswirkungen der Globalisierung wird von den Nationalbewegungen geschürt und dazu benutzt, die Notwendigkeit der Behauptung der nationalen und kulturellen Identitäten zu unterstreichen. Diese könnten, so die Argumentation der Nationalbewegungen, in der Atmosphäre der globalen Ungewissheit einen stabilen Orientierungspunkt, einen ‚Halt gebenden Anker‘ darstellen. Die lokale und nationale Verankerung wird gegen die anonyme Standardisierung der globalen Kultur in Stellung gebracht und das Projekt der nationalen Selbstbehauptung als adäquate Reaktionsweise auf die ‚abstrakte‘ Macht der Globalisierung und transnationaler Akteure dargestellt. Die konkrete Form der von den lokalen politischen Eliten betriebenen Glokalisierung ist dabei stets umkämpft. Im Rahmen der Auseinandersetzung um das Guggenheim-Projekt und die städtebauliche Modernisierung Bilbaos konnte gezeigt werden, wie die Stadt zum Kondensationspunkt von Auseinandersetzungen um die städtebauliche Umstrukturierung und die Veränderung von symbolischen Räumen und Landschaften geworden ist und dass mit diesen Auseinandersetzungen und Veränderungen nicht zuletzt auch die Reartikulation der politischen Identitäten und nationalen Selbstbilder einhergeht¹³.

Ein hegemoniales Narrativ in den neuartigen katalanischen und baskischen Glokalisierungsversionen ist der so genannte *brand nationalism*. Auf dem *global screen* inszenieren sich die verschiedenen Lokalitäten, Kulturen und Nationen als Spektakel und in der Form eines medialen Events und konkurrieren dabei um internationale Aufmerksamkeit (vgl. Urry 2003: 86 f.). Im Kontext dieses globalen *screenings* hat sich die Konzeption und Vorstellung von Nationalität gewandelt, wie Urry mit dem Begriff *brand nationalism* betont hat. War die Nationalität einst eng gebunden an das homogen vorgestellte nationale Territorium, innerhalb dessen das nationale Recht, die Autorität und nationale Loyalität die bestimmenden Faktoren waren, so spielen nun, wo die Grenzen durchdringlich geworden sind, die Bilder und Repräsentationen von Orten, Landschaften und anderer ‚Ikonen‘, die im nationalen Code symbolisiert werden, eine zunehmende Rolle. Die Nation wird weni-

13 Das Guggenheim-Museum geht in die kollektive Wahrnehmung ein als ein Ausdruck der baskischen Super-Modernität. Auf kollektive Deutungsmuster reduziert, stellt sich das wie folgt dar: zum ersten Mal beanspruchen die Basken, nicht nur anders zu sein (d.h. sich als Kollektiv von anderen zu unterscheiden), sondern auch genauso modern zu sein wie die anderen und dank des Guggenheim-Museum sogar anders zu sein und noch moderner zu sein als die anderen. Der innovative Aspekt des Guggenheim-Museums besteht darin, dass dieses als Ausdruck der baskischen Supermoderne sogar zum Vorbild für andere wird, zu einem Exemplar, das von anderen imitiert wird; vgl. McNeill 2000: 478.

ger ein Objekt der staatlichen Verfügung und Definitionsmacht als mehr zu einem Gegenstand der Selbstinszenierung auf dem globalen *screen*.

Die Analyse des Metropolen- und Hauptstadtbezugs der beiden Nationalbewegungen macht deutlich, dass die Strategie des *brand nationalism* eine zunehmende Rolle spielt und dass das Vorhaben der Lokalisierung der eigenen nationalen Identität mit dem Willen einher geht, die Nation und das *nation building*-Projekt auf den globalen *screen* zu projizieren. Es ist die Entstehung von Marketingstrategien zu Gunsten der Nation und des nationalen Territoriums zu beobachten, bei denen die nationalen *global cities* im Zentrum stehen. Damit geht eine Modernisierung der nationalen Identitäten und auch der Nationalbewegungen einher. Diese versuchen, ihr klassisches politisches Projekt der Bewahrung der nationalen Kultur und Identität zu verbinden mit der Strategie der internationalen Sichtbarmachung der nationalen Spezifika. Sie versuchen eine nach außen offene Orientierung mit dem Schutz und der Förderung der eigenen Kultur in Einklang zu bringen. Die *kulturelle Partikularität* wird dabei verstärkt als ‚weicher‘ Standortfaktor gesehen, der Vorteile für die Nation auf dem internationalen Markt verspricht, indem sie Marktnischen zu finden und zu besetzen verhilft. Ein weiteres mit der Außenprojektion der partikularen Kultur und Identität einhergehendes Kalkül ist die Erhöhung der Attraktivität des nationalen Territoriums – um Touristen oder ausländische Direktinvestitionen anzuziehen oder um die Export- und Absatzfähigkeit der lokalen Produkte zu erhöhen. Das entsprechende *place marketing* und die warenförmige Bewerbung der eigenen Differenzen versprechen ökonomische Vorteile für die heimische Wirtschaft, die von den moderaten-bürgerlichen Flügeln der Nationalbewegungen stets auch betont werden. Das Freud'sche Theorem des ‚Narzissmus der kleinen Differenz‘, das die Aufwertung kleiner Unterschiede zu großen bedeutungstragenden Oppositionen stilisiert, erklärt somit nicht mehr nur die Distinktionslogik der identitären Projekte des Nationalismus, sondern wird zu einem zunehmend von den Nationalbewegungen verwendeten politischen Programm, das für die Sichtbarkeit der eigenen Nation, des eigenen Wirtschafts- und Produktionsstandorts, des eigenen Territoriums als Tourismusdestination und der eigenen Exportprodukte sorgen soll.

Die Kultur und die Errichtung kultureller Einrichtungen, wie Museen, Galerien etc. oder die Veranstaltung von Großevents und Festivals werden von zahlreichen europäischen Städten verstärkt als ein „development tool“ (de Frantz/Keating 2003: 190 ff.) benutzt, mit dem das Stadtmarketing und die Entwicklung der Städte positiv beeinflusst werden sollen; und dies verstärkt in Städten, wie Glasgow und Bilbao, die eine tiefe Deindustrialisierungskrise durchlaufen haben und sich ein modernes, post-industrielles Image geben wollen. Die Ausrichtung der Modernisierungspolitik ist dabei an den Kriterien der Erhöhung der internationalen Sichtbarkeit und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Das dabei angewendete Paradigma ist das der *entrepreneurial city*, der unternehmerischen Stadt, die eine globale Vernetzung sucht und dabei in Konkurrenz mit anderen Metropolen tritt. Die lokale politi-

sche Klasse, die im Fall von Katalonien über lange Zeit hinweg vom *PSC* und im Fall des Baskenlands vom *PNV* dominiert wurde, haben sich dabei als die Repräsentanten des Wohls und der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Städte und Regionen dargestellt und sich als die politische Führung der regionalen Entwicklungscoalitionen und so genannten „growth machines“ inszeniert (vgl. Harvey 1989: 6 f.).

Die in beiden Metropolstädten angewandten Strategien folgen dem internationalen Trend der „New Urban Politics“ und der neoliberalen „urban governance“. Diese haben sich in den 1990er Jahren, als sich die Städte auf der Suche nach „growth and competitive restructuring“ befanden, als städtische Entwicklungsmodelle etabliert (vgl. Rodriguez et. al. 2001: 167 ff.). Sie stellt eine zeitgemäße Anpassung der städtischen Entwicklungspolitik an die verstärkten Konkurrenzverhältnisse dar, denen, nach dem Bedeutungsverlust der nationalen *scale* als ökonomischen Raum, zunehmend auch subnationale Regionen, Städte und lokale politökonomische Konstellationen ausgesetzt sind (vgl. Jessop 2002: 37). Die städtischen Entwicklungsstrategien richten sich nach den Imperativen der globalisierten Kapitalakkumulation (vgl. Brenner/Theodore 2002) und setzen ein Setting an Maßnahmen und Praktiken um, das darauf abzielt, das Image der Stadt als attraktiven Ort zu bewerben. Die Stadt soll angesichts des steigenden Wettbewerbs zwischen den Städten modernisiert und mobilisiert werden, wobei der Selbstvermarktungsstrategie nach außen als Mittel des städtischen „entrepreneurial government“ (Harvey 1989) eine besondere Rolle zukommt. Letzteres zielt darauf ab, in der Stadt ein unternehmerisches Klima zu erzeugen, das einen permanenten Druck zur Innovation und Erneuerung simuliert und die Gründung von kreativen Unternehmen anregt. Ein besonderes Mittel der unternehmerischen Stadtentwicklungspolitik ist die Umsetzung von Megaprojekten, die die globale Sichtbarkeit der Städte erhöhen. Dadurch soll die lokale ökonomische Entwicklung besser mit den Bewegungen des globalen Marktes verknüpft werden:

„The dreams and ambitions of urban elites, attuned to the hegemonic discourse of forcefully competing for apparently footloose capital, are spatially reflected in a new architecture for the city – one that captures the inherent contradictions of capitalism in our era.“ (del Cerro Santamaría 2007: 97)

Diese konstitutiven Elemente des neuen Paradigmas der städtischen Entwicklung lassen sich sowohl in den Strategien der Umstrukturierung von Bilbao als auch von Barcelona wiederfinden. Sowohl der *PNV* als auch der *PSC* haben entsprechende Motive zur Begründung der städtebaulichen Maßnahmen herangezogen. Im baskischen Fall wurde die städtische Transformation mit den intensiven Bemühungen der baskischen Regierung, die ökonomische Position des Baskenlandes im globalen Markt zu behaupten, koordiniert. Im Fall des Baskenlands lässt sich somit zudem von der Etablierung einer übergreifenden regionalen Entwicklungsstrategie spre-

chen, eines *new entrepreneurial regionalism*, der die kulturellen Besonderheiten der Region geschickt mit der wettbewerbsfokussierten Außenorientierung verbindet (vgl. Huntoon/Prytherch 2005: 42). Auch in Katalonien waren die Bemühungen der lange Zeit von der *CiU* dominierten Regionalregierung von der Programmatik des regionalen Entwicklungsnationalismus geprägt. Die Orientierung auf ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Identitätspolitik wurde in beiden Fällen im Rahmen der regionalen Politik verbunden. Die Ideologie der ökonomischen Wachstumsorientierung wurde dabei zur Begründung weiterer Forderungen nach regionaler Autonomie und des Schutzes der kulturellen Differenz angeführt. In Katalonien kam es jedoch wegen der Konkurrenz zwischen dem in Barcelona dominierenden *PSC* und der in der *Generalitat* dominierenden *CiU* nicht, wie im Baskenland, zur Koordination der wettbewerbsorientierten Modernisierungspolitik auf lokaler und regionaler Ebene.

Dennoch hat sich auch hier wie im Baskenland die Form des *entrepreneurial regionalism* als attraktives regionales Entwicklungsmodell stabilisieren können, deren Hegemonie sich daran erkennen lässt, dass sie selbst von den politischen Oppositionsparteien übernommen wird. So hat der *PSC*, als er 2003 die Macht der *Generalitat* errungen hatte, keinen grundlegenden wirtschafts- und industriepolitischen Richtungswechsel im Vergleich zur Vorgängerregierung der *CiU* bewirkt, wie auch der *PSE* nach der Machterlangung im Baskenland (2009) das vom *PNV* entwickelte und etablierte Dispositiv der Förderung der baskischen Wettbewerbsfähigkeit nicht modifiziert hat. Der *entrepreneurial regionalism* ist nicht zuletzt deshalb von durchschlagendem Erfolg, weil er erfolgreich die Politik der nationalen Emanzipation integrieren kann. Im Lichte dieser Entwicklungsideologie können sich ‚regionale Wachstumskoalitionen‘ herausbilden, deren Hauptziel die wirtschaftliche Dynamik und das Wohlergehen der Region ist. Diese können mit der Unterstützung des lokalen Unternehmerlagers rechnen, wenn sie sich als territoriale Allianz der „Verbesserung der Konkurrenzposition der Region/des Territoriums im Vergleich zu anderen Regionen/Territorien widmen“ (Harvey 2007: 108). Sowohl im Baskenland als auch in Katalonien haben die moderaten Flügel der Nationalbewegung, als sie an der Macht waren, von den regionalen Kapitalvertretern Unterstützung erfahren. Im Zeitalter der Wettbewerb auslösenden Globalisierung und der verstärkten Rolle der Kultur in der Politik scheint der nationale *entrepreneurial regionalism* eine wirkungsvolle Entwicklungsstrategie und Aktualisierung der nationalistischen Ideologie auf der Höhe der Zeit darzustellen.